050731/EU XXVIII.GP
Eingelangt am 12/12/25

Europäisches Parlament

Der Stellvertretende Generalsekretär

Herrn
Dr. Harald Dossi
Parlamentsdirektor
Parlament der Republik Österreich
Dr.-Karl-Renner-Ring 3
1017 Wien
ÖSTERREICH

D 309016 12.12.2025

Betrifft: Übermittlung von vom Europäischen Parlament während der Tagung vom 24. bis 27. November 2025 angenommenen Texten

Sehr geehrter Herr Parlamentsdirektor,

das Europäische Parlament hat auf seiner Tagung vom 24. bis 27. November 2025 folgende Texte angenommen, die es gemäß den den Verträgen beigefügten Protokollen Nr. 1 und 2 übermittelt:

Im Rahmen von Gesetzgebungsverfahren festgelegte Standpunkte

– Standpunkt zu dem Standpunkt des Rates in erster Lesung im Hinblick auf den Erlass einer Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über die Sicherheit von Spielzeug und zur Aufhebung der Richtlinie 2009/48/EG,

– Standpunkt in erster Lesung im Hinblick auf den Erlass einer Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Verordnung (EU) 2016/794 hinsichtlich der Verstärkung der Unterstützung durch Europol und zur Ausweitung der polizeilichen Zusammenarbeit bei der Verhütung und Bekämpfung der Schleuserkriminalität und des Menschenhandels,

– Standpunkt in erster Lesung im Hinblick auf den Erlass einer Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Einrichtung des Programms für die europäische Verteidigungsindustrie und eines Rahmens für Maßnahmen zur Gewährleistung der zeitnahen Verfügbarkeit von und Versorgung mit Verteidigungsgütern („EDIP-Verordnung"),

– Standpunkt in erster Lesung im Hinblick auf den Erlass einer Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Verordnungen (EU) 2015/1017, (EU) 2021/523, (EU) 2021/695 und (EU) 2021/1153 im Hinblick auf die Steigerung der Effizienz der EU-Garantie gemäß der Verordnung (EU) 2021/523 und die Vereinfachung der Berichtspflichten.

Die genannten Texte werden allen nationalen Parlamenten der Mitgliedstaaten gleichzeitig in der jeweiligen Landessprache zugeleitet. Als Datum der Zuleitung gilt das Datum dieses Schreibens.

Das Europäische Parlament hat ferner beschlossen, den nationalen Parlamenten die folgenden Texte zu übermitteln, die während derselben Tagung angenommen wurden und unter kein Gesetzgebungsverfahren fallen:

- Entschließung zu dem Vorschlag für einen Beschluss des Rates gemäß Artikel 7 Absatz 1 des Vertrags über die Europäische Union zur Feststellung der eindeutigen Gefahr einer schwerwiegenden Verletzung der Werte, auf die sich die Union gründet, durch Ungarn,

- Entschließung zu der schnelleren Registrierung und Einführung von biologischen Bekämpfungsmitteln,

- Entschließung zu den institutionellen Aspekten des Berichts über die Zukunft der Wettbewerbsfähigkeit Europas (Draghi-Bericht),

- Entschließung zu den Auswirkungen der künstlichen Intelligenz auf den Finanzsektor,

- Entschließung zu dem Entwurf eines Durchführungsbeschlusses der Kommission über die Zulassung des Inverkehrbringens von Erzeugnissen, die genetisch veränderten Mais der Sorte DAS1131 enthalten, aus ihm bestehen oder aus ihm hergestellt werden, gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates,

- Entschließung zu dem Entwurf eines Durchführungsbeschlusses der Kommission zur Erneuerung der Zulassung des Inverkehrbringens von Erzeugnissen, die genetisch veränderte Baumwolle der Sorte MON 88913 (MON-88913-8) enthalten, aus ihr bestehen oder aus ihr gewonnen werden, gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates,

- Entschließung zu dem Entwurf eines Durchführungsbeschlusses der Kommission zur Erneuerung der Zulassung des Inverkehrbringens von Erzeugnissen, die genetisch veränderten Raps der Sorte MON 88302 enthalten, aus ihm bestehen oder aus ihm gewonnen werden, gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates,

- Entschließung zu dem Durchführungsbeschluss der Kommission zur Erneuerung der Zulassung des Inverkehrbringens von Erzeugnissen, die genetisch veränderte Sojabohnen der Sorte MON 87708 enthalten, aus ihnen bestehen oder aus ihnen hergestellt werden, gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates,

- Entschließung zu dem Entwurf eines Durchführungsbeschlusses der Kommission zur Erneuerung der Zulassung des Inverkehrbringens von Erzeugnissen, die genetisch veränderten Mais der Sorte MON 87427 enthalten, aus ihm bestehen oder aus ihm gewonnen werden, gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates,

- Entschließung zum Standpunkt des Rates zum Entwurf des Berichtigungshaushaltsplans Nr. 3 zum Gesamthaushaltsplan 2025: Anpassung bei den Mitteln für Zahlungen, Aktualisierung der Einnahmen und weitere technische Aktualisierungen,

- Legislative Entschließung zu dem vom Vermittlungsausschuss im Rahmen des Haushaltsverfahrens gebilligten gemeinsamen Entwurf des Gesamthaushaltsplans der Europäischen Union für das Haushaltjahr 2026,

- Entschließung zu dem Schutz von Minderjährigen im Internet,

- Entschließung zu der verschärften Unterdrückung der Baha'i in Iran,

- Entschließung zu der Rechtsstaatlichkeit und der Menschenrechtslage in Tunesien, insbesondere dem Fall von Sonia Dahmani,

- Entschließung zu der Umsetzung des Abkommens über Handel und Zusammenarbeit zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich,

- Entschließung zu der Anwendung der Vertragsbestimmungen in Bezug auf die Grundsätze der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit sowie die Rolle der nationalen Parlamente im Rechtsetzungsverfahren der EU,

- Entschließung zu der Eskalation des Krieges und der humanitären Katastrophe in Sudan,

- Entschließung zu der politischen Lage in Myanmar, einschließlich der humanitären Krise der Rohingya,

- Entschließung zu dem Standpunkt der EU zu dem vorgeschlagenen Plan sowie dem Einsatz der EU für einen gerechten und dauerhaften Frieden für die Ukraine,

- Entschließung zu dem Entwurf eines Durchführungsbeschlusses der Kommission über die Finanzierung des Jahresaktionsplans 2025 für die Vereinigte Republik Tansania.

Als Anlage übermittle ich Ihnen im Namen der Präsidentin des Europäischen Parlaments die genannten Texte.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Markus Winkler

Anlagen

EUROPÄISCHES PARLAMENT

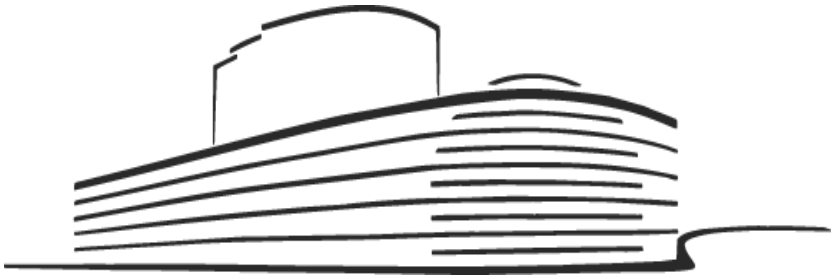
2025 - 2026

AUSZUG

AUS DEM DOKUMENT „ANGENOMMENE TEXTE“

DER TAGUNG VOM

24. – 27. November 2025



INHALTSVERZEICHNIS

P10_TA(2025)0279 5
SICHERHEIT VON SPIELZEUG UND AUFHEBUNG DER RICHTLINIE 2009/48/EG

P10_TA(2025)0280 9
VERSTÄRKUNG DER POLIZEILICHEN ZUSAMMENARBEIT BEI DER VERHÜTUNG, AUFDECKUNG UND UNTERSUCHUNG DER SCHLEUSERKRIMINALITÄT UND DES MENSCHENHANDELS; VERSTÄRKUNG DER UNTERSTÜTZUNG VON EUROPOL BEI DER VERHÜTUNG UND BEKÄMPFUNG SOLCHER STRAFTATEN

P10_TA(2025)0281 43
PROGRAMM FÜR DIE EUROPÄISCHE VERTEIDIGUNGSINDUSTRIE UND RAHMEN FÜR MAßNAHMEN ZUR GEWÄHRLEISTUNG DER ZEITNAHEN VERFÜGBARKEIT UND LIEFERUNG VON VERTEIDIGUNGSGÜTERN (EDIP)

P10_TA(2025)0296 317
STEIGERUNG DER EFFIZIENZ DER EU-GARANTIE GEMÄß DER „INVESTEU“ VERORDNUNG UND VEREINFACHUNG DER BERICHTSPFLICHTEN

P10_TA(2025)0283 377
FESTSTELLUNG DER EINDEUTIGEN GEFAHR EINER SCHWERWIEGENDEN VERLETZUNG DER WERTE, AUF DIE SICH DIE UNION GRÜNDET, DURCH UNGARN

P10_TA(2025)0284 417
SCHNELLERE REGISTRIERUNG UND EINFÜHRUNG VON BIOLOGISCHEN BEKÄMPFUNGSMITTELN

P10_TA(2025)0285 431
INSTITUTIONELLE ASPEKTE DES BERICHTS ÜBER DIE ZUKUNFT DER WETTBEWERBSFÄHIGKEIT EUROPAS (DRAGHI-BERICHT)

P10_TA(2025)0286 443
AUSWIRKUNGEN DER KÜNSTLICHEN INTELLIGENZ AUF DEN FINANZSEKTOR

P10_TA(2025)0288 455
GENETISCH VERÄNDERTER MAIS DER SORTE DAS1131

P10_TA(2025)0289 461
GENETISCH VERÄNDERTE BAUMWOLLE DER SORTE MON 88913

P10_TA(2025)0290 467
GENETISCH VERÄNDERTER RAPS DER SORTE MON 88302

P10_TA(2025)0291 473
GENETISCH VERÄNDERTE SOJABOHNEN DER SORTE MON 87708

P10_TA(2025)0292 479
GENETISCH VERÄNDERTER MAIS DER SORTE MON 87427

P10_TA(2025)0293 485
ENTWURF DES BERICHTIGUNGSHAUSHALTSPLANS NR. 3/2025: ANPASSUNG DER MITTEL FÜR

ZAHLUNGEN, AKTUALISIERUNG DER EINNAHMEN UND WEITERE TECHNISCHE AKTUALISIERUNGEN

P10_TA(2025)0294 489
HAUSHALTSVERFAHREN 2026: GEMEINSAMER ENTWURF

P10_TA(2025)0299 517
SCHUTZ VON MINDERJÄHRIGEN IM INTERNET

P10_TA(2025)0303 543
VERSCHÄRFTE UNTERDRÜCKUNG DER BAHÁ'Í IN IRAN

P10_TA(2025)0304 545
RECHTSSTAATLICHKEIT UND MENSCHENRECHTSLAGE IN TUNESIEN, INSBESONDERE DER FALL VON SONIA DAHMANI

P10_TA(2025)0307 547
UMSETZUNG DES HANDELS- UND KOOPERATIONSABKOMMENS ZWISCHEN DER EU UND DEM VEREINIGTEN KÖNIGREICH

P10_TA(2025)0309 627
ANWENDUNG DER VERTRAGSBESTIMMUNGEN IN BEZUG AUF DIE GRUNDSÄTZE DER SUBSIDIARITÄT UND DER VERHÄLTNISMÄßIGKEIT SOWIE DIE ROLLE DER NATIONALEN PARLAMENTE IM RECHTSETZUNGSVERFAHREN DER EU

P10_TA(2025)0310 641
ESKALATION DES KRIEGES UND DER HUMANITÄREN KATASTROPHE IN SUDAN

P10_TA(2025)0311 651
DIE POLITISCHE LAGE IN MYANMAR, EINSCHLIEßLICH DER HUMANITÄREN KRISE DER ROHINGYA

P10_TA(2025)0312 661
STANDPUNKT DER EU ZU DEM VORGESCHLAGENEN PLAN SOWIE EINSATZ DER EU FÜR EINEN GERECHTEN UND DAUERHAFTEN FRIEDEN FÜR DIE UKRAINE

P10_TA(2025)0314 665
FINANZIERUNG DES JAHRESAKTIONSPLANS 2025 FÜR TANSANIA

ANGENOMMENE TEXTE

P10_TA(2025)0279

Sicherheit von Spielzeug und Aufhebung der Richtlinie 2009/48/EG

Legislative Entschließung des Europäischen Parlaments vom 25. November 2025 zu dem Standpunkt des Rates in erster Lesung im Hinblick auf den Erlass einer Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über die Sicherheit von Spielzeug und zur Aufhebung der Richtlinie 2009/48/EG (09663/1/2025 – C10-0251/2025 – 2023/0290(COD))

(Ordentliches Gesetzgebungsverfahren: zweite Lesung)

Das Europäische Parlament,

– unter Hinweis auf den Standpunkt des Rates in erster Lesung (09663/1/2025 – C10-0251/2025),

– unter Hinweis auf die Stellungnahme des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses vom 13. Dezember 2023[1],

– unter Hinweis auf seinen Standpunkt in erster Lesung[2] zu dem Vorschlag der Kommission an das Europäische Parlament und den Rat (COM(2023)0462),

– gestützt auf Artikel 294 Absatz 7 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union,

– unter Hinweis auf die vorläufige Einigung, die gemäß Artikel 75 Absatz 4 seiner Geschäftsordnung vom zuständigen Ausschuss angenommen wurde,

– gestützt auf Artikel 68 seiner Geschäftsordnung,

– unter Hinweis auf die Empfehlung des Ausschusses für Binnenmarkt und Verbraucherschutz für die zweite Lesung (A10-0227/2025),

1. billigt den Standpunkt des Rates in erster Lesung;

2. nimmt die dieser Entschließung beigefügte Erklärung der Kommission zur Kenntnis, die im *Amtsblatt der Europäischen Union* (Reihe C) veröffentlicht wird;

3. stellt fest, dass der Gesetzgebungsakt entsprechend dem Standpunkt des Rates erlassen

[1] ABl. C, C/2024/1577, 5.3.2024, ELI: http://data.europa.eu/eli/C/2024/1577/oj.
[2] ABl. C, C/2025/1032, 27.2.2025, ELI: http://data.europa.eu/eli/C/2025/1032/oj.

wird;

4. beauftragt seine Präsidentin, den Gesetzgebungsakt mit dem Präsidenten des Rates gemäß Artikel 297 Absatz 1 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union zu unterzeichnen;

5. beauftragt seinen Generalsekretär, den Gesetzgebungsakt zu unterzeichnen, nachdem überprüft worden ist, dass alle Verfahren ordnungsgemäß abgeschlossen worden sind, und im Einvernehmen mit der Generalsekretärin des Rates die Veröffentlichung des Gesetzgebungsakts im *Amtsblatt der Europäischen Union* zu veranlassen;

6. beauftragt seine Präsidentin, den Standpunkt des Parlaments dem Rat und der Kommission sowie den nationalen Parlamenten zu übermitteln.

ERKLÄRUNG DER KOMMISSION ANLÄSSLICH DES ERLASSES DER VERORDNUNG (EU) 2025/...[+]

Die Kommission bewertet regelmäßig und systematisch unter Berücksichtigung der verfügbaren wissenschaftlichen Erkenntnisse das Vorhandensein gefährlicher Chemikalien in Spielzeug, um die Grenzwerte oder die Bedingungen für das Vorhandensein bestimmter chemischer Stoffe oder Gemische in Spielzeug gemäß Artikel 46 der Verordnung 2025/…[+] über die Sicherheit von Spielzeug anzupassen. Zu diesem Zweck wird die Kommission die Europäische Chemikalienagentur innerhalb von 12 Monaten nach Inkrafttreten dieser Verordnung um eine Stellungnahme zur Sicherheit von Nitrosaminen und nitrosierbaren Stoffen in Spielzeug im Hinblick auf die Gesamtexposition ersuchen. Zu demselben Zweck wird die Kommission die Europäische Chemikalienagentur innerhalb von 24 Monaten nach Inkrafttreten dieser Verordnung um eine Stellungnahme zur Sicherheit von Blei, Cadmium, Quecksilber und Chrom vi in Spielzeug im Hinblick auf die Gesamtexposition ersuchen.

[+] ABl.: Bitte die Nummer der Verordnung einfügen, die im Rahmen des Verfahrens COD 2023/290 angenommen wurde.

ANGENOMMENE TEXTE

P10_TA(2025)0280

Verstärkung der polizeilichen Zusammenarbeit bei der Verhütung, Aufdeckung und Untersuchung der Schleuserkriminalität und des Menschenhandels; Verstärkung der Unterstützung von Europol bei der Verhütung und Bekämpfung solcher Straftaten

Legislative Entschließung des Europäischen Parlaments vom 25. November 2025 zu dem Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Verstärkung der polizeilichen Zusammenarbeit bei der Verhütung, Aufdeckung und Untersuchung der Schleuserkriminalität und des Menschenhandels und zur Verstärkung der Unterstützung von Europol bei der Verhütung und Bekämpfung solcher Straftaten und zur Änderung der Verordnung (EU) 2016/794 (COM(2023)0754 – C9-0431/2023 – 2023/0438(COD))

(Ordentliches Gesetzgebungsverfahren: erste Lesung)

Das Europäische Parlament,

– unter Hinweis auf den Vorschlag der Kommission an das Europäische Parlament und den Rat (COM(2023)0754),

– gestützt auf Artikel 294 Absatz 2 und Artikel 85 Absatz 1, Artikel 87 Absatz 2 und Artikel 88 Absatz 2 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union, auf deren Grundlage ihm der Vorschlag der Kommission unterbreitet wurde (C9-0431/2023),

– unter Hinweis auf die Stellungnahme des Rechtsausschusses zu der vorgeschlagenen Rechtsgrundlage,

– gestützt auf Artikel 294 Absatz 3 und Artikel 88 Absatz 2 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union,

– unter Hinweis auf die haushaltspolitische Bewertung durch den Haushaltsausschuss,

– unter Hinweis auf die vom schwedischen Parlament im Rahmen des Protokolls Nr. 2 über die Anwendung der Grundsätze der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit vorgelegte begründete Stellungnahme, in der geltend gemacht wird, dass der Entwurf eines Gesetzgebungsakts nicht mit dem Subsidiaritätsprinzip vereinbar ist,

– unter Hinweis auf die Stellungnahme des Europäischen Wirtschafts- und

Sozialausschusses vom 10. Juli 2024[1],

– unter Hinweis auf die vorläufige Einigung, die gemäß Artikel 75 Absatz 4 seiner Geschäftsordnung vom zuständigen Ausschuss angenommen wurde, und auf die vom Vertreter des Rates mit Schreiben vom 8. Oktober 2025 gemachte Zusage, den Standpunkt des Europäischen Parlaments gemäß Artikel 294 Absatz 4 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union zu billigen,

– gestützt auf die Artikel 60, 41 und 58 seiner Geschäftsordnung,

– unter Hinweis auf den Bericht des Ausschusses für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres (A10-0109/2025),

1. legt den folgenden Standpunkt in erster Lesung fest;

2. fordert die Kommission auf, es erneut zu befassen, falls sie ihren Vorschlag ersetzt, entscheidend ändert oder beabsichtigt, ihn entscheidend zu ändern;

3. beauftragt seine Präsidentin, den Standpunkt des Parlaments dem Rat und der Kommission sowie den nationalen Parlamenten zu übermitteln.

[1] ABl. C, C/2024/6024, 23.10.2024, ELI: http://data.europa.eu/eli/C/2024/6024/oj.

P10_TC1-COD(2023)0438

Standpunkt des Europäischen Parlaments festgelegt in erster Lesung am 25. November 2025 im Hinblick auf den Erlass der Verordnung (EU) 2025/... des Europäischen Parlaments und des Rates zur *Änderung der Verordnung (EU) 2016/794 hinsichtlich der* Verstärkung *der Unterstützung durch Europol und zur Ausweitung* der polizeilichen Zusammenarbeit bei der Verhütung *und Bekämpfung* der Schleuserkriminalität und des Menschenhandels

DAS EUROPÄISCHE PARLAMENT UND DER RAT DER EUROPÄISCHEN UNION —

gestützt auf den Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union, insbesondere auf Artikel 88 Absatz 2,

auf Vorschlag der Europäischen Kommission,

nach Zuleitung des Entwurfs des Gesetzgebungsakts an die nationalen Parlamente,

nach Stellungnahme des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses[1],

gemäß dem ordentlichen Gesetzgebungsverfahren[2],

[1] ABl. C, C/2024/6024, 23.10.2024, ELI: http://data.europa.eu/eli/C/2024/6024/oj.
[2] Standpunkt des Europäischen Parlaments vom 25. November 2025.

in Erwägung nachstehender Gründe:

(1) Die Agentur der Europäischen Union für die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Strafverfolgung (Europol) wurde mit der Verordnung (EU) 2016/794 des Europäischen Parlaments und des Rates[3] ▌ errichtet ▌ .

(2) Die Mission von Europol besteht darin, die Tätigkeiten der zuständigen Behörden der Mitgliedstaaten gemäß der Verordnung (EU) 2016/794 sowie deren gegenseitige Zusammenarbeit bei der Verhütung und Bekämpfung der zwei oder mehr Mitgliedstaaten betreffenden schweren Kriminalität, des Terrorismus und der Kriminalitätsformen, die ein gemeinsames Interesse verletzen, das Gegenstand einer Politik der Union ist, zu unterstützen und zu verstärken, als Plattform der Union für strafrechtliche Informationen zu fungieren und eine flexible operative Unterstützung zu leisten, indem sie im Hinblick auf Innovation und Forschung im Bereich der Strafverfolgung eine Führungsrolle einnimmt und indem sie Lösungen für die Polizeiarbeit auf europäischer Ebene bietet. Durch das Wahrnehmen ihrer zentralen Zuständigkeiten – der Analyse und dem Austausch von Informationen sowie der Bereitstellung von operativer und technischer Unterstützung – schafft Europol einen echten Mehrwert für die Sicherheit der Union.

[3] Verordnung (EU) 2016/794 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Mai 2016 über die Agentur der Europäischen Union für die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Strafverfolgung (Europol) und zur Ersetzung und Aufhebung der Beschlüsse 2009/371/JI, 2009/934/JI, 2009/935/JI, 2009/936/JI und 2009/968/JI des Rates (ABl. L 135 vom 24.5.2016, S. 53, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2016/794/oj).

(3) Schleuserkriminalität bezeichnet eine kriminelle Handlung, die im Streben nach Profit das menschliche Leben und die Würde des Menschen missachtet und dabei die Grundrechte der betroffenen Menschen verletzt und die Ziele der Union im Bereich der Migrationssteuerung untergräbt. In seinen Schlussfolgerungen vom 9. Februar 2023 hat der Europäische Rat die Bedeutung der Bekämpfung von Schleusern und die Bereitschaft bekräftigt, mehr zu unternehmen, um irreguläre Ausreisen und den Verlust von Menschenleben zu verhindern, etwa durch die Verstärkung der Zusammenarbeit mit Herkunfts- und Transitländern. ***Menschenhandel ist eine schwere Straftat, die häufig im Rahmen der organisierten Kriminalität begangen wird, einen schwerwiegenden Verstoß gegen die Grundrechte darstellt und nach der Charta der Grundrechte der Europäischen Union (im Folgenden „Charta“) ausdrücklich verboten ist. Die Verhütung und Bekämpfung des Menschenhandels und die Unterstützung seiner Opfer, unabhängig von ihrem Herkunftsland, ist für die Union und die Mitgliedstaaten weiterhin ein vorrangiges Ziel.*** Es gilt, in diesem Sinne, die Schlagkräftigkeit der Strafverfolgungsbehörden beim Vorgehen gegen Schleuserkriminalität und Menschenhandel zu verbessern und dafür die ***Gesamtkapazitäten*** von Europol und insbesondere des spezialisierten Zentrums der Union für die Bekämpfung der Schleuserkriminalität und des Menschenhandels aufzustocken.

(4) Zur Verhütung, Aufdeckung und Untersuchung von grenzüberschreitender schwerer organisierter Kriminalität und Terrorismus ist ein koordiniertes und konzertiertes Vorgehen erforderlich. Die Rolle von Europol bei der Unterstützung der Mitgliedstaaten bei Maßnahmen zum Austausch kriminalpolizeilicher Informationen und derartigen Ermittlungen hat sich mit der Entwicklung innovativer Konzepte für das Vorgehen gegen kriminelle Akteure, die ein hohes Sicherheitsrisiko darstellen, erheblich gewandelt. Eine solche Unterstützung und Zusammenarbeit gestalten sich zunehmend komplex und erfordern spezifische Fachkompetenzen und Ressourcen, in welche sowohl die Mitgliedstaaten als auch Europol investieren müssen. Angesichts der Nutzung operativer Einsatzgruppen können die Mitgliedstaaten mit Unterstützung von Europol gemeinsame, koordinierte und vorrangige Maßnahmen zum Austausch kriminalpolizeilicher Informationen – hierzu gehört der Austausch kriminalpolizeilicher Informationen, die Aufdeckung von Zusammenhängen und die Durchführung von Analysen und Ermittlungen, insbesondere in Bezug auf kriminelle Netze und Gruppen sowie auf einzelne kriminelle Akteure, die ein hohes Sicherheitsrisiko darstellen. Bei der Unterstützung dieser flexiblen, operativen und vorübergehenden Form der Zusammenarbeit sollte Europol die teilnehmenden Mitgliedstaaten in analytischer, operativer, technischer, forensischer und finanzieller Hinsicht unterstützen können. Die operativen Einsatzgruppen sollten, so weit wie möglich, in die Europäische multidisziplinäre Plattform gegen kriminelle Bedrohungen (European Multidisciplinary Platform Against Criminal Threats, EMPACT) eingebunden werden.

(5) ***Maßnahmen zum Austausch kriminalpolizeilicher Informationen, die im Rahmen operativer Einsatzgruppen durchgeführt werden, können mit der Einleitung strafrechtlicher Ermittlungen in einem oder mehreren Mitgliedstaaten einhergehen, welche als ergänzende Einrichtung einer gemeinsamen Ermittlungsgruppe zwecks Erhebung von Beweismitteln begünstigt werden können. Gemäß der Verordnung (EU) 2016/794 kann Europol den betroffenen Mitgliedstaaten die Bildung einer solchen gemeinsamen Ermittlungsgruppe vorschlagen.***

(6) Ein Europäisches Zentrum zur Bekämpfung der Migrantenschleusung wurde 2016 vom Verwaltungsrat von Europol (im Folgenden „Verwaltungsrat“) gemäß der Verordnung (EU) 2016/794 als ein spezialisiertes Zentrum der Union eingerichtet. Angesichts der Zunahme ***der kriminellen Handlungen von Schleusern und Menschenhändlern, die Unterstützung bei*** irregulären Einreisen in die Union und ***bei*** der irregulären Sekundärmigration innerhalb der Union ***leisten***, der raschen Anpassungsfähigkeit der organisierten kriminellen Gruppen sowie des Aufkommens neuer Vorgehensweisen und ausgefeilter Methoden ist es dringend erforderlich, dass ***dieses*** Zentrum ▌erheblich aufgewertet wird, indem es als ständige Struktur innerhalb von Europol eingerichtet wird▌. Es sollte „Europäisches Zentrum für die Bekämpfung der Schleuserkriminalität“ heißen.

(7) Das Europäische Zentrum für die Bekämpfung der Schleuserkriminalität sollte die Mitgliedstaaten bei der Verhütung und Bekämpfung der Schleuserkriminalität und des Menschenhandels strategisch, operativ und technisch unterstützen. ***In diesem Zusammenhang sollte das Europäische Zentrum für die Bekämpfung der Schleuserkriminalität außerdem Unterstützung bei der Identifizierung von Opfern von Menschenhandel und anderer schutzbedürftiger Personen leisten, wobei es die erforderliche Zusammenarbeit mit dem in der Richtlinie 2011/36/EU des Europäischen Parlaments und des Rates[4] genannten EU-Koordinator für die Bekämpfung des Menschenhandels sicherstellen sollte.***

[4] Richtlinie 2011/36/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 5. April 2011 zur Verhütung und Bekämpfung des Menschenhandels und zum Schutz seiner Opfer sowie zur Ersetzung des Rahmenbeschlusses 2002/629/JI des Rates ***(ABl. L 101 vom 15.4.2011, S. 1, ELI:*** http://data.europa.eu/eli/dir/2011/36/oj***).***

(8) ***Damit die Arbeit des Europäischen Zentrums für die Bekämpfung der Schleuserkriminalität die größtmögliche Wirkung entfalten kann und um sicherzustellen, dass die Koordinierung und der Austausch von Information zur Bekämpfung der Schleuserkriminalität und des Menschenhandels auf Unionsebene rechtzeitig und systematisch erfolgen, sollten dem Europäischen Zentrum für die Bekämpfung der Schleuserkriminalität Vertreter der Agentur der Europäischen Union für justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen (Eurojust) und der Europäischen Agentur für die Grenz- und Küstenwache entsprechend ihrer jeweiligen Mandaten angehören. Das Europäische Zentrum für die Bekämpfung der Schleuserkriminalität sollte ferner die Kommission und die Hauptakteure der EMPACT-Plattform sowie andere einschlägige Einrichtungen oder Agenturen der Union wie etwa die Asylagentur der Europäischen Union ersuchen können, es bei seinen Tätigkeiten zu unterstützen, sofern die erforderlichen Maßnahmen in den Zuständigkeitsbereich der jeweiligen Behörde, Einrichtung oder Agentur fallen. Außerdem sollte das Europäische Zentrum für die Bekämpfung der Schleuserkriminalität die Möglichkeit haben, mit in Drittstaaten eingesetzten Verbindungsbeamten für Zuwanderungsfragen und – soweit unbedingt erforderlich und verhältnismäßig – mit dem Europäischen Auswärtigen Dienst und den einschlägigen Missionen der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik zusammenzuarbeiten, sofern dies mit dem Mandat der jeweiligen Einrichtung und von Europol im Einklang steht.***

(9) ***Damit das Europäische Zentrum für die Bekämpfung der Schleuserkriminalität wirksam und effizient arbeiten kann, sollte der Verwaltungsrat im Einklang mit dieser Verordnung die Arbeitsweise des Europäischen Zentrums für die Bekämpfung der Schleuserkriminalität, auch in Bezug auf seine Aufgaben und seine Zusammensetzung, festlegen.***

▌

(10) ***Die Rolle und die Aufgaben des Verwaltungsrats, insbesondere bezüglich Entscheidungen – unter Berücksichtigung sowohl wirtschaftlicher als auch finanzieller Erfordernisse – über die Einrichtung der internen Strukturen von Europol wie etwa anderer Fachzentren der Union auf Vorschlag des Exekutivdirektors, bleiben von der Einrichtung des Europäischen Zentrums für die Bekämpfung der Schleuserkriminalität unberührt.***

▌

(11) ***Die EMPACT-Plattform bringt viele verschiedene zuständige Behörden im Rahmen eines partnerschaftlichen Ansatzes zusammen und dient sowohl als Rahmen für ein koordiniertes Vorgehen gegen die organisierte und schwere internationale Kriminalität als auch als Basis für die gezielte und rasche Umsetzung der Sicherheitsmaßnahmen und -strategien der Union. Zur Stärkung der Reaktionsmaßnahmen der Union im Hinblick auf die Verhütung und Bekämpfung von schwerer und organisierter Kriminalität, einschließlich Schleuserkriminalität und Menschenhandel, sollten Europol und alle einschlägigen zuständigen Behörden gemäß dieser Verordnung ihre Verbindungen innerhalb der EMPACT-Plattform ausbauen und ihre operative Unterstützung der im Rahmen dieser Plattform entwickelten Tätigkeiten verstärken. Zu diesem Zweck sollte Europol ihre strategische, operative und finanzielle Unterstützung für operative Tätigkeiten im Rahmen der EMPACT-Plattform verstärken können, unter anderem durch die Einbeziehung der Hauptakteure der EMPACT-Plattform in Fällen, in denen dies von Belang ist. Die zuständigen Behörden der Mitgliedstaaten, die an der Durchführung operativer Tätigkeiten im Rahmen der EMPACT-Plattform beteiligt sind, sollten Europol alle relevanten Informationen zur Verfügung stellen.***

(12) ***Europol sollte den zuständigen Behörden der Mitgliedstaaten nicht personenbezogene Daten über operative Einsatzgruppen zur Verfügung stellen. Solche Daten umfassen, zum Beispiel die relevanten Kriminalitätsbereiche, Arbeitsweisen der beteiligten kriminellen Akteure und die zuständigen Behörden, die an den operativen Einsatzgruppen teilnehmen. Europol sollte auch den Kommunikationsfluss zwischen den Mitgliedstaaten, die operative Einsatzgruppen leiten, und jenen, die operative Tätigkeiten der EMPACT-Plattform leiten, erleichtern.***

▌

(13) ***Die Erhebung und Weiterverarbeitung personenbezogener Daten im Zusammenhang mit der Verhütung, Aufdeckung und Untersuchung der Schleuserkriminalität und des Menschenhandels sollte von Europol nach Maßgabe der Verordnung (EU) 2016/794 und der Verordnung (EU) 2018/1725 des Europäischen Parlaments und des Rates[5] und im Einklang mit den geltenden Datenschutzbestimmungen der Union, einschließlich der Grundsätze der Zweckbindung und der Notwendigkeit und der Verhältnismäßigkeit, durchgeführt werden.***

(14) Falls weder ein Angemessenheitsbeschluss vorliegt noch angemessene oder geeignete Datenschutzgarantien bestehen, kann ***in hinreichend begründeten Fällen*** die Übermittlung personenbezogener Daten durch Europol an Drittstaaten nach Artikel 25 Absatz 5 der Verordnung (EU) 2016/794 erfolgen. ▌

▌

---

[5] ***Verordnung (EU) 2018/1725 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Oktober 2018 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten durch die Organe, Einrichtungen und sonstigen Stellen der Union, zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 45/2001 und des Beschlusses Nr. 1247/2002/EG (ABl. L 295 vom 21.11.2018, S. 39, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2018/1725/oj).***

(15) Europol sollte als Plattform der Union für strafrechtliche Informationen und als Diensteanbieter fungieren, insbesondere indem es ***im Einklang mit dieser Verordnung und der Richtlinie (EU) 2023/977 des Europäischen Parlaments und des Rates***[6] ein sicheres Netz für den Datenaustausch, z. B. die Netzanwendung für sicheren Datenaustausch (Secure Information Exchange Network Application; SIENA), zur Verfügung stellt und damit den Informationsaustausch zwischen den Mitgliedstaaten, Europol, anderen Unionseinrichtungen, Drittstaaten und internationalen Organisationen erleichtert.

---

[6] ***Richtlinie (EU) 2023/977 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 10. Mai 2023 über den Informationsaustausch zwischen den Strafverfolgungsbehörden der Mitgliedstaaten und zur Aufhebung des Rahmenbeschlusses 2006/960/JI des Rates (ABl. L 134 vom 22.5.2023, S. 1, ELI: http://data.europa.eu/eli/dir/2023/977/oj).***

(16) ***Im Rahmen eines wirksamen Austauschs strafrechtlicher Informationen werden auch biometrische Daten, zum Beispiel Fingerabdrücke und Gesichtsbilder, im Sinne der Richtlinie (EU) 2016/680 des Europäischen Parlaments und des Rates[7] ausgetauscht. Die wirksame Nutzung biometrischer Daten ist von entscheidender Bedeutung dafür, Lücken und Schwachstellen zu beseitigen, die Terroristen und andere Straftäter auszunutzen versuchen, indem sie sich hinter falschen oder mehrfachen Identitäten verbergen. Der Rechtsrahmen von Europol ermöglicht es Europol bereits, biometrische Daten zu operativen Zwecken sowie zur Verhütung oder Bekämpfung von Straftaten im Rahmen der Ziele von Europol zu verarbeiten, wie es in Artikel 30 Absatz 2 der Verordnung (EU) 2016/794 vorgesehen ist. Wie jedoch im Sonderbericht des Europäischen Rechnungshofs von 2021 über die Unterstützung durch Europol bei der Bekämpfung der Migrantenschleusung hervorgehoben wird, muss Europol in die Lage versetzt werden, biometrische Daten wirksam zu nutzen. Europol sollte daher in die Lage versetzt werden, biometrische Daten wirksam und effizient zu verarbeiten, um die Mitgliedstaaten – auch bei der Bekämpfung der Schleuserkriminalität und des Menschenhandels – besser unterstützen zu können.***

---

[7] ***Richtlinie (EU) 2016/680 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. April 2016 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten durch die zuständigen Behörden zum Zwecke der Verhütung, Ermittlung, Aufdeckung oder Verfolgung von Straftaten oder der Strafvollstreckung sowie zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung des Rahmenbeschlusses 2008/977/JI des Rates (ABl. L 119 vom 4.5.2016, S. 89, ELI: http://data.europa.eu/eli/dir/2016/680/2016-05-04).***

(17) ***Jegliche Verarbeitung biometrischer Daten sollte den in den Verordnungen (EU) 2016/794 und (EU) 2018/1725 festgelegten Garantien entsprechen und mit Blick auf das verfolgte Ziel zwingend erforderlich und verhältnismäßig sein. Besondere Aufmerksamkeit sollte der Festlegung geeigneter Qualitätsstandards für die Verarbeitung und Speicherung biometrischer Daten gewidmet werden. Damit für ein gleichwertiges Qualitätsniveau gesorgt ist, sollten diese Qualitätsstandards den einschlägigen Mindestqualitätsstandards, die im Unionsrecht für die vergleichbare Verarbeitung biometrischer Daten festgelegt sind, einschließlich den von der Kommission gemäß der Verordnung (EU) 2024/982 des Europäischen Parlaments und des Rates[8] festgelegten Mindestqualitätsstandards im Einklang stehen.***

[8] ***Verordnung (EU) 2024/982 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. März 2024 über die automatisierte Abfrage und den Austausch von Daten für die polizeiliche Zusammenarbeit und zur Änderung der Beschlüsse 2008/615/JI und 2008/616/JI des Rates sowie der Verordnungen (EU) 2018/1726, (EU) 2019/817 und (EU) 2019/818 des Europäischen Parlaments und des Rates (Prüm-II-Verordnung) (ABl. L, 2024/982, 5.4.2024, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2024/982/oj).***

(18) ***Die aktive Beteiligung*** der Mitgliedstaaten und der Austausch ***aller relevanten*** Informationen mit Europol sind von entscheidender Bedeutung***, um*** für einen umfassenden und koordinierten Ansatz der ***Union für die*** Bekämpfung der Schleuserkriminalität ***und des Menschenhandels zu sorgen***. ***Zu diesem Zweck sollten die Mitgliedstaaten dazu angehalten werden, zentrale Dienste, die auf die*** Bekämpfung der Schleuserkriminalität ***und des Menschenhandels spezialisiert sind, einzurichten wobei Synergieeffekte mit den gemäß der Richtlinie 2011/36/EU benannten nationalen Koordinatoren für die Bekämpfung des Menschenhandels oder den gleichwertigen Mechanismen sicherzustellen zu sind***, und vorzusehen, dass diese ***Dienste*** über ***ausreichende*** Ressourcen für die Verhütung und Bekämpfung der Schleuserkriminalität ***und des Menschenhandels*** verfügen und ***mittels SIENA*** effizient ▌Informationen über strafrechtliche Ermittlungen mit Europol austauschen können.

(19) Die Mitgliedstaaten sollten dafür sorgen, dass alle relevanten Informationen für die Verhütung und Bekämpfung der Schleuserkriminalität und des Menschenhandels, einschließlich der von den in Drittstaaten eingesetzten Verbindungsbeamten für Zuwanderungsfragen erhaltenen Informationen, die als in den Geltungsbereich des Rechtsrahmens von Europol fallend eingestuft wurden, Europol zeitnah und wirksam mittels SIENA übermittelt werden.

(20) Verbindungsbeamte für Zuwanderungsfragen, die von den zuständigen Behörden der Mitgliedstaaten benannt und in Drittstaaten entsandt werden, sollten an SIENA angeschlossen sein und diese nutzen, um relevante Informationen über Schleuserkriminalität und Menschenhandel direkt oder indirekt über ihre zuständigen nationalen Behörden an Europol auszutauschen. Ist ein Anschluss an SIENA aus rechtlichen, organisatorischen oder technischen Gründen nicht möglich, sollten die von den zuständigen Behörden der Mitgliedstaaten benannten und entsandten Verbindungsbeamten für Zuwanderungsfragen relevante Informationen über eine zuständige nationale Behörde mittels anderer sicherer Kanäle mit Europol austauschen. Verbindungsbeamte für Zuwanderungsfragen, die von anderen nationalen Behörden als den zuständigen Behörden der Mitgliedstaaten benannt und entsandt werden, sollten relevante Informationen mit

einer zuständigen nationalen Behörde austauschen, damit diese Informationen sodann an Europol übermittelt werden können.

▌

(21) Europol und die zuständigen Behörden der Mitgliedstaaten sollten dazu angehalten werden, bei den Ermittlungen zu Schleuserkriminalität und Menschenhandel zusammenzuarbeiten, und zwar auch in den Fällen, in denen diese Straftaten unter Zuhilfenahme des Internets wie zum Beispiel auf Plattformen der sozialen Medien begangen werden.

▌

(22) Zur Verhütung, Aufdeckung und Untersuchung ***der Schleuserkriminalität und des Menschenhandels*** ist ein koordiniertes und konzertiertes Vorgehen erforderlich. ***Zu diesem Zweck können die Mitgliedstaaten*** gemäß dem Rahmenbeschluss des Rates vom 13. Juni 2002[9] eine gemeinsame Ermittlungsgruppe ***einsetzen, wobei auch*** Europol ***unterstützend mitwirken kann***. ***Wenn Europol Grund zu der Annahme hat, dass die Einsetzung einer gemeinsamen Ermittlungsgruppe einen zusätzlichen Nutzen für eine Untersuchung im Zusammenhang mit Schleuserkriminalität und Menschenhandel bieten würde, kann sie dies den betreffenden Mitgliedstaaten vorschlagen und Maßnahmen ergreifen, um die betreffenden Mitgliedstaaten bei der Einsetzung der gemeinsamen Ermittlungsgruppe nach Maßgabe der Verordnung (EU) 2016/794 zu unterstützen. In solchen Fällen sollte Europol eng mit Eurojust zusammenarbeiten.***

[9] Rahmenbeschluss des Rates vom 13. Juni 2002 über gemeinsame Ermittlungsgruppen (ABl. L 162 vom 20.6.2002, S. 1, ELI: http://data.europa.eu/eli/dec_framw/2002/465/oj).

(23) Europol sollte in der Lage sein, ***zur Unterstützung und Stärkung der Maßnahmen der zuständigen Behörden der Mitgliedstaaten vorübergehend*** Bedienstete, darunter abgeordnete nationale Sachverständige ▌**,** zu entsenden, um ▌ analytische, operative, technische und forensische Unterstützung zu leisten. Solche Einsätze sollten insbesondere bei komplexen, umfangreichen und öffentlichkeitswirksamen Ermittlungen ***und derartigen Maßnahmen zum Austausch kriminalpolizeilicher Informationen*** erfolgen***, die eine Unterstützung durch Europol erfordern***. Diese Einsätze sollten auch weitergehende Sicherheitsabgleiche mit den Datenbanken von Europol oder einzelner Staaten begünstigen, um den raschen Informationsaustausch zur Stärkung der Kontrollen an den Außengrenzen der Union (Zweitkontrollen) oder der Teams zur Unterstützung der Migrationsverwaltung gemäß der Verordnung (EU) 2019/1896 des Europäischen Parlaments und des Rates[10] zu erleichtern. Europol sollte die Mitgliedstaaten auch bei internationalen Großveranstaltungen durch solche Einsätze unterstützen. ▌

(24) Bei Einsätzen von Europol im Hoheitsgebiet eines Mitgliedstaats sollten auf Ersuchen der zuständigen Behörden des betreffenden Mitgliedstaats und in Verbindung und im Einvernehmen mit diesen Behörden erfolgen. Zum Zwecke von Europol-Einsätzen im Hoheitsgebiet eines Mitgliedstaates, sollen die betreffenden Mitgliedstaaten alle relevanten Informationen unverzüglich Europol – als Plattform der Union für strafrechtliche Informationen – zur Verfügung stellen, damit die Maßnahmen der Mitgliedstaaten unterstützt und verstärkt werden können.

▌

[10] Verordnung (EU) 2019/1896 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. November 2019 über die Europäische Grenz- und Küstenwache und zur Aufhebung der Verordnungen (EU) Nr. 1052/2013 und (EU) 2016/1624 (ABl. L 295 vom 14.11.2019, S. 1, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2019/1896/oj).

(25) Mit der Stärkung des Rechtsrahmens von Europol bietet sich die Gelegenheit, klarzustellen, dass die Ziele der Agentur ausdrücklich auch Verstöße gegen restriktive Maßnahmen der Union ***gemäß der Richtlinie (EU) 2024/1226 des Europäischen Parlaments und des Rates***[11] umfassen sollten. Die restriktiven Maßnahmen der Union sind ein wesentliches Instrument zum Schutz der Werte, der Sicherheit, der Unabhängigkeit und der Integrität der Union, zur Festigung und Wahrung der Demokratie, der Rechtsstaatlichkeit, der Menschenrechte und der Grundsätze des Völkerrechts sowie des Erhalts des Weltfriedens, der Verhinderung von Konflikten und der Stärkung der internationalen Sicherheit entsprechend den Zielen und Grundsätzen der Charta der Vereinten Nationen. ***In Fällen, in denen ein solcher Verstoß gegen restriktive Maßnahmen der Union auch eine andere in Anhang I der Verordnung (EU) 2016/794 aufgeführte Kriminalitätsform darstellt, unterstützt Europol die Mitgliedstaaten bei ihren Ermittlungen bezüglich illegal erlangter Vermögenswerte von natürlichen und juristischen Personen, gegen die Sanktionen der Union verhängt wurden oder die Gegenstand strafrechtlicher Ermittlungen wegen der Umgehung von der Union verhängten Handels- und Wirtschaftssanktionen waren. Da*** Verstöße gegen restriktive Maßnahmen der Union ▌eine Kriminalitätsform ***darstellen***, die ein gemeinsames Interesse verletzt, das Gegenstand einer Politik der Union ist, ***und mit der die Mitgliedstaaten zunehmend konfrontiert sind, sollte*** Europol ***daher*** befugt ***sein***, die ***von den*** Mitgliedstaaten in dieser Hinsicht ***unternommenen Tätigkeiten*** zu unterstützen und zu stärken. ***Durch diese Befugnis werden die Mitgliedstaaten in ihrer der Zusammenarbeit untereinander sowie in ihrer Zusammenarbeit mit Europol, Eurojust und der Europäischen Staatsanwaltschaft – im Rahmen ihrer jeweiligen Zuständigkeiten und im Einklang mit dem geltenden Rechtsrahmen – unterstützt, um die wirksame Ermittlung und Verfolgung von Verstößen gegen restriktive Maßnahmen der Union sicherzustellen.***

---

[11] ***Richtlinie (EU) 2024/1226 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 24. April 2024 zur Definition von Straftatbeständen und Sanktionen bei Verstoß gegen restriktive Maßnahmen der Union und zur Änderung der Richtlinie (EU) 2018/1673 (ABl. L, 2024/1226, 29.4.2024, ELI: http://data.europa.eu/eli/dir/2024/1226/oj).***

(26) Nach Artikel 3 des dem Vertrag über die Europäische Union (EUV) und dem Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) beigefügten Protokolls Nr. 21 über die Position des Vereinigten Königreichs und Irlands hinsichtlich des Raums der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts hat Irland mitgeteilt, dass es sich an der Annahme und Anwendung dieser Verordnung beteiligen möchte.

(27) Nach den Artikeln 1 und 2 des dem EUV und dem AEUV beigefügten Protokolls Nr. 22 über die Position Dänemarks beteiligt sich Dänemark nicht an der Annahme dieser Verordnung und ist weder durch sie gebunden noch zu ihrer Anwendung verpflichtet.

(28) Der Europäische Datenschutzbeauftragte wurde, gemäß Artikel 42 Absatz 1 der Verordnung (EU) 2018/1725, angehört und hat am ***23. Januar 2024*** eine Stellungnahme abgegeben.

(29) Da das Ziel dieser Verordnung, nämlich die Verstärkung der Verhütung, Aufdeckung und Untersuchung der Schleuserkriminalität und des Menschenhandels, angesichts des grenzüberschreitenden Charakters dieser Straftaten von den Mitgliedstaaten nicht ausreichend verwirklicht werden können, sondern vielmehr wegen der Auswirkungen der Zusammenarbeit und des Informationsaustauschs auf Unionsebene besser zu verwirklichen sind, kann die Union im Einklang mit dem in Artikel 5 EUV verankerten Subsidiaritätsprinzip tätig werden. Entsprechend dem in demselben Artikel genannten Grundsatz der Verhältnismäßigkeit geht diese Verordnung nicht über das für die Verwirklichung dieses Ziels erforderliche Maß hinaus.

(30) Diese Verordnung steht vollständig im Einklang mit den Grundrechten und Garantien sowie den Grundsätzen, die insbesondere mit der Charta anerkannt wurden, insbesondere mit dem Recht auf Achtung des Privat- und Familienlebens und dem Recht auf Schutz personenbezogener Daten gemäß den Artikeln 7 und 8 der Charta sowie Artikel 16 AEUV.

(31) Die Verordnung (EU) 2016/794 sollte daher entsprechend geändert werden —

HABEN FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN:

▌

Artikel ***1***

Änderung der Verordnung (EU) 2016/794

Die Verordnung (EU) 2016/794 wird wie folgt geändert:

1. In Artikel 2 werden folgende Buchstaben angefügt:

„w) ‚SIENA' die von Europol verwaltete Netzanwendung für sicheren Datenaustausch, die den Informationsaustausch erleichtert (Secure Information Exchange Network Application);

▌

x) „Verbindungsbeamter für Zuwanderungsfragen" einen Verbindungsbeamten für Zuwanderungsfragen im Sinne von Artikel 2 Nummer 1 der Verordnung (EU) 2019/1240 des Europäischen Parlaments und des Rates*.

**** Verordnung (EU) 2019/1240 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Juni 2019 zur Schaffung eines europäischen Netzes von Verbindungsbeamten für Zuwanderungsfragen (ABl. L 198 vom 25.7.2019, S. 88, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2019/1240/oj).**"

2. Artikel 4 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 1 wird wie folgt geändert:

i) Buchstabe c erhält folgende Fassung:

„c) Koordinierung, Organisation und Durchführung von Ermittlungs- und operativen Maßnahmen, um die Tätigkeit der zuständigen Behörden der Mitgliedstaaten zu unterstützen und zu stärken, wobei die Maßnahmen

i) gemeinsam mit den zuständigen Behörden der Mitgliedstaaten durchgeführt werden,

ii) im Zusammenhang mit gemeinsamen Ermittlungsgruppen nach Maßgabe des Artikels 5 sowie gegebenenfalls in Verbindung mit Eurojust durchgeführt werden,

iii) im Zusammenhang mit operativen Einsatzgruppen ▌ durchgeführt werden, oder

iv) im Zusammenhang mit Europol-Einsätzen zur operativen Unterstützung ▌ durchgeführt werden;“

ii) Buchstabe h erhält folgende Fassung:

„h) Unterstützung von grenzüberschreitenden Informationsaustauschtätigkeiten, Operationen und Ermittlungen der Mitgliedstaaten sowie von gemeinsamen Ermittlungsgruppen, auch in analytischer, operativer, technischer, forensischer und finanzieller Hinsicht; “

iii) Buchstabe l erhält folgende Fassung:

„l) Weiterentwicklung von Zentren der Union, die auf die Bekämpfung bestimmter unter die Ziele von Europol fallender Kriminalitätsformen spezialisiert sind, einschließlich des Europäischen Zentrums zur Bekämpfung der Migrantenschleusung gemäß Artikel 9a und des Europäischen Zentrums zur Bekämpfung der Cyberkriminalität;“

iv) Buchstabe s erhält folgende Fassung:

„s) Erleichterung gemeinsamer, koordinierter und vorrangiger ***Maßnahmen zum Austausch kriminalpolizeilicher Informationen und derartiger Ermittlungen***, etwa gegenüber unter Buchstabe r genannten Personen;“

v) Folgender Buchstabe wird eingefügt:

„ya) besondere Beachtung – im Rahmen der Unterstützung der zuständigen Behörden der Mitgliedstaaten bei Ermittlungen – der Schleuserkriminalität und des Menschenhandels, und zwar auch, wenn diese Straftaten Handlungen im Internet umfassen;“

vi) Folgender Buchstabe wird angefügt:

„za) Unterstützung der Mitgliedstaaten***, unter anderem durch die Entwicklung spezifischer Instrumente,*** bei der wirksamen und effizienten Verarbeitung biometrischer Daten ***zur Verhütung oder Bekämpfung von Straftaten, die unter die in Artikel 3 genannten Ziele von Europol fallen***; ***die Verarbeitung biometrischer Daten entspricht den geltenden Mindestqualitätsstandards und erfolgt gemäß den Artikeln 18 und 18a und den in dieser Verordnung festgelegten Schutzgarantien, insbesondere den in Artikel 30 festgelegten Grundsätzen der strikten Notwendigkeit und Verhältnismäßigkeit.***“

b) ***Absatz 2 erhält folgende Fassung:***

„(2) Europol erstellt strategische Analysen und Bedrohungsanalysen, um den Rat und die Kommission bei der Festlegung der vorrangigen strategischen und operativen Ziele der Union im Bereich der Kriminalitätsbekämpfung zu unterstützen. Europol leistet zudem Unterstützung bei der operativen Umsetzung dieser Ziele, indem sie insbesondere die zuständigen Behörden der Mitgliedstaaten beim weiteren Ausbau der Europäischen multidisziplinären Plattform gegen kriminelle Bedrohungen (European Multidisciplinary Platform Against Criminal Threats; EMPACT) als kohärenten Rahmen für die Verhütung und Eindämmung der Bedrohungen durch kriminelle Netze unterstützt, unter anderem durch die Erleichterung und Bereitstellung administrativer, logistischer, finanzieller und operativer Unterstützung für operative und strategische Tätigkeiten unter Führung der Mitgliedstaaten, einschließlich des damit verbundenen Austauschs von Informationen.“

c) Absatz 5 erhält folgende Fassung:

„(5) Bei der Durchführung ihrer Aufgaben wendet Europol keine Zwangsmaßnahmen an.

Das Europol-Personal kann den zuständigen Behörden der Mitgliedstaaten während der Durchführung von Ermittlungsmaßnahmen dieser Behörden auf deren Ersuchen und nach Maßgabe ihres nationalen Rechts operative Unterstützung leisten, insbesondere durch die Erleichterung des grenzüberschreitenden Informationsaustauschs ***und anderer Formen der Datenverarbeitung***, durch analytische, operative, technische und forensische und Unterstützung und durch Anwesenheit bei der Durchführung dieser Maßnahmen. ***Das Europol-Personal selbst hat keine Befugnis Ermittlungsmaßnahmen durchzuführen.“***

3. Artikel 7 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 6 Buchstabe a erhält folgende Fassung:

„a) Übermittlung der für die Verwirklichung der Ziele von Europol notwendigen Informationen – einschließlich der Informationen über Kriminalitätsformen, deren Verhütung oder Bekämpfung von der Union als vorrangig angesehen wird***, wie etwa Schleuserkriminalität und Menschenhandel,*** – an Europol;***“***

b) Folgende Absätze werden eingefügt:

„(6a) Jeder Mitgliedstaat, der eine operative Einsatzgruppe einsetzt, sich daran beteiligt oder sie unterstützt, stellt Europol und den anderen Mitgliedstaaten, die diese operative Einsatzgruppe einsetzen, sich daran beteiligen oder sie unterstützen, über SIENA unverzüglich alle relevanten Informationen zur Verfügung und macht gegebenenfalls Informationen gemäß Artikel 20 Absatz 2a, einschließlich Informationen in Bezug auf parallele Finanzermittlungen, in deren Rahmen illegal erlangte Vermögenswerte ermittelt und beschlagnahmt werden sollen, direkt zugänglich.

(6b) Jeder Mitgliedstaat, der eine von Europol unterstützte operative Maßnahmen im Rahmen der EMPACT-Plattform durchführt oder sich daran beteiligt, nutzt, soweit möglich, SIENA, um Europol und anderen Mitgliedstaaten unverzüglich alle relevanten Informationen zur Verfügung zu stellen.

(6c) Jeder Mitgliedstaat, in dessen Hoheitsgebiet ein Einsatz von Europol zur operativen Unterstützung stattfindet, stellt Europol über SIENA unverzüglich alle relevanten Informationen zur Verfügung und, soweit möglich und nach Maßgabe seines nationalen Rechts, indem er sie dem Europol-Personal und abgeordneten nationalen Sachverständigen, die in seinem Hoheitsgebiet eingesetzt werden, in nationalen Datenbanken zugänglich macht."

c) In Absatz 7 Unterabsatz 1 erhält der einleitende Teil folgende Fassung:

„Die Mitgliedstaaten sind unbeschadet der Ausübung der ihnen im Hinblick auf die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und den Schutz der inneren Sicherheit obliegenden Verantwortung im Einzelfall nicht verpflichtet, Informationen oder Erkenntnisse gemäß Absatz 6 Buchstabe a, Absatz 6a, Absatz 6b oder Absatz 6c zu übermitteln, wenn"

d) Folgende Absätze werden eingefügt:

„(7a) Jeder Mitgliedstaat stellt den Anschluss seiner – von den zuständigen Behörden der Mitgliedstaaten benannten – Verbindungsbeamten für Zuwanderungsfragen an SIENA sicher, damit relevante Informationen direkt oder über die zuständigen nationalen Behörden gemäß Absatz 5 und Absatz 6 Buchstabe a an Europol weitergegeben werden können. Ist es aus rechtlichen, organisatorischen oder technischen Gründen nicht möglich, den Anschluss eines Verbindungsbeamten für Zuwanderungsfragen an SIENA herzustellen, so übermittelt der betreffende Verbindungsbeamte für Zuwanderungsfragen der zuständigen nationalen Behörde die relevanten Informationen über andere sichere Kanäle. Diese betreffende zuständige Behörde stellt Europol die Informationen gemäß Absatz 5 und Absatz 6 Buchstabe a bereit.

(7b) Verbindungsbeamte für Zuwanderungsfragen, die nicht von den zuständigen Behörden der Mitgliedstaaten benannt wurden, übermitteln die relevanten Informationen einer solchen zuständigen nationalen Behörde unter Verwendung sichere Kanäle. Nach der Bewertung der Informationen gemäß Absatz 5 und Absatz 6 Buchstabe a übermittelt die betreffende zuständige Behörde diese Informationen an Europol.““;

4. Folgender Artikel wird eingefügt:

„Artikel 9a

Aufgaben und Zusammensetzung des Europäischen Zentrums für die Bekämpfung der Schleuserkriminalität

(1) Das Europäische Zentrum für die Bekämpfung der Schleuserkriminalität wird bei Europol als spezialisiertes Zentrum der Union gemäß Artikel 4 Absatz 1 Buchstabe l eingerichtet.

(2) Das Europäische Zentrum für die Bekämpfung der Schleuserkriminalität unterstützt die Mitgliedstaaten bei der Verhütung und Bekämpfung der Schleuserkriminalität und des Menschenhandels.

(3) Dem Europäischen Zentrum für die Bekämpfung der Schleuserkriminalität gehören Europol-Personal und Vertreter von Eurojust und der Europäischen Agentur für die Grenz- und Küstenwache gemäß ihren jeweiligen Mandaten an. Europol kann weitere Teilnehmer einladen, sich an der Wahrnehmung der Aufgaben des Europäischen Zentrums für die Bekämpfung der Schleuserkriminalität zu beteiligen.

(4) Auf Vorschlag des Exekutivdirektors erlässt der Verwaltungsrat Durchführungsbestimmungen zur Arbeitsweise des Europäischen Zentrums für die Bekämpfung der Schleuserkriminalität, einschließlich zu dessen Aufgaben und Zusammensetzung. Die beteiligten Einrichtungen oder Agenturen der Union beteiligen sich gemäß ihren jeweiligen Mandaten.“

5. Artikel 18 Absatz 2 Buchstabe d erhält folgende Fassung:

„d) Erleichterung – unter anderem durch SIENA – des Informationsaustauschs zwischen Mitgliedstaaten, Europol, anderen Unionseinrichtungen, Drittstaaten, internationalen Organisationen und privaten Parteien;“

6. Anhang I wird wie folgt geändert:

a) *(Betrifft nicht die deutsche Fassung.)*

b) Folgender Gedankenstrich wird angefügt:

„– Verstoß gegen restriktive Maßnahmen der Union“

I

Artikel ***2***

Inkrafttreten und Anwendbarkeit

Diese Verordnung tritt am zwanzigsten Tag nach ihrer Veröffentlichung im *Amtsblatt der Europäischen Union* in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt gemäß den Verträgen unmittelbar in den Mitgliedstaaten.

Geschehen zu ... am ...

Im Namen des Europäischen Parlaments	*Im Namen des Rates*
Die Präsidentin	*Der Präsident / Die Präsidentin*

ANGENOMMENE TEXTE

P10_TA(2025)0281

Programm für die europäische Verteidigungsindustrie und Rahmen für Maßnahmen zur Gewährleistung der zeitnahen Verfügbarkeit und Lieferung von Verteidigungsgütern (EDIP)

Legislative Entschließung des Europäischen Parlaments vom 25. November 2025 zu dem Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Einrichtung des Programms für die Europäische Verteidigungsindustrie und eines Rahmens für Maßnahmen zur Gewährleistung der zeitnahen Verfügbarkeit und Lieferung von Verteidigungsgütern (EDIP) (COM(2024)0150 – C10-0005/2024 – 2024/0061(COD))

(Ordentliches Gesetzgebungsverfahren: erste Lesung)

Das Europäische Parlament,

– unter Hinweis auf den Vorschlag der Kommission an das Europäische Parlament und den Rat (COM(2024)0150),

– gestützt auf Artikel 294 Absatz 2, Artikel 114 Absatz 1, Artikel 173 Absatz 3, Artikel 212 Absatz 2 und Artikel 322 Absatz 1 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union, auf deren Grundlage ihm der Vorschlag der Kommission unterbreitet wurde (C10-0005/2024),

– gestützt auf Artikel 294 Absatz 3 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union,

– unter Hinweis auf die haushaltspolitische Bewertung durch den Haushaltsausschuss,

– unter Hinweis auf die Stellungnahme des Europäischen Rechnungshofs vom 31. Januar 2025[1],

– unter Hinweis auf die Stellungnahme des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses vom 30. Mai 2024[2],

– unter Hinweis auf die Stellungnahme des Ausschusses der Regionen vom 20. Februar

[1] ABl. C, C/2025/805, 31.1.2025, ELI: http://data.europa.eu/eli/C/2025/805/oj.
[2] ABl. C, C/2024/4662, 9.8.2024, ELI: http://data.europa.eu/eli/C/2024/4662/oj.

2025[3],

– unter Hinweis auf die vorläufige Einigung, die gemäß Artikel 75 Absatz 4 seiner Geschäftsordnung von den zuständigen Ausschüssen angenommen wurde, und auf die vom Vertreter des Rates mit Schreiben vom 17. Oktober 2025 gemachte Zusage, den Standpunkt des Europäischen Parlaments gemäß Artikel 294 Absatz 4 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union zu billigen

– gestützt auf die Artikel 60, 170 und 58 seiner Geschäftsordnung,

– unter Hinweis auf die gemeinsamen Beratungen des Ausschusses für Sicherheit und Verteidigung und des Ausschusses für Industrie, Forschung und Energie gemäß Artikel 59 der Geschäftsordnung,

– unter Hinweis auf die Stellungnahmen des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten, des Haushaltskontrollausschusses und des Ausschusses für Binnenmarkt und Verbraucherschutz,

– unter Hinweis auf den Bericht des Ausschusses für Sicherheit und Verteidigung sowie des Ausschusses für Industrie, Forschung und Energie (A10-0084/2025),

1. legt den folgenden Standpunkt in erster Lesung fest;

2. billigt die dieser Entschließung beigefügte gemeinsame Erklärung des Europäischen Parlaments und des Rates und die gemeinsamen Erklärungen des Europäischen Parlaments, des Rates und der Kommission, die im *Amtsblatt der Europäischen Union* (Reihe C) veröffentlicht werden;

3. fordert die Kommission auf, es erneut zu befassen, falls sie ihren Vorschlag ersetzt, entscheidend ändert oder beabsichtigt, ihn entscheidend zu ändern;

4. beauftragt seine Präsidentin, den Standpunkt des Parlaments dem Rat und der Kommission sowie den nationalen Parlamenten zu übermitteln.

[3] ABl. C, C/2025/1705, 26.3.2025, ELI: http://data.europa.eu/eli/C/2025/1705/oj.

P10_TC1-COD(2024)0061

Standpunkt des Europäischen Parlaments festgelegt in erster Lesung am 25. November 2025 im Hinblick auf den Erlass der Verordnung (EU) 2025/... des Europäischen Parlaments und des Rates zur Einrichtung des Programms für die europäische Verteidigungsindustrie und eines Rahmens für Maßnahmen zur Gewährleistung der zeitnahen Verfügbarkeit von und Versorgung mit Verteidigungsgütern („EDIP-*Verordnung*“)

(Text von Bedeutung für den EWR)

DAS EUROPÄISCHE PARLAMENT UND DER RAT DER EUROPÄISCHEN UNION —

gestützt auf den Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union, insbesondere auf Artikel 114 Absatz 1, Artikel 173 Absatz 3, Artikel 212 Absatz 2 und Artikel 322 Absatz 1,

auf Vorschlag der Europäischen Kommission,

nach Zuleitung des Entwurfs des Gesetzgebungsakts an die nationalen Parlamente,

nach Stellungnahme des Europäischen Rechnungshofs[1]

nach Stellungnahme des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses[2],

nach Stellungnahme des Ausschusses der Regionen[3],

gemäß dem ordentlichen Gesetzgebungsverfahren[4],

---

1 ABl. C, C/2025/805, 31.1.2025., ELI: http://data.europa.eu/eli/C/2025/805/oj.
2 ABl. C, C/2024/4662, 9.8.2024, ELI: http://data.europa.eu/eli/C/2024/4662/oj.
3 ABl. C, C/2025/1705, 26.3.2025, ELI: http://data.europa.eu/eli/C/2025/1705/oj.
4 ***Standpunkt des Europäischen Parlaments vom 25. November 2025.***

in Erwägung nachstehender Gründe:

(1) ***Die Rückkehr von Kriegshandlungen mit hoher Intensität, die der grundlose und ungerechtfertigte Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine mit sich gebracht hat, wirkt sich negativ auf die Sicherheitslage der Union und der Mitgliedstaaten aus; es ist daher erforderlich, dass die Kapazitäten der Mitgliedstaaten für den Ausbau ihrer Verteidigungsfähigkeiten erheblich gesteigert werden. Die langfristige Verschlechterung der regionalen und globalen Sicherheit erfordert eine Anpassung des Ausmaßes und des Tempos, in bzw. mit dem die technologische und industrielle Basis der europäischen Verteidigung (European Defence Technological and Industrial Base, im Folgenden „EDTIB“) das gesamte Spektrum militärischer Fähigkeiten entwickeln und herstellen kann.***

(2) Die Staats- und Regierungschefs der Union haben sich auf ihrem Treffen in Versailles am 11. März 2022 verpflichtet, ▌ die Verteidigungsfähigkeiten Europas zu stärken. Sie kamen überein, ***ihre*** Verteidigungsausgaben zu erhöhen, die Zusammenarbeit durch gemeinsame Projekte und die gemeinsame Beschaffung von Verteidigungsfähigkeiten zu intensivieren, Defizite zu beseitigen, Innovation zu fördern und die ***europäische*** Verteidigungsindustrie ▌ zu stärken und auszubauen ▌ .

(3) Die ***Kommission und der Hohe Vertreter*** der Union ***für Außen- und Sicherheitspolitik (im Folgenden „Hoher Vertreter“) legten am 18. Mai 2022 eine Gemeinsame Mitteilung mit dem Titel „Analyse der Defizite bei den Verteidigungsinvestitionen und die nächsten Schritte“ vor, in der sie hervorhoben, dass in der Union im Bereich der Verteidigung Defizite im Hinblick auf Finanzen, Industrie und Fähigkeiten bestehen***.

(4) ***In seinen Schlussfolgerungen vom*** 14. und 15. Dezember 2023 hat der Europäische Rat im Anschluss an eine Bestandsaufnahme der Arbeiten zur Umsetzung der Erklärung von Versailles vom 11. März 2022 und des vom Rat am 21. März 2022 gebilligten Strategischen Kompasses für Sicherheit und Verteidigung unterstrichen, dass mehr getan werden muss, um die Ziele der Union in Bezug auf die Verbesserung der Verteidigungsbereitschaft zu verwirklichen. Voraussetzung für die Erreichung dieser Verteidigungsbereitschaft und die Verteidigung die Union ist eine starke, widerstandsfähige, innovative und wettbewerbsfähige europäische Verteidigungsindustrie.

(5) ***Am 20. Juli 2023 nahmen das Europäische Parlament und der Rat die Verordnung (EU) 2023/1525[5] an, mit der der Ausbau der Herstellungskapazitäten der europäischen Verteidigungsindustrie zügig unterstützt, die Lieferketten gesichert, effiziente Beschaffungsverfahren erleichtert, Defizite bei den Produktionskapazitäten behoben und Investitionen gefördert werden sollen.*** Am 18. Oktober 2023 ***nahmen das Europäische Parlament und der Rat die Verordnung (EU) 2023/2418[6] ▌an***, mit der die Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten in der Beschaffungsphase unterstützt werden soll, um so ***– auf kooperative Weise –*** die dringendsten und kritischsten Lücken zu schließen, insbesondere jene, die durch die Reaktion auf Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine entstehen.

(6) ***Die Verordnungen (EU) 2023/1525 und (EU) 2023/2418*** wurden als Notfall- und kurzfristige Programme konzipiert, die ***am 30. Juni 2025 beziehungsweise am 31. Dezember 2025 auslaufen***.

(7) Die vorliegende Verordnung sollte auf den Verordnungen (EU) 2023/1525 und (EU) 2023/2418 aufbauen und deren Logik in einer längerfristigen und strukturierteren Perspektive fortführen, indem auf vorhersehbare, kontinuierliche und zeitnahe Weise finanzielle Unterstützung für den Zeitraum 2025-2027 geleistet wird, um die Wettbewerbsfähigkeit, die Reaktionsfähigkeit und die Fähigkeit der EDTIB, die Verfügbarkeit von und Versorgung mit Verteidigungsgütern sicherzustellen, zu stärken. Angesichts der derzeitigen Sicherheitslage erscheint es notwendig, diese Unterstützung der Union auszuweiten, um Anreize für die Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten bei der Beschaffung eines breiteren Spektrums von Verteidigungsgütern zu schaffen.

---

5 ***Verordnung (EU) 2023/1525 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Juli 2023 zur Förderung der Munitionsproduktion (ASAP) (ABl. L 185 vom 24.7.2023, S. 7, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2023/1525/oj).***

6 ***Verordnung (EU) 2023/2418 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. Oktober 2023 über die Einrichtung eines Instruments zur Stärkung der europäischen Verteidigungsindustrie durch gemeinsame Beschaffung (EDIRPA) (ABl. L, 2023/2418, 26.10.2023, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2023/2418/oj).***

(8) ***Am 23. Juni 2022*** beschloss der Europäische Rat, der Ukraine den Status eines Bewerberlandes zuzuerkennen, wodurch der deutliche Wille zum Ausdruck gebracht wurde, den Wiederaufbau mit Reformen auf ihrem Weg in die Union zu verknüpfen. ***Am 15.*** Dezember 2023 beschloss ***der Europäische Rat***, Beitrittsverhandlungen mit der Ukraine aufzunehmen, ***und*** erklärte, dass die Union und ***ihre*** Mitgliedstaaten nach wie vor entschlossen seien, sich langfristig und zusammen mit Partnern an Sicherheitszusagen für die Ukraine zu beteiligen, die ***der Ukraine*** dabei helfen werden, sich zu verteidigen, Destabilisierungsversuchen standzuhalten und Angriffshandlungen in Zukunft zu verhindern. Die intensive Unterstützung der Ukraine ist eine der wichtigsten Prioritäten der Union und eine angemessene Vorgehensweise angesichts der festen politischen Zusage der Union, die Ukraine so lange wie nötig zu unterstützen.

(9) Der durch den Angriffskrieg Russlands für die ukrainische Wirtschaft, Gesellschaft und Infrastruktur und insbesondere für die ***ukrainische*** technologische und industrielle Basis der Verteidigung ▌(Ukrainian Defence Technological and Industrial Base, im Folgenden „ukrainische DTIB“) ***verursachte*** Schaden ***bedeutet, dass*** umfassende Unterstützung beim Wiederaufbau der ***ukrainischen DTIB erforderlich ist***. ***Diese Unterstützung*** ist von entscheidender Bedeutung, damit ***die Ukraine*** fähig ist, ▌wesentliche ***staatliche*** Funktionen aufrechtzuerhalten, ***was zu einer*** raschen Erholung, ***zum*** Wiederaufbau und ***zur*** Modernisierung des Landes, ***zur*** Integration ***der ukrainischen DTIB*** in die ***EDTIB und zur Anpassung der ukrainischen DTIB an die Standards der Nordatlantikpakt-Organisation (NATO) und an weitere einschlägige Standards beiträgt.*** Eine starke ukrainische DTIB ist für die langfristige Sicherheit sowie den Wiederaufbau der Ukraine entscheidend.

(10) ▌Maßnahmen, die die Stärkung der ***ukrainischen DTIB*** unterstützen, ***sollten durch die Union finanziell unterstützt werden***. ***Insbesondere sollte das Unterstützungsinstrument für die Ukraine im Rahmen der vorliegenden Verordnung Anreize für die Mitgliedstaaten schaffen, mit der Ukraine und der ukrainischen DTIB zusammenzuarbeiten, um die ukrainischen Herstellungskapazitäten im Verteidigungsbereich zu erhöhen und die gemeinsame Beschaffung von Verteidigungsgütern aus der ukrainischen DTIB zu fördern.*** Diese Unterstützung ergänzt die im Rahmen der mit der Verordnung (EU) 2024/792 des Europäischen Parlaments und des Rates[7] eingerichteten Ukraine-Fazilität geleistete Unterstützung ***und*** die militärische Unterstützung für die Ukraine im Rahmen der mit dem Beschluss (GASP) 2021/509 des Rates[8] eingerichteten Europäischen Friedensfazilität und über bilaterale Hilfen der Mitgliedstaaten. ***Sie steht auch im Einklang mit der fortgesetzten und unverbrüchlichen Unterstützung der Union für die Unabhängigkeit, Souveränität und territoriale Unversehrtheit der Ukraine innerhalb ihrer international anerkannten Grenzen.***

---

7 Verordnung (EU) 2024/792 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 29. Februar 2024 zur Einrichtung der Fazilität für die Ukraine (ABl. L, 2024/792, 29.2.2024, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2024/792/oj).

8 Beschluss (GASP) 2021/509 des Rates vom 22. März 2021 zur Einrichtung einer Europäischen Friedensfazilität und zur Aufhebung des Beschlusses (GASP) 2015/528 (ABl. L 102 vom 24.3.2021, S. 14, ELI: http://data.europa.eu/eli/dec/2021/509/oj).

(11) Russland muss in vollem Umfang zur Rechenschaft gezogen werden und für den massiven Schaden aufkommen, der durch seinen Angriffskrieg gegen die Ukraine, der einen eklatanten Verstoß gegen die Charta der Vereinten Nationen darstellt, verursacht wurde. Die Union und ihre Mitgliedstaaten sollten in enger Zusammenarbeit mit anderen internationalen Partnern und im Einklang mit dem Unions- und dem Völkerrecht weiterhin auf dieses Ziel hinarbeiten und dabei den schwerwiegenden Verstoß Russlands gegen das in Artikel 2 Absatz 4 der Charta der Vereinten Nationen verankerte Verbot der Anwendung von Gewalt und den Grundsatz der staatlichen Verantwortung für völkerrechtswidrige Handlungen berücksichtigen, einschließlich der Verpflichtung zum Ersatz des verursachten finanziell bezifferbaren Schadens. ▌ In Abstimmung mit den internationalen Partnern sind Fortschritte in der Frage erzielt worden, wie außerordentliche Einnahmen privater Rechtsträger, die direkt aus ***der Immobilisierung der staatlichen*** Vermögenswerte Russlands stammen, im Einklang mit den geltenden vertraglichen Verpflichtungen sowie mit dem Unions- und dem Völkerrecht in die Unterstützung der Ukraine einschließlich ***der ukrainischen DTIB*** geleitet werden könnten. ***Zusätzliche Unterstützung könnte durch die Übertragung*** außerordentlicher Barbestände von Zentralverwahrern, die sich aus unerwarteten und außerordentlichen Einnahmen aus ***der Immobilisierung der*** staatlichen Vermögenswerte Russlands ***oder aus anderen einschlägigen restriktiven Maßnahmen der Union*** ergeben, herangezogen werden.

(12) ***Nachdem sich die Staats- und Regierungschefs der G7 nachdrücklich dazu verpflichtet hatten, die Ukraine bei der Deckung ihres dringenden kurzfristigen Finanzierungsbedarfs zu unterstützen und ihre langfristigen Prioritäten für die Erholung und den Wiederaufbau zu unterstützen, haben das Europäische Parlament und der Rat am 28. Oktober 2024 die Verordnung (EU) 2024/2773[9] angenommen, mit der der Kooperationsmechanismus bei Ukraine-Darlehen eingerichtet wurde und durch die eine außerordentliche Makrofinanzhilfe für die Ukraine bereitgestellt wurde. In der Verordnung (EU) 2024/2773 ist vorgesehen, dass die Grundsatzvereinbarung über politische Auflagen für diese Makrofinanzhilfe die Zusage enthalten soll, bei der Erholung, dem Wiederaufbau und der Modernisierung der Verteidigungsindustrie der Ukraine die Zusammenarbeit mit der Union entsprechend den Zielen der Unionsprogramme für die Erholung, den Wiederaufbau und die Modernisierung der ukrainischen DTIB und anderer einschlägiger Unionsprogramme zu fördern.***

(13) Mit der Ukraine sollte eine ***Finanzierungsvereinbarung im Sinne von Artikel 114 Absatz 2 der Verordnung (EU, Euratom) 2024/2509 des Europäischen Parlaments und des Rates[10] (im Folgenden „Haushaltsordnung“) für die Durchführung der in*** der vorliegenden Verordnung ***festgelegten Maßnahmen betreffend die*** Ukraine ***oder*** in der Ukraine niedergelassene Rechtsträger, ***die Unionsmittel erhalten***, geschlossen werden. ***Die Finanzierungsvereinbarung mit der Ukraine sowie die Verträge und Vereinbarungen mit in der Ukraine niedergelassenen Rechtsträgern, die Unionsmittel erhalten, sollten sicherstellen, dass die Verpflichtungen nach Artikel 129 der Haushaltsordnung erfüllt werden.***

---

9 ***Verordnung (EU) 2024/2773 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 24. Oktober 2024 zur Einrichtung des Kooperationsmechanismus bei Ukraine-Darlehen und zur Bereitstellung einer außerordentlichen Makrofinanzhilfe für die Ukraine (ABl. L, 2024/2773, 28.10.2024, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2024/2773/oj).***

10 ***Verordnung (EU, Euratom) 2024/2509 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. September 2024 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union (ABl. L, 2024/2509, 26.9.2024, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2024/2509/oj).***

(14) Zur Finanzierung der Maßnahmen zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit und Bereitschaft der EDTIB auf der Grundlage von Artikel 173 ***des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV)*** und der Maßnahmen***, die zur Erholung, zum Wiederaufbau und zur Modernisierung*** der ukrainischen DTIB ***beitragen sollen***, sollten mit der vorliegenden Verordnung ***unter Berücksichtigung deren möglicher künftigen Integration in die EDTIB*** gemäß Artikel 212 AEUV ein Programm für die Europäische ***Verteidigungsindustrie (im Folgenden „Programm“)***, in dem die Bedingungen für die finanzielle Unterstützung der Union gemäß Artikel 173 AEUV dargelegt sind, und ein Unterstützungsinstrument für die Ukraine eingerichtet werden, in dem die spezifischen Bedingungen für die finanzielle Unterstützung der Union gemäß Artikel 212 AEUV ausgeführt werden.

(15) Das Programm sollte im Einklang mit den von den Mitgliedstaaten im Rahmen der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) gemeinsam vereinbarten Prioritäten für die Verteidigungsfähigkeiten, mit der Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten im Rahmen der durch den Beschluss (GASP) 2017/2315 des Rates[11] eingerichteten Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit (SSZ), mit den Initiativen und Projekten der Europäischen Verteidigungsagentur (EDA) und mit der zivilen und militärischen Unterstützung der Union für die Ukraine stehen. Bei dem Programm sollten die einschlägigen Tätigkeiten der NATO und anderer Partner gebührend berücksichtigt werden, wenn diese Tätigkeiten den Interessen der Union im Bereich der Sicherheit und Verteidigung dienen.

[11] Beschluss (GASP) 2017/2315 des Rates vom 11. Dezember 2017 über die Begründung der Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit (SSZ) und über die Liste der daran teilnehmenden Mitgliedstaaten (ABl. L 331 vom 14.12.2017, S. 57, ELI: http://data.europa.eu/eli/dec/2017/2315/oj).

(16) Mit der vorliegenden Verordnung ***sollte*** eine Finanzausstattung für den ***Zeitraum von 2025 bis 2027*** festgesetzt werden, die für das Europäische Parlament und den Rat im Rahmen des jährlichen Haushaltsverfahrens den vorrangigen Bezugsrahmen im Sinne der Nummer 18 der Interinstitutionellen Vereinbarung vom 16. Dezember 2020 zwischen dem Europäischen Parlament, dem Rat der Europäischen Union und der Europäischen Kommission über die Haushaltsdisziplin, die Zusammenarbeit im Haushaltsbereich und die wirtschaftliche Haushaltsführung sowie über neue Eigenmittel, ***einschließlich eines Fahrplans für die Einführung neuer Eigenmittel[12], bilden soll***. ***Es ist angezeigt, zusätzliche Finanzmittel für das Programm und das Unterstützungsinstrument für die Ukraine bereitzustellen, unter anderem durch zusätzliche Beiträge der Mitgliedstaaten.***

(17) Der Europäische Rat hat in seinen Schlussfolgerungen vom Juli 2020 erklärt, dass die Laufzeit der sektoralen Programme des mehrjährigen Finanzrahmens (MFR) in der Regel an den zeitlichen Rahmen des MFR 2021-2027 angepasst werden sollte. Nach Ablauf des MFR 2021-2027 wird die Finanzierung sektoraler Programme durch die Union vom Ergebnis der Verhandlungen über den nächsten MFR, der ab 2028 gilt, abhängen.

[12] ABl. L 433 I vom 22.12.2020, S. 28, ELI: http://data.europa.eu/eli/agree_interinstit/2020/1222/oj.

(18) Die in Artikel 73 Absatz 4 der Verordnung (EU) 2021/1060 des Europäischen Parlaments und des Rates[13] festgelegten Möglichkeiten könnten angewandt werden, sofern das Projekt den Bestimmungen der genannten Verordnung und dem Anwendungsbereich des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung und des Europäischen Sozialfonds Plus gemäß den Verordnungen (EU) 2021/1058[14] beziehungsweise (EU) 2021/1057[15] des Europäischen Parlaments und des Rates entspricht. Dies könnte insbesondere dann der Fall sein, wenn bei der Produktion maßgeblicher Verteidigungsgüter in den Hoheitsgebieten der Mitgliedstaaten – insbesondere in benachteiligten und abgelegenen Gebieten – ein spezifisches Marktversagen oder suboptimale Investitionsbedingungen zu verzeichnen sind und solche Mittel zur Erreichung der Ziele des Programms, von dem sie übertragen wurden, beitragen. Gemäß Artikel 24 der Verordnung (EU) 2021/1060 hat die Kommission die vom Mitgliedstaat eingereichten geänderten Programme zu bewerten und innerhalb von zwei Monaten nach der Einreichung des geänderten Programms Anmerkungen vorzubringen.

---

13 ***Verordnung (EU) 2021/1060 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 24. Juni 2021 mit gemeinsamen Bestimmungen für den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds Plus, den Kohäsionsfonds, den Fonds für einen gerechten Übergang und den Europäischen Meeres-, Fischerei- und Aquakulturfonds sowie mit Haushaltsvorschriften für diese Fonds und für den Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds, den Fonds für die innere Sicherheit und das Instrument für finanzielle Hilfe im Bereich Grenzverwaltung und Visumpolitik, ABl. L 231 vom 30.6.2021, S. 159, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2021/1060/oj).***

14 ***Verordnung (EU) 2021/1058 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 24. Juni 2021 über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung und den Kohäsionsfonds (ABl. L 231 vom 30.6.2021, S. 60, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2021/1058/oj).***

15 ***Verordnung (EU) 2021/1057 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 24. Juni 2021 zur Einrichtung des Europäischen Sozialfonds Plus (ESF+) und zur Aufhebung der Verordnung (EU) Nr. 1296/2013 (ABl. L 231 vom 30.6.2021, S. 21, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2021/1057/oj).***

(19) ***Angesichts der Notwendigkeit, besser und gemeinsam in die Wettbewerbsfähigkeit, Reaktionsfähigkeit und die Fähigkeit der EDTIB, die zeitnahe Verfügbarkeit von und Versorgung mit Verteidigungsgütern sicherzustellen, sowie in die Erholung, den Wiederaufbau und die Modernisierung der ukrainischen DTIB zu investieren, sollte es den Mitgliedstaaten, Organen, Einrichtungen und sonstigen Stellen der Union, Drittländern, internationalen Organisationen, internationalen Finanzinstitutionen und anderen Dritten möglich sein, zur Umsetzung des Programms und des Unterstützungsinstruments für die Ukraine beizutragen. Diese Beiträge sollten nach denselben Vorschriften und Bedingungen durchgeführt werden und externe zweckgebundene Einnahmen im Sinne des Artikels 21 Absatz 2 Buchstaben a, d oder e der Haushaltsordnung darstellen und im jährlichen Haushaltsverfahren gemäß der Haushaltsordnung ausgewiesen werden. Die Mitgliedstaaten sollten die Flexibilität haben, über die Zuweisung der für das Programm oder das Unterstützungsinstrument für die Ukraine bereitgestellten Beträge zu entscheiden. Die Mitgliedstaaten sollten die Möglichkeit haben, diese Mittel allen Stellen, die für eine Finanzierung im Rahmen dieser Verordnung in Betracht kommen, zur Verfügung zu stellen, sodass sie nur den betroffenen Mitgliedstaaten oder zusätzlich anderen Mitgliedstaaten oder gegebenenfalls der Ukraine zugutekommen. Diese Flexibilität ist von wesentlicher Bedeutung, um die effizienteste Nutzung der Ressourcen zu gewährleisten und die Zuweisung von Mitteln dort zu ermöglichen, wo sie am dringendsten benötigt werden.***

(20) Die Mitgliedstaaten sollten die Möglichkeit haben, beim Einsatz ihrer Zuweisungen im Rahmen der geteilten Mittelverwaltung die in der Verordnung (EU) 2021/1060 angebotene Flexibilität zu nutzen. Unter den in der Verordnung (EU) 2021/1060 festgelegten Bedingungen sollte es daher möglich sein, Mittel in bestimmtem Umfang zwischen den Zuweisungen unter geteilter Mittelverwaltung und dem Programm ***oder dem Unterstützungsinstrument für die Ukraine*** zu übertragen. ***Es sollte möglich sein, dass Mittel, die bis Ende 2028 nicht gebunden sind,*** auf Antrag des ***betreffenden*** Mitgliedstaats unter den in ▌der Verordnung (EU) 2021/1060 festgelegten Bedingungen wieder auf ein oder mehrere der jeweiligen ursprünglichen Programme rückübertragen werden.

(21) ***Die im Rahmen des Programms verfolgten Ziele, die Wettbewerbsfähigkeit und die Bereitschaft der EDTIB durch die Einleitung und Beschleunigung der Anpassung der Industrie an die aufgrund des sich wandelnden Sicherheitsumfelds erforderlichen Strukturveränderungen zu erhöhen, auch im Hinblick auf die Gewährleistung der Versorgungssicherheit bei Verteidigungsgütern in der gesamten Union, können zur Förderung des wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalts der Union gemäß der Verordnung (EU) 2021/241 des Europäischen Parlaments und des Rates[16] beitragen. Daher sollte vorgesehen werden, dass die durch die Aufbau- und Resilienzfazilität unterstützten Beiträge der Mitgliedstaaten zur Unterstützung von Maßnahmen zur Stärkung der Industrie im Rahmen dieser Verordnung verwendet werden können. Von dieser Möglichkeit sollte Gebrauch gemacht werden, soweit sie zur Verwirklichung der in Artikel 4 der Verordnung (EU) 2021/241 genannten Ziele beiträgt. Die Anwendung des Grundsatzes der „Vermeidung erheblicher Beeinträchtigungen“ im Sinne von Artikel 17 der Verordnung (EU) 2020/852 des Europäischen Parlaments und des Rates[17] ist von wesentlicher Bedeutung, um sicherzustellen, dass die im Rahmen der Aufbau- und Resilienzfazilität unternommenen Reformen und Investitionen nachhaltig durchgeführt werden. Alle durch die Aufbau- und Resilienzfazilität unterstützten Maßnahmen werden im Einklang mit dem geltenden Besitzstand der Union und dem nationalen Besitzstand im Umweltbereich durchgeführt, insbesondere in Bezug auf die Umweltverträglichkeitsprüfung und den Naturschutz. Gleichzeitig ist es wahrscheinlich, dass einige Endprodukte aus dem Verteidigungsbereich naturgemäß direkt oder indirekt umweltschädigend sind. Daher ist die Anwendung des Grundsatzes der „Vermeidung erheblicher Beeinträchtigungen“ auf die Beiträge der Mitgliedstaaten zur Unterstützung von Maßnahmen zur Stärkung der Industrie, die diese Güter betreffen, möglicherweise nicht durchführbar. Darüber hinaus könnte es zweckmäßig sein, den Grundsatz der Vermeidung erheblicher Beeinträchtigungen nicht anzuwenden, wenn die***

---

16 ***Verordnung (EU) 2021/241 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Februar 2021 zur Einrichtung der Aufbau- und Resilienzfazilität (ABl. L 57 vom 18.2.2021, S. 17, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2021/241/oj).***

17 ***Verordnung (EU) 2020/852 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. Juni 2020 über die Einrichtung eines Rahmens zur Erleichterung nachhaltiger Investitionen und zur Änderung der Verordnung (EU) 2019/2088 (ABl. L 198 vom 22.6.2020, S. 13, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2020/852/oj).***

unterstützte Maßnahme zur Stärkung der Industrie Verteidigungsgüter, Bestandteile oder Rohstoffe betrifft, die ausschließlich für die Herstellung von Verteidigungsgütern bestimmt sind oder verwendet werden. In der Tat ist die Union mit einer deutlichen Verschlechterung ihres sicherheitspolitischen Kontextes konfrontiert, die dazu geführt hat, dass sie in steigendem Maße bedroht ist. Dies erfordert sofortige und massive Investitionen in und Unterstützung für die Resilienz und den Ausbau der EDTIB, um ihre Fähigkeit zur Vorbereitung auf künftige Versorgungskrisen zu stärken und die zeitnahe Verfügbarkeit von und Versorgung mit Verteidigungsgütern in der gesamten Union sicherzustellen. In der jetzigen Situation stellt dies ein übergeordnetes Ziel der öffentlichen Sicherheit dar, das gegenüber anderen Erwägungen überwiegt. In diesem Zusammenhang ist es notwendig, Störungen entlang der Lieferketten im Verteidigungsbereich zu verhindern, insbesondere indem die Unterstützung von Maßnahmen zur Stärkung der Industrie, die Verteidigungsgüter, Bestandteile und Rohstoffe betreffen, gegebenenfalls ohne Einschränkungen aufgrund der Anwendung des Grundsatzes der „Vermeidung erheblicher Beeinträchtigungen“ ermöglicht wird. Wenn Mitgliedstaaten ihren aus der Aufbau- und Resilienzfazilität unterstützten freiwilligen Beitrag zugunsten von Maßnahmen zur Stärkung der Industrie im Rahmen dieser Verordnung nutzen, sollten diese Maßnahmen daher nicht der Anwendung des Grundsatzes der „Vermeidung erheblicher Beeinträchtigungen“ unterliegen, sofern der betreffende Mitgliedstaat in der Beitragsvereinbarung mit der Kommission begründet, dass es nicht durchführbar oder angemessen ist, sicherzustellen, dass die Arten der Tätigkeiten, die im Rahmen dieser Verordnung unterstützt werden sollen, dem Grundsatz der „Vermeidung erheblicher Beeinträchtigungen“ entsprechen.

(22) ***Drittländer, die Mitglieder des Europäischen Wirtschaftsraums sind, sollten im Rahmen der durch das Abkommen über den Europäischen Wirtschaftsraum eingerichteten Zusammenarbeit als assoziierte Länder am Programm teilnehmen können; gemäß dem Abkommen über den Europäischen Wirtschaftsraum[18] erfolgt die Durchführung der Programme auf der Grundlage eines Beschlusses, der gemäß dem Abkommen erlassen wurde.***

(23) Da ***die vorliegende Verordnung*** darauf abzielt, die Wettbewerbsfähigkeit und Effizienz der Verteidigungsindustrie der Union und der Ukraine zu verbessern, ***und um den Schutz der wesentlichen Sicherheits- und Verteidigungsinteressen der Union und ihrer Mitgliedstaaten zu gewährleisten,*** sollten die Empfänger finanzieller Unterstützung ***der Union im Rahmen des Programms und des Unterstützungsinstruments für die Ukraine***, um ***diese finanzielle Unterstützung erhalten*** zu können, Rechtsträger sein, die in der Union, in assoziierten Ländern oder in der Ukraine niedergelassen sind und ***dort ihre Leitungs- und Verwaltungsstrukturen haben*** und ***die für die Zwecke der Maßnahme Infrastruktur, Einrichtungen, Mittel und Ressourcen nutzen, welche sich im Hoheitsgebiet eines Mitgliedstaats, eines assoziierten Landes oder der Ukraine befinden. Ferner sollten Empfänger dieser finanziellen Unterstützung nicht*** der Kontrolle durch ***ein*** anderes nicht assoziiertes ***Drittland*** als die Ukraine oder durch ***einen*** Rechtsträger eines ***anderen*** Drittlands unterliegen. In diesem Zusammenhang sollte Kontrolle als die Fähigkeit verstanden werden, unmittelbar oder mittelbar durch einen oder mehrere zwischengeschaltete Rechtsträger einen bestimmenden Einfluss auf einen Rechtsträger auszuüben. ***Wenn*** Mitgliedstaaten, ▌assoziierte ***Länder oder*** die Ukraine ***Empfänger der finanziellen Unterstützung zum Zwecke der gemeinsamen Beschaffung sind, sollten für die Auftragnehmer und Unterauftragnehmer der Beschaffungsaufträge gleichwertige Kriterien gelten, um sicherzustellen, dass für sie dieselben Bedingungen gelten, wobei der Tatsache Rechnung zu tragen ist, dass diese Auftragnehmer und Unterauftragnehmer keine Empfänger von Unionsmitteln sind.***

---

18 ***ABl. L 1 vom 3.1.1994, S. 3,***
ELI: http://data.europa.eu/eli/agree_internation/1994/1/oj.

(24) ***In den Förderkriterien sollten bestehende Lieferketten und die industrielle Zusammenarbeit mit anderen nicht assoziierten Drittländern als der Ukraine berücksichtigt und die Erfüllung der Fähigkeitsanforderungen ermöglicht werden. Daher sollten gemeinsame Beschaffungen, an denen ein Unterauftragnehmer beteiligt ist, dem zwischen 15 % und 35 % des Auftragswerts zugewiesen werden und der nicht in der Union, in einem assoziierten Land oder gegebenenfalls in der Ukraine niedergelassen ist bzw. dort keine Leitungs- und Verwaltungsstrukturen hat, unter bestimmten Bedingungen für eine Finanzierung im Rahmen des Programms und des Unterstützungsinstruments für die Ukraine in Betracht kommen.***

(25) Unter bestimmten Umständen sollte es möglich sein, von dem Grundsatz abzuweichen, dass an einer durch das Programm unterstützten Maßnahme beteiligte Rechtsträger ***Infrastruktur, Einrichtungen, Mittel und Ressourcen, welche sich im Hoheitsgebiet eines Mitgliedstaats oder eines assoziierten Landes befinden, nutzen und*** nicht der Kontrolle durch nicht assoziierte Drittländer oder durch Rechtsträger nicht assoziierter Drittländer unterliegen. In diesem Zusammenhang ***sollte*** ein in der Union oder in einem assoziierten ***Land*** niedergelassener Rechtsträger, ***der Infrastruktur, Einrichtungen, Mittel oder Ressourcen, die sich außerhalb des Hoheitsgebiets eines Mitgliedstaats befinden*** oder von einem nicht assoziierten Drittland oder einem Rechtsträger eines nicht assoziierten Drittlands kontrolliert werden, ***nutzt,*** als Empfänger teilnehmen ***können***, wenn strenge Bedingungen im Zusammenhang mit den Sicherheits- und Verteidigungsinteressen der Union und ihrer Mitgliedstaaten, ***wozu auch der Grundsatz der gutnachbarlichen Beziehungen gehört,*** wie sie im Rahmen der ***GASP*** gemäß Titel V des Vertrags über die Europäische Union (EUV) festgelegt sind, auch im Hinblick auf die Stärkung der ***EDTIB***, erfüllt sind. ***Ähnliche Abweichungen sollten für Maßnahmen, die im Rahmen des Unterstützungsinstruments für die Ukraine unterstützt werden, vorgesehen werden, damit die Nutzung von Infrastruktur, Einrichtungen, Mitteln oder Ressourcen, die sich außerhalb des Hoheitsgebiets eines Mitgliedstaats oder der Ukraine befinden, und die Teilnahme von Rechtsträgern, die in der Union niedergelassen sind und von einem anderen Drittland als der Ukraine oder einem Rechtsträger eines anderen Drittlands kontrolliert werden, ermöglicht wird.***

(26) ***In der Union oder in einem assoziierten Land niedergelassene Rechtsträger, die von einem nicht assoziierten Drittland oder einem Rechtsträger eines nicht assoziierten Drittlands kontrolliert werden, sollten als Empfänger in Betracht kommen, wenn der Kommission Garantien gegeben werden, die von dem Mitgliedstaat oder assoziierten Land, in dem sie niedergelassen sind, gemäß dessen nationalen Verfahren genehmigt wurden und diese vor einer Entscheidung über die Vergabe von Unionsmitteln bewertet werden. Solche Garantien sollten nur unter der Voraussetzung erteilt werden, dass strenge Bedingungen im Zusammenhang mit den Sicherheits- und Verteidigungsinteressen der Union und ihrer Mitgliedstaaten, wie sie im Rahmen der GASP gemäß Titel V EUV festgelegt sind, erfüllt sind und während der gesamten Maßnahme aufrechterhalten werden. Die Kommission sollte die im Ausschuss vertretenen Mitgliedstaaten über Rechtsträger unterrichten, die nach einer solchen Bewertung als förderfähig gelten. Informationen über die anschließende Bewertung der Förderfähigkeit, die unter anderem auf einen gemeldeten Eigentumswechsel während der Durchführung zurückzuführen sind, werden ebenfalls den im Ausschuss vertretenen Mitgliedstaaten mitgeteilt, um Transparenz bei der Überwachung der laufenden Einhaltung der Förderbedingungen zu gewährleisten. Die Teilnahme von Rechtsträgern, die von nicht assoziierten Ländern oder Rechtsträgern eines nicht assoziierten Drittlandes kontrolliert werden, sollte den Zielen der vorliegenden Verordnung nicht zuwiderlaufen. Für die Zwecke des Unterstützungsinstruments für die Ukraine sollten diese Regeln für die Förderfähigkeit für in der Union niedergelassene Rechtsträger gelten, die von einem nicht assoziierten Drittland als der Ukraine oder einem Rechtsträger eines anderen Drittlands kontrolliert werden.***

(27) ***Um die Wettbewerbsfähigkeit der EDTIB zu erhöhen, die Erholung, den Wiederaufbau und die Modernisierung der ukrainischen DTIB zu fördern und die zeitnahe Verfügbarkeit von und Versorgung mit Verteidigungsgütern aus diesen technologischen und industriellen Basen der Verteidigung sicherzustellen, ist es wichtig, Mindestanforderungen an den in der Union und assoziierten Ländern oder gegebenenfalls in der Ukraine erzielten Mehrwert festzulegen. Dies wird die Effizienz der Unterstützung der Union im Rahmen des Programms und des Unterstützungsinstruments für die Ukraine erhöhen. Daher sollten bei im Rahmen des Programms oder des Unterstützungsinstruments für die Ukraine durch Unionsmittel unterstützten Maßnahmen die Kosten der Bestandteile mit Ursprung außerhalb der Union und außerhalb der assoziierten Länder oder gegebenenfalls der Ukraine 35 % der geschätzten Kosten der Bestandteile des Endprodukts oder des Guts, dessen Erhöhung der Produktionskapazität aus Unionsmitteln gefördert wird, nicht übersteigen. Die mit dieser Verordnung verfolgten Ziele werden umso wirksamer erreicht, wenn die Kosten für diese Bestandteile unter diesem Schwellenwert von 35 % liegen. Die Empfänger von Unionsmitteln werden aufgefordert, sich bei neuen Produkten um eine schrittweise Senkung dieses Prozentsatzes zu bemühen. Rohstoffe gelten nicht als Bestandteile.***

(28) Angesichts der Notwendigkeit, die operative Leistungsfähigkeit der Streitkräfte der Mitgliedstaaten sicherzustellen und ihre Fähigkeit zur Nutzung der unter eine im Rahmen des Programms durchgeführte Maßnahme fallenden Verteidigungsgüter ohne von Drittländern auferlegte Beschränkungen zu gewährleisten, müssen zusätzliche Anforderungen hinsichtlich der Möglichkeit zur Entscheidung über die Definition, Anpassung und Entwicklung der Gestaltung solcher Verteidigungsgüter festgelegt werden. Daher sollten Empfänger von Unionsmitteln oder, sofern relevant, der Auftragnehmer bzw. das Auftragnehmer-Konsortium keinen rechtlichen oder vertraglichen Beschränkungen durch nicht assoziierte Drittländer oder Rechtsträger von nicht assoziierten Drittländern unterliegen, die ihre Möglichkeit zur Entscheidung über die Definition, Anpassung und Entwicklung der Gestaltung des Verteidigungsguts einschränken, wozu auch die Ersetzung oder Entfernung der Bestandteile, die von nicht assoziierten Drittländern oder Rechtsträgern von nicht assoziierten Drittländern auferlegten Beschränkungen unterliegen, gehört. Aufgrund der derzeitigen geopolitischen Lage sollte in Bezug auf diese Anforderung ausnahmsweise und vorübergehend eine spezifische und gezielte Ausnahmeregelung für den Ausbau der industriellen Kapazitäten für die Produktion von Munition und Flugkörpern vorgesehen werden. Eine solche Ausnahmeregelung sollte darin bestehen, dass die Empfänger von Unionsmitteln oder die einschlägigen Regierungsbehörden der betreffenden Mitgliedstaaten der Kommission eine rechtsverbindliche Zusage des betreffenden nicht assoziierten Drittlands oder des betreffenden Rechtsträgers eines nicht assoziierten Drittlands übermitteln können, dass die Empfänger diese Möglichkeit zur Entscheidung haben werden. Die Empfänger sollten alle erforderlichen Maßnahmen ergreifen, um sicherzustellen, dass diese Zusage erfüllt wird. Können die Begünstigten trotz ihrer Bemühungen keine solche Möglichkeit zur Entscheidung erlangen, so würden Korrekturmaßnahmen im Einklang mit der Haushaltsordnung, insbesondere Artikel 132, ergriffen.

(29) ***Um sicherzustellen, dass die internationalen Verpflichtungen der Union und ihrer Mitgliedstaaten bei der Durchführung dieser Verordnung eingehalten werden, sollten Maßnahmen im Zusammenhang mit Gütern oder Technologien, deren Einsatz, Entwicklung oder Herstellung durch das geltende Völkerrecht verboten ist, weder für eine Finanzierung im Rahmen des Programms noch des Unterstützungsinstruments für die Ukraine in Betracht kommen.***

(30) ***Aus dem Programm und dem Unterstützungsinstrument für die Ukraine sollte im Einklang mit der Haushaltsordnung finanzielle Unterstützung für Maßnahmen bereitgestellt werden, die zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit, der Reaktionsfähigkeit und der Fähigkeit der EDTIB oder zur Erholung, zum Wiederaufbau und zur Modernisierung der ukrainischen DTIB beitragen, um die zeitnahe Verfügbarkeit von und Versorgung mit Verteidigungsgütern sicherzustellen, wie eine Zusammenarbeit von Rechtsträgern bei der gemeinsamen Beschaffung von Verteidigungsgütern sowie Maßnahmen zur Beschleunigung der Anpassung an strukturelle Veränderungen der Produktionskapazität für Verteidigungsgüter, Bestandteile und entsprechende Rohstoffe. Dies könnte die industrielle Zusammenarbeit in Bezug auf die Reservierung von Verteidigungsgütern, den Zugang zu Finanzmitteln für an der Herstellung von Verteidigungsgütern beteiligte Unternehmen, die Reservierung von Herstellungskapazitäten (ständig verfügbare Einrichtungen) oder industrielle Verfahren zur Aufbereitung veralteter Produkte, die Ausweitung, Optimierung, Modernisierung, Verbesserung oder Umwidmung vorhandener oder die Schaffung neuer Produktionskapazitäten in diesem Bereich umfassen. Darüber hinaus könnten im Einklang mit den Zielen der vorliegenden Verordnung eine Reihe zusätzlicher Unterstützungsmaßnahmen abgedeckt werden, etwa die Schulung, Neu- oder Weiterqualifizierung von Personal.***

(31) ***Angesichts des derzeitigen geopolitischen Kontexts, und insbesondere des Angriffskriegs Russlands gegen die Ukraine, erfordert der Schutz der wesentlichen Sicherheitsinteressen der Union die Annahme spezifischer Maßnahmen für die Beschaffung von Verteidigungsgütern, mit denen die Wettbewerbsfähigkeit der EDTIB gefördert und die zeitnahe Verfügbarkeit von und Versorgung mit von der EDTIB beschafften Verteidigungsgüter in der gesamten Union sichergestellt werden soll. Der Schutz der wesentlichen Sicherheitsinteressen der Union erfordert ferner die Beteiligung der Ukraine und der Länder die Mitglieder des Europäischen Wirtschaftsraums sind an diesen Maßnahmen, und das nicht nur aufgrund ihrer geografischen Lage und der Tatsache, dass die Ukraine unmittelbar mit dem anhaltenden Angriffskrieg Russlands konfrontiert ist, sondern auch angesichts der engen Partnerschaft dieser Länder mit der Union im Bereich der Beschaffung, die sich insbesondere im Assoziierungsabkommen zwischen der Europäischen Union und der Europäischen Atomgemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der Ukraine andererseits[19] und im Abkommen über den Europäischen Wirtschaftsraum widerspiegelt.***

(32) ***Da es wichtig ist, jegliche Marktverzerrung zu mindern, sollte die Kommission in der Lage sein, Gewinne aus erfolgreichen Maßnahmen zur Stärkung der Industrie, die aus dem Unionshaushalt unterstützt werden, gemäß dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit wieder einzuziehen. Abweichend von Artikel 195 Absatz 2 der Haushaltsordnung sollten bei einer solchen Einziehung von Gewinnen alle erzielten Einnahmen, einschließlich der Einnahmen aus der Unterstützung der Maßnahme durch die Mitgliedstaaten, die Ukraine und Dritte, zusätzlich zur Unterstützung durch die Union selbst, in vollem Umfang berücksichtigt werden. Die eingezogenen Gewinne sollten zur Unterstützung der Verwirklichung der Ziele der vorliegenden Verordnung wiederverwendet werden.***

---

19 ***ABl. L 161 vom 29.5.2014, S. 3, ELI: http://data.europa.eu/eli/agree_internation/2014/295/oj.***

(33) ***Der Verteidigungsindustriesektor folgt*** nicht den herkömmlichen Regeln und Geschäftsmodellen, die auf eher klassischen Märkten herrschen. Die Nachfrage geht fast ausschließlich von Staaten aus, die außerdem die gesamte Beschaffung von Verteidigungsgütern und -technologien einschließlich der Ausfuhren kontrollieren. ***Daher tätigt die Verteidigungsindustrie*** keine umfangreichen selbstfinanzierten industriellen Investitionen ***und*** wird nur infolge verbindlicher Aufträge tätig. ***Darüber hinaus steht die EDTIB vor anhaltenden Hindernissen beim Zugang zu Finanzmitteln, einschließlich der Kofinanzierung, insbesondere zu privaten Finanzmitteln für Investitionen, was an den Risiken liegt, die Marktakteure mit diesen Investitionen verbinden. Der Einsatz öffentlicher Investitionen für den Verteidigungssektor der Union ist angesichts der dringenden Notwendigkeit, Investitionen in diesem Sektor zu fördern, von entscheidender Bedeutung. Dies gilt insbesondere für Unterstützungsmaßnahmen, die der EDTIB im weiteren Sinne zugutekommen, indem sie beispielsweise andere in der vorliegenden Verordnung festgelegte Maßnahmen ermöglichen und erleichtern und somit als Multiplikatoren mit potenziell hoher Hebelwirkung dienen. Da die Unterstützungsmaßnahmen andernfalls nicht getätigt würden, erscheint es abweichend von Artikel 193 Absatz 1 der Haushaltsordnung*** gerechtfertigt, dass ***für die*** Unterstützungsmaßnahmen bis zu 100 % der förderfähigen Kosten durch finanzielle Unterstützung der Union im Rahmen des Programms abgedeckt werden.

(34) ***Da die verschiedenen Arten von Maßnahmen einander ergänzen und notwendig sind, um die Komplexität der Zusammenarbeit zu kompensieren und das Risiko von Investitionen der Industrie durch finanzielle Unterstützung der Union zu verringern, was eine schnellere Anpassung der Verteidigungsindustrie an den anhaltenden Strukturwandel des Marktes ermöglicht, erscheint es gerechtfertigt, dass ein erheblicher Teil, der mindestens 15 % der dem Programm zugewiesenen Mittelausstattung entspricht, für Maßnahmen im Zusammenhang mit einer gemeinsamen Beschaffung reserviert wird und mindestens 30 % dieser Mittelausstattung für Maßnahmen zur Stärkung der Industrie reserviert werden. Die Unterstützung der Union für Maßnahmen zur Stärkung der Industrie sollte bis zu 35 % der förderfähigen Kosten abdecken, damit die Empfänger die Maßnahmen so bald wie möglich durchführen können, das Risiko ihrer Investitionen gemindert wird und somit maßgebliche Verteidigungsgüter schneller verfügbar sind.***

(35) ***Bei Maßnahmen im Rahmen des Unterstützungsinstruments für die Ukraine sollte die Unterstützung der Union für die Stärkung der Industrie und Unterstützungstätigkeiten, an denen in der Ukraine niedergelassene Rechtsträger beteiligt sind, bis zu 100 % der förderfähigen Kosten abdecken können, um der zunehmenden Komplexität und dem Umfeld für die Verteidigungsindustrie der Ukraine, einschließlich der Notwendigkeit zur Einhaltung der NATO-Standards und anderer einschlägiger Standards, sowie den erhöhten Risiken im Zusammenhang mit dem Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine gerecht zu werden, wobei der Notwendigkeit Rechnung zu tragen ist, die industriellen Kapazitäten auf resiliente Weise wiederaufzubauen und zu modernisieren.***

(36) Um die erforderliche Anreizwirkung zu erzielen, ***sollten gemeinsame Beschaffungsmaßnahmen*** im Rahmen ***dieser Verordnung durch Finanzhilfen*** in Form von nicht an Kosten geknüpften Finanzierungen finanziert werden, die auf der Erzielung von Ergebnissen in Bezug auf Arbeitspakete, Etappenziele oder Zielwerte des gemeinsamen Beschaffungsverfahrens beruhen.

(37) ***Der im Rahmen des*** Programms ***bereitgestellte Finanzbeitrag*** der Union ***für gemeinsame Beschaffungsmaßnahmen, der als Anreiz für*** Zusammenarbeit ***gedacht ist, sollte nicht über 15 % des geschätzten Werts des gemeinsamen Beschaffungsauftrags liegen. Angesichts der erhöhten Komplexität, die mit*** der gemeinsamen Beschaffung mit ***der Ukraine einhergeht***, sollte der ***im Rahmen des Unterstützungsinstruments für die Ukraine*** bereitgestellte ***Finanzbeitrag*** der Union ***nicht über 25 % des geschätzten Werts des gemeinsamen Beschaffungsauftrags liegen***.

www.parlament.gv.at

(38) ***Wenn spezifische, mit den Zielen des Programms verknüpfte Bedingungen erfüllt sind, sollte die Obergrenze für den Finanzbeitrag der Union zu gemeinsamen Beschaffungsmaßnahmen auf 25 % des geschätzten Werts des gemeinsamen Beschaffungsauftrags angehoben werden, um besondere Komplexitäten im Zusammenhang mit der verstärkten grenzübergreifenden Zusammenarbeit innerhalb der Union und der Zusammenarbeit im Rahmen einer Struktur für ein europäisches Rüstungsprogramm (Structure for European Armament Programme – SEAP) auszugleichen. Die Notwendigkeit, strategische Abhängigkeiten schrittweise zu verringern, sollte ebenfalls berücksichtigt werden, was einen höheren Finanzierungssatz rechtfertigt, wenn die Maßnahme die gemeinsame Beschaffung von beschränkungsfreien Endprodukten unterstützt. Darüber hinaus ist es angesichts der besonderen Sicherheitslage, in der sich die Ukraine und Moldau aufgrund des Angriffskriegs Russlands gegen die Ukraine befinden, angebracht, einen solchen höheren Finanzierungssatz für Fälle vorzusehen, in denen die unterstütze Maßnahme zur gemeinsamen Beschaffung zusätzlicher Mengen von Verteidigungsgütern für diese beiden Länder führt. Ferner sind die Union und ihre Mitgliedstaaten durch den geopolitischen Kontext, einschließlich des Angriffskriegs Russlands gegen die Ukraine, einer hohen Gefahr konventioneller militärischer Bedrohungen ausgesetzt, sodass höhere Verteidigungsinvestitionen erforderlich geworden sind. Es ist daher auch gerechtfertigt, einen höheren Finanzierungssatz von bis zu 25 % für gemeinsame Beschaffungsmaßnahmen vorzusehen, falls die Ausgaben der Mehrheit der an der betreffenden Maßnahme teilnehmenden Mitgliedstaaten für Verteidigungsinvestitionen 30 % ihrer jeweiligen Verteidigungsausgaben übersteigen.***

Bei Maßnahmen zur Stärkung der Industrie sollte es möglich sein, die Obergrenze auf bis zu 50 % der förderfähigen Kosten anzuheben, wenn es sich bei der Mehrheit der Begünstigten um kleine und mittlere Unternehmen (KMU) oder Unternehmen mit mittlerer Kapitalisierung (im Folgenden „Midcap-Unternehmen“) handelt, die in den Mitgliedstaaten oder in assoziierten Ländern niedergelassen sind, oder wenn die Maßnahme von einer SEAP durchgeführt wird und wenn die Maßnahme nachweislich einen Beitrag zur Schaffung einer neuen grenzübergreifenden Zusammenarbeit leistet, etwa durch die Ausweitung der geografischen Reichweite bestehender Lieferketten, durch den erheblichen Ausbau des Handels, der Zusammenarbeit oder gemeinsamer Projekte zwischen Rechtsträgern in verschiedenen Mitgliedstaaten oder durch die Ausweitung bestehender grenzübergreifender Netze in einer Weise, die die Gesamtkapazität und Resilienz der EDTIB verbessert, und zwar wenn dies den Bau neuer Infrastruktur, Einrichtungen oder Produktionslinien umfasst oder zur Errichtung neuer oder zum Ausbau bestehender Herstellungskapazitäten für krisenrelevante Güter beiträgt. Darüber hinaus sollte es möglich sein, abweichend von Artikel 193 Absatz 1 der Haushaltsordnung die Flexibilität zu erhöhen und einen Finanzbeitrag der Union für Maßnahmen zur Stärkung der Industrie zu ermöglichen, mit dem bis zu 100 % der förderfähigen Kosten abgedeckt werden, wenn die Mitgliedstaaten ausdrücklich beschließen, Mittel für das Programm nur zugunsten der betreffenden Mitgliedstaaten oder zum zusätzlichen Nutzen anderer Mitgliedstaaten zuzuweisen. Diese Möglichkeit sollte auch in Fällen gelten, in denen Beiträge der Mitgliedstaaten, die aus der Aufbau- und Resilienzfazilität unterstützt werden, für die Finanzierung solcher Maßnahmen verwendet werden. Dadurch wird die Wirkung und die Wirksamkeit der Maßnahme maximiert.

(39) Gemäß Artikel ***196 Absatz 2*** der ***Haushaltsordnung*** kann für eine bereits begonnene Maßnahme eine Finanzhilfe gewährt werden, wenn der Antragsteller nachweisen kann, dass die Maßnahme noch vor der Unterzeichnung der Finanzhilfevereinbarung anlaufen musste. Jedoch sind Kosten, die vor dem Zeitpunkt der Finanzhilfeantragstellung entstanden sind, außer in den in Artikel 196 Absatz 2 Unterabsatz 2 der Haushaltsordnung vorgesehenen Fällen nicht förderfähig. Um die Kontinuität der Finanzierungsperspektive für Maßnahmen sicherzustellen, die bis 2024 durch eine Finanzierung ***gemäß den Verordnungen (EU) 2023/1525 oder (EU) 2023/2418*** hätten unterstützt werden können, sollte es im Finanzierungsbeschluss möglich sein, abweichend von Artikel 196 Absatz 2 Unterabsatz 2 der Haushaltsordnung, Finanzbeiträge ***im Rahmen des Programms*** für Maßnahmen vorzusehen, die einen Zeitraum ab dem 5. März 2024 abdecken und nicht vor Unterzeichnung der Finanzhilfevereinbarung abgeschlossen wurden. ***Angesichts der Verbindungen zwischen dem Programm und dem Unterstützungsinstrument für die Ukraine sowie der Notwendigkeit, den Wiederaufbau, die Erholung und die Modernisierung der ukrainischen DTIB unter Berücksichtigung ihrer möglichen künftigen Integration in die EDTIB dringend zu unterstützen, sollte dieselbe Ausnahmeregelung auch für Finanzbeiträge im Rahmen des Unterstützungsinstruments für die Ukraine gelten. Auf keinen Fall sollten dieselben Kosten zweimal aus dem Unionshaushalt finanziert werden.***

(40) Bei der Bewertung der von Antragstellern eingereichten Vorschläge sollte die Kommission besonders darauf achten, welchen Beitrag diese Vorschläge zu den Zielen ***dieser Verordnung*** leisten. Die Vorschläge sollten insbesondere im Hinblick auf ihren Beitrag zur Steigerung der industriellen Bereitschaft ***und Resilienz*** im Verteidigungsbereich ***und ihren*** Beitrag zur ***grenzübergreifenden*** industriellen Zusammenarbeit im Verteidigungsbereich ▌zwischen den Mitgliedstaaten, assoziierten Ländern und der Ukraine ▌bewertet werden.

(41) Die Entwicklung der Herstellungskapazitäten im Verteidigungsbereich in der gesamten Union ist unter Berücksichtigung der Risiken, die mit der zunehmenden Verschlechterung des sicherheitspolitischen Kontextes der Union verbunden sind, von entscheidender Bedeutung, um sicherzustellen, dass alle Mitgliedstaaten zu einer robusten EDTIB beitragen und von ihr profitieren. Bei Maßnahmen zur Stärkung der Industrie sollte besonderes Augenmerk auf den Beitrag der betreffenden Maßnahme zur industriellen Resilienz gelegt werden, insbesondere auf die Gewährleistung der Verfügbarkeit von und der Versorgungssicherheit mit Verteidigungsgütern in der gesamten Union als Reaktion auf bestimmte Risiken wie der hohen Gefahr, dass konventionelle militärische Bedrohungen umgesetzt werden.

(42) Gemäß der ***Haushaltsordnung***, der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 883/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates[20] und den Verordnungen (EG, Euratom) Nr. 2988/95[21], (Euratom, EG) Nr. 2185/96[22] und (EU) 2017/1939[23] des Rates sind die finanziellen Interessen der Union durch verhältnismäßige Maßnahmen zu schützen, einschließlich Maßnahmen zur Prävention, Aufdeckung, Behebung und Untersuchung von Unregelmäßigkeiten, einschließlich Betrug, zur Einziehung entgangener, rechtsgrundlos gezahlter oder nicht widmungsgemäß verwendeter Mittel und gegebenenfalls zur Verhängung verwaltungsrechtlicher Sanktionen. Insbesondere ist das Europäische Amt für Betrugsbekämpfung (OLAF) gemäß den Verordnungen (Euratom, EG) Nr. 2185/96 und (EU, Euratom) Nr. 883/2013 befugt, administrative Untersuchungen einschließlich Kontrollen und Überprüfungen vor Ort durchzuführen, um festzustellen, ob Betrug, Korruption oder eine sonstige rechtswidrige Handlung zum Nachteil der finanziellen Interessen der Union vorliegt. Gemäß der Verordnung (EU) 2017/1939 ist die Europäische Staatsanwaltschaft (EUStA) ermächtigt, Straftaten zum Nachteil der finanziellen Interessen der Union im Sinne der Richtlinie (EU) 2017/1371 des Europäischen Parlaments und des Rates[24] zu untersuchen und zu verfolgen.

---

20 ***Verordnung (EU, Euratom) Nr. 883/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. September 2013 über die Untersuchungen des Europäischen Amtes für Betrugsbekämpfung (OLAF) und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1073/1999 des Europäischen Parlaments und des Rates und der Verordnung (Euratom) Nr. 1074/1999 des Rates (ABl. L 248 vom 18.9.2013, S. 1, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2013/883/oj).***

21 ***Verordnung (EG, Euratom) Nr. 2988/95 des Rates vom 18. Dezember 1995 über den Schutz der finanziellen Interessen der Europäischen Gemeinschaften (ABl. L 312 vom 23.12.1995, S. 1, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/1995/2988/oj).***

22 ***Verordnung (Euratom, EG) Nr. 2185/96 des Rates vom 11. November 1996 betreffend die Kontrollen und Überprüfungen vor Ort durch die Kommission zum Schutz der finanziellen Interessen der Europäischen Gemeinschaften vor Betrug und anderen Unregelmäßigkeiten (ABl. L 292 vom 15.11.1996, S. 2, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/1996/2185/oj).***

23 ***Verordnung (EU) 2017/1939 des Rates vom 12. Oktober 2017 zur Durchführung einer Verstärkten Zusammenarbeit zur Errichtung der Europäischen Staatsanwaltschaft (EUStA) (ABl. L 283 vom 31.10.2017, S. 1, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2017/1939/oj).***

24 ***Richtlinie (EU) 2017/1371 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 5. Juli 2017 über die strafrechtliche Bekämpfung von gegen die finanziellen Interessen der Union gerichtetem Betrug (ABl. L 198 vom 28.7.2017, S. 29, ELI: http://data.europa.eu/eli/dir/2017/1371/oj).***

Gemäß der ***Haushaltsordnung*** ist jede Person oder Stelle, die Unionsmittel erhält, verpflichtet, uneingeschränkt am Schutz der finanziellen Interessen der Union mitzuwirken, der Kommission, dem OLAF, dem Europäischen Rechnungshof und – im Fall der gemäß der Verordnung (EU) 2017/1939 an der Verstärkten Zusammenarbeit teilnehmenden Mitgliedstaaten – der EUStA die erforderlichen Rechte und den erforderlichen Zugang zu gewähren und sicherzustellen, dass alle an der Ausführung von Unionsmitteln beteiligten Dritten gleichwertige Rechte gewähren.

(43) ▌In die vorliegende Verordnung sollte eine gesonderte Bestimmung aufgenommen werden, durch die von ***den am Programm teilnehmenden assoziierten Ländern*** verlangt wird, dem zuständigen Anweisungsbefugten, dem OLAF und dem ***Europäischen*** Rechnungshof die Rechte und den Zugang zu gewähren, die sie zur umfassenden Ausübung ihrer jeweiligen Befugnisse benötigen.▐

(44) Gemäß Artikel 85 des Beschlusses (EU) 2021/1764 des Rates[25] können in einem überseeischen Land oder Gebiet (ÜLG) niedergelassene natürliche Personen und Einrichtungen und Institutionen vorbehaltlich der Bestimmungen und Ziele des Programms und der möglichen Regelungen, die für den mit dem ÜLG verbundenen Mitgliedstaat gelten, finanziell unterstützt werden.

---

25 ***Beschluss (EU) 2021/1764 des Rates vom 5. Oktober 2021 über die Assoziierung der überseeischen Länder und Gebiete mit der Europäischen Union einschließlich der Beziehungen zwischen der Europäischen Union einerseits und Grönland und dem Königreich Dänemark andererseits (Übersee-Assoziationsbeschluss einschließlich Grönlands) (ABl. L 355 vom 7.10.2021, S. 6, ELI: http://data.europa.eu/eli/dec/2021/1764/oj).***

(45) Die Union sollte europäische Verteidigungsvorhaben von gemeinsamem Interesse (European Defence Project of Common Interest – EDPCIs) bestimmen, auf die Anstrengungen und Ressourcen konzentriert werden sollen; sie sollten kooperative Industrieprojekte umfassen, mit denen die Wettbewerbsfähigkeit der EDTIB in der gesamten Union gestärkt werden und gleichzeitig ein Beitrag zur Entwicklung der militärischen Fähigkeiten der Mitgliedstaaten, die für die Sicherheits- und Verteidigungsinteressen der Union von wesentlicher Bedeutung sind, einschließlich derer, durch die der Zugang zu allen operativen Bereichen sichergestellt wird, geleistet werden soll. Da die Entscheidung, ein EDPCI zu bestimmen, angesichts ihrer möglichen Auswirkungen auf die nationalen Sicherheitsinteressen heikel ist und es wichtig ist, den Beitrag solcher Vorhaben zur Verteidigungsbereitschaft aller Mitgliedstaaten sicherzustellen, sollte dem Rat die Befugnis übertragen werden, auf Vorschlag der Kommission Durchführungsrechtsakte zur Bestimmung von EDPCIs zu erlassen. Bevor die Kommission diese Durchführungsrechtsakte vorschlägt, sollte sie die Ansichten aller Mitgliedstaaten und ihre Projektvorschläge für mögliche EDPCIs berücksichtigen. Bei der Ausarbeitung dieser Projektvorschläge sollten sich die Mitgliedstaaten auf inklusive Weise abstimmen und zu diesem Zweck gegebenenfalls die Unterstützung der EDA nutzen. In diesem Zusammenhang können die Mitgliedstaaten Fähigkeiten mit doppeltem Verwendungszweck von gemeinsamem Interesse bestimmen. Soweit diese Projektvorschläge zu EDPCIs werden, könnten die von den Mitgliedstaaten bestimmten Fähigkeiten mit doppeltem Verwendungszweck für die Union, ihre Organe, Einrichtungen und sonstigen Stellen im Rahmen der betreffenden EDPCIs entwickelt werden. Neben der Kohärenz mit den Prioritäten für die Verteidigungsfähigkeiten, die im Rahmen der GASP – einschließlich des Fähigkeitenentwicklungsplans (Capability Development Plan – CDP), den Zielen des Strategischen Kompasses für Sicherheit und Verteidigung und den im Rahmen der Koordinierten Jährlichen Überprüfung der Verteidigung (Coordinated Annual Review on Defence - CARD) bestimmten Kooperationsmöglichkeiten – bestimmt wurden, sollten die im Rahmen der SSZ vereinbarten Projekte, EDA-Initiativen und die einschlägigen Tätigkeiten der NATO, wie der NATO-Verteidigungsplanungsprozess, bei EDPCIs berücksichtigt werden.

Bevor die Kommission einen Vorschlag für einen Durchführungsrechtsakt vorlegt, sollte sie den Hohen Vertreter und die EDA ersuchen, erforderlichenfalls Beiträge zu leisten, um die Kohärenz mit diesen Prioritäten und Zielen zu gewährleisten. Diese Beiträge werden die Informationen der Mitgliedstaaten über Projektvorschläge ergänzen. Der Rat sollte die Möglichkeit haben, Projekte hinzuzufügen oder zu streichen oder andere Änderungen an dem Vorschlag der Kommission für einen Durchführungsrechtsakt vorzunehmen. Die Projektreife, der im Projekt vorgesehene Beitrag zur Verteidigungsbereitschaft und die Zahl der teilnehmenden Mitgliedstaaten sollten vom Rat bei der Bewertung eines Vorschlags für einen Durchführungsrechtsakt berücksichtigt werden.

(46) ***Im Zusammenhang mit dem Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine haben die Ukraine und die ukrainische DTIB spezifisches Fachwissen zu Industrieprojekten im Verteidigungsbereich entwickelt, auch in Zusammenarbeit mit den Mitgliedstaaten und der EDTIB. Dieses Fachwissen kann für die Entwicklung von EDPCIs von entscheidender Bedeutung sein und diese erleichtern und so zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der EDTIB beitragen und gleichzeitig einen Beitrag zur Entwicklung der militärischen Fähigkeiten der Mitgliedstaaten leisten, die für die Sicherheits- und Verteidigungsinteressen der Union von entscheidender Bedeutung sind. Es ist daher angezeigt, in diesen Fällen die Teilnahme der Ukraine an EDPCIs zu gestatten. Die Kommission sollte überprüfen, ob alle Mitgliedstaaten, assoziierten Länder und die Ukraine über ein anstehendes Projekt informiert wurden und die Möglichkeit zur Teilnahme erhalten haben. Da die Kommission möglicherweise über geeignetes Fachwissen verfügt, um die Durchführung von EDPCIs zugunsten der Wettbewerbsfähigkeit der EDTIB in der gesamten Union zu unterstützen, ist es angezeigt, ihr auf Ersuchen der teilnehmenden Mitgliedstaaten zu gestatten, sich an EDPCIs zu beteiligen, um dieses Fachwissen weiterzugeben.***

(47) Angesichts der potenziell erheblichen Auswirkungen der EDPCIs auf die Wettbewerbsfähigkeit und die industrielle Bereitschaft der EDTIB sollte das Programm die Konsortien der teilnehmenden Mitgliedstaaten und assoziierten Länder bei deren Durchführung unterstützen. Diese finanzielle Unterstützung aus dem Programm sollte auf Tätigkeiten dieser Konsortien beschränkt sein, die im Zusammenhang mit der gemeinsamen Beschaffung von Verteidigungsgütern, mit denen die Anpassung an strukturelle Veränderungen der Produktionskapazität für Verteidigungsgüter beschleunigt wird, sowie damit verbundenen Unterstützungstätigkeiten, der industriellen Entwicklung neuer oder der Modernisierung bestehender Verteidigungsgüter und der Entwicklung und Beschaffung der erforderlichen Infrastruktur stehen. Angesichts des besonderen Umfangs dieser Projekte, der ein beispielloses Maß an Zusammenarbeit und Koordinierung zwischen den Mitgliedstaaten und der Industrie erfordert, und unter Berücksichtigung der finanziellen Risiken für die teilnehmenden Mitgliedstaaten und assoziierten Länder sollten die Unionsmittel abweichend von Artikel 193 Absatz 1 der Haushaltsordnung bis zu 100 % der förderfähigen Kosten abdecken können. Dies gilt unbeschadet der Möglichkeit , dass bestimmte EDPCI-Tätigkeiten im Zuge anderer Maßnahmen finanziell unterstützt werden, sofern sie die für diese Maßnahmen festgelegten Bedingungen erfüllen und im Einklang mit der Haushaltsordnung keine Mittel im Rahmen anderer Unionsprogramme erhalten haben. Die teilnehmenden Mitgliedstaaten sollten sicherstellen, dass die EDPCI-Tätigkeiten mit den Zielen des Programms im Einklang stehen, auch wenn keine finanzielle Unterstützung durch die Union bereitgestellt wird. Um die Überwachung der Einhaltung dieser Ziele zu erleichtern, sollten die an einem EDPCI teilnehmenden Mitgliedstaaten der Kommission jährlich einen gemeinsamen Bericht über die Durchführung der EDPCI-Tätigkeiten übermitteln. Der Rat sollte auf Vorschlag der Kommission in der Lage sein, die Durchführungsrechtsakte zur Bestimmung von EDPCIs ändern, auch durch Streichung von EDPCIs aus der Liste. Die Mitgliedstaaten, die an einem EDPCI teilnehmen, können sich bei der Ausübung der für seine Durchführung erforderlichen Tätigkeiten auf das Fachwissen und die Verwaltungskapazität der EDA oder internationaler Organisationen wie der Gemeinsamen Organisation für Rüstungskooperation (OCCAR) und der Unterstützungs- und

Beschaffungsagentur der NATO (NSPA) stützen.

(48) Die Fähigkeit der EDTIB, sicherzustellen, dass Verteidigungsgüter zeitnah und in ausreichender Menge verfügbar sind, ist entscheidend für ihre Wettbewerbsfähigkeit, insbesondere in Zeiten erhöhter sicherheitspolitischer Spannungen. In solchen Zeiten könnte die EDTIB nicht die erforderliche Produktionskapazität haben, um den dringenden Bedarf der Mitgliedstaaten zu decken, und ihre Güter könnten für die Mitgliedstaaten weniger sichtbar sein als Güter, die von Drittländern oder Rechtsträgern aus Drittländern angeboten werden. In dieser Verordnung sollte daher ein europäischer Mechanismus für militärische Verkäufe vorgesehen werden, der Maßnahmen einschließt, um Verteidigungsgüter der EDTIB schneller auf den Markt zu bringen, indem Verfahren für die gemeinsame Beschaffung von Verteidigungsgütern erleichtert werden und die Hebelwirkung des Einsatzes von Aufträgen, die eine Regierung an eine andere Regierung vergibt, genutzt wird.

(49) Zum Zweck der Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der EDTIB und des Wiederaufbaus, der Erholung und der Modernisierung der ukrainischen DTIB sollten die Mitgliedstaaten, die assoziierten Länder und die Ukraine oder eine SEAP Pools für die industrielle Bereitschaft im Verteidigungsbereich mit Verteidigungsgütern, die die Mitgliedstaaten, die assoziierten Länder und die Ukraine leicht erwerben oder nutzen könnten, einrichten, verwalten und aufrechterhalten können. Diese Pools aus Beständen an von der EDTIB oder der ukrainischen DTIB beschafften Verteidigungsgütern würden die Nachfrage anregen und die Vorhersehbarkeit für den Verteidigungssektor erhöhen. Sie würden positive Signale an die Industrie der Union und der Ukraine senden und Anreize für diese schaffen, Verteidigungsgüter herzustellen und in die Stärkung der industriellen Kapazitäten dieses Sektors zu investieren. Die Pools für die industrielle Bereitschaft im Verteidigungsbereich würden ferner die Sicherheit der Versorgung mit Verteidigungsgütern für die Mitgliedstaaten erhöhen, indem die Verfügbarkeit der Güter verbessert wird und die Vorlaufzeiten für die Lieferung, einschließlich in Versorgungskrisen, verkürzt werden. Werden diese Pools im Rahmen einer SEAP eingerichtet, so sollten das Programm und das Unterstützungsinstrument für die Ukraine in der Lage sein, die gemeinsame Beschaffung zusätzlicher Mengen von Verteidigungsgütern durch von der SEAP

durchgeführte gemeinsame Beschaffungsmaßnahmen sowie die Einrichtung und die Funktionsweise der SEAP zum Zwecke der Verwaltung und Aufrechterhaltung dieser Pools zu unterstützen.

(50) Um die Mitgliedstaaten für die Verfügbarkeit von EDTIB-Gütern und ukrainischen DTIB-Gütern zu sensibilisieren, sollte das Programm die Erstellung eines einzigen, zentralisierten und aktuellen Katalogs der von der EDTIB und der ukrainischen DTIB entwickelten Verteidigungsgüter durch die Kommission auf der Grundlage freiwilliger Beiträge von Mitgliedstaaten, der Ukraine und Wirtschaftsteilnehmern (europäischer Katalog für militärische Verkäufe) unterstützen können. Für diesen Zweck sollten die im Katalog enthaltenen Güter von Wirtschaftsteilnehmern hergestellt werden, die in der Union, in einem assoziierten Land oder in der Ukraine niedergelassen sind und dort ihre Leitungs- und Verwaltungsstrukturen haben; die für die Herstellung dieser Güter genutzten Infrastrukturen, Einrichtungen, Mittel und Ressourcen sollten sich in der Union, in einem assoziierten Land oder in der Ukraine befinden. Für die Erstellung dieses Katalogs sollte die Kommission die EDA konsultieren und deren Fachwissen berücksichtigen.

(51) Aufbauend unter anderem auf den Erfahrungen mit der Eigenkapitalfazilität für den Verteidigungsbereich, die im Rahmen des Europäischen Verteidigungsfonds als Mischfinanzierungsmaßnahme aus dem Programm „InvestEU“ eingerichtet wurde, sollte sich die Kommission bemühen, als Teil des Programms eine spezielle Fazilität einzurichten, die als Fonds zur Beschleunigung der Transformation der Lieferketten im Verteidigungsbereich (Fund Accelerating Defence Supply Chains Transformation – FAST) bezeichnet wird. Der FAST sollte in indirekter Mittelverwaltung durchgeführt werden. Der FAST wird – als Mischfinanzierungsmaßnahme in Form von Fremd- oder Beteiligungsfinanzierungen – die Investitionen, die zur Aufstockung der Herstellungskapazitäten im Verteidigungsbereich auf dem Gebiet der Union von in der Union ansässigen KMU und kleinen Unternehmen mit mittlerer Kapitalisierung (im Folgenden „kleine Midcap-Unternehmen“) erforderlich sind, mobilisieren, ihr Risiko mindern und sie beschleunigen. ***Da der Antrag auf Unterstützung in Form von Fremdkapital im Rahmen des FAST Informationen über die Infrastrukturen, Einrichtungen, Mittel oder Ressourcen enthalten kann, die von dem KMU oder dem kleinen Midcap-Unternehmen für die Industrialisierung oder Herstellung von Verteidigungsgütern genutzt werden, ist es angezeigt, für diese Unterstützung***

Vorschriften festzulegen, nach denen solche Infrastrukturen, Einrichtungen, Mittel und Ressourcen sich im Hoheitsgebiet eines Mitgliedstaats oder eines assoziierten Landes befinden müssen, mit einigen gezielten Ausnahmen. Der FAST sollte in enger Zusammenarbeit mit seinen Durchführungspartnern als Mischfinanzierungsmaßnahme, auch im Rahmen des mit der Verordnung (EU) 2021/523 des Europäischen Parlaments und des Rates[26] eingerichteten Programms „InvestEU“, eingerichtet werden.

[26] Verordnung (EU) 2021/523 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 24. März 2021 zur Einrichtung des Programms „InvestEU“ und zur Änderung der Verordnung (EU) 2015/1017 (ABl. L 107 vom 26.3.2021, S. 30, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2021/523/oj).

(52) Der FAST sollte einen zufriedenstellenden Multiplikatoreffekt entsprechend dem Mix aus Fremd- und Beteiligungskapital erzielen und dazu beitragen, Finanzmittel des öffentlichen und des privaten Sektors zu mobilisieren. Um zum übergeordneten Ziel der Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit der EDTIB beizutragen, sollte der FAST auch KMU, einschließlich Start-up-Unternehmen und expandierende Jungunternehmen, und kleine Midcap-Unternehmen in der gesamten Union unterstützen, ***die Teil der Lieferketten der Union im Verteidigungsbereich sind oder die unmittelbar planen, Teil davon zu werden***, die Verteidigungsgüter industrialisieren oder herstellen ***oder die dies unmittelbar planen***, wenn diese Schwierigkeiten beim Zugang zu Finanzmitteln haben. Der FAST sollte auch die Investitionen im Bereich der Herstellung von Verteidigungstechnologien und Verteidigungsgütern beschleunigen und so die Versorgungssicherheit der Wertschöpfungsketten der Verteidigungsindustrie der Union stärken.

(53) Die Zahl und der Umfang der gemeinsamen Beschaffungen von Verteidigungsgütern von der EDTIB und der ukrainischen DTIB müssen erhöht werden, um die Ziele des Programms und des Unterstützungsinstruments für die Ukraine zu erreichen. Nach Artikel 168 Absätze 2 und 3 der Haushaltsordnung können die Mitgliedstaaten die Kommission ersuchen, mit ihnen eine gemeinsame Auftragsvergabe durchzuführen, einschließlich durch Abnahmegarantien, oder als zentrale Beschaffungsstelle zu handeln. Assoziierte Länder sollten die Kommission ersuchen können, eine gemeinsame Auftragsvergabe durchzuführen, und zwar abweichend von Artikel 168 Absatz 2 Unterabsatz 2 der Haushaltsordnung, weil diese Möglichkeit in einem bilateralen oder multilateralen Vertrag mit diesen Ländern nicht vorgesehen ist. Zusammen mit mindestens einem Mitgliedstaat sollten assoziierte Länder die Kommission auch ersuchen können, als zentrale Beschaffungsstelle zu handeln, und zwar abweichend von Artikel 168 Absatz 3 der Haushaltsordnung, weil in der Haushaltsordnung keine Beteiligung von Drittländern an diesen Maßnahmen vorgesehen ist.

Ebenso sollte die Ukraine – für die Zwecke des Unterstützungsinstruments für die Ukraine – die Möglichkeit haben, sich an diesen Maßnahmen zu beteiligen. Zusammen mit mindestens einem Mitgliedstaat sollte die Ukraine die Kommission ersuchen können, eine gemeinsame Auftragsvergabe durchzuführen, und zwar abweichend von Artikel 168 Absatz 2 Unterabsatz 2 der Haushaltsordnung, weil diese Möglichkeit in einem bilateralen oder multilateralen Vertrag mit der Ukraine nicht vorgesehen ist. Aus demselben Grund sollte die Ukraine zusammen mit mindestens einem Mitgliedstaat die Kommission auch ersuchen können, abweichend von Artikel 168 Absatz 3 der Haushaltsordnung als zentrale Beschaffungsstelle zu handeln. Um die Bündelung der Nachfrage im Falle eines gemeinsamen Vergabeverfahrens zu fördern, sollte die Kommission sicherstellen, dass dieses Vergabeverfahren allen Mitgliedstaaten und gegebenenfalls assoziierten Ländern offensteht. Im Hinblick auf die Förderung des industriellen Ausbaus der Herstellungskapazitäten der EDTIB und der ukrainischen DTIB sollte die Kommission darüber hinaus unter Einhaltung des Wettbewerbs- und des Vergaberechts der Union den Abschluss von Abnahmeverträgen erleichtern. Für die Zwecke der gemeinsamen Auftragsvergabe mit Unterstützung der Kommission wird die Verwendung der Mittel aus dem Unionshaushalt mit den Zielen und geltenden Förderkriterien des Programms oder des Unterstützungsinstruments für die Ukraine im Einklang stehen und darauf abzielen, die Anpassung der Herstellungskapazität der Lieferketten im Bereich der Verteidigungsindustrie zu unterstützen. Die Unterstützung aus dem Unionshaushalt könnte insbesondere dazu dienen, das Risiko von Industrieinvestitionen – wie dem Ausbau von Herstellungskapazitäten oder dem Erwerb der zur Ausführung eines Auftrags erforderlichen Werkzeugmaschinen – zu verringern, und sollte in jedem Fall strikt auf die Deckung der einmaligen Kosten beschränkt sein, die im Zusammenhang mit dem Erwerb oder der Wartung von Verteidigungsgütern entstehen. Die Mittelzuweisung sollte in die Arbeitsprogramme des Programms und des Unterstützungsinstruments für die Ukraine aufgenommen werden.

(54) ***In den von dieser Verordnung erfassten Fällen könnte es angesichts der derzeitigen geopolitischen Lage gerechtfertigt sein, einen Auftrag, der aus den mit Unterstützung der Kommission für die Zwecke dieser Verordnung durchgeführten Beschaffungsverfahren hervorgegangenen ist, vor seiner Unterzeichnung sofort zu vergeben und auszuführen, insbesondere wenn die Schwere der Umstände und ihrer Auswirkungen auf die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger der Union erfordert, dass die Lieferungen des betreffenden Verteidigungsguts wirksam und unverzüglich ausgeführt werden. Zu diesem besonderen Zweck und abweichend von Artikel 175 Absatz 1 der Haushaltsordnung sollte es möglich sein zu gestatten, dass die Ausführung des Vertrags vor der Unterzeichnung des Vertrags beginnt, wenn die Notwendigkeit einer solchen Maßnahme von dem öffentlichen Auftraggeber ordnungsgemäß dokumentiert ist.***

(55) Die Herausforderungen für Kooperationsprogramme im Rüstungsbereich in der Union sind erheblich, da sie meist auf Ad-hoc-Basis eingerichtet werden und mit Komplexität, Verzögerungen und Kostenüberschreitungen behaftet sind. Um ***hier*** Abhilfe zu schaffen und ***das*** kontinuierliche ***Engagement der*** Mitgliedstaaten ***bis zum Ende des Lebenszyklus*** der ***Verteidigungsgüter*** sicherzustellen, ist ein stärker strukturierter Ansatz auf ***Unionsebene*** erforderlich. Um ***einen solchen Ansatz zu verwirklichen***, ***sollten*** die Bemühungen der Mitgliedstaaten ***unterstützt werden***, indem ein neuer Rechtsrahmen – ***nämlich*** die ***SEAP*** – bereitgestellt wird, der ihre Zusammenarbeit untermauern und stärken wird. ***Um ihr Ziel, die Wettbewerbsfähigkeit der EDTIB und gegebenenfalls der ukrainischen DTIB zu stärken, zu erreichen, sollte eine SEAP die gemeinsame Entwicklung und Beschaffung sowie das gemeinsame Lebenszyklusmanagement oder dynamische Verfügbarkeitsmanagement von Verteidigungsgütern durchführen können. SEAPs sollten zusätzliche Tätigkeiten ausüben können, die für das Erreichen ihrer Ziele erforderlich sind, etwa Tätigkeiten im Zusammenhang mit Infrastruktur, die in direktem Zusammenhang mit Verteidigungsgütern steht.*** Die in diesem Rahmen von SEAP durchgeführten Maßnahmen und Maßnahmen im Rahmen der ***GASP***, insbesondere im Zusammenhang mit dem ***CDP***, sollten sich gegenseitig verstärken. ***Diese Maßnahmen sollten außerdem nicht die gegen die Sicherheits- und***

Verteidigungsinteressen der Union und ihrer Mitgliedstaaten, wozu auch die Achtung des Grundsatzes der gutnachbarlichen Beziehungen gehört, verstoßen.

(56) Im Rahmen ***der SEAPs*** sollten die Mitgliedstaaten von standardisierten Verfahren, die von der Kommission vorgelegt werden könnten, für die Einleitung und Verwaltung von Kooperationsprogrammen ***im Rüstungsbereich*** profitieren, ***einschließlich Leitlinien zum Projektmanagement, zur Beschaffung, zum Finanzmanagement und zur Berichterstattung.*** Die Zusammenarbeit im Rahmen einer SEAP sollte auch, unter ***den*** in den ***Richtlinie 2006/112/EG*** [27] ***und (EU) 2020/262***[28] ***des Rates festgelegten Bedingungen***, ***eine Befreiung von der Mehrwertsteuer oder der Verbrauchsteuer*** ermöglichen, wenn die ***SEAP Eigentümerin*** der beschafften Ausrüstung ist. ***Über die Beiträge aus dem Programm und dem Unterstützungsinstrument für die Ukraine hinaus*** sollten ***die SEAPs*** auch ***Beiträge aus anderen Unions***programmen ***erhalten können, sofern die*** Beiträge ***nicht dieselben Kosten decken. Für den entsprechenden Beitrag zu der betreffenden Maßnahme sollten die Bestimmungen*** des ***jeweiligen*** Unions***programms gelten.***

(57) Wenn ihre Mitglieder dies einstimmig wünschen, sollten die SEAPs Wertpapiere gemäß dem Recht des Mitgliedstaats, in dem sie ihren satzungsmäßigen Sitz haben, ausgeben können, um den langfristigen Finanzierungsplan für Rüstungsprogramme und die Einhaltung des Rahmens für die wirtschaftspolitische Steuerung sicherzustellen. Die Union sollte für von den SEAPs begebene Wertpapiere nicht haftbar sein. Finanzbeiträge der Union könnten die Bedingungen für die Finanzierung von Rüstungsprogrammen durch die Mitgliedstaaten verbessern.

---

27 ***Richtlinie 2006/112/EG des Rates vom 28. November 2006 über das gemeinsame Mehrwertsteuersystem (ABl. L 347 vom 11.12.2006, S. 1, ELI: http://data.europa.eu/eli/dir/2006/112/oj).***

28 ***Richtlinie (EU) 2020/262 des Rates vom 19. Dezember 2019 zur Festlegung des allgemeinen Verbrauchsteuersystems (ABl. L 58 vom 27.2.2020, S. 4, ELI: http://data.europa.eu/eli/dir/2020/262/oj).***

(58) ***Um ihre Ziele zu erreichen, sollte eine SEAP im Wege einer Beitragsvereinbarung eine oder mehrere der für eine Finanzierung im Rahmen von Maßnahmen zur gemeinsamen Beschaffung im Rahmen des Programms in Betracht kommenden Stellen mit einer oder mehreren ihrer Aufgaben betrauen können. Insbesondere internationale Organisationen wie die OCCAR und die NSPA sowie die EDA verfügen über Ressourcen, Kompetenzen und Fähigkeiten bei der Verwaltung der Verteidigungszusammenarbeit, die den SEAPs einen Mehrwert bieten könnten. Betraut eine SEAP einen anderen Rechtsträger mit der Wahrnehmung ihrer Aufgaben, sollte sie für die Einhaltung ihrer Verpflichtungen aus dem Unionsrecht, insbesondere der vorliegenden Verordnung, verantwortlich bleiben. Sie sollte daher dafür Sorge tragen, dass die Beitragsvereinbarung solche Verpflichtungen enthält, und alle geeigneten Maßnahmen ergreifen, um sicherzustellen, dass sie eingehalten werden.***

(59) Für ein effizientes Verfahren für die Einrichtung einer SEAP müssen die Mitgliedstaaten, die assoziierten Länder oder die Ukraine, wenn sie eine SEAP einrichten wollen, bei der Kommission einen Antrag stellen, und diese sollte prüfen, ob die vorgeschlagene Satzung der ***SEAP*** mit der vorliegenden Verordnung in Einklang steht. Ein solcher Antrag sollte eine Erklärung des ▌Mitgliedstaats enthalten, ***in dem die SEAP ihren satzungsmäßigen Sitz haben soll,*** mit der die SEAP ab ihrer ***Einrichtung*** als internationale Einrichtung oder Organisation für die Zwecke der Anwendung der ***Richtlinien*** 2006/112/EG ***und*** (EU) 2020/262 ▌anerkannt wird. ***Die Kommission sollte den Antrag unverzüglich prüfen, idealerweise innerhalb von zwei Monaten nach Eingang des vollständigen Antrags. Die Kommission sollte die EDA zu diesem Zweck ersuchen können, ihr Fachwissen beizutragen.***

www.parlament.gv.at

(60) Aus Gründen der Transparenz sollten die Durchführungsrechtsakte zur Einrichtung von SEAP und die Bekanntmachungen der ***Beschlüsse zur Auflösung*** einer SEAP ***und zum Abschluss der Auflösung sowie etwaige Bekanntmachungen im Falle einer Zahlungsunfähigkeit einer SEAP*** im *Amtsblatt der Europäischen Union* veröffentlicht werden. ▌

(61) Um ihre Aufgaben möglichst effizient erfüllen zu können, sollte eine SEAP ab dem Tag, an dem der Durchführungsrechtsakt zur Einrichtung der SEAP rechtswirksam wird, eine Rechtspersönlichkeit ▌besitzen ***und in jedem Mitgliedstaat über die weitestgehende Rechts- und Geschäftsfähigkeit verfügen. Eine SEAP sollte auch in assoziierten Ländern und der Ukraine, wenn diese Mitglieder der SEAP sind, über die weitestgehende Rechts- und Geschäftsfähigkeit verfügen.*** Sie sollte einen satzungsmäßigen Sitz ▌im Hoheitsgebiet eines Mitgliedstaats ▌haben.

(62) ***Mitgliedstaaten, assoziierte Länder und die Ukraine können Mitglieder einer SEAP sein.*** Zu den Mitgliedern einer SEAP sollten zumindest drei ***Länder*** gehören, ***von denen zumindest zwei*** Mitgliedstaaten ▌sein sollten.

(63) In ***ihrer*** Satzung sollte genauer geregelt werden, wie die SEAP umgesetzt wird; anhand dieser Regeln sollte die Kommission prüfen, ob ein Antrag mit den Vorschriften dieser Verordnung übereinstimmt. ***Es ist wichtig, dass in der Satzung präzisiert wird, welche Verwaltungskapazitäten vorgesehen sind, um die Einhaltung der für den Umgang mit Verteidigungsgütern geltenden Unionsvorschriften und nationalen Rechtsvorschriften sicherzustellen. Unbeschadet der bestehenden Vorschriften der Union und der bestehenden nationalen Vorschriften über die Ausfuhr von Verteidigungsgütern sollten sich die Mitglieder der SEAP einstimmig auf eine Herangehensweise bei diesen Ausfuhren einigen können.***

(64) Es muss sichergestellt sein, dass einerseits eine SEAP über die notwendige Flexibilität zur Änderung ihrer Satzung verfügt, andererseits aber bestimmte wesentliche Elemente, insbesondere solche, die für die Genehmigung des ***Status*** einer SEAP erforderlich waren, durch eine notwendige Kontrolle auf Unionsebene erhalten bleiben. Betrifft eine Änderung einen wesentlichen Teil der Satzung ▌, so sollte diese Änderung vor dem Inkrafttreten ***von der Kommission*** genehmigt werden ▌; jede andere Änderung sollte der Kommission mitgeteilt werden. ***Mit Ausnahme von Änderungen, die eine möglichen Herangehensweise bei der Ausfuhr von Verteidigungsgütern betreffen,*** sollte ***die Kommission*** die Möglichkeit haben, Einwände ***gegen solche Änderungen*** zu erheben, wenn sie der Auffassung ist, dass ***sie*** gegen diese Verordnung verstoßen.

(65) Eine SEAP sollte in der Lage sein, Verteidigungsgüter für eigene Rechnung oder ***im Namen oder*** für Rechnung ihrer Mitglieder zu beschaffen. ***Für diese Zwecke*** sollten ***SEAPs*** als ▌ internationale ***Organisationen*** im Sinne von ***Artikel 12 Buchstabe c*** der Richtlinie 2009/81/EG ***des Europäischen Parlaments und des Rates***[29] gelten. ***Daher sollten derartige Beschaffungen nicht unter die Richtlinie 2009/81/EG fallen.*** Beschafft ***eine SEAP*** für Rechnung ihrer Mitglieder, ***bei denen es sich um*** Mitgliedstaaten ***oder gegebenenfalls assoziierte Länder handelt,*** so sollte die ***Richtlinie 2009/81/EG in solchen Fällen nicht gelten, wenn das Beschaffungsverfahren den Zielen der SEAP zur Förderung der Wettbewerbsfähigkeit der EDTIB und gegebenenfalls der ukrainischen DTIB entspricht. Die Richtlinie 2009/81/EG sollte auch nicht für Beschaffungsverfahren gelten, die von den Mitgliedstaaten bei der Beschaffung für Rechnung oder im Namen einer SEAP durchgeführt werden, da solche Aufträge gemäß den Vergabevorschriften der SEAP vergeben werden sollten. Beschaffen Mitgliedstaaten oder gegebenenfalls assoziierte Länder Verteidigungsgüter von einer SEAP, so sollte die Beschaffung als ein Auftrag, den eine Regierung an eine andere Regierung vergibt, im Sinne des Artikels 13 Buchstabe f der*** Richtlinie 2009/81/EG ***gelten. SEAPs*** sollten ***ihre eigenen Vergabevorschriften unter*** Einhaltung der Grundsätze des Primärrechts der ***Union*** für die Vergabe öffentlicher Aufträge, insbesondere der Grundsätze der ***Gleichbehandlung***, der Transparenz, der Nichtdiskriminierung und der ***Verhältnismäßigkeit, und der Vorschriften der vorliegenden Verordnung festlegen. Überträgt eine SEAP Beschaffungsaufgaben an eine oder mehrere Rechtsträger, sollte sie sicherstellen, dass die anzuwendenden Vergabevorschriften die genannten Grundsätze einhalten.***

---

29 ***Richtlinie 2009/81/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Juli 2009 über die Koordinierung der Verfahren zur Vergabe bestimmter Bau-, Liefer- und Dienstleistungsaufträge in den Bereichen Verteidigung und Sicherheit und zur Änderung der Richtlinien 2004/17/EG und 2004/18/EG (ABl. L 216 vom 20.8.2009, S. 76, ELI: http://data.europa.eu/eli/dir/2009/81/oj).***

(66) ***Die Mitgliedstaaten, die an einer SEAP teilnehmen, sollten sicherstellen, dass die Beschaffungspolitik der SEAP den Zielen der Förderung der Wettbewerbsfähigkeit der EDTIB oder der ukrainischen DTIB entspricht, auch wenn keine finanzielle Unterstützung durch die Union bereitgestellt wird. Dies gilt unbeschadet der besonderen Bedingungen, die für den Fall gelten, dass eine SEAP im Rahmen eines einschlägigen Programms Unionsmittel erhält.***

▌

(67) Damit eine SEAP ihre Aufgaben so effizient wie möglich erfüllen kann, und als logische Konsequenz ihrer Rechtspersönlichkeit, sollte sie für ihre Schulden haften. Um den Mitgliedern einer SEAP zu erlauben, geeignete Lösungen für ihre Haftung zu finden, sollte die Möglichkeit bestehen, in der Satzung verschiedene Haftungsregelungen festzulegen, die über eine auf die Beiträge der Mitglieder beschränkte Haftung hinausgehen.

▌

(68) Damit ausreichend kontrolliert werden kann, ob die vorliegende Verordnung eingehalten wird, sollte eine SEAP einen Jahresbericht an die Kommission ▌übermitteln und sie unterrichten, sobald Umstände eintreten, die die Wahrnehmung ihrer Aufgaben ernsthaft zu beeinträchtigen drohen. Hat die Kommission veranlasst durch den Jahresbericht oder aufgrund anderer Hinweise den Eindruck, dass die SEAP in schwerwiegender Weise gegen diese Verordnung oder sonstige geltende Rechtsvorschriften verstößt, so sollte sie Erklärungen oder Maßnahmen von der SEAP ***oder*** ihren Mitgliedern verlangen. In Extremfällen und wenn keine Abhilfemaßnahmen getroffen werden, ***sollte*** die Kommission den Durchführungsrechtsakt zur Einrichtung der SEAP aufheben ***können***, was deren Auflösung zur Folge hätte. ***Die Kommission sollte dem Europäischen Parlament und dem Rat einen aggregierten Jahresbericht über die Tätigkeiten aller aktiven SEAPs vorlegen.***

(69) ***Nach dem grundlosen und ungerechtfertigten Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine ist die Versorgungssicherheit zu einem immer wichtigeren Faktor bei den Entscheidungen der Mitgliedstaaten in Bezug auf die Beschaffung von Verteidigungsgütern geworden. Infolgedessen ist die Fähigkeit grenzüberschreitender Lieferketten der Union, eine ungehinderte Versorgung mit Verteidigungsgütern sicherzustellen, zu einem entscheidenden Faktor für ihre Wettbewerbsfähigkeit geworden. Die Einführung einer unionsweiten Regelung für die Versorgungssicherheit könnte sich daher positiv auf die Wettbewerbsfähigkeit der EDTIB auswirken.***

(70) Nach der Annahme der ***Verordnung (EU) 2023/1525*** forderten das Europäische Parlament und der Rat in ihrer Gemeinsamen Erklärung vom 11. Juli 2023 die Kommission auf, ▌die Vorlage eines Rechtsrahmens zur Gewährleistung der Versorgungssicherheit in Betracht zu ziehen. In ***dieser*** Gemeinsamen Erklärung ▌wurden die Schlussfolgerungen des Europäischen Rates vom Dezember 2013, in denen eine umfassende ***unionsweite*** Regelung für die Versorgungssicherheit gefordert wurde, sowie die ***Empfehlung des*** Europäischen Parlaments vom 8. Juni 2022, in der die Kommission nachdrücklich aufgefordert wurde, unverzüglich eine solche Regelung vorzulegen, bekräftigt.

(71) ***Jüngste Krisen wie die COVID-19-Pandemie und der drastische Anstieg der Nachfrage nach bestimmten*** Verteidigungsgütern***, insbesondere Munition, haben die Schwachstellen in den Lieferketten der Union offenbart. Diese Krisen haben auch aufgezeigt, wie Störungen*** der ***Versorgung mit diesen Gütern oder Bestandteilen oder Rohstoffen, die für ihre Produktion von entscheidender Bedeutung sind, das*** Funktionieren des Binnenmarkts ***behindern können. Durch diese Krisen wurden*** das voraussichtliche Risiko ***des Entstehens unterschiedlicher*** Maßnahmen ***auf nationaler Ebene, unter anderem zur Erhaltung von*** Beständen im Rahmen der nationalen Sicherheit und ***zur Zertifizierung von Verteidigungsgütern, und die mangelnde Koordinierung auf Unionsebene deutlich, um den Engpässen bei Gütern, die für die Reaktion auf die sich abzeichnenden Krisen von entscheidender Bedeutung sind, sowie bei Bestandteilen und Rohstoffen, die für ihre Herstellung unerlässlich sind, entgegenzuwirken, was zu*** Schwierigkeiten ***beim*** Zugang zu oder Erwerb von den für die Herstellung der relevanten ▌Güter erforderlichen ***Gütern, Bestandteilen und Rohstoffen*** führt, ***wobei konkret das Risiko besteht***, ***dass dadurch*** ganze Produktionsketten behindert werden. ***Es ist von entscheidender Bedeutung, die Entstehung von Hindernissen für den grenzüberschreitenden Handel zwischen Mitgliedstaaten aufgrund von Unterschieden im nationalen Recht zu verhindern, da diese Unterschiede den freien Verkehr kritischer Güter und der zugehörigen Bestandteile und Rohstoffe im*** Binnenmarkt ***einschränken und das Funktionieren der Lieferketten stören würden. Diese Schwierigkeiten entlang der Lieferketten haben auch einen Mangel an Krisenmanagementinstrumenten und Koordinierungsmechanismen, einen unzureichenden Informationsaustausch und einen unzureichenden Überblick über die Herstellungskapazitäten in der gesamten Union, insbesondere für*** Verteidigungsgüter***, offenbart.*** ▌

(72) ***Die anhaltende Verschlechterung des Sicherheitskontexts, der durch zunehmende langfristige Bedrohungen, eine Beschleunigung der Entwicklung von Verteidigungstechnologie und -innovationen und den wahrscheinlichen Anstieg der Verteidigungsausgaben gekennzeichnet ist, wird wahrscheinlich zu einem sprunghaften Anstieg der Nachfrage nach Verteidigungsgütern führen und künftige Versorgungskrisen in Bezug auf diese Gütern verschärfen. Es ist wahrscheinlich, dass diese erhöhte Nachfrage den Druck auf die Lieferketten der Union für Verteidigungsgüter verstärken und, falls kein Rahmen auf Unionsebene angenommen wird, dazu führen wird, dass unterschiedliche nationale Maßnahmen zur Behebung von Engpässen getroffen oder wiederaufgegriffen werden, die das ordnungsgemäße Funktionieren des Binnenmarkts behindern und dadurch die Verteidigungs- und Sicherheitsinteressen der Union und ihrer Mitgliedstaaten untergraben.***

(73) ***Darüber hinaus könnte das sich rasch entwickelnde Sicherheitsumfeld zu anderen Krisen in unterschiedlicher Form beitragen, zum Beispiel Cyberangriffe auf die Verteidigungsindustrie oder groß angelegte Störungen kritischer Infrastruktur, die rasche und entschlossene koordinierte Reaktionen erfordern würden, um schwerwiegende Störungen der damit verbundenen Lieferketten im Verteidigungsbereich zu verhindern. Im Vorgriff auf eine erhöhte Nachfrage nach Verteidigungsgütern und einen verstärkten Druck auf die damit verbundenen Lieferketten ist das zuverlässige Funktionieren dieser Lieferketten daher von entscheidender Bedeutung, um das ordnungsgemäße Funktionieren des Binnenmarkts für Verteidigungsgüter sicherzustellen.***

(74) ***Wie die Lehren aus der Arbeit der Taskforce für die gemeinsame Beschaffung im Verteidigungsbereich zur Koordinierung des sehr kurzfristig zu erfüllenden Beschaffungsbedarfs im Verteidigungsbereich und aus der Durchführung der Verordnung (EU) 2023/1525 zeigen, haben die Lieferketten der Union im Verteidigungsbereich häufig eine grenzüberschreitende Dimension, insbesondere auf den niedrigeren Stufen. Es muss unbedingt vermieden werden, dass die zunehmende Komplexität der unionsweiten Lieferketten für Verteidigungsgüter zu einer mangelnden Sichtbarkeit der gesamten Produktionskapazitäten und Lieferketten der EDTIB sowie dazu führt, dass die Mitgliedstaaten nicht in der Lage sind, fundierte Entscheidungen zu treffen, insbesondere zur Bewältigung von Engpässen oder zur Minderung eines entsprechenden Risikos.***

(75) ***Es besteht die konkrete Gefahr, dass die auf nationaler Ebene ergriffenen Maßnahmen zur Gewährleistung der Versorgungssicherheit nicht ausreichen, um Herausforderungen in Zukunft wirksam zu bewältigen, und dass die grenzüberschreitenden Auswirkungen auf die unionsweiten Lieferketten im Verteidigungsbereich von den einzelnen Mitgliedstaaten weder ausreichend berücksichtigt noch angemessen angegangen werden können. Darüber hinaus kann eine unkoordinierte Herangehensweise auf nationaler Ebene, insbesondere in Bezug auf die Zertifizierung und die Verbringung von Verteidigungsgütern innerhalb der EU und die vorrangige Behandlung von Aufträgen zu militärischen Zwecken, schwerwiegende negative Auswirkungen auf das Funktionieren des Binnenmarkts für Verteidigungsgüter haben, insbesondere durch die Schaffung von Hindernissen für den grenzüberschreitenden Handel, und die Engpässe und Störungen in den Lieferketten insgesamt verschärfen.***

(76) ***Angesichts dieser Herausforderungen erscheint es notwendig und angemessen, eine unionsweite Regelung für die Versorgungssicherheit mit dem Ziel, die Versorgungssicherheit bei Verteidigungsgütern zu erhöhen, einzuführen, um das ordnungsgemäße Funktionieren des Binnenmarkts zu gewährleisten und ihn widerstandsfähiger gegen Schocks zu machen. In diesem Zusammenhang ist es von entscheidender Bedeutung: Koordinierungsmaßnahmen vorzusehen und Vorbereitungen auf die Auswirkungen künftiger Versorgungskrisen auf den Binnenmarkt für Verteidigungsgüter zu treffen und auf diese zu reagieren; die Versorgungssicherheit bei Verteidigungsgütern sowie zugehörigen Bestandteilen und Rohstoffen und bei für ihre Produktion entscheidenden Gütern und Dienstleistungen sicherzustellen, deren Verfügbarkeit für das ordnungsgemäße Funktionieren des Binnenmarkts und seiner Lieferketten unverzichtbar ist und die gewährleistet werden müssen, um auf eine Versorgungskrise zu reagieren (im Folgenden „krisenrelevante Güter“); und das ordnungsgemäße Funktionieren des Binnenmarkts für Verteidigungsgüter sicherzustellen, auch indem die Entstehung von Hindernissen für diesen Markt verhindert wird. Diese Maßnahmen sollten sich auf Artikel 114 AEUV stützen.***

(77) ***Die Richtlinie 2009/81/EG betrifft unter anderem die Schaffung eines geeigneten Rechtsrahmens über die Koordinierung der Vergabeverfahren für die Vergabe von Aufträgen zur Erfüllung der Sicherheitsanforderungen der Mitgliedstaaten und der Verpflichtungen aus dem AEUV, der eine Voraussetzung für die Schaffung eines europäischen Marktes für Verteidigungsgüter ist. Zu diesem Zweck hat die Richtlinie 2009/81/EG die Bewältigung von Krisensituationen zum Ziel, insbesondere indem besondere Bestimmungen vorgesehen sind, die in dringlichen Lagen aufgrund einer Krise gelten, wie eine Verkürzung der Fristen für den Eingang der Angebote und die Möglichkeit zum Einsatz des Verhandlungsverfahrens ohne vorherige Veröffentlichung einer Bekanntmachung. In bestimmten dringenden Fällen könnten jene Bestimmungen jedoch nicht ausreichen, insbesondere wenn die dringliche Lage aufgrund der Krise nur dadurch bewältigt werden kann, dass sich zwei oder mehr Mitgliedstaaten an einer gemeinsamen Beschaffung beteiligen. In diesen Fällen besteht oft die einzige Lösung zur Wahrung der Sicherheitsinteressen dieser Mitgliedstaaten darin, eine bestehende Rahmenvereinbarung für öffentliche Auftraggeber von Mitgliedstaaten zu öffnen, die ursprünglich nicht Vertragspartei der Rahmenvereinbarung waren, obwohl diese Möglichkeit in der ursprünglichen Rahmenvereinbarung nicht vorgesehen war. Da diese Möglichkeiten zum Zeitpunkt des Inkrafttretens der vorliegenden Verordnung in der Richtlinie 2009/81/EG nicht vorgesehen sind, sieht die vorliegende Verordnung die Möglichkeit vor, die Bestimmungen der genannten Richtlinie in dringlichen Lagen aufgrund einer Krise zu ergänzen oder von ihr abzuweichen, sofern die Zustimmung des Unternehmens, das die Rahmenvereinbarung geschlossen hat, eingeholt wird.***

(78) ***Nach der Rechtsprechung des Gerichtshofs der Europäischen Union sind Änderungen eines öffentlichen Auftrags strikt auf das unter den gegebenen Umständen absolut Notwendige zu beschränken, wobei die Grundsätze des Diskriminierungsverbots, der Transparenz und der Verhältnismäßigkeit so weit wie möglich zu beachten sind. In diesem Zusammenhang sollte es möglich sein, von der Richtlinie 2009/81/EG abzuweichen, indem die in der Rahmenvereinbarung vorgesehenen Mengen um bis zu 100 % des Werts der Rahmenvereinbarung erhöht werden, wenn diese für öffentliche Auftraggeber anderer Mitgliedstaaten geöffnet wird, sofern eine solche Erhöhung für die Öffnung der Rahmenvereinbarung für jene öffentlichen Auftraggeber unbedingt erforderlich ist. Im Hinblick auf die zusätzlichen Mengen sollten für diese öffentlichen Auftraggeber dieselben Bedingungen gelten wie für den ursprünglichen öffentlichen Auftraggeber, der die ursprüngliche Rahmenvereinbarung abgeschlossen hat. Darüber hinaus sollten geeignete Transparenzmaßnahmen getroffen werden, damit alle potenziell interessierten Parteien informiert werden.***

(79) ***In den letzten Jahren haben sich die Mitgliedstaaten zunehmend an der Verteidigungszusammenarbeit beteiligt, insbesondere um ihre militärischen Fähigkeiten aneinander anzugleichen. Unionsverfahren wie die CARD und die SSZ dienen insbesondere dazu, die Umsetzung der einschlägigen Prioritäten durch die Bestimmung und Nutzung der Möglichkeiten für eine verstärkte Verteidigungszusammenarbeit zu unterstützen, damit die Zielvorgaben der Union im Bereich Sicherheit und Verteidigung erreicht werden. Aufgrund der anhaltenden Verschlechterung des geopolitischen Umfelds und der extremen Volatilität des internationalen Umfelds ist die Entwicklung einer operativen Zusammenarbeit umso mehr geboten. Damit eine Zusammenarbeit im Verteidigungsbereich wirksam ist, könnte es erforderlich sein, dass die Streitkräfte der kooperierenden Mitgliedstaaten genau dasselbe Verteidigungsgut oder zumindest Güter verwenden, die diesen so sehr ähneln, dass sie austauschbar sind. In solchen Fällen sollte es einem Mitgliedstaat, der sich an der Einrichtung einer solchen Kooperationsinitiative, die über eine bloße kooperative Beschaffung von Verteidigungsgütern hinausgeht, beteiligt oder sich ihr anschließt, gestattet sein, von den Grundsätzen der Transparenz und des Wettbewerbs abzuweichen und einen Auftrag ohne vorherigen Wettbewerb oder ohne vorherige Bekanntmachung direkt an das Unternehmen der EDTIB zu vergeben, das dieses Gut herstellt, sofern dies für die Durchführung der betreffenden Zusammenarbeit im Verteidigungsbereich erforderlich ist.***

(80) ***Angesichts der sicherheitspolitischen Lage und der bestehenden und voraussichtlichen Spannungen und Engpässe auf dem internationalen Markt für Verteidigungsgüter und bei seinen Lieferketten, die sich insbesondere aus dem Missverhältnis zwischen den begrenzten Herstellungskapazitäten in der Union und dem Anstieg der Nachfrage seit Beginn des Angriffskriegs Russlands gegen die Ukraine ergeben, ist es notwendig, eine Reihe von Maßnahmen vorzusehen, die es der Union ermöglichen, die Gefahr von schwerwiegenden Störungen bei der Versorgung mit Verteidigungsgütern, die zur Annahme voneinander abweichender nationaler Maßnahmen führen würden oder voraussichtlich führen würden, die das ordnungsgemäße Funktionieren des Binnenmarkts erheblich beeinträchtigen, vorherzusehen, sich auf diese Gefahr vorzubereiten und sie zu mindern.***

▌

(81) ***Die Fähigkeit der Union, Krisen bei der Versorgung mit Verteidigungsgütern, die das ordnungsgemäße Funktionieren des Binnenmarkts beeinträchtigen, vorauszusehen und zu bewältigen, ist abhängig von der Kenntnis und Überwachung auf Unionsebene der Struktur, Stärken und Schwächen der Lieferketten der Union für solche Güter.*** Angesichts der Komplexität der Lieferketten im Verteidigungsbereich***, der bestehenden Spannungen und*** des Risikos von Engpässen ***entlang dieser Lieferketten ist es notwendig***, Instrumente für einen ***kontinuierlichen*** koordinierten Ansatz für die Kartierung und Überwachung der Lieferketten der ***Union*** für ***krisenrelevante Güter*** bereitzustellen. ***Die Ergebnisse dieser Kartierung werden auch relevante Informationen für die Entwicklung von Maßnahmen der Union zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der EDTIB und für die Bewertung der Position der Union in globalen Lieferketten*** im Verteidigungsbereich liefern. ***Der Schwerpunkt der Kartierung und Überwachung sollte in diesem Zusammenhang auf*** Gütern ***liegen, bei denen eine schwerwiegende Störung oder deren unmittelbare Gefahr zur Annahme voneinander abweichender nationaler Maßnahmen führen würden oder voraussichtlich führen würden, die das ordnungsgemäße Funktionieren des Binnen***markts ***erheblich beeinträchtigen, insbesondere durch Hindernisse für den grenzüberschreitenden Handel.***

(82) ***Zum Zwecke der*** Kartierung ▌sollte die Kommission ***eine Liste*** krisenrelevanter Güter erstellen ▌und ***diese regelmäßig aktualisieren, wobei der Schwerpunkt auf möglichen Störungen und Engpässen, die die Sicherheit der Versorgung mit solchen Gütern beeinträchtigen, liegt. Die Bestimmung dieser Güter durch die Kommission*** sollte sich auf ***Daten*** stützen, ***die von den Mitgliedstaaten bereitgestellt werden und sich aus der Bestimmung der einschlägigen Herstellungskapazitäten und Lieferketten ergeben. Um die Vollständigkeit der aggregierten Daten zu gewährleisten, sollte die Kommission diese Daten abgleichen und zu diesem Zweck*** die verfügbaren Daten ***sowie*** erforderlichenfalls ▌Daten ***verwenden***, die durch Informationsersuchen auf freiwilliger Basis an Unternehmen erlangt wurden ▌.

(83) Die Kommission sollte einen Rahmen und eine Methodik zur Bestimmung krisenrelevanter Güter vorsehen. Um die Effizienz der Kartierung zu gewährleisten, sollten dieser Rahmen und diese Methodik so festgelegt werden, dass unnötiger Verwaltungsaufwand für die Mitgliedstaaten vermieden wird. Daher sollten sie auf bestehenden nationalen Rahmen und Methodiken aufbauen, die die Mitgliedstaaten mit der Kommission teilen würden. Dieser Rahmen und diese Methodik sollten sich in erster Linie auf bestehende Engpässe entlang der Lieferketten im Verteidigungsbereich konzentrieren und zur Bestimmung der Herstellungskapazitäten und ihrer Lieferketten führen.

(84) ***Im Rahmen der Kartierung sollte die Kommission auch eine Liste von Frühwarnindikatoren bestimmen und erarbeiten, anhand deren die Faktoren bestimmt werden sollen, durch die die Versorgung mit solchen Gütern gestört, beeinträchtigt oder negativ beeinflusst werden könnte. Solche Indikatoren könnten sich auf Folgendes beziehen: atypische Verlängerungen der Vorlaufzeit; die Verfügbarkeit von Rohstoffen, Zwischenprodukten und Fähigkeiten und Fertigkeiten des Menschen, die für die Herstellung krisenrelevanter Güter oder von geeigneter Herstellungsausrüstung benötigt werden; die prognostizierte Nachfrage; Preisanstiege, die über die normalen Preisschwankungen hinausgehen; Unfälle, Angriffe, Naturkatastrophen oder andere schwerwiegende Ereignisse; Auswirkungen von handelspolitischen Maßnahmen, Zöllen, Ausfuhrbeschränkungen, Handelshemmnissen und anderen handelsbezogenen Maßnahmen; sowie die Auswirkungen von Unternehmensschließungen, Standortverlagerungen oder Übernahmen von Hauptlieferanten krisenrelevanter Güter. Die Überwachungstätigkeiten der Kommission, die gegebenenfalls Informationsersuchen auf freiwilliger Basis bei einschlägigen Akteuren umfassen können, sollten sich auf jene Frühwarnindikatoren konzentrieren.***

(85) ***Um den Aufwand für die Unternehmen, an die sich die Überwachung richtet, so gering wie möglich zu halten und sicherzustellen, dass die erlangten Informationen sinnvoll zusammengestellt werden können, sollte die Kommission für jegliche Informationserhebung standardisierte und sichere Mittel vorsehen. Jene Mittel sollten sicherstellen, dass alle erhobenen Informationen vertraulich behandelt werden, wobei das Geschäftsgeheimnis und die Cybersicherheit zu gewährleisten sind. Um den Verwaltungsaufwand für die nationalen Verwaltungen zu begrenzen, sollte es den Mitgliedstaaten ebenso gestattet sein, die Kommission zu ersuchen, die Aufgaben zu übernehmen, mit denen sie für die Kartierung der Lieferketten für Verteidigungsgüter betraut wurden.***

(86) ***Auf der Grundlage der von der Kommission erstellten Liste krisenrelevanter Güter sollten die Mitgliedstaaten in ihrem Hoheitsgebiet die Hauptlieferanten solcher Güter bestimmen. Die Liste dieser Lieferanten sollte der Kommission übermittelt werden, um ein wirksames koordiniertes Vorgehen auf Unionsebene zu gewährleisten. Um alle Ereignisse, die negative und dauerhafte Auswirkungen auf die zeitnahe Verfügbarkeit von und Versorgung mit jenen Gütern haben können, zu ermitteln und darüber Bericht zu erstatten, sollten Mitgliedstaaten vor dem Hintergrund der von der Kommission bestimmten Frühwarnindikatoren die Fähigkeit dieser Lieferanten zur Ausführung ihrer Tätigkeiten überwachen. Zu demselben Zweck sollten die Hauptlieferanten krisenrelevanter Güter auch den Mitgliedstaat, in dessen Hoheitsgebiet sie niedergelassen sind, informieren, wenn sie eine Störung der Versorgung feststellen, die ihre Tätigkeiten im Zusammenhang mit der Produktion krisenrelevanter Güter erheblich beeinträchtigen könnten.***

(87) ***Als Teil*** des ***Rahmens für die Krisenvorsorge*** sollte die Kommission ***Stresstests und Simulationen durchführen und koordinieren, wobei insbesondere auf den Empfehlungen des*** Ausschusses ***für die Versorgungssicherheit im Verteidigungsbereich (im Folgenden „Ausschuss“) in Bezug auf unverzichtbar wichtige Themen für Lieferketten im Verteidigungsbereich aufgebaut werden sollte. Die Kommission könnte in diesem Zusammenhang Szenarien und Parameter*** entwickeln***, mit denen die besonderen Risiken im Zusammenhang mit einer Krise bei der Versorgung mit*** krisenrelevanten Gütern ***erfasst werden. Um zu gewährleisten, dass alle einschlägigen Akteure auf Krisen vorbereitet sind, müssen alle Mitgliedstaaten und gegebenenfalls der Hohe Vertreter, die EDA und*** andere ***einschlägige*** Akteure ***eingeladen werden, sich auf freiwilliger Basis an jenen Stresstests zu beteiligen. In diesem Zusammenhang könnte*** die Kommission ***die Ausarbeitung von Strategien für die Krisenvorsorge, einschließlich Strategien für die Krisenkommunikation und den Austausch von Informationen über in schwierigen Situationen geltende Beschränkungen, erleichtern und fördern. In Anbetracht dessen, wie sensibel Daten im Zusammenhang mit Engpässen entlang der Lieferketten für die Verteidigungs- und Sicherheitsinteressen der Union und***

ihrer Mitgliedstaaten sind, sollten ***die Ergebnisse jener Stresstests Verschlusssachen sein.***

(88) ***Der Mangel an Transparenz in Bezug auf die Identität der Zertifizierungsbehörden und die Zertifizierungsverfahren für Verteidigungsgüter in der Union hat eine begrenzte gegenseitige Zertifizierung von Verteidigungsgütern zur Folge, was*** zu der ***weiteren Fragmentierung des Binnenmarkts für Verteidigungsgüter führt, insbesondere in Zeiten von Versorgungskrisen, wie sich bei der Munitionsversorgungskrise 2023 gezeigt hat. Als Teil des Vorsorgerahmens ist es daher notwendig, die Transparenz der nationalen Zertifizierungsverfahren zu erhöhen und den Informationsaustausch zwischen Zertifizierungsbehörden zu erleichtern, um die gegenseitige Zertifizierung von Verteidigungsgütern zu erleichtern und den Verkehr dieser Güter auf dem Binnenmarkt zu fördern. Zu diesem Zweck*** sollte die Kommission ***eine Liste der nationalen Zertifizierungsbehörden erstellen und diese aktuell halten.***

(89) ***Um das Risiko von Versorgungsengpässen bei*** krisenrelevanten ***Gütern zu verringern, ist es erforderlich, den Ausbau von Produktionsanlagen für die Produktion jener*** Güter ***zu beschleunigen, insbesondere indem für eine effiziente und zeitnahe administrative Bearbeitung aller mit der Planung, dem Bau und dem Betrieb dieser Anlagen zusammenhängender Ersuchen gesorgt wird. Aus diesem Grund*** sollten ***die Behörden der Mitgliedstaaten sicherstellen, dass diese Ersuchen so schnell wie rechtlich*** möglich ***bearbeitet werden.***

(90) ***Um es der Union zu ermöglichen, das Risiko eines Ausbruchs einer Versorgungskrise zu mindern, sollten die zuständigen Behörden der Mitgliedstaaten den Ausschuss warnen, wenn sie Kenntnis von einem Risiko einer schwerwiegenden Störung der Versorgung mit krisenrelevanten Gütern erlangen oder über konkrete und zuverlässige Informationen über das Eintreten eines anderen einschlägigen Risikofaktors oder Ereignisses verfügen. Um ein koordiniertes Vorgehen zur Minderung eines solchen Risikos zu gewährleisten, sollte die Kommission, wenn sie Kenntnis von einem solchen Risiko erlangt, Präventivmaßnahmen ergreifen – wie die Einberufung einer außerordentlichen Sitzung des Ausschusses, um die Schwere der möglichen Störung und mögliche Reaktionen zu erörtern – und gegebenenfalls einschlägige Drittländer und internationale Organisationen konsultieren, um unter Einhaltung internationaler Verpflichtungen kooperative Lösungen zur Verhinderung oder Bewältigung von Störungen der Lieferkette zu finden.***

(91) ***Diese Verordnung sollte auch Instrumente vorsehen, mit denen effizient und koordiniert auf unmittelbar bevorstehende oder eingetretene Versorgungskrisen reagiert werden kann. Da gezielte Maßnahmen vorgesehen werden müssen, abhängig davon, ob krisenrelevante Produkte, die keine Verteidigungsgüter sind, oder krisenrelevante Verteidigungsgüter von schwerwiegenden negativen Auswirkungen auf das Funktionieren des Binnenmarkts oder von deren unmittelbarer Gefahr betroffen sind, sollte diese Verordnung daher zwei verschiedene Zustände von Versorgungskrisen vorsehen.***

(92) ***Der Versorgungskrisenzustand sollte auf der Grundlage konkreter und zuverlässiger Belege aktiviert werden, wenn es zu schwerwiegenden Störungen oder einer unmittelbaren Gefahr einer solchen Störung bei der Bereitstellung krisenrelevanter Güter kommt und wenn solche schwerwiegenden Störungen oder deren unmittelbare Gefahr zur Annahme voneinander abweichender nationaler Maßnahmen in Bezug auf krisenrelevante Güter, bei denen es sich nicht um Verteidigungsgüter handelt, führen oder voraussichtlich führen werden, die das ordnungsgemäße Funktionieren des Binnenmarkts erheblich beeinträchtigen, insbesondere zu Hindernissen für den grenzüberschreitenden Handel mit solchen krisenrelevanten Gütern.***

(93) ***Der Zustand einer sicherheitsrelevanten Versorgungskrise sollte aktiviert werden, wenn es zu schwerwiegende Störungen oder einer unmittelbaren Gefahr einer solchen Störung bei der Bereitstellung von Verteidigungsgütern kommt und wenn solche schwerwiegenden Störungen oder deren unmittelbare Gefahr zur Annahme voneinander abweichender nationaler Maßnahmen in Bezug auf krisenrelevante Verteidigungsgüter führen oder voraussichtlich führen werden, die das ordnungsgemäße Funktionieren des Binnenmarkts erheblich beeinträchtigen, insbesondere zu Hindernissen für den grenzüberschreitenden Handel mit solchen krisenrelevanten Gütern. Bei ihrer Bewertung, ob die Bedingungen für die Aktivierung des Zustands einer sicherheitsrelevanten Versorgungskrise erfüllt sind, sollte die Kommission berücksichtigen, ob im Bereich der GASP eine Krise festgestellt wurde, die sich auf die Sicherheits- und Verteidigungsinteressen der Union und ihrer Mitgliedstaaten auswirkt, zum Beispiel ob ein Mitgliedstaat die Klausel über die gegenseitige Verteidigung gemäß Artikel 42 Absatz 7 EUV aktiviert hat. In diesem Zusammenhang könnte die Kommission berücksichtigen, ob eine solche Krise auch in der NATO festgestellt wurde.***

(94) ***Da die Entscheidung über die Aktivierung des Versorgungskrisenzustands oder des Zustands einer sicherheitsrelevanten Versorgungskrise sensibler Natur ist, was sich insbesondere aus den möglichen Konsequenzen dieser Maßnahmen ergibt, die als Reaktion darauf ergriffen werden könnten, einschließlich der erheblichen Auswirkungen, die solche Maßnahmen auf private Unternehmen in der Union haben könnten, sollte dem Rat die Befugnis übertragen werden, einen Durchführungsrechtsakt zur die Aktivierung, Verlängerung und Beendigung der Versorgungskrisenzustände zu erlassen. Um sicherzustellen, dass die Reaktion auf Unionsebene an die Art der Versorgungskrise angepasst ist, sollte der Rat ferner festlegen, welche der in dieser Verordnung vorgesehenen Maßnahmen zur Bewältigung der laufenden Versorgungskrise aktiviert werden sollten, und er sollte bestimmen können, für welche krisenrelevanten Güter diese Maßnahmen aktiviert werden sollten.***

(95) ***Um eine genaue und echtzeitnahe Bewertung der Art und Schwere der Versorgungskrise sowie der Frage, ob die Einführung von Maßnahmen der vorrangigen Behandlung notwendig ist, zu ermöglichen, sollte die Kommission Informationsersuchen an Wirtschaftsteilnehmer, die zur Herstellung der betreffenden krisenrelevanten Güter beitragen, richten können, wenn ein Durchführungsakt des Rates dies im Rahmen des Versorgungskrisenzustands oder des Zustands einer sicherheitsrelevanten Versorgungskrise vorsieht. Solche Informationsersuchen sollten nur dann gestellt werden, wenn die verfügbaren Informationen nicht ausreichend sind, und sollten sich auf Informationen über die Produktionsfähigkeiten, Produktionskapazitäten oder mögliche Hauptstörungen beschränken. Angesichts der sensiblen Natur der Informationen, die angefragt werden könnten, sollte die Kommission die vorherige Zustimmung des Mitgliedstaats erhalten, in dem sich die Produktionsstätte des betreffenden Wirtschaftsteilnehmers befindet, und die angefragten Informationen sollten über diesen Mitgliedstaat übermittelt werden. Stimmt der betreffende Mitgliedstaat dem zu, ein solches Informationsersuchen zu stellen, so sollte er beschließen können, das Ersuchen direkt an den betreffenden Wirtschaftsteilnehmer zu richten, und die Kommission davon in Kenntnis setzen. Es ist auch wichtig, dass der Kommission die Informationsersuchen von Drittländern im Zusammenhang mit Tätigkeiten von in der Union niedergelassenen Wirtschaftsteilnehmern bezüglich der Versorgung mit krisenrelevanten Gütern bekannt sind, da solche Informationsersuchen zu Maßnahmen der vorrangigen Behandlung vonseiten dieser Drittländer führen könnten, die erhebliche Auswirkungen auf die Versorgung mit solchen Gütern in der Union und auf das ordnungsgemäße Funktionieren des Binnenmarkts haben könnten. Daher sollte der betreffende Wirtschaftsteilnehmer den Mitgliedstaat, in dessen Hoheitsgebiet sich seine Produktionsstätte befindet, rechtzeitig informieren; dieser sollte wiederum die Kommission unterrichten, damit es dem betreffenden Mitgliedstaat und der Kommission ermöglicht wird, den betreffenden Wirtschaftsteilnehmer um ähnliche Informationen wie die vom Drittland angeforderten zu ersuchen.***

(96) ***In Fällen von schwerwiegenden und anhaltenden Engpässen bei oder von außergewöhnlich hoher Nachfrage nach krisenrelevanten Gütern, die eine unmittelbare Gefahr oder das Eintreten schwerwiegender negativer Auswirkungen auf das ordnungsgemäße Funktionieren des Binnenmarkts mit sich bringen, könnten sich Maßnahmen der vorrangigen Behandlung auf Unionsebene, mit denen die Verfügbarkeit krisenrelevanter Güter sichergestellt werden soll, als unerlässlich erweisen, um das ordnungsgemäße Funktionieren des Binnenmarkts für Verteidigungsgüter und seiner Lieferketten zu gewährleisten. Die Kommission sollte in diesem Zusammenhang auf Ersuchen eines Mitgliedstaats vorrangige Ersuchen anwenden können, um die Versorgung sowohl mit krisenrelevanten Verteidigungsgütern als auch mit krisenrelevanten Gütern, die keine Verteidigungsgüter sind, zu erleichtern, und vorrangige Aufträge anwenden können, um die Versorgung mit krisenrelevanten Gütern, die keine Verteidigungsgüter sind, sicherzustellen. Die Aktivierung dieser Maßnahmen der vorrangigen Behandlung sollte durch den Rat erfolgen.***

(97) ***Vorrangige Ersuchen sollten aus auf einer Initiative eines Mitgliedstaats basierenden Ersuchen der Kommission an in der Union niedergelassene einschlägige Wirtschaftsteilnehmer bestehen, Aufträge für krisenrelevante Güter anzunehmen oder diese vorrangig zu behandeln. Diese vorrangigen Ersuchen sollten als letztes Mittel eingesetzt werden, um zu gewährleisten, dass die Lieferketten im Verteidigungsbereich*** in ***Zeiten einer Versorgungskrise*** weiterhin funktionieren, und nur wenn dies für diesen Zweck erforderlich und verhältnismäßig ist, und ***sollten darauf abzielen, einen Mitgliedstaat zu unterstützen, der entweder bei der Erteilung eines Auftrags oder bei der Ausführung eines Vertrags zur Versorgung mit krisenrelevanten Gütern mit gravierenden Schwierigkeiten konfrontiert ist. Wirtschaftsteilnehmer sollten die Möglichkeit haben, ein an sie gerichtetes vorrangiges Ersuchen abzulehnen. Bei der Erteilung eines vorrangigen Ersuchens sollte die Kommission die möglichen negativen Auswirkungen auf den Wettbewerb im Binnenmarkt und die Gefahr einer Verschärfung von Marktverzerrungen berücksichtigen. Darüber hinaus sollte die Auswahl der Empfänger und Begünstigten der vorrangigen Ersuchen diskriminierungsfrei erfolgen.***

(98) Angesichts der zunehmenden Verschlechterung des sicherheitspolitischen Kontextes der Union im Zusammenhang mit der andauernden und gestiegenen Bedrohung durch Russland vor dem Hintergrund seines Angriffskriegs gegen die Ukraine ist es von wesentlicher Bedeutung, den Schwierigkeiten zu begegnen, mit denen die Mitgliedstaaten bei der Erteilung eines Auftrags oder bei der Ausführung eines Vertrags im Zusammenhang mit der Versorgung bei Verteidigungsgütern konfrontiert sein könnten, insbesondere wenn diese Schwierigkeiten auf Störungen bei der Bereitstellung krisenrelevanter Güter, bei denen es sich nicht um Verteidigungsgüter handelt, zurückzuführen sind. Wenn es sich bei krisenrelevanten Gütern um Güter mit doppeltem Verwendungszweck oder zivile Güter handelt, können die Lieferketten im Verteidigungsbereich bei dem Versuch, Zugang zu diesen krisenrelevanten Gütern zu erhalten, mit Lieferketten im Nicht-Verteidigungsbereich mit einer deutlich größeren Nachfragemacht in Wettbewerb geraten. Es ist daher erforderlich, ein weiteres Instrument als letztes Mittel für Fälle vorzusehen, in denen die Herstellung oder Lieferung krisenrelevanter Güter, die keine Verteidigungsgüter sind, nicht durch andere Maßnahmen erreicht werden kann, einschließlich eines vorrangigen Ersuchens. Daher sollten es der Kommission ermöglicht werden, in der Union niedergelassene Wirtschaftsteilnehmer durch vorrangige Aufträge zu verpflichten, bestimmte krisenrelevante Güter, die keine Verteidigungsgüter sind, nach vorheriger Zustimmung des Mitgliedstaats, in dessen Hoheitsgebiet sich die Produktionsstätte des betreffenden Wirtschaftsteilnehmers befindet, und des Mitgliedstaats, in dessen Hoheitsgebiet sich die Leitungs- und Verwaltungsstruktur des Wirtschaftsteilnehmers befindet, herzustellen oder zu liefern. Die Kommission sollte keine vorrangigen Aufträge erteilen, wenn der Wirtschaftsteilnehmer den Auftrag auch bei vorrangiger Behandlung nicht erfüllen kann, sei es aufgrund unzureichenden Produktionsvermögens, aufgrund unzureichender Produktionskapazität oder aus technischen Gründen oder weil dies eine unzumutbare wirtschaftliche Belastung und eine besondere Härte für den Wirtschaftsteilnehmer darstellen würde, einschließlich eines erheblichen Risikos im Zusammenhang mit der Betriebskontinuität. Treten solche Gründe auf, nachdem die Kommission einen Durchführungsrechtsakt erlassen hat, mit dem ein Wirtschaftsteilnehmer einem vorrangigen Auftrag oder einem vorrangigen

Ersuchen unterworfen wird, so sollte dieser Wirtschaftsteilnehmer die Kommission ersuchen können, den betreffenden Durchführungsrechtsakt zu ändern.

(99) ***Ein vorrangiger Auftrag oder ein vorrangiges Ersuchen sollte sich auf objektive, sachliche, messbare und fundierte Daten stützen. Es sollte den berechtigten Interessen der Unternehmen sowie den Kosten und dem Aufwand jeder Änderung der Produktionsreihenfolge Rechnung tragen. Wird sie angenommen oder verhängt, sollte die Verpflichtung zur Ausführung des vorrangigen Ersuchens oder des vorrangigen Auftrags gegenüber Erfüllungsverpflichtungen nach privatem oder öffentlichem Recht Vorrang haben. Ist der Gegenstand eines vorrangigen Ersuchens ein Verteidigungsgut, so sollte in dem Ersuchen der Umfang der vertraglichen Verpflichtungen, gegenüber denen es Vorrang haben sollte, angegeben werden. Jedes vorrangige Ersuchen oder jeder vorrangige Auftrag sollte zu einem fairen und angemessenen Preis erfolgen. Die Berechnung dieses Preises sollte auf der Grundlage der gültigen Preise der vergangenen Jahre erfolgen können, vorbehaltlich einer Begründung jeder Erhöhung bzw. Senkung, z. B. unter Berücksichtigung der Inflation oder der Produktionskosten. Angesichts der Bedeutung, die der Sicherstellung der Versorgung mit krisenrelevanten Gütern zukommt, die für das ordnungsgemäße Funktionieren des Binnenmarkts und seiner Lieferketten unerlässlich sind, sollte die Erfüllung der Verpflichtung, einem vorrangigen Ersuchen oder einem vorrangigen Auftrag nachzukommen, keine Haftung für Schäden Dritter nach sich ziehen, die sich aus einer Verletzung von dem Recht eines Mitgliedstaats unterliegenden vertraglichen Verpflichtungen ergeben könnten, soweit die Verletzung der vertraglichen Verpflichtungen für die Einhaltung der vorgeschriebenen Rangfolge erforderlich war. Wirtschaftsteilnehmern, die in den Anwendungsbereich eines vorrangigen Ersuchens fallen könnten, sollte es gestattet sein, in den Bedingungen ihrer Handelsverträge den möglichen Folgen eines vorrangigen Ersuchens Rechnung zu tragen.***

(100) Hat der Wirtschaftsteilnehmer einem vorrangigen Ersuchen ausdrücklich stattgegeben und hat die Kommission im Anschluss daran einen Durchführungsrechtsakt erlassen oder wurde dem Wirtschaftsteilnehmer durch einen von der Kommission erlassenen Durchführungsrechtsakt ein vorrangiger Auftrag auferlegt, so sollte der Wirtschaftsteilnehmer alle Bedingungen dieses Durchführungsrechtsakts einhalten. Die Nichteinhaltung der im Durchführungsrechtsakt festgelegten Bedingungen durch den Wirtschaftsteilnehmer sollte zu einem Verlust des Vorteils einer Befreiung von der vertraglichen Haftung führen. Handelt es sich um eine vorsätzliche oder grob fahrlässige Nichteinhaltung, so sollte die Kommission vorbehaltlich des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit eine Geldbuße oder ein Zwangsgeld gegen den Wirtschaftsteilnehmer verhängen können. Bei der Feststellung, ob Geldbußen oder Zwangsgelder als erforderlich und verhältnismäßig erachtet werden, sollte die Kommission alle von dem Wirtschaftsteilnehmer vorgebrachten hinreichend substantiierten Gründe berücksichtigen.

(101) Unter dem außergewöhnlichen Umstand, dass ein in der Union niedergelassener Wirtschaftsteilnehmer einer Maßnahme unterliegt, die eine vorrangigen Auftrag oder einem vorrangigen Ersuchen über ein krisenrelevantes Gut von einem Drittland nach sich zieht, sollte er dies der Kommission mitteilen, damit bewertet werden kann, ob eine solche Maßnahme erhebliche Auswirkungen auf die Versorgungssicherheit bei krisenrelevanten Gütern und das ordnungsgemäße Funktionieren des Binnenmarkts haben wird und welche geeigneten Schritte möglicherweise als Reaktion auf diese Maßnahme ergriffen werden müssten.

(102) ***Das Ersuchen oder*** die Verpflichtung zur vorrangigen Produktion ***oder Lieferung*** bestimmter Güter ***beeinträchtigt*** die unternehmerische Freiheit und die Vertragsfreiheit, die durch Artikel 16 der Charta der Grundrechte der Europäischen Union (im Folgenden „Charta“) geschützt sind, sowie das Eigentumsrecht gemäß Artikel 17 der Charta nicht unverhältnismäßig[redacted]. [redacted] Gemäß Artikel 52 Absatz 1 der Charta ***muss jede Einschränkung der Ausübung dieser Rechte und Freiheiten*** gesetzlich vorgesehen sein ***und*** den Wesensgehalt dieser Rechte und Freiheiten achten und dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit ***unterliegen***.

(103) Wird [redacted] der Zustand einer sicherheitsrelevanten Versorgungskrise aktiviert, sollten auch die im Rahmen des Zustands einer Versorgungskrise verfügbaren Maßnahmen zur Verfügung stehen***, wenn dies vom Rat für angemessen befunden wurde und im Durchführungsrechtsakt zur Aktivierung des Zustands einer sicherheitsrelevanten Versorgungskrisen festgelegt worden ist.***

[redacted]

(104) Verbringungen von Verteidigungsgütern innerhalb der EU werden durch die Richtlinie 2009/43/EG des Europäischen Parlaments und des Rates[30] geregelt, mit der diese Verbringungen vereinfacht werden sollen, um das ordnungsgemäße Funktionieren des Binnenmarkts sicherzustellen. Wie aus früheren Bewertungen der genannten Richtlinie hervorgeht, bleibt die Erteilung von A-Priori-Global- und -Einzelgenehmigungen für die Verbringung von Verteidigungsgütern im Binnenmarkt weitgehend die Norm und die durchschnittliche Bearbeitungsdauer von Anträgen unterscheidet sich von Mitgliedstaat zu Mitgliedstaat mitunter erheblich. Während einer sicherheitsrelevanten Versorgungskrise und wenn der Rat es für erforderlich hält, sollte es ihm möglich sein, einen Durchführungsrechtsakt zur Aktivierung des Zustands der sicherheitsrelevanten Versorgungskrise zu erlassen, um einen Zeitrahmen von höchstens zwei Wochen festzulegen, innerhalb dessen die betreffenden nationalen Behörden die Anträge – sobald sie vollständig eingelangt sind – bearbeiten sollten, um die Verbringung dieser Güter im Binnenmarkt weiter zu erleichtern. Darüber hinaus zielt diese Verordnung darauf ab, die Verbringungen krisenrelevanter Güter innerhalb der EU im Kontext einer Versorgungskrise zu erleichtern. Es sollte daher präzisiert werden, dass ein Mitgliedstaat, der Ausfuhrbeschränkungen für Bestandteile, bei denen es sich um krisenrelevante Güter handelt und die er als sensitiv im Sinne der Richtlinie 2009/43/EG einstuft, festlegt, keine weiteren Genehmigungen für die Verbringung der betreffenden Bestandteile innerhalb der EU verlangen sollte, wenn der Empfänger eine Erklärung über die Verwendung vorlegt, mit der bescheinigt wird, dass die im Rahmen der Genehmigung verbrachten Bestandteile in ein Verteidigungsgut integriert sind bzw. integriert werden sollen und als solche nicht selbstständig verbracht oder ausgeführt werden können. Diese Maßnahme sollte bestehende Vorschriften der Union und bestehende nationale Vorschriften über die Verbringung und Ausfuhr von Verteidigungsgütern unberührt lassen.

---

30 *Richtlinie 2009/43/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 6. Mai 2009 zur Vereinfachung der Bedingungen für die innergemeinschaftliche Verbringung von Verteidigungsgütern (ABl. L 146 vom 10.6.2009, S. 1, ELI: http://data.europa.eu/eli/dir/2009/43/oj).*

(105) ***Da die Zertifizierung von Verteidigungsgütern von entscheidender Bedeutung ist, um das ordnungsgemäße Funktionieren des Binnenmarkts für Verteidigungsgüter sicherzustellen, insbesondere während einer sicherheitsrelevanten Versorgungskrise, sollte diese Verordnung neben der Beschleunigung bestehender nationaler Verfahren die verpflichtende gegenseitige Anerkennung eines in einem Mitgliedstaat rechtmäßig zertifizierten krisenrelevanten Verteidigungsguts ermöglichen.***

(106) ***Zusätzlich zu anderen in dieser Verordnung zum Zweck der Bewältigung eines Zustands einer sicherheitsrelevanten Versorgungskrise vorgesehenen Maßnahmen sollten die Mitgliedstaaten, wenn der Rat solche Maßnahmen aktiviert, auf Einzelfallbasis erwägen, verteidigungsbezogene Ausnahmen oder Abweichungen nach nationalem Recht und anwendbarem Unionsrecht zum Zweck der Erteilung von Genehmigungen in Bezug auf die Planung, den Bau und den Betrieb von Produktionsanlagen für krisenrelevante Verteidigungsgüter oder im Hinblick auf die Gewährleistung der Kontinuität der Produktion dieser Güter in Anspruch zu nehmen, wenn sie der Auffassung sind, dass die Inanspruchnahme dieser Ausnahmen oder Abweichungen die Versorgungssicherheit bei krisenrelevanten Verteidigungsgütern erleichtern würde. Dies könnte insbesondere für Rechtsvorschriften der Union in den Bereichen Umwelt, Gesundheit und Sicherheit gelten, die unentbehrlich sind, um den Schutz der Gesundheit des Menschen und den Umweltschutz zu verbessern und eine nachhaltige und sichere Entwicklung zu erreichen. Da eine sicherheitsrelevante Versorgungskrise durch Hindernisse für den Verkehr krisenrelevanter Verteidigungsgüter auf dem Binnenmarkt gekennzeichnet ist, ist es angezeigt, unter solchen Umständen die finanzielle Unterstützung von Innovationsmaßnahmen im Rahmen des Programms zuzulassen und so eine besonders schnelle Verfügbarkeit von Verteidigungsgütern auf dem Markt zu ermöglichen. Die Unterstützung solcher Maßnahmen würde in der Tat dazu beitragen, die betreffenden Hindernisse zu beseitigen, insbesondere indem eine erhebliche Verkürzung der Vorlaufzeit für die Lieferung von Verteidigungsgütern oder die Massenproduktion solcher Güter ermöglicht würde. Daher sollte es dem Rat möglich sein, solche Innovationsmaßnahmen im Rahmen des Programms förderfähig zu machen,***

wenn er den Zustand einer sicherheitsrelevanten Versorgungskrise aktiviert.

(107) ***Die Einhaltung der in dieser Verordnung festgelegten Verpflichtungen sollte mittels Geldbußen und Zwangsgeldern durchsetzbar sein. Zu diesem Zweck sollten angemessene Geldbußen für die Nichteinhaltung von Informationsersuchen, der Verpflichtungen, die sich aus einem vorrangigen Ersuchen ergeben, und der Mitteilungspflicht, die gilt, wenn ein in der Union niedergelassener Wirtschaftsteilnehmer einer Maßnahme der vorrangigen Behandlung eines Drittlands unterliegt, festgelegt werden, wobei die unterschiedlichen Schweregrade der Nichteinhaltung zwischen beiden Verpflichtungen zu berücksichtigen sind und unterschiedliche Obergrenzen für KMU gelten sollten. Darüber hinaus sollten Zwangsgelder für Verstöße gegen die Verpflichtung zur Annahme und Ausführung vorrangiger Aufträge festgelegt werden und verhältnismäßig sein, wobei für KMU unterschiedliche Obergrenzen gelten sollten. Zusätzlich zu den Verjährungsfristen für die Durchsetzung von Sanktionen sollten auch Verjährungsfristen für die Verhängung von Geldbußen und Zwangsgeldern gelten. Darüber hinaus sollte die Kommission den betreffenden Wirtschaftsteilnehmern Anspruch auf rechtliches Gehör einräumen.***

(108) Eine der während der COVID-19-Krise festgestellten Herausforderungen war das Fehlen eines Netzes zur Gewährleistung der Vorsorge sowie der unzureichende Informationsaustausch und die unzureichende Koordinierung von Reaktionsmaßnahmen zwischen den Mitgliedstaaten einerseits und zwischen den Mitgliedstaaten und der Kommission andererseits. Die Verwirklichung des mit dieser Verordnung verfolgten Ziels – die Vorsorge für und Bewältigung der Auswirkungen künftiger Versorgungskrisen auf den Binnenmarkt für Verteidigungsgüter – sollte daher durch einen Governance-Mechanismus unterstützt werden. Mit dieser Verordnung sollte ein Ausschuss eingerichtet werden, um die Zusammenarbeit, den Informationsaustausch und die reibungslose, wirksame und einheitliche Durchführung der in dieser Verordnung vorgesehenen Maßnahmen, mit denen die Versorgungssicherheit bei Verteidigungsgütern gewährleistet werden soll, zu erleichtern. Der Ausschuss sollte sich aus Vertretern der Mitgliedstaaten und der Kommission zusammensetzen. Da die Gewährleistung des reibungslosen Funktionierens des Binnenmarkts für Verteidigungsgüter in Zeiten einer Versorgungskrise bzw. die Vorsorge für solche Versorgungskrisen es erfordert, der Fähigkeit der Mitgliedstaaten, ihre Verteidigungsfähigkeiten zu entwickeln, zu erwerben und zu verwalten und ihre Verteidigungsbereitschaft zu verbessern, Rechnung zu tragen, ist es angezeigt, dass die Kommission und der Mitgliedstaat, der den turnusmäßig wechselnden Ratsvorsitz innehat, den Ko-Vorsitz im Ausschuss führen. Darüber hinaus sollten der Hohe Vertreter und die EDA angesichts des Beitrags der Regelung für die Versorgungssicherheit zur Fähigkeit der Union, ihre Sicherheits- und Verteidigungsinteressen zu verteidigen, auch Mitglieder des Ausschusses sein. Insbesondere könnten die laufenden Arbeiten der EDA im Bereich der Versorgungssicherheit bei Verteidigungsgütern für die Durchführung dieser Verordnung von Nutzen sein.

Die EDA unterstützt den Austausch bewährter Verfahren und stärkt die Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten bei der Versorgungssicherheit im Verteidigungsbereich. Außerdem liefert sie Erkenntnisse über Engpässe, die die Lieferketten für Verteidigungsgüter beeinträchtigen. Deshalb sollte die EDA in der Lage sein, ihre Ansichten und ihr Fachwissen unter anderem im Ausschuss einzubringen, wodurch ein Beitrag zur Vorsorge für und Bewältigung der Auswirkungen von Versorgungskrisen auf den Binnenmarkt für Verteidigungsgüter geleistet wird. Assoziierte Länder sollten das Recht haben, gemäß den im Abkommen über den Europäischen Wirtschaftsraum festgelegten Bedingungen Mitglieder des Ausschusses ohne Stimmrecht zu werden. Vertreter des Europäischen Parlaments sollten als Beobachter zu den Sitzungen des Ausschusses eingeladen werden. Der Ausschuss sollte die Koordinierung zwischen den Mitgliedstaaten erleichtern sowie der Kommission Empfehlungen bereitstellen und sie dabei unterstützen, die mit dieser Verordnung eingerichteten Mechanismen zur Gewährleistung der Versorgungssicherheit umzusetzen, insbesondere durch Antizipation, Vorsorge, Prävention und Bewältigung von Krisen bei der Versorgung mit krisenrelevanten Gütern.

(109) Zur Gewährleistung einheitlicher Bedingungen für die Durchführung dieser Verordnung, sollten der Kommission Durchführungsbefugnisse in Bezug auf den Erlass von Arbeitsprogrammen zur Festlegung der Finanzierungsprioritäten und der geltenden Finanzierungskonditionen, die Gewährung von Finanzmitteln für spezifische Maßnahmen, die Einrichtung von SEAPs, die Bestimmung und Aktualisierung krisenrelevanter Güter, die Erstellung und Führung einer Liste der nationalen Zertifizierungsbehörden, Maßnahmen der vorrangigen Behandlung und die Verhängung von Sanktionen übertragen werden. Den Besonderheiten des Verteidigungssektors, insbesondere der Verantwortung der Mitgliedstaaten, der assoziierten Länder oder der Ukraine für den Planungs- und Beschaffungsprozess, sollte Rechnung getragen werden. Diese Befugnisse sollten im Einklang mit der Verordnung (EU) Nr. 182/2011 des Europäischen Parlaments und des Rates[31] ausgeübt werden.

(110) Es sollte möglich sein, Vertreter der Ukraine zu Sitzungen des Ausschusses einzuladen, wenn ihr Beitrag im Zusammenhang mit die Ukraine betreffenden Durchführungsmaßnahmen, wie den Durchführungsrechtsakten in Bezug auf das Unterstützungsinstrument für die Ukraine, notwendig ist. Dies würde es diesen Vertretern ermöglichen, ihre Ansichten einzubringen und Fragen der Mitgliedstaaten zu beantworten. Sie sollten jedoch weder bei den Beratungen anwesend sein noch an den Abstimmungen des Ausschusses teilnehmen dürfen.

---

31 *Verordnung (EU) Nr. 182/2011 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Februar 2011 zur Festlegung der allgemeinen Regeln und Grundsätze, nach denen die Mitgliedstaaten die Wahrnehmung der Durchführungsbefugnisse durch die Kommission kontrollieren (ABl. L 55 vom 28.2.2011, S. 13, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2011/182/oj).*

(111) Diese Verordnung sollte unbeschadet der Wettbewerbsvorschriften der Union, insbesondere der Artikel 101 bis 109 AEUV und der Rechtsakte, die diesen Artikeln Wirksamkeit verleihen, gelten.

(112) ***Im Rahmen der vorliegenden Verordnung bereitgestellte Unionsmittel sollten lediglich die Kosten, die erforderlich sind, um die Ziele des Programms und des Unterstützungsinstruments für die Ukraine decken und sie dürfen nicht zur Deckung von durch die GASP entstehenden Kosten herangezogen werden. Infolgedessen sollten Unionsmittel im Rahmen des Programms und des Unterstützungsinstruments für die Ukraine nicht für die Deckung der Kosten für den Erwerb und die Wartung von Verteidigungsgütern für militärische oder Verteidigungszwecke, auch im Zusammenhang mit der Einrichtung, Verwaltung und Aufrechterhaltung von Pools für die industrielle Bereitschaft im Verteidigungsbereich, verwendet werden. Es sollte jedoch möglich sein, dass Unionsmittel im Rahmen des Programms und des Unterstützungsinstruments für die Ukraine die – insbesondere einmaligen – Kosten decken, die im Zusammenhang mit dem Erwerb oder der Wartung solcher Güter entstehen, wenn diese Kosten für die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der EDTIB oder die Erholung, den Wiederaufbau und die Modernisierung der ukrainischen DTIB erforderlich sind.***

(113) Gemäß Artikel 241 AEUV kann der Rat die Kommission auffordern, die nach seiner Ansicht zur Verwirklichung der gemeinsamen Ziele geeigneten Untersuchungen vorzunehmen und ihm entsprechende Vorschläge zu unterbreiten. Die Kommission wird derartige Aufforderungen zur Einreichung von Vorschlägen unverzüglich und ausführlich prüfen.

(114) Diese Verordnung sollte unbeschadet des besonderen Charakters der Sicherheits- und Verteidigungspolitik bestimmter Mitgliedstaaten gelten**.**

(115) Diese Verordnung lässt die bestehenden Vorschriften der Union und der Mitgliedstaaten über die Ausfuhr von Verteidigungsgütern und die Verpflichtungen gemäß der Richtlinie 2009/43/EG unberührt.

(116) Da die Ziele dieser Verordnung, nämlich die technologische Führungsposition, Innovation, Bereitschaft, langfristige Wettbewerbsfähigkeit, Resilienz, Integration und Vorsorge der EDTIB zu stärken und somit die zeitnahe Verfügbarkeit von und Versorgung mit Verteidigungsgütern sicherzustellen und zur Erholung, zum Wiederaufbau und zur Modernisierung der technologischen und industriellen Basis der ukrainischen DTIB beizutragen, von den Mitgliedstaaten nicht ausreichend verwirklicht werden können, sondern vielmehr wegen des Umfangs oder der Wirkungen auf Unionsebene besser zu verwirklichen sind, kann die Union im Einklang mit dem in Artikel 5 EUV verankerten Subsidiaritätsprinzip tätig werden. Entsprechend dem in demselben Artikel genannten Grundsatz der Verhältnismäßigkeit geht diese Verordnung nicht über das für die Verwirklichung dieser Ziele erforderliche Maß hinaus.

(117) Damit mit der Durchführung dieser Verordnung im Hinblick auf die Verwirklichung ihrer Ziele so bald wie möglich begonnen werden kann, sollte sie umgehend in Kraft treten —

HABEN FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN:

Kapitel I

Allgemeine Bestimmungen

Artikel 1

***Allgemeine Ziele und** Gegenstand*

(1) ***Ziel dieser Verordnung ist es, die technologische Führungsposition, Innovation, Bereitschaft, langfristige Wettbewerbsfähigkeit, Resilienz, Integration und Vorsorge der technologischen und industriellen Basis der europäischen Verteidigung (European Defence Technological and Industrial Base – EDTIB) zu stärken und somit die zeitnahe Verfügbarkeit von und Versorgung mit Verteidigungsgütern sicherzustellen und zur Erholung, zum Wiederaufbau und zur Modernisierung der technologischen und industriellen Basis der Verteidigung der Ukraine (Ukrainian Defence Technological and Industrial Base, im Folgenden „ukrainische DTIB“) beizutragen.***

(2) Mit dieser Verordnung wird ein Haushalt ***für den Zeitraum 2025 bis 2027*** sowie ***Folgendes eingerichtet***:

1. das ***Programm für die Europäische Verteidigungsindustrie*** (im Folgenden „Programm“), das Maßnahmen zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit, Reaktionsfähigkeit und Fähigkeit der EDTIB umfasst, gemäß Kapitel II;

2. das Unterstützungsinstrument für die Ukraine, ein Programm für die Zusammenarbeit mit der Ukraine im Hinblick auf die Erholung, den Wiederaufbau und die Modernisierung der ***ukrainischen DTIB unter Berücksichtigung der möglichen künftigen Integration der ukrainischen DTIB in die EDTIB, gemäß Kapitel III***;

3. ein rechtlicher Rahmen für europäische Verteidigungsvorhaben von gemeinsamem Interesse gemäß Kapitel IV;

4. ein europäischer Mechanismus für militärische Verkäufe gemäß Kapitel V;

5. ein Rechtsrahmen für ***Strukturen*** für europäische Rüstungsprogramme (Structures for European Armament Programmes, im Folgenden – ***„SEAPs“***) gemäß Kapitel VI;

6. ein Rechtsrahmen ***zur Vorsorge für und Bewältigung der Auswirkungen von Versorgungskrisen auf den Binnenmarkt,*** gemäß Kapitel VII, ***zur Sicherstellung:***

   a) der Versorgungssicherheit bei krisenrelevanten Gütern und

   b) des reibungslosen Funktionierens des Binnenmarkts für Verteidigungsgüter, unter anderem durch Verhinderung des Entstehens von Hindernissen dafür.

(3) Diese Verordnung berührt nicht die alleinige Verantwortung jedes Mitgliedstaats für den Schutz seiner nationalen Sicherheit gemäß Artikel 4 Absatz 2 des Vertrags über die Europäische Union (EUV) und das Recht jedes Mitgliedstaats gemäß Artikel 346 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV), seine wesentlichen Sicherheitsinteressen zu wahren.

Artikel 2

Begriffsbestimmungen

Für die Zwecke dieser Verordnung bezeichnet der Ausdruck

1. „Abnahmegarantie“ einen öffentlichen Auftrag an einen oder mehrere ***Wirtschaftsteilnehmer***, der die rasche Entwicklung ***oder*** Herstellung eines Produkts unterstützen soll und bei dem die Vorfinanzierung eines Teils der den betreffenden ***Wirtschaftsteilnehmern*** entstehenden Vorlaufkosten Voraussetzung für das Recht ist, eine bestimmte Anzahl der Produkte in einem bestimmten Zeitrahmen und zu einem bestimmten Preis ***zu erwerben;*** eine Abnahmegarantie ist zwar für die teilnehmenden öffentlichen Auftraggeber und den Auftragnehmer rechtsverbindlich, zu ihrer weiteren Umsetzung müssen aber Verträge mit den betreffenden Auftragnehmern geschlossen werden;

2. „Rechtsträger eines anderen Drittlands“ einen Rechtsträger, der in einem anderen nicht assoziierten Drittland als der Ukraine niedergelassen ist, oder einen zwar in der Union, in der Ukraine oder in einem assoziierten Land niedergelassenen Rechtsträger, dessen Leitungs- und Verwaltungsstrukturen sich aber in einem anderen nicht assoziierten Drittland als der Ukraine befinden;

3. „assoziierte Länder“ die Mitglieder der Europäischen Freihandelsassoziation, die Mitglieder des Europäischen Wirtschaftsraums sind, die diese Verordnung im Einklang mit dem Abkommen über den Europäischen Wirtschaftsraum anwenden;

4. „Engpass“ eine Stelle in einem Produktionssystem, an der eine Überlastung auftritt, die zum Stillstand oder einer schwerwiegenden Verzögerung der Produktion führt;

5. „Mischfinanzierungsmaßnahme“ eine aus dem Unionshaushalt unterstützte Maßnahme, auch im Rahmen einer Mischfinanzierungsfazilität oder -plattform im Sinne des Artikels 2 Nummer 6 der ***Haushaltsordnung***, die nicht rückzahlbare Formen der Unterstützung ***oder*** Finanzierungsinstrumente aus dem Unionshaushalt mit rückzahlbaren Formen der Unterstützung von Entwicklungsfinanzierungs- oder anderen öffentlichen Finanzierungsinstitutionen oder von kommerziellen Finanzinstituten und Investoren kombiniert;

6. „Verschlusssachen“ Informationen oder Materialien gleich welcher Form, deren unbefugte Weitergabe den Interessen der Union oder eines oder mehrerer ▌Mitgliedstaaten in unterschiedlichem Maße schaden könnte und die eine EU-Einstufungskennzeichnung oder eine entsprechende Einstufungskennzeichnung gemäß dem Übereinkommen zwischen den im Rat vereinigten Mitgliedstaaten der Europäischen Union über den Schutz von Verschlusssachen, die im Interesse der Europäischen Union ausgetauscht werden[32], aufweisen;

▌

7. „öffentlicher Auftraggeber“ einen öffentlichen Auftraggeber im Sinne des Artikels 2 Absatz 1 Nummer 1 der Richtlinie 2014/24/EU des Europäischen Parlaments und des Rates[33] und des Artikels 3 Nummer 1 der Richtlinie 2014/25/EU des Europäischen Parlaments und des Rates[34];

8. „Kontrolle“ die Fähigkeit, unmittelbar oder mittelbar durch einen oder mehrere zwischengeschaltete Rechtsträger ▌bestimmenden Einfluss auf einen Rechtsträger auszuüben;

---

32 ***ABl. C 202 vom 8.7.2011, S. 13.***

33 ***Richtlinie 2014/24/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Februar 2014 über die öffentliche Auftragsvergabe und zur Aufhebung der Richtlinie 2004/18/EG (ABl. L 94 vom 28.3.2014, S. 65, ELI: http://data.europa.eu/eli/dir/2014/24/oj).***

34 ***Richtlinie 2014/25/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Februar 2014 über die Vergabe von Aufträgen durch Auftraggeber im Bereich der Wasser-, Energie- und Verkehrsversorgung sowie der Postdienste und zur Aufhebung der Richtlinie 2004/17/EG, (ABl. L 94 vom 28.3.2014, S. 243, ELI: http://data.europa.eu/eli/dir/2014/25/oj).***

9. „krisenrelevante Güter“ Verteidigungsgüter oder ▌Bestandteile davon oder dafür notwendige Rohstoffe, oder für ihre Produktion entscheidende Güter oder Dienstleistungen, ***deren Verfügbarkeit für das ordnungsgemäße*** Funktionieren des Binnenmarkts und seiner Lieferketten ***unverzichtbar ist und für die Reaktion auf eine Versorgungskrise gewährleistet werden muss;***

10. „Innovationsmaßnahme im Verteidigungsbereich“ eine Maßnahme, die hauptsächlich Tätigkeiten umfasst, deren unmittelbares Ziel die Erarbeitung von Plänen und Vorkehrungen oder Konzepten für neue, veränderte oder verbesserte Güter, Verfahren oder Dienstleistungen im Verteidigungsbereich ist, wozu die Erstellung von Prototypen, Tests, Demonstrationen, Pilotprojekte, Produktvalidierung im großen Maßstab und Entwicklung der Marktfähigkeit zählen können;

11. „Verteidigungsgüter“ Verteidigungsgüter gemäß dem Anhang der Richtlinie 2009/43/EG ***sowie Bauleistungen, Lieferungen und Dienstleistungen in unmittelbarem Zusammenhang mit diesen Gütern in allen Phasen ihres Lebenszyklus im Sinne des Artikels 2 Buchstabe c der Richtlinie 2009/81/EG***;

▌

12. ***„dynamisches Verfügbarkeitsmanagement“ die rechtzeitige Bereitstellung von Verteidigungsgütern am vereinbarten Ort und auf dem vereinbarten Verfügbarkeitsniveau sowie das Management von Verfügbarkeitsrisiken, die in Form von Engpässen des betreffenden Verteidigungsguts auftreten könnten; in diesem Zusammenhang bezeichnet „Verfügbarkeit“ die Eigenschaft, dass das Verteidigungsgut unter festgelegten Bedingungen fehlerfrei funktioniert und bei Bedarf gebrauchsfertig ist;***

13. „Leitungs- und Verwaltungsstruktur“ ein Gremium eines Rechtsträgers, das nach nationalem Recht bestellt wurde und gegebenenfalls dem Vorstandsvorsitzenden (bzw. Generaldirektor oder Geschäftsführer) Bericht erstattet, das befugt ist, die Strategie, die Ziele und die generelle Ausrichtung des Rechtsträgers festzulegen, und das die Entscheidungsfindung der Geschäftsleitung ***des Rechtsträgers*** kontrolliert und überwacht;

14. ***„neue Kenntnisse“ Daten, Fachkenntnisse oder Informationen jeder Art und in jeder Form, die im Rahmen einer bestimmten Maßnahme nach dieser Verordnung erlangt werden;***

15. „Vorlaufzeit“ den Zeitraum zwischen der Erteilung eines Kaufauftrags und der Erfüllung des Auftrags durch den Hersteller;

16. „Rechtsträger“ eine nach Unionsrecht, nationalem Recht oder Völkerrecht gegründete und anerkannte juristische Person, die Rechtspersönlichkeit besitzt und in eigenem Namen handeln, Rechte ausüben und Pflichten unterliegen kann, oder eine Stelle ohne eigene Rechtspersönlichkeit im Sinne des Artikels ***200*** Absatz 2 Buchstabe c der ***Haushaltsordnung***;

17. ***„Lebenszyklus“ alle aufeinander folgenden Phasen, die ein Gut durchläuft, von Forschung und Entwicklung bis zu Unbrauchbarmachung und Beseitigung;***

18. ***„Wartung“ alle Maßnahmen, die ergriffen werden, um die Einsatzbereitschaft und Einsatzfähigkeit eines Verteidigungsguts zu gewährleisten, insbesondere um Ausrüstung bis zum Ende ihrer Nutzung zu erhalten oder in einen festgelegten Zustand zurückzuversetzen, einschließlich Einsatzbereitschaft, Langlebigkeit und Verbesserungen, Anpassung und Spezialisierung, Inspektion, Überholung, Erprobung, Instandhaltung, Modifikationen, Klassifizierung in Bezug auf die Gebrauchstauglichkeit, Reparatur, Wiederherstellung, Erneuerung, Aufarbeitung, Verwertung und Ausschlachtung;***

19. „Unternehmen mit mittlerer Kapitalisierung“ oder „Midcap-Unternehmen“ ein Unternehmen, bei dem es sich nicht um ein KMU handelt, mit bis zu 3000 Beschäftigten, wobei die Mitarbeiterzahl nach den Artikeln 3 bis 6 des Anhangs der Empfehlung 2003/361/EG ***der Kommission***[35] berechnet wird;

20. „Rechtsträger eines nicht assoziierten Drittlands“ einen Rechtsträger, der in einem nicht assoziierten Drittland niedergelassen ist, oder einen zwar in der Union oder in einem assoziierten Land niedergelassenen Rechtsträger, dessen Leitungs- und Verwaltungsstrukturen sich jedoch in einem nicht assoziierten Drittland befinden;

---

35 ***Empfehlung der Kommission vom 6. Mai 2003 betreffend die Definition der Kleinstunternehmen sowie der kleinen und mittleren Unternehmen (ABl. L 124 vom 20.5.2003, S. 36, ELI: http://data.europa.eu/eli/reco/2003/361/oj).***

21. ***„einmalige Kosten“ Kosten, die einmalig oder in unregelmäßigen Abständen anfallen, insbesondere Planungs-, Entwicklungs- und Investitionskosten, die für die Herstellung oder Wartung von Verteidigungsgütern oder die Reservierung von Herstellungskapazitäten erforderlich sind;***

22. „Abnahmevertrag“ eine vertragliche Vereinbarung zwischen einerseits mindestens drei Mitgliedstaaten ***und – sofern anwendbar – assoziierten Ländern oder der Ukraine*** und andererseits mindestens einem Hersteller von Verteidigungsgütern , die entweder eine ***Zusage durch die*** Mitgliedstaaten ***und – sofern anwendbar – die assoziierten Länder oder die Ukraine*** enthält, eine bestimmte Menge von Verteidigungsgütern über einen bestimmten Zeitraum zu beschaffen, oder eine ***Zusage durch den*** Hersteller von Verteidigungsgütern, den Mitgliedstaaten ***und – sofern anwendbar – den assoziierten Ländern oder der Ukraine*** die Option ***einer solchen Beschaffung*** einzuräumen;

23. ***„Urheber“ das Organ, die sonstige Stelle oder die Einrichtung der Union, den Mitgliedstaat oder eine nach dieser Verordnung geschaffene Einrichtung, unter deren/dessen Aufsicht Verschlusssachen erstellt wurden;***

24. „Beschaffungsbeauftragter“ einen in einem Mitgliedstaat oder einem assoziierten Land niedergelassenen öffentlichen Auftraggeber , eine Struktur für ein europäisches Rüstungsprogramm (Structure for European Armament Programme – SEAP), die Europäische Verteidigungsagentur (EDA) oder eine internationale Organisation, die von Mitgliedstaaten, assoziierten Ländern, der Ukraine oder einer SEAP dazu bestimmt wird, für ihre Rechnung eine gemeinsame Beschaffung durchzuführen;

25. ***„Rohstoffe“ Rohstoffe im Sinne des Artikels 2 Nummer 1 der Verordnung (EU) 2024/1252 des Europäischen Parlaments und des Rates[36];***

26. „Ergebnisse“ eine materielle oder immaterielle Wirkung einer bestimmten Maßnahme – wie Daten, Fachkenntnisse oder Informationen – jeder Art und in jeder Form und unabhängig davon, ob sie schutzfähig ist, sowie alle damit verbundenen Rechte, einschließlich der Rechte geistigen Eigentums;

27. „Exzellenzsiegel“ ein Gütesiegel zur Kennzeichnung eines auf eine Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen im Rahmen des ***Programms oder des Unterstützungsinstruments für die Ukraine*** hin eingereichten Vorschlags, der alle im Arbeitsprogramm festgelegten Evaluierungsschwellenwerte erreicht hat, jedoch nicht gefördert werden konnte, weil die im Arbeitsprogramm für die betreffende Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen vorgesehenen Haushaltsmittel nicht ausreichten, und der über andere auf Unionsebene oder nationaler Ebene verfügbare Finanzierungsquellen gefördert werden könnte;

▌

28. „vertrauliche Informationen“ ***nicht als Verschlusssache eingestufte*** Informationen und Daten ▌, die aufgrund von Verpflichtungen gemäß dem Unionsrecht oder ***gegebenenfalls*** dem nationalen Recht zum Schutz der Privatsphäre oder der Sicherheit einer natürlichen oder juristischen Person vor unbefugtem Zugriff oder unbefugter Weitergabe zu schützen sind;

---

36 ***Verordnung (EU) 2024/1252 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. April 2024 zur Schaffung eines Rahmens zur Gewährleistung einer sicheren und nachhaltigen Versorgung mit kritischen Rohstoffen und zur Änderung der Verordnungen (EU) Nr. 168/2013, (EU) 2018/858, (EU) 2018/1724 und (EU) 2019/1020 (ABl. L, 2024/1252, 3.5.2024, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2024/1252/oj).***

29. „kleine und mittlere Unternehmen“ ▌ ***(***KMU***)*** kleine und mittlere Unternehmen im Sinne des Artikels 2 des Anhangs der Empfehlung 2003/361/EG der Kommission;

30. „kleines Unternehmen mit mittlerer Kapitalisierung“ oder „kleines Midcap-Unternehmen“ hat die diesem Begriff im Anhang der Empfehlung ***(EU) 2025/1099*** der Kommission[37] zugewiesene Bedeutung;

31. ***„Unterauftragnehmer“ einen Wirtschaftsteilnehmer, der von einem Bewerber, Bieter oder Auftragnehmer vorgeschlagen wird, um unter der Aufsicht des Hauptauftragnehmers bestimmte Aufgaben auszuführen oder Dienstleistungen zu erbringen, die zur Planung oder Herstellung eines Verteidigungsguts beitragen und bei denen es sich nicht um von Lieferanten zur Ausführung des Auftrags bereitgestellte Aufgaben oder Dienstleistungen handelt, für die dem Wirtschaftsteilnehmer mindestens 15 % des Auftragswerts zugewiesen werden, und der für die Ausführung dieses Auftrags Zugang zu Verschlusssachen benötigt; für die Zwecke dieser Begriffsbestimmung bezeichnet „Lieferant“ einen Wirtschaftsteilnehmer, der Bestandteile aus eigener Planung oder Herstellung an den Auftragnehmer liefert.***

[37] Empfehlung (EU) 2025/1099 der Kommission vom 21. Mai 2025 zur Definition kleiner Midcap-Unternehmen (ABl. L, 2025/1099, 28.5.2025, ELI: http://data.europa.eu/eli/reco/2025/1099/oj).

Artikel 3

Mittelausstattung

(1) Die Finanzausstattung für die Durchführung des Programms für den Zeitraum vom … [Tag des Inkrafttretens dieser Verordnung] zum 31. Dezember 2027 setzt sich wie folgt zusammen:

a) 1 200 000 000 EUR zu jeweiligen Preisen und

b) zusätzliche Beiträge gemäß Artikel 5.

(2) Die Finanzausstattung für die Durchführung des Unterstützungsinstruments für die Ukraine für den Zeitraum vom … [Tag des Inkrafttretens dieser Verordnung] bis zum 31. Dezember 2027 setzt sich wie folgt zusammen:

a) 300 000 000 EUR zu jeweiligen Preisen und

b) zusätzliche Beiträge gemäß Artikel 23, soweit dafür vorgesehen.

(3) Die Unionsmittel im Rahmen dieser Verordnung decken lediglich die Kosten, die erforderlich sind, um die Ziele des Programms und des Unterstützungsinstruments für die Ukraine zu verfolgen. Die Unionsmittel im Rahmen des Programms und des Unterstützungsinstruments für die Ukraine decken daher nicht die Kosten für den Erwerb und die Wartung von Verteidigungsgütern für militärische oder Verteidigungszwecke, auch im Zusammenhang mit der Einrichtung, Verwaltung und Aufrechterhaltung von Pools für die industrielle Bereitschaft im Verteidigungsbereich gemäß Artikel 38 (im Folgenden „Pools für die industrielle Bereitschaft im Verteidigungsbereich"). Die Unionsmittel im Rahmen dieser Verordnung können – insbesondere einmalige – Kosten decken, die im Zusammenhang mit dem Erwerb oder der Wartung solcher Güter entstehen, sofern diese Kosten für die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der EDTIB oder für die Erholung, den Wiederaufbau und die Modernisierung der ukrainischen DTIB erforderlich sind.

(4) Mindestens 15 % der in Absatz 1 Buchstabe a des vorliegenden Artikels genannten Finanzausstattung werden den in Artikel 11 genannten Maßnahmen zugewiesen und mindestens 30 % dieser Finanzausstattung werden den in Artikel 12 genannten Maßnahmen zugewiesen. Bis zu 25 % dieser Finanzausstattung können den in Artikel 35 genannten Maßnahmen zugewiesen werden.

(5) Um auf unvorhergesehene Situationen oder neue Entwicklungen und Erfordernisse reagieren zu können, kann die Kommission die in den Absätzen 1 und 2 dieses Artikels genannten Beträge zwischen dem Programm und dem Unterstützungsinstrument für die Ukraine nach Maßgabe der Haushaltsordnung übertragen.

(6) ***Bis zu 3,5 % der in den Absätzen 1 und 2 dieses Artikels genannten Beträge können für technische und administrative Hilfe bei der Durchführung des Programms und des Unterstützungsinstruments für die Ukraine verwendet werden, zum Beispiel für Vorbereitungs-, Überwachungs-, Kontroll-, Prüfungs- und Evaluierungstätigkeiten einschließlich Preisermittlungen und betrieblicher IT-Systeme und -Plattformen sowie für jegliche sonstige technische und administrative Hilfe oder Personalausgaben, die der Kommission bei der Verwaltung des Programms und des Unterstützungsinstruments für die Ukraine entstehen.***

(7) ***Mittelbindungen für Tätigkeiten, deren Durchführung sich über mehr als ein Haushaltsjahr erstreckt, können über mehrere Jahre in jährlichen Tranchen erfolgen.***

(8) ***Wenn dies erforderlich ist, um die Verwaltung von Maßnahmen, die bis zum 31. Dezember 2027 noch nicht abgeschlossen sind, zu ermöglichen, können bis 2033 Mittel zur Deckung von Ausgaben, die zur Erfüllung der in Artikel 4 für das Programm vorgesehenen Ziele bzw., sofern anwendbar, der in Artikel 22 für das Unterstützungsinstrument für die Ukraine vorgesehenen Ziele erforderlich sind, in den Unionshaushalt eingesetzt werden, um die Verwaltung von Maßnahmen zu ermöglichen, die bis zum Ende des Programms oder des Unterstützungsinstruments für die Ukraine noch nicht abgeschlossen sind, und um die Ausgaben im Zusammenhang mit kritischen operativen Tätigkeiten und der Bereitstellung von Diensten zu decken.***

Kapitel II

Das Programm

ABSCHNITT 1

ALLGEMEINE BESTIMMUNGEN FÜR DAS PROGRAMM ▌

▌

Artikel 4

Ziele

(1) ***Mit dem Programm sollen die Wettbewerbsfähigkeit, die Resilienz und*** die Bereitschaft ▌der EDTIB ***durch die Einleitung und Beschleunigung der Anpassung der Industrie an die aufgrund des sich wandelnden Sicherheitsumfelds erforderlichen Strukturveränderungen erhöht werden. Mit dem Programm sollen insbesondere***

a) ***die Zusammenarbeit bei Beschaffungen im Verteidigungsbereich verbessert werden, indem den Mitgliedstaaten Anreize für die Bündelung der Nachfrage nach Verteidigungsgütern, die Harmonisierung der Anforderungen an die Verteidigungsfähigkeiten und die Stärkung der Solidarität untereinander gegeben werden, was letztlich zu mehr Interoperabilität und Austauschbarkeit führt, und indem die Vorhersehbarkeit der Nachfrage für die EDTIB entsprechend dem Bedarf der Mitgliedstaaten an Verteidigungsgütern verbessert wird;***

b) im Hinblick auf die Sicherstellung der Verfügbarkeit von und der Versorgung mit Verteidigungsgütern in der gesamten Union die Anpassungsfähigkeit der industriellen Lieferketten im Verteidigungsbereich verbessert und beschleunigt, Lieferketten für grenzübergreifende Zusammenarbeit, insbesondere für KMU und Midcap-Unternehmen, geöffnet, Herstellungskapazitäten erhöht, die Produktionsvorlaufzeit für Verteidigungsgüter verkürzt und die Heranführung von Verteidigungsgütern, die durch von der Union finanzierte Maßnahmen oder durch andere Maßnahmen der Zusammenarbeit der Union, die mit der Unterstützung der Mitgliedstaaten durchgeführt werden, unterstützt werden, an die Industriereife und ihre Vermarktung unterstützt werden, und auch die besonderen Bedürfnisse der Mitgliedstaaten im Fall des Eintretens konventioneller militärischer Bedrohungen berücksichtigt werden;

c) die Versorgungssicherheit und Resilienz der EDTIB verbessert werden, indem Entwicklung und Präsenz der EDTIB in der gesamten Union unterstützt werden.

▌

(2) ***Das Programm wird unter Berücksichtigung der Ziele des Strategischen Kompasses für Sicherheit und Verteidigung durchgeführt und entspricht den von den Mitgliedstaaten im Rahmen der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP), insbesondere im Zusammenhang mit dem Fähigkeitenentwicklungsplan (Capability Development Plan, CDP), vereinbarten Prioritäten bei den Verteidigungsfähigkeiten und den im Rahmen der Koordinierten Jährlichen Überprüfung der Verteidigung (Coordinated Annual Review on Defence - CARD) bestimmten Kooperationsmöglichkeiten.***

(3) ***Das Programm steht im Einklang mit der Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten im Rahmen der Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit (SSZ), den Initiativen und Projekten der EDA sowie der zivilen und militärischen Unterstützung der Union für die Ukraine. Bei dem Programm werden die einschlägigen Tätigkeiten der Nordatlantikpakt-Organisation (NATO) und anderer Partner gebührend berücksichtigt, wenn diese Tätigkeiten den Sicherheits- und Verteidigungsinteressen der Union dienen.***

Artikel 5

Zusätzliche Finanzmittel

(1) Die Mitgliedstaaten sowie die Organe, Einrichtungen und sonstigen Stellen der Union, Drittländer, internationale Organisationen, internationale Finanzinstitutionen oder andere Dritte können im Einklang mit Artikel ***211*** Absatz 2 der ***Haushaltsordnung*** zusätzliche Finanzbeiträge zu dem Programm einschließlich des in Artikel 14 ***dieser Verordnung*** genannten Fonds zur Beschleunigung der Transformation der Lieferketten im Verteidigungsbereich (Fund Accelerating Defence Supply Chains Transformation, FAST) leisten. Solche Finanzbeiträge gelten als externe zweckgebundene Einnahmen im Sinne des Artikels 21 Absatz 2 Buchstabe a , Buchstabe d oder Buchstabe e oder des Artikels 21 Absatz 5 der ***Haushaltsordnung***.

(2) ***Sofern sie zur Verwirklichung eines oder mehrerer der in Artikel 4 der Verordnung (EU) 2021/241 genannten Ziele beitragen, werden die aus der Aufbau- und Resilienzfazilität unterstützten Beiträge der Mitgliedstaaten zugunsten des betreffenden Mitgliedstaats verwendet und können abweichend von Artikel 20 Absatz 6 der vorliegenden Verordnung und Artikel 193 Absatz 1 der Haushaltsordnung bis zu 100 % der förderfähigen Kosten als Beitrag zur Finanzierung förderfähiger Maßnahmen nach Artikel 12 der vorliegenden Verordnung verwendet werden.***

Abweichend von Artikel 5 Absatz 2, Artikel 18 Absatz 4 Buchstabe d und Artikel 19 Absatz 3 Buchstabe d sowie Anhang V Kriterium 2.4 der Verordnung (EU) 2021/241 gilt der Grundsatz der „Vermeidung erheblicher Beeinträchtigungen“ nicht für aus der Aufbau- und Resilienzfazilität unterstützte Beiträge der Mitgliedstaaten, sofern der betreffende Mitgliedstaat in der entsprechenden Beitragsvereinbarung mit der Kommission begründet, dass es nicht durchführbar oder angemessen ist, sicherzustellen, dass die Arten der Tätigkeiten, die im Rahmen der vorliegenden Verordnung unterstützt werden sollen, dem Grundsatz der „Vermeidung erheblicher Beeinträchtigungen“ entsprechen.

(3) ***Zusätzliche Beträge, die im Rahmen von gemäß Artikel 17 der Verordnung (EU) 2025/1106 des Rates[38] geschlossenen bilateralen oder multilateralen Übereinkünften eingehen, gelten als externe zweckgebundene Einnahmen im Sinne des Artikels 21 Absatz 5 der Haushaltsordnung und werden für das Programm gemäß der vorliegenden Verordnung verwendet.***

---

38 Verordnung (EU) 2025/1106 des Rates vom 27. Mai 2025 zur Festlegung des Instruments „Sicherheitsmaßnahmen für Europa (SAFE) durch die Stärkung der europäischen Verteidigungsindustrie“ (ABl. L, 2025/1106, 28.5.2025, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2025/1106/oj).

(4) Mittel, die den Mitgliedstaaten im Rahmen der geteilten Mittelverwaltung zugeteilt wurden, können – auf ▌Antrag ***des betreffenden Mitgliedstaats*** – unter den in der Verordnung (EU) 2021/1060 ▌festgelegten Voraussetzungen auf das Programm übertragen werden. Die Kommission ***führt*** diese Mittel direkt gemäß Artikel 62 Absatz 1 Unterabsatz 1 Buchstabe a der ***Haushaltsordnung*** bzw. indirekt gemäß Buchstabe c des genannten Unterabsatzes ***aus***. Diese Mittel werden zugunsten des betreffenden Mitgliedstaats verwendet.

(5) In Bezug auf die gemäß Absatz 1 des vorliegenden Artikels geleisteten Beiträge kann der betreffende Mitgliedstaat Beschlüsse über die Anteile dieser Beträge fassen, die allen im Rahmen dieser Verordnung förderfähigen Stellen zur Verfügung gestellt werden, die nur zugunsten des betreffenden Mitgliedstaats zur Verfügung gestellt werden oder die zum zusätzlichen Nutzen anderer Mitgliedstaaten zur Verfügung gestellt werden. Werden die Beträge zugunsten des betreffenden Mitgliedstaats oder zum zusätzlichen Nutzen anderer Mitgliedstaaten zur Verfügung gestellt, so können diese Beträge abweichend von Artikel 20 Absatz 6 der vorliegenden Verordnung und Artikel 193 Absatz 1 der Haushaltsordnung bis zu 100 % der förderfähigen Kosten als Beitrag zur Finanzierung förderfähiger Maßnahmen nach Artikel 12 der vorliegenden Verordnung verwendet werden.

(6) Ist die Kommission keine rechtlichen Verpflichtungen in direkter oder indirekter Mittelverwaltung für gemäß Absatz 4 dieses Artikels übertragene Mittel eingegangen, so können die entsprechenden nicht gebundenen Mittel ***bis*** spätestens ***31. Dezember*** 2028 auf Antrag des ***betreffenden*** Mitgliedstaats unter den in der Verordnung (EU) 2021/1060 ▌festgelegten Bedingungen wieder auf eines oder mehrere der jeweiligen ursprünglichen Programme rückübertragen werden.

▌

Artikel 6

Alternative, kombinierte und kumulative Finanzierung

(1) Das Programm wird in Synergie mit anderen Programmen der Union durchgeführt. Eine Maßnahme, die einen Beitrag aus einem anderen Programm der Union erhalten hat, kann auch einen Beitrag im Rahmen des Programms erhalten, sofern diese Beiträge nicht dieselben Kosten decken. Die Vorschriften des jeweiligen Unionsprogramms gelten für den entsprechenden Beitrag, oder ein einziges Regelwerk eines der beitragenden Unionsprogramme kann auf alle Beiträge angewandt werden, und es kann eine einzige rechtliche Verpflichtung eingegangen werden. Die kumulierte Unterstützung aus dem Unionshaushalt darf die förderfähigen Gesamtkosten der Maßnahme nicht übersteigen und kann anteilig im Einklang mit den Unterlagen, in denen die Bedingungen für die Unterstützung festgelegt sind, berechnet werden.

(2) Um mit dem Exzellenzsiegel des Programms ausgezeichnet zu werden, müssen Maßnahmen alle folgenden Bedingungen erfüllen:

a) sie wurden im Rahmen einer Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen nach dem Programm bewertet;

b) sie erfüllen die Mindestqualitätsanforderungen der genannten Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen;

c) sie werden aufgrund von Haushaltszwängen nicht im Rahmen der genannten Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen finanziert.

(3) Gemäß den einschlägigen Bestimmungen der Verordnung (EU) 2021/1060 können Vorschläge, die ***auf*** eine Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen ***im Rahmen des Programms*** hin vorgelegt und ▌mit einem Exzellenzsiegel ausgezeichnet wurden, aus dem ***Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (***EFRE***)*** oder dem ***Europäischen Sozialfonds Plus (***ESF+***)*** unterstützt werden.

Artikel 7

Durchführung und Formen der Unionsfinanzierung

(1) Das Programm wird in direkter Mittelverwaltung gemäß der ***Haushaltsordnung*** oder in indirekter Mittelverwaltung mit Stellen nach Artikel 62 Absatz 1 Buchstabe c der ***Haushaltsordnung*** durchgeführt.

(2) ***Unbeschadet des Artikels 20 Absatz 3 der vorliegenden Verordnung können*** Unionsmittel in jeder der in der ***Haushaltsordnung*** festgelegten Formen bereitgestellt werden, insbesondere in Form von Finanzhilfen, Preisgeldern, Auftragsvergaben und Finanzierungsinstrumenten als Teil von Mischfinanzierungsmaßnahmen im Rahmen des Programms „InvestEU“ im Einklang mit Titel X der ***Haushaltsordnung***.

(3) ***Im Hinblick auf*** Maßnahmen nach ***Artikel 12 Absatz 1 der vorliegenden Verordnung***, für die eine Unionsfinanzierung in Form einer Finanzhilfe bereitgestellt wird und mit denen Gewinn erzielt wird, ***ist die Kommission befugt,*** den Prozentsatz des Gewinns, der dem Beitrag der Union zu den förderfähigen Kosten entspricht, die dem die Tätigkeit ausführenden Begünstigten tatsächlich entstanden sind, bis zur Höhe des endgültigen Unionsbeitrags ***einzuziehen***. ***Abweichend von Artikel 195 Absatz 2 der Haushaltsordnung wird*** der Gewinn als Überschuss an Einnahmen gegenüber den förderfähigen Kosten der Maßnahme berechnet, wobei sich die Einnahmen auf die Unionsfinanzierung, die Finanzierung durch die Mitgliedstaaten einschließlich Auftragsvergabe, andere während der Maßnahme erzielte Einnahmen und jegliche Einnahmen infolge der Maßnahme beschränken. In den Arbeitsprogrammen gemäß Artikel 21 können weitere Einzelheiten festgelegt werden.

(4) Abweichend von Artikel ***196 Absatz 2 der Haushaltsordnung*** können Finanzbeiträge, soweit sie für die Durchführung einer Maßnahme relevant und notwendig sind, für Maßnahmen geleistet werden und Kosten decken, die vor dem Datum der Vorlage des entsprechenden Vorschlags begonnen haben bzw. entstanden sind, sofern diese Maßnahmen nicht vor dem 5. März 2024 begonnen haben und nicht vor der Unterzeichnung der Finanzhilfevereinbarung abgeschlossen wurden.

Artikel 8

Mit dem Programm assoziierte Drittländer

Assoziierte Länder können sich nach Maßgabe des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum am Programm beteiligen.

Artikel 9

Förderfähige Rechtsträger

(1) Nur Rechtsträger, die in der Union oder in einem assoziierten Land niedergelassen sind und ihre Leitungs- und Verwaltungsstrukturen in der Union oder einem assoziierten Land haben, kommen als Empfänger einer Finanzierung durch die Union im Rahmen dieser Verordnung in Betracht.

(2) Die Förderkriterien aus den Absätzen 3 bis 9 ***dieses Artikels*** gelten zusätzlich zu den im Einklang mit der ***Haushaltsordnung*** aufgeführten Kriterien.

(3) Die ▌Infrastruktur, Einrichtungen, Mittel und Ressourcen der ***an einer Maßnahme beteiligten*** Empfänger ***von Unionsmitteln***, die für die Zwecke ***der*** Maßnahme genutzt werden, müssen sich ***für die gesamte Dauer der Maßnahme*** im Hoheitsgebiet eines Mitgliedstaats oder eines assoziierten Landes befinden.

(4) ***Wenn an einer Maßnahme beteiligte Empfänger von Unionsmitteln in der Union oder einem assoziierten Land keine unverzüglich verfügbaren Alternativen oder keine einschlägige Infrastruktur, Einrichtungen, Mittel und Ressourcen haben, können sie abweichend von Absatz 3 des vorliegenden Artikels ihre Infrastruktur, Einrichtungen, Mittel oder Ressourcen, die sich außerhalb des Hoheitsgebiets der Mitgliedstaaten oder der assoziierten Länder befinden oder dort gehalten werden, nutzen, sofern diese Nutzung den Sicherheits- und Verteidigungsinteressen der Union und ihrer Mitgliedstaaten, wozu auch die Achtung des Grundsatzes der gutnachbarlichen Beziehungen gehört, nicht zuwiderläuft und den in Artikel 4 festgelegten Zielen entspricht. Die mit Tätigkeiten unter Nutzung dieser Infrastruktur, Einrichtungen, Mittel oder Ressourcen einhergehenden Kosten sind im Rahmen des Programms nicht förderfähig.***

(5) ***Empfänger von Unionsmitteln im Rahmen des Programms*** dürfen ▌nicht der Kontrolle durch ein nicht assoziiertes Drittland oder einen Rechtsträger eines nicht assoziierten Drittlands unterliegen.

(6) Abweichend von Absatz 5 des vorliegenden Artikels kommt ein in der Union oder in einem assoziierten Land niedergelassener Rechtsträger, der von einem nicht assoziierten Drittland oder von einem Rechtsträger eines nicht assoziierten Drittlands kontrolliert wird, als Empfänger ***von Unionsmitteln*** in Betracht, ▌wenn der Kommission Garantien gegeben werden, die von ***einem*** Mitgliedstaat oder ***einem*** assoziierten Land, in dem er niedergelassen ist, ***gemäß dessen nationalen Verfahren*** genehmigt wurden***, wie angemessene Maßnahmen gemäß einer Überprüfung im Sinne des Artikels 2 Nummer 3 der Verordnung (EU) 2019/452 des Europäischen Parlaments und des Rates***[39].

---

[39] ***Verordnung (EU) 2019/452 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. März 2019 zur Schaffung eines Rahmens für die Überprüfung ausländischer Direktinvestitionen in der Union (ABl. L 79I vom 21.3.2019, S. 1, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2019/452/oj).***

Die ***im ersten Unterabsatz des vorliegenden Absatzes genannten*** Garantien enthalten die Zusicherung, dass die Beteiligung eines ***in jenem Unterabsatz genannten*** Rechtsträgers an einer Maßnahme nicht den Sicherheits- und Verteidigungsinteressen der Union und ihrer Mitgliedstaaten, wie sie im Rahmen der GASP gemäß Titel V ***EUV*** festgelegt sind, ***wozu auch die Achtung des Grundsatzes der gutnachbarlichen Beziehungen gehört,*** oder den in Artikel 4 ***der vorliegenden Verordnung*** festgelegten Zielen zuwiderläuft. Aus ***diesen*** Garantien geht insbesondere hervor, dass für die Zwecke einer Maßnahme Vorkehrungen getroffen wurden, die sicherstellen, dass

a) die Kontrolle über den Rechtsträger nicht auf eine Weise ausgeübt wird, die dessen Fähigkeit, die Maßnahme durchzuführen und Ergebnisse vorzuweisen, einschränken oder begrenzen würde, die Einschränkungen hinsichtlich seiner für die Zwecke der Maßnahme notwendigen Infrastruktur, Einrichtungen, Mittel, Ressourcen, seines geistigen Eigentums oder seines Fachwissens auferlegen würde oder die die Fähigkeiten und Standards, die für die Durchführung der Maßnahme erforderlich sind, aushöhlen würde;

b) der Zugang eines nicht assoziierten Drittlands oder eines Rechtsträgers eines nicht assoziierten Drittlands zu ***Verschlusssachen oder*** vertraulichen Informationen im Zusammenhang mit der Maßnahme verhindert wird und dass Angestellte oder andere an der Maßnahme beteiligte Personen gegebenenfalls eine von einem Mitgliedstaat oder einem assoziierten Land ausgestellte Sicherheitsermächtigung ***gemäß den nationalen Rechts- und Verwaltungsvorschriften*** vorweisen können;

c) Rechte an geistigem Eigentum, die sich aus den in Artikel 12 Absatz 1 Buchstabe d genannten Maßnahmen ergeben, weder Einschränkungen durch ein nicht assoziiertes Drittland oder einen Rechtsträger eines nicht assoziierten Drittlands unterliegen noch ohne Genehmigung des Mitgliedstaats oder des assoziierten Landes, in dem der Rechtsträger niedergelassen ist, an Rechtsträger, die außerhalb des Hoheitsgebiets der Mitgliedstaaten oder der assoziierten Länder niedergelassen sind, übertragen werden. Eine solche Genehmigung darf nicht den in Artikel 4 festgelegten Zielen entgegenstehen.

Wenn der Mitgliedstaat oder das assoziierte Land, in dem der Rechtsträger niedergelassen ist, es für angebracht hält, können weitere Garantien gegeben werden.

Die Kommission teilt dem in Artikel *77* genannten Ausschuss mit, welche Rechtsträger gemäß diesem Absatz ***als Empfänger von Unionsmitteln*** in Betracht kommen.

(7) Zur Sicherstellung eines unionsweit harmonisierten Ansatzes können die in Absatz 6 des vorliegenden Artikels genannten Garantien mittels einer von der Kommission mit Unterstützung des in Artikel 77 genannten Ausschusses erstellten standardisierten Vorlage gegeben werden.

(8) Bei der Durchführung einer förderfähigen Maßnahme können die Empfänger zudem mit Rechtsträgern zusammenarbeiten, die außerhalb des Hoheitsgebiets der Mitgliedstaaten oder assoziierter Länder niedergelassen sind oder unter der Kontrolle eines nicht assoziierten Drittlands oder eines Rechtsträgers eines nicht assoziierten Drittlands stehen, wozu auch die Nutzung der Mittel, Infrastruktur, Einrichtungen und Ressourcen solcher Rechtsträger gehört, sofern diese Nutzung den Sicherheits- und Verteidigungsinteressen der Union ***und*** ihrer Mitgliedstaaten***, wozu auch die Achtung des Grundsatzes der gutnachbarlichen Beziehungen gehört, oder den in Artikel 4 enthaltenen Zielen*** nicht zuwiderläuft.

Ein nicht assoziiertes Drittland oder ein Rechtsträger eines nicht assoziierten Drittlands darf ohne Genehmigung keinen Zugang zu Verschlusssachen haben, die mit der Durchführung der Maßnahme in Zusammenhang stehen, und etwaige negative Auswirkungen auf die Sicherheit der Versorgung mit Eingangsmaterialien, die für die Maßnahme wesentlich sind, sind zu vermeiden.

Kosten***, die mit der Zusammenarbeit mit Rechtsträgern, die außerhalb des Hoheitsgebiets der Mitgliedstaaten oder assoziierter Länder niedergelassen sind oder unter der Kontrolle eines nicht assoziierten Drittlands oder eines Rechtsträgers eines nicht assoziierten Drittlands stehen, einhergehen,*** sind im Rahmen des Programms nicht förderfähig.

(9) Die Absätze ***5*** und ***6*** gelten nicht für:

a) öffentliche Auftraggeber von Mitgliedstaaten und assoziierten Ländern,

b) internationale Organisationen,

c) ***SEAPs***,

d) die ***EDA***.

ABSCHNITT 2

FÖRDERFÄHIGE MAßNAHMEN

Artikel 10

Förderfähige Maßnahmen

(1) ▌Maßnahmen***, die für eine Finanzierung im Rahmen des Programms in Betracht kommen, dienen der*** Umsetzung der in Artikel 4 genannten Ziele ***und können eine der folgenden Formen oder eine Kombination dieser Formen annehmen***:

a) gemeinsame Beschaffungsmaßnahmen gemäß Artikel 11, einschließlich zum Zwecke der Einrichtung, Verwaltung oder Aufrechterhaltung von Pools für die industrielle Bereitschaft im Verteidigungsbereich;

b) Maßnahmen zur Stärkung der Industrie gemäß Artikel 12;

c) Unterstützungsmaßnahmen gemäß Artikel 13;

d) Durchführung von EDPCIs gemäß Artikel 35.

▌

(2) Folgende Maßnahmen kommen für eine Finanzierung im Rahmen des Programms nicht in infrage:

a) Maßnahmen im Zusammenhang mit ***Verteidigungsgütern***, die nach geltendem Völkerrecht verboten sind;

b) Maßnahmen im Zusammenhang mit letalen autonomen ***Systemen, die außerhalb einer von Menschen verantworteten Befehls- und Kontrollkette eingesetzt werden oder die nicht unter Einhaltung der Normen des humanitären Völkerrechts verwendet werden können***;

c) Maßnahmen im Zusammenhang mit Streumunition;

▌

d) Maßnahmen oder Teilmaßnahmen, die bereits vollständig aus anderen öffentlichen oder privaten Quellen finanziert werden.

(3) Bei gemäß den Artikeln 11, 13 und 35 durchgeführten Beschaffungen, die mit Unionsmitteln unterstützt werden, dürfen die Kosten für Bestandteile mit Ursprung außerhalb der Union und assoziierter Länder nicht höher als 35 % der geschätzten Kosten der Bestandteile des Endprodukts sein. Es dürfen keine Bestandteile aus Drittländern bezogen werden, die gegen die Sicherheits- und Verteidigungsinteressen der Union und ihrer Mitgliedstaaten verstoßen.

(4) Bei gemäß Artikel 12 durchgeführten Maßnahmen und gemäß Artikel 35 durchgeführten Tätigkeiten, bei denen es sich nicht um Beschaffungstätigkeiten handelt, dürfen die Kosten von Bestandteilen mit Ursprung außerhalb der Union und assoziierter Länder nicht höher als 35 % der geschätzten Kosten der Bestandteile des Guts sein, dessen Produktionskapazitätserhöhung aus Unionsmitteln gefördert wird. Es dürfen keine Bestandteile des Guts, dessen Produktionskapazitätserhöhung aus Unionsmitteln gefördert wird, aus Drittländern bezogen werden, die gegen die Sicherheits- und Verteidigungsinteressen der Union und ihrer Mitgliedstaaten verstoßen.

(5) Empfänger von Unionsmitteln oder, sofern relevant, Auftragnehmer müssen die Möglichkeit haben, ohne Beschränkungen, die von nicht assoziierten Drittländern oder Rechtsträgern von nicht assoziierten Drittländern auferlegt werden, über die Festlegung, Anpassung und Entwicklung der Gestaltung der betreffenden Verteidigungsgüter zu entscheiden, wozu auch die rechtliche Befugnis gehört, Bestandteile, die von nicht assoziierten Drittländern oder Rechtsträgern von nicht assoziierten Drittländern auferlegten Beschränkungen unterliegen, zu ersetzen oder zu entfernen.

(6) ***Unbeschadet des Artikels 5 der Richtlinie 2009/43/EG können die Mitgliedstaaten Allgemeingenehmigungen für die Verbringung in andere Mitgliedstaaten von Gütern, die mit durch das Programm unterstützten Maßnahmen verbunden sind, veröffentlichen.***

Artikel 11

Gemeinsame Beschaffungsmaßnahmen

(1) ***Gemeinsame Beschaffungsmaßnahmen umfassen Tätigkeiten im Zusammenhang mit der Zusammenarbeit von Rechtsträgern bei der Beschaffung von Verteidigungsgütern zu jedem Zeitpunkt des Lebenszyklus dieser Verteidigungsgüter, einschließlich zum Zweck der Einrichtung, der Verwaltung und der Aufrechterhaltung eines Pools für die industrielle Bereitschaft im Verteidigungsbereich.***

(2) Nur folgende Rechtsträger ***kommen für gemeinsame Beschaffungsmaßnahmen in Betracht***:

a) öffentliche Auftraggeber von Mitgliedstaaten und assoziierten Ländern;

b) internationale Organisationen,

c) ***SEAPs***,

d) die ***EDA***.

(3) Gemeinsame Beschaffungsmaßnahmen werden durchgeführt von:

a) einem Konsortium von Rechtsträgern gemäß Absatz 2, das mindestens drei Rechtsträger gemäß Absatz 2 Buchstabe a aus mindestens drei Mitgliedstaaten oder assoziierten Ländern umfasst, von denen mindestens zwei öffentliche Auftraggeber von zwei Mitgliedstaaten sind; oder

b) einer SEAP.

(4) Die Mitgliedstaaten und assoziierten Länder, die ▌eine gemeinsame Beschaffungsmaßnahme ***durchführen***, ernennen einvernehmlich einen ▌Beschaffungsbeauftragten, der für ihre Rechnung für die Zwecke dieser gemeinsamen Beschaffung tätig wird. Der Beschaffungsbeauftragte führt die Beschaffungsverfahren durch und schließt die sich daraus ergebenden Verträge mit den Auftragnehmern für Rechnung der teilnehmenden Länder. Der Beschaffungsbeauftragte kann als Begünstigter an der Maßnahme teilnehmen und als Koordinator des Konsortiums ***von Rechtsträgern*** handeln***, wodurch*** er ▌Mittel aus dem Programm und Mittel der teilnehmenden Mitgliedstaaten und assoziierten Länder verwalten und kombinieren kann.

▌

(5) Die Beschaffungsverfahren nach Absatz 4 beruhen auf einer Vereinbarung, die von den teilnehmenden Mitgliedstaaten und assoziierten Ländern unter den Bedingungen des Arbeitsprogramms mit dem Beschaffungsbeauftragten zu unterzeichnen ist. In der Vereinbarung werden insbesondere die Einzelheiten der gemeinsamen Beschaffung und des Entscheidungsprozesses in Bezug auf die Wahl des Verfahrens, zur Bewertung der Angebote und zur Auftragsvergabe festgelegt.

(6) Der Beschaffungsbeauftragte wendet auf ***seine*** Vergabeverfahren und ▌Verträge mit Auftragnehmern▌ Bedingungen an, die denen des Artikels 9 gleichwertig sind***, und verlangt, dass diese Kriterien für Unterauftragnehmer gelten***.

(7) Abweichend von Absatz 6 kommt zur Berücksichtigung der industriellen Zusammenarbeit mit nicht assoziierten Drittländern eine gemeinsame Beschaffung, an der ein Unterauftragnehmer beteiligt ist, an den zwischen 15 % und 35 % des Auftragswerts vergeben werden und der seinen Sitz oder seine Leitungs- und Verwaltungsstrukturen nicht in der Union oder einem assoziierten Land hat, für eine Unterstützung im Rahmen des Programms in Betracht, sofern zwischen dem Auftragnehmer und diesem Unterauftragnehmer vor dem Tag des Inkrafttretens der vorliegenden Verordnung ein direktes Vertragsverhältnis im Zusammenhang mit dem Verteidigungsgut hergestellt wurde.

(8) Die Beschaffungsbeauftragten ***teilen*** der Kommission ***die*** Garantien gemäß Artikel 9 Absatz ***6 mit***. Weitere Informationen zu ***diesen*** Garantien werden der Kommission auf Anfrage übermittelt. Die Kommission unterrichtet den Ausschuss nach Artikel 77 von jeder Mitteilung, die nach dem vorliegenden Absatz übermittelt wurde.

▌

(9) ***Vor Einleitung eines Beschaffungsverfahrens für eine gemeinsame Beschaffungsmaßnahme gemäß dieser Verordnung unterrichtet der Beschaffungsbeauftragte die nicht am geplanten Verfahren teilnehmenden Mitgliedstaaten und gibt ihnen die Gelegenheit, innerhalb einer angemessenen Frist einen begründeten Antrag an den Beschaffungsbeauftragten zu stellen, zusätzliche Mengen von Verteidigungsgütern für sie zu erwerben. Wird ein solcher Antrag gestellt, so wird den teilnehmenden öffentlichen Auftraggebern unbeschadet der geltenden Vorschriften der Union und der Mitgliedstaaten in Bezug auf die Ausfuhr von Verteidigungsgütern im Vertrag über die gemeinsame Beschaffung das Recht vorbehalten, zusätzliche Mengen von Verteidigungsgütern für diese Mitgliedstaaten zu erwerben.***

(10) ***Vor Einleitung eines Beschaffungsverfahrens für eine gemeinsame Beschaffungsmaßnahme gemäß dieser Verordnung unterrichtet der Beschaffungsbeauftragte – wenn möglich – ebenso assoziierte Länder und die Ukraine über das geplante Verfahren und gibt ihnen die Gelegenheit, einen begründeten Antrag an den Beschaffungsbeauftragten zu stellen, zusätzliche Mengen von Verteidigungsgütern für sie zu erwerben. Wird ein solcher Antrag gestellt, so wird den teilnehmenden öffentlichen Auftraggebern im Vertrag über die gemeinsame Beschaffung das Recht vorbehalten, zusätzliche Mengen von Verteidigungsgütern für assoziierte Länder und die Ukraine zu erwerben.***

Artikel 12

▌Maßnahmen zur Stärkung der Industrie

▌

(1) ▌Maßnahmen ***zur Stärkung der Industrie umfassen Tätigkeiten im Zusammenhang mit der Beschleunigung der Anpassung an strukturelle Veränderungen der*** Produktionskapazität für Verteidigungsgüter, einschließlich ihrer Bestandteile und der entsprechenden Rohstoffe, soweit sie vollständig für die Herstellung von Verteidigungsgütern bestimmt sind oder verwendet werden***, insbesondere:***

a) die Optimierung, Ausweitung, Modernisierung – ***einschließlich Automatisierung –,*** Verbesserung oder Umwidmung vorhandener oder die Schaffung neuer Produktionskapazitäten ***für Verteidigungsgüter, deren*** Bestandteile und ***die entsprechenden*** Rohstoffe ▌, einschließlich durch Beschaffung oder Erwerb der erforderlichen Werkzeugmaschinen und sonstiger notwendiger Eingangsmaterialien ▌;

b) den Aufbau grenzübergreifender Industriepartnerschaften, einschließlich durch öffentlich-private Partnerschaften oder andere Formen der industriellen Zusammenarbeit, ***einschließlich KMU und kleiner Midcap-Unternehmen,*** in einer gemeinsamen Anstrengung der Industrie, einschließlich Tätigkeiten zur Koordinierung des Bezugs oder der Reservierung und Lagerung von Verteidigungsgütern, deren Bestandteilen und den entsprechenden Rohstoffen, ▌und zur Koordinierung der Produktionskapazitäten und -pläne;

c) den Aufbau und die Bereitstellung einer Reserve zusätzlicher Herstellungskapazitäten für Verteidigungsgüter, ihre Bestandteile und die entsprechenden Rohstoffe, im Einklang mit den bestellten oder geplanten Produktionsmengen;

d) ***die Förderung der Heranführung an die Industriereife und Vermarktung von Verteidigungsgütern, die im Rahmen unionsfinanzierter Maßnahmen oder im Rahmen anderer, von mindestens zwei Mitgliedstaaten unterstützten Tätigkeiten zur Zusammenarbeit entwickelt wurden, einschließlich durch den Abschluss grenzübergreifender industrieller Partnerschaften, öffentlich-privater Partnerschaften oder anderer Formen der industriellen Zusammenarbeit und durch die Steigerung der anfänglichen Produktion und gegebenenfalls der Lizenzproduktion;***

e) die Prüfung – einschließlich der notwendigen Infrastruktur – und, falls erforderlich, Zertifizierung der Aufbereitung von Verteidigungsgütern, um ihrer Veralterung entgegenzuwirken und sie nutzbar für die Endverwender zu machen.

(2) Bei den in Absatz ***1*** Buchstabe d genannten Tätigkeiten wird die Maßnahme von Rechtsträgern durchgeführt, die im Rahmen eines Konsortiums aus mindestens drei förderfähigen Rechtsträgern zusammenarbeiten, ***von denen mindestens zwei in*** verschiedenen Mitgliedstaaten niedergelassen sind. Mindestens drei dieser förderfähigen, in mindestens zwei verschiedenen Mitgliedstaaten niedergelassenen Rechtsträger dürfen während der gesamten Durchführungsdauer der Maßnahme nicht unter der mittelbaren oder unmittelbaren Kontrolle desselben Rechtsträgers stehen und dürfen sich nicht gegenseitig kontrollieren.

(3) Ungeachtet Absatz 2 können ***die in Absatz 1 genannten Tätigkeiten von einer SEAP durchgeführt werden.***

(4) ***Bei der Produktion von Munition und Flugkörpern müssen die Empfänger von Unionsmitteln oder die einschlägigen Regierungsbehörden der betreffenden Mitgliedstaaten die Möglichkeit haben, ohne Beschränkungen, die von nicht assoziierten Drittländern oder Rechtsträgern von nicht assoziierten Drittländern auferlegt werden, über die Definition, Anpassung und Entwicklung der Gestaltung des betreffenden Verteidigungsguts zu entscheiden, wozu auch die rechtliche Befugnis gehört, Bestandteile, die von nicht assoziierten Drittländern oder Rechtsträgern von nicht assoziierten Drittländern auferlegten Beschränkungen unterliegen, zu ersetzen oder zu entfernen, oder sie müssen alternativ in Abweichung von Artikel 10 Absatz 5 eine rechtsverbindliche Zusage des betreffenden nicht assoziierten Drittlands oder des betreffenden Rechtsträgers eines nicht assoziierten Drittlands erhalten haben, dass sie die Möglichkeit zur Entscheidung innerhalb eines angemessenen Zeitrahmens, der der Komplexität der betreffenden Maßnahme angemessenen ist, und in keinem Fall nach dem 31. Dezember 2033 haben werden.***

Artikel 13

Unterstützungsmaßnahmen

(1) ▌Unterstützungsmaßnahmen umfassen ▌

a) Tätigkeiten ▌zur Verbesserung der Interoperabilität und Austauschbarkeit, einschließlich der gegenseitigen Zertifizierung von Verteidigungsgütern und Tätigkeiten, die zur gegenseitigen Anerkennung der Zertifizierung führen oder die Umsetzung militärischer Standards erleichtern***, insbesondere von NATO-Standards und anderen einschlägigen Standards, wodurch jegliche übermäßige Differenzierung von Verteidigungsgütern in der Union verringert wird***;

b) Tätigkeiten zur ▌Erleichterung des Zugangs von KMU, ▌Midcap-Unternehmen und Start-ups zum Verteidigungsmarkt und ▌Unterstützung bei der Erlangung der notwendigen Qualitäts- und Produktionszertifizierungen;

c) ***Kapazitätsaufbau,*** Schulung, Neu- oder Weiterqualifizierung von Personal im Zusammenhang mit den in ▌Artikel ***10 Absatz 1*** genannten Tätigkeiten;

d) ***die*** Beschaffung von Systemen zum physischen Schutz und zum Cyberschutz im Zusammenhang mit den in ***Artikel 12*** genannten Tätigkeiten ▌;

e) Maßnahmen der Koordinierung und ▌technischen ▌Unterstützung insbesondere zur Beseitigung von bei Produktionskapazitäten und Lieferketten festgestellten Engpässen, um die Herstellung krisenrelevanter Güter sicherzustellen und zu beschleunigen, damit die wirksame Versorgung und ihre zeitnahe Verfügbarkeit sichergestellt sind;

f) die Erstellung eines europäischen Katalogs für militärische Verkäufe gemäß Kapitel V;

g) die Unterstützung ***für die Einrichtung und das Funktionieren von*** SEAPs***, auch*** zur Einrichtung, Verwaltung und Aufrechterhaltung ***von*** Pools für die industrielle Bereitschaft im Verteidigungsbereich;

h) ***Tätigkeiten mit dem Ziel der raschen Anpassung und Änderung ziviler Güter für Verteidigungsanwendungen;***

i) Innovationsmaßnahmen im Verteidigungsbereich, einschließlich Innovationsmaßnahmen im Bereich der Notverteidigung, wenn die in Artikel 68 genannte Maßnahme aktiviert wird.

(2) ***Bei den in Absatz 1 Buchstabe a genannten Tätigkeiten wird die Maßnahme von Rechtsträgern durchgeführt, die im Rahmen eines Konsortiums aus mindestens drei förderfähigen Rechtsträgern zusammenarbeiten, von denen mindestens zwei in mindestens zwei verschiedenen Mitgliedstaaten niedergelassen sind. Mindestens drei dieser förderfähigen Rechtsträger dürfen während der gesamten Durchführungsdauer der Maßnahme nicht unter der mittelbaren oder unmittelbaren Kontrolle desselben Rechtsträgers stehen und dürfen sich nicht gegenseitig kontrollieren.***

(3) Ungeachtet Absatz 2 können ***die in Absatz 1 genannten Tätigkeiten von einer SEAP durchgeführt werden.***

ABSCHNITT 3

FONDS ZUR BESCHLEUNIGUNG DER TRANSFORMATION DER LIEFERKETTEN IM VERTEIDIGUNGSBEREICH (FAST)

Artikel 14

Fonds zur Beschleunigung der Transformation der Lieferketten im Verteidigungsbereich (FAST)

(1) Um den Investitionen, die für die Steigerung der Herstellungskapazitäten von KMU und kleinen Midcap-Unternehmen***, die die Kriterien gemäß Artikel 9 Absatz 1 und – sofern anwendbar – Artikel 9 Absätze 3 und 4 erfüllen,*** im Verteidigungsbereich notwendig sind, Hebelwirkung zu verleihen, das mit ihnen verbundene Risiko zu mindern und sie zu beschleunigen, kann eine Mischfinanzierungsmaßnahme, die ***Fremdkapitalunterstützung,*** Eigenkapitalunterstützung ***oder beides*** bietet, ***mit der Bezeichnung „***Fonds zur Beschleunigung der Transformation der Lieferketten im Verteidigungsbereich***“ (***Fund Accelerating Defence Supply Chains – FAST) eingerichtet werden . Sie wird im Einklang mit Titel X der ***Haushaltsordnung*** und der Verordnung (EU) 2021/523 durchgeführt.

(2) Mit dem FAST werden die folgenden spezifischen Ziele verfolgt:

a) Erreichen eines zufriedenstellenden Multiplikatoreffekts***, der*** im Einklang mit dem Fremd- und Eigenkapital-Mix ***steht*** und zur Mobilisierung von Finanzmitteln des öffentlichen und des privaten Sektors ***beiträgt***;

b) Unterstützung für KMU einschließlich Start-ups und Scale-ups und kleine Midcap-Unternehmen in der gesamten Union, die Schwierigkeiten beim Zugang zu Finanzmitteln haben und die

i) ***Verteidigungsgüterindustrialisieren oder herstellen*** oder dies unmittelbar planen, oder

ii) Teil der Lieferkette ***der Union im Verteidigungsbereich*** sind oder unmittelbar planen, es zu werden;

c) Beschleunigung der Investitionen auf dem Gebiet der Herstellung von ***Verteidigungsgütern*** und ***der Entwicklung von Verteidigungstechnologien*** und damit Stärkung der Versorgungssicherheit in den Wertschöpfungsketten der Verteidigungsindustrie der Union.

ABSCHNITT 4

BESCHAFFUNG

Artikel 15

Beschaffung mit Unterstützung durch die Kommission

(1) Im Einklang mit Artikel 168 der Haushaltsordnung können die Mitgliedstaaten die Kommission ersuchen,

a) mit ihnen eine gemeinsame Auftragsvergabe gemäß Artikel 168 Absatz 2 der Haushaltsordnung durchzuführen, wobei die Mitgliedstaaten die gemeinsam beschafften Verteidigungsgüter vollständig erwerben, mieten oder leasen können;

b) als zentrale Beschaffungsstelle gemäß Artikel 168 Absatz 3 der Haushaltsordnung zu handeln, um Verteidigungsgüter für Rechnung oder im Namen der interessierten Mitgliedstaaten zu beschaffen.

(2) Es wird davon ausgegangen, dass die öffentlichen Auftraggeber der Mitgliedstaaten, wenn sie ein Ersuchen gemäß Absatz 1 an die Kommission richten, die Anforderungen der Richtlinie 2009/81/EG erfüllt haben.

(3) Abweichend von Artikel 168 Absatz 2 Unterabsatz 2 der Haushaltsordnung kann ein assoziiertes Land die Kommission ersuchen, eine gemeinsame Auftragsvergabe gemäß Absatz 1 Buchstabe a des vorliegenden Artikels durchzuführen. Für eine solche gemeinsame Auftragsvergabe gelten die in Artikel 168 Absatz 2 der Haushaltsordnung festgelegten sonstigen Bedingungen.

(4) Abweichend von Artikel 168 Absatz 3 der Haushaltsordnung kann ein assoziiertes Land zusammen mit mindestens einem Mitgliedstaat die Kommission ersuchen, als eine zentrale Beschaffungsstelle gemäß Absatz 1 Buchstabe b des vorliegenden Artikels zu handeln. Bedingungen, die denen in Artikel 168 Absatz 3 der Haushaltsordnung gleichwertig sind, gelten immer dann, wenn die Kommission als zentrale Beschaffungsstelle handelt.

(5) Zusätzlich zu den in der Haushaltsordnung festgelegten Bedingungen muss das Vergabeverfahren gemäß den Absätzen 1, 3 und 4 des vorliegenden Artikels auch folgende Bedingungen erfüllen:

a) die Beteiligung an dem Vergabeverfahren steht allen Mitgliedstaaten offen und kann, abweichend von Artikel 168 Absätze 2 und 3 der Haushaltsordnung, assoziierten Ländern offenstehen;

b) die Kommission lädt aus jedem teilnehmenden Land mindestens einen Sachverständigen mit einschlägiger Erfahrung für die Verhandlungen ein, aus denen ein gemeinsames Verhandlungsteam gebildet wird;

c) die teilnehmenden Länder geben ausdrücklich an, ob sie parallele Verhandlungsverfahren für das betreffende Gut durchführen wollen, wobei diese Entscheidung die einstimmige Zustimmung der teilnehmenden Länder erfordert.

(6) Handelt die Kommission als zentrale Beschaffungsstelle gemäß Absatz 1 Buchstabe b und Absatz 4, so kann sie für Rechnung oder im Namen von Mitgliedstaaten oder assoziierten Ländern Bestandteile und Rohstoffe beschaffen, die für die Versorgung mit Verteidigungsgütern erforderlich sind, um strategische Reserven der teilnehmenden Länder, einschließlich Lagerung, aufzubauen.

(7) Wenn die äußerste Dringlichkeit der Lage es rechtfertigt, kann die Kommission abweichend von Artikel 175 Absatz 1 der Haushaltsordnung die Lieferung der Verteidigungsgüter ab dem Tag der Übersendung der Vertragsentwürfe anfordern, die aus den für die Zwecke dieser Verordnung durchgeführten Vergabeverfahren hervorgegangen sind.

(8) Im Hinblick auf den Abschluss von Kaufverträgen mit Wirtschaftsteilnehmern können Vertreter der Kommission oder von ihr benannte Sachverständige in Zusammenarbeit mit den betreffenden nationalen Behörden in den Anlagen zur Produktion der einschlägigen Verteidigungsgüter Besuche vor Ort durchführen.

(9) Dieser Artikel lässt die bestehenden Vorschriften der Union und die bestehenden nationalen Vorschriften über das Eigentum an sowie die Ausfuhr und die Verbringung von Verteidigungsgütern unberührt.

(10) Die Kommission stellt sicher, dass die teilnehmenden Länder bei der Durchführung der Vergabeverfahren und der Umsetzung der daraus resultierenden Vereinbarungen gleich behandelt werden.

(11) Neben den in der Haushaltsordnung festgelegten Bedingungen gelten Kriterien, die denen in Artikel 9 Absätze 1, 3 und 4 der vorliegenden Verordnung gleichwertig sind, entsprechend auch für Bieter, Auftragnehmer und Unterauftragnehmer bei Aufträgen, die aus den gemäß dem vorliegenden Artikel durchgeführten Vergabeverfahren hervorgegangen sind.

(12) Für Beschaffungen gemäß Absatz 1 Buchstabe a und Absatz 3 dieses Artikels gelten die Vorschriften des Artikels 10 Absätze 3 und 5.

Artikel 16

Abnahmegarantien für Verteidigungsgüter

(1) Die gemeinsame Auftragsvergabe gemäß Artikel 15 Absatz 1 Buchstabe a kann in Form von Abnahmegarantien für Verteidigungsgüter, die im Namen oder für Rechnung der teilnehmenden Länder ausgehandelt und geschlossen werden, durchgeführt werden. Diese Garantien können einen Vorauszahlungsmechanismus für die Produktion solcher Güter im Austausch gegen das Recht am erzielten Ergebnis einschließen, wobei dieser Mechanismus nur die Teile des Auftrags einbeziehen darf, die einmalige Kosten, einschließlich der Reservierung von Herstellungskapazitäten, betreffen.

(2) ***Wenn die in Absatz 1 des vorliegenden Artikels genannten Garantien einen Vorauszahlungsmechanismus einschließen, kann die Vorauszahlung an den Auftragnehmer durch die Finanzausstattung gemäß Artikel 3 Absatz 1 abgedeckt werden. Beiträge der teilnehmenden Länder gemäß Artikel 5 werden gleichwertig je von den teilnehmenden Ländern bestelltem Artikel berücksichtigt.***

(3) ***Falls die ausgehandelten Mengen die Nachfrage übersteigen, legt die Kommission auf Ersuchen der betreffenden teilnehmenden Länder einen Mechanismus für die Umverteilung in nationale Lagerbestände oder für die Einrichtung der Pools für die industrielle Bereitschaft im Verteidigungsbereich fest.***

Artikel 17

Erleichterung von Abnahmeverträgen

(1) ***Die Kommission richtet ein System zur Erleichterung des Abschlusses von Abnahmeverträgen im Zusammenhang mit dem industriellen Ausbau der Herstellungskapazitäten der EDTIB zwischen Mitgliedstaaten und, sofern zutreffend, assoziierten Ländern einerseits und den Wirtschaftsteilnehmern der EDTIB andererseits ein, wobei sie das Wettbewerbs- und das Vergaberecht der Union einhält. Die Kommission sorgt dafür, dass der Zugang eines nicht assoziierten Drittlands oder eines Rechtsträgers eines nicht assoziierten Drittlands zu Verschlusssachen oder vertraulichen Informationen im Zusammenhang mit der Maßnahme verhindert wird und dass Angestellte oder andere an der Maßnahme beteiligte Personen über eine von einem Mitgliedstaat, oder einem assoziierten Land ausgestellte Sicherheitsermächtigung vorweisen können.***

(2) Das in Absatz 1 genannte System ermöglicht es interessierten Mitgliedstaaten und assoziierten Ländern, Gebote für Verteidigungsgüter abzugeben, in denen sie Folgendes angeben:

a) die Menge und die Qualität;

b) den beabsichtigten Preis oder die beabsichtigte Preisspanne;

c) die vorgesehene Laufzeit des Abnahmevertrags.

(3) Das in Absatz 1 des vorliegenden Artikels genannte System ermöglicht es Herstellern von Verteidigungsgütern, die Kriterien entsprechen, die denen in Artikel 9 Absätze 1, 3 und 4 gleichwertig sind, Angebote abzugeben, in denen sie Folgendes angeben:

a) die Menge und die Qualität der Verteidigungsgüter, für die sie den Abschluss von Abnahmeverträgen anstreben;

b) den beabsichtigten Preis oder die Preisspanne, zu dem bzw. innerhalb derer sie bereit sind zu verkaufen;

c) die voraussichtliche Vorlaufzeit für die Lieferung von Verteidigungsgütern im Rahmen des Abnahmevertrags;

d) die vorgesehene Laufzeit des Abnahmevertrags.

(4) Anhand der gemäß den Absätzen 2 und 3 eingegangenen Gebote und Angebote stellt die Kommission den Kontakt zwischen den betreffenden Herstellern von Verteidigungsgütern sowie interessierten Mitgliedstaaten und assoziierten Ländern her.

(5) Über den in Absatz 4 des vorliegenden Artikels genannten Kontakt hinaus können interessierte Länder die Kommission ersuchen, ein gemeinsames Vergabeverfahren oder ein Vergabeverfahren in ihrem Namen oder für ihre Rechnung gemäß Artikel 15 einzuleiten.

(6) Durch die Finanzausstattung gemäß Artikel 3 Absatz 1 können die Teile des Auftrags abgedeckt werden, die einmalige Kosten, einschließlich der Reservierung von Herstellungskapazitäten, betreffen.

ABSCHNITT 5

GEWÄHRUNGSKRITERIEN UND ARBEITSPROGRAMME

Artikel 18

Gewährungskriterien

(1) Vorschläge für Maßnahmen werden anhand der für die betreffende Maßnahme festgelegten Ziele, der erwarteten Ergebnisse der betreffenden Maßnahme sowie der Qualität und Effizienz ihrer Durchführung bewertet. Diese Evaluierung umfasst insbesondere eines oder mehrere der folgenden Kriterien:

a) Beitrag zur Wettbewerbsfähigkeit,

b) Beitrag zur Resilienz und zur geografischen Verteilung der Herstellungskapazitäten,

c) Erhöhung der Produktionskapazitäten,

d) Steigerung der Interoperabilität,

e) Erhöhung der Austauschbarkeit und

f) Beitrag zur Verringerung strategischer Abhängigkeiten.

(2) Zusätzlich zu den in Absatz 1 des vorliegenden Artikels genannten Kriterien werden Vorschläge für gemeinsame Beschaffungsmaßnahmen gemäß Artikel 11 anhand der folgenden Kriterien evaluiert:

a) Zahl der teilnehmenden Mitgliedstaaten oder assoziierten Länder;

b) Beitrag der Maßnahme zur Anpassung, Modernisierung und Entwicklung der EDTIB in der gesamten Union; und

c) Beteiligung von KMU und Midcap-Unternehmen.

(3) Zusätzlich zu den in Absatz 1 des vorliegenden Artikels genannten Kriterien werden Vorschläge für Maßnahmen zur Stärkung der Industrie gemäß Artikel 12 anhand der folgenden Kriterien evaluiert:

a) Verkürzung der Produktionsvorlaufzeit und Erhöhung der Produktionskapazität in der Union, der reservierten Kapazität und der qualifizierten Arbeitskräfte;

b) Beitrag zur Gewährleistung der Verfügbarkeit und Versorgungssicherheit in der gesamten Union als Reaktion auf festgestellte Risiken, darunter insbesondere auf eine hohe Gefahr, dass konventionelle militärische Bedrohungen eintreten; und

c) Beitrag zur grenzübergreifenden industriellen Zusammenarbeit im Verteidigungsbereich in der gesamten Union, Verbesserung der Einbeziehung von KMU und Midcap-Unternehmen oder Verknüpfung mit Aufträgen, die sich aus der gemeinsamen Beschaffung von Verteidigungsgütern durch mindestens drei Mitgliedstaaten oder assoziierte Länder ergeben.

(4) In den in Artikel 21 genannten Arbeitsprogrammen werden weitere Einzelheiten bezüglich der Anwendung der ***Kriterien gemäß*** Absatz 1 des vorliegenden Artikels einschließlich einer gegebenenfalls vorzunehmenden Gewichtung festgelegt. Einzelne Schwellenwerte werden in den Arbeitsprogrammen nicht festgelegt.

(5) Der Evaluierungsausschuss kann gemäß Artikel 153 Absatz 3 der Haushaltsordnung von unabhängigen externen Sachverständigen unterstützt werden. In den Arbeitsprogrammen kann festgelegt werden, dass diese Sachverständigen über eine gültige Sicherheitsermächtigung zu verfügen haben.

Artikel 19

Auswahl- und Gewährungsverfahren

Außer für die in Artikel 11, Artikel 13 Absatz 1 Buchstabe g und Artikel 10 Absatz 1 Buchstabe d genannten Maßnahmen gewährt die Kommission die Finanzierung im Rahmen dieses Kapitels mittels Durchführungsrechtsakten. Diese Durchführungsrechtsakte werden gemäß dem in Artikel 77 Absatz 4 genannten Prüfverfahren erlassen.

Artikel 20

Finanzbeitrag der Union

(1) ***Bei den Maßnahmen gemäß den Artikeln 13 und 35 der vorliegenden Verordnung*** können***, wenn der Finanzbeitrag der Union in Form von Finanzhilfen geleistet wird,*** abweichend von Artikel ***193 Absatz 1 der Haushaltsordnung*** bis zu 100 % der förderfähigen Kosten ***aus dem Programm*** finanziert werden. ▌▌

(2) Erfolgt die Finanzhilfe der Union in Form einer nicht an Kosten geknüpften Finanzierung nach Artikel 183 Absatz 3 der Haushaltsordnung, kann die Höhe des Unionsbeitrags für jede Maßnahme unter anderem anhand nachstehender Faktoren festgelegt werden:

a) des Grads der Komplexität der gemeinsamen Beschaffung, für die ein Anteil des geschätzten Werts des gemeinsamen Beschaffungsauftrags und die bei vergleichbaren Maßnahmen gewonnenen Erfahrungen als erster Näherungswert dienen können;

b) des Beitrags der Maßnahme zu besseren Ergebnissen in Bezug auf Interoperabilität;

c) der Merkmale der Maßnahme, die in Bezug auf langfristige Investitionen durch die Industrie – insbesondere wenn die gemeinsame Beschaffung Tätigkeiten betrifft, die für eine Finanzierung aus dem Unionshaushalt in Betracht kämen, wie z. B. Forschung und Entwicklung, Prüfung und Zertifizierung, Anfangsproduktion oder Tätigkeiten im Rahmen der Nutzungsbetreuung, – eine stärkere Signalwirkung entfalten dürften;

d) der Zahl der teilnehmenden Mitgliedstaaten und assoziierten Länder oder der Einbeziehung weiterer Mitgliedstaaten oder assoziierter Länder in bestehende Zusammenarbeit;

e) des Beitrags der Maßnahme zum Ausbau der erforderlichen Herstellungskapazitäten;

f) des Beitrags der Maßnahme zur Verringerung der Abhängigkeiten von nicht assoziierten Ländern;

g) des Beitrags der Maßnahme zur Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen Mitgliedstaaten oder assoziierten Ländern im Hinblick auf die Einrichtung, Verwaltung oder Aufrechterhaltung der Pools für die industrielle Bereitschaft im Verteidigungsbereich;.

h) des Beitrags der Maßnahme zur Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen Mitgliedstaaten oder assoziierten Ländern, die zur gemeinsamen Beschaffung zusätzlicher Mengen von Verteidigungsgütern für die Ukraine oder Moldau führt;

i) der Komplexität der technischen Lösungen, die notwendig sind, damit das beschaffte Verteidigungsgut von den Streitkräften eines teilnehmenden Mitgliedstaats eingesetzt werden kann.

(3) Die in Artikel 11 der vorliegenden Verordnung genannten Maßnahmen werden durch Finanzhilfen in Form von nicht an Kosten geknüpften Finanzierungen gemäß Artikel 183 Absatz 3 der Haushaltsordnung finanziert.

(4) Der Finanzbeitrag der Union für jede Maßnahme gemäß Artikel 11 liegt nicht über 15 % des geschätzten Werts des betreffenden gemeinsamen Beschaffungsauftrags.

(5) Abweichend von Absatz 4 des vorliegenden Artikels kann sich der Finanzbeitrag der Union zu jeder der Maßnahmen gemäß Artikel 11 auf bis zu 25 % des geschätzten Werts des betreffenden gemeinsamen Beschaffungsauftrags belaufen, wenn mindestens eine der folgenden Bedingungen erfüllt ist:

a) die Maßnahme wird von einer SEAP durchgeführt;

b) durch die Maßnahme wird die gemeinsame Beschaffung von beschränkungsfreien Endprodukten unterstützt;

c) die Maßnahme führt zur gemeinsamen Beschaffung zusätzlicher Mengen von Verteidigungsgütern für die Ukraine oder Moldau;

d) durch die Maßnahme wird eine breite Verteilung der Lieferanten über die Mitgliedstaaten hinweg gewährleistet, wobei mehr als 20 % des Gesamtwerts des Endprodukts von Lieferanten stammen, die in mindestens einem anderen Mitgliedstaat als dem Mitgliedstaat, in dem der Hauptauftragnehmer niedergelassen ist, niedergelassen sind;

e) die Ausgaben für Verteidigungsinvestitionen der Mehrheit der an der betreffenden Maßnahme teilnehmenden Mitgliedstaaten überstiegen 30 % ihrer jeweiligen Verteidigungsausgaben im Haushaltsjahr vor der Antragstellung.

(6) ***Bei Maßnahmen gemäß Artikel 12 liegt der Finanzbeitrag der Union nicht über 35 % der förderfähigen Kosten.***

(7) ***Abweichend von Absatz 6 des vorliegenden Artikels kann sich der Finanzbeitrag der Union zu jeder der Maßnahmen gemäß Artikel 12 auf bis zu 50 % der förderfähigen Kosten belaufen, wenn es sich bei der Mehrheit der Begünstigten um KMU oder Midcap-Unternehmen handelt, die in den Mitgliedstaaten oder in assoziierten Ländern niedergelassen sind, oder wenn die Maßnahme von einer SEAP durchgeführt wird und mindestens eine der folgenden Bedingungen erfüllt ist:***

a) ***der Begünstigte weist nach, dass er einen Beitrag zur Schaffung einer neuen grenzübergreifenden Zusammenarbeit zwischen Einrichtungen mit Sitz in Mitgliedstaaten oder assoziierten Ländern leistet;***

b) ***die Maßnahme umfasst den Bau neuer Infrastruktur, Einrichtungen oder Produktionslinien von Grund auf oder an Standorten, die zuvor nicht für solche Tätigkeiten genutzt wurden, wodurch zur Entwicklung von Lieferketten und zum Technologietransfer in der gesamten Union beigetragen wird;***

c) ***durch die Maßnahme wird zur Errichtung neuer oder zum Ausbau bestehender Herstellungskapazitäten für krisenrelevante Güter beigetragen.***

(8) In den Arbeitsprogrammen gemäß Artikel 21 werden weitere Einzelheiten ▌ festgelegt.

Artikel 21

Arbeitsprogramme

(1) Das Programm wird durch Arbeitsprogramme gemäß Artikel 110 der ***Haushaltsordnung*** durchgeführt. ***Die Arbeitsprogramme können, sofern angezeigt, auf mehrere Jahre angelegt werden.*** In den Arbeitsprogrammen werden die Maßnahmen und entsprechenden Haushaltsmittel bestimmt, die für die Verwirklichung der Ziele des Programms erforderlich sind, sowie gegebenenfalls der insgesamt für Mischfinanzierungsmaßnahmen vorgehaltene Betrag.

(2) Die Kommission nimmt Arbeitsprogramme mittels Durchführungsrechtsakten an. Diese Durchführungsrechtsakte werden gemäß dem in Artikel 77 Absatz 4 genannten Prüfverfahren erlassen.

(3) Die Arbeitsprogramme umfassen insbesondere

a) die gesamte Höhe des Unionsbeitrags für jede Art von Maßnahme gemäß Artikel 10 Absatz 1 und eine ausführliche Beschreibung jeder Art von Maßnahme;

b) in Bezug auf Maßnahmen gemäß den Artikeln 11 und 12, den finanziellen Mindestumfang der Maßnahmen;

c) in Bezug auf Maßnahmen gemäß Artikel 12 die Höchstzahl der dem Konsortium angehörenden Rechtsträger, die sich auf nicht mehr als 15 Rechtsträger belaufen darf;

d) das Verfahren für die Evaluierung und Auswahl der Vorschläge, gegebenenfalls einschließlich einer Beschreibung der Etappenziele, die so gestaltet sind, dass wesentliche Fortschritte bei der Durchführung der Maßnahmen angezeigt werden, der zu erzielenden Ergebnisse und der damit verbundenen auszuzahlenden Beträge sowie der Modalitäten für die Überprüfung der Etappenziele, die Erfüllung der Bedingungen und das Erreichen der Ergebnisse;

e) die gesamte Höhe des Unionsbeitrags zur gemeinsamen Beschaffung mit Unterstützung der Kommission gemäß Artikel 15 Absatz 1 Buchstabe a, Artikel 15 Absatz 3, Artikel 16 und Artikel 17; und

f) die Methoden zur Bestimmung und gegebenenfalls zur Anpassung der Finanzierung.

(4) Bei der Annahme der Arbeitsprogramme achtet die Kommission auf die notwendige Kohärenz mit anderen einschlägigen Programmen und Instrumenten der Union.

(5) Durch die Finanzausstattung gemäß Artikel 3 Absatz 1 können gemeinsame Beschaffungen im Sinne des Artikels 15 Absatz 1 Buchstabe a abgedeckt werden, die die Teile des Auftrags, die einmalige Kosten einschließlich der Reservierung von Herstellungskapazitäten betreffen, nicht überschreiten dürfen.

Kapitel III

Das Unterstützungsinstrument für die Ukraine

ABSCHNITT 1

ALLGEMEINE BESTIMMUNGEN FÜR DAS UNTERSTÜTZUNGSINSTRUMENT FÜR DIE UKRAINE

Artikel 22

Ziele

(1) ***Das Unterstützungsinstrument für die Ukraine trägt durch Zusammenarbeit zwischen der Union und der Ukraine zur Erholung, zum Wiederaufbau und zur Modernisierung der ukrainischen DTIB bei, um ihre industrielle Bereitschaft im Verteidigungsbereich unter Berücksichtigung ihrer möglichen künftigen Integration in die EDTIB zu erhöhen und so Stabilität, Sicherheit, Frieden, Wohlstand, Resilienz und Nachhaltigkeit für beide Seiten zu verbessern.***

(2) Das in Absatz 1 genannte Ziel wird mit Schwerpunkt auf die Intensivierung der grenzübergreifenden Zusammenarbeit zwischen der EDTIB und der ukrainischen DTIB – unter Berücksichtigung des Bedarfs der Ukraine bezüglich der Stärkung ihrer Verteidigungsindustrie und bezüglich der Beschaffungen im Verteidigungsbereich – verfolgt, durch die Schaffung von Herstellungskapazitäten oder ihren Ausbau entsprechend den Standards der NATO und weiteren einschlägigen Standards, durch den Schutz von Mitteln, durch technische Hilfe und Personalaustausch, durch eine verstärkte Zusammenarbeit bei der gemeinsamen Beschaffung von Verteidigungsgütern unter Einbeziehung der Ukraine und der ukrainischen DTIB, einschließlich deren Wartung, und durch Kooperationen bei der Lizenzproduktion mittels öffentlich-privater Partnerschaften oder anderer Formen der Zusammenarbeit, zum Beispiel Joint Ventures. Besondere Aufmerksamkeit wird dem Ziel beigemessen, die Ukraine bei der schrittweisen Angleichung an die Vorschriften, Normen, Strategien und Verfahren der Union im Hinblick auf eine künftige Mitgliedschaft in der Union zu unterstützen.

Artikel 23

Zusätzliche Finanzmittel

(1) Die Mitgliedstaaten sowie die Organe, Einrichtungen und sonstigen Stellen der Union, Drittländer, internationale Organisationen, internationale Finanzinstitutionen oder andere Dritte können im Einklang mit Artikel 208 Absatz 2 der Haushaltsordnung zusätzliche Finanzbeiträge zu dem Unterstützungsinstrument für die Ukraine leisten. Solche Finanzbeiträge gelten als externe zweckgebundene Einnahmen im Sinne des Artikels 21 Absatz 2 Buchstabe a, d oder e oder des Artikels 21 Absatz 5 der Haushaltsordnung.

(2) Zusätzliche Beträge, die im Rahmen von gemäß Artikel 17 der Verordnung (EU) 2025/1106 geschlossenen bilateralen und multilateralen Übereinkünften eingehen, gelten als externe zweckgebundene Einnahmen im Sinne des Artikels 21 Absatz 5 der Haushaltsordnung und werden für das Unterstützungsinstrument für die Ukraine gemäß der vorliegenden Verordnung verwendet.

(3) Zusätzliche Beträge, die im Rahmen der einschlägigen restriktiven Maßnahmen der Union eingehen, sind externe zweckgebundene Einnahmen im Sinne des Artikels 21 Absatz 5 der Haushaltsordnung und werden für Maßnahmen zur Stärkung der ukrainischen DTIB verwendet.

(4) Mittel, die den Mitgliedstaaten im Rahmen der geteilten Mittelverwaltung zugeteilt wurden, können – auf Antrag des betreffenden Mitgliedstaats – unter den in der Verordnung (EU) 2021/1060 festgelegten Voraussetzungen auf das Unterstützungsinstrument für die Ukraine übertragen werden. Die Kommission führt diese Mittel direkt gemäß Artikel 62 Absatz 1 Unterabsatz 1 Buchstabe a der Haushaltsordnung bzw. indirekt gemäß Buchstabe c des genannten Unterabsatzes aus. Diese Mittel werden zugunsten des betreffenden Mitgliedstaats verwendet.

(5) In Bezug auf die gemäß Absatz 1 des vorliegenden Artikels geleisteten Beiträge kann der betreffende Mitgliedstaat Beschlüsse über die Anteile dieser Beträge fassen, die allen im Rahmen dieser Verordnung förderfähigen Stellen zur Verfügung gestellt werden, die nur zugunsten des betreffenden Mitgliedstaats zur Verfügung gestellt werden oder die zum zusätzlichen Nutzen anderer Mitgliedstaaten oder der Ukraine zur Verfügung gestellt werden.

(6) ***Ist die Kommission keine rechtlichen Verpflichtungen in direkter oder indirekter Mittelverwaltung für gemäß Absatz 4 dieses Artikels übertragene Mittel eingegangen, so können die entsprechenden nicht gebundenen Mittel bis spätestens 31. Dezember 2028 auf Antrag des betreffenden Mitgliedstaats unter den in der Verordnung (EU) 2021/1060 festgelegten Bedingungen wieder auf eines oder mehrere der jeweiligen ursprünglichen Programme rückübertragen werden.***

Artikel 24

Alternative, kombinierte und kumulative Finanzierung

(1) ***Das Unterstützungsinstrument für die Ukraine wird in Synergie mit anderen Programmen der Union durchgeführt. Eine Maßnahme, die einen Beitrag aus einem anderen Programm der Union erhalten hat, kann auch einen Beitrag im Rahmen des Unterstützungsinstruments für die Ukraine erhalten, sofern diese Beiträge nicht dieselben Kosten decken. Die Vorschriften des jeweiligen Unionsprogramms gelten für den entsprechenden Beitrag, oder ein einziges Regelwerk eines der beitragenden Unionsprogramme kann auf alle Beiträge angewandt werden, und es kann eine einzige rechtliche Verpflichtung eingegangen werden. Die kumulierte Unterstützung aus dem Unionshaushalt darf die förderfähigen Gesamtkosten der Maßnahme nicht übersteigen und kann anteilig im Einklang mit den Unterlagen, in denen die Bedingungen für die Unterstützung festgelegt sind, berechnet werden.***

(2) ***Um mit dem Exzellenzsiegel des Unterstützungsinstruments für die Ukraine ausgezeichnet zu werden, müssen Maßnahmen alle folgenden Bedingungen erfüllen:***

a) ***sie wurden im Rahmen einer Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen nach dem Unterstützungsinstrument für die Ukraine bewertet;***

b) ***sie erfüllen die Mindestqualitätsanforderungen der genannten Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen;***

c) ***sie werden aufgrund von Haushaltszwängen nicht im Rahmen der genannten Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen finanziert.***

(3) ***Gemäß den einschlägigen Bestimmungen der Verordnung (EU) 2021/1060 können Vorschläge, die auf eine Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen im Rahmen des Unterstützungsinstruments für die Ukraine hin vorgelegt und mit einem Exzellenzsiegel ausgezeichnet wurden, aus dem EFRE oder dem ESF+ unterstützt werden.***

Artikel 25

Durchführung und Formen der Unionsfinanzierung

(1) Das Unterstützungsinstrument für die Ukraine ***wird in direkter Mittelverwaltung gemäß der Haushaltsordnung oder in indirekter Mittelverwaltung mit Stellen nach Artikel 62 Absatz 1 Buchstabe c der Haushaltsordnung durchgeführt***.

(2) ***Unbeschadet des Artikels 33 Absatz 3 der vorliegenden Verordnung können*** Unionsmittel in jeder der in der ***Haushaltsordnung gemäß ihrem Titel X festgelegten Formen bereitgestellt werden, mit Ausnahme von Mischfinanzierungsmaßnahmen im Rahmen des Programms „InvestEU“.***

(3) ***Im Hinblick auf Tätigkeiten nach Artikel 12 Absatz 1 Buchstabe d der vorliegenden Verordnung, für die eine Unionsfinanzierung in Form einer Finanzhilfe im Rahmen des Unterstützungsinstruments für die Ukraine bereitgestellt wird und mit denen Gewinn erzielt wird, ist die Kommission befugt, den Prozentsatz des Gewinns, der dem Beitrag der Union zu den förderfähigen Kosten entspricht, die dem die Tätigkeit ausführenden Begünstigten tatsächlich entstanden sind, bis zur Höhe des endgültigen Unionsbeitrags einzuziehen. Abweichend von Artikel 195 Absatz 2 der Haushaltsordnung wird der Gewinn als Überschuss an Einnahmen gegenüber den förderfähigen Kosten der Maßnahme berechnet, wobei sich die Einnahmen auf die Unionsfinanzierung, die Finanzierung durch die Mitgliedstaaten einschließlich Auftragsvergabe, andere während der Maßnahme erzielte Einnahmen und jegliche Einnahmen infolge der Maßnahme beschränken. In den Arbeitsprogrammen gemäß Artikel 34 können weitere Einzelheiten festgelegt werden.***

(4) ***Abweichend von Artikel 196 Absatz 2 der Haushaltsordnung können Finanzbeiträge, soweit sie für die Durchführung einer Maßnahme relevant und notwendig sind, für Maßnahmen geleistet werden und Kosten decken, die vor dem Datum der Vorlage des entsprechenden Vorschlags begonnen haben beziehungsweise entstanden sind, sofern diese Maßnahmen nicht vor dem 5. März 2024 begonnen haben und nicht vor der Unterzeichnung der Finanzhilfevereinbarung abgeschlossen wurden.***

Artikel 26

Förderfähige Rechtsträger

(1) Nur Rechtsträger, die in der Union oder in der Ukraine niedergelassen sind und ihre Leitungs- und Verwaltungsstrukturen in der Union oder in der Ukraine haben, kommen als Empfänger einer Finanzierung durch die Union im Rahmen dieser Verordnung in Betracht.

Rechtsträger, die in den nicht von der Regierung kontrollierten Gebieten der Ukraine niedergelassen sind, kommen nicht für eine Finanzierung im Rahmen dieser Verordnung in Betracht.

(2) Die Förderkriterien aus den Absätzen 3 bis 9 ***dieses Artikels*** gelten zusätzlich zu den im Einklang mit der ***Haushaltsordnung*** aufgeführten Kriterien.

(3) Die Infrastruktur, Einrichtungen, Mittel und Ressourcen der ***an einer Maßnahme beteiligten*** Empfänger ***von Unionsmitteln, die für die Zwecke der Maßnahme genutzt werden,*** müssen sich ***für die gesamte Dauer der Maßnahme*** im Hoheitsgebiet eines Mitgliedstaats oder der Ukraine befinden.

(4) Wenn an einer Maßnahme beteiligte Empfänger von Unionsmitteln in der Union oder in der Ukraine keine unverzüglich verfügbaren Alternativen oder keine einschlägige Infrastruktur, Einrichtungen, Mittel und Ressourcen haben, können sie abweichend von Absatz 3 des vorliegenden Artikels ihre Infrastruktur, Einrichtungen, Mittel oder Ressourcen, die sich außerhalb des Hoheitsgebiets der Mitgliedstaaten oder in einem anderen Drittland als der Ukraine befinden oder dort gehalten werden, nutzen, sofern diese Nutzung den Sicherheits- und Verteidigungsinteressen der Union und ihrer Mitgliedstaaten, wozu auch die Achtung des Grundsatzes der gutnachbarlichen Beziehungen gehört, nicht zuwiderläuft und den in Artikel 22 festgelegten Zielen entspricht. Die mit Tätigkeiten unter Nutzung dieser Infrastruktur, Einrichtungen, Mittel oder Ressourcen einhergehenden Kosten sind im Rahmen des Unterstützungsinstruments für die Ukraine nicht förderfähig.

(5) Für die Zwecke einer durch das Unterstützungsinstrument für die Ukraine geförderten Maßnahme unterliegen die Empfänger ***der Unionsmittel*** nicht der Kontrolle durch ein ***anderes nicht assoziiertes*** Drittland ***als der Ukraine*** oder einen Rechtsträger eines ***anderen*** Drittlands.

(6) Abweichend von Absatz 5 ***des vorliegenden Artikels*** kommt ein in der Union niedergelassener Rechtsträger, der von einem ***anderen nicht assoziierten*** Drittland ***als der Ukraine*** oder einem Rechtsträger eines ***anderen Drittlands*** kontrolliert wird, als Empfänger ***von Unionsmitteln*** in Betracht, ▌wenn der Kommission Garantien gegeben werden, die von ***einem*** Mitgliedstaat, in dem er niedergelassen ist, ***gemäß dessen nationalen Verfahren*** genehmigt wurden***, wie angemessene Maßnahmen gemäß einer Überprüfung gemäß Artikel 2 Nummer 3 der Verordnung (EU) 2019/452***.

Die ***im ersten Unterabsatz des vorliegenden Absatzes genannten*** Garantien enthalten die Zusicherung, dass die Beteiligung eines ***in jenem Unterabsatz genannten*** Rechtsträgers an einer Maßnahme nicht den Sicherheits- und Verteidigungsinteressen der Union und ihrer Mitgliedstaaten, wie sie im Rahmen der GASP gemäß Titel V ***EUV*** festgelegt sind, ***wozu auch die Achtung des Grundsatzes der gutnachbarlichen Beziehungen gehört,*** oder den in Artikel ***22 der vorliegenden Verordnung*** festgelegten Zielen zuwiderläuft. Aus ***diesen*** Garantien geht insbesondere hervor, dass für die Zwecke einer Maßnahme Vorkehrungen getroffen wurden, die sicherstellen, dass

a) die Kontrolle über den Rechtsträger nicht auf eine Weise ausgeübt wird, die dessen Fähigkeit, die Maßnahme durchzuführen und Ergebnisse vorzuweisen, einschränken oder begrenzen würde, die Einschränkungen hinsichtlich seiner für die Zwecke der Maßnahme notwendigen Infrastruktur, Einrichtungen, Mittel**,** Ressourcen, seines geistigen Eigentums oder seines Fachwissens auferlegen würde oder die die Fähigkeiten und Standards, die für die Durchführung der Maßnahme erforderlich sind, aushöhlen würde;

b) der Zugang eines ***anderen nicht assoziierten*** Drittlands ***als der Ukraine*** oder eines Rechtsträgers eines ***anderen*** Drittlands zu ***Verschlusssachen oder*** vertraulichen Informationen im Zusammenhang mit der Maßnahme verhindert wird und dass Angestellte oder andere an der Maßnahme beteiligte Personen gegebenenfalls eine von einem Mitgliedstaat***, einem assoziierten Land oder der Ukraine*** ausgestellte Sicherheitsermächtigung ***gemäß den nationalen Rechts- und Verwaltungsvorschriften*** vorweisen können;

c) Rechte an geistigem Eigentum, die sich aus in Artikel 27 Absatz 1 Buchstabe b genannten Maßnahmen in Bezug auf Maßnahmen zur Stärkung der Industrie ergeben, mit denen die Heranführung von Verteidigungsgütern, die im Rahmen unionsfinanzierter Maßnahmen oder im Rahmen anderer, von Mitgliedstaaten unterstützter Maßnahmen der Zusammenarbeit entwickelt wurden, an die Industriereife und ihre Vermarktung gefördert werden, weder Einschränkungen durch ein anderes nicht assoziiertes Drittland als der Ukraine oder einen Rechtsträger eines anderen Drittlands unterliegen noch ohne Genehmigung des Mitgliedstaats des assoziierten Landes, in dem der Rechtsträger niedergelassen ist, bzw. wenn der Rechtsträger in der Ukraine niedergelassen ist, die Genehmigung der Ukraine, an Rechtsträger, die außerhalb des Hoheitsgebiets der Mitgliedstaaten, der assoziierten Länder oder der Ukraine niedergelassen sind, übertragen werden. Eine solche Genehmigung darf nicht den in Artikel 22 festgelegten Zielen entgegenstehen.

Wenn der Mitgliedstaat, in dem der Rechtsträger niedergelassen ist, es für angebracht hält, können weitere Garantien gegeben werden.

Die Kommission teilt dem in Artikel ***77*** genannten Ausschuss mit, welche Rechtsträger gemäß diesem Absatz ***als Empfänger von Unionsmitteln*** in Betracht kommen.

(7) ***Zur Sicherstellung eines unionsweit harmonisierten Ansatzes können die in Absatz 6 des vorliegenden Artikels genannten Garantien mittels einer von der Kommission mit Unterstützung des in Artikel 77 genannten Ausschusses erstellten standardisierten Vorlage gegeben werden.***

(8) Bei der Durchführung einer förderfähigen Maßnahme können die Empfänger zudem mit Rechtsträgern zusammenarbeiten, die außerhalb des Hoheitsgebiets der Mitgliedstaaten oder Ukraine niedergelassen sind oder unter der Kontrolle eines ***anderen nicht assoziierten*** Drittlands ***als der Ukraine*** oder eines Rechtsträgers eines ***anderen*** Drittlands stehen, wozu auch die Nutzung der Mittel, Infrastruktur, Einrichtungen und Ressourcen solcher Rechtsträger gehört, sofern diese Nutzung den Sicherheits- und Verteidigungsinteressen der Union ***und*** ihrer Mitgliedstaaten***, wozu auch die Achtung des Grundsatzes der gutnachbarlichen Beziehungen gehört, oder den in Artikel 22 enthaltenen Zielen*** nicht zuwiderläuft.

Ein ***anderes nicht assoziiertes*** Drittland ***als die Ukraine*** oder ein ▌Rechtsträger eines ***anderen*** Drittlands darf ohne Genehmigung keinen Zugang zu Verschlusssachen haben, die mit der Durchführung der Maßnahme in Zusammenhang stehen, und etwaige negative Auswirkungen auf die Sicherheit der Versorgung mit Eingangsmaterialien, die für die Maßnahme wesentlich sind, sind zu vermeiden.

Kosten, die mit der Zusammenarbeit mit Rechtsträgern, die außerhalb des Hoheitsgebiets der Mitgliedstaaten oder der Ukraine niedergelassen sind oder unter der Kontrolle eines anderen nicht assoziierten Drittlands als der Ukraine oder eines Rechtsträgers eines anderen Drittlands stehen, einhergehen, sind im Rahmen des ***Unterstützungsinstruments für die Ukraine*** nicht förderfähig.

(9) Die Absätze ***5*** bis ***6*** gelten nicht für:

a) öffentliche Auftraggeber von Mitgliedstaaten und der Ukraine,

b) internationale Organisationen,

c) ***SEAPs***,

d) die ***EDA***.

ABSCHNITT 2

FÖRDERFÄHIGE MAßNAHMEN

Artikel 27

Förderfähige Maßnahmen

(1) Maßnahmen, die für eine Finanzierung im Rahmen des Unterstützungsinstruments für die Ukraine in Betracht kommen, dienen der Umsetzung der in Artikel 22 genannten Ziele und können eine der folgenden Formen oder eine Kombination dieser Formen annehmen:

a) gemeinsame Beschaffungsmaßnahmen gemäß Artikel 11, einschließlich zum Zwecke der Einrichtung, Verwaltung oder Aufrechterhaltung von Pools für die industrielle Bereitschaft im Verteidigungsbereich;

b) Maßnahmen zur Stärkung der Industrie gemäß Artikel 12;

c) Unterstützungsmaßnahmen gemäß Artikel 13.

(2) Folgende Maßnahmen kommen für eine Finanzierung im Rahmen des Unterstützungsinstruments für die Ukraine nicht infrage:

a) Maßnahmen im Zusammenhang mit Verteidigungsgütern, die nach geltendem Völkerrecht verboten sind;

b) Maßnahmen im Zusammenhang mit letalen autonomen Systemen, die außerhalb einer von Menschen verantworteten Befehls- und Kontrollkette eingesetzt werden oder die nicht unter Einhaltung der Normen des humanitären Völkerrechts verwendet werden können;

c) Maßnahmen im Zusammenhang mit Streumunition;

d) Maßnahmen oder Teilmaßnahmen, die bereits vollständig aus anderen öffentlichen oder privaten Quellen finanziert werden.

(3) Bei gemäß Absatz 1 Buchstaben a und c durchgeführten Beschaffungen, die mit Unionsmitteln unterstützt werden, dürfen die Kosten für Bestandteile mit Ursprung außerhalb der Union und der Ukraine nicht höher als 35 % der geschätzten Kosten der Bestandteile des Endprodukts sein. Es dürfen keine Bestandteile aus Drittländern bezogen werden, die gegen die Sicherheits- und Verteidigungsinteressen der Union und ihrer Mitgliedstaaten verstoßen.

(4) Bei gemäß Absatz 1 Buchstabe b durchgeführten Maßnahmendürfen die Kosten von Bestandteilen mit Ursprung außerhalb der Union und der Ukraine nicht höher als 35 % der geschätzten Kosten der Bestandteile des Guts sein, dessen Produktionskapazitätserhöhung aus Unionsmitteln gefördert wird. Es dürfen keine Bestandteile des Guts, dessen Produktionskapazitätserhöhung aus Unionsmitteln gefördert wird, aus Drittländern bezogen werden, die gegen die Sicherheits- und Verteidigungsinteressen der Union und ihrer Mitgliedstaaten verstoßen.

(5) Empfänger von Unionsmitteln oder, sofern relevant, Auftragnehmer müssen die Möglichkeit haben, ohne Beschränkungen, die von anderen nicht assoziierten Drittländern als der Ukraine oder Rechtsträgern von anderen Drittländern auferlegt werden, über die Festlegung, Anpassung und Entwicklung der Gestaltung der betreffenden Verteidigungsgüter zu entscheiden, wozu auch die rechtliche Befugnis gehört, Bestandteile, die von anderen nicht assoziierten Drittländern als der Ukraine oder Rechtsträgern von anderen Drittländern auferlegten Beschränkungen unterliegen, zu ersetzen oder zu entfernen.

(6) Unbeschadet des Artikels 5 der Richtlinie 2009/43/EG können die Mitgliedstaaten Allgemeingenehmigungen für die Verbringung in andere Mitgliedstaaten von Gütern, die mit durch das Unterstützungsinstrument für die Ukraine unterstützten Maßnahmen verbunden sind, veröffentlichen.

(7) Maßnahmen, die für eine Finanzierung im Rahmen des Unterstützungsinstruments für die Ukraine in Betrachte kommen, werden durch die Ukraine oder unter Mitwirkung mindestens der Ukraine oder eines Rechtsträgers, der in der Ukraine niedergelassen ist und dessen Leitungs- und Verwaltungsstrukturen sich in der Ukraine befinden, durchgeführt.

(8) Für die Zwecke dieses Kapitels gelten Bezugnahmen auf Mitgliedstaaten in den Artikeln 11, 12, 13 und 38 als Bezugnahmen auf die Ukraine. Bezugnahmen auf assoziierte Länder in den Artikeln 11, 12, 13 und 38 gelten nicht für dieses Kapitel. Für die Zwecke dieses Kapitels gelten Bezugnahmen auf Artikel 9 in Artikel 11 als Bezugnahmen auf Artikel 26 und Bezugnahmen auf Artikel 10 Absatz 5 in Artikel 12 als Bezugnahmen auf Absatz 5 des vorliegenden Artikels.

ABSCHNITT 3

BESCHAFFUNG

Artikel 28

Beschaffung mit Unterstützung durch die Kommission

(1) Abweichend von Artikel 168 Absatz 2 Unterabsatz 2 der Haushaltsordnung kann die Ukraine zusammen mit mindestens einem Mitgliedstaat die Kommission ersuchen, eine gemeinsame Auftragsvergabe gemäß Artikel 168 Absatz 2 der Haushaltsordnung durchzuführen, durch die die Mitgliedstaaten und die Ukraine die gemeinsam beschafften Verteidigungsgüter vollständig erwerben, mieten oder leasen können. Für eine solche gemeinsame Auftragsvergabe gelten die in Artikel 168 Absatz 2 der Haushaltsordnung festgelegten sonstigen Bedingungen.

(2) Abweichend von Artikel 168 Absatz 3 der Haushaltsordnung kann die Ukraine zusammen mit mindestens einem Mitgliedstaat die Kommission ersuchen, als eine zentrale Beschaffungsstelle gemäß Artikel 168 Absatz 3 der Haushaltsordnung zu handeln, um Verteidigungsgüter auf ihre Rechnung oder in ihrem Namen zu beschaffen. Bedingungen, die denen in Artikel 168 Absatz 3 der Haushaltsordnung gleichwertig sind, gelten immer dann, wenn die Kommission als zentrale Beschaffungsstelle handelt.

(3) Beim Ersuchen an die Kommission, gemäß Absatz 1 des vorliegenden Artikels tätig zu werden, wird davon ausgegangen, dass die öffentlichen Auftraggeber der Mitgliedstaaten die Anforderungen der Richtlinie 2009/81/EG erfüllt haben.

(4) Zusätzlich zu den in der Haushaltsordnung festgelegten Bedingungen muss das Vergabeverfahren gemäß den Absätzen 1 und 2 des vorliegenden Artikels auch folgende Bedingungen erfüllen:

a) die Beteiligung an dem Vergabeverfahren steht allen Mitgliedstaaten offen;

b) die Kommission lädt aus jedem teilnehmenden Land mindestens einen Sachverständigen mit einschlägiger Erfahrung für die Verhandlungen ein, aus denen ein gemeinsames Verhandlungsteam gebildet wird;

c) die teilnehmenden Länder geben ausdrücklich an, ob sie parallele Verhandlungsverfahren für das betreffende Gut durchführen wollen, wobei diese Entscheidung die einstimmige Zustimmung der teilnehmenden Länder erfordert.

(5) Handelt die Kommission als zentrale Beschaffungsstelle gemäß Absatz 2, so kann sie im Rahmen der Beschaffung Bestandteile und Rohstoffe beschaffen, die für die Versorgung mit Verteidigungsgütern erforderlich sind, um strategische Reserven der teilnehmenden Länder, einschließlich Lagerung, aufzubauen.

(6) Wenn die äußerste Dringlichkeit der Lage es rechtfertigt, kann die Kommission abweichend von Artikel 175 Absatz 1 der Haushaltsordnung die Lieferung der Güter ab dem Tag der Übersendung der Vertragsentwürfe anfordern, die aus den für die Zwecke dieser Verordnung durchgeführten Vergabeverfahren hervorgegangen sind.

(7) Im Hinblick auf den Abschluss von Kaufverträgen mit Wirtschaftsteilnehmern können Vertreter der Kommission oder von ihr benannte Sachverständige in Zusammenarbeit mit den betreffenden nationalen Behörden in den Anlagen zur Produktion der einschlägigen Verteidigungsgüter Besuche vor Ort durchführen.

(8) Dieser Artikel lässt die bestehenden Vorschriften der Union und die bestehenden nationalen Vorschriften über das Eigentum an sowie die Ausfuhr und die Verbringung von Verteidigungsgütern unberührt.

(9) Die Kommission stellt sicher, dass die teilnehmenden Länder bei der Durchführung der Vergabeverfahren und der Umsetzung der daraus resultierenden Vereinbarungen gleich behandelt werden.

(10) Neben den in der Haushaltsordnung festgelegten Bedingungen gelten Kriterien, die denen in Artikel 26 Absätze 1, 3 und 4 der vorliegenden Verordnung gleichwertig sind, entsprechend auch für Bieter, Auftragnehmer und Unterauftragnehmer bei Aufträgen, die aus den gemäß dem vorliegenden Artikel durchgeführten Vergabeverfahren hervorgegangen sind.

(11) Für Beschaffungen gemäß Absatz 1 des vorliegenden Artikels gelten die Vorschriften des Artikels 27 Absätze 3 und 5.

Artikel 29

Abnahmegarantien für Verteidigungsgüter

(1) Die gemeinsame Auftragsvergabe gemäß Artikel 28 kann in Form von Abnahmegarantien für Verteidigungsgüter, die im Namen oder für Rechnung der teilnehmenden Länder ausgehandelt und geschlossen werden, durchgeführt werden. Diese Garantien können einen Vorauszahlungsmechanismus für die Produktion solcher Güter im Austausch gegen das Recht am erzielten Ergebnis einschließen, wobei dieser Mechanismus nur die Teile des Auftrags einbeziehen darf, die einmalige Kosten, einschließlich der Reservierung von Herstellungskapazitäten, betreffen.

(2) Wenn die in Absatz 1 des vorliegenden Artikels genannten Garantien einen Vorauszahlungsmechanismus einschließen, kann die Vorauszahlung an den Auftragnehmer durch die Finanzausstattung gemäß Artikel 3 Absatz 2 abgedeckt werden. Beiträge der teilnehmenden Länder gemäß Artikel 23 werden gleichwertig je von den teilnehmenden Ländern bestelltem Artikel berücksichtigt.

(3) Falls die ausgehandelten Mengen die Nachfrage übersteigen, legt die Kommission auf Ersuchen der betreffenden teilnehmenden Länder einen Mechanismus für die Umverteilung in nationale Lagerbestände oder für die Einrichtung von Pools für die industrielle Bereitschaft im Verteidigungsbereich fest.

Artikel 30

Erleichterung von Abnahmeverträgen

(1) Die Kommission richtet ein System zur Erleichterung des Abschlusses von Abnahmeverträgen im Zusammenhang mit dem industriellen Ausbau der Herstellungskapazitäten der ukrainischen DTIB zwischen Mitgliedstaaten und der Ukraine einerseits und den Wirtschaftsteilnehmern der ukrainischen DTIB andererseits ein, wobei sie das Wettbewerbs- und das Vergaberecht der Union einhält. Die Kommission sorgt dafür, dass der Zugang eines anderen nicht assoziierten Drittlands als der Ukraine oder eines Rechtsträgers eines anderen Drittlands zu Verschlusssachen oder vertraulichen Informationen im Zusammenhang mit der Maßnahme verhindert wird und dass Angestellte oder andere an der Maßnahme beteiligte Personen eine von einem Mitgliedstaat, einem assoziierten Land oder der Ukraine ausgestellte Sicherheitsermächtigung vorweisen können.

(2) Das in Absatz 1 genannte System ermöglicht es interessierten Mitgliedstaaten und der Ukraine, Gebote für Verteidigungsgüter abzugeben, in denen sie Folgendes angeben:

a) die Menge und die Qualität;

b) den beabsichtigten Preis oder die beabsichtigte Preisspanne;

c) die vorgesehene Laufzeit des Abnahmevertrags.

(3) Das in Absatz 1 des vorliegenden Artikels genannte System ermöglicht es Herstellern von Verteidigungsgütern, die Kriterien entsprechen, die denen in Artikel 26 Absätze 1, 3 und 4 gleichwertig sind, Angebote abzugeben, in denen sie Folgendes angeben:

a) die Menge und die Qualität der Verteidigungsgüter, für die sie den Abschluss von Abnahmeverträgen anstreben;

b) den beabsichtigten Preis oder die Preisspanne, zu dem bzw. innerhalb derer sie bereit sind zu verkaufen;

c) die voraussichtliche Vorlaufzeit für die Lieferung von Verteidigungsgütern im Rahmen des Abnahmevertrags;

d) die vorgesehene Laufzeit des Abnahmevertrags.

(4) Anhand der gemäß den Absätzen 2 und 3 eingegangenen Gebote und Angebote stellt die Kommission den Kontakt zwischen den betreffenden Herstellern von Verteidigungsgütern sowie interessierten Mitgliedstaaten und der Ukraine her.

(5) ***Über den in Absatz 4 des vorliegenden Artikels genannten Kontakt hinaus können die Ukraine und interessierte Mitgliedstaaten die Kommission ersuchen, ein gemeinsames Vergabeverfahren oder ein Vergabeverfahren in ihrem Namen oder für ihre Rechnung gemäß Artikel 28 einzuleiten.***

(6) ***Durch die Finanzausstattung gemäß Artikel 3 Absatz 2 können die Teile des Auftrags abgedeckt werden, die einmalige Kosten, einschließlich der Reservierung von Herstellungskapazitäten, betreffen.***

ABSCHNITT 4

GEWÄHRUNGSKRITERIEN UND ARBEITSPROGRAMME

Artikel 31

Gewährungskriterien

(1) ***Vorschläge für Maßnahmen werden anhand der für die betreffende Maßnahme festgelegten Ziele gemäß Artikel 22, der erwarteten Ergebnisse der betreffenden Maßnahme sowie der Qualität und Effizienz ihrer Durchführung bewertet.***

(2) ***Zusätzlich zu den in Absatz 1 des vorliegenden Artikels genannten Kriterien können Vorschläge für gemeinsame Beschaffungsmaßnahmen gemäß Artikel 11 anhand eines oder mehrerer der folgenden Kriterien evaluiert werden:***

a) geschätzter Wert der gemeinsamen Beschaffung;

b) Beitrag der Maßnahme zur Erholung, zum Wiederaufbau und zur Modernisierung der ukrainischen DTIB;

c) Beitrag der Maßnahme zur Beschleunigung der Beschaffung und zur Verkürzung der Vorlaufzeiten für die Herstellung und Lieferung von Verteidigungsgütern.

(3) Zusätzlich zu den in Absatz 1 des vorliegenden Artikels genannten Kriterien können Vorschläge für Maßnahmen zur Stärkung der Industrie gemäß Artikel 12 anhand eines oder mehrerer der folgenden Kriterien evaluiert werden:

a) Verkürzung der Produktionsvorlaufzeit und Erhöhung der Produktionskapazität in der Ukraine;

b) Beitrag zur Gewährleistung der zeitnahen Verfügbarkeit von und Versorgung mit Verteidigungsgütern in der gesamten Ukraine;

c) Beitrag zur grenzübergreifenden industriellen Zusammenarbeit im Verteidigungsbereich zwischen der Ukraine und der Union.

(4) In den in Artikel 34 genannten Arbeitsprogrammen werden weitere Einzelheiten bezüglich der Anwendung der Gewährungskriterien einschließlich einer gegebenenfalls vorzunehmenden Gewichtung festgelegt. Einzelne Schwellenwerte werden in den Arbeitsprogrammen nicht festgelegt.

(5) Der Evaluierungsausschuss kann gemäß Artikel 153 Absatz 3 der Haushaltsordnung von unabhängigen externen Sachverständigen unterstützt werden. In den Arbeitsprogrammen kann festgelegt werden, dass diese Sachverständigen über eine gültige Sicherheitsermächtigung zu verfügen haben.

Artikel 32

Auswahl- und Gewährungsverfahren

Außer für die in Artikel 11 und Artikel 13 Absatz 1 Buchstabe g genannten Maßnahmen gewährt die Kommission die Finanzierung im Rahmen dieses Kapitels mittels Durchführungsrechtsakten. Diese Durchführungsrechtsakte werden gemäß dem in Artikel 77 Absatz 4 genannten Prüfverfahren erlassen.

Artikel 33

Finanzbeitrag der Union

(1) Erfolgt ein Beitrag der Union in Form einer Finanzhilfe, können gemäß Artikel 193 Absatz 3 der Haushaltsordnung bis zu 100 % der förderfähigen Kosten für die in Artikel 27 Absatz 1 Buchstaben b und c der vorliegenden Verordnung genannten Maßnahmen aus dem Unterstützungsinstrument für die Ukraine finanziert werden.

(2) Erfolgt die Finanzhilfe der Union in Form einer nicht an Kosten geknüpften Finanzierung, kann die Höhe des Unionsbeitrags für jede Maßnahme unter anderem anhand nachstehender Faktoren festgelegt werden:

a) des Grads der Komplexität der gemeinsamen Beschaffung, für die ein Anteil des geschätzten Werts der Maßnahme und die bei vergleichbaren Maßnahmen gewonnenen Erfahrungen als erster Näherungswert dienen können;

b) des Beitrags der Maßnahme zu besseren Ergebnissen in Bezug auf Interoperabilität;

c) der Merkmale der Maßnahme, die in Bezug auf langfristige Investitionen durch die Industrie eine stärkere Signalwirkung entfalten dürften;

d) des Beitrags der Maßnahme zum Ausbau der erforderlichen Herstellungskapazitäten in der Ukraine;

e) wie komplex es für die Ukraine ist, Fortschritte beim Prozess zum Unionsbeitritt zu erzielen, einschließlich Strukturreformen und Maßnahmen zur Förderung der Angleichung an die Vorschriften, Normen, Strategien und Verfahren der Union;

f) wie komplex es für die Ukraine ist, ihre Beschaffungsverfahren im Verteidigungsbereich und das Umfeld der ukrainischen Verteidigungsindustrie anzupassen, auch im Hinblick auf die Einhaltung von Standards der NATO und von weiteren einschlägigen Standards;

g) der Bedrängnis und der Risiken im Zusammenhang mit dem Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine, unter Berücksichtigung der Notwendigkeit, durch diesen Krieg beschädigte Infrastruktur resilient wiederaufzubauen und zu modernisieren, und der Notwendigkeit, diese Schäden zu vermeiden, zu verhindern oder zu verringern und nach Möglichkeit zu kompensieren.

(3) Die in Artikel 27 Absatz 1 Buchstabe a der vorliegenden Verordnung genannten Maßnahmen werden durch Finanzhilfen in Form von nicht an Kosten geknüpften Finanzierungen gemäß Artikel 183 Absatz 3 der Haushaltsordnung finanziert.

(4) Bei Maßnahmen nach Artikel 27 Absatz 1 Buchstabe a liegt die Unterstützung aus dem Unterstützungsinstrument für die Ukraine nicht über 25 % des geschätzten Werts des betreffenden gemeinsamen Beschaffungsauftrags.

(5) In den in Artikel 34 genannten Arbeitsprogrammen werden weitere Einzelheiten festgelegt.

Artikel 34

Arbeitsprogramme

(1) Das Unterstützungsinstrument für die Ukraine wird durch Arbeitsprogramme gemäß Artikel 110 der Haushaltsordnung durchgeführt. Die Arbeitsprogramme können, sofern angezeigt, auf mehrere Jahre angelegt werden. In den Arbeitsprogrammen werden die Maßnahmen und entsprechenden Haushaltsmittel bestimmt, die für die Verwirklichung der Ziele des Unterstützungsinstruments für die Ukraine erforderlich sind.

(2) Die Kommission nimmt Arbeitsprogramme mittels Durchführungsrechtsakten an. Diese Durchführungsrechtsakte werden gemäß dem in Artikel 77 Absatz 4 genannten Prüfverfahren erlassen.

(3) Die Arbeitsprogramme umfassen insbesondere

a) die gesamte Höhe des Unionsbeitrags für jede Art von Maßnahme gemäß Artikel 27 Absatz 1 und eine ausführliche Beschreibung jeder Art von Maßnahme;

b) in Bezug auf die Maßnahmen gemäß Artikel 27 Absatz 1 Buchstaben a und b den finanziellen Mindestumfang der Maßnahmen;

c) in Bezug auf die Maßnahmen gemäß Artikel 27 Absatz 1 Buchstabe b die Höchstzahl der dem Konsortium angehörenden Rechtsträger, die sich auf nicht mehr als 15 Rechtsträger belaufen darf;

d) das Verfahren für die Evaluierung und Auswahl der Vorschläge, gegebenenfalls einschließlich einer Beschreibung der Etappenziele, die so gestaltet sind, dass wesentliche Fortschritte bei der Durchführung der Maßnahmen angezeigt werden, der zu erzielenden Ergebnisse und der damit verbundenen auszuzahlenden Beträge sowie der Modalitäten für die Überprüfung der Etappenziele, die Erfüllung der Bedingungen und das Erreichen der Ergebnisse;

e) die gesamte Höhe des Unionsbeitrags zur gemeinsamen Beschaffung mit Unterstützung der Kommission gemäß Artikel 28 Absatz 1, Artikel 29 und Artikel 30; und

f) die Methoden zur Bestimmung und gegebenenfalls zur Anpassung der Finanzierung.

(4) Bei der Annahme von Arbeitsprogrammen achtet die Kommission auf die Kohärenz mit anderen einschlägigen Programmen und Instrumenten der Union.

Kapitel IV

Europäische Verteidigungsvorhaben von gemeinsamem Interesse

Artikel 35

Europäische Verteidigungsvorhaben von gemeinsamem Interesse

(1) ***Europäische Verteidigungsvorhaben von gemeinsamem Interesse (European Defence Projects of Common Interest, EDPCIs) umfassen kooperative Industrieprojekte, mit denen die Wettbewerbsfähigkeit der EDTIB in der gesamten Union gestärkt werden und gleichzeitig ein Beitrag zur Entwicklung der militärischen Fähigkeiten der Mitgliedstaaten, die für die Sicherheits- und Verteidigungsinteressen der Union von wesentlicher Bedeutung sind, einschließlich der Fähigkeiten, durch die der Zugang zu allen operativen Bereichen, das heißt Land, See, Luft, Weltraum und Cyberspace, sichergestellt wird, geleistet werden soll.***

(2) ***EDPCIs erfüllen alle folgenden Kriterien:***

a) ***sie stärken die Wettbewerbsfähigkeit, Effizienz und Innovationsfähigkeit der EDTIB erheblich, insbesondere indem sie***

i) ***zum Aufbau neuer oder zur Ausweitung bestehender grenzüberschreitender Zusammenarbeit, auch mit KMU und Midcap-Unternehmen, beitragen,***

ii) ***positive Übertragungseffekte auf den Binnenmarkt erzeugen,***

iii) ***erheblich zur Marktintegration und zur Verringerung der Marktfragmentierung beitragen,***

iv) ***die Interoperabilität und Austauschbarkeit von Verteidigungsgütern verbessern und***

v) ***darauf abzielen, strategische Abhängigkeiten, auch durch die Diversifizierung der Versorgung, zu verringern und Kapazitäten auszubauen;***

b) sie tragen zur Entwicklung der militärischen Fähigkeiten der Mitgliedstaaten bei, die für die Sicherheits- und Verteidigungsinteressen der Union von wesentlicher Bedeutung sind, und stehen im Einklang mit den Zielen des Strategischen Kompasses für Sicherheit und Verteidigung, mit den von den Mitgliedstaaten im Rahmen der GASP – insbesondere im Zusammenhang mit dem CDP – gemeinsam vereinbarten Prioritäten für die Verteidigungsfähigkeiten und mit den im Rahmen der CARD bestimmten Kooperationsmöglichkeiten;

c) sie berücksichtigen die Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten im Rahmen der SSZ und der Initiativen und Projekte der EDA;

d) sie berücksichtigen die einschlägigen Tätigkeiten der NATO, wie den NATO-Verteidigungsplanungsprozess, wenn diese Tätigkeiten den Sicherheits- und Verteidigungsinteressen der Union dienen;

e) an ihnen sind mindestens vier Mitgliedstaaten, und alle Mitgliedstaaten und assoziierten Länder sowie die Ukraine erhalten eine echte Möglichkeit, sich an dem EDPCI zu beteiligen;

f) ihre Vorteile erstrecken sich auf einen größeren Teil der Union;

g) sie sind hinsichtlich ihrer Größe oder ihres Umfangs von besonderer Bedeutung oder mit ihnen soll ein erhebliches technologisches oder finanzielles Risiko oder beides vermindert werden;

h) ihr potenzieller Gesamtnutzen überwiegt, auch langfristig, ihre Kosten.

(3) Der Rat kann auf Vorschlag der Kommission Durchführungsrechtsakte zur Bestimmung von EDPCIs erlassen.

(4) Die Mitgliedstaaten stimmen sich untereinander ab, um Projektvorschläge für mögliche EDPCIs in inklusiver Weise auszuarbeiten, erforderlichenfalls mit Unterstützung der EDA.

(5) Bevor die Kommission die in Absatz 3 genannten Durchführungsrechtsakte vorschlägt, überprüft sie, ob die in Absatz 4 genannten Projektvorschläge alle in Absatz 2 aufgeführten Kriterien erfüllen, und geht wie folgt vor:

a) sie konsultiert die Mitgliedstaaten in inklusiver Weise und berücksichtigt deren Ansichten und Projektvorschläge für mögliche EDPCIs;

b) sie ersucht den Hohen Vertreter der Union für die Außen- und Sicherheitspolitik (im Folgenden „Hoher Vertreter“) und die EDA, ihr Fachwissen im Hinblick darauf zur Verfügung zu stellen, die Kohärenz mit den in Absatz 2 Buchstaben b, c und d genannten Prioritäten und Zielen – insbesondere mit den von den Mitgliedstaaten im Rahmen der GASP gemeinsam vereinbarten Prioritäten für die Verteidigungsfähigkeiten, die insbesondere im Rahmen des CDP gemeinsam zum Ausdruck gebracht werden – zu gewährleisten, um die Informationen der Mitgliedstaaten über Projektvorschläge zu ergänzen; und

c) sie überprüft, ob alle Mitgliedstaaten und assoziierten Länder und, sofern relevant, die Ukraine über ein anstehendes Projekt informiert wurden und die Möglichkeit zur Teilnahme erhielten.

(6) In den Durchführungsrechtsakten gemäß Absatz 3 verfährt der Rat wie folgt:

a) er legt die Ziele und Merkmale des EDPCI in Bezug auf die in Absatz 2 enthaltenen Kriterien fest;

b) er erstellt die Liste der zum Zeitpunkt des Erlasses des Durchführungsrechtsakts am EDPCI teilnehmenden Länder; und

c) er nimmt eine Schätzung des finanziellen Gesamtumfangs des EDPCI vor.

(7) Der Rat erlässt die Durchführungsrechtsakte gemäß Absatz 3 mit qualifizierter Mehrheit. Der Rat kann die in Absatz 4 genannten Projektvorschläge mit qualifizierter Mehrheit abändern.

(8) Die Durchführung eines EDPCI, das für eine Finanzierung durch die Union gemäß Artikel 10 Absatz 1 Buchstabe d in Betracht kommt, umfasst nur eine oder mehrere Tätigkeiten im Zusammenhang mit

a) der gemeinsamen Beschaffung von Verteidigungsgütern,

b) der Beschleunigung der Anpassung an strukturelle Veränderungen der Produktionskapazität für Verteidigungsgüter sowie damit verbundenen Unterstützungstätigkeiten,

c) der industriellen Entwicklung neuer oder der Verbesserung bestehender Verteidigungsgüter,

d) der Entwicklung und Beschaffung der erforderlichen Infrastruktur.

(9) Die teilnehmenden Mitgliedstaaten stellen sicher, dass in den Verträgen im Zusammenhang mit durch Unionsmittel unterstützte EDPCI-Tätigkeiten Kriterien angewandt werden, die den in Artikel 9 festgelegten Kriterien gleichwertig sind. Für die gemeinsame Beschaffung von Verteidigungsgütern, die mit Unionsmitteln im Rahmen von EDPCIs unterstützt wird, gilt auch Artikel 11 Absatz 6.

(10) Die an einem EDPCI teilnehmenden Mitgliedstaaten stellen sicher, dass die EDPCI-Tätigkeiten, einschließlich solcher, die nicht mit Unionsmitteln unterstützt werden, mit den in Artikel 4 und in Absatz 1 des vorliegenden Artikels genannten Zielen im Einklang stehen und die Einhaltung der in Absatz 2 des vorliegenden Artikels festgelegten Kriterien durch das EDPCI nicht beeinträchtigen.

(11) Ein EDPCI kann auch die Entwicklung von Fähigkeiten mit doppeltem Verwendungszweck für die Union umfassen.

(12) Ein EDPCI und seine spezifischen Tätigkeiten können im Rahmen einer SEAP eingerichtet werden.

(13) Nur Mitgliedstaaten und assoziierte Länder und SEAPs, die sich aus Mitgliedstaaten oder aus Mitgliedstaaten und assoziierten Ländern zusammensetzen, kommen für eine Finanzierung im Rahmen von EDPCI-Tätigkeiten in Betracht.

(14) Die Kommission kann sich, sofern relevant, an dem Projekt beteiligen. Die teilnehmenden Mitgliedstaaten können beschließen, den Hohen Vertreter und die EDA als Beobachter in ein EDPCI einzubeziehen.

(15) ***Die Mitgliedstaaten können unbeschadet der Artikel 107 und 108 AEUV Förderregelungen anwenden und administrative Unterstützung für EDPCIs gewähren.***

(16) ***Die Planung, der Bau und der Betrieb von Produktionsanlagen im Zusammenhang mit einem EDPCI können als zwingender Grund des überwiegenden öffentlichen Interesses im Sinne des Artikels 6 Absatz 4 und des Artikels 16 Absatz 1 Buchstabe c der Richtlinie 92/43/EWG des Rates[40] bzw. des übergeordneten öffentlichen Interesses im Sinne des Artikels 4 Absatz 7 der Richtlinie 2000/60/EG des Europäischen Parlaments und des Rates[41], im Interesse der Landesverteidigung im Sinne des Artikels 2 Absatz 3 der Verordnung (EG) Nr. 1907/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates[42] und im Interesse der Gesundheit und öffentlichen Sicherheit im Sinne des Artikels 9 Absatz 1 Buchstabe a der Richtlinie 2009/147/EG des Europäischen Parlaments und des Rates[43] gelten, sofern die sonstigen in diesen Bestimmungen festgelegten Voraussetzungen erfüllt sind.***

(17) ***Die an einem EDPCI teilnehmenden Mitgliedstaaten legen der Kommission jährlich einen gemeinsamen Bericht über die Durchführung der EDPCI-Tätigkeiten vor, der auch die Einhaltung der in Absatz 10 des vorliegenden Artikels festgelegten Anforderungen umfasst.***

---

40 ***Richtlinie 92/43/EWG des Rates vom 21. Mai 1992 zur Erhaltung der natürlichen Lebensräume sowie der wildlebenden Tiere und Pflanzen (ABl. L 206 vom 22.7.1992, S. 7, ELI: http://data.europa.eu/eli/dir/1992/43/oj).***

41 ***Richtlinie 2000/60/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Oktober 2000 zur Schaffung eines Ordnungsrahmens für Maßnahmen der Gemeinschaft im Bereich der Wasserpolitik (ABl. L 327 vom 22.12.2000, S. 1, ELI: http://data.europa.eu/eli/dir/2000/60/oj).***

42 ***Verordnung (EG) Nr. 1907/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. Dezember 2006 zur Registrierung, Bewertung, Zulassung und Beschränkung chemischer Stoffe (REACH), zur Schaffung einer Europäischen Chemikalienagentur, zur Änderung der Richtlinie 1999/45/EG und zur Aufhebung der Verordnung (EWG) Nr. 793/93 des Rates, der Verordnung (EG) Nr. 1488/94 der Kommission, der Richtlinie 76/769/EWG des Rates sowie der Richtlinien 91/155/EWG, 93/67/EWG, 93/105/EG und 2000/21/EG der Kommission (ABl. L 396 vom 30.12.2006, S. 1, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2006/1907/oj).***

43 ***Richtlinie 2009/147/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 30. November 2009 über die Erhaltung der wildlebenden Vogelarten (ABl. L 20 vom 26.1.2010, S. 7, ELI: http://data.europa.eu/eli/dir/2009/147/oj).***

(18) ***Auf Vorschlag der Kommission kann der Rat mit qualifizierter Mehrheit die gemäß Absatz 3 erlassenen Durchführungsrechtsakte ändern, unter anderem indem er ein Projekt als EDPCI streicht oder Änderungen der in Absatz 6 aufgeführten Elemente berücksichtigt.***

(19) ***Alle Mitgliedstaaten und assoziierten Länder und die Ukraine haben die Möglichkeit, vorbehaltlich der Zustimmung aller an dem EDPCI teilnehmenden Mitgliedstaaten einem EDPCI nach seiner Einrichtung beizutreten.***

Kapitel V

Europäischer Mechanismus für militärische Verkäufe

Artikel 36

Europäischer Mechanismus für militärische Verkäufe

(1) ***Um die Wettbewerbsfähigkeit der EDTIB und, sofern relevant, der ukrainischen DTIB zu stärken, insbesondere durch die Verbesserung der Fähigkeit der EDTIB, die zeitnahe Verfügbarkeit von Verteidigungsgütern in ausreichenden Mengen sicherzustellen, wird ein europäischer Mechanismus für militärische Verkäufe eingerichtet.***

(2) ***Der europäische Mechanismus für militärische Verkäufe umfasst Folgendes:***

a) ***Erstellung eines europäischen Katalogs für militärische Verkäufe;***

b) ***die Möglichkeit, Pools für die industrielle Bereitschaft im Verteidigungsbereich einzurichten, zu verwalten und aufrechtzuerhalten; und***

c) ***Maßnahmen, die zur Erleichterung der Verfahren für die gemeinsame Beschaffung von Verteidigungsgütern beitragen.***

Artikel 37

Europäischer Katalog für militärische Verkäufe

(1) *Die Kommission erstellt nach Konsultation der EDA einen einzigen zentralen Katalog mit von der EDTIB und der ukrainischen DTIB entwickelten Verteidigungsgütern (im Folgenden „Katalog“) und aktualisiert diesen. Die Kommission konsultiert die EDA und berücksichtigt deren Standpunkte bei der Ausarbeitung der technischen Spezifikationen für den Katalog und beschafft gegebenenfalls, die für dessen Erstellung erforderliche interne IT-Plattform. Die Mitgliedstaaten, die Ukraine und Wirtschaftsteilnehmer werden aufgefordert, den Katalog auf freiwilliger Basis zu befüllen.*

(2) *Die in dem Katalog enthaltenen Verteidigungsgüter werden von Wirtschaftsteilnehmern hergestellt, die die Förderkriterien gemäß Artikel 9 Absätze 1, 3 und 4 oder Artikel 26 Absätze 1, 3 und 4 erfüllen. Zudem wird im Katalog angegeben, ob der Wirtschaftsteilnehmer befähigt ist, ohne Beschränkungen, die von nicht assoziierten Drittländern oder Rechtsträgern von nicht assoziierten Drittländern auferlegt werden, über die Festlegung, Anpassung und Entwicklung der Gestaltung des Verteidigungsgutes zu entscheiden, wozu auch die rechtliche Befugnis gehört, Bestandteile, die von nicht assoziierten Drittländern oder Rechtsträgern von nicht assoziierten Drittländern auferlegten Beschränkungen unterliegen, zu ersetzen oder zu entfernen. Die Unterstützung, die im Rahmen des Programms, des Unterstützungsinstruments für die Ukraine oder der Verordnung (EU) 2018/1092 des Europäischen Parlaments und des Rates[44], der Verordnung (EU) 2021/697 des Europäischen Parlaments und des Rates[45], der Verordnung (EU) 2023/1525 oder der Verordnung (EU) 2023/2418 bezogen wurde, kann ebenfalls im Katalog angegeben werden.*

---

44 *Verordnung (EU) 2018/1092 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. Juli 2018 zur Einrichtung des Europäischen Programms zur industriellen Entwicklung im Verteidigungsbereich zwecks Förderung der Wettbewerbsfähigkeit und der Innovation in der Verteidigungsindustrie der Union (ABl. L 200 vom 7.8.2018, S. 30, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2018/1092/oj).*

45 *Verordnung (EU) 2021/697 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 29. April 2021 zur Einrichtung des Europäischen Verteidigungsfonds und zur Aufhebung der Verordnung (EU) 2018/1092 (ABl. L 170 vom 12.5.2021, S. 149, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2021/697/oj).*

Artikel 38

Pools für die industrielle Bereitschaft im Verteidigungsbereich

(1) *Ein Konsortium aus Mitgliedstaaten, assoziierten Ländern oder der Ukraine oder eine SEAP kann Pools für die industrielle Bereitschaft im Verteidigungsbereich einrichten, verwalten und aufrechterhalten und zu diesem Zweck die EDA ersuchen, ihr Fachwissen zur Verfügung zu stellen.*

Für die Zwecke von Unterabsatz 1 besteht ein Konsortium von Mitgliedstaaten, assoziierten Ländern oder der Ukraine aus mindestens drei dieser Länder, von denen mindestens zwei Mitgliedstaaten sein müssen.

(2) *Die Mitgliedstaaten, die einen Pool für die industrielle Bereitschaft im Verteidigungsbereich einrichten, stellen sicher, dass die Einrichtung, Verwaltung und Aufrechterhaltung dieses Pools mit den in Artikel 36 Absatz 1 genannten Zielen sowie mit den Zielen gemäß Artikel 4 und, sofern relevant, gemäß Artikel 22 im Einklang steht.*

(3) *Mitgliedstaaten, assoziierte Länder, die Ukraine und SEAPs, die einen Pool für die industrielle Bereitschaft im Verteidigungsbereich einrichten, gewähren allen Mitgliedstaaten und assoziierten Ländern sowie der Ukraine eine sofortige und bevorzugte Erwerbs-, Nutzungs- oder Leasingoption für Verteidigungsgüter, die Teil dieses Pools für die industrielle Bereitschaft im Verteidigungsbereich sind.*

(4) Wird im Rahmen einer SEAP ein Pool für die industrielle Bereitschaft im Verteidigungsbereich eingerichtet, so kann mit dem Programm oder dem Unterstützungsinstrument für die Ukraine Folgendes finanziell unterstützt werden:

a) die gemeinsame Beschaffung zusätzlicher Mengen von Verteidigungsgütern durch gemeinsame Beschaffungsmaßnahmen, die im Rahmen der SEAP gemäß Artikel 11 durchgeführt werden;

b) die Einrichtung und die Funktionsweise der SEAP zum Zwecke der Verwaltung und Aufrechterhaltung eines Pools für die industrielle Bereitschaft im Verteidigungsbereich gemäß Artikel 13 Absatz 1 Buchstabe g.

(5) Für die Zwecke von Mitgliedstaaten oder gegebenenfalls assoziierten Ländern, die aus dem Pool für die Bereitschaft im Verteidigungsbereich, der von einer SEAP errichtet, verwaltet und aufrechterhalten wird, einkaufen, gilt die Beschaffung als Auftrag einer Regierung an eine andere Regierung gemäß Artikel 13 Buchstabe f der Richtlinie 2009/81/EG.

Artikel 39

Erleichterung der Verfahren für die gemeinsame Beschaffung von Verteidigungsgütern

Schließen die Mitgliedstaaten eine Vereinbarung zur gemeinsamen Beschaffung von Verteidigungsgütern, so können sie die in Artikel 11 Absätze 9 und 10, Artikel 52 und Artikel 53 enthaltenen Vorschriften und Verfahren unter den darin genannten Bedingungen anwenden.

Kapitel III

Struktur für ein europäisches *Rüstungsprogramm*

Artikel 40

Spezifische Ziele und Tätigkeiten im Rahmen einer Struktur für ein europäisches Rüstungsprogramm

(1) Eine Struktur für ein europäisches Rüstungsprogramm (SEAP) kommt der Wettbewerbsfähigkeit der EDTIB und***, sofern relevant,*** der ukrainischen DTIB zugute. ***Dies wird erreicht, indem die*** Nachfrage nach Verteidigungsgütern ***zusammengeführt und deren zeitnahe Verfügbarkeit und die Versorgung mit ihnen*** während ***ihres*** gesamten Lebenszyklus ***sichergestellt sowie grenzübergreifende industrielle Zusammenarbeit angeregt werden***.

(2) Um das in Absatz 1 genannte Ziel zu erreichen, gehört zu den Hauptaufgaben einer SEAP mindestens eine der folgenden Aufgaben:

a) die gemeinsame Entwicklung von Verteidigungsgütern ***und*** -technologien einschließlich Forschung und Entwicklung, Prüfung und Zertifizierung***, der Aufbau industrieller Kapazitäten, einschließlich durch Heranführung an die Industriereife und Vermarktung,*** und ***die Unterstützung*** einmaliger Investitionen im Zusammenhang mit der Anfangsproduktion oder der Nutzungsbetreuung***, insbesondere wenn die Verteidigungsgüter im Rahmen von Maßnahmen, die von der Union unter dem entsprechenden Unionsprogramm finanziert werden, entwickelt werden oder wurden***;

b) die gemeinsame Beschaffung von Verteidigungsgütern und -technologien, einschließlich zum Zwecke der Einrichtung, Verwaltung und Aufrechterhaltung von Pools für die industrielle Bereitschaft im Verteidigungsbereich;

c) das ***gemeinsame*** Lebenszyklus-Management von Verteidigungsgütern einschließlich der Beschaffung von Ersatzteilen, ***Logistik- oder Wartungsdienste*** und, falls angebracht, der Einrichtung öffentlich-privater Partnerschaften, um Effizienz und eine hohe Verfügbarkeit von Verteidigungsgütern zu gewährleisten; oder

d) das dynamischen Verfügbarkeitsmanagement für zusätzliche Mengen, das eine sofortige und bevorzugte Erwerbs-, Nutzungs- oder Leasingoption für die Mitgliedstaaten, assoziierte Länder oder die Ukraine ***im Zusammenhang mit den Pools*** für die industrielle Bereitschaft im Verteidigungsbereich sicherstellt.

(3) Eine SEAP kann im Wege von Beitragsvereinbarungen einen oder mehrere der in Artikel 11 Absatz 2 genannten förderfähigen Rechtsträger mit der Wahrnehmung einer oder mehrerer der in Absatz 2 des vorliegenden Artikels genannten Aufgaben betrauen. Die SEAP ist dafür verantwortlich, sicherzustellen, dass ihre Verpflichtungen aus dem Unionsrecht und insbesondere aus der vorliegenden Verordnung erfüllt werden.

Artikel 41

Anforderungen an die Einrichtung einer SEAP

(1) ***Im Hinblick auf die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der EDTIB oder der ukrainischen DTIB*** erfüllt eine SEAP ***alle*** folgenden Anforderungen:

a) ***sie unterstützt die Zusammenarbeit bis zum Ende des Lebenszyklus eines Verteidigungsguts oder bis zu ihrer Auflösung;***

b) ***sie*** unterstützt die gemeinsame Entwicklung***,*** Beschaffung ***oder Nutzungsbetreuung*** von Verteidigungsgütern entsprechend den von den Mitgliedstaaten im Rahmen der GASP vereinbarten Prioritäten bei den ***Verteidigungsfähigkeiten***, ***insbesondere*** im Zusammenhang mit dem ***CDP;***

c) ***sie berücksichtigt zudem die einschlägigen Tätigkeiten der NATO, wie den NATO-Verteidigungsplanungsprozess, wenn diese Tätigkeiten den Sicherheits- und Verteidigungsinteressen der Union dienen***; ***und***

d) sie hat ***mindestens drei*** Mitglieder***, von denen*** mindestens zwei Mitgliedstaaten ***sind.***

(2) Eine SEAP nutzt standardisierte Verfahren für die Einleitung und die Verwaltung von ***Kooperationsprogrammen im Rüstungsbereich. Die*** Kommission ***kann unter Berücksichtigung der von den Mitgliedstaaten vorgebrachten Ansichten*** Leitlinien oder Vorlagen ***für diese Verfahren festlegen, einschließlich*** Leitlinien zum Projektmanagement, zur ***Beschaffung, zum Finanzmanagement*** und zur Berichterstattung ▌.

Artikel 42

Anträge auf Einrichtung einer SEAP

(1) ***Anträge auf Einrichtung*** einer SEAP ***sind*** bei der Kommission ***einzureichen***. Der Antrag enthält Folgendes:

a) ein an die Kommission gerichtetes Ersuchen zur Einrichtung der SEAP;

b) die vorgeschlagene Satzung der SEAP gemäß Artikel 45, die von allen ***Mitgliedern*** der vorgeschlagenen SEAP ▌ordnungsgemäß unterzeichnet und angenommen wurde;

c) eine ***kurze*** Beschreibung der ***Verteidigungsgüter***, die ▌von der SEAP ***entwickelt,*** beschafft ***oder*** verwaltet werden sollen, wobei insbesondere auf die Anforderungen nach Artikel 41 Absatz 1 ***Buchstaben*** a und ***b*** einzugehen ist;

d) eine Erklärung des ***Mitgliedstaats, in dessen Hoheitsgebiet die SEAP ihren satzungsmäßigen Sitz haben soll, der*** zufolge die SEAP ab dem Zeitpunkt ihrer Einrichtung als internationale Einrichtung im Sinne des Artikels 143 Absatz 1 Buchstabe g und des Artikels 151 Absatz 1 Buchstabe b der Richtlinie 2006/112/EG und als internationale Einrichtung im Sinne des Artikels 11 Absatz 1 der Richtlinie (EU) 2020/262 anerkannt wird***;***

e) wenn ein assoziiertes Land oder die Ukraine Mitglied der SEAP sein soll, eine Erklärung über die Anerkennung der weitestgehenden Rechts- und Geschäftsfähigkeit der SEAP gemäß Artikel 44 Absatz 2.

Für die Zwecke von Unterabsatz 1 Buchstabe d des vorliegenden Absatzes werden die Grenzen und Bedingungen in Artikel 143 Absatz 1 Buchstabe g und Artikel 151 Absatz 1 Buchstabe b der Richtlinie 2006/112/EG sowie in Artikel 11 Absatz 2 der Richtlinie (EU) 2020/262 vorgesehenen Befreiungen in einer Vereinbarung zwischen den Mitgliedern des SEAP festgelegt.

(2) Die Kommission prüft den Antrag ***unverzüglich nach Eingang des vollständigen Antrags*** gemäß Absatz 1 anhand der in dieser Verordnung festgelegten Bedingungen ***und kann zu diesem Zweck die EDA ersuchen, ihr Fachwissen zur Verfügung zu stellen***. Das Ergebnis dieser Prüfung wird den Antragstellern mitgeteilt; diese werden bei Bedarf aufgefordert, den Antrag zu ergänzen oder zu ändern.

(3) Die Kommission ***nimmt*** unter Berücksichtigung der Ergebnisse der in Absatz 2 ***dieses Artikels*** genannten Prüfung ***im Wege eines*** Durchführungsrechtsakts ***Folgendes vor:***

a) ***sie richtet die*** SEAP ein, nachdem sie ***zu dem Schluss gekommen ist***, dass die Anforderungen dieser Verordnung erfüllt sind***;*** oder

b) ***sie*** lehnt den Antrag ab, wenn sie zu dem Schluss kommt, dass die Anforderungen dieser Verordnung nicht erfüllt sind, unter anderem, wenn die Erklärung gemäß Absatz 1 Buchstabe d dieses Artikels fehlt***, nachdem sie den Antragstellern die Gelegenheit gegeben hat, den Antrag zu ergänzen oder zu ändern***.

(4) Die Entscheidung über den Antrag wird den Antragstellern mitgeteilt. Wird der Antrag abgelehnt, so ist diese Entscheidung den Antragstellern klar und deutlich zu erläutern.

(5) Der ***Durchführungsrechtsakt*** zur Einrichtung der SEAP ***gemäß Absatz 3 Buchstabe a des vorliegenden Artikels wird gemäß dem in Artikel 77 Absatz 4 genannten Prüfverfahren erlassen und*** wird im *Amtsblatt der Europäischen Union* ▌veröffentlicht.

Artikel 43

Rechtsstellung und Sitz einer SEAP

(1) Eine SEAP besitzt Rechtspersönlichkeit ab dem Zeitpunkt, zu dem der ***Durchführungsrechtsakt*** zu ihrer Gründung wirksam wird.

(2) Eine SEAP verfügt in jedem Mitgliedstaat über die weitestgehende Rechts- und Geschäftsfähigkeit, die Rechtsträgern nach dem Recht dieses Mitgliedstaats zuerkannt wird***, insbesondere über die Fähigkeit, bewegliches und unbewegliches Vermögen sowie geistiges Eigentum zu erwerben, zu besitzen und zu veräußern,*** Verträge zu schließen und vor Gericht aufzutreten. Alle nationalen Fördereinrichtungen der Mitgliedstaaten betrachten ***eine SEAP*** als förderfähige Empfängerin nationaler Finanzbeiträge.

(3) Eine SEAP hat einen satzungsmäßigen Sitz, der sich im Hoheitsgebiet eines Mitgliedstaats befindet.

Artikel 44

Anforderungen an die Mitgliedschaft in einer SEAP

(1) ***Die folgenden Länder*** können Mitglieder einer SEAP sein:

a) Mitgliedstaaten;

b) assoziierte Länder;

c) die Ukraine.

(2) ***Assoziierte Länder oder die Ukraine können Mitglieder einer SEAP sein, sofern sie die weitestgehende Rechts- und Geschäftsfähigkeit der SEAP anerkennen, die Rechtsträgern nach dem Recht des betreffenden Landes zuerkannt wird, einschließlich für die Zwecke des Abschlusses von Verträgen und des Auftretens vor Gericht.***

(3) Mitgliedstaaten, assoziierte Länder oder die Ukraine können ***einer*** SEAP als Mitglieder jederzeit nach der Einrichtung dieser SEAP zu fairen und angemessenen Bedingungen, die in der Satzung gemäß Artikel 45 festgelegt sind, ***oder*** als Beobachter ohne Stimmrechte zu den in ***dieser*** Satzung festgelegten Bedingungen beitreten.

(4) Eine SEAP kann auch mit ***einem anderen*** nicht assoziierten Drittland ***als der Ukraine*** oder ***einem Rechtsträger eines anderen Drittlands*** zusammenarbeiten, unter anderem durch Nutzung der Mittel, Infrastruktur, Einrichtungen und Ressourcen ***dieser Rechtsträger***, sofern ***diese Zusammenarbeit*** den Sicherheits- und Verteidigungsinteressen der Union und ihrer Mitgliedstaaten***, wozu auch die Achtung des Grundsatzes der gutnachbarlichen Beziehungen gehört,*** nicht zuwiderläuft.

Artikel 45

*Satzung **einer SEAP***

(1) Die Satzung einer SEAP enthält mindestens

a) eine Liste der Mitglieder der SEAP und Beobachter sowie gegebenenfalls der Rechtsträger, die die Mitglieder vertreten, sowie die Bedingungen und Verfahren für Änderungen der Mitgliedschaft und der Vertretung in der SEAP gemäß Artikel 44;

b) ***die*** spezifischen ***Ziele***, die Aufgaben und die Tätigkeiten der SEAP gemäß ***Artikeln 40 und 41, einschließlich einer zusammenfassenden Beschreibung der Verteidigungsgüter, die von der SEAP entwickelt, beschafft oder verwaltet werden sollen***;

c) eine Aufstellung der ***Verteidigungsgüter***, die sich im ▌Eigentum ***der SEAP*** befinden sollen, falls zutreffend, und die für eine Befreiung von der Mehrwertsteuer ***oder*** Verbrauchsteuern infrage kommen;

d) den satzungsmäßigen Sitz der SEAP gemäß Artikel 43 ***Absatz 3***;

e) die Bestimmung des nationalen Rechts des Mitgliedstaats, nach dem sich die Zuständigkeit für die Beilegung von Streitigkeiten zwischen den SEAP-Mitgliedern in Bezug auf die SEAP, zwischen den SEAP-Mitgliedern und der SEAP sowie zwischen einer SEAP und Dritten gemäß Artikel 49 Absatz 2 bestimmt;

f) den Namen der SEAP;

g) die Dauer des Bestehens und das Verfahren zur Auflösung der SEAP gemäß Artikel 50;

h) eine Beschreibung der wichtigsten Kriterien, die die SEAP bei der Beschaffung von Verteidigungsgütern anzuwenden hat, um die Einhaltung des in Artikel 40 Absatz 1 festgelegten Ziels sicherzustellen;

i) die Haftungsregelung***, einschließlich der Möglichkeit, Wertpapiere zu begeben, falls so beschlossen,*** gemäß Artikel 48;

j) die Rechte und Pflichten der Mitglieder der SEAP einschließlich der Verpflichtung, zu einem ausgeglichenen Haushalt beizutragen, und der Stimmrechte;

k) die ***Leitungsgremien der SEAP***, ihre Rolle, ihre Zuständigkeiten, ihre Zusammensetzung und ***das*** Beschlussfassungsverfahren ***innerhalb der SEAP***, einschließlich ***der geltenden Abstimmungsregeln***, insbesondere im Hinblick auf die Änderung der Satzung ▌gemäß ***Artikel 46;***

l) die Bestimmung der ***Arbeitssprache oder*** Arbeitssprachen der SEAP;

m) Verweise auf die Durchführungsbestimmungen zur Satzung ***der SEAP***;

n) ***Vorschriften für den Schutz von*** Verschlusssachen***;***

o) die Bestimmung der Rechtsvorschriften der Union und der der nationalen Rechtsvorschriften, die für den Umgang mit den Verteidigungsgütern gelten, die von der SEAP entwickelt, beschafft oder verwaltet werden sollen, sowie der Verwaltungskapazitäten, die vorgesehen sind, um die Einhaltung dieser Vorschriften sicherzustellen.

Für die Zwecke von Unterabsatz 1 Buchstabe k des vorliegenden Absatzes müssen die Abstimmungsregeln, die für Änderungen im Zusammenhang mit der Herangehensweise bei der Ausfuhr von Verteidigungsgütern gelten, sofern sie in der Satzung vorgesehen sind, und der finanziellen Haftungsregelung Absatz 4 des vorliegenden Artikels bzw. Artikel 48 Absatz 5 entsprechen.

(2) Wenn die Mitglieder einer SEAP beschließen, einen Pool für die industrielle Bereitschaft im Verteidigungsbereich einzurichten, enthält die Satzung die Bestimmungen für die Verwaltung ***dieses*** Pools für die industrielle Bereitschaft im Verteidigungsbereich ▌.

(3) Die von allen Mitgliedern einer SEAP gemäß Artikel 42 Absatz 1 Buchstabe b unterzeichnete und einstimmig angenommene Satzung kann eine Herangehensweise für die Ausfuhr von Verteidigungsgütern enthalten.

(4) Jede Änderung der Herangehensweise für die Ausfuhr von Verteidigungsgütern gemäß Absatz 3 wird von den Mitgliedern der SEAP einstimmig beschlossen.

Artikel 46

Änderung der Satzung ***einer SEAP***

(1) Eine Änderung der Satzung ***einer SEAP***, die die in Artikel 45 Absatz 1 Buchstaben a bis ***k*** genannten Gegenstände betrifft, ***wird gemäß den in der Satzung im Einklang mit Artikel 45 Absatz 1 Buchstabe k festgelegten Abstimmungsregeln angenommen*** und der Kommission von der SEAP zur Genehmigung vorgelegt. ▌

(2) ***Eine Änderung der Satzung, die die in Artikel 45 Absatz 3 genannten Gegenstände betrifft, wird gemäß den in der Satzung im Einklang mit Artikel 45 Absatz 1 Buchstabe k festgelegten Abstimmungsregeln angenommen und der Kommission von der SEAP innerhalb von zehn Tagen nach dem Tag ihrer Annahme mitgeteilt.***

(3) Andere Änderungen der Satzung als die in ***den Absätzen*** 1 ***und 2*** genannten werden ***gemäß den in der Satzung im Einklang mit Artikel 45 Absatz 1 Buchstabe k festgelegten Abstimmungsregeln angenommen*** und der Kommission von der SEAP innerhalb von zehn Tagen nach dem Tag ihrer Annahme vorgelegt.

(4) Die Kommission kann gegen eine in ***Absatz 3*** aufgeführte Änderung ***der Satzung*** innerhalb von ***30*** Tagen nach dem Tag ***ihrer*** Vorlage unter Angabe der Gründe, weshalb die Änderung die Anforderungen dieser Verordnung nicht erfüllt, Einwände erheben.

(5) Eine ***Änderung der Satzung gemäß Absatz 3 wird*** erst wirksam, wenn die ***in Absatz 4 genannte*** Frist für die Erhebung von Einwänden abgelaufen ist oder von der Kommission aufgehoben wurde oder wenn etwaige Einwände zurückgezogen wurden.

(6) Ein Antrag auf Änderung ***der Satzungen gemäß den Absätzen 1, 2 und 3*** enthält

a) den Wortlaut der vorgeschlagenen Änderung oder gegebenenfalls den Wortlaut der angenommen Änderung ***und***

b) die geänderte, konsolidierte Fassung der Satzung.

Artikel 47

Besondere Beschaffungsbedingungen

(1) ***Gemäß Artikel 40 Absatz 3 kann eine SEAP einen gemäß Artikel 11 Absatz 2 förderfähigen Rechtsträger mit der Durchführung von Beschaffungsmaßnahmen betrauen. Ein solcher Rechtsträger handelt im Namen oder für Rechnung dieser SEAP.***

(2) ***Für die Zwecke der Beschaffung von Verteidigungsgütern gelten SEAPs als internationale Organisationen im Sinne von Artikel 12 Buchstabe c der Richtlinie 2009/81/EG. SEAPs legen ihre eigenen Vergabevorschriften unter Einhaltung der Grundsätze fest, die für die Vergabe öffentlicher Aufträge gelten, insbesondere den Grundsätzen der Nichtdiskriminierung, der Gleichbehandlung, der Verhältnismäßigkeit und der Transparenz.***

(3) ***Bei der Beschaffung von Verteidigungsgütern wendet eine SEAP auf ihre Vergabeverfahren und Verträge Kriterien an, die sicherstellen, dass ihre Beschaffungspolitik mit den in Artikel 40 Absatz 1 genannten Zielen übereinstimmt. Eine SEAP strebt aktiv an, mehrere Rechtsträger aus verschiedenen Mitgliedstaaten in die Lieferketten für Verteidigungsgüter einzubeziehen.***

(4) ***Wird eine Beitragsvereinbarung gemäß Artikel 40 Absatz 3 geschlossen, so können die Parteien dieser Vereinbarung beschließen, dass die Vergabevorschriften des Rechtsträgers, der die Vergabe durchführt, Anwendung finden, sofern diese Vorschriften die in Absatz 2 des vorliegenden Artikels genannten Grundsätze, insbesondere die Grundsätze der Nichtdiskriminierung, der Gleichbehandlung, der Verhältnismäßigkeit und der Transparenz, einhalten.***

(5) Erwerben Mitgliedstaaten oder gegebenenfalls assoziierte Länder Verteidigungsgüter von einer SEAP, einschließlich von einem Pool für die industrielle Bereitschaft, gilt diese Beschaffung als Auftrag einer Regierung an eine andere Regierung im Sinne des Artikels 13 Buchstabe f der Richtlinie 2009/81/EG.

Artikel 48

Haftung und Versicherung

(1) Eine SEAP haftet für ihre Schulden.

(2) Die finanzielle Haftung der Mitglieder ***einer SEAP*** für die Schulden der SEAP ist auf ihre jeweiligen Beiträge zur SEAP beschränkt. Die Mitglieder können in der Satzung ***einer SEAP*** festlegen, dass sie eine pauschale Haftung über ihre jeweiligen Beiträge hinaus oder eine unbeschränkte Haftung übernehmen.

(3) Wenn die finanzielle Haftung ihrer Mitglieder beschränkt ist, schließt die SEAP geeignete Versicherungen zur Deckung der mit der Einrichtung und Verwaltung der Fähigkeiten der SEAP verbundenen Risiken ab.

(4) ***Auf einstimmigen Beschluss ihrer Mitglieder kann eine SEAP Wertpapiere gemäß den Rechtsvorschriften des Mitgliedstaats, in dessen Hoheitsgebiet sie ihren satzungsmäßigen Sitz hat, begeben. Die SEAP haftet für diese Wertpapiere***.

(5) ***Jede Änderung der Haftungsregelung oder jede Maßnahme, die sich auf die finanzielle Haftung der Mitglieder einer SEAP auswirkt, wird von diesen Mitgliedern einstimmig beschlossen.***

(6) ***Die Union ist nicht für Schulden einer SEAP haftbar.***

Artikel 49

Anwendbares Recht und Gerichtsstand

(1) Die Einrichtung und interne Funktionsweise einer SEAP unterliegen

a) dem Unionsrecht, insbesondere der vorliegenden Verordnung und ***dem*** in Artikel 42 Absatz 3 Buchstabe a genannten ***Durchführungsrechtsakt***;

b) ihrer Satzung und ihren Durchführungsvorschriften;

c) in Bezug auf Angelegenheiten, die in den Rechtsakten gemäß ***den*** Buchstaben ***a und b*** nicht oder nur teilweise geregelt sind, dem Recht des ***Mitgliedstaats***, in dessen Hoheitsgebiet die SEAP ihren satzungsmäßigen Sitz hat.

(2) ***Unbeschadet der Fälle, in denen*** der Gerichtshof der Europäischen Union ***nach den Verträgen zuständig ist, bestimmt sich die Zuständigkeit für die Beilegung von Streitigkeiten unter den Mitgliedern der SEAP in Bezug auf die SEAP, zwischen den Mitgliedern der SEAP und der SEAP sowie zwischen der SEAP und Dritten nach dem nationalen Recht des Mitgliedstaates, in dessen Hoheitsgebiet die SEAP ihren satzungsmäßigen Sitz hat***.

(3) Die ***Beitragsvereinbarungen gemäß Artikel 40 Absatz 3 legen fest, welcher Mitgliedstaat*** für die Beilegung ***von*** Streitigkeiten ***im Zusammenhang mit der betreffenden Beitragsvereinbarung zuständig ist***. ***In der Beitragsvereinbarung können auch Mechanismen für die gütliche Beilegung von Streitigkeiten vorgesehen werden. Dies gilt unbeschadet der Fälle, in denen der Gerichtshof der Europäischen Union gemäß den Verträgen zuständig ist.***

Artikel 50

Auflösung und Insolvenz

(1) In der Satzung ***einer SEAP*** wird festgelegt, welches Verfahren im Falle einer Auflösung der SEAP anzuwenden ist, wenn die Mitgliederversammlung die Auflösung beschließt oder falls die Kommission den Durchführungsrechtsakt zur Einrichtung der SEAP gemäß Artikel 51 Absatz 7 aufhebt. Die Auflösung kann die Übertragung von Tätigkeiten ***und des Eigentums an Verteidigungsgütern*** auf einen anderen Rechtsträger einschließen.

(2) Unverzüglich nach Annahme eines Auflösungsbeschlusses durch die Mitgliederversammlung, in jedem Fall jedoch innerhalb von zehn Tagen nach dieser Annahme, unterrichtet die SEAP die Kommission ***und benennt einen für die Auflösung zuständigen Vertreter***. Die Kommission veröffentlicht eine angemessene Bekanntmachung ***des Auflösungsbeschlusses*** im *Amtsblatt der Europäischen Union*.

(3) ***Das Auflösungsverfahren wird nicht vor Abschluss der Übertragung des Eigentums an den Verteidigungsgütern, die sich im Eigentum der SEAP befinden, abgeschlossen.***

(4) Unverzüglich nach Abschluss des Auflösungsverfahrens, in jedem Fall jedoch innerhalb von zehn Tagen ab seinem Abschluss, unterrichtet ***der Vertreter der*** SEAP die Kommission. Die Kommission veröffentlicht eine Bekanntmachung des Abschlusses des Verfahrens im *Amtsblatt der Europäischen Union* ▌. Ab dem Tag der Veröffentlichung der Bekanntmachung besteht die SEAP nicht mehr.

(5) Kann die SEAP ihre Schulden nicht mehr begleichen, so teilt sie dies umgehend der Kommission mit. Die Kommission veröffentlicht eine entsprechende Mitteilung im *Amtsblatt der Europäischen Union*.

Artikel 51

Berichterstattung und Kontrolle

(1) Eine SEAP erstellt einen jährlichen Tätigkeitsbericht, der eine technische Beschreibung ihrer Tätigkeiten gemäß Artikel 40 und einen dazugehörigen Finanzbericht enthält. Er wird der Kommission innerhalb von sechs Monaten, vom Ende des Geschäftsjahres an gerechnet, übermittelt. ***Die Kommission leitet den Bericht allen Mitgliedstaaten zu.***

(2) ***Die Kommission legt dem Europäischen Parlament und dem Rat einen aggregierten Jahresbericht über die Tätigkeiten aller aktiven SEAPs vor.***

(3) Die Kommission kann Empfehlungen zu den im jährlichen Tätigkeitsbericht ***gemäß Absatz 1*** behandelten Angelegenheiten an eine SEAP richten.

(4) Eine SEAP und die betreffenden Mitgliedstaaten setzen die Kommission von jedem Umstand in Kenntnis, der die Erfüllung der Aufgabe der SEAP ernsthaft zu gefährden droht oder ihre Fähigkeit zur Erfüllung der in dieser Verordnung festgelegten Anforderungen einschränken könnte.

(5) Erhält die Kommission Hinweise darauf, dass eine SEAP gegen diese Verordnung, den Durchführungsrechtsakt zu ihrer Einrichtung, ihre Satzung oder sonstiges anwendbares Recht in schwerwiegender Weise verstößt, so verlangt sie Erklärungen von der SEAP ***oder*** ihren Mitgliedern.

(6) Kommt die Kommission, nachdem sie der SEAP ***oder*** ihren Mitgliedern einen ▌Zeitraum ***von mindestens zwei Monaten*** zur Stellungnahme eingeräumt hat, zu dem Schluss, dass die SEAP gegen diese Verordnung, den Durchführungsrechtsakt zu ihrer Einrichtung, ihre Satzung oder sonstiges anwendbares Recht in schwerwiegender Weise verstößt, so kann sie der SEAP und ihren Mitgliedern Abhilfemaßnahmen vorschlagen.

(7) Falls keine Abhilfemaßnahmen ***gemäß Absatz 6 des vorliegenden Artikels*** ergriffen werden, kann die Kommission den Durchführungsrechtsakt zur Einrichtung der SEAP aufheben. Der aufhebende Rechtsakt wird im *Amtsblatt der Europäischen Union* veröffentlicht. Durch die Veröffentlichung des aufhebenden Rechtsakts wird die Auflösung der SEAP ***gemäß Artikel 50*** ausgelöst.

Kapitel VII
Versorgungssicherheit

ABSCHNITT 1
KOOPERATIVE BESCHAFFUNG VON VERTEIDIGUNGSGÜTERN

Artikel 52

Änderung von Rahmenvereinbarungen im Zusammenhang mit einer Krise im Sinne der Richtlinie 2009/81/EG

(1) Schließen mindestens zwei Mitgliedstaaten eine Vereinbarung zur gemeinsamen Beschaffung von Verteidigungsgütern ***für sich selbst oder für die Ukraine*** und rechtfertigt es die ▌Dringlichkeit ***aufgrund einer Krise im Sinne des Artikels 1 Nummer 10 der Richtlinie 2009/81/EG***, so können die Vorschriften der Absätze 2 bis ***6 des vorliegenden Artikels*** auf Rahmenvereinbarungen angewandt werden, die keine Vorschriften über die Möglichkeit einer wesentlichen Änderung der Vereinbarung enthalten***. Bei der Anwendung der Vorschriften in den Absätzen 2 und 3 des vorliegenden Artikels holt der öffentliche Auftraggeber, der die Rahmenvereinbarung geschlossen hat, die Zustimmung des Unternehmens ein, mit dem er die*** Rahmenvereinbarung ***geschlossen hat***.

(2) ***Ein*** öffentlicher Auftraggeber ***eines Mitgliedstaats*** kann eine bestehende Rahmenvereinbarung ***über Verteidigungsgüter ändern, wenn diese Rahmenvereinbarung*** mit einem Unternehmen ***geschlossen wurde***, das den ▌in Artikel 9 Absätze ▌1, ***3 und 4 der vorliegenden Verordnung festgelegten Kriterien gleichwertige Kriterien erfüllt, um neue öffentliche Auftraggeber als Vertragspartei in diese Rahmenvereinbarung aufzunehmen, sodass deren*** Bestimmungen auch für ***öffentliche*** Auftraggeber gelten, die ursprünglich nicht Vertragspartei dieser Rahmenvereinbarung waren. ***Artikel 29 Absatz 2 Unterabsatz 1 der Richtlinie 2009/81/EG gilt nicht für öffentliche Auftraggeber, die ursprünglich nicht Vertragspartei der Rahmenvereinbarung waren.***

(3) Abweichend von Artikel 29 Absatz 2 Unterabsatz 3 der Richtlinie 2009/81/EG kann ein öffentlicher Auftraggeber eines Mitgliedstaats bei der Vergabe von Aufträgen auf der Grundlage einer Rahmenvereinbarung, deren geschätzter Wert über dem in Artikel 8 der genannten Richtlinie festgelegten Schwellenwert liegt, substanzielle Änderungen der in dieser Rahmenvereinbarung festgelegten Mengen in Höhe von bis zu 100 % des Werts der Rahmenvereinbarung vornehmen, wenn diese Rahmenvereinbarung mit einem Unternehmen geschlossen wurde, das den in Artikel 9 Absätze 1, 3 und 4 der vorliegenden Verordnung festgelegten Kriterien gleichwertige Kriterien erfüllt, und sofern die Änderung für die Anwendung von Absatz 2 des vorliegenden Artikels unbedingt erforderlich ist.

(4) ***Enthält der Vertrag eine Indexierungsklausel, so wird für die Berechnung des in Absatz 3 genannten Wertes der angepasste Wert als Referenzpunkt herangezogen.***

▌

(5) ***In den Fällen*** gemäß den Absätzen 2 und ***3 gilt der Grundsatz der gleichen Rechte und Pflichten*** für die Beziehungen zwischen den ***öffentlichen*** Auftraggebern, ***die Vertragsparteien der Rahmenvereinbarung sind, insbesondere hinsichtlich der Kosten für zusätzliche beschaffte Mengen***.

(6) ***Ein*** Auftraggeber, ***der eine Rahmenvereinbarung*** in den Fällen gemäß den Absätzen 2 ***oder 3*** des vorliegenden Artikels geändert ***hat***, veröffentlicht darüber eine Bekanntmachung im *Amtsblatt der Europäischen Union*. Die Veröffentlichung einer solchen Bekanntmachung erfolgt gemäß Artikel 32 der Richtlinie 2009/81/EG.

▌

Artikel 53

Fälle, die das Verhandlungsverfahren ohne Veröffentlichung einer Bekanntmachung im Rahmen einer Initiative zur Zusammenarbeit im Verteidigungsbereich rechtfertigen

Ein öffentlicher Auftraggeber eines Mitgliedstaats kann, wenn er eine neue echte Initiative zur Zusammenarbeit im Verteidigungsbereich einrichtet oder sich einer entsprechenden bestehenden Initiative anschließt, die durch eine völkerrechtliche Übereinkunft oder eine Vereinbarung zwischen Mitgliedstaaten und, sofern relevant, einem oder mehreren assoziierten Ländern oder der Ukraine mit dem Ziel der Konvergenz der militärischen Fähigkeiten eingerichtet wurde, gemäß Artikel 28 Absatz 1 Buchstabe e der Richtlinie 2009/81/EG einen Auftrag an ein Unternehmen vergeben oder eine Rahmenvereinbarung über ein Verteidigungsgut mit einem Unternehmen schließen, sofern alle folgenden Bedingungen erfüllt sind:

a) ***das betreffende Unternehmen erfüllt Kriterien, die den in Artikel 9 Absätze 1, 3 und 4 festgelegten Kriterien gleichwertig sind;***

b) ***die im einleitenden Satz des vorliegenden Artikels genannte Initiative zur Zusammenarbeit im Verteidigungsbereich wurde vor Beginn des Vergabeverfahrens durch den öffentlichen Auftraggeber des betreffenden Mitgliedstaats eingeleitet;***

c) ***einer der anderen an der im einleitenden Satz genannten Initiative zur Zusammenarbeit im Verteidigungsbereich teilnehmenden Mitgliedstaaten hat bereits einen Auftrag an das dieses Unternehmen vergeben oder mit diesem eine Rahmenvereinbarung über ein Verteidigungsgut geschlossen;***

d) ***das zu beschaffende Verteidigungsgut ist mit dem unter Buchstabe c genannten Verteidigungsgut identisch oder wurde nur geringfügig geändert;***

e) ***die Vergabe des Auftrags oder der Abschluss des Rahmenübereinkommens ist für die Durchführung der unter s Buchstabe b genannten Initiative zur Zusammenarbeit im Verteidigungsbereich erforderlich.***

ABSCHNITT 2
VORSORGE

Artikel 54

Beschleunigung des Genehmigungsverfahrens für die zeitnahe Verfügbarkeit von und die Versorgung mit ***krisenrelevanten Gütern***

(1) Die Mitgliedstaaten sorgen dafür, dass Verwaltungsanträge bezüglich der Planung, des Baus und des Betriebs von Produktionsanlagen, der Verbringung von Eingangsmaterialien innerhalb der Union und der Qualifikation und Zertifizierung von Endprodukten effizient und zeitnah bearbeitet werden. Hierzu stellen alle betreffenden nationalen Behörden sicher, dass diese Anträge so schnell wie rechtlich möglich bearbeitet werden.

(2) Die Mitgliedstaaten sorgen dafür, dass in Planungs- und Genehmigungsverfahren Bau und Betrieb von Fabriken und Anlagen zur Produktion ***krisenrelevanter Güter*** bei der Abwägung rechtlicher Interessen im jeweiligen Einzelfall Vorrang erhalten.

Artikel 55

Erleichterung der gegenseitigen Zertifizierung

(1) Die Mitgliedstaaten nehmen eine Liste der nationalen Zertifizierungsbehörden für Verteidigungszwecke an und übermitteln sie der Kommission, die sie allen Mitgliedstaaten zur Verfügung stellt.

(2) ***Unter Berücksichtigung der Ansichten der EDA*** erstellt die Kommission ***mittels Durchführungsrechtsakten*** eine amtliche Liste der von den Mitgliedstaaten angegebenen nationalen Zertifizierungsbehörden für Verteidigungszwecke und aktualisiert sie fortlaufend. Diese Durchführungsrechtsakte werden gemäß dem in Artikel 77 Absatz 4 genannten Prüfverfahren erlassen.

(3) Eine Zertifizierungsbehörde eines Mitgliedstaats kann von der Zertifizierungsbehörde eines anderen Mitgliedstaats ▌Informationen über den Geltungsbereich der Zertifizierung bestimmter Verteidigungsgüter anfordern.

(4) Die in Absatz 1 genannten nationalen Zertifizierungsbehörden arbeiten bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben im Rahmen dieser Verordnung zusammen und leisten den Behörden anderer Mitgliedstaaten jedwede hierfür erforderliche Unterstützung. Die Kommission, die, sofern relevant, die EDA um Bereitstellung ihres Fachwissens ersucht, unterstützt eine solche Zusammenarbeit, um einen effiziente und wirksame Verbringung von Verteidigungsgütern im Binnenmarkt zu erleichtern.

▌

Artikel 56

Kartierung der Lieferketten im Verteidigungsbereich

(1) ***Mit der*** Kartierung der Lieferketten der Union im Verteidigungsbereich ***sollen die Stärken und Schwächen der Lieferketten mit Schwerpunkt auf Engpässen analysiert werden***. ***Die Kartierung fließt, sofern relevant, in die Entwicklung des Arbeitsprogramms des Programms und des Unterstützungsinstruments für die Ukraine gemäß den Artikeln 21 und 34 ein.***

(2) Die Kartierung der Lieferketten der Union im Verteidigungsbereich besteht aus den folgenden, regelmäßig durchzuführenden Tätigkeiten:

a) Bestimmung der einschlägigen Herstellungskapazitäten und Lieferketten für Verteidigungsgüter gemäß Absatz 5;

b) Bestimmung krisenrelevanter Güter und der entsprechenden Herstellungskapazitäten gemäß Absatz 9;

c) Aggregation, Abgleich und Bewertung der gemäß den Absätzen 6, 7, und 8 erhobenen Daten;

d) Bestimmung von Frühwarnindikatoren gemäß Absatz 11 und

e) Bestimmung der Hauptlieferanten krisenrelevanter Güter und ihrer Produktionskapazitäten gemäß den Absätzen 12 und 13.

(3) ***Die Kommission führt in Zusammenarbeit mit dem Ausschuss für die Versorgungssicherheit im Verteidigungsbereich (im Folgenden „Ausschuss“) die in Absatz 2 Buchstaben b, c und d genannten Tätigkeiten durch. Die Mitgliedstaaten führen die in Absatz 2 Buchstaben a und e genannten Tätigkeiten durch. Jeder Mitgliedstaat kann die Kommission ersuchen, in seinem Namen die in Absatz 2 Buchstaben a und e genannten Tätigkeiten durchzuführen.***

▌

(4) Die Kommission entwickelt nach Konsultation des Ausschusses einen Rahmen und eine Methodik für die ***Bestimmung*** krisenrelevanter Güter, wobei der Schwerpunkt auf ***bestehenden*** Engpässen liegt, sowie für die entsprechenden Herstellungskapazitäten in der Union ***und für die Kartierung der Lieferketten für diese Güter***. ***Diese Methodik baut auf Rahmen oder Methodiken, die in den Mitgliedstaaten bestehen, auf. Zu diesem Zweck kann der Ausschuss Empfehlungen zur Art der für die Kartierung der Lieferketten für krisenrelevante Güter geeigneten Informationen, zu den technischen Spezifikationen und Formaten für die Übermittlung dieser Informationen und zur Periodizität dieser Übermittlung abgeben.***

(5) ***Die Mitgliedstaaten bestimmen auf der Grundlage des Rahmens und der Methodik, die gemäß Absatz 4 entwickelt wurden, die einschlägigen Herstellungskapazitäten und Lieferketten für Verteidigungsgüter in ihrem jeweiligen Hoheitsgebiet und stellen der Kommission das ermittelte Ergebnis bereit.***

(6) ***Die Kommission aggregiert die von den Mitgliedstaaten gemäß Absatz 5 bereitgestellten Daten und führt einen Abgleich durch, um eine Liste der krisenrelevanten Güter und der entsprechenden Herstellungskapazitäten zu bestimmen und die Stärken und Schwächen der Lieferketten der Union für solche Güter zu bewerten.***

▌

(7) Zur ***Ergänzung der von den Mitgliedstaaten bereitgestellten Daten*** nutzt die Kommission ▌öffentlich und kommerziell verfügbare Daten und einschlägige nicht vertrauliche Informationen ***von Wirtschaftsteilnehmern sowie*** die Ergebnisse ähnlicher – einschließlich im Zusammenhang mit dem Unionsrecht über Rohstoffe, ***Halbleiter*** und erneuerbare Energien ***durchgeführter – Analysen, die Ergebnisse der einschlägigen Tätigkeiten der EDA, die Ergebnisse der gemäß Artikel 58 durchgeführten Stresstests und die Ergebnisse der*** gemäß Artikel 85 Absatz 2 durchgeführten ***Evaluierung***.▌

(8) ***Reichen die in Absatz 6 und 7 genannten Daten nicht dafür aus, dass die Kommission ihre Aufgaben gemäß Absatz 6 wahrnehmen kann, so kann sie die einschlägigen Akteure der betreffenden Lieferketten mit Sitz in der Union ersuchen, dem Mitgliedstaat, in dessen Hoheitsgebiet sich die Produktionsstätte des betreffenden Wirtschaftsteilnehmers befindet, auf freiwilliger Basis Informationen bereitzustellen. Die Kommission weist in ihrem Ersuchen ausdrücklich darauf hin, dass es dem Wirtschaftsteilnehmer freisteht, ein solches Ersuchen abzulehnen. Das Ersuchen um Informationen enthält die Kontaktdaten der zuständigen nationalen Behörden des Mitgliedstaats, in dessen Hoheitsgebiet sich die Produktionsstätte des betreffenden Wirtschaftsteilnehmers befindet, wobei die Antwort an diese Behörden zu richten ist. Beschließt der Wirtschaftsakteur, dem betreffenden Mitgliedstaat die angefragten Informationen bereitzustellen, so stellt der betroffene Mitgliedstaat diese Informationen der Kommission zur Verfügung.***

(9) Die Kommission erstellt im Wege ***eines Durchführungsrechtsakts die*** Liste krisenrelevanter Güter und aktualisiert sie regelmäßig. ***Dieser Durchführungsrechtsakt wird*** gemäß dem in Artikel 77 Absatz 4 genannten Prüfverfahren erlassen.

(10) Die Kommission unterrichtet den Ausschuss ***jährlich oder auf Antrag eines der Mitglieder des in Artikel 76 Absatz 5*** genannten ***Ausschusses*** über die aggregierten Ergebnisse der ***Kartierung***. ***Diese Ergebnisse sind Verschlusssachen.***

(11) Die Kommission erstellt auf der Grundlage der Ergebnisse der ***gemäß den Absätzen 4, 6 und 7*** durchgeführten Tätigkeiten und nach Konsultation des Ausschusses ▌eine Liste von Frühwarnindikatoren***, anhand deren die Faktoren bestimmt werden sollen, durch die die Versorgung mit krisenrelevanten Gütern gestört, beeinträchtigt oder negativ beeinflusst werden könnte***. Die Kommission überprüft die Liste der Frühwarnindikatoren nach Konsultation des Ausschusses regelmäßig und mindestens alle zwei Jahre.

(12) Die Mitgliedstaaten bestimmen in Zusammenarbeit mit der Kommission und, sofern relevant, der EDA nach dem Erlass des Durchführungsrechtsakts gemäß Absatz 9 des vorliegenden Artikels ohne unnötige Verzögerung die in ihrem Hoheitsgebiet niedergelassenen Hauptlieferanten krisenrelevanter Güter. Jeder Mitgliedstaat teilt den in seinem Hoheitsgebiet niedergelassenen Hauptlieferanten krisenrelevanter Güter mit, dass sie gemäß dem vorliegenden Absatz bestimmt wurden, und informiert sie über die Pflicht zur Meldung von Störungen der Versorgung mit krisenrelevanten Gütern gemäß Artikel 57 Absatz 1 Buchstabe c. Diese Mitteilung enthält auch die einschlägigen Kontaktdaten der zuständigen nationalen Behörden, an die diese Meldung zu übermitteln ist.

(13) ***Bei der Bestimmung der Hauptlieferanten gemäß Absatz 12 können folgende Elemente berücksichtigt werden:***

a) ***der Marktanteil des Anbieters, der das krisenrelevante Gut auf dem Markt anbietet;***

b) ***die Bedeutung des Lieferanten für die Aufrechterhaltung einer ausreichenden Versorgung mit krisenrelevanten Gütern in der Union unter Berücksichtigung der Verfügbarkeit alternativer Mittel für die Bereitstellung der jeweiligen Güter; oder***

c) ***die Auswirkungen, die eine Störung der Versorgung mit den von dem Lieferanten bereitgestellten krisenrelevanten Gütern auf das Funktionieren des Binnenmarkts haben könnte.***

(14) ***Unbeschadet des Absatzes 10 des vorliegenden Artikels*** werden alle gemäß dem vorliegenden Artikel erlangten Informationen im Einklang mit den in Artikel 80 festgelegten Vertraulichkeitspflichten behandelt.

(15) Dieser Artikel lässt ***das Recht jedes Mitgliedstaats, seine wesentlichen*** Sicherheitsinteressen gemäß Artikel 346 Absatz 1 Buchstabe a AEUV ***zu schützen,*** unberührt.

Artikel 57

Überwachung

(1) ***Die Mitgliedstaaten und*** die Kommission überwachen in ***Zusammenarbeit*** mit dem Ausschuss ▌regelmäßig die Herstellungskapazitäten der Union, die für die Versorgung mit gemäß Artikel 56 Absatz ***9 bestimmten*** krisenrelevanten Gütern erforderlich sind, ***mit dem Ziel, mögliche Risiken für*** die Versorgung mit ***diesen*** Gütern zu ermitteln ▌. Im Rahmen dieser Überwachung:

a) überwacht ***die Kommission Zusammenarbeit mit dem Ausschuss*** die gemäß Artikel 56 Absatz 11 bestimmten Frühwarnindikatoren, ***einschließlich durch Aggregierung aller von den Mitgliedstaaten erhaltenen Beiträge auf der Grundlage von auf nationaler Ebene erhobenen Informationen***;

b) überwachen ▌die Mitgliedstaaten ***vor dem Hintergrund*** der ***Frühwarnindikatoren, ob die*** in Artikel ***56 Absatz 12 genannten Hauptlieferanten krisenrelevanter Güter ihre Tätigkeiten durchführen können, und erstatten dem Ausschuss Bericht über alle*** Ereignisse, ***die negative und dauerhafte Auswirkungen auf die zeitnahe Verfügbarkeit dieser Güter und die Versorgung mit ihnen haben*** könnten.

c) melden die Hauptlieferanten krisenrelevanter Güter Störungen der Versorgung, die ihre Tätigkeiten im Zusammenhang mit der Produktion dieser Güter erheblich beeinträchtigen könnten, dem Mitgliedstaat, in dessen Hoheitsgebiet sie niedergelassen sind, wenn sie eine solche Störung feststellen, o und der betreffende Mitgliedstaat teilt diese Informationen der Kommission unverzüglich mit;

d) ***die Kommission legt nach Konsultation des Ausschusses*** bewährte Verfahren zur präventiven Risikominderung und zur Erhöhung der Transparenz der Herstellungskapazitäten der Union, die für die Versorgung mit krisenrelevanten Gütern erforderlich sind, ***fest***.

Die Kommission legt nach Konsultation des Ausschusses ▌die Häufigkeit der in Unterabsatz 1 genannten Überwachung fest.

(2) Die Kommission ***und die Mitgliedstaaten*** achten besonders auf KMU, um den mit der ***Überwachung gemäß Absatz 1*** verbundenen Verwaltungsaufwand so gering wie möglich zu halten, ***und können erforderlichenfalls spezifische Unterstützung leisten***.

(3) Die Kommission kann nach Konsultation des Ausschusses ▌***die in*** Artikel ***56 Absatz 12 genannten Hauptlieferanten krisenrelevanter Güter***, die Mitgliedstaaten, nationale Verbände der Verteidigungsindustrie und andere einschlägige Interessenträger ersuchen, auf freiwilliger Basis Informationen für die Zwecke der Durchführung von Überwachungstätigkeiten gemäß Absatz 1 Unterabsatz 1 Buchstabe a bereitzustellen.

(4) Für die Zwecke des Absatzes 1 Unterabsatz 1 Buchstabe b können die Mitgliedstaaten ***die in*** Artikel ***56 Absatz 12 genannten Hauptlieferanten krisenrelevanter*** um Informationen auf freiwilliger Basis ersuchen, sofern dies erforderlich und verhältnismäßig ist.

(5) Für die Zwecke des Absatzes 3 ▌erstellen und führen die zuständigen Behörden ***der Mitgliedstaaten*** eine Kontaktliste ***der*** in ihrem Hoheitsgebiet niedergelassenen ***Hauptlieferanten krisenrelevanter*** Güter. Diese Liste wird der Kommission übermittelt. ***Innerhalb des Ausschusses*** legt die Kommission ein standardisiertes Format für diese Kontaktliste fest ▌.

(6) Unbeschadet ▌des Schutzes vertraulicher Geschäftsinformationen ▌stellen die Mitgliedstaaten dem Ausschuss ▌zusätzliche einschlägige Informationen zur Verfügung, insbesondere Informationen in Bezug auf die ***Festgestellung von Problemen bei der Versorgung mit krisenrelevanten Gütern in der Union und in Bezug auf einschlägige*** künftige Maßnahmen auf nationaler Ebene für die Beschaffung, den Erwerb oder die Herstellung krisenrelevanter Güter.

(7) Auf der Grundlage der im Rahmen der ***Überwachungstätigkeiten*** gemäß ***dem vorliegenden Artikel*** erhobenen Informationen legt die Kommission dem Ausschuss ▌regelmäßig einen Bericht über die aggregierten Ergebnisse vor. ***Dieser Bericht ist Verschlusssache.*** Der Ausschuss ▌tritt zusammen, um die Ergebnisse ***dieses Berichts zu bewerten und gegebenenfalls potenzielle Lösungen für Angelegenheiten von gemeinsamem Interesse zu bestimmen***. Gegebenenfalls kann die ***Kommission nach Konsultation des*** Ausschusses ▌nationale Verbände der Verteidigungsindustrie, ***in*** Artikel ***56 Absatz 12 genannte Hauptlieferanten krisenrelevanter Güter*** und Experten aus Wissenschaft und Zivilgesellschaft zu solchen Sitzungen einladen.

(8) Dieser Artikel lässt ***das Recht jedes Mitgliedstaats, seine*** wesentlichen Sicherheitsinteressen gemäß Artikel 346 Absatz 1 Buchstabe a AEUV ***zu schützen,*** unberührt.

Artikel 58

Stresstests

(1) Die Kommission bestimmt nach Konsultation des Ausschusses einschlägige Themen für die Durchführung von Stresstests.

(2) Die Kommission führt unter Berücksichtigung der gemäß Absatz 1 des vorliegenden Artikels bestimmten Themen Stresstests durch und koordiniert diese, einschließlich Simulationen, die darauf abzielen, eine Versorgungskrise gemäß Artikel 66 vorherzusehen und sich darauf vorzubereiten, und kann insbesondere:

a) Szenarien und Parametern, mit denen die besonderen Risiken im Zusammenhang mit einer Versorgungskrise erfasst werden, entwickeln, um die potenziellen Auswirkungen auf die Bereitstellung von krisenrelevanten Gütern und das ordnungsgemäße Funktionieren des Binnenmarkts zu bewerten;

b) die Entwicklung von Strategien zur Krisenvorsorge erleichtern und fördern;

c) Risikominderungsmaßnahmen nach Abschluss der Stresstests in Zusammenarbeit mit dem Ausschuss bestimmen.

(3) Die Kommission kann regelmäßig Stresstests gemäß Absatz 2 durchführen. Der Ausschuss gibt Empfehlungen zur Häufigkeit der Durchführung von derartigen Stresstests ab.

(4) Die Kommission ersucht Vertreter aller Mitgliedstaaten, an Stresstests gemäß Absatz 2 teilzunehmen. Nach Konsultation des Ausschusses kann die Kommission auch Vertreter des Hohen Vertreters, der EDA oder anderer einschlägiger Akteure einladen, sich an solchen Tests zu beteiligen.

(5) Auf Antrag von zwei oder mehr Mitgliedstaaten kann die Kommission in bestimmten geografischen Gebieten oder Grenzregionen in diesen Mitgliedstaaten Stresstests durchführen.

(6) Nach Abschluss der gemäß diesem Artikel durchgeführten Stresstests teilt die Kommission den teilnehmenden Mitgliedstaaten die Ergebnisse mit. Die Kommission übermittelt dem Ausschuss unverzüglich einen Bericht mit Empfehlungen auf der Grundlage der Ergebnisse dieser Stresstests. Diese Ergebnisse und dieser Bericht sind Verschlusssachen.

Artikel 59

Warnung und Präventivmaßnahmen

(1) Erhält eine zuständige ▌Behörde ***eines Mitgliedstaats*** Kenntnis von der Gefahr einer schwerwiegenden Störung ***der Versorgung*** mit einem krisenrelevanten Gut oder verfügt sie über konkrete und zuverlässige Informationen über andere relevante Risikofaktoren oder Ereignisse, die sich ***wesentlich*** auf die Versorgung mit einem krisenrelevanten Gut auswirken, so warnt sie unverzüglich den Ausschuss.

(2) Um festzustellen, ob die Gefahr einer schwerwiegenden Störung in der Versorgung mit einem krisenrelevanten Gut eine Warnung gemäß Absatz 1 auslösen sollte, berücksichtigen die Mitgliedstaaten Folgendes:

a) die Marktstellung der Wirtschaftsteilnehmer, die von der Störung betroffen sein könnten,

b) die voraussichtliche Dauer der potenziellen Störung,

c) das geografische Gebiet und den Anteil des Binnenmarkts, der von der potenziellen Störung betroffen ist, ihre möglichen grenzübergreifenden Auswirkungen sowie ihre möglichen Auswirkungen auf besonders anfällige oder exponierte geografische Gebiete und

d) die Auswirkungen der potenziellen Störung auf die Versorgung mit krisenrelevanten Gütern.

(3) Erlangt der Ausschuss oder die Kommission Kenntnis von der Gefahr einer schwerwiegenden Störung ***der Versorgung mit*** einem krisenrelevanten Gut oder verfügt er bzw. sie über konkrete und zuverlässige Informationen über andere relevante Risikofaktoren oder Ereignisse, die sich ***wesentlich*** auf die Versorgung mit einem krisenrelevanten Gut auswirken, einschließlich auf der Grundlage von Frühwarnindikatoren, aufgrund einer Warnung gemäß Absatz 1 oder durch internationale Partner, so ergreift die Kommission unverzüglich die folgenden Präventivmaßnahmen:

a) sie beruft eine außerordentliche Sitzung des Ausschusses ein, um folgende Maßnahmen zu koordinieren:

i) Erörterung der Schwere der ***potenziellen*** Störungen der Verfügbarkeit der betreffenden krisenrelevanten Güter und der Versorgung mit ihnen;

ii) Empfehlung an die Kommission, im Einklang mit den ***Kapiteln II und III*** Maßnahmen einzuleiten;

iii) Erörterung der Vorgehensweisen ***und Austausch bewährter Verfahren*** der zuständigen ▌Behörden ***der Mitgliedstaaten*** einschließlich einer Bewertung des Stands der Vorsorge bei den ***Hauptlieferanten krisenrelevanter Güter***;

iv) ***Einladung an die Mitgliedstaaten***, einen Dialog mit Interessenträgern aus dem Bereich der Herstellungskapazitäten der Union, die für die Versorgung mit krisenrelevanten Gütern erforderlich sind, aufzunehmen, um Präventivmaßnahmen zu bestimmen, vorzubereiten und gegebenenfalls zu koordinieren;

v) Erörterung, ***ob*** die Aktivierung des in Artikel 60 genannten ***Versorgungskrisenzustands*** erforderlich und verhältnismäßig ***wäre***;

b) sie ***leitet*** im Namen der Union***, nach Konsultation des Ausschusses,*** Konsultationen oder eine Zusammenarbeit mit einschlägigen Drittländern und internationalen Organisationen ***ein***, um unter Einhaltung internationaler Verpflichtungen kooperative Lösungen zur ***Vermeidung oder*** Bewältigung von Störungen der Lieferkette zu finden; dazu kann gegebenenfalls die Durchführung der Koordinierung in einschlägigen internationalen Foren gehören***;***

c) sie stellt Synergien mit einschlägigen Programmen und Rechtsakten der Union sicher.

(4) Dieser Artikel lässt das Recht jedes Mitgliedstaats, seine wesentlichen Sicherheitsinteressen gemäß Artikel 346 Absatz 1 Buchstabe a AEUV zu schützen, unberührt.

ABSCHNITT 3

ABSCHWÄCHUNG EINER VERSORGUNGSKRISE

Artikel 60

Aktivierung des Versorgungskrisenzustands

(1) Eine Versorgungskrise gilt als eingetreten, wenn

a) es schwerwiegende ***Störungen oder eine unmittelbare Gefahr solcher*** Störungen bei der Bereitstellung ***krisenrelevanter*** Güter gibt ▌ und

b) solche ***schwerwiegenden Störungen oder deren unmittelbare Gefahr zur Annahme voneinander abweichender nationaler Maßnahmen in Bezug auf krisenrelevante Güter, bei denen es sich nicht um*** Verteidigungsgüter ***handelt, führen oder voraussichtlich führen werden, die das ordnungsgemäße Funktionieren des Binnenmarkts, insbesondere durch Hindernisse für den grenzüberschreitenden Handel mit solchen krisenrelevanten Gütern, und*** das Funktionieren der Lieferketten der Union im Verteidigungsbereich erheblich beeinträchtigen ▌.

(2) Erlangt ***die Kommission oder der Ausschuss*** gemäß Artikel 59 ***Kenntnis von einer Gefahr einer schwerwiegenden Störung der Versorgung mit krisenrelevanten Gütern oder verfügt sie bzw. er über konkrete und zuverlässige Informationen über andere, sich ergebende relevante Risikofaktoren oder Ereignisse, die sich wesentlich auf die Versorgung mit solchen Gütern auswirken, so bewertet die Kommission nach Konsultation des Ausschusses***, ob die in Absatz 1 des vorliegenden Artikels vorgesehenen Bedingungen erfüllt sind. Bei dieser Bewertung werden die potenziellen ▌Auswirkungen und Folgen des ***Versorgungskrisenzustands*** auf die Lieferketten ▌***für die betreffenden krisenrelevanten Güter innerhalb der Union, die Ergebnisse der gemäß Artikel 58 durchgeführten Stresstests sowie*** Bewertungen in anderen einschlägigen Krisenmanagementrahmen der Union berücksichtigt. Ergibt diese Bewertung konkrete und zuverlässige Belege, so kann die Kommission dem Rat nach Konsultation des Ausschusses vorschlagen, den Versorgungskrisenzustand zu aktivieren. ***Wenn die Kommission dem Rat vorschlägt, den Versorgungskrisenzustand zu aktivieren, unterrichtet sie das Europäische Parlament darüber.***

(3) Der Rat kann im Wege eines mit qualifizierter Mehrheit angenommenen Durchführungsrechtsakts den Versorgungskrisenzustand ***auf Vorschlag der Kommission*** aktivieren. Die Dauer des Versorgungskrisenzustands wird im Durchführungsrechtsakt festgelegt und beträgt ***zunächst*** höchstens zwölf Monate. ***In diesem Durchführungsrechtsakt wird auch festgelegt, welche der in den Artikeln 62 und 63 genannten Maßnahmen aktiviert werden. Darüber hinaus kann im Durchführungsrechtsakt bestimmt werden, für welche krisenrelevanten Güter, bei denen es sich nicht um Verteidigungsgüter handelt, diese Maßnahmen aktiviert werden.***

(4) Der Rat kann den Vorschlag gemäß Absatz 3 mit qualifizierter Mehrheit abändern.

(5) Die Kommission berichtet dem Rat und dem Europäischen Parlament regelmäßig und mindestens alle drei Monate über den ***Versorgungskrisenzustand***.

(6) Vor Ablauf der Dauer des ***Versorgungskrisenzustands*** bewertet die Kommission ***unter Berücksichtigung der Empfehlung des Ausschusses***, ob es ***angebracht*** ist, sie zu verlängern. Ergibt eine solche Bewertung konkrete und zuverlässige Belege dafür, dass die Bedingungen für die Aktivierung des Versorgungskrisenzustands noch erfüllt sind, so kann die Kommission dem Rat nach Konsultation des Ausschusses vorschlagen, den ***Versorgungskrisenzustand*** zu verlängern.

(7) Der Rat kann im Wege eines mit qualifizierter Mehrheit angenommenen Durchführungsrechtsakts den ***Versorgungskrisenzustand auf Vorschlag der Kommission*** verlängern. Die Dauer der Verlängerung ist ***auf höchstens zwölf Monate*** begrenzt und wird im Durchführungsrechtsakt festgelegt.

▌

(8) Während des Versorgungskrisenzustands bewertet die Kommission nach Konsultation des Ausschusses, ob eine vorzeitige Beendigung des ***Versorgungskrisenzustands*** angemessen ist. Wenn die Bewertung dies ergibt, kann die Kommission dem Rat vorschlagen, den Versorgungskrisenzustand zu beenden.

(9) Der Rat kann im Wege eines mit qualifizierter Mehrheit angenommenen Durchführungsrechtsakts den Versorgungskrisenzustand ***auf Vorschlag der Kommission vor dem in dem Durchführungsrechtsakt gemäß Absatz 3 oder 7 festgelegten Ablaufdatum beenden***.

(10) Während des ***Versorgungskrisenzustands*** beruft die Kommission auf Antrag eines Mitgliedstaats oder auf eigene Initiative erforderlichenfalls außerordentliche Sitzungen des Ausschusses ein. ***Im Einklang mit Artikel 76 Absatz 10 lädt der Ausschuss gegebenenfalls hochrangige Vertreter der Industrie zu Treffen in besonderer Zusammensetzung ein, um Fragen im Zusammenhang mit krisenrelevanten Gütern zu erörtern.*** Die Mitgliedstaaten arbeiten ***im Rahmen des Ausschusses*** eng mit der Kommission zusammen, ***um die Abstimmung aller Unionsmaßnahmen und*** nationalen Maßnahmen sicherzustellen, die in Bezug auf die ***Lieferketten der betreffenden krisenrelevanten Güter, bei denen es sich nicht um Verteidigungsgüter handelt,*** ergriffen werden.

(11) Mit Ablauf des Zeitraums, für den der Versorgungskrisenzustand aktiviert oder verlängert wurde, oder ***mit*** seiner vorzeitigen Beendigung endet ***umgehend*** die Anwendung der gemäß den Artikeln 62 und 63 ergriffenen Maßnahmen. ***Durchführungsrechtsakte, die gemäß Artikel 63 Absätze 7 und 9 erlassenen wurden, gelten jedoch weiter, bis die betreffenden vorrangigen Ersuchen oder die betreffenden vorrangigen Aufträge ausgeführt sind***.

(12) Die Kommission ***und die Mitgliedstaaten*** aktualisieren die Kartierung und die Überwachung der Lieferketten der Union im Verteidigungsbereich gemäß den Artikeln 56 und 57 unter Berücksichtigung der Erfahrungen aus der ***Versorgungskrise*** spätestens sechs Monate nach Ablauf ***oder vorzeitiger Beendigung*** des Versorgungskrisenzustands.

Artikel 61

Instrumentarium für Versorgungskrisen

(1) Wird der Versorgungskrisenzustand gemäß Artikel 60 aktiviert und ist dies zur Bewältigung der Versorgungskrise in der Union erforderlich, so kann die Kommission ***mit dem gemäß Artikel 60 Absatz 3 vom Rat erlassenen Durchführungsrechtsakt*** die in den ***Artikeln 62 und 63*** vorgesehenen Maßnahmen ergreifen.

(2) Die Kommission beschränkt die Anwendung der Maßnahmen ***gemäß Absatz 1*** nach Konsultation des Ausschusses auf diejenigen krisenrelevanten Güter, bei denen ***es sich nicht um Verteidigungsgüter handelt und bei denen es*** aufgrund der Versorgungskrise ***zu einer schwerwiegenden Störung kommt oder die unmittelbare Gefahr solcher Störungen besteht***. Die ***Anwendung*** der Maßnahmen gemäß Absatz 1 ▌muss verhältnismäßig und auf das Maß beschränkt sein, das zur Bewältigung schwerwiegender Störungen ***oder zur Minderung der unmittelbaren Gefahr solcher Störungen*** mit Auswirkungen auf die Lieferketten für die ***betreffenden*** krisenrelevanten Güter in der Union erforderlich ist, und ***muss*** im besten Interesse der Union liegen. Bei der ***Anwendung*** dieser Maßnahmen wird vermieden, insbesondere KMU einen unverhältnismäßigen Verwaltungsaufwand aufzuerlegen.

(3) Wird der Versorgungskrisenzustand gemäß Artikel 60 aktiviert und ist es zur Bewältigung der Versorgungskrise in der Union angemessen, so ***bewertet*** der Ausschuss angemessene und wirksame ▌Maßnahmen und erteilt Rat dazu.

(4) Die Kommission unterrichtet das Europäische Parlament und den Rat regelmäßig über alle gemäß Absatz 1 ergriffenen Maßnahmen und erläutert die Gründe für ihr Handeln.

(5) Die Kommission ***gibt unter Berücksichtigung der Empfehlung*** des Ausschusses Leitlinien für die Durchführung und den Einsatz der ***in den Artikeln 62 und 63 vorgesehenen*** ▌Maßnahmen heraus.

Artikel 62

Informationsersuchen

(1) Wird ***die Maßnahme nach dem vorliegenden Artikel vom Rat*** gemäß Artikel 60 Absatz 3 aktiviert, so kann die Kommission, ***sofern die verfügbaren Informationen nicht ausreichend sind, einen Wirtschaftsteilnehmer,*** der zur Herstellung krisenrelevanter Güter beiträgt, bei denen es sich nicht um Verteidigungsgüter handelt, nach vorheriger Zustimmung des Mitgliedstaats, ***in dessen Hoheitsgebiet sich die Produktionsstätte dieses Wirtschaftsteilnehmers befindet***, ersuchen, innerhalb einer bestimmten Frist ***diesem Mitgliedstaat*** Informationen über seine Produktionsfähigkeiten, Produktionskapazitäten und derzeitigen Hauptstörungen bereitzustellen. ***Der betreffende Mitgliedstaat stellt die angefragten Informationen der Kommission zur Verfügung.*** Die angefragten Informationen werden auf das beschränkt, was erforderlich ist, um die Art der Versorgungskrise zu bewerten oder mögliche ▌ Minderungsmaßnahmen zu bestimmen und zu bewerten**.**

(2) Bevor die Kommission ein Informationsersuchen gemäß Absatz 1 stellt und ***nach vorheriger Zustimmung des Mitgliedstaats, in dessen Hoheitsgebiet sich die Produktionsstätte des betreffenden Wirtschaftsteilnehmers befindet***, kann sie eine freiwillige Konsultation einer repräsentativen Zahl einschlägiger ***Wirtschaftsteilnehmer*** durchführen, um den angemessenen und verhältnismäßigen Inhalt eines solchen Ersuchens zu ermitteln. Die Kommission arbeitet das Informationsersuchen in Zusammenarbeit mit dem Ausschuss ▌ aus.

(3) Die Kommission leitet unverzüglich eine Kopie des Informationsersuchens an die zuständige nationale Behörde des Mitgliedstaats weiter, in dessen Hoheitsgebiet sich die Produktionsstätte des betreffenden ***Wirtschaftsteilnehmers*** befindet.

(4) Das Informationsersuchen:

a) enthält dessen Rechtsgrundlage;

b) ist auf das erforderliche Mindestmaß beschränkt und im Hinblick auf die Granularität und den Umfang der ***angeforderten*** Daten sowie die Häufigkeit des Zugangs zu diesen Daten verhältnismäßig;

c) berücksichtigt die berechtigten ***Interessen*** des ***Wirtschaftsteilnehmers*** sowie die Kosten und den Aufwand, die für die Bereitstellung der Daten erforderlich sind;

d) ***enthält die Kontaktinformationen der zuständigen nationalen Behörden des Mitgliedstaats, in dessen Hoheitsgebiet sich die Produktionsstätte des betreffenden Wirtschaftsteilnehmer befindet, wobei die Antwort an diese Behörden zu richten ist***;

e) enthält die Frist, innerhalb deren die Informationen ***dem betreffenden Mitgliedstaat*** bereitzustellen sind; und

f) enthält die in Artikel 75 vorgesehenen Sanktionen.

(5) Stimmt der betreffende Mitgliedstaat dem zu, ein Informationsersuchen gemäß Absatz 1 zu stellen, so kann er beschließen, das von der Kommission gemäß den Absätzen 2 und 4 erstellte Ersuchen direkt an den betreffenden Wirtschaftsteilnehmer zu richten.

(6) ***Jeder betroffene Wirtschaftsteilnehmer oder eine*** zur Vertretung ***dieses Wirtschaftsteilnehmers ordnungsgemäß befugte Person*** stellt dem betreffenden ***Mitgliedstaat*** die angefragten Informationen ***auf individueller Basis*** bereit.

(7) Der betreffende Mitgliedstaat stellt sicher, dass die angefragten Informationen der Kommission unverzüglich zur Verfügung gestellt werden.

(8) Wird ein in der Union niedergelassener ***Wirtschaftsteilnehmer*** von einem Drittland um Informationen im Zusammenhang mit seinen Tätigkeiten ***zur Versorgung mit krisenrelevanten Gütern, bei denen es sich nicht um Verteidigungsgüter handelt, ersucht***, so unterrichtet ***er zeitnah den Mitgliedstaat, in dessen Hoheitsgebiet sich seine Produktionsstätte befindet. Dieser Mitgliedstaat wiederum unterrichtet*** die Kommission ▌in einer Weise, die es ***dem betreffenden Mitgliedstaat und*** der Kommission ermöglicht, den ***Wirtschaftsteilnehmer*** um ähnliche Informationen zu ersuchen. Die Kommission unterrichtet den Ausschuss ▌über das Vorliegen ***eines solchen*** Ersuchens eines Drittlands.

(9) Stellt ein ***Wirtschaftsteilnehmer*** auf ein Ersuchen gemäß diesem Artikel hin unrichtige, unvollständige oder irreführende Informationen bereit oder stellt er die Informationen nicht innerhalb der gesetzten Frist bereit, so werden im Einklang mit Artikel 72 festgesetzte Geldbußen verhängt, es sei denn, der ***Wirtschaftsteilnehmer*** hat hinreichende Gründe, die angefragten Informationen nicht bereitzustellen ***oder sie nicht innerhalb der vorgeschriebenen Frist bereitzustellen, insbesondere wenn die Bearbeitung des Informationsersuchens durch einen Wirtschaftsteilnehmer dessen Tätigkeiten erheblich stören könnte, wenn die Informationen als Verschlusssache und als ausschließlich für den nationalen Gebrauch eingestuft sind oder wenn die Offenlegung dieser Informationen die Geschäftstätigkeit des Wirtschaftsteilnehmers erheblich beeinträchtigen könnte***.

(10) Die Kommission ***und der betreffende Mitgliedstaat*** nutzen für das Informationsersuchen sichere Wege und behandeln alle erlangten Informationen im Einklang mit Artikel 80. ▌

(11) ***Dieser Artikel lässt das Recht jedes Mitgliedstaats, seine wesentlichen Sicherheitsinteressen gemäß Artikel 346 Absatz 1 Buchstabe a AEUV zu schützen, unberührt.***

Artikel 63

Vorrangige Behandlung von Gütern, bei denen es sich nicht um Verteidigungsgüter handelt

(1) ***Wird die Maßnahme nach dem vorliegenden Artikel vom Rat gemäß*** Artikel 60 Absatz 3 aktiviert, so kann ein Mitgliedstaat, der ▌entweder bei der Erteilung eines Auftrags ***im Zusammenhang*** mit der Versorgung mit krisenrelevanten Gütern oder bei der Ausführung eines solchen Auftrags mit gravierenden Schwierigkeiten konfrontiert ist ▌, ein Ersuchen an die Kommission stellen, ***einen Wirtschaftsteilnehmer zu ersuchen***, ***einen bestimmten*** Auftrag über krisenrelevante Güter, bei denen es sich nicht um Verteidigungsgüter handelt, anzunehmen oder vorrangig zu behandeln***.***

(2) Auf ein Ersuchen gemäß Absatz 1 hin kann die Kommission, ***wenn die Herstellung von oder die Versorgung mit krisenrelevanten Gütern, bei denen es sich nicht um Verteidigungsgüter handelt, nicht durch eine andere in diesem Kapitel vorgesehene Maßnahmen erreicht werden kann, ein Ersuchen an den betreffenden Wirtschaftsteilnehmer richten, und zwar nach***

a) ***Konsultation und Erhalt der vorherigen Zustimmung des Mitgliedstaats, in dessen Hoheitsgebiet sich die Produktionsstätte des betreffenden Wirtschaftsteilnehmers befindet, und***

b) ***nach Konsultation des Mitgliedstaats, in dessen Hoheitsgebiet sich die Leitungs- und Verwaltungsstruktur des betreffenden Wirtschaftsteilnehmers befindet.***

(3) In dem Ersuchen gemäß Absatz 2 müssen die Rechtsgrundlage für das Ersuchen, die Produkte, ihre Eigenschaften und Mengen, der Zeitplan und die Frist zur Ausführung und zum Abschluss des Auftrags, die Reihenfolge, sowie die Gründe, die die Einstufung als vorrangiges Ersuchen rechtfertigen, angegeben sein.

(4) Die Kommission weist nach, dass die Wahl der Empfänger und Begünstigten des in Absatz 2 genannten Ersuchens diskriminierungsfrei ist und mit den Wettbewerbsvorschriften der Union im Einklang steht.

(5) Die Kommission stützt das Ersuchen gemäß Absatz 2 auf objektive, sachliche, messbare und fundierte Daten, aus denen hervorgeht, dass eine solche vorrangige Behandlung unerlässlich ist, um das ordnungsgemäße Funktionieren des Binnenmarkts sicherzustellen, und berücksichtigt dabei die berechtigten Interessen des betreffenden Wirtschaftsteilnehmers sowie die Kosten und den Aufwand, die für eine Änderung des Produktionsablaufs in der Lieferkette erforderlich sind.

(6) Der betreffende Wirtschaftsteilnehmer antwortet der Kommission binnen fünf Arbeitstagen nach Eingang des in Absatz 2 genannten Ersuchens und gibt an, ob er dem Ersuchen stattgibt oder es ablehnt. Wenn dies aufgrund der Dringlichkeit der Lage geboten ist, kann die Kommission, gestützt auf eine Begründung der Dringlichkeit, den Wirtschaftsteilnehmer ersuchen, innerhalb einer kürzeren Frist zu antworten.

(7) ***Hat der Wirtschaftsteilnehmer, an den das Ersuchen nach Absatz 2 gerichtet ist, diesem Ersuchen ausdrücklich stattgegeben, so erlässt die Kommission im Wege eines Durchführungsrechtsakts ein vorrangiges Ersuchen, in dem Folgendes festgelegt ist:***

a) ***die Rechtsgrundlage des vorrangigen Ersuchens, die der Wirtschaftsteilnehmer einhalten muss,***

b) ***die Liste krisenrelevanter Güter, die Gegenstand des vorrangigen Ersuchens sind, ihre Eigenschaften, der Preis und die Mengen, in denen sie zu liefern sind,***

c) ***die Fristen, innerhalb deren das vorrangige Ersuchen abzuschließen ist,***

d) ***die Begünstigten des vorrangigen Ersuchens,***

e) ***den Verzicht auf die vertragliche Haftung unter den in Absatz 12 des vorliegenden Artikels festgelegten Bedingungen und***

f) ***die in Artikel 72 vorgesehenen Sanktionen für die Nichteinhaltung der sich aus diesem Durchführungsrechtsakt ergebenden Verpflichtungen.***

(8) Lehnt der ***Wirtschaftsteilnehmer das in Absatz 2 genannte Ersuchen*** ab, so begründet er diese Ablehnung der Kommission gegenüber ausführlich.

(9) Unter gebührender Berücksichtigung der vom Wirtschaftsteilnehmer gemäß Absatz 8 des vorliegenden Artikels vorgelegten Begründungen und nach Konsultation und vorheriger Zustimmung des Mitgliedstaats, in dessen Hoheitsgebiet sich die Produktionsstätte des betreffenden Wirtschaftsteilnehmers befindet, und des Mitgliedstaats, in dessen Hoheitsgebiet sich die Leitungs- und Verwaltungsstruktur des Wirtschaftsteilnehmers befindet, kann die Kommission im Wege eines Durchführungsrechtsakts einen vorrangigen Auftrag erlassen, mit dem der betreffende Wirtschaftsteilnehmer zur Ausführung dieses Auftrags verpflichtet wird. Die Kommission gibt die Gründe dafür an, weshalb der Erlass des Durchführungsrechtsakts im Einklang mit dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit und den Grundrechten des Wirtschaftsteilnehmers gemäß der Charta der Grundrechte der Europäischen Union und angesichts der in Absatz 1 beschriebenen Umstände notwendig war. Ein solcher Durchführungsrechtsakt enthält die in Absatz 7 genannten Informationen.

(10) Die Kommission erteilt den vorrangigen Auftrag in allen folgenden Fällen nicht:

a) der Wirtschaftsteilnehmer ist wegen unzureichender Produktionsfähigkeit oder unzureichender Produktionskapazität oder aus technischen Gründen auch bei Vorzugsbehandlung des Auftrags nicht in der Lage, den vorrangigen Auftrag auszuführen, oder

b) die Ausführung des Auftrags würde eine unangemessene wirtschaftliche Belastung und eine besondere Härte für den Wirtschaftsteilnehmer darstellen, einschließlich erheblicher Risiken im Zusammenhang mit der Betriebskontinuität.

(11) ***Die Absatz 7 genannten vorrangigen Ersuchen und in*** Absatz ***9*** genannten ***die vorrangigen Aufträge***

a) ***werden zu einem fairen und angemessenen Preis erteilt, der den Opportunitätskosten des Wirtschaftsteilnehmers bei der Ausführung der vorrangigen Ersuchen oder der vorrangigen Aufträge im Vergleich zu bestehenden vertraglichen Verpflichtungen gebührend Rechnung trägt;***

b) ***haben Vorrang gegenüber allen anderen Erfüllungsverpflichtung nach privatem oder öffentlichem Recht im Zusammenhang mit den krisenrelevanten Gütern, die Gegenstand des vorrangigen Ersuchens oder des vorrangigen Auftrags sind, mit Ausnahme von Verpflichtungen, die unmittelbar in Zusammenhang mit Aufträgen zu militärischen Zwecken stehen.***

(12) ***Wirtschaftsteilnehmer, an die ein vorrangiges Ersuchen gemäß Absatz 7 oder ein vorrangiger*** Auftrag ***gemäß Absatz 9 gerichtet*** ist, ***haften nicht für einen Verstoß gegen eine*** dem ***Recht eines Mitgliedstaats unterliegende vertragliche Verpflichtung, sofern***

a) ***der Verstoß gegen die vertragliche Verpflichtung notwendig ist, um die erforderliche vorrangige Behandlung auszuführen***,

b) ***der Durchführungsrechtsakt gemäß Absatz 7 bzw. 9 eingehalten wurde und***

c) ***gegebenenfalls die Annahme des vorrangigen Ersuchens nicht allein dem Zweck diente, eine vorherige vertragliche Verpflichtung ungebührlich zu umgehen.***

(13) ***Konflikte zwischen einem vorrangigen Ersuchen oder einem vorrangigen Auftrag und einer Maßnahme im Rahmen eines anderen Priorisierungsmechanismus der Union werden im Ausschuss erörtert und von*** der Kommission ***in Abwägung des*** jeweiligen ***öffentlichen Interesses gelöst***.

(14) ***Der Wirtschaftsteilnehmer, an den ein vorrangiges Ersuchen gemäß Absatz 7 oder ein vorrangiger Auftrag gemäß Absatz 9 gerichtet wird, kann*** die Kommission ersuchen, den Durchführungsrechtsakt gemäß Absatz ***7 oder 9 zu ändern, wenn er dies aus einem der folgenden Gründe für gerechtfertigt hält:***

a) ***der Wirtschaftsteilnehmer ist wegen unzureichender Produktionsfähigkeit oder unzureichender Produktionskapazität auch bei Vorzugsbehandlung des vorrangigen Ersuchens oder des vorrangigen Auftrags nicht in der Lage, das vorrangige Ersuchen oder den vorrangigen Auftrag auszuführen;***

b) ***die Ausführung des Ersuchens oder des Auftrags würde eine unangemessene wirtschaftliche Belastung und eine besondere Härte für den Wirtschaftsteilnehmer darstellen.***

(15) ***Der Wirtschaftsteilnehmer legt alle einschlägigen und fundierten Informationen vor, die es*** der Kommission ***ermöglichen, die Begründetheit des in Absatz 14 genannten Änderungsersuchens zu bewerten.***

(16) ***Auf der Grundlage der Prüfung*** der ***Gründe und der vom Wirtschaftsteilnehmer vorgelegten Nachweise kann*** die Kommission ***nach Konsultation des Mitgliedstaats, in dessen Hoheitsgebiet sich die Produktionsstätte*** des betreffenden ***Wirtschaftsteilnehmers befindet, und des Mitgliedstaats, in dessen Hoheitsgebiet sich die Leitungs- und Verwaltungsstruktur des betreffenden Wirtschaftsteilnehmers befindet, ihren Durchführungsrechtsakt abändern, um den betreffenden Wirtschaftsteilnehmer teilweise oder vollständig aus seinen Verpflichtungen nach diesem Artikel zu entlassen***.

(17) ***Unterliegt ein in der Union niedergelassener Wirtschaftsteilnehmer einer Maßnahme eines Drittlands, die zu einem vorrangigen*** Auftrag ***oder einem vorrangigen*** Ersuchen ***über ein krisenrelevantes Gut führt, bei dem es sich nicht um ein Verteidigungsgut handelt, so teilt er dies*** der Kommission ***mit. Die Kommission informiert sodann den Ausschuss*** über das ***Vorliegen solcher Maßnahmen.***

(18) ***Kommt ein Wirtschaftsteilnehmer, an den ein vorrangiges Ersuchen gemäß Absatz 7 oder ein vorrangiger Auftrag gemäß Absatz 9 gerichtet ist, diesem Ersuchen oder Auftrag vorsätzlich oder grob fahrlässig nicht nach, so werden im Einklang mit Artikel 72 Geldbußen verhängt, es sei denn,***

a) ***der Wirtschaftsteilnehmer ist wegen unzureichender Produktionsfähigkeit oder unzureichender Produktionskapazität oder aus technischen Gründen nicht in der Lage, das vorrangige Ersuchen oder den vorrangigen Auftrag auszuführen, oder***

b) die Ausführung oder Erfüllung des Auftrags würde eine unzumutbare wirtschaftliche Belastung und eine besondere Härte für den Wirtschaftsteilnehmer darstellen, einschließlich erheblicher Risiken im Zusammenhang mit der Betriebskontinuität.

(19) ▌Die Kommission ***erlässt einen*** Durchführungsrechtsakt ***zur Festlegung der praktischen und operativen Modalitäten für die Funktionsweise vorrangiger Ersuchen und vorrangiger Aufträge, einschließlich einer Methodik zur Bestimmung des Preises krisenrelevanter Güter, die Gegenstand vorrangiger Aufträge sind***.

(20) Die in diesem Artikel ***genannten Durchführungsrechtsakte werden gemäß dem in Artikel 77 Absatz 4 genannten Prüfverfahren erlassen.***

(21) Dieser Artikel lässt das Recht jedes Mitgliedstaats, seine wesentlichen Sicherheitsinteressen gemäß Artikel 346 Absatz 1 Buchstabe b AEUV zu schützen, unberührt.▌

ABSCHNITT 4

ZUSTAND EINER SICHERHEITSRELEVANTEN VERSORGUNGSKRISE

Artikel 64

Aktivierung des Zustands einer sicherheitsrelevanten ***Versorgungskrise***

(1) Eine sicherheitsrelevante Versorgungskrise gilt als eingetreten, wenn

a) ***es schwerwiegende Störungen oder eine unmittelbare Gefahr solcher Störungen bei der Bereitstellung von Verteidigungsgütern gibt, wie Störungen aufgrund der Auswirkungen von Ereignissen im Zusammenhang mit der*** Sicherheit ***der Union, und***

b) ***solche*** schwerwiegenden Störungen ***oder deren unmittelbare Gefahr zur Annahme voneinander abweichender nationaler Maßnahmen in Bezug auf krisenrelevante Verteidigungsgüter führen oder voraussichtlich führen werden, die das ordnungsgemäße Funktionieren des Binnenmarkts, insbesondere durch Hindernisse für den grenzüberschreitenden*** Handel mit ***solchen krisenrelevanten*** Verteidigungsgütern innerhalb der Union, die zu erheblichen Versorgungsengpässen bei Verteidigungsgütern ▌führen, ***erheblich beeinträchtigen***.

(2) Erlangt die Kommission ***oder der Ausschuss*** gemäß Artikel 59 ***Kenntnis von einer Gefahr einer schwerwiegenden Störung der Versorgung mit krisenrelevanten Verteidigungsgütern oder verfügt sie bzw. er über konkrete und zuverlässige Informationen über andere, sich ergebende relevante Risikofaktoren oder Ereignisse, die sich wesentlich auf die Versorgung mit solchen Gütern auswirken, so bewertet die Kommission nach Konsultation des Ausschusses*** ▌, ob die in Absatz 1 des vorliegenden Artikels vorgesehenen Bedingungen erfüllt sind. Bei dieser Bewertung werden die potenziellen ▌Auswirkungen und Folgen des ***Zustands einer sicherheitsrelevanten Versorgungskrise*** auf die ***Lieferketten im Verteidigungsbereich innerhalb der Union, die Ergebnisse der gemäß Artikel 58 durchgeführten Stresstests sowie Bewertungen in anderen einschlägigen Krisenmanagementrahmen der Union berücksichtigt***. Ergibt diese Bewertung konkrete und zuverlässige Belege, so kann die Kommission dem Rat ***nach Konsultation des Ausschusses*** vorschlagen, den ***Zustand einer sicherheitsrelevanten Versorgungskrise*** zu aktivieren. ***Wenn die Kommission dem Rat vorschlägt, den Zustand einer sicherheitsrelevanten Versorgungskrise zu aktivieren, unterrichtet sie das Europäische Parlament darüber.***

(3) ***Bei der Bewertung, ob die in Absatz 1 des vorliegenden Artikels vorgesehenen Bedingungen gemäß Absatz 2 erfüllt sind, berücksichtigt die Kommission insbesondere, ob im Bereich der GASP eine Krise festgestellt wurde, die sich auf die Sicherheits- und Verteidigungsinteressen der Union und ihrer Mitgliedstaaten auswirkt, zum Beispiel ob diese Krise zur Aktivierung der Klausel über die gegenseitige Verteidigung gemäß Artikel 42 Absatz 7 EUV geführt hat.***

(4) Der Rat kann im Wege eines mit qualifizierter Mehrheit angenommenen Durchführungsaktes ***den Zustand einer sicherheitsrelevanten Versorgungskrise*** auf Vorschlag der Kommission ***aktivieren. Die Dauer des Zustands einer sicherheitsrelevanten Versorgungskrise wird im Durchführungsrechtsakt festgelegt und beträgt zunächst höchstens zwölf Monate. In diesem Durchführungsrechtsakt wird auch festgelegt, welche*** der ***in den Artikeln 65 bis 71 genannten Maßnahmen aktiviert werden. Darüber hinaus kann im Durchführungsrechtsakt bestimmt werden, für welche krisenrelevanten Verteidigungsgüter diese Maßnahmen aktiviert werden.***

(5) Der Rat ***kann den Vorschlag gemäß Absatz 4 mit qualifizierter Mehrheit abändern***.

(6) ***Die Kommission berichtet dem Rat und dem Europäischen Parlament regelmäßig und mindestens alle drei Monate über den Zustand einer sicherheitsrelevanten Versorgungskrise.***

(7) ▌Spätestens drei Wochen vor Ablauf ***der Dauer*** des ***Zustands einer sicherheitsrelevanten Versorgungskrise*** ▌, legt die Kommission***, unter Berücksichtigung der Empfehlung des Ausschusses***, dem Rat einen Bericht vor, in dem sie bewertet, ob dieser Zeitraum verlängert werden sollte. In dem Bericht werden insbesondere die ▌Auswirkungen der zuvor im Rahmen dieses Kapitels aktivierten Maßnahmen analysiert. ***Ergibt eine solche Bewertung konkrete und zuverlässige Belege dafür, dass die Bedingungen für die Aktivierung des Zustands einer sicherheitsrelevanten Versorgungskrise noch erfüllt sind, so kann die Kommission dem Rat nach Konsultation des Ausschusses vorschlagen, den Zustand einer sicherheitsrelevanten Versorgungskrise zu verlängern.***

(8) Der Rat kann im Wege eines mit qualifizierter Mehrheit angenommenen Durchführungsrechtsakts den Zustand einer sicherheitsrelevanten Versorgungskrise auf Vorschlag der Kommission verlängern. Die Dauer der Verlängerung ist auf höchstens sechs Monate begrenzt und wird im Durchführungsrechtsakt festgelegt. In diesem Durchführungsrechtsakt wird auch festgelegt, welche der in den Artikeln 65 bis 71 genannten Maßnahmen weiterhin angewandt oder gegebenenfalls aktiviert werden. Der Rat kann mit qualifizierter Mehrheit wiederholt beschließen, den Zeitraum, für den der Zustand einer sicherheitsrelevanten Versorgungskrise aktiviert wurde, zu verlängern, wenn es zur Bewältigung der sicherheitsrelevanten Versorgungskrise angebracht ist.

(9) Die Kommission kann dem Rat ▌vorschlagen, ▌den Zustand einer sicherheitsrelevanten Versorgungskrise ***unter den in Absatz 7 festgelegten Bedingungen, so oft zu verlängern, wie dies zur Bewältigung der sicherheitsrelevanten Versorgungskrise für notwendig erachtet wird***. ***Auf einen solchen Vorschlag der Kommission findet Absatz 8 Anwendung.***

(10) ***Während des Zustands einer sicherheitsrelevanten Versorgungskrise bewertet*** die Kommission nach Konsultation des Ausschusses***, ob eine vorzeitige Beendigung des Zustands einer sicherheitsrelevanten Versorgungskrise angemessen ist. Wenn die Bewertung dies ergibt, schlägt die Kommission*** dem Rat ***vor, den Zustand einer sicherheitsrelevanten Versorgungskrise zu beenden.***

(11) ***Der Rat kann im Wege eines mit qualifizierter Mehrheit angenommenen*** Durchführungsrechtsakts ***den Zustand einer sicherheitsrelevanten Versorgungskrise auf Vorschlag der Kommission vor dem in dem Durchführungsrechtsakt gemäß Absatz 4 oder 8 festgelegten Ablaufdatum beenden.***

(12) Mit Ablauf des Zeitraums, für den der ***Zustand einer sicherheitsrelevanten Versorgungskrise*** aktiviert oder verlängert wurde***, oder mit seiner vorzeitigen Beendigung endet umgehend*** die Anwendung der gemäß den Artikeln 65 bis ***71*** ergriffenen Maßnahmen. ***Durchführungsakte, die gemäß Artikel 66 Absatz 6 erlassen wurden, gelten jedoch weiter, bis die betreffenden vorrangigen Ersuchen ausgeführt sind.***

Bei der Vorbereitung und Durchführung der in den Artikeln 465bis ***71*** genannten Maßnahmen handelt die Kommission, wann immer dies möglich ist, in enger Abstimmung mit dem Ausschuss, der zeitnahe Beratung bietet. Die Kommission unterrichtet den Ausschuss über die ergriffenen Maßnahmen. ***Während des*** Zustands einer sicherheitsrelevanten Versorgungskrise ***beruft die Kommission auf Antrag eines Mitgliedstaats oder auf eigene Initiative erforderlichenfalls außerordentliche Sitzungen des Ausschusses ein. Im Einklang mit Artikel 76 Absatz 10 lädt der Ausschuss gegebenenfalls hochrangige Vertreter der Industrie zu Treffen in besonderer Zusammensetzung ein, um Fragen im Zusammenhang mit betroffenen Verteidigungsgütern zu erörtern. Die Mitgliedstaaten arbeiten im Rahmen des Ausschusses eng mit der Kommission zusammen, um die Abstimmung aller Unionsmaßnahmen und nationalen Maßnahmen sicherzustellen, die in Bezug auf die Lieferkette im Verteidigungsbereich im Zusammenhang mit dem betreffenden krisenrelevanten Verteidigungsgut ergriffen werden.***

(13) Wird der ***Zustand einer sicherheitsrelevanten Versorgungskrise*** aktiviert, kann die Kommission ***dem Rat*** unter den in den genannten Artikeln und in den ***Artikeln 62 und*** 63 festgelegten Bedingungen ***vorschlagen***, die in den Artikeln 60 und 61 vorgesehenen ***Maßnahmen zu aktivieren***.

Artikel 65

Informationsersuchen

Wird die Maßnahme nach dem vorliegenden Artikel vom Rat gemäß Artikel 64 Absatz 4 aktiviert, so kann die Kommission die in Artikel 62 vorgesehene Maßnahme in Bezug auf ***krisenrelevante*** Verteidigungsgüter unter den dort festgelegten Bedingungen ergreifen.

Artikel 66

Vorrangige Behandlung von Verteidigungsgütern ▌

(1) Wird die Maßnahme nach dem vorliegenden Artikel vom Rat gemäß ***Artikel 64 Absatz 4 aktiviert***, so kann ein Mitgliedstaat ein Ersuchen an die Kommission stellen***, einen Wirtschaftsteilnehmer, dessen Produktionsstätte sich in seinem Hoheitsgebiet befindet, zu ersuchen, einen bestimmten Auftrag über krisenrelevante Verteidigungsgüter anzunehmen oder vorrangig zu behandeln, um den*** gravierenden Schwierigkeiten ***zu begegnen, mit denen dieser Mitgliedstaat oder ein anderer Mitgliedstaat*** entweder bei der Erteilung oder bei der Ausführung eines Auftrags zur Versorgung mit ***solchen*** Gütern konfrontiert ist.

(2) Auf ein Ersuchen gemäß Absatz 1 hin kann die Kommission, ***wenn die Herstellung von oder die Versorgung mit krisenrelevanten Verteidigungsgütern nicht durch eine andere in diesem Kapitel vorgesehene Maßnahme erreicht werden kann, ein*** Ersuchen ***an den betreffenden Wirtschaftsteilnehmer richten, und zwar nach***

a) Konsultation und Erhalt der vorherigen Zustimmung des Mitgliedstaats, in dessen Hoheitsgebiet sich die Produktionsstätte des betreffenden Wirtschaftsteilnehmers befindet, und

b) nach Konsultation und Erhalt der vorherigen Zustimmung des Mitgliedstaats, in dessen Hoheitsgebiet sich die Leitungs- und Verwaltungsstruktur des betreffenden Wirtschaftsteilnehmers befindet.

Die Kommission weist in ihrer Aufforderung ausdrücklich darauf hin, dass es dem Wirtschaftsteilnehmer freisteht, das Ersuchen abzulehnen.

(3) In dem Ersuchen gemäß Absatz 2 müssen die Rechtsgrundlage für das Ersuchen, die Produkte, ihre Eigenschaften und Mengen, der Zeitplan und die Frist zur Ausführung und zum Abschluss des Auftrags, die Reihenfolge, sowie die Gründe, die die Einstufung als vorrangiges Ersuchen rechtfertigen, angegeben sein.

(4) ***Die Kommission weist nach, dass die Wahl der Empfänger und Begünstigten des in Absatz 2 genannten Ersuchens diskriminierungsfrei ist und mit den Wettbewerbsvorschriften der Union im Einklang steht.***

(5) ***Die Kommission stützt das Ersuchen gemäß Absatz 2 auf objektive, sachliche, messbare und fundierte Daten, aus denen hervorgeht, dass eine solche vorrangige Behandlung unerlässlich ist, um das ordnungsgemäße Funktionieren des Binnenmarkts sicherzustellen, und berücksichtigt dabei die berechtigten Interessen des betreffenden Wirtschaftsteilnehmers sowie die Kosten und den Aufwand, die für eine Änderung des Produktionsablaufs in der Lieferkette erforderlich sind.***

(6) Hat der ***Wirtschaftsteilnehmer***, an den das Ersuchen nach Absatz 2 gerichtet ist, diesem ▌Ersuchen ausdrücklich stattgegeben, so erlässt die Kommission im Wege eines Durchführungsakts und nach Konsultation ***und vorheriger Zustimmung*** des Mitgliedstaats, ***in dessen Hoheitsgebiet sich die Produktionsstätte des betreffenden Wirtschaftsteilnehmers befindet, und des Mitgliedstaats, in dessen Hoheitsgebiet sich die Leitungs- und Verwaltungsstruktur des betreffenden Wirtschaftsteilnehmers befindet, ein vorrangiges Ersuchen, in dem*** Folgendes festgelegt ist:

a) die Rechtsgrundlage des ***vorrangigen Ersuchens***, die ***der Wirtschaftsteilnehmer*** einhalten muss,

b) ***die Liste*** krisenrelevanter Güter, die Gegenstand des vorrangigen Ersuchens sind, ***ihre Eigenschaften*** und die Mengen, in denen sie zu liefern sind,

c) die Fristen, innerhalb deren das vorrangige Ersuchen abzuschließen ist,

d) die Begünstigten des vorrangigen Ersuchens**,**

e) den Umfang der vertraglichen Verpflichtungen, gegenüber denen das vorrangige Ersuchen Vorrang hat,

f) den Verzicht auf die vertragliche Haftung unter den in Absatz 8 ***des vorliegenden Artikels*** festgelegten Bedingungen ***und***

g) die in Artikel 72 vorgesehenen Sanktionen für die Nichteinhaltung der sich aus diesem Durchführungsrechtsakt ergebenden Verpflichtungen.

Der in Unterabsatz 1 des vorliegenden Absatzes genannte Durchführungsrechtsakt wird gemäß dem in Artikel 77 Absatz 4 genannten Prüfverfahren erlassen.

(7) Die in Absatz 6 genannten vorrangigen Ersuchen

a) werden zu einem fairen und angemessenen Preis erteilt, der den Opportunitätskosten des Wirtschaftsteilnehmers bei der Ausführung der vorrangigen Ersuchen im Vergleich zu bestehenden vertraglichen Verpflichtungen Rechnung trägt, und

b) haben ***unter den in dem Durchführungsrechtsakt gemäß Absatz 6 festgelegten Bedingungen*** ▌Vorrang gegenüber allen vertraglichen ***Verpflichtungen*** nach privatem oder öffentlichem Recht im Zusammenhang mit den ***krisenrelevanten*** Gütern, die Gegenstand des vorrangigen Ersuchens sind.

(8) Der Wirtschaftsteilnehmer, an den ***ein*** vorrangiges Ersuchen ***gemäß Absatz 6*** gerichtet ist, haftet nicht für einen Verstoß gegen eine dem Recht eines Mitgliedstaats unterliegende vertragliche Verpflichtung, ***sofern***

a) der Verstoß gegen die vertragliche Verpflichtung unbedingt erforderlich ist, um die erforderliche vorrangige Behandlung auszuführen,

b) der Durchführungsrechtsakt gemäß Absatz 6 eingehalten wurde und

c) gegebenenfalls die Annahme des vorrangigen Ersuchens ***nicht allein dem Zweck diente***, eine vorherige vertragliche Verpflichtung ungebührlich zu umgehen.

(9) Der Wirtschaftsteilnehmer, an den ein vorrangiges Ersuchen gerichtet wird, kann die Kommission ersuchen, den Durchführungsrechtsakt gemäß Absatz 6 zu ändern, wenn er dies aus einem der folgenden Gründe für gerechtfertigt hält:

a) der Wirtschaftsteilnehmer ist wegen unzureichender Produktionsfähigkeit oder unzureichender Produktionskapazität auch bei Vorzugsbehandlung des vorrangigen Ersuchens nicht in der Lage, das vorrangige Ersuchen auszuführen;

b) die Ausführung des Ersuchens würde eine unangemessene wirtschaftliche Belastung und eine besondere Härte für den Wirtschaftsteilnehmer darstellen.

(10) Der Wirtschaftsteilnehmer legt alle einschlägigen und fundierten Informationen vor, die es der Kommission ermöglichen, die Begründetheit des in Absatz 9 genannten Änderungsersuchens zu bewerten.

(11) Auf der Grundlage der Prüfung der Gründe und der vom Wirtschaftsteilnehmer vorgelegten Nachweise kann die Kommission nach Konsultation und vorheriger Zustimmung des Mitgliedstaats, in dem sich die betroffene Produktionsstätte des betreffenden Wirtschaftsteilnehmers befindet, und des Mitgliedstaats, in dessen Hoheitsgebiet sich die Leitungs- und Verwaltungsstruktur des Wirtschaftsteilnehmers befindet, ihren Durchführungsrechtsakt abändern, um den betreffenden Wirtschaftsteilnehmer teilweise oder vollständig aus seinen Verpflichtungen nach diesem Artikel zu entlassen.

(12) Kommt ein Wirtschaftsteilnehmer, nachdem er sich ausdrücklich bereit erklärt hat, Aufträge auf Ersuchen der Kommission vorrangig zu behandeln, der Verpflichtung zur vorrangigen Behandlung dieser Aufträge vorsätzlich oder grob fahrlässig nicht nach, so werden im Einklang mit Artikel 72 Geldbußen verhängt, es sei denn,

a) der Wirtschaftsteilnehmer ist wegen unzureichender Produktionsfähigkeit oder unzureichender Produktionskapazität oder aus technischen Gründen nicht in der Lage, das vorrangige Ersuchen auszuführen, oder

b) die Ausführung oder Erfüllung des Ersuchens würde eine unzumutbare wirtschaftliche Belastung und eine besondere Härte für den Wirtschaftsteilnehmer darstellen, einschließlich erheblicher Risiken im Zusammenhang mit der Betriebskontinuität.

(13) Unterliegt ein in der Union niedergelassener ***Wirtschaftsteilnehmer*** einer Maßnahme eines Drittlands, die zu einem vorrangigen Ersuchen ***über ein krisenrelevantes Verteidigungsgut führt***, so teilt er dies der Kommission mit. Die Kommission informiert den ***Ausschuss*** über das Vorliegen solcher Maßnahmen. ***Gegebenenfalls kann die Kommission den Ausschuss zu allen geeigneten Schritten, die als Reaktion auf diese Maßnahme ergriffen werden, konsultieren.***

(14) ***Dieser Artikel lässt das Recht jedes Mitgliedstaats, seine wesentlichen Sicherheitsinteressen gemäß Artikel 346 Absatz 1 Buchstabe b AEUV zu schützen, unberührt***.

Artikel 67

Verbringungen von krisenrelevanten Verteidigungsgütern innerhalb der EU

(1) Wird die Maßnahme nach dem vorliegenden Artikel vom Rat gemäß ***Artikel 64 Absatz 4 der vorliegenden Verordnung aktiviert,*** so stellen die Mitgliedstaaten unbeschadet der Richtlinie 2009/43/EG und der Vorrechte der Mitgliedstaaten gemäß der genannten Richtlinie sicher, dass Anträge auf Verbringungen innerhalb der EU effizient und zeitnah bearbeitet werden. Hierzu stellen alle betreffenden nationalen Behörden sicher, dass ***diese Anträge so schnell wie rechtlich möglich*** bearbeitet ***werden. In dem Durchführungsrechtsakt des Rates gemäß Artikel 64 Absatz 4 der vorliegenden Verordnung wird der Zeitrahmen festgelegt, innerhalb dessen die betreffenden nationalen Behörden die Anträge bearbeiten, sobald sie vom Antragsteller alle erforderlichen Informationen erhalten haben. Dieser Zeitrahmen beträgt höchstens zwei Wochen.***

(2) ***Legt ein Mitgliedstaat gemäß Artikel 4 Absatz 8 der Richtlinie 2009/43/EG Ausfuhrbeschränkungen für Bestandteile fest, bei denen es sich um krisenrelevante Güter handelt, so verlangt dieser Mitgliedstaat keine weiteren Genehmigungen für die Verbringung der betreffenden Bestandteile innerhalb der EU, wenn der Empfänger eine Erklärung über die Verwendung vorlegt, wonach die Bestandteile, die Gegenstand dieser Genehmigung sind, in ein Verteidigungsgut integriert sind oder integriert werden sollen und nicht als solche verbracht oder ausgeführt werden können. Dies gilt unbeschadet der Verpflichtungen der Empfänger gemäß*** Artikel ***10*** der Richtlinie 2009/43/EG.

Artikel 68

Unterstützung von Innovationsmaßnahmen im Bereich der Notverteidigung

Wird die Maßnahme nach dem vorliegenden Artikel vom Rat gemäß ***Artikel 64 Absatz 4 aktiviert***, so gelten Innovationsmaßnahmen im Zusammenhang mit einer der folgenden Tätigkeiten als im Rahmen des Programms förderfähig:

a) Tätigkeiten, mit denen die Vorlaufzeit für die Lieferung von Verteidigungsgütern sehr erheblich verkürzt werden soll;

b) Tätigkeiten, mit denen die technischen Spezifikationen von Verteidigungsgütern erheblich vereinfacht werden sollen, um deren Massenproduktion zu ermöglichen;

c) Tätigkeiten, mit denen der Produktionsprozess von Verteidigungsgütern erheblich vereinfacht werden soll, um deren Massenproduktion zu ermöglichen***; oder***

d) Tätigkeiten, mit denen Bestandteile durch Alternativen ersetzt werden sollen, die in der Union verfügbar sind oder die leicht angepasst oder zeitnah von innerhalb der Union niedergelassenen Wirtschaftsteilnehmern entwickelt werden können.

Artikel 69

Zertifizierung ▌

(1) Wird die die Maßnahme nach dem vorliegenden Artikel vom Rat gemäß ***Artikel 64 Absatz 4 aktiviert***, so stellen die Mitgliedstaaten sicher, dass die Verwaltungsverfahren im Zusammenhang mit der Zertifizierung ***krisenrelevanter Verteidigungsgüter und*** erforderlichenfalls den technischen Anpassungen ***solcher Güter*** so schnell wie möglich ***gemäß*** ihren geltenden nationalen Rechts- und Verwaltungsvorschriften durchgeführt werden.

(2) Ist ***ein*** solcher Status im nationalen Recht vorgesehen, so erhält die Zertifizierung krisenrelevanter Verteidigungsgüter den ***höchstmöglichen Bedeutungsstatus***.

(3) Wird diese Maßnahme aktiviert, so gelten krisenrelevante Verteidigungsgüter, die in einem Mitgliedstaat zertifiziert wurden, auch in einem anderen Mitgliedstaat ohne zusätzliche Kontrolle als zertifiziert.

(4) In dem Durchführungsrechtsakt gemäß Artikel 64 Absatz 4 können genauere Bestimmungen über den Geltungsbereich dieser Maßnahme festgelegt werden.

(5) Der vorliegende Artikel lässt ***das Recht jedes Mitgliedstaats, seine wesentlichen*** Sicherheitsinteressen ***gemäß Artikel 346 Absatz 1 Buchstabe b AEUV zu schützen,*** unberührt.

Artikel 70

Beschleunigung nationaler Genehmigungsverfahren

Wird die Maßnahme nach dem vorliegenden Artikel vom Rat gemäß ***Artikel 64 Absatz 4 der vorliegenden Verordnung aktiviert, so kann die Sicherheit der Versorgung mit krisenrelevanten Gütern als zwingender Grund des überwiegenden öffentlichen Interesses im Sinne des Artikels 6 Absatz 4 und des Artikels 16 Absatz 1 Buchstabe c der Richtlinie 92/43/EWG bzw. des übergeordneten öffentlichen Interesses im Sinne des Artikels 4 Absatz 7 der Richtlinie 2000/60/EG angesehen werden. Deshalb können*** Planung, Bau und Betrieb ***damit zusammenhängender*** Produktionsanlagen ***als von überwiegendem bzw. übergeordnetem öffentlichen Interesse angesehen werden, sofern die übrigen in diesen Vorschriften festgelegten Voraussetzungen erfüllt sind***.

Artikel 71

Kontinuität der Produktion krisenrelevanter Verteidigungsgüter

(1) ***Wird die Maßnahme nach dem vorliegenden Artikel vom Rat gemäß Artikel 64 Absatz 4 der vorliegenden Verordnung aktiviert und gilt für die betreffenden Produktionstätigkeiten die Richtlinie 2003/88/EG des Europäischen Parlaments und des Rates[46], so können die Mitgliedstaaten beschließen, von den nach Artikel 17 Absatz 3 der Richtlinie 2003/88/EG vorgesehenen Abweichungen Gebrauch zu machen oder Wirtschaftsteilnehmer, deren Produktionsstätte sich in ihrem Hoheitsgebiet befindet und die die betreffenden krisenrelevanten Verteidigungsgüter herstellen, dazu zu ermutigen, von diesen Gebrauch zu machen, um die Ausweitung von Arbeitsschichten zu ermöglichen und damit die Kontinuität der Produktion der betreffenden krisenrelevanten Verteidigungsgüter zu ermöglichen, wenn sie dies für erforderlich halten, um die Ziele der vorliegenden Verordnung zu erreichen.***

(2) ***Sofern eine vorherige Genehmigung erforderlich ist, stellen alle betroffenen nationalen Behörden sicher, dass Anträge von Wirtschaftsteilnehmern, die krisenrelevante Verteidigungsgüter herstellen, auf die Inanspruchnahme der in Absatz 1 genannten Abweichungen so schnell wie rechtlich möglich bearbeitet werden.***

---

46 ***Richtlinie 2003/88/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 4. November 2003 über die öffentliche Auftragsvergabe (ABl. L 299 vom 18.11.2003, S. 9, ELI: http://data.europa.eu/eli/dir/2003/88/oj).***

ABSCHNITT 5

SANKTIONEN

Artikel 72

Sanktionen

(1) Wenn sie dies für notwendig und verhältnismäßig hält, kann die Kommission im Wege ***von Durchführungsrechtsakten*** gegen ***Wirtschaftsteilnehmer, an die Informationsersuchen gemäß Artikel 62 gerichtet sind oder die*** Verpflichtungen nach Artikel 63 Absatz 17 und Artikel 66 Absatz 13, die Kommission über eine Drittlandsverpflichtung zu unterrichten, oder nach Artikel 63 ***und Artikel 66***, die Herstellung krisenrelevanter Güter vorrangig zu behandeln, unterliegen, folgende Sanktionen verhängen:

a) Geldbußen von höchstens 300 000 EUR, ▌wenn ***der Wirtschaftsteilnehmer*** auf ein Ersuchen gemäß ***Artikel 62 Absatz 1*** vorsätzlich oder grob fahrlässig unrichtige, unvollständige oder irreführende Informationen ***bereitstellt*** oder die Informationen nicht innerhalb der vorgeschriebenen Frist ***bereitstellt***, im Einklang mit Artikel 62 Absatz 9;

b) Geldbußen von höchstens 150 000 EUR, ▌wenn ***der Wirtschaftsteilnehmer*** die Verpflichtung zur Unterrichtung der Kommission über eine Drittlandsverpflichtung nach ***Artikel 63 Absatz 17*** und Artikel 66 Absatz 13 vorsätzlich oder grob fahrlässig nicht ***einhält***;

c) Zwangsgelder von höchstens 1,5 % des durchschnittlichen Tagesumsatzes im vorangegangenen Geschäftsjahr für jeden Arbeitstag der Nichteinhaltung ab dem in dem Beschluss, mit dem der vorrangige Auftrag erteilt wurde, festgelegten Datum, wenn ***der Wirtschaftsteilnehmer*** eine Verpflichtung zur vorrangigen Herstellung krisenrelevanter Güter nach ***Artikel 63 Absatz 9*** vorsätzlich oder grob fahrlässig nicht ***einhält, im Einklang mit Artikel 63 Absatz 18;*** wenn es sich bei dem betreffenden ***Wirtschaftsteilnehmer,*** gegen den gemäß diesem Buchstaben ein Zwangsfeld verhängt wird, um ein KMU handelt, dürfen die verhängten Zwangsgelder 0,5 % des durchschnittlichen Tagesumsatzes im vorangegangenen Geschäftsjahr nicht übersteigen;

d) Geldbußen von höchstens 300 000 EUR ▌, wenn ***der Wirtschaftsteilnehmer*** die Verpflichtung zur vorrangigen Herstellung krisenrelevanter Güter nach ***Artikel 63 Absatz 8 und Artikel 66 Absatz 6*** vorsätzlich oder grob fahrlässig nicht ***einhält, im Einklang mit Artikel 63 Absatz 18 beziehungsweise Artikel 66 Absatz 12***.

Die in dem ersten Unterabsatz des vorliegenden Absatzes genannten Durchführungsrechtsakte werden gemäß dem in Artikel 77 Absatz 4 genannten Prüfverfahren erlassen.

(2) Bevor die Kommission einen Beschluss gemäß Absatz 1 des vorliegenden Artikels erlässt, gibt sie ***dem*** betreffenden ***Wirtschaftsteilnehmer*** Gelegenheit, sich gemäß Artikel 75 zu äußern. Bei der Feststellung, ob Geldbußen oder Zwangsgelder als notwendig und verhältnismäßig erachtet werden, berücksichtigt ***die Kommission*** alle von ***dem Wirtschaftsteilnehmer*** vorgebrachten hinreichend substantiierten Gründe.

(3) Bei der Festsetzung der Höhe der Geldbuße oder des Zwangsgelds berücksichtigt die Kommission die Art, Schwere und Dauer des Verstoßes, auch in Fällen ***betreffend die*** Nichteinhaltung der Verpflichtung gemäß ***Artikel 63 Absatz 9***, einen vorrangigen Auftrag anzunehmen oder vorrangig zu behandeln, oder der Verpflichtung ***gemäß Artikel 63 Absatz 7 oder Artikel 66 Absatz 6, ein vorrangiges Ersuchen*** anzunehmen oder vorrangig zu behandeln, und ob ***der*** Wirtschaftsteilnehmer den vorrangigen Auftrag ***oder das vorrangige Ersuchen*** teilweise erfüllt ***hat***.

(4) Die Geldbußen gelten als externe zweckgebundene Einnahmen im Sinne des Artikels 21 Absatz 5 der Haushaltsordnung und ***werden in das*** Unterstützungsinstrument für die Ukraine ***gelenkt***.

Artikel 73

Verjährungsfrist für die Verhängung von Sanktionen

(1) Die der Kommission durch Artikel 72 übertragenen Befugnisse unterliegen folgenden Verjährungsfristen:

a) zwei Jahre bei Verstößen gegen Bestimmungen über Ersuchen um Informationen gemäß Artikel 62 Absatz 1;

b) zwei Jahre bei Verstößen gegen Bestimmungen über die Verpflichtungen zur Unterrichtung gemäß Artikel 63 Absatz 17 und Artikel 66 Absatz 13;

c) drei Jahre bei Verstößen gegen Bestimmungen über die Verpflichtung bezüglich der vorrangigen Herstellung krisenrelevanter Güter gemäß den Artikeln 63 und 66.

(2) Die Verjährungsfristen gemäß Absatz 1 laufen ab dem Tag, an dem der Verstoß begangen wird. Bei anhaltenden oder wiederholten Verstößen laufen die Verjährungsfristen ab dem Tag, an dem der letzte Verstoß begangen wurde.

(3) Jedes Tätigwerden der Kommission oder der zuständigen Behörden der Mitgliedstaaten, das dazu dient, die Einhaltung dieser Verordnung sicherzustellen, unterbricht die Verjährungsfrist.

(4) Die Unterbrechung der Verjährungsfrist gilt für alle Parteien, die sich für eine Beteiligung an dem Verstoß verantworten müssen.

(5) Nach jeder Unterbrechung der Verjährungsfrist beginnt diese Verjährungsfrist von Neuem. Die Verjährung tritt jedoch spätestens an dem Tag ein, an dem ein Zeitraum verstrichen ist, der der doppelten Verjährungsfrist entspricht, ohne dass die Kommission eine Geldbuße oder ein Zwangsgeld verhängt hat. Diese Frist verlängert sich um den Zeitraum, in dem die Verjährungsfrist gehemmt ist, weil gegen den Beschluss der Kommission ein Verfahren vor dem Gerichtshof der Europäischen Union anhängig ist.

Artikel 74

Verjährungsfrist für die Durchsetzung von Sanktionen

(1) *Die Befugnis der Kommission, gemäß Artikel 72 gefasste Beschlüsse umzusetzen, unterliegt einer Verjährungsfrist von drei Jahren.*

(2) *Die Verjährungsfrist beginnt mit dem Tag, an dem der Beschluss rechtskräftig wird.*

(3) *Die Verjährungsfrist für die Durchsetzung von Geldbußen und Zwangsgeldern wird unterbrochen durch*

a) *eine Bekanntgabe eines Beschlusses, durch den der ursprüngliche Betrag der Geldbuße oder des Zwangsgelds geändert oder ein Antrag auf eine solche Änderung abgelehnt wird;*

b) *jedes auf Durchsetzung der Geldbuße oder des Zwangsgelds gerichtete Tätigwerden der Kommission oder eines Mitgliedstaats, der auf Ersuchen der Kommission handelt.*

(4) *Nach jeder Unterbrechung gemäß Absatz 3 beginnt die Verjährungsfrist von Neuem.*

(5) *Die Verjährungsfrist für die Durchsetzung von Geldbußen und Zwangsgeldern wird gehemmt, solange*

a) *eine Zahlungsfrist bewilligt ist;*

b) *die Durchsetzung aufgrund einer Entscheidung des Gerichtshofs der Europäischen Union ausgesetzt ist.*

Artikel 75

Anspruch auf rechtliches Gehör bei der Verhängung von Geldbußen oder Zwangsgeldern

(1) Vor Erlass eines Beschlusses nach Artikel 72 stellt die Kommission sicher, dass die betreffenden ***Wirtschaftsteilnehmer*** Gelegenheit erhalten haben, zu folgenden Punkten Stellung zu nehmen:

a) zu der vorläufigen Beurteilung der Kommission, einschließlich ***jeglicher Punkte, bezüglich deren die Kommission Einwände erhoben hat***;

b) den Maßnahmen, die die Kommission in Anbetracht der vorläufigen Beurteilung nach Buchstabe a dieses Absatzes möglicherweise zu treffen beabsichtigt.

(2) Die betreffenden ***Wirtschaftsteilnehmer*** können ***der Kommission*** innerhalb einer von der Kommission in der vorläufigen Beurteilung gesetzten Frist, die mindestens 14 Arbeitstage betragen muss, ***ihre Stellungnahmen*** zu der vorläufigen Beurteilung der Kommission ***vorzulegen***.

(3) Die Kommission stützt ihre Verhängung von Geldbußen oder Zwangsgeldern nur auf Einwände, zu denen sich die betreffenden ***Wirtschaftsteilnehmer*** äußern konnten.

(4) Hat die Kommission die betreffenden ***Wirtschaftsteilnehmer*** über ihre vorläufige Beurteilung gemäß ***Absatz 1*** unterrichtet, so gewährt sie auf Antrag, vorbehaltlich des berechtigten Interesses der Wirtschaftsteilnehmer am Schutz ihrer Geschäftsgeheimnisse oder des Interesses an der Wahrung von Geschäftsgeheimnissen oder sonstigen vertraulichen Informationen einer Person, im Rahmen einer einvernehmlichen Einsichtnahme Zugang zu den Akten der Kommission. Von der Akteneinsicht ausgenommen sind vertrauliche Informationen sowie interne Schriftstücke der Kommission und der Behörden der Mitgliedstaaten**,** insbesondere die Korrespondenz zwischen der Kommission und den Behörden der Mitgliedstaaten ▌. Dieser Absatz steht der Offenlegung und Verwendung der für den Nachweis einer Zuwiderhandlung notwendigen Informationen durch die Kommission in keiner Weise entgegen.

ABSCHNITT 6

AUSSCHUSS FÜR DIE VERSORGUNGSSICHERHEIT IM VERTEIDIGUNGSBEREICH ▌

▌

Artikel 76

*Ausschuss für die **Versorgungssicherheit** im Verteidigungsbereich*

(1) Der Ausschuss für die ***Versorgungssicherheit*** im Verteidigungsbereich (im Folgenden ‚Ausschuss“) wird hiermit eingerichtet.

(2) Die allgemeine Aufgabe des Ausschusses besteht darin, die Kommission gemäß diesem ▌ Kapitel zu unterstützen und ▌ Empfehlungen für sie bereitzustellen.

▌

(3) Die Kommission hält einen regelmäßigen Informationsfluss an den Ausschuss über alle Maßnahmen, die geplant sind, und über Maßnahmen, die nach der Aktivierung der ***Versorgungskrisenzustände gemäß Artikel 60 oder 64*** ergriffen wurden, aufrecht. Die Kommission stellt die erforderlichen Informationen über ein gesichertes IT-System zur Verfügung.

(4) Für die Zwecke der ***Vorbereitung auf einen Versorgungskrisenzustand gemäß*** Artikel 60 ***oder 64*** und dessen Bewältigung unterstützt der Ausschuss die Kommission bei folgenden Aufgaben ▌:

a) Analyse krisenrelevanter, von den Mitgliedstaaten oder der Kommission eingeholter Informationen;

b) Bewertung möglicher Vorsorgemaßnahmen;

c) Bewertung, ob die Kriterien für die Aktivierung oder Deaktivierung der ***Versorgungskrisenzustände gemäß Artikel 60 oder 64*** erfüllt sind;

d) Erleichterung eines mit den Mitgliedstaaten koordinierten Vorgehens;

e) Bereitstellung von Leitlinien für die Durchführung der Maßnahmen, die als Reaktion auf ***die in Artikel 60 oder 64 genannten Versorgungkrisen*** auf Unionsebene ausgewählt wurden, einschließlich der ***Aktivierung der Maßnahmen gemäß den Artikel 62 und 63 sowie 65 bis 71***;

▌

f) Bestimmung besonderer Reaktionsmaßnahmen für die Mitgliedstaaten, damit die zeitnahe Verfügbarkeit von und die Versorgung mit krisenrelevanten Gütern gesichert ist;

g) Erleichterung des Austauschs und der gemeinsamen Nutzung von Informationen, auch mit anderen krisenrelevanten Stellen auf Unionsebene sowie gegebenenfalls ***mit*** Drittländern, internationalen Organisationen und ***Vertretern der Industrie, der Zivilgesellschaft und der Wissenschaft***;

h) Bestimmung einschlägiger Themen für die Durchführung von Stresstests;

i) Entwicklung eines Rahmens und einer Methodik für die Bestimmung krisenrelevanter Güter und der Liste der Frühwarnindikatoren;

j) Durchführung der Kartierung im Hinblick auf krisenrelevante Güter und Frühwarnindikatoren;

k) Bewertung, ob eine Verlängerung des Versorgungskrisenzustands erforderlich und verhältnismäßig ist und ob eine Beendigung verhältnismäßig ist;

l) Bewertung der Ergebnisse der Überwachung und gegebenenfalls Bestimmung potenzieller Lösungen für Angelegenheiten von gemeinsamem Interesse; und

m) Bestimmung einer angemessenen Häufigkeit für die Durchführung von Stresstests.

▌

(5) Der Ausschuss besteht aus ▌ den Vertretern ***aller Mitgliedstaaten***, der Kommission, des ***Hohen*** Vertreters und ***der EDA***. ***Den gemeinsamen Vorsitz*** führen je ein Vertreter der Kommission ***und*** des ***Mitgliedstaats, der den turnusmäßig wechselnden Ratsvorsitz innehat***. Das Sekretariat des Ausschusses wird von der Kommission wahrgenommen. ***Nur Mitgliedstaaten sind stimmberechtigt.***

(6) Die Ko-Vorsitzenden laden Vertreter des Europäischen Parlaments ein, als Beobachter an den Sitzungen des Ausschusses teilzunehmen.

(7) Assoziierte Länder haben das Recht, gemäß den im Abkommen über den Europäischen Wirtschaftsraum festgelegten Bedingungen Mitglieder des Ausschusses ohne Stimmrecht zu werden.

(8) Der Ausschuss tritt auf Ersuchen der Kommission***,*** eines Mitgliedstaats oder eines assoziierten Landes, ***das Mitglied des Ausschusses geworden ist***, zusammen, wann immer die Situation es erfordert. Der Ausschuss gibt sich eine Geschäftsordnung auf der Grundlage eines Vorschlags der Kommission. ***Diese Geschäftsordnung sieht Mechanismen vor, um sicherzustellen, dass der Ausschuss seine Aufgaben reibungslos durchführen kann, einschließlich, indem ein Streitbeilegungsverfahren im Zusammenhang mit potenziellen Streitigkeiten zwischen den Ko-Vorsitzen vorgesehen wird.***

(9) Der Ausschuss kann auf Ersuchen der Kommission oder auf eigene Initiative ***Empfehlungen*** abgeben. Der Ausschuss bemüht sich um Lösungen, die möglichst breite Unterstützung finden.

(10) Der Ausschuss lädt mindestens einmal jährlich Vertreter nationaler Verbände der Verteidigungsindustrie und ausgewählte Vertreter der Industrie ein, ***sich als Beobachter an seiner Arbeit zu beteiligen***, wobei er der Notwendigkeit, eine ausgewogene geografische Verteilung sicherzustellen, Rechnung trägt ▌. Wurde ***ein*** Versorgungskrisenzustand gemäß ***Artikel*** 60 oder ▌64 aktiviert, so lädt der Ausschuss ***gegebenenfalls*** hochrangige Vertreter der Industrie ein, sich ***im Rahmen von Treffen*** in besonderer Zusammensetzung ***als Beobachter an seiner Arbeit zu beteiligen***, um Fragen im Zusammenhang mit krisenrelevanten Gütern oder, wenn ein Zustand einer sicherheitsrelevanten Versorgungskrise gemäß Artikel 64 aktiviert wurde, im Zusammenhang mit den betreffenden Verteidigungsgütern zu erörtern.

(11) Der Ausschuss lädt die Vertreter anderer krisenrelevanter Einrichtungen auf Unionsebene als Beobachter zu ***seinen*** einschlägigen Sitzungen ein ▌.

(12) Der Ausschuss lädt gegebenenfalls ▌ im Einklang mit seiner Geschäftsordnung und unter gebührender Beachtung der Sicherheits- und Verteidigungsinteressen der Union sowie ihrer Mitgliedstaaten einen Vertreter der Ukraine ein, als Beobachter an den Sitzungen teilzunehmen.

(13) Die Kommission sorgt für ***Inklusivität*** und gewährt den Mitgliedern des Ausschusses gleichberechtigten Zugang zu Informationen ▌, um sicherzustellen, dass der Entscheidungsprozess ***des Ausschusses*** der Lage und den Bedürfnissen aller Mitgliedstaaten entspricht. ***Der Ausschuss ergreift die erforderlichen Maßnahmen, um die sichere Handhabung und Verarbeitung von Verschlusssachen und vertraulichen Informationen gemäß Artikel 79 und 80 zu gewährleisten.***

(14) Zur Untersuchung spezifischer Fragen auf Grundlage der Aufgaben nach Absatz 1 kann die Kommission auf eigene Initiative oder auf Vorschlag des Ausschusses ***Ad-hoc-Arbeitsgruppen*** einrichten, die den Ausschuss bei seiner Arbeit unterstützen. Die Mitgliedstaaten benennen Sachverständige für diese Arbeitsgruppen. ***Die EDA kann zu den Sitzungen dieser Arbeitsgruppen eingeladen werden.***

(15) Die Kommission setzt eine Arbeitsgruppe ***im Sinne des Absatzes 14*** zu rechtlichen, regulatorischen und administrativen Hindernissen ein. Diese Arbeitsgruppe verfolgt ***folgende Ziele***:

a) Feststellung bestehender oder potenzieller rechtlicher, regulatorischer und administrativer Hindernisse auf internationaler, ***Unions-*** und nationaler Ebene für die Verwirklichung der in ***Artikel 1 Absatz 2 Nummer 6*** aufgeführten Ziele;

b) Bestimmung potenzieller Lösungen ***und*** Minderungsmaßnahmen für ermittelte Hindernisse.

Kapitel VIII
Governance, Evaluierung und Kontrolle

Artikel 77

Ausschussverfahren

(1) Die Kommission wird von einem Ausschuss unterstützt. Hierbei handelt es sich um einen Ausschuss im Sinne der Verordnung (EU) Nr. 182/2011.

(2) Die EDA wird ersucht, ihre Ansichten und ihr Fachwissen als Beobachterin in den Ausschuss einzubringen. Der ***Europäische Auswärtige Dienst*** wird ebenfalls um Beteiligung an der Arbeit des Ausschusses ersucht.

(3) Die Kommission kann auf eigene Initiative oder auf Antrag eines oder mehrerer Mitgliedstaaten gegebenenfalls Vertreter der Ukraine zur Teilnahme an Sitzungen des Ausschusses einladen. Vertreter der Ukraine sind weder bei den Beratungen anwesend noch nehmen sie an den Abstimmungen des Ausschusses teil.

(4) Wird auf diesen Absatz Bezug genommen, so gilt Artikel 5 der Verordnung (EU) Nr. 182/2011.

(5) Gibt der Ausschuss keine Stellungnahme ab, so erlässt die Kommission den Entwurf des Durchführungsrechtsaktes nicht, und Artikel 5 Absatz 4 Unterabsatz 3 der Verordnung (EU) Nr. 182/2011 findet Anwendung.

Artikel 78

Finanzierungsvereinbarung mit der Ukraine

(1) Die Kommission schließt ▌mit der Ukraine ***eine Finanzierungsvereinbarung im Sinne des Artikels 114 Absatz 2 der Haushaltsordnung*** zur Durchführung der in dieser Verordnung vorgesehenen Maßnahmen betreffend die Ukraine oder in der Ukraine niedergelassene Rechtsträger, die Unionsmittel erhalten.

(2) Die mit der Ukraine geschlossene ***Finanzierungsvereinbarung*** sowie Verträge und Vereinbarungen mit in der Ukraine niedergelassenen Rechtsträgern, die Unionsmittel erhalten, stellen sicher, dass die Verpflichtungen nach Artikel 129 der Haushaltsordnung erfüllt werden können.

(3) In der ***Finanzierungsvereinbarung*** werden die Verpflichtungen der mit Haushaltsvollzugsaufgaben betrauten ukrainischen Behörden und Stellen festgelegt, alle notwendigen Maßnahmen, auch gesetzgeberischer, regulatorischer und administrativer Art, zu ergreifen, um die Grundsätze der wirtschaftlichen Haushaltsführung, der Transparenz und der Nichtdiskriminierung einzuhalten, um die Sichtbarkeit der Unionsmaßnahmen bei der Verwaltung der Unionsmittel zu gewährleisten, um die geeigneten Kontroll- und Prüfpflichten zu erfüllen und die sich daraus ergebenden Verantwortlichkeiten wahrzunehmen und um die finanziellen Interessen der Union zu schützen, insbesondere durch ausführliche Bestimmungen über

a) Kontroll-, Aufsichts-, Überwachungs-, Evaluierungs-, Berichterstattungs- und Prüftätigkeiten im Zusammenhang mit Unionsmitteln im Rahmen des ***Unterstützungsinstruments für die Ukraine*** sowie Tätigkeiten im Zusammenhang mit Untersuchungen, Maßnahmen zur Betrugsbekämpfung und Zusammenarbeit;

www.parlament.gv.at

b) Vorschriften über Steuern, Zölle und sonstige Abgaben nach Artikel 27 Absätze 9 und 10 der Verordnung (EU) 2021/947 des Europäischen Parlaments und des Rates[47];

c) das Recht der Kommission, Tätigkeiten der in der Ukraine niedergelassenen Rechtsträger gemäß dieser Verordnung während des gesamten Projektzyklus, darunter auch Tätigkeiten für gemeinsame Beschaffungen, zu überwachen, gegebenenfalls als Beobachter ***an diesen Tätigkeiten*** teilzunehmen und Empfehlungen für die Verbesserung dieser Tätigkeiten abzugeben, ***sowie eine*** Verpflichtung der ukrainischen Behörden, sich nach besten Kräften um die Umsetzung dieser Empfehlungen der Kommission zu bemühen und darüber Bericht zu erstatten;

d) die Verpflichtungen nach Artikel 83 Absatz 2 einschließlich genauer Vorschriften und eines zeitlichen Rahmens ***für die*** Erhebung von Daten durch die Ukraine und den Zugang der Kommission und ***des Europäischen Amtes für Betrugsbekämpfung (OLAF) zu diesen Daten***;

---

47 ***Verordnung (EU) 2021/947 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 9. Juni 2021 zur Schaffung des Instruments für Nachbarschaft, Entwicklungszusammenarbeit und internationale Zusammenarbeit — Europa in der Welt, zur Änderung und Aufhebung des Beschlusses Nr. 466/2014/EU des Europäischen Parlaments und des Rates und zur Aufhebung der Verordnung (EU) 2017/1601 des Europäischen Parlaments und des Rates und der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 480/2009 des Rates (ABl. L 209 vom 14.6.2021, S. 1, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2021/947/oj).***

e) den ▌Schutz von und ***den Umgang mit*** Verschlusssachen ***gemäß den geltenden Vorschriften***;

f) Bestimmungen zum Schutz personenbezogener Daten.

(4) Die Finanzierung wird der Ukraine erst gewährt, nachdem die ***Finanzierungsvereinbarung*** in Kraft getreten ist und die Maßnahmen, die zur Umsetzung der darin festgelegten Maßnahmen notwendig sind, von den Vertragsparteien durchgeführt wurden.

(5) Die Kommission stellt sicher, dass von ihrer Seite aus alle erforderlichen Schritte unternommen werden, damit die Finanzierungsvereinbarung spätestens am … [sechs Monate nach dem Tag des Inkrafttretens dieser Verordnung] wirksam werden kann.

Artikel 79

***Schutz** von Verschlusssachen*

(1) ▌Verschlusssachen ▌, die im Rahmen ***dieser Verordnung erstellt, bearbeitet, gespeichert beziehungsweise aufbewahrt, ausgetauscht oder weitergegeben*** werden, werden ***gemäß den im Beschluss (EU, Euratom) 2015/444 der Kommission***[48] oder im ***Übereinkommen zwischen den im Rat vereinigten Mitgliedstaaten der Europäischen Union über den Schutz von Verschlusssachen, die im Interesse der Europäischen Union ausgetauscht werden***, festgelegten Sicherheitsvorschriften geschützt.

(2) ***Die teilnehmenden Mitgliedstaaten entscheiden, wer der Urheber der als Verschlusssache eingestuften neuen Kenntnisse ist, die bei der Durchführung förderfähiger Maßnahmen nach Artikel 10 erlangt werden.***

(3) Die Kommission ***hat Zugang zu den*** Verschlusssachen, ***die zur Wahrnehmung der ihr im Rahmen dieser Verordnung übertragenen Aufgaben im Zusammenhang mit förderfähigen Maßnahmen nach Artikel 10 nötig sind***.

(4) ***Im Kontext einer SEAP müssen die Vorschriften für den Schutz von Verschlusssachen gemäß Artikel 45 Absatz 1 Buchstabe n dem Absatz 1 des vorliegenden Artikels entsprechen.***

---

48 ***Beschluss (EU, Euratom) 2015/444 der Kommission vom 13. März 2015 über die Sicherheitsvorschriften für den Schutz von EU-Verschlusssachen (ABl. L 72 vom 17.3.2015, S. 53, ELI: http://data.europa.eu/eli/dec/2015/444/oj).***

(5) ***Gehören zu den Mitgliedern oder Beobachtern einer SEAP assoziierte Länder oder die Ukraine, so muss diese SEAP einen Schutz gewährleisten, der demjenigen entspricht, der durch das Übereinkommen zwischen den im Rat vereinigten Mitgliedstaaten der Europäischen Union über den Schutz von Verschlusssachen, die im Interesse der Europäischen Union ausgetauscht werden, gewährleistet wird.***

(6) Der ***für eine Maßnahme geltende Sicherheitsrahmen wird von den teilnehmenden*** Mitgliedstaaten ***spätestens vor der Unterzeichnung der Finanzhilfevereinbarung oder des Vertrags vorgelegt. Die einschlägigen Unterlagen sind integraler Bestandteil der Finanzhilfevereinbarung oder des Vertrags.***

(7) ***Die Kommission richtet ein gemäß dem Beschluss (EU, Euratom) 2015/444 sicherheitsakkreditiertes System ein, um den Austausch von Verschlusssachen zwischen der Kommission, den Mitgliedstaaten sowie den assoziierten Ländern und gegebenenfalls den Antragstellern und Empfängern zu erleichtern.***

Artikel 80

Vertraulichkeit ▌ von Informationen

(1) Die bei der Anwendung dieser Verordnung erhaltenen Informationen dürfen nur zu dem Zweck verwendet werden, zu dem sie angefordert wurden.

(2) Die Mitgliedstaaten, die Kommission, ***der Europäische Auswärtige Dienst*** und die ***EDA*** gewährleisten im Einklang mit dem Unionsrecht und ▌dem jeweiligen nationalen Recht den Schutz von in Anwendung dieser Verordnung gewonnenen und erlangten Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen und von anderen vertraulichen ▌Informationen.

▌

(3) Die Kommission behandelt Informationen, die Daten eines Rechtsträgers oder Geschäftsgeheimnisse enthalten, nicht minder streng als vertrauliche ▌Informationen, einschließlich der Anwendung des ***Grundsatzes „Kenntnis nur, wenn nötig“*** sowie ***der Verwendung*** einer geeigneten verschlüsselten Umgebung ***für die Handhabung und Weitergabe solcher Informationen***.

Artikel 81

Schutz personenbezogener Daten

Diese Verordnung lässt ▌die Richtlinie 2002/58/EG des Europäischen Parlaments und des Rates[49] ***sowie die Verordnungen (EU) 2016/679***[50] ***und*** (EU) 2018/1725[51] des Europäischen Parlaments und des Rates ▌unberührt.

▌

Artikel 82

Prüfungen

Die Ergebnisse der Prüfungen der Verwendung des Unionsbeitrags, die von Personen oder Stellen – einschließlich nicht von Organen, Einrichtungen oder sonstigen Stellen der Union beauftragter Personen oder Stellen – durchgeführt werden, bilden die Grundlage für die Feststellung der allgemeinen Zuverlässigkeit gemäß Artikel 127 der Haushaltsordnung. Der ***Europäische*** Rechnungshof überprüft gemäß Artikel 287 AEUV alle Einnahmen und Ausgaben der Union.

---

49 Richtlinie 2002/58/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Juli 2002 über die Verarbeitung personenbezogener Daten und den Schutz der Privatsphäre in der elektronischen Kommunikation (Datenschutzrichtlinie für elektronische Kommunikation) (ABl. L 201 vom 31.7.2002, S. 37, ELI: http://data.europa.eu/eli/dir/2002/58/oj).

50 ***Verordnung (EU) 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. April 2016 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten, zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung der Richtlinie 95/46/EG (Datenschutz-Grundverordnung) (ABl. L 119 vom 4.5.2016, S. 1, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2016/679/oj).***

51 Verordnung (EU) 2018/1725 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Oktober 2018 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten durch die Organe, Einrichtungen und sonstigen Stellen der Union, zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 45/2001 und des Beschlusses Nr. 1247/2002/EG (ABl. L 295 vom 21.11.2018, S. 39, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2018/1725/oj).

Artikel 83

Schutz der finanziellen Interessen der Union

(1) Nimmt ein assoziiertes Land mittels eines Beschlusses am Programm teil, der gemäß dem Abkommen über den Europäischen Wirtschaftsraum oder auf der Grundlage eines anderen Rechtsinstruments erlassen wurde, so gewährt das assoziierte Land dem zuständigen Anweisungsbefugten, dem OLAF und dem ***Europäischen*** Rechnungshof die Rechte und den erforderlichen Zugang, damit diese ihre jeweiligen Befugnisse umfassend wahrnehmen können. Im Falle von OLAF gehört dazu auch das Recht, Untersuchungen, einschließlich Kontrollen und Überprüfungen vor Ort gemäß der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 883/2013 durchzuführen.

(2) Die in ***Artikel*** 78 genannte Vereinbarung sieht folgende Verpflichtungen der Ukraine vor:

a) Ergreifen geeigneter Maßnahmen, um ***Unregelmäßigkeiten***, Betrug, Korruption ***und Interessenkonflikte*** zum Nachteil der finanziellen Interessen der Union zu verhindern, aufzudecken und zu beheben, Doppelfinanzierungen ***aufzudecken und*** zu vermeiden und rechtliche Schritte zur Einziehung veruntreuter Mittel einzuleiten;

b) regelmäßige Prüfungen, ob die bereitgestellten Finanzmittel gemäß den geltenden Vorschriften verwendet wurden, insbesondere im Hinblick auf die Verhinderung, Aufdeckung und Behebung von ***Unregelmäßigkeiten***, Betrug, Korruption, ***und Interessenkonflikten***;

c) bei Zahlungsanträgen gemäß dem ***Unterstützungsinstrument für die Ukraine*** Abgabe einer Erklärung, dass die Mittel im Einklang mit dem Grundsatz der Wirtschaftlichkeit der Haushaltsführung und für den vorgesehenen Zweck verwendet und insbesondere im Einklang mit den ukrainischen Vorschriften, ergänzt durch internationale Standards ▌, in Bezug auf die Verhinderung, Aufdeckung und Behebung von Unregelmäßigkeiten, Betrug, Korruption und ***Interessenkonflikten,*** ordnungsgemäß verwaltet wurden;

d) eine ausdrückliche Ermächtigung der Kommission, des OLAF, des ***Europäischen*** Rechnungshofs und gegebenenfalls ***der Europäischen Staatsanwaltschaft***, ihre Rechte gemäß Artikel 129 Absatz 1 der Haushaltsordnung unter Anwendung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit auszuüben.

Artikel 84

Information, Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit

(1) Die Empfänger von Unionsmitteln machen durch kohärente, wirksame und verhältnismäßige gezielte Information verschiedener Zielgruppen, darunter Medien und Öffentlichkeit, die Herkunft dieser Mittel bekannt und stellen sicher, dass ***diese*** Förderung Sichtbarkeit erhält, insbesondere im Rahmen von Informationskampagnen zu den Maßnahmen und deren Ergebnissen.

(2) Die Kommission führt Maßnahmen zur Information und Kommunikation über ***diese Verordnung***, die gemäß ***dieser Verordnung*** ergriffenen Maßnahmen und die erzielten Ergebnisse durch.

(3) Mit den dem Programm ***und dem Unterstützungsinstrument für die Ukraine*** zugewiesenen Mitteln wird die institutionelle Kommunikation über die politischen Prioritäten der Union gefördert, soweit diese Prioritäten die in den Artikel 4 ***und 22*** genannten Ziele betreffen.

(4) Mit den dem Programm ***und dem Unterstützungsinstrument für die Ukraine*** zugewiesenen Mitteln kann ein Beitrag zur Organisation von Verbreitungstätigkeiten, von Veranstaltungen für die Suche geeigneter Partner und von Sensibilisierungsmaßnahmen geleistet werden, die insbesondere darauf ausgerichtet sind, Lieferketten zu öffnen, um die grenzübergreifende Teilnahme von KMU zu fördern.

Artikel 85

Überwachung**, Bewertung und **Überprüfung

(1) ***Die Kommission überwacht die Durchführung des Programms und des Unterstützungsinstruments für die Ukraine regelmäßig und erstattet dem Europäischen Parlament und dem Rat jährlich Bericht über die erzielten Fortschritte, einschließlich über den Grad der Beteiligung von KMU und kleinen Midcap-Unternehmen sowie über die Gesamtausgaben des Programms und des Unterstützungsinstruments für die Ukraine (aufgeschlüsselt nach Art der Maßnahmen und Form des Unionsbeitrags).***

Die Kommission führt die notwendigen Überwachungsmodalitäten ein, um sicherzustellen, dass die Daten für die Überwachung der Durchführung und der Ergebnisse des Programms sowie des Unterstützungsinstruments für die Ukraine effizient, wirksam und zeitnah erfasst werden. Zu diesem Zweck können für Empfänger von Unionsmitteln und gegebenenfalls für Mitgliedstaaten verhältnismäßige Berichterstattungsanforderungen festgelegt werden.

(2) Die Kommission erstellt bis zum 30. Juni 2027 einen ***gegebenenfalls auf Indikatoren beruhenden*** Bericht zur Evaluierung der Durchführung der in dieser Verordnung festgelegten Maßnahmen und ihrer Ergebnisse ***sowie zur Bewertung der Notwendigkeit einer möglichen Überarbeitung dieser Verordnung***. Der Evaluierungsbericht stützt sich auf Konsultationen der Mitgliedstaaten und der wichtigsten Interessenträger ***und bewertet den Beitrag der vorliegenden Verordnung zu den Fortschritten bei der Steigerung des Werts der auf kooperative Weise beschafften Verteidigungsgüter, des Werts des Handels mit Verteidigungsgütern innerhalb der EU und des Werts der Verteidigungsinvestitionen der Mitgliedstaaten, die innerhalb der Union beschafft werden.***

(3) Die Kommission legt diesen Bericht dem Europäischen Parlament und dem Rat vor, erforderlichenfalls mit entsprechenden Gesetzgebungsvorschlägen.

Artikel 86

Inkrafttreten

Diese Verordnung tritt am Tag nach ihrer Veröffentlichung im *Amtsblatt der Europäischen Union* in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Geschehen zu … am …

Im Namen des Europäischen Parlaments	*Im Namen des Rates*
Die Präsidentin	*Der Präsident/Die Präsidentin*

Zu dieser Verordnung wurden drei Erklärungen abgegeben, die im ABl. C ..., [ABl.: Bitte ABl.-Fundstellen dieser drei Erklärungen einfügen] zu finden sind.

Gemeinsame Erklärung des Europäischen Parlaments und des Rates über die Finanzierung des Programms für die europäische Verteidigungsindustrie (EDIP) und des Unterstützungsinstruments für die Ukraine im Rahmen der EDIP-Verordnung[+]

Das Europäische Parlament und der Rat erkennen an, dass die technologische und industrielle Basis der europäischen Verteidigung und die technologische und industrielle Basis der Verteidigung der Ukraine unbedingt unterstützt werden müssen, um ihre Wettbewerbsfähigkeit zu erhöhen, indem die Anpassung der Industrie an Strukturveränderungen beschleunigt wird, unter anderem durch den Ausbau der Produktionskapazitäten und die Verstärkung der Zusammenarbeit bei der Beschaffung von Verteidigungsgütern, insbesondere angesichts der Herausforderungen, die durch den rechtswidrigen, grundlosen und ungerechtfertigten Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine entstanden sind.

Unbeschadet der Vorrechte der Haushaltsbehörde im Rahmen der künftigen jährlichen Haushaltsverfahren ersuchen das Europäische Parlament und der Rat die Kommission, vorrangig und unter Berücksichtigung früherer politischer Zusagen der Haushaltsbehörde, einschließlich der Deckung der Zinskosten für das Aufbauinstrument der Europäischen Union, Optionen zur Aufstockung der Haushaltsmittel für das Programm für die europäische Verteidigungsindustrie und das Unterstützungsinstrument für die Ukraine im Einklang mit Nummer 18 der IIV über die Haushaltsdisziplin zu prüfen, ohne ähnliche EU-Programme und -Fonds zu kürzen.

[+] ABl.: Bitte in der Fußnote die Amtsblattfundstelle der Richtlinie in Dokument PE-CONS 52/25 - 2024/0061(COD) einfügen.

Gemeinsame Erklärung des Europäischen Parlaments, des Rates und der Kommission zu den Finanzbeiträgen von Drittländern für ihre Beteiligung am SAFE-Instrument als zusätzliche Finanzmittel für das Programm für die europäische Verteidigungsindustrie (EDIP) und das Unterstützungsinstrument für die Ukraine im Rahmen der EDIP-Verordnung[+]

Das Europäische Parlament, der Rat und die Kommission erkennen an, dass die technologische und industrielle Basis der europäischen Verteidigung und die technologische und industrielle Basis der Verteidigung der Ukraine unbedingt unterstützt werden müssen, um ihre Wettbewerbsfähigkeit zu erhöhen, indem die Anpassung der Industrie an Strukturveränderungen beschleunigt wird, unter anderem durch den Ausbau der Produktionskapazitäten und die Verstärkung der Zusammenarbeit bei der Beschaffung von Verteidigungsgütern, insbesondere angesichts der Herausforderungen, die durch den rechtswidrigen, grundlosen und ungerechtfertigten Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine entstanden sind.

Gemäß Artikel 17 Absatz 4 der SAFE-Verordnung werden die von Drittländern für ihre Beteiligung am SAFE-Instrument zu leistenden Finanzbeiträge für Programme zur Unterstützung der Verteidigungsindustrie der Union, der ukrainischen Verteidigungsindustrie und der Ukraine gemäß den Vorschriften dieser Programme verwendet. Das Europäische Parlament, der Rat und die Kommission sind sich darin einig, dass diese Beiträge zur Aufstockung des EDIP, einschließlich des Unterstützungsinstruments für die Ukraine, verwendet werden sollten.

[+] ABl.: Bitte in der Fußnote die Amtsblattfundstelle der Richtlinie in Dokument PE-CONS 52/25 - 2024/0061(COD) einfügen.

Gemeinsame Erklärung des Europäischen Parlaments, des Rates und der Kommission über zusätzliche Finanzmittel für die EDIP-Verordnung[+]

Das Europäische Parlament, der Rat und die Kommission teilen die Auffassung, dass die EDIP-Verordnung mit zusätzlichen Finanzmitteln ausgestattet werden sollte.

Zu diesem Zweck ist in der EDIP-Verordnung ausdrücklich die Möglichkeit von zusätzlichen Finanzbeiträgen von Mitgliedstaaten, Organen, Einrichtungen und sonstigen Stellen der Union, Drittländern, internationalen Organisationen, internationalen Finanzinstitutionen oder anderen Dritten vorgesehen, und es wird in diesem Zusammenhang ausdrücklich auf den Fonds zur Beschleunigung der Transformation der Lieferketten im Verteidigungsbereich (Fund Accelerating the defence Supply Chains Transformation – FAST) verwiesen.

Vor diesem Hintergrund und unter Berücksichtigung der zentralen Rolle des FAST bei der Verbesserung der Herstellungskapazitäten von KMU und kleinen Midcap-Unternehmen im Verteidigungsbereich, die besonderen Bedarf an Investitionen haben, sollten solche zusätzlichen Beiträge in erster Linie dem FAST zugewiesen werden und die Beträge ergänzen, die aus der in Artikel 5 Absatz 1 genannten Finanzausstattung von 1 200 Mio. EUR zugewiesen werden, mit dem Ziel, dass sich der Gesamtrichtbetrag für diesen speziellen Fonds im Rahmen des Programms unter Wahrung der Vorrechte der Haushaltsbehörde auf mindestens 150 Mio. EUR beläuft.

[+] ABl.: Bitte in der Fußnote die Amtsblattfundstelle der Richtlinie in Dokument PE-CONS 52/25 - 2024/0061(COD) einfügen.

ANGENOMMENE TEXTE

P10_TA(2025)0296

Steigerung der Effizienz der EU-Garantie gemäß der „InvestEU“ Verordnung und Vereinfachung der Berichtspflichten

Legislative Entschließung des Europäischen Parlaments vom 26. November 2025 zu dem Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Verordnungen (EU) 2015/1017, (EU) 2021/523, (EU) 2021/695 und (EU) 2021/1153 im Hinblick auf die Steigerung der Effizienz der EU-Garantie gemäß der Verordnung (EU) 2021/523 und die Vereinfachung der Berichtspflichten (COM(2025)0084 – C10-0036/2025 – 2025/0040(COD))

(Ordentliches Gesetzgebungsverfahren: erste Lesung)

Das Europäische Parlament,

– unter Hinweis auf den Vorschlag der Kommission an das Europäische Parlament und den Rat (COM(2025)0084),

– gestützt auf Artikel 294 Absatz 2, Artikel 172 und Artikel 173, Artikel 175 Absatz 3, Artikel 182 Absatz 1, Artikel 183, Artikel 188 Absatz 2 und Artikel 194 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union, auf deren Grundlage ihm der Vorschlag der Kommission unterbreitet wurde (C10-0036/2025),

– gestützt auf Artikel 294 Absatz 3 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union,

– unter Hinweis auf die Stellungnahme des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses vom 29. April 2025[1],

– nach Anhörung des Ausschusses der Regionen,

– unter Hinweis auf die vorläufige Einigung, die gemäß Artikel 75 Absatz 4 seiner Geschäftsordnung von den zuständigen Ausschüssen angenommen wurde, und auf die vom Vertreter des Rates mit Schreiben vom 8. Oktober 2025 gemachte Zusage, den Standpunkt des Europäischen Parlaments gemäß Artikel 294 Absatz 4 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union zu billigen

– gestützt auf Artikel 60 seiner Geschäftsordnung,

[1] ABl. C, C/2025/3199, 2.7.2025, ELI: http://data.europa.eu/eli/C/2025/3199/oj.

– unter Hinweis auf die gemeinsamen Beratungen des Haushaltsausschusses und des Ausschusses für Wirtschaft und Währung gemäß Artikel 59 der Geschäftsordnung,

– unter Hinweis auf die Stellungnahmen des Ausschusses für Industrie, Forschung und Energie und des Ausschusses für Verkehr und Tourismus,

– unter Hinweis auf den Bericht des Haushaltsausschusses und des Ausschusses für Wirtschaft und Währung (A10-0117/2025),

1. legt den folgenden Standpunkt in erster Lesung fest;

2. fordert die Kommission auf, es erneut zu befassen, falls sie ihren Vorschlag ersetzt, entscheidend ändert oder beabsichtigt, ihn entscheidend zu ändern;

3. beauftragt seine Präsidentin, den Standpunkt des Parlaments dem Rat und der Kommission sowie den nationalen Parlamenten zu übermitteln.

P10_TC1-COD(2025)0040

Standpunkt des Europäischen Parlaments festgelegt in erster Lesung am 26. November 2025 im Hinblick auf den Erlass der Verordnung (EU) 2025/... des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Verordnungen (EU) 2015/1017, (EU) 2021/523, (EU) 2021/695 und (EU) 2021/1153 im Hinblick auf die Steigerung der Effizienz der EU-Garantie gemäß der Verordnung (EU) 2021/523 und die Vereinfachung der Berichtspflichten

DAS EUROPÄISCHE PARLAMENT UND DER RAT DER EUROPÄISCHEN UNION –

gestützt auf den Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union, insbesondere auf Artikel 172, Artikel 173, Artikel 175 Absatz 3, Artikel 182 Absatz 1, Artikel 183, Artikel 188 Absatz 2 und Artikel 194,

auf Vorschlag der Europäischen Kommission,

nach Zuleitung des Entwurfs des Gesetzgebungsakts an die nationalen Parlamente,

nach Stellungnahme des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses[1],

nach Anhörung des Ausschusses der Regionen,

gemäß dem ordentlichen Gesetzgebungsverfahren[2],

---

1 ABl. C, C/2025/3199, 2.7.2025, ELI: http://data.europa.eu/eli/C/2025/3199/oj.

2 ***Standpunkt des Europäischen Parlaments vom 26. November 2025.***

in Erwägung nachstehender Gründe:

(1) Die Union steht vor einem massiven Finanzierungsbedarf, um ihre Ziele in den Bereichen Innovation, ***grüner und*** digitaler Wandel sowie soziale Investitionen und Kompetenzen zu erreichen, während gleichzeitig Maßnahmen erforderlich sind angesichts einer komplexen Problemlage, die sich auf die Wettbewerbsfähigkeit und die industrielle Basis der Union auswirkt und gekennzeichnet ist durch eine sich verändernde globale Dynamik, ein langsames Wirtschaftswachstum, eine Beschleunigung des Klimawandels und der Umweltzerstörung, technologischen Wettbewerb und wachsende geopolitische Spannungen. ***In diesem Zusammenhang ist die Stärkung der Autonomie der Union, insbesondere im Bereich der Energie, durch die Förderung von Investitionen, mit denen Technologien und ein auf erneuerbaren Energieträgern basierendes und sauberes Energiesystem gestärkt werden, wesentlich, um Abhängigkeiten zu verringern und die wirtschaftliche und politische Stabilität zu wahren.***

(2) Sowohl der mit der Verordnung (EU) 2015/1017 des Europäischen Parlaments und des Rates[3] eingerichtete Europäische Fonds für strategische Investitionen als auch das mit der Verordnung (EU) 2021/523 des Europäischen Parlaments und des Rates[4] eingerichtete Programm „InvestEU“ fußen auf Zusätzlichkeit und Hebelwirkung, die insbesondere den Ausbau neuer und innovativer Technologien und Unternehmen sowie eine Minderung der Risiken von Investitionen privater Investoren ermöglichen. Eine Kontrolle durch das Europäische Parlament und den Rat trägt dazu bei, sicherzustellen, dass die EU-Garantie im Einklang mit den Zielen des Programms „InvestEU“ verwendet wird.

---

3 ***Verordnung (EU) 2015/1017 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Juni 2015 über den Europäischen Fonds für strategische Investitionen, die europäische Plattform für Investitionsberatung und das europäische Investitionsvorhabenportal sowie zur Änderung der Verordnungen (EU) Nr. 1291/2013 und (EU) Nr. 1316/2013 — der Europäische Fonds für strategische Investitionen (ABl. L 169 vom 1.7.2015, S. 1, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2015/1017/oj).***

4 ***Verordnung (EU) 2021/523 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 24. März 2021 zur Einrichtung des Programms „InvestEU“ und zur Änderung der Verordnung (EU) 2015/1017 (ABl. L 107 vom 26.3.2021, S. 30, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2021/523/oj).***

(3) In dem Bericht mit dem Titel „The future of European competitiveness“ (Die Zukunft der europäischen Wettbewerbsfähigkeit, „Draghi-Bericht“) wird der zusätzliche Investitionsbedarf in Europa bis 2030 auf insgesamt 750-800 Mrd. EUR pro Jahr geschätzt***, wovon allein auf die Energiewende 450 Mrd. EUR entfallen***. Dieser Betrag enthält einen bedeutenden Betrag für den grünen und den digitalen Wandel. Die Gewährleistung ausreichender öffentlicher und privater Investitionen ist von entscheidender Bedeutung, um das Produktivitätswachstum anzukurbeln und die Ziele der Union zu erreichen, private Investitionen mit dem Ziel der Dekarbonisierung der Industrie zu mobilisieren, die Erzeugung, die Speicherung und den Ausbau von sauberer Energie und die Elektrifizierung zu beschleunigen, Verbindungsleitungen und Netze zu stärken, nachhaltige und kreislauforientierte Geschäftsmodelle voranzubringen, die ***nachhaltige*** Renovierung von Gebäuden zu fördern und die Entwicklung sauberer sowie digitaler Technologien und deren Verbreitung in allen Wirtschaftszweigen weiterzuentwickeln.

(4) Europa befindet sich in einer Wohnungskrise, die zwei Formen des Marktversagens umfasst, einen Mangel an erschwinglichem und sozialem Wohnraum und das Versäumnis, die Energieeffizienzlücke zu schließen. Mittels einer Erhöhung der im Rahmen des Politikbereichs „Soziale Investitionen und Kompetenzen“ des Fonds „InvestEU“ zur Verfügung stehenden EU-Garantie und einer verbesserten Sichtbarkeit und Zugänglichkeit der finanziellen Unterstützung im Zusammenhang mit Wohnraum können die Union und die InvestEU-Durchführungspartner wesentliche Unterstützung für die Schlüsselpriorität sozialer Investitionen und Kompetenzen bereitstellen, auch in Bezug auf erschwinglichen sozialen Wohnraum, und gleichzeitig zur Umsetzung der europäischen Säule sozialer Rechte beitragen.

(5) ***Angesichts des Angriffskriegs Russlands gegen die Ukraine muss die Union dringend die Sicherheit, ihre technologische und industrielle Basis und ihre militärische Mobilität deutlich verstärken. Durch eine erhöhte EU-Garantie, die im Rahmen der einschlägigen Politikbereiche des Fonds „InvestEU“ zur Verfügung steht, eine bessere Sichtbarkeit und Zugänglichkeit der finanziellen Unterstützung im Hinblick auf kleine und mittlere Unternehmen (KMU), Unternehmen mit mittelgroßer Marktkapitalisierung (Midcap-Unternehmen) und Start-up-Unternehmen in der Lieferkette im Verteidigungsbereich können die Union und die InvestEU-Durchführungspartner wichtige Unterstützung für diese Schlüsselpriorität bereitstellen.***

(6) ***Initiativen wie die Exportkreditgarantiefazilität von InvestEU spielen eine wichtige Rolle bei der Unterstützung der Wirtschaft der Ukraine. Eine umfassende Beteiligung durch europäische Exportkreditagenturen ist für die Wirksamkeit dieser Fazilität von entscheidender Bedeutung.***

(7) ***Gut funktionierende Verkehrsnetze und -dienste sind wesentlich, um den Übergang zu einer grünen Wirtschaft zu gewährleisten und gleichzeitig die Wettbewerbsfähigkeit der Union zu stärken. In dieser Hinsicht sind Investitionen in transeuropäische Verkehrsnetze erforderlich, um fehlende Verbindungen herzustellen und die Verkehrsinfrastruktur zu modernisieren, bei der große Lücken hinsichtlich der öffentlichen und privaten Finanzierung bestehen.***

(8) Der Fonds „InvestEU“ ist das wichtigste Instrument auf Unionsebene, um öffentliche und private Mittel zur Unterstützung eines breiten Spektrums politischer Prioritäten der Union zu mobilisieren. Über sein umfassendes Netz von Durchführungspartnern, zu dem auch die Europäische Investitionsbank (EIB), der Europäische Investitionsfonds (EIF) und andere internationale Finanzinstitutionen sowie nationale Förderbanken und -institute gehören, stellt der Fonds „InvestEU“ über seine Risikoteilungskapazität dringend benötigte Finanzmittel bereit. In der im Jahr 2024 abgeschlossenen Zwischenevaluierung von InvestEU wurde hervorgehoben, dass Haushaltsgarantien ihrem Wesen nach für den Unionshaushalt effizient sind, und bestätigt, dass das Programm „InvestEU“ gut aufgestellt ist, um Investitionen zu mobilisieren, die spürbare Auswirkungen auf die Realwirtschaft haben werden. Genehmigungen für Finanzierungen und Investitionen im Rahmen des Programms „InvestEU“ wurden jedoch in hohem Maße vorgezogen, sodass einige Finanzprodukte nach 2025 keine neuen Genehmigungen mehr erhalten könnten, wenn keine Maßnahmen ergriffen werden, um dieses Problem anzugehen.

(9) Es ist wichtig, dass die finanzielle Leistungsfähigkeit des Fonds „InvestEU“ erhöht und effizienter genutzt wird, wenn die Kombination mit Mitteln erfolgt, die im Rahmen des EFSI und anderer Altinstrumente verfügbar werden, insbesondere des mit der Verordnung (EU) Nr. 1316/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates[5] eingerichteten Fremdfinanzierungsinstruments der Fazilität „Connecting Europe“ und der mit den Verordnungen (EU) Nr. 1290/2013[6] und (EU) Nr. 1291/2013[7] des Europäischen Parlaments und des Rates eingerichteten und von der EIB-Gruppe umgesetzten InnovFin-Kreditfazilität. Diese Kombinationen könnten zu einer Verringerung der Haushaltseinnahmen aus diesen Altinstrumenten führen. Im Rahmen dieser Kombinationen würde jedoch auch die Möglichkeit eröffnet werden, für strategische Investitionen in vorrangigen Bereichen der Union eine höhere Garantiedeckung bereitzustellen, was zu einer Mobilisierung von zusätzlichen Investitionen in Höhe von rund 25 Mrd. EUR und einer stärkeren Diversifizierung der Risiken führen dürfte, ohne dass die Risiken für den Unionshaushalt wesentlich erhöht werden.

---

5 Verordnung (EU) Nr. 1316/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2013 zur Schaffung der Fazilität Connecting Europe, zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 913/2010 und zur Aufhebung der Verordnungen (EG) Nr. 680/2007 und (EG) Nr. 67/2010 (ABl. L 348 vom 20.12.2013, S. 129, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2013/1316/oj).

6 Verordnung (EU) Nr. 1290/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2013 über die Regeln für die Beteiligung am Rahmenprogramm für Forschung und Innovation „Horizont 2020“ (2014-2020) sowie für die Verbreitung der Ergebnisse und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1906/2006 (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 81, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2013/1290/oj).

7 Verordnung (EU) Nr. 1291/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2013 über das Rahmenprogramm für Forschung und Innovation Horizont 2020 (2014-2020) und zur Aufhebung des Beschlusses Nr. 1982/2006/EG (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 104, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2013/1291/oj).

(10) Angesichts der Aufstockung der EU-Garantie um ***2,9*** Mrd. EUR, die durch zusätzliche Rückflüsse in Höhe von ***1,16*** Mrd. EUR gestützt wird, und der Effizienzmaßnahmen, die durch die Kombination der Kapazitäten der Altinstrumente mit dem Fonds „InvestEU“ umgesetzt werden, dürften zusätzliche Investitionen in Höhe von rund ***55*** Mrd. EUR mobilisiert werden können. Es ist erforderlich, den Finanzbeitrag der EIB-Gruppe proportional zu dem ihr zugewiesenen Anteil der erhöhten EU-Garantie anzupassen. ***Die indikative Aufteilung der EU-Garantie auf die vier Politikbereiche des Fonds „InvestEU“ sollte proportional zur Erhöhung der EU-Garantie erhöht werden. Die Verwendung dieser Rückflüsse aus Altinstrumenten zugunsten des Fonds „InvestEU“ erfolgt unbeschadet der Verhandlungen über den mehrjährigen Finanzrahmen für die Zeit nach 2027.***

(11) ***InvestEU-Beratungsdienste spielen bei der Entwicklung einer Projektpipeline eine wichtige Rolle. Diese Beratungsdienste sind insbesondere in komplexen Bereichen wie erschwingliche Sozialwohnungen und Verteidigung nützlich. Es wäre daher angemessen, Rückflüsse in Höhe von 40 Mio. EUR zu verwenden, um den für diese Dienste bereitgestellten Betrag zu erhöhen. Darüber hinaus müssen die Wechselwirkungen zwischen den verschiedenen Bestandteilen des Programms „InvestEU“, insbesondere zwischen der InvestEU-Beratungsplattform und dem InvestEU-Portal, verbessert werden.***

(12) ***Die Kommission schätzt die Höhe der Dotierung, die erforderlich ist, um über die Laufzeit erwartete Verluste aus den im Rahmen des Fonds „InvestEU“ geförderten Vorhaben zu decken, auf ein Konfidenzniveau von 95 % des Risikowerts. Die Kommission plant im Rahmen ihrer kontinuierlichen Bemühungen um eine Vereinheitlichung des Rahmens für das Risikomanagement für Haushaltsgarantien, die Methoden zu überprüfen, die sowohl in den internen als auch in den externen politischen Maßnahmen zur Anwendung kommen.***

(13) Um die Attraktivität der Mitgliedstaaten-Komponente im Rahmen des Fonds „InvestEU“ zu erhöhen, sollte es den Mitgliedstaaten ermöglicht werden, zusätzlich zu der bestehenden Möglichkeit, einen Beitrag zur EU-Garantie zu leisten, einen vollständig kapitalgedeckten Beitrag ***aus Fonds mit geteilter Mittelverwaltung, aus der mit der Verordnung (EU) 2021/241 des Europäischen Parlaments und des Rates[8] eingerichteten Aufbau- und Resilienzfazilität oder aus Mitteln der Mitgliedstaaten*** über ein InvestEU-Finanzierungsinstrument zu leisten. Unterstützung aus dem InvestEU-Finanzierungsinstrument sollte so weit wie möglich nach denselben Grundsätzen wie die EU-Garantie durchgeführt werden. Über das InvestEU-Finanzierungsinstrument könnten Mitgliedstaaten, die nicht dem Euroraum angehören, finanziell effizienter in ihrer eigenen Währung von dem Programm „InvestEU“ profitieren. ***Das InvestEU-Finanzierungsinstrument sollte zudem einen weiteren Anreiz bieten, die Risikobereitschaft der Durchführungspartner in verantwortungsbewusster Weise zu erhöhen und somit zum Crowding-in von Privatkapital beizutragen.***

(14) Um die Komponenten zur Unterstützung einer konkreten Finanzierung oder Investition ergänzend zu nutzen, können die der Mitgliedstaaten-Komponente zugewiesenen Beträge in einer mehrstufigen Struktur mit Mitteln der EU-Komponente kombiniert werden, wobei eine Erstverlusttranche durch nationale Mittel gedeckt wird. Um die Kohärenz mit den Zielen des Programms „InvestEU“ zu gewährleisten, sollten solche Kombinationen in Einklang mit den Grundsätzen des EU-Mehrwerts, des fairen Wettbewerbs und der Integrität des Binnenmarkts stehen, und damit sollte gegebenenfalls die grenzüberschreitende Zusammenarbeit unterstützt werden.

---

[8] ***Verordnung (EU) 2021/241 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Februar 2021 zur Einrichtung der Aufbau- und Resilienzfazilität (ABl. L 57 vom 18.2.2021, S. 17, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2021/241/oj).***

(15) Im Einklang mit dem übergeordneten Ziel der Vereinfachung, um den Verwaltungsaufwand für Endempfänger, Finanzintermediäre und Durchführungspartner zu verringern, sollten die Berichtspflichten, einschließlich derjenigen in Bezug auf wesentliche Leistungs- und Überwachungsindikatoren, gegebenenfalls verringert werden, insbesondere diejenigen, die kleine Unternehmen und kleine Vorhaben betreffen. ***Diese Vereinfachung sollte sich nicht auf die Qualität der von den Endempfängern erhaltenen Daten auswirken, wenn diese Daten nicht unter die vorgeschlagene Verringerung der Berichtspflichten fallen. Unbeschadet der Definition von kleinen und mittleren Unternehmen („KMU“) für die Zwecke anderer Rechtsakte der Union und etwaiger künftiger Programme und Fonds sollte*** die Anwendung der Definition ***von*** KMU ***für die Zwecke des Programms „InvestEU“*** angepasst werden, um die Berichterstattung möglichst unkompliziert zu gestalten. Besonderes Augenmerk sollte sozialwirtschaftlichen Unternehmen und Mikrofinanzinstituten gelten. ***Es muss beachtet werden, dass die in der Richtlinie 2013/34/EU des Europäischen Parlaments und des Rates[9] festgelegten Rechnungslegungsvorschriften, einschließlich der Konsolidierungsvorschriften, Anwendung finden, womit dazu beigetragen wird, die Integrität der Definition von KMU zu wahren und sicherzustellen, dass sich die Unterstützung durch die Union an die vorgesehenen Begünstigten richtet. Sofern dies aus Gründen der Umsetzung erforderlich ist, und unbeschadet der Verordnung (EU) 2021/523, sollten die Kriterien im Rahmen der vereinfachten Definition im Einklang mit den Grundsätzen festgelegt werden, die in den einschlägigen Bestimmungen des Anhangs I der Empfehlung 2003/361/EG der Kommission[10] festgehalten sind. Die Durchführungspartner oder – im Falle von intermediären Finanzprodukten – Finanzintermediäre müssen sicherstellen, dass die Fördervoraussetzungen für KMU uneingeschränkt eingehalten werden, unter***

---

[9] ***Richtlinie 2013/34/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Juni 2013 über den Jahresabschluss, den konsolidierten Abschluss und damit verbundene Berichte von Unternehmen bestimmter Rechtsformen und zur Änderung der Richtlinie 2006/43/EG des Europäischen Parlaments und des Rates und zur Aufhebung der Richtlinien 78/660/EWG und 83/349/EWG des Rates (ABl. L 182 vom 29.6.2013, S. 19, ELI: http://data.europa.eu/eli/dir/2013/34/oj).***

[10] ***Empfehlung der Kommission 2003/361/EG vom 6. Mai 2003 betreffend die Definition der Kleinstunternehmen sowie der kleinen und mittleren Unternehmen (ABl. L 124 vom 20.5.2003, S. 36, ELI: http://data.europa.eu/eli/reco/2003/361/oj).***

anderem im Wege der Überprüfung der Einstufung des Endempfängers als KMU, insbesondere durch die genaue Berechnung der Mitarbeiterzahl und des Umsatzes im Rahmen des relevanten Geschäftsbereichs der Unternehmen und gegebenenfalls durch die ordnungsgemäße Anwendung der Konsolidierungsvorschriften, damit eine Umgehung durch Holdings oder ähnliche Strukturen verhindert wird.

(16) ***Die Kommission sollte weitere Vereinfachungsmaßnahmen nichtlegislativer Natur zur Ergänzung dieser Änderungsverordnung in Erwägung ziehen, etwa die Verringerung der Häufigkeit der von den Durchführungspartnern einzureichenden Fortschrittsberichte, damit die Arbeitsbelastung für die Durchführungspartner, Finanzintermediäre und Endempfänger verringert wird, ohne dass wesentliche Elemente der Verordnung (EU) 2021/523 geändert werden.***

(17) ***Es ist wichtig, dass Verfahren für staatliche Beihilfen, die auf im Rahmen des Fonds „InvestEU“ unterstützte Vorhaben Anwendung finden, verhältnismäßig, planbar und optimiert sind. Soweit angezeigt, ist es wichtig, dass die Kommission weiterhin alle verfügbaren Mittel prüft, um die Bewertung staatlicher Beihilfen zu vereinfachen und zu beschleunigen. Im Rahmen der Überarbeitung der Verordnung (EU) Nr. 651/2014 der Kommission[11] sollte zudem die Anwendung der Vorschriften über staatliche Beihilfen im Rahmen des Programms „InvestEU“ weiter präzisiert und vereinfacht werden.***

(18) Die Häufigkeit und der Umfang der Berichte sollten auch für das Programm „InvestEU“ und dessen Vorläufer, den EFSI, verringert werden.

---

11 ***Verordnung (EU) Nr. 651/2014 der Kommission vom 17. Juni 2014 zur Feststellung der Vereinbarkeit bestimmter Gruppen von Beihilfen mit dem Binnenmarkt in Anwendung der Artikel 107 und 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (ABl. L 187 vom 26.6.2014, S. 1, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2014/651/oj).***

(19) Die Verordnungen (EU) 2015/1017, (EU) 2021/695[12] und (EU) 2021/1153[13] des Europäischen Parlaments und des Rates sollten geändert werden, um Kombinationen von Unterstützung im Rahmen dieser Verordnungen und der EU-Garantie im Rahmen der Verordnung (EU) 2021/523 in der durch die vorliegende Verordnung geänderten Fassung zu ermöglichen.

(20) Mit Blick auf die Rechnungslegung der Kommission sollten die Durchführungspartner im Zusammenhang mit Kombinationen von Unterstützung verpflichtet sein, geprüfte Jahresabschlüsse gemäß Artikel 212 Absatz 4 der Verordnung (EU, Euratom) 2024/2509 des Europäischen Parlaments und des Rates[14] vorzulegen, in denen die Beträge, die sich auf verschiedene Rechtsgrundlagen beziehen, klar abgegrenzt sind.

▌

(21) Da die Ziele dieser Verordnung, nämlich unionsweites und mitgliedstaatsspezifisches Marktversagen und die Investitionslücke in der Union zu beheben, den grünen und den digitalen Wandel der Union zu beschleunigen, ihre Wettbewerbsfähigkeit zu steigern und ihre industrielle Basis zu stärken, von den Mitgliedstaaten nicht ausreichend verwirklicht werden können, sondern auf Unionsebene besser zu verwirklichen sind, kann die Union im Einklang mit dem in Artikel 5 des Vertrags über die Europäische Union verankerten Subsidiaritätsprinzip tätig werden. Entsprechend dem in demselben Artikel genannten Grundsatz der Verhältnismäßigkeit geht diese Verordnung nicht über das für die Verwirklichung dieser Ziele erforderliche Maß hinaus**.**

---

12 Verordnung (EU) 2021/695 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 28. April 2021 zur Einrichtung von „Horizont Europa“, dem Rahmenprogramm für Forschung und Innovation, sowie über dessen Regeln für die Beteiligung und die Verbreitung der Ergebnisse und zur Aufhebung der Verordnungen (EU) Nr. 1290/2013 und (EU) Nr. 1291/2013 (ABl. L 170 vom 12.5.2021, S. 1, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2021/695/oj).

13 Verordnung (EU) 2021/1153 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 7. Juli 2021 zur Schaffung der Fazilität „Connecting Europe“ und zur Aufhebung der Verordnungen (EU) Nr. 1316/2013 und (EU) Nr. 283/2014 (ABl. L 249 vom 14.7.2021, S. 38, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2021/1153/oj).

14 Verordnung (EU, Euratom) 2024/2509 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. September 2024 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union (ABl. L, 2024/2509, 26.9.2024, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2024/2509/oj).

(22) Um das Europäische Parlament und den Rat bei der Wahrnehmung ihrer institutionellen Rollen zu unterstützen, sollte die unabhängige Abschlussevaluierung des Programms „InvestEU“ eine vergleichende Bewertung der Leistung des Programms „InvestEU“ vor und nach dem Inkrafttreten dieser Änderungsverordnung einschließlich ihrer Ausnahmen und regulatorischen Änderungen umfassen.

HABEN FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN:

Artikel 1

Änderung der Verordnung (EU) 2021/523

Die Verordnung (EU) 2021/523 wird wie folgt geändert:

1. Artikel 1 Absatz 1 erhält folgende Fassung:

„Mit dieser Verordnung wird der Fonds ‚InvestEU' geschaffen, mit dem eine EU-Garantie und ein InvestEU-Finanzierungsinstrument zur Unterstützung der von den Durchführungspartnern durchgeführten Finanzierungen und Investitionen bereitgestellt werden, die zu den Zielen der internen Politikbereiche der Union beitragen."

2. Artikel 2 wird wie folgt geändert:

a) Die Nummern 3, 4 und 5 erhalten folgende Fassung:

„3. ‚Politikbereich' einen in Artikel 8 Absatz 1 niedergelegten Zielbereich für die Unterstützung durch die EU-Garantie oder das InvestEU-Finanzierungsinstrument;

4. ‚Komponente' einen Teil der im Rahmen des Fonds ‚InvestEU' bereitgestellten Unterstützung, der nach der Herkunft der Ressourcen, auf die sie sich stützt, definiert ist;

5. ‚Mischfinanzierungsmaßnahmen' im Rahmen der EU-Komponente aus dem Unionshaushalt unterstützte Maßnahmen, bei denen nicht rückzahlbare Formen der Unterstützung bzw. rückzahlbare Formen der Unterstützung aus dem EU-Haushalt mit rückzahlbaren Formen der Unterstützung von Entwicklungsfinanzierungs- oder anderen öffentlichen Finanzierungsinstitutionen oder kommerziellen Finanzinstituten und Investoren kombiniert werden; für die Zwecke dieser Begriffsbestimmung können Unionsprogramme, die aus anderen Quellen als dem Unionshaushalt finanziert werden, etwa der EU-EHS-Innovationsfonds, den aus dem Unionshaushalt finanzierten Unionsprogrammen gleichgestellt werden;"

b) Nummer 8 erhält folgende Fassung:

„8. ‚Beitragsvereinbarung' das Rechtsinstrument, mit dem die Kommission und ein oder mehrere Mitgliedstaaten die Bedingungen für die Durchführung des Beitrags im Rahmen der Mitgliedstaaten-Komponente nach Artikel 10 und 10a festlegen;"

c) Die Nummern 10 und 11 erhalten folgende Fassung:

„10. ‚Finanzierungen und Investitionen' oder ‚Finanzierungen oder Investitionen' Maßnahmen, um Endempfängern direkt oder indirekt Finanzierung in Form von Finanzprodukten bereitzustellen, die

a) im Kontext der EU-Garantie von einem Durchführungspartner in eigenem Namen durchgeführt, im Einklang mit dessen internen Vorschriften, Strategien und Verfahren erbracht und in dessen Jahresabschluss verbucht oder gegebenenfalls in den Erläuterungen zum Jahresabschluss offengelegt werden;

b) im Kontext des InvestEU-Finanzierungsinstruments vom Durchführungspartner in eigenem Namen oder in eigenem Namen, jedoch im Auftrag der Kommission, durchgeführt werden;

11. ‚Fonds mit geteilter Mittelverwaltung' Fondsmittel, von denen ein Teil für die Dotierung einer Haushaltsgarantie oder eines Finanzierungsinstruments im Rahmen der Mitgliedstaaten-Komponente des Fonds ‚InvestEU' vorgesehen werden kann, namentlich der Europäische Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) und der Kohäsionsfonds, die durch die Verordnung (EU) 2021/1058 des Europäischen Parlaments und des Rates* eingerichtet wurden, der Europäische Sozialfonds Plus (ESF+), der durch die Verordnung (EU) 2021/1057 des Europäischen Parlaments und des Rates** (im Folgenden ‚ESF+-Verordnung für 2021-2027') eingerichtet wurde, der Europäische Meeres-, Fischerei- und Aquakulturfonds (EMFAF), der durch die Verordnung (EU) 2021/1139 des Europäischen Parlaments und des Rates*** eingerichtet wurde, und der Europäische Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER), der durch die Verordnung (EU) 2021/2115 des Europäischen Parlaments und des Rates**** (im Folgenden ‚Verordnung über die GAP-Strategiepläne') eingerichtet wurde;

---

* Verordnung (EU) 2021/1058 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 24. Juni 2021 über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung und den Kohäsionsfonds (ABl. L 231 vom 30.6.2021, S. 60, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2021/1058/oj).

** Verordnung (EU) 2021/1057 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 24. Juni 2021 zur Einrichtung des Europäischen Sozialfonds Plus (ESF+) und zur Aufhebung der Verordnung (EU) Nr. 1296/2013 (ABl. L 231 vom 30.6.2021, S. 21, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2021/1057/oj).

*** Verordnung (EU) 2021/1139 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 7. Juli 2021 über den Europäischen Meeres-, Fischerei- und Aquakulturfonds und zur Änderung der Verordnung (EU) 2017/1004 (ABl. L 247 vom 13.7.2021, S. 1, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2021/1139/oj).

**** Verordnung (EU) 2021/2115 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 2. Dezember 2021 mit Vorschriften für die Unterstützung der von den Mitgliedstaaten im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik zu erstellenden und durch den Europäischen Garantiefonds für die Landwirtschaft (EGFL) und den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) zu finanzierenden Strategiepläne (GAP-Strategiepläne) und zur Aufhebung der Verordnung (EU) Nr. 1305/2013 sowie der Verordnung (EU) Nr. 1307/2013 (ABl. L 435 vom 6.12.2021, S. 1, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2021/2115/oj).“

d) Nummer 12 erhält folgende Fassung:

„12. ‚Garantievereinbarung' das Rechtsinstrument, mit dem die Kommission und ein Durchführungspartner die Bedingungen festlegen, nach denen Finanzierungen und Investitionen für eine Deckung durch die EU-Garantie oder das InvestEU-Finanzierungsinstrument vorgeschlagen werden, eine Haushaltsgarantie oder Unterstützung durch das InvestEU-Finanzierungsinstrument für diese Finanzierungen oder Investitionen bereitgestellt wird und diese Finanzierungen oder Investitionen im Einklang mit der vorliegenden Verordnung durchgeführt werden;"

e) Nummer 21 erhält folgende Fassung:

„21. ‚kleine und mittlere Unternehmen' bzw. ‚KMU' a) ▌ ein Unternehmen, das laut seinem letzten Jahresabschluss oder konsolidierten Abschluss im Geschäftsjahr weniger als durchschnittlich 250 Beschäftigte hat ***und einen Jahresumsatz von höchstens 50 Mio. EUR erzielt***, oder b) im Falle ▌ von Finanzprodukten***, bei denen die anwendbaren Vorschriften über staatliche Beihilfen die Verwendung der Definition von KMU*** im Sinne des Anhangs ***I*** der Empfehlung 2003/361/EG der Kommission* ***erfordern***, Kleinstunternehmen sowie kleine und mittlere Unternehmen im Sinne ***dieses*** Anhangs;

---

* Empfehlung 2003/361/EG der Kommission vom 6. Mai 2003 betreffend die Definition der Kleinstunternehmen sowie der kleinen und mittleren Unternehmen (ABl. L 124 vom 20.5.2003, S. 36, ELI: http://data.europa.eu/eli/reco/2003/361/oj)**."**

f) Folgende Nummer wird angefügt:

„24. ‚InvestEU-Finanzierungsinstrument' ein Finanzierungsinstrument im Sinne von Artikel 2 Nummer 30 der Verordnung (EU, Euratom) 2024/2509 des Europäischen Parlaments und des Rates*, das im Rahmen der Mitgliedstaaten-Komponente des Fonds ‚InvestEU' durchzuführen ist.

---

* Verordnung (EU, Euratom) 2024/2509 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. September 2024 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union (ABl. L, 2024/2509, 26.9.2024, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2024/2509/oj).“

3. Artikel 4 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 1 Unterabsätze 1 und 2 erhalten folgende Fassung:

„(1) Die EU-Garantie für die EU-Komponente nach Artikel 9 Absatz 1 Buchstabe a beträgt ***29 052 310 073 EUR*** zu jeweiligen Preisen. Sie wird mit einer Quote von 40 % dotiert. Der in Artikel 35 Absatz 3 Unterabsatz 1 Buchstabe a genannte Betrag wird auch als Beitrag zu der Dotierung berücksichtigt, die sich aus dieser Dotierungsquote ergibt.

Für die Mitgliedstaaten-Komponente nach Artikel 9 Absatz 1 Buchstabe b der vorliegenden Verordnung kann die EU-Garantie mit einem zusätzlichen Betrag ausgestattet werden, sofern die Mitgliedstaaten die entsprechenden Beträge nach Maßgabe von Artikel 14 der Verordnung (EU) 2021/1060 des Europäischen Parlaments und des Rates* (im Folgenden „Dachverordnung für 2021-2027“) und Artikel 81 der Verordnung über die GAP-Strategiepläne zuweisen.

---

* Verordnung (EU) 2021/1060 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 24. Juni 2021 mit gemeinsamen Bestimmungen für den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds Plus, den Kohäsionsfonds, den Fonds für einen gerechten Übergang und den Europäischen Meeres-, Fischerei- und Aquakulturfonds sowie mit Haushaltsvorschriften für diese Fonds und für den Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds, den Fonds für die

innere Sicherheit und das Instrument für finanzielle Hilfe im Bereich Grenzverwaltung und Visumpolitik (ABl. L 231 vom 30.6.2021, S. 159, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2021/1060/oj).“

b) Absatz 2 Unterabsatz 2 erhält folgende Fassung:

„Für die in Artikel 3 Absatz 2 genannten Ziele wird ein Betrag von ***14 227 310 073*** EUR zu jeweiligen Preisen des in Absatz 1 Unterabsatz 1 des vorliegenden Artikels genannten Betrags bereitgestellt."

c) Absatz 3 erhält folgende Fassung:

„(3) Die Finanzausstattung für die Durchführung der in den Kapiteln VI und VII vorgesehenen Maßnahmen beträgt 470 000 000 EUR zu jeweiligen Preisen."

4. Artikel 6 Absatz 1 erhält folgende Fassung:

„(1) Die EU-Garantie und das InvestEU-Finanzierungsinstrument werden im Wege der indirekten Mittelverwaltung mit den Einrichtungen nach Artikel 62 Absatz 1 Buchstabe c Ziffern ii, iii, v und vi der Verordnung (EU, Euratom) 2024/2509 durchgeführt. Andere Formen der Unionsfinanzierung im Rahmen der vorliegenden Verordnung werden im Einklang mit der Verordnung (EU, Euratom) 2024/2509 im Wege der direkten oder der indirekten Mittelverwaltung so reibungslos wie möglich und unter Sicherstellung einer effizienten und kohärenten Unterstützung der Unionspolitik durchgeführt, einschließlich Finanzhilfen, die gemäß Titel VIII der Verordnung (EU, Euratom) 2024/2509 durchgeführt werden, und Mischfinanzierungsmaßnahmen, die nach Maßgabe dieses Artikels durchgeführt werden."

5. Artikel 7 wird wie folgt geändert:

a) Die Überschrift erhält folgende Fassung:

„Kombinationen"

b) Absatz 1 erhält folgende Fassung:

„(1) Die aus der EU-Garantie im Sinne dieser Verordnung gewährte Unterstützung, die Unterstützung der Union mittels im Programmplanungszeitraum 2014-2020 durch die Programme eingerichteter Finanzierungsinstrumente und die Unterstützung der Union im Rahmen der mit der Verordnung (EU) 2015/1017 eingerichteten EU-Garantie können kombiniert werden, um Finanzprodukte oder Portfolios zu unterstützen, die von der EIB oder dem EIF im Sinne dieser Verordnung eingeführt werden sollen."

c) Absatz 4 erhält folgende Fassung:

„(4) Die aus der EU-Garantie im Sinne dieser Verordnung gewährte Unterstützung, die Unterstützung der Union mittels der Garantie im Rahmen der im Programmplanungszeitraum 2014-2020 durch die Programme eingerichteten Finanzierungsinstrumente, die von den im Rahmen dieser Instrumente genehmigten Vorhaben freigegeben wird, und die Unterstützung der Union, die mittels der EU-Garantie, die durch die Verordnung (EU) 2015/1017 eingerichtet wurde und von den im Rahmen dieser EU-Garantie genehmigten Vorhaben freigegeben wird, können kombiniert werden, um Finanzprodukte oder Portfolios zu unterstützen, die ▌im Rahmen dieser Verordnung förderfähige Finanzierungen und Investitionen umfassen, und die von der EIB oder dem EIF im Sinne dieser Verordnung eingeführt werden oder werden sollen."

d. Folgende Absätze werden angefügt:

„(5) Abweichend von Artikel 212 Absatz 3 Unterabsatz 2 der Verordnung (EU, Euratom) 2024/2509 kann die ***aus dem Unionshaushalt unterstützte*** freigegebene Garantie im Rahmen der Finanzierungsinstrumente, die im Programmplanungszeitraum 2014-2020 durch die Programme eingerichtet wurden, zur Deckung von Finanzierungen und Investitionen verwendet werden, die im Rahmen dieser Verordnung für die Zwecke der in Absatz 4 genannten Kombination förderfähig sind.

(6) Abweichend von Artikel 216 Absatz 4 Buchstabe a der Verordnung (EU, Euratom) 2024/2509 ist es möglich, die Dotierung, die der im Rahmen der Unionsunterstützung aus der EU-Garantie gemäß der Verordnung (EU) 2015/1017 freigegebenen Garantie entspricht, für die Zwecke von Vorgängen gemäß Artikel 216 Absatz 4 Buchstabe a der Verordnung (EU, Euratom) 2024/2509 nicht zu berücksichtigen, wobei diese Dotierung zur Deckung von Finanzierungen und Investitionen verwendet werden kann, die im Rahmen der vorliegenden Verordnung für die Zwecke der in Absatz 4 dieses Artikels genannten Kombination förderfähig sind.

(7) Die Freigabe der ***aus dem Unionshaushalt unterstützten*** Garantie im Rahmen der Finanzierungsinstrumente, die im Programmplanungszeitraum 2014-2020 durch die Programme eingerichtet wurde, die Übertragung entsprechender Vermögenswerte von Treuhandkonten auf den gemeinsamen Dotierungsfonds gemäß Artikel 215 der Verordnung (EU, Euratom) 2024/2509 und die Freigabe der Garantie im Rahmen der Unionsunterstützung aus der durch die Verordnung (EU) 2015/1017 geschaffenen EU-Garantie gemäß Absatz 4 dieses Artikels erfolgen durch eine Änderung der einschlägigen Vereinbarungen zwischen der Kommission und der EIB oder dem EIF .

Die Bedingungen für die Verwendung der freigegebenen Garantien gemäß Unterabsatz 1 dieses Absatzes zur Deckung von Finanzierungen und Investitionen, die im Rahmen dieser Verordnung förderfähig sind, und gegebenenfalls der Übertragung entsprechender Vermögenswerte von Treuhandkonten auf den gemeinsamen Dotierungsfonds gemäß Artikel 215 der Verordnung (EU, Euratom) 2024/2509 werden in der in Artikel 17 der vorliegenden Verordnung genannten Garantievereinbarung festgelegt.

Die Bedingungen für die in den Absätzen 1 und 4 dieses Artikels genannten Finanzprodukte und der betreffenden Portfolios, einschließlich der jeweiligen quotalen Anteile an Verlusten, Einnahmen, Rückzahlungen und Einziehungen oder der jeweiligen nicht anteiligen Anteile gemäß Absatz 3 Unterabsatz 2 dieses Artikels, werden in der in Artikel 17 genannten Garantievereinbarung festgelegt.“

6. Artikel 8 Absatz 8 Unterabsatz 2 erhält folgende Fassung:

„Die Kommission bemüht sich gemeinsam mit den Durchführungspartnern, sicherzustellen, dass der für den Politikbereich „Nachhaltige Infrastruktur“ bestimmte Anteil der EU-Garantie im Rahmen der EU-Komponente so verteilt wird, dass ein ausgewogenes Verhältnis zwischen den in Absatz 1 Buchstabe a genannten Bereichen erreicht wird.“

7. Artikel 9 Absatz 1 Buchstabe b erhält folgende Fassung:

„b) die Mitgliedstaaten-Komponente dient der Behebung spezifischen Marktversagens oder suboptimaler Investitionsbedingungen in einer oder mehreren Regionen oder einem oder mehreren Mitgliedstaaten, damit die politischen Ziele der unter die geteilte Mittelverwaltung fallenden angeschlossenen Fonds oder des von einem Mitgliedstaat nach Artikel 4 Absatz 1 Unterabsatz 3 oder nach Artikel 10a Absatz 1 Unterabsatz 2 bereitgestellten zusätzlichen Betrags erreicht werden, insbesondere die Stärkung des wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalts in der Union durch Beseitigung der Ungleichgewichte zwischen den Regionen.“

8. Artikel 10 wird wie folgt geändert:

a) Die Überschrift erhält folgende Fassung:

„Besondere Bestimmungen in Bezug auf die im Rahmen der Mitgliedstaaten-Komponente durchgeführte EU-Garantie“

b) Absatz 2 Unterabsatz 4 erhält folgende Fassung:

„Der Mitgliedstaat und die Kommission schließen nach Erlass des Kommissionsbeschlusses zur Genehmigung der Beitragsvereinbarung gemäß Artikel 12 der Dachverordnung für 2021-2027 oder des GAP-Strategieplans gemäß Artikel 118 der Verordnung über die GAP-Strategiepläne oder gleichzeitig mit dem Erlass des Kommissionsbeschlusses zur Änderung eines Programms gemäß Artikel 24 der Dachverordnung für 2021-2027 oder eines GAP-Strategieplans gemäß Artikel 119 der Verordnung über die GAP-Strategiepläne.“

c) Absatz 3 Buchstabe b erhält folgende Fassung:

„b) die Strategie des Mitgliedstaats hinsichtlich der Finanzierungsart, der angestrebten Hebelwirkung, die geografische Abdeckung einschließlich der etwaigen regionalen Abdeckung, die Arten von Projekten, den Investitionszeitraum und, soweit zutreffend, die Kategorien der Endempfänger und förderfähigen Finanzintermediäre;“

9. Folgender Artikel 10a wird eingefügt:

„Artikel 10a

Besondere Bestimmungen für das im Rahmen der Mitgliedstaaten-Komponente durchgeführte InvestEU-Finanzierungsinstrument

(1) Ein Mitgliedstaat kann Beträge aus den Fonds mit geteilter Mittelverwaltung zur Mitgliedstaaten-Komponente des Fonds ‚InvestEU' übertragen, damit sie über das InvestEU-Finanzierungsinstrument eingesetzt werden können.

Die Mitgliedstaaten können darüber hinaus für die Zwecke des InvestEU-Finanzierungsinstruments zusätzliche Beträge bereitstellen. Diese Beträge stellen eine externe zweckgebundene Einnahme im Sinne des Artikels 21 Absatz 5 Satz 2 der Verordnung (EU, Euratom) 2024/2509 dar.

Die von einem Mitgliedstaat gemäß den Unterabsätzen 1 und 2 auf freiwilliger Basis zugewiesenen Beträge werden zur Unterstützung von Finanzierungen und Investitionen in dem betreffenden Mitgliedstaat verwendet. Mit diesen Beträgen wird ein Beitrag zu den in der Partnerschaftsvereinbarung gemäß Artikel 11 Absatz 1 Buchstabe a der Dachverordnung für 2021-2027, in den Programmen oder im GAP-Strategieplan genannten politischen Zielen, die zum Programm ‚InvestEU' beitragen, geleistet, um die einschlägigen Maßnahmen durchzuführen, die in dem gemäß der Verordnung (EU) 2021/241 aufgestellten Aufbau- und Resilienzplan oder in anderen Fällen – je nach Herkunft des geleisteten Beitrags – für in der Beitragsvereinbarung festgelegte Zwecke festgelegt sind.

(2) Der Beitrag zum InvestEU-Finanzierungsinstrument unterliegt dem Abschluss einer Beitragsvereinbarung zwischen einem Mitgliedstaat und der Kommission, die für Beiträge aus Fonds mit geteilter Mittelverwaltung gemäß Artikel 10 Absatz 2 Unterabsatz 4 geschlossen wird.

Der Abschluss gemeinsamer Beitragsvereinbarungen zwischen zwei oder mehr Mitgliedstaaten und der Kommission ist möglich.

(3) Die Beitragsvereinbarung enthält mindestens die Höhe des Beitrags des Mitgliedstaats und die Währung der Finanzierungen und Investitionen, Bestimmungen über die Entgelte der Union für das InvestEU-Finanzierungsinstrument, die in Artikel 10 Absatz 3 Buchstaben b bis e und g genannten Elemente und die Behandlung von Mitteln, die durch die Beiträge zum InvestEU-Finanzierungsinstrument generiert wurden oder diesen zuzurechnen sind.

(4) Die Beitragsvereinbarungen werden im Wege von Garantievereinbarungen umgesetzt, die gemäß Artikel 10 Absatz 4 Unterabsatz 1 geschlossen werden.

Wurde binnen zwölf Monaten ab Abschluss der Beitragsvereinbarung keine Garantievereinbarung geschlossen, so wird die Beitragsvereinbarung gekündigt oder in gegenseitigem Einvernehmen verlängert. Wurde binnen zwölf Monaten ab Abschluss der Beitragsvereinbarung der in einer Beitragsvereinbarung festgelegte Betrag nicht vollständig mittels einer oder mehrerer Garantievereinbarungen gebunden, wird dieser Betrag entsprechend geändert. Der ungenutzte Betrag eines Beitrags aus Fonds mit geteilter Mittelverwaltung, die über das Programm ‚InvestEU' bereitgestellt werden, wird gemäß der Verordnung zur Errichtung des entsprechenden Fonds wiederverwendet. Der ungenutzte Betrag eines Beitrags eines Mitgliedstaats gemäß Absatz 1 Unterabsatz 2 dieses Artikels wird dem Mitgliedstaat zurückgezahlt.

Wurde eine Garantievereinbarung nicht innerhalb des in Artikel 14 Absatz 6 der Dachverordnung für 2021-2027 oder Artikel 81 Absatz 6 der Verordnung über GAP-Strategiepläne festgelegten Zeitraums oder – im Fall einer Garantievereinbarung im Zusammenhang mit gemäß Absatz 1 Unterabsatz 2 dieses Artikels bereitgestellten Beträgen – im Rahmen der entsprechenden Beitragsvereinbarung ordnungsgemäß umgesetzt, so wird die Beitragsvereinbarung geändert. Die ungenutzten Beträge, die von den Mitgliedstaaten gemäß den Bestimmungen über die Verwendung der über das Programm ‚InvestEU' bereitgestellten Fonds mit geteilter Mittelverwaltung zugewiesen wurden, werden gemäß der Verordnung zur Errichtung des entsprechenden Fonds wiederverwendet. Der ungenutzte Betrag eines InvestEU-Finanzierungsinstruments aus dem Beitrag eines Mitgliedstaats gemäß Absatz 1 Unterabsatz 2 dieses Artikels wird dem Mitgliedstaat zurückgezahlt.

Mittel, die gemäß den Bestimmungen über die Verwendung der über das Programm ‚InvestEU' bereitgestellten Fonds mit geteilter Mittelverwaltung durch die Beiträge zum InvestEU-Finanzierungsinstrument generiert wurden oder diesen zuzurechnen sind, werden gemäß der Verordnung zur Errichtung des entsprechenden Fonds wiederverwendet. Die Mittel, die gemäß Absatz 1 Unterabsatz 2 dieses Artikels durch die Beiträge zum InvestEU-Finanzierungsinstrument generiert wurden oder diesen zuzurechnen sind, werden an den Mitgliedstaat zurückgezahlt.

(5) ***Unterstützung im Rahmen des InvestEU-Finanzierungsinstruments kann für unter diese Verordnung fallende Finanzierungen und Investitionen für einen Investitionszeitraum gewährt werden, der am 31. Dezember 2027 endet.*** Verträge im Sinne des Artikels 16 Absatz 1 Buchstabe a, die das InvestEU-Finanzierungsinstrument zwischen dem Durchführungspartner und dem Endempfänger oder dem Finanzintermediär oder einer anderen Einrichtung umsetzen, werden bis zum 31. Dezember 2028 unterzeichnet.“

10. Artikel 11 Absatz 1 Buchstabe d Ziffer i erhält folgende Fassung:

„i) wird ihr ein Betrag von höchstens 330 000 000 EUR aus der Finanzausstattung gemäß Artikel 4 Absatz 3 für die Durchführung der in Artikel 25 genannten Beratungsinitiativen und der unter Ziffer ii dieses Buchstabens genannten operativen Aufgaben zugewiesen;“

11. Die Überschrift des Kapitels IV erhält folgende Fassung:

„EU-Garantie und InvestEU-Finanzierungsinstrument“

12. Artikel 13 Absatz 4 erhält folgende Fassung:

„(4) 75 % der EU-Garantie im Rahmen der EU-Komponente gemäß Artikel 4 Absatz 1 Unterabsatz 1 in Höhe von ***21 789 232 555*** EUR werden der EIB-Gruppe gewährt. Die EIB-Gruppe stellt einen aggregierten Finanzbeitrag in Höhe von ***5 447 308 139*** EUR zur Verfügung. Dieser Beitrag wird in einer Weise und in einer Form bereitgestellt, durch die die Durchführung des Fonds „InvestEU“ und die Verwirklichung der in Artikel 15 Absatz 2 genannten Ziele erleichtert werden.“

13. Artikel 16 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 1 Unterabsatz 2 erhält folgende Fassung:

„Das InvestEU-Finanzierungsinstrument kann eingesetzt werden, um den Durchführungspartnern Mittel für die in Unterabsatz 1 Buchstabe a genannten Finanzierungsarten der Durchführungspartner bereitzustellen.

Um von der EU-Garantie oder dem InvestEU-Finanzierungsinstrument gedeckt werden zu können, müssen die in den Unterabsätzen 1 und 2 dieses Absatzes genannten Finanzierungsarten für Finanzierungen und Investitionen nach Artikel 14 Absatz 1 gewährt, erworben oder begeben werden, wobei die Finanzierung durch den Durchführungspartner im Einklang mit einer Finanzierungsvereinbarung oder einer Transaktion erfolgt sein muss, die der Durchführungspartner nach der Unterzeichnung der Garantievereinbarung unterzeichnet oder geschlossen hat und die nicht abgelaufen ist oder gekündigt wurde.“

b) Absatz 2 erhält folgende Fassung:

„(2) Bei Finanzierungen und Investitionen, die über Fonds oder sonstige Zwischenstrukturen finanziert werden, erfolgt die Unterstützung durch die EU-Garantie oder das InvestEU-Finanzierungsinstrument nach den Bestimmungen, die in den ***einschlägigen*** Investitionsleitlinien festgelegt sind, selbst wenn ein geringer Teil der von diesen Strukturen investierten Beträge außerhalb der Union und in Drittländern nach Artikel 14 Absatz 2 oder in Vermögenswerten angelegt ist, die nach dieser Verordnung nicht förderfähig sind."

14. Artikel 17 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 1 Unterabsatz 1 erhält folgende Fassung:

„(1) Die Kommission schließt mit jedem Durchführungspartner eine Garantievereinbarung über die Gewährung der EU-Garantie bis zu einem Höchstbetrag, den die Kommission festlegt, oder über die Bereitstellung von Unterstützung im Rahmen des InvestEU-Finanzierungsinstruments."

b) Absatz 2 wird wie folgt geändert:

i) Buchstabe c erhält folgende Fassung:

„c) detaillierte Regeln für die Bereitstellung der EU-Garantie oder ***der*** Unterstützung im Rahmen des InvestEU-Finanzierungsinstruments gemäß Artikel 19, einschließlich der Deckung der Finanzierungen und Investitionen oder der Portfolios bestimmter Instrumentenarten und der möglichen Auslöser für den Abruf von Garantiebeträgen oder ***des Einsatzes*** des InvestEU-Finanzierungsinstruments;“

ii) Buchstabe f erhält folgende Fassung:

„f) die Verpflichtung des Durchführungspartners, die Entscheidungen der Kommission und des Investitionsausschusses in Bezug auf den Einsatz der EU-Garantie oder des InvestEU-Finanzierungsinstruments für eine vorgeschlagene Finanzierung oder Investition zu akzeptieren, wobei die Beschlussfassung des Durchführungspartners in Bezug auf die vorgeschlagene Finanzierung oder Investition ohne EU-Garantie oder InvestEU-Finanzierungsinstrument unberührt bleibt;“

iii) Die Buchstaben h und i erhalten folgende Fassung:

„h) die für Finanzierungen und Investitionen im Rahmen der EU-Garantie und des InvestEU-Finanzierungsinstruments anwendbare finanzielle und operative Berichterstattung und Überwachung;

i) die zentralen Leistungsindikatoren, insbesondere in Bezug auf den Einsatz der EU-Garantie und des InvestEU-Finanzierungsinstruments, die Verwirklichung bzw. Erfüllung der in den Artikeln 3, 8 und 14 festgelegten Ziele und Kriterien und die Mobilisierung von privatem Kapital;“

c) Folgender Absatz wird angefügt:

„(6) Die Kommission übermittelt dem Europäischen Parlament und dem Rat Informationen gemäß Artikel 41 Absatz 5 und Artikel 158 Absatz 8 der Verordnung (EU, Euratom) 2024/2509.“

15. Artikel 18 wird wie folgt geändert:

„Artikel 18

Voraussetzungen für den Einsatz der EU-Garantie und des InvestEU-Finanzierungsinstruments

(1) Die Gewährung der EU-Garantie und die Bereitstellung der Unterstützung aus dem InvestEU-Finanzierungsinstrument erfolgen vorbehaltlich des Inkrafttretens der Garantievereinbarung mit dem jeweiligen Durchführungspartner.“

(2) Finanzierungen und Investitionen werden nur von der EU-Garantie gedeckt bzw. aus dem InvestEU-Finanzierungsinstrument unterstützt, wenn sie die in der vorliegenden Verordnung und ***gegebenenfalls*** in den einschlägigen Investitionsleitlinien festgelegten Kriterien erfüllen und wenn der Investitionsausschuss festgestellt hat, dass sie die Voraussetzungen für eine Unterstützung durch die EU-Garantie oder das InvestEU-Finanzierungsinstrument erfüllen. Die Durchführungspartner bleiben dafür verantwortlich, dass bei den Finanzierungen und Investitionen die Bestimmungen dieser Verordnung und der einschlägigen Investitionsleitlinien eingehalten werden.

(3) Für die Durchführung der Finanzierungen und Investitionen im Rahmen der EU-Garantie oder des oder des InvestEU-Finanzierungsinstruments kann der Durchführungspartner bei der Kommission keine Verwaltungskosten oder Gebühren geltend machen, es sei denn, der Durchführungspartner kann bei der Kommission ordnungsgemäß begründen, dass in Anbetracht der Art der politischen Ziele, die mit dem jeweiligen umzusetzenden Finanzprodukt verfolgt werden, und der Tragfähigkeit für die angestrebten Endempfänger oder der Art der bereitgestellten Finanzierung eine Ausnahmeregelung erforderlich ist. Die Deckung dieser Kosten aus dem Unionshaushalt ist auf den Betrag begrenzt, der für die Durchführung der jeweiligen Finanzierungen und Investitionen unbedingt erforderlich ist, und wird nur insoweit gewährt, als diese Kosten nicht aus den Einnahmen der Durchführungspartner aus den jeweiligen Finanzierungen und Investitionen gedeckt werden. Die Gebührenregelungen werden in der Garantievereinbarung festgelegt und müssen mit Artikel 17 Absatz 4 der vorliegenden Verordnung und Artikel 212 Absatz 2 Buchstabe g der Verordnung (EU, Euratom) 2024/2509 im Einklang stehen.

Ungeachtet des Unterabsatzes 1 haben die Durchführungspartner Anspruch auf angemessene Gebühren für die Verwaltung von Treuhandkonten im Zusammenhang mit dem InvestEU-Finanzierungsinstrument.

(4) Darüber hinaus kann der Durchführungspartner mit der EU-Garantie oder dem InvestEU-Finanzierungsinstrument im Einklang mit Artikel 17 Absatz 4 den entsprechenden Anteil von Einziehungskosten abdecken, sofern diese Kosten nicht von den eingezogenen Summen abgezogen werden.“

16. Artikel 19 wird wie folgt geändert:

a) Die Überschrift erhält folgende Fassung:

„Deckung und Bedingungen der EU-Garantie und des InvestEU-Finanzierungsinstruments“

b) Absatz 1 erhält folgende Fassung:

„(1) Die für die Risikoübernahme erhobenen Entgelte werden der Union und dem Durchführungspartner entsprechend dem Risikoübernahmeanteil zugewiesen, den sie in Bezug auf ein Portfolio von Finanzierungen und Investitionen oder in Bezug auf etwaige einzelne Finanzierungen oder Investitionen übernehmen. Das Entgelt für die EU-Garantie oder für das InvestEU-Finanzierungsinstrument kann in den in Artikel 13 Absatz 2 genannten hinreichend begründeten Fällen gesenkt werden.

Der Durchführungspartner übernimmt selbst einen angemessenen Teil der mit den Finanzierungen und Investitionen, die mit der EU-Garantie oder dem InvestEU-Finanzierungsinstrument unterstützt werden, verbundenen Risiken, es sei denn, die mit dem umzusetzenden Finanzprodukt verfolgten politischen Ziele sind in Ausnahmefällen dergestalt, dass der Durchführungspartner nach vernünftiger Einschätzung nicht mit seiner eigenen Risikoübernahmekapazität beitragen kann.“

c) In Absatz 2 Unterabsatz 1 Buchstabe a erhält der einleitende Satz folgende Fassung:

„im Fall der in Artikel 16 Absatz 1 Unterabsatz 1 Buchstabe a genannten Schuldtitel“

d) Der folgende Absatz wird eingefügt:

„(2a) Das InvestEU-Finanzierungsinstrument deckt Folgendes ab:

a) im Fall von Schuldtiteln, die aus den in Artikel 16 Absatz 1 Unterabsatz 1 Buchstabe a genannten Bürgschaften und Rückbürgschaften bestehen:

i) den Kapitalbetrag und die dem Durchführungspartner geschuldeten, bei ihm jedoch nicht eingegangenen Zinsen und Beträge gemäß den Bedingungen der Finanzierungen vor dem Zeitpunkt des Ausfalls,

ii) Verluste aus Umschuldungen,

iii) Verluste aufgrund von Schwankungen bei anderen Währungen als dem Euro in Märkten, in denen die Möglichkeiten für eine langfristige Absicherung begrenzt sind,

b) im Falle anderer förderfähiger Finanzierungsarten, die in Artikel 16 Absatz 1 Unterabsatz 1 Buchstabe a genannt sind: die vom Durchführungspartner investierten oder geliehenen Beträge.

Für die Zwecke von Unterabsatz 1 Buchstabe a Ziffer i gilt im Fall nachrangiger Fremdkapitalfinanzierungen ein Zahlungsaufschub, eine Kürzung oder ein erforderlicher Ausstieg als Ausfall.

Das InvestEU-Finanzierungsinstrument deckt das gesamte Risiko der Union in Bezug auf die einschlägigen Finanzierungen und Investitionen ab.“

17. Artikel 22 Absatz 1 erhält folgende Fassung:

„(1) Es wird eine Bewertungsmatrix mit Indikatoren (im Folgenden ‚Bewertungsmatrix‘) erstellt, damit der Investitionsausschuss eine unabhängige, transparente und harmonisierte Bewertung der Anträge auf Inanspruchnahme der EU-Garantie ***oder gegebenenfalls*** des InvestEU-Finanzierungsinstruments für eine von einem Durchführungspartner vorgeschlagene Finanzierung und Investition vornehmen kann.“

18. Artikel 23 Absatz 2 erhält folgende Fassung:

„(2) In den Anwendungsbereich dieser Verordnung fallende Finanzierungen und Investitionen der EIB werden nicht von der EU-Garantie erfasst bzw. aus dem InvestEU-Finanzierungsinstrument unterstützt, wenn die Kommission gemäß dem in Artikel 19 der EIB-Satzung vorgesehenen Verfahren eine negative Stellungnahme abgibt."

19. Artikel 24 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 1 Unterabsatz 1 wird wie folgt geändert:

i) Buchstabe a erhält folgende Fassung:

„a) prüft die von den Durchführungspartnern für eine Deckung durch die EU-Garantie oder für Unterstützung aus dem InvestEU-Finanzierungsinstrument vorgeschlagenen Finanzierungen und Investitionen, die eine von der Kommission gemäß Artikel 23 Absatz 1 der vorliegenden Verordnung durchgeführte Überprüfung der Übereinstimmung mit den politischen Zielen der Union bestanden haben oder gemäß dem in Artikel 19 der EIB-Satzung vorgesehenen Verfahren eine positive Stellungnahme erhalten haben,"

ii) Buchstabe c erhält folgende Fassung:

„c) überprüft, ob die Finanzierungen und Investitionen, die eine Unterstützung durch die EU-Garantie oder das InvestEU-Finanzierungsinstrument erhalten sollen, alle relevanten Anforderungen erfüllen."

b) Absatz 4 Unterabsatz 2 erhält folgende Fassung:

„Die von den Durchführungspartnern vorzulegenden Unterlagen müssen Folgendes umfassen: ein standardisiertes Antragsformular, die in Artikel 22 genannte Bewertungsmatrix und alle sonstigen Unterlagen, die der Investitionsausschuss für relevant hält, insbesondere eine Beschreibung der Art des Marktversagens oder der suboptimalen Investitionsbedingungen und wie dies durch die Finanzierung oder Investition behoben werden kann, sowie eine gründliche Bewertung, aus der die Zusätzlichkeit der Finanzierung oder Investition hervorgeht. Das Sekretariat überprüft die von anderen Durchführungspartnern als der EIB-Gruppe eingereichten Unterlagen auf ihre Vollständigkeit. Der Investitionsausschuss kann den jeweiligen Durchführungspartner um Klarstellungen zu vorgeschlagenen Investitionen oder Finanzierungen ersuchen und zu diesem Zweck auch die direkte Anwesenheit eines Vertreters des jeweiligen Durchführungspartners bei der Erörterung der vorgeschlagenen Investitionen oder Finanzierungen verlangen. Eine von einem Durchführungspartner vorgenommene Projektbewertung ist für den Investitionsausschuss in Bezug auf die Gewährung einer EU-Garantie oder von Unterstützung aus dem InvestEU-Finanzierungsinstrument für Finanzierungen oder Investitionen nicht bindend."

c) Absatz 5 wird wie folgt geändert:

i) Unterabsatz 2 erhält folgende Fassung:

„Die Schlussfolgerungen des Investitionsausschusses, mit denen für eine Finanzierung oder Investition eine Deckung durch die EU-Garantie oder Unterstützung aus dem InvestEU-Finanzierungsinstrument genehmigt wird, müssen öffentlich zugänglich gemacht werden und die Gründe für die Genehmigung, Informationen über die Finanzierung oder Investition, insbesondere eine Beschreibung, die Identität der Projektträger oder Finanzintermediäre und die Ziele der Finanzierung oder Investition enthalten. In den Schlussfolgerungen wird auch auf die Gesamtbewertung verwiesen, die sich aus der Bewertungsmatrix ergibt."

ii) Unterabsatz 5 erhält folgende Fassung:

„Zweimal jährlich übermittelt der Investitionsausschuss dem Europäischen Parlament und dem Rat eine Liste aller Schlussfolgerungen der vergangenen sechs Monate sowie die dazugehörigen veröffentlichten Bewertungsmatrizen. Diese Übermittlung umfasst auch Beschlüsse zur Ablehnung des Einsatzes der EU-Garantie oder der Unterstützung aus dem InvestEU-Finanzierungsinstrument. Diese Beschlüsse unterliegen strengen Vertraulichkeitsanforderungen."

d) Absatz 6 erhält folgende Fassung:

„(6) Wenn der Investitionsausschuss um die Genehmigung des Einsatzes der EU-Garantie oder von Unterstützung aus dem InvestEU-Finanzierungsinstrument für eine Finanzierung oder Investition in Form einer Fazilität, eines Programms oder einer Struktur mit zugrunde liegenden Teilprojekten ersucht wird, bezieht sich die Genehmigung auch auf diese Teilprojekte, sofern der Investitionsausschuss sich nicht das Recht vorbehält, diese separat zu genehmigen. Der Investitionsausschuss ist nicht berechtigt, Teilprojekte mit einem Wert von weniger als 3 000 000 EUR separat zu genehmigen.“

20. Artikel 25 Absatz 2 Buchstabe c erhält folgende Fassung:

„c) etwaige Unterstützung von Projektträgern bei der Entwicklung ihrer Projekte, damit diese die in den Artikeln 3 und 8 festgelegten Ziele und die in Artikel 14 festgelegten Förderkriterien erfüllen, sowie Förderung u. a. der Entwicklung von wichtigen Vorhaben von gemeinsamem europäischem Interesse und von Sammelstellen für kleine Projekte, unter anderem mithilfe der in Buchstabe f dieses Absatzes genannten Investitionsplattformen, unter der Voraussetzung, dass diese Unterstützung den Schlussfolgerungen des Investitionsausschusses bezüglich der Deckung solcher Projekte durch die EU-Garantie oder des InvestEU-Finanzierungsinstruments nicht vorgreift;“

21. Artikel 28 wird wie folgt geändert:

a) In Absatz 2 wird folgender Unterabsatz angefügt:

„Durchführungspartner sind von der Berichterstattung über die in Anhang III festgelegten zentralen Leistungs- und Überwachungsindikatoren ausgenommen, mit Ausnahme der in den Nummern 1, 2, ***3.1, 3.2,*** 5.2, 6.3 und 7.2 genannten Indikatoren, soweit es sich um Finanzierungen oder Investitionen handelt, die Endempfängern zugutekommen, die von einem Durchführungspartner oder einem Finanzintermediär eine Finanzierung oder Investition erhalten, die durch die EU-Garantie oder das InvestEU-Finanzierungsinstrument unterstützt wird und ***300 000*** EUR nicht übersteigt.“

b) Die Absätze 3 und 4 erhalten folgende Fassung:

„(3) Die Kommission erstattet über die Durchführung des Programms ‚InvestEU‘ gemäß den Artikeln 247 und 256 der Verordnung (EU, Euratom) 2024/2509 Bericht. Gemäß Artikel 41 Absatz 5 der Verordnung (EU, Euratom) 2024/2509 enthält der Jahresbericht Informationen über den Stand der Umsetzung des Programms im Hinblick auf die Verwirklichung seiner Ziele und die Erreichung der Leistungsindikatoren. Zu diesem Zweck übermittelt jeder Durchführungspartner jährlich die Informationen, die erforderlich sind, damit die Kommission ihren Berichtspflichten nachkommen kann, so auch Informationen über den Einsatz der EU-Garantie oder des InvestEU-Finanzierungsinstruments.

(4) Einmal jährlich übermittelt jeder Durchführungspartner der Kommission einen Bericht über die unter diese Verordnung fallenden Finanzierungen und Investitionen, die nach Bedarf nach der EU-Komponente und nach der Mitgliedstaaten-Komponente aufgeschlüsselt sind. Darüber hinaus übermittelt jeder Durchführungspartner dem Mitgliedstaat, dessen Komponente er durchführt, Informationen über die Mitgliedstaaten-Komponente. In dem Bericht wird auch bewertet, inwieweit die Voraussetzungen für den Einsatz der EU-Garantie und des InvestEU-Finanzierungsinstruments und die in Anhang III dieser Verordnung festgelegten zentralen Leistungsindikatoren eingehalten wurden. Ferner enthält der Bericht operative und statistische Daten sowie Finanz- und Rechnungslegungsdaten zu allen Finanzierungen oder Investitionen sowie eine Schätzung der erwarteten Cashflows auf der Ebene der Komponenten, der Politikbereiche und des Fonds ‚InvestEU'. Der Bericht kann auch Informationen zu den Investitionshemmnissen enthalten, die bei Finanzierungen und Investitionen im Rahmen dieser Verordnung auftreten. Die Berichte enthalten die von den Durchführungspartnern gemäß Artikel 158 Absatz 1 Buchstabe a der Verordnung (EU, Euratom) 2024/2509 vorzulegenden Informationen."

22. Artikel 35 wird wie folgt geändert:

a) Die Überschrift erhält folgende Fassung:

„Übergangsbestimmungen und sonstige Bestimmungen“

b) ***Die Absätze 1 und 2 erhalten folgende Fassung:***

„(1) Abweichend von Artikel 212 Absatz 3 Unterabsätze 1 und 4 der Verordnung (EU, Euratom) 2024/2509 können jedwede Einnahmen, Rückzahlungen und Einziehungen im Rahmen von Finanzierungsinstrumenten, die durch die in Anhang IV der vorliegenden Verordnung genannten Programme geschaffen wurden, unter Berücksichtigung der entsprechenden Bestimmungen bezüglich des Haushalts gemäß der Verordnung (EU) 2021/1229 des Europäischen Parlaments und des Rates* für die Dotierung der EU-Garantie gemäß der vorliegenden Verordnung oder die Durchführung der in den Kapiteln VI und VII der vorliegenden Verordnung vorgesehenen Maßnahmen verwendet werden.

(2) Abweichend von Artikel 216 Absatz 4 Buchstabe a der Verordnung (EU, Euratom) 2024/2509 können Dotierungsüberschüsse der mit der Verordnung (EU) 2015/1017 eingeführten EU-Garantie unter Berücksichtigung der entsprechenden Bestimmungen bezüglich des Haushalts gemäß der Verordnung (EU) 2021/1229 des Europäischen Parlaments und des Rates für die Dotierung der EU-Garantie gemäß der vorliegenden Verordnung oder die Durchführung der in den Kapiteln VI und VII der vorliegenden Verordnung vorgesehenen Maßnahmen verwendet werden.

Abweichend von Artikel 214 Absatz 4 Buchstabe d der Verordnung (EU, Euratom) 2024/2509 können alle im Jahr 2027 eingegangenen Einnahmen aus der mit der Verordnung (EU) 2015/1017 eingerichteten EU-Garantie für die Dotierung der EU-Garantie gemäß der vorliegenden Verordnung verwendet werden.

****** ***Verordnung (EU) 2021/1229 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. Juli 2021 über die Darlehensfazilität für den öffentlichen Sektor im Rahmen des Mechanismus für einen gerechten Übergang (ABl. L 274 vom 30.7.2021, S. 1, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2021/1229/oj).***“

23. Anhang I erhält folgende Fassung:

„ANHANG I

BETRÄGE DER EU-GARANTIE NACH SPEZIFISCHEM ZIEL

Für Finanzierungen und Investitionen gilt die folgende indikative Aufteilung nach Artikel 4 Absatz 2 Unterabsatz 4:

a) bis ***10 984 116 831*** EUR für die in Artikel 3 Absatz 2 Buchstabe a genannten Ziele;

b) bis ***7 304 820 214*** EUR für die in Artikel 3 Absatz 2 Buchstabe b genannten Ziele;

c) bis ***7 672 612 166*** EUR für die in Artikel 3 Absatz 2 Buchstabe c genannten Ziele;

d) bis ***3 090 760 862*** EUR für die in Artikel 3 Absatz 2 Buchstabe d genannten Ziele;“

24. In Anhang III werden unter Nummer 1 Punkt 1.4 die folgenden beiden Absätze angefügt:

„Abweichend von Artikel 2 Nummer 40 der Verordnung (EU, Euratom) 2024/2509 wird bei der Bestimmung der Hebelwirkung und des Multiplikatoreffekts bei Finanzierungen und Investitionen, die Erfüllungsgarantien bieten, der Betrag der Risikoabdeckung dem Betrag der rückzahlbaren Finanzierung gleichgestellt.

Abweichend von Artikel 222 Absatz 3 der Verordnung (EU, Euratom) 2024/2509 muss bei Finanzierungen und Investitionen, die Erfüllungsgarantien bieten, kein Multiplikatoreffekt erzielt werden."

25. In Anhang V wird der folgende Absatz angefügt:

„Dieser Anhang gilt entsprechend auch für das InvestEU-Finanzierungsinstrument."

Artikel 2

Änderungen der Verordnung (EU) 2015/1017

Die Verordnung (EU) 2015/1017 wird wie folgt geändert:

1. Artikel 11a wird wie folgt geändert:

   a) Die Überschrift erhält folgende Fassung:

      „Kombinationen“

   b) Folgender Absatz wird angefügt:

      „Die EU-Garantie kann zur Deckung von Finanzierungen und Investitionen gewährt werden, die im Rahmen der Verordnung (EU) 2021/523 für die Zwecke von Kombinationen gemäß Artikel 7 Absatz 4 der genannten Verordnung förderfähig sind, und sie kann Verluste im Zusammenhang mit Finanzierungen und Investitionen abdecken, die durch die kombinierte Unterstützung abgedeckt sind.“

2. Artikel 16 wird wie folgt geändert:

   a) Absatz 1 erhält folgende Fassung:

„(1) Die EIB erstattet der Kommission – gegebenenfalls in Zusammenarbeit mit dem EIF – einmal jährlich Bericht über die EIB-Finanzierungen und Investitionen, die unter diese Verordnung fallen. In dem Bericht wird auch bewertet, inwieweit die Voraussetzungen für die Inanspruchnahme der EU-Garantie und die zentralen Leistungsindikatoren nach Artikel 4 Absatz 2 Buchstabe f Ziffer iv eingehalten wurden. Zudem enthält der Bericht statistische Daten und Finanz- und Rechnungslegungsdaten zu allen EIB-Finanzierungen und -Investitionen, sowohl auf Einzelbasis als auch auf aggregierter Basis.“

b) Absatz 2 wird gestrichen;

c) In Absatz 3 wird folgender Unterabsatz angefügt:

„In Bezug auf die in Artikel 11a genannten Kombinationen legen die EIB bzw. der EIF der Kommission jährlich die Jahresabschlüsse gemäß Artikel 212 Absatz 4 der Verordnung (EU, Euratom) 2024/2509 des Europäischen Parlaments und des Rates* vor. Diese Jahresabschlüsse enthalten Rechnungslegungsdaten über die Unterstützung durch die EU-Garantie im Rahmen dieser Verordnung, die klar von der Unterstützung durch die EU-Garantie gemäß der Verordnung (EU) 2021/523 abgegrenzt sind.

---

* Verordnung (EU, Euratom) 2024/2509 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. September 2024 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union (ABl. L, 2024/2509, 26.9.2024, S. 1, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2024/2509/oj).“

3. Artikel 22 Absatz 1 Unterabsatz 5 wird gestrichen.

Artikel 3

Änderungen der Verordnung (EU) 2021/695

In Artikel 57 der Verordnung (EU) 2021/695 wird folgender Absatz angefügt:

„(3) Die aus dem Unionshaushalt unterstützte und von der EIB über die mit den Verordnungen (EU) Nr. 1290/2013 und (EU) Nr. 1291/2013 eingerichtete InnovFin-Kreditfazilität bereitgestellte Garantie kann zur Deckung von Finanzierungen und Investitionen gewährt werden, die im Rahmen der Verordnung (EU) 2021/523 des Europäischen Parlaments und des Rates* für die Zwecke der Kombinationen gemäß Artikel 7 der Verordnung (EU) 2021/523 förderfähig sind, und sie kann Verluste des Finanzprodukts abdecken, das die Finanzierungen und Investitionen enthält und durch die kombinierte Unterstützung abgedeckt ist.

---

* Verordnung (EU) 2021/523 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 24. März 2021 zur Einrichtung des Programms „InvestEU“ und zur Änderung der Verordnung (EU) 2015/1017 (ABl. L 107 vom 26.3.2021, S. 30, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2021/523/oj).“

Artikel 4

Änderungen der Verordnung (EU) 2021/1153

In Artikel 29 der Verordnung (EU) 2021/1153 wird folgender Absatz angefügt:

„(5) Die aus dem Unionshaushalt unterstützte und von der EIB über das mit der Verordnung (EU) Nr. 1316/2013 geschaffene CEF-Fremdfinanzierungsinstrument bereitgestellte Garantie kann zur Deckung von Finanzierungen und Investitionen gewährt werden, die im Rahmen der Verordnung (EU) 2021/523 für die Zwecke der Kombinationen gemäß Artikel 7 der Verordnung (EU) 2021/523 förderfähig sind, und sie kann Verluste im Zusammenhang mit den Finanzierungen und Investitionen abdecken, die durch die kombinierte Unterstützung abgedeckt sind.“

Artikel 5

Inkrafttreten

Diese Verordnung tritt am Tag nach ihrer Veröffentlichung im *Amtsblatt der Europäischen Union* in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Geschehen zu … am ...,

Im Namen des Europäischen Parlaments	*Im Namen des Rates*
Die Präsidentin	*Der Präsident*

ANGENOMMENE TEXTE

P10_TA(2025)0283

Feststellung der eindeutigen Gefahr einer schwerwiegenden Verletzung der Werte, auf die sich die Union gründet, durch Ungarn

Entschließung des Europäischen Parlaments vom 25. November 2025 zu dem Vorschlag für einen Beschluss des Rates gemäß Artikel 7 Absatz 1 des Vertrags über die Europäische Union zur Feststellung der eindeutigen Gefahr einer schwerwiegenden Verletzung der Werte, auf die sich die Union gründet, durch Ungarn (2018/0902R(NLE))

Das Europäische Parlament,

– gestützt auf den Vertrag über die Europäische Union (EUV), insbesondere auf Artikel 2, Artikel 4 Absatz 3, Artikel 7 Absatz 1 und Artikel 10,

– unter Hinweis auf die Charta der Grundrechte der Europäischen Union (im Folgenden „Charta“),

– unter Hinweis auf die Europäische Menschenrechtskonvention und die dazugehörigen Protokolle,

– unter Hinweis auf die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte,

– unter Hinweis auf die internationalen Menschenrechtsverträge der Vereinten Nationen und des Europarates,

– unter Hinweis auf die Verordnung (EU, Euratom) 2020/2092 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Dezember 2020 über eine allgemeine Konditionalitätsregelung zum Schutz des Haushalts der Union[1] (im Folgenden „Konditionalitätsverordnung“),

– unter Hinweis auf die Verordnung (EU) 2021/1060 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 24. Juni 2021 mit gemeinsamen Bestimmungen für den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds Plus, den Kohäsionsfonds, den Fonds für einen gerechten Übergang und den Europäischen Meeres-, Fischerei- und Aquakulturfonds sowie mit Haushaltsvorschriften für diese Fonds und für den Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds, den Fonds für die innere Sicherheit und das Instrument für finanzielle Hilfe im Bereich Grenzverwaltung und

[1] ABl. L 433I vom 22.12.2020, S. 1, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2020/2092/oj.

Visumpolitik[2] (im Folgenden „Dachverordnung“),

– unter Hinweis auf die Verordnung (EU) 2021/241 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Februar 2021 zur Einrichtung der Aufbau- und Resilienzfazilität[3] (im Folgenden „ARF-Verordnung“),

– unter Hinweis auf die Verordnung (EU, Euratom) 2024/2509 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. September 2024 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union[4] (im Folgenden „Haushaltsordnung“),

– unter Hinweis auf das Verzeichnis der Kriterien zur Bewertung der Rechtsstaatlichkeit, das die Venedig-Kommission auf ihrer 106. Plenartagung am 11. und 12. März 2016 in Venedig angenommen hat,

– unter Hinweis auf seine Entschließung vom 12. September 2018 zu einem Vorschlag, mit dem der Rat aufgefordert wird, im Einklang mit Artikel 7 Absatz 1 des Vertrags über die Europäische Union festzustellen, dass die eindeutige Gefahr einer schwerwiegenden Verletzung der Werte, auf die sich die Union gründet, durch Ungarn besteht[5],

– unter Hinweis auf seine Entschließungen vom 16. Januar 2020[6] und vom 5. Mai 2022[7] zu den laufenden Anhörungen gemäß Artikel 7 Absatz 1 EUV zu Polen und Ungarn,

– unter Hinweis auf seine Entschließung vom 10. März 2022 zur Rechtsstaatlichkeit und den Konsequenzen des Urteils des EuGH[8],

– unter Hinweis auf seine Entschließung vom 15. September 2022 zu dem Vorschlag für einen Beschluss des Rates gemäß Artikel 7 Absatz 1 des Vertrags über die Europäische Union zum Bestehen einer eindeutigen Gefahr einer schwerwiegenden Verletzung der Werte, auf die sich die Union gründet, durch Ungarn[9],

– unter Hinweis auf seine Entschließung vom 24. November 2022 zur Bewertung der Einhaltung der in der Konditionalitätsverordnung niedergelegten Rechtsstaatlichkeitsbedingungen durch Ungarn und zum Stand des ungarischen Aufbau- und Resilienzplans[10],

– unter Hinweis auf seine Entschließung vom 1. Juni 2023 zu der Missachtung der Rechtsstaatlichkeit und der Grundrechte in Ungarn und eingefrorenen EU-Geldern[11],

– unter Hinweis auf seine Entschließung vom 18. Januar 2024 zur Lage in Ungarn und

---

2 ABl. L 231 vom 30.6.2021, S. 159, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2021/1060/oj.
3 ABl. L 57 vom 18.2.2021, S. 17, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2021/241/oj.
4 ABl. L, 2024/2509, 26.9.2024, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2024/2509/oj.
5 ABl. C 433 vom 23.12.2019, S. 66.
6 ABl. C 270 vom 7.7.2021, S. 91.
7 ABl. C 465 vom 6.12.2022, S. 147.
8 ABl. C 347 vom 9.9.2022, S. 168.
9 ABl. C 125 vom 5.4.2023, S. 463.
10 ABl. C 167 vom 11.5.2023, S. 74.
11 ABl. C, C/2023/1223, 21.12.2023, ELI: http://data.europa.eu/eli/C/2023/1223/oj.

den eingefrorenen EU-Geldern[12],

– unter Hinweis auf seine Entschließung vom 24. April 2024 zu den laufenden Anhörungen gemäß Artikel 7 Absatz 1 EUV zu Ungarn zur Stärkung der Rechtsstaatlichkeit und ihren Auswirkungen auf den Haushalt[13],

– unter Hinweis auf die Ungarn betreffenden Länderkapitel in den jährlichen Berichten der Kommission über die Rechtsstaatlichkeit, insbesondere das Länderkapitel 2025 zur Lage der Rechtsstaatlichkeit in Ungarn (SWD(2025)0917), das dem am 8. Juli 2025 veröffentlichten Bericht über die Rechtsstaatlichkeit 2025 (COM(2025)0900) beigefügt ist, worin festgestellt wurde, dass Ungarn nur in Bezug auf eine wichtige Empfehlung im Vorjahr Fortschritte erzielt hat,

– unter Hinweis auf die Bemerkungen nach der Informationsreise einer Delegation des Ausschusses für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres nach Ungarn vom 14. bis 16. April 2025,

– unter Hinweis auf den gemäß Artikel 7 Absatz 2 der Verordnung (EU, Euratom) 2020/2092 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Dezember 2020 über eine allgemeine Konditionalitätsregelung zum Schutz des Haushalts der Union gefassten Beschluss der Kommission vom 16. Dezember 2024 betreffend eine schriftliche Mitteilung Ungarns zu Artikel 2 Absatz 2 des Durchführungsbeschlusses (EU) 2022/2506 des Rates vom 15. Dezember 2022 (C(2024)9140),

– gestützt auf Artikel 107 Absatz 5 seiner Geschäftsordnung,

– unter Hinweis auf den Zwischenbericht des Ausschusses für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres (A10-0231/2025),

A. in der Erwägung, dass sich die Union auf die Werte der Achtung der Menschenwürde, der Freiheit, der Demokratie, der Gleichheit, der Rechtsstaatlichkeit und der Wahrung der Menschenrechte einschließlich der Rechte der Personen, die Minderheiten angehören, gründet, die in Artikel 2 EUV festgelegt sind, in der Charta zum Ausdruck kommen und in internationalen Menschenrechtsübereinkommen sowie in der Rechtsprechung verankert sind; in der Erwägung, dass diese Werte, die den Mitgliedstaaten gemeinsam sind, die Grundlage für die Rechte der in den Mitgliedstaaten der Union lebenden Menschen bilden;

B. in der Erwägung, dass jedes eindeutige Risiko einer schwerwiegenden Verletzung der in Artikel 2 EUV genannten Werte durch einen Mitgliedstaat nicht nur den einzelnen Mitgliedstaat betrifft, in dem das Risiko aufgetreten ist, sondern sich auf das ordnungsgemäße Funktionieren der EU-Organe, auf die anderen Mitgliedstaaten, auf das gegenseitige Vertrauen zwischen ihnen, auf die Wirksamkeit der Beschlussfassungsverfahren der Union, die von jeglichem Geschacher frei sein sollten, insbesondere in dringenden Situationen, auf die demokratischen Grundlagen und auf die Natur der EU und die Grundrechte ihrer Bürgerinnen und Bürger nach dem EU-Recht auswirkt;

C. in der Erwägung, dass sich aus Artikel 49 EUV, wonach jeder europäische Staat

[12] ABl. C, C/2024/5742, 17.10.2024, ELI: http://data.europa.eu/eli/C/2024/5742/oj.
[13] ABl. C, C/2025/3705, 17.9.2025, ELI: http://data.europa.eu/eli/C/2025/3705/oj.

beantragen kann, Mitglied der Europäischen Union zu werden, ergibt, dass die Europäische Union aus Staaten besteht, die sich von sich aus und freiwillig zu den in Artikel 2 EUV genannten gemeinsamen Werten bekannt haben, diese Werte achten und sich für ihre Förderung einsetzen, sodass das EU-Recht auf der grundlegenden Prämisse beruht, dass jeder Mitgliedstaat mit allen übrigen Mitgliedstaaten eine Reihe gemeinsamer Werte teilt und anerkennt, dass diese sie mit ihm teilen; in der Erwägung, dass die Achtung der in Artikel 2 EUV verankerten Werte durch einen Mitgliedstaat eine Voraussetzung für die Wahrnehmung aller Rechte ist, die sich aus der Anwendung der Verträge auf diesen Mitgliedstaat ergeben, und dass ein Mitgliedstaat daher seine Rechtsvorschriften nicht so ändern kann, dass der Schutz dieser Werte verringert wird;

D. in der Erwägung, dass die Union gemäß Artikel 7 EUV prüfen kann, ob die eindeutige Gefahr einer schwerwiegenden Verletzung der in Artikel 2 EUV genannten Werte besteht, oder dass sie feststellen kann, dass eine schwerwiegende und anhaltende Verletzung der in Artikel 2 EUV genannten Werte durch einen Mitgliedstaat vorliegt;

E. in der Erwägung, dass sich der Anwendungsbereich von Artikel 7 EUV – im Gegensatz zu Artikel 258 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) – nicht auf die Verpflichtungen aus den Verträgen beschränkt; in der Erwägung, dass die EU auch in Bereichen, die in die Zuständigkeit der Mitgliedstaaten fallen, bewerten kann, ob die eindeutige Gefahr einer schwerwiegenden Verletzung der gemeinsamen Werte besteht;

F. in der Erwägung, dass der Grundsatz der Solidarität einer der Grundprinzipien des EU-Rechts und gemäß Artikel 2 EUV einer der gemeinsamen Werte der Mitgliedstaaten ist, auf die sich die Europäische Union gründet[14]; in der Erwägung, dass die Mitgliedstaaten gemäß Artikel 24 Absatz 3 EUV die Außen- und Sicherheitspolitik der Union aktiv und vorbehaltlos im Geiste der Loyalität und der gegenseitigen Solidarität unterstützen und das Handeln der Union in diesem Bereich achten;

G. in der Erwägung, dass der Rat im Jahr 2018 auf Vorschlag des Parlaments das Verfahren nach Artikel 7 Absatz 1 EUV eingeleitet hat, um der eindeutigen Gefahr einer schwerwiegenden Verletzung der in Artikel 2 EUV genannten Werte durch Ungarn zu begegnen; in der Erwägung, dass im Rat seit Einleitung des Verfahrens nach Artikel 7 Absatz 1 EUV neun Anhörungen zur Lage in Ungarn stattgefunden haben, der Rat bislang jedoch weder einen Versuch unternommen hat, festzustellen, ob eine solche Gefahr besteht, noch Empfehlungen an die Regierung Ungarns gerichtet hat;

H. in der Erwägung, dass die staatlichen Stellen Ungarns seit vielen Jahren keine ausreichenden Maßnahmen ergreifen, um die die Lage in Ungarn anzugehen, und viele Verstöße weiter bestehen; in der Erwägung, dass in der Zwischenzeit viele neue Probleme aufgekommen sind, die sich zusätzlich zu den oben genannten negativ auf das Ansehen der Union sowie auf ihre Wirkmächtigkeit und Glaubwürdigkeit bei der Verteidigung der Grundrechte, der Menschenrechte und der Demokratie weltweit auswirken, woran deutlich wird, dass sie durch konzertierte Maßnahmen der Union angegangen werden müssen; in der Erwägung, dass sich die allgemeine Lage in Bezug auf die Achtung der in Artikel 2 EUV verankerten Werte seit 2018 oder seit der

---

[14] Urteil des Gerichtshofs vom 13. Juni 2024, Europäische Kommission gegen Ungarn (Unterbringung von Personen, die internationalen Schutz beantragen II), Rechtssache C-123/22, ECLI:EU:C:2024:493, Rn. 116.

Annahme des Berichts 2022 nicht verbessert, sondern sich stattdessen weiter ernsthaft verschlechtert hat; in der Erwägung, dass die in früheren Entschließungen, Beschlüssen und Standpunkten geäußerten Bedenken nach wie vor relevant sind;

I. in der Erwägung, dass die die staatlichen Stellen Ungarns – wie von der Kommission wiederholt festgestellt – die Mängel im Zusammenhang mit der Justiz, der Korruptionsbekämpfung, der Verwaltung öffentlicher Mittel, der akademischen Freiheit, der Nichtdiskriminierung im Zusammenhang mit der Rechtssache C-769/22[15] und dem Recht auf Asyl im Zusammenhang mit den Rechtssachen C-808/18[16], C-821/19[17] und C-823/21[18], die im Rahmen der Konditionalitätsverordnung, der Dachverordnung und der ARF-Verordnung ermittelt wurden, nicht behoben haben; in der Erwägung, dass den ungarischen Bürgerinnen und Bürgern durch die vorsätzliche Weigerung der ungarischen Regierung, diese Mängel zu beheben, dringend benötigte EU-Mittel in Milliardenhöhe vorenthalten werden; in der Erwägung, dass die Untätigkeit der Regierung bereits zu einem unwiederbringlichen Verlust von mehr als 1 Mrd. EUR an kohäsionspolitischen Mitteln geführt hat; in der Erwägung, dass gemäß der Dachverordnung jeder Mitgliedstaat für die Partnerschaftsvereinbarung und für jedes Programm eine umfassende Partnerschaft organisieren und verwirklichen muss, die regionale, lokale, städtische und andere Behörden, Wirtschafts- und Sozialpartner und relevante Stellen, die die Zivilgesellschaft vertreten, umfasst;

J. in der Erwägung, dass die Kommission in ihrem Beschluss nach Artikel 7 Absatz 2 der Konditionalitätsverordnung in Bezug auf eine schriftliche Mitteilung Ungarns gemäß Artikel 2 Absatz 2 des Durchführungsbeschlusses (EU) 2022/2506 des Rates vom 15. Dezember 2022[19] am 16. Dezember 2024 festgestellt hat, dass mit den Gesetzesänderungen die bestehenden Bedenken in Bezug auf Interessenkonflikte in den Leitungsorganen von Trusts von öffentlichem Interesse nicht angemessen ausgeräumt wurden, und zu dem Schluss gelangt ist, dass die Maßnahme in Bezug auf Trusts und Unternehmen von öffentlichem Interesse in Kraft bleiben sollte; in der Erwägung, dass seit mehreren Jahren viele Hochschuleinrichtungen und Forschungszentren von der Teilnahme an den Programmen Erasmus+ und Horizont Europa ausgeschlossen sind, wodurch ungarischen Studierenden und Forschern der Zugang zu Angeboten der EU in den Bereichen Mobilität und Forschung versperrt wird;

K. in der Erwägung, dass die Kommission am 25. September 2025 zwei Durchführungsbeschlüsse in Bezug auf das operationelle Programm „Digitale Erneuerung Plus“ und das operationelle Programm „Wirtschaftliche Entwicklung und

---

15 Schlussanträge vom 5. Juni 2025, Europäische Kommission / Ungarn (Werte der Union), C-769/22, ECLI:EU:C:2025:408.

16 Urteil des Gerichtshofs vom 17. Dezember 2020, Europäische Kommission / Ungarn (Unterbringung von Personen, die internationalen Schutz beantragen), C-808/18, ECLI:EU:C:2020:1029.

17 Urteil des Gerichtshofs vom 16. November 2021, Europäische Kommission / Ungarn (Pönalisierung von Hilfe für Asylsuchende), C-821/19, ECLI:EU:C:2021:930.

18 Urteil des Gerichtshofs vom 22. Juni 2023, Europäische Kommission / Ungarn (Vorherige Absichtserklärung zu einem Asylantrag), C-823/21, ECLI:EU:C:2023:504.

19 Durchführungsbeschluss (EU) 2022/2506 des Rates vom 15. Dezember 2022 über Maßnahmen zum Schutz des Haushalts der Union vor Verstößen gegen die Grundsätze der Rechtsstaatlichkeit in Ungarn, ABl. L 325 vom 20.12.2022, S. 94, ELI: http://data.europa.eu/eli/dec_impl/2022/2506/oj.

Innovation Plus“ im Hinblick auf eine Unterstützung aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung und dem Europäischen Sozialfonds Plus geändert hat, nachdem die staatlichen Stellen Ungarns im März 2025 im Rahmen der Bemühungen um die Wiederherstellung des Zugangs zu zurückgehaltenen Mitteln einen entsprechenden Antrag gestellt hatten; in der Erwägung, dass diese Änderungen Berichten zufolge mit Bemühungen einhergehen könnten, die Zustimmung zur Annahme weiterer restriktiver Maßnahmen gegen Russland zu erlangen; in der Erwägung, dass die Änderungen die Übertragung von 545 Mio. EUR für die Schaffung neuer Prioritäten im Rahmen der Plattform „Strategische Technologien für Europa“ (STEP) zur Folge hatten; in der Erwägung, dass von diesem Betrag 395 Mio. EUR aus Mitteln stammen, die anfänglich aufgrund der nicht erfüllten zielübergreifenden grundlegenden Voraussetzung der Charta zurückgehalten wurden; in der Erwägung, dass die Kommission die Erstattung von Ausgaben im Rahmen dieser STEP-Prioritäten ausgesetzt hat, da diese Prioritäten von der nicht erfüllten zielübergreifenden grundlegenden Voraussetzung der Charta für Fragen der akademischen Freiheit betroffen sind; in der Erwägung, dass Ungarn Anspruch auf eine zusätzliche Vorfinanzierung in Höhe von 163,3 Mio. EUR hat, da die Auszahlung von Vorfinanzierungen aufgrund der Nichterfüllung einer grundlegenden Voraussetzung nicht ausgesetzt wird; in der Erwägung, dass Ungarn im Jahr 2026 auch eine zusätzliche einmalige Vorfinanzierung in Höhe von 154 Mio. EUR für das operationelle Programm „Digitale Erneuerung Plus“ erhalten wird, das mit der Halbzeitüberprüfung der Kohäsionspolitik eingeführt wurde und den östlichen Grenzregionen vorbehalten ist; in der Erwägung, dass die staatlichen Stellen Ungarns zuvor die Umschichtung bestimmter zurückgehaltener Mittel in Höhe von 156 Mio. EUR gemäß den De-minimis-Regeln der Dachverordnung beantragt hatten, was keiner Genehmigung durch die Kommission bedurfte;

L. in der Erwägung, dass die Kommission darauf hingewiesen hat, dass jede Beteiligung von Hochschuleinrichtungen, die durch Trusts von öffentlichem Interesse verwaltet werden, eine ernsthafte Gefahr für die akademische Freiheit darstellen würde, da das Recht auf akademische Freiheit in den betroffenen Einrichtungen durch den direkten oder indirekten Einfluss der Legislative oder Exekutive insbesondere auf Stellenbesetzungen, Lehrpläne, Forschungsprojekte und Veröffentlichungen als eingeschränkt anzusehen ist; in der Erwägung, dass die Gefahr besteht, dass das an der Durchführung der Tätigkeiten beteiligte Personal nicht aufgrund seiner Verdienste und Fachkenntnisse, sondern aufgrund der Übereinstimmung seiner politischen Ansichten mit den politischen Ansichten der Hochschulleitung ausgewählt wird;

M. in der Erwägung, dass Bedenken hinsichtlich der Art und Weise geäußert wurden, wie der ungarische Ratsvorsitz 2024, unter anderem durch offizielle Besuche und öffentliche Reden, für innenpolitische Zwecke genutzt wurde, wodurch die vom Vorsitz erwartete unparteiische und konsensbildende Rolle geschmälert wurde;

N. in der Erwägung, dass unter Sachverständigen zunehmend Einigkeit darüber herrscht, dass Ungarn keine Demokratie mehr ist; in der Erwägung, dass Ungarn in dem Demokratieindex 2025 der Universität Göteborg (V-Dem) seit 2024 als „Wahlautarkie in einer Autokratisierungsphase“ bezeichnet wird; in der Erwägung, dass Ungarn im Bericht 2024 „Freedom House Nations in Transit“ als „Autokratisierungshybrid“ eingestuft wurde; in der Erwägung, dass Ungarn im Demokratieindex 2024 der Economist Intelligence Unit als „mangelhafte Demokratie“ eingestuft wurde; in der Erwägung, dass Ungarn im Index für Rechtsstaatlichkeit 2025 der Organisation „World Justice Project“ auf Platz 79 von 143 liegt;

Funktionsweise des Verfassungs- und des Wahlsystems

O. in der Erwägung, dass der Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres in seinem Bericht über seine Informationsreise nach Budapest vom 23. Juni 2025 seine Besorgnis darüber zu Ausdruck gebracht hat, dass im Rahmen einer sogenannten „Gefahrenlage“ – zunächst aufgrund der COVID-19-Pandemie, dann aufgrund des Angriffs Russlands auf die Ukraine – weiterhin per Dekret regiert wird, was es der Regierung ermöglichen würde, die Anwendung bestimmter Gesetze auszusetzen, von gesetzlichen Bestimmungen abzuweichen und andere Notfallmaßnahmen einzuführen; in der Erwägung, dass der Ausschuss weitere Bedenken hinsichtlich der Geschwindigkeit verfassungsrechtlicher und legislativer Änderungen geäußert hat, einschließlich der fortgesetzten Anwendung beschleunigter Gesetzgebungsverfahren und des Mangels an öffentlicher Debatte und Konsultation von Interessenträgern, des offensichtlichen Mangels an Transparenz und der fehlenden parlamentarischen Kontrolle über die öffentlichen Finanzen, des anhaltenden feindseligen politischen Klimas, das von Verleumdungskampagnen, Überwachung und Einschüchterungen im Internet und im realen Leben gekennzeichnet ist, und des zunehmend polarisierenden Narrativs politischer Akteure, die aggressive Rhetorik verwenden, zum Beispiel, indem kritische Akteure – einschließlich Richtern, Medien und nichtstaatlichen Organisationen – als „zu beseitigende Bettwanzen“ bezeichnet werden, wodurch Feindseligkeiten geschürt werden und das Prinzip der Gewaltenteilung untergraben wird; in der Erwägung, dass er weitere Bedenken hinsichtlich der jüngsten Änderungen am Rechtsrahmen für Wahlen geäußert hat, mit denen die Wahlkreise neu festgelegt wurden, was sich unmittelbar auf die Fairness der Wahlen auswirken könnte, sowie hinsichtlich eines Gesetzentwurfs, mit dem Städte mit Haushaltsdefiziten einer verstärkten Haushaltsaufsicht unterstellt werden, was die finanzielle und operative Unabhängigkeit der Städte untergraben könnte, sowie hinsichtlich mutmaßlicher politischer Voreingenommenheit, mangelnder Transparenz und potenzieller Interessenkonflikte im ungarischen Rechnungsprüfungsamt (ÁSZ), hinsichtlich des wahrgenommenen Mangels an einem wirksamen Schutz der Grundrechte seit der Abschaffung der Gleichbehandlungsbehörde im Jahr 2021 und hinsichtlich der unwirksamen Rolle der Ombudsstelle, infolgedessen Opfer, darunter auch LGBTIQ+-Personen, über keine Rechtsmittel mehr verfügen würden;

P. in der Erwägung, dass die Kommission am 8. Juli 2025 im Bericht über die Rechtsstaatlichkeit 2025 im Länderkapitel zu Ungarn darauf hingewiesen hat, dass der Rechtsetzungsprozess nach wie vor Anlass zu großer Sorge gibt, da bei bestimmten wichtigen Gesetzgebungsverfahren keine Anforderungen hinsichtlich einer öffentlichen Konsultation bestehen; in der Erwägung, dass laut dem Bericht Interessenträger angeben, dass Gesetzesentwürfe nur während der gesetzlich vorgeschriebenen Konsultationsphase von acht Tagen zugänglich sind und dass keine fundierten Rückmeldungen gegeben werden; in der Erwägung, dass – ebenfalls laut dem Bericht – erhebliche Gesetzesänderungen häufig ohne echte öffentliche Konsultation oder parlamentarische Debatte angenommen werden, da die Regierung dazu neigt, Gesetzesentwürfe mit lediglich technischen Änderungen vorzulegen, die dann nach einem rein formalen Verfahren durch völlig neue Bestimmungen ergänzt werden, die im Gesetzgebungsausschuss kurz vor der Schlussabstimmung im ungarischen Parlament eingefügt werden; in der Erwägung, dass die häufigen Änderungen und die geringe Qualität der Rechtsvorschriften auch bei Unternehmen Bedenken hinsichtlich der Wirksamkeit des Investitionsschutzes in Ungarn hervorgerufen haben; in der Erwägung, dass die Kommission darauf hingewiesen hat, dass die Nationalversammlung 2025 neue

Vorschriften für ungarische Mitglieder des Europäischen Parlaments (Gesetz XX von 2025) angenommen hat, in denen festgelegt ist, dass die Nichteinhaltung der Verpflichtungen im Zusammenhang mit der Vermögenserklärung zur Beendigung ihres Mandats durch die Wahlkommission führen könnte; in der Erwägung, dass die Kommission darauf hingewiesen hat, dass die Nationalversammlung am 17. Juni 2025 in einem beschleunigten Verfahren ein Gesetz angenommen hat, mit dem die Obergrenze für Ausgaben für politische Kampagnen aufgehoben wird (Gesetz LXVIII von 2025);

Q. in der Erwägung, dass die Parlamentarische Versammlung des Europarats am 30. September 2025 die Resolution 2617(2025) zur Erfüllung der Mitgliedschaftsverpflichtungen Ungarns gegenüber dem Europarat angenommen hat; in der Erwägung, dass die Parlamentarische Versammlung des Europarats in dieser Entschließung ihre Besorgnis über die Schwächung der demokratischen Gewaltenteilung sowie die Instrumentalisierung von Verfassungsnormen, des Grundgesetzes und von Kardinalgesetzen zur Festigung der politischen Präferenzen der Regierungspartei bekräftigt hat; in der Erwägung, dass sie Garantien gefordert hat, dass Ernennungen durch das Parlament für das Verfassungsgericht, hohe richterliche Ämter und unabhängige Aufsichtsorgane unabhängig von der politischen Zugehörigkeit des Kandidaten und im Einklang mit den Stellungnahmen und Berichten der Venedig-Kommission erfolgen, insbesondere im Hinblick auf qualifizierte Mehrheiten und Mechanismen zur Verhinderung von Blockaden; in der Erwägung, dass sie die Bedenken hinsichtlich des Rechtsetzungsprozesses zur Kenntnis genommen hat, insbesondere hinsichtlich seiner Transparenz, der Wirksamkeit der öffentlichen Konsultationen zu Gesetzesentwürfen und der Rolle der Opposition im Parlament; in der Erwägung, dass sie ihre tiefe Besorgnis darüber zum Ausdruck brachte, dass Ungarn seit 2020 einer besonderen Rechtsordnung unterliegt, die es der Regierung ermöglicht, Notstandsdekrete zu erlassen, mit denen allgemeines Recht ausgehebelt wird und die parlamentarische Kontrolle und die Gewaltenteilung weiter ausgehöhlt werden; in der Erwägung, dass sie die staatlichen Stellen Ungarns nachdrücklich aufgefordert hat, dieser einer „Gefahrenlage“ geschuldeten besonderen Rechtsordnung rechtzeitig vor der nächsten Wahl ein Ende zu setzen; in der Erwägung, dass sie festgestellt hat, dass sich durch aufeinanderfolgende Reformen die Diskrepanz zwischen der Zahl der erhaltenen Stimmen und der Zahl der Sitze vergrößert hat; in der Erwägung, dass sie die Ansicht vertritt, dass die Reformen die herrschenden Parteien begünstigt haben, infolgedessen die Wahlsiege von Fidesz bei jeder Wahl seit 2014 zu einer verfassungsmäßigen Zweidrittelmehrheit führten; in der Erwägung, dass sie festgestellt hat, dass diese Bedenken laut der Stellungnahme der Venedig-Kommission zum Gesetz LXXIX von 2024 zur Änderung bestimmter Gesetze im Zusammenhang mit Wahlen mit der jüngsten Wahlreform nicht ausgeräumt wurden; in der Erwägung, dass die Versammlung mit der Venedig-Kommission die Forderung teilt, das Wahlrecht nach der Wahl 2026 auf der Grundlage einer inklusiven Konsultation mit den wichtigsten politischen Parteien, Organisationen der Zivilgesellschaft und der Wissenschaft vollständig zu überarbeiten;

R. in der Erwägung, dass die Venedig-Kommission in ihrer Stellungnahme vom 16. Juni 2025 zum Gesetz LXXIX von 2024 zur Änderung bestimmter Gesetze im Zusammenhang mit Wahlen empfohlen hat, nach der Parlamentswahl 2026, aber weit im Voraus – zumindest ein Jahr – vor der nächsten Wahl eine Reform auf der Grundlage eines breiten Konsenses nach umfassenden öffentlichen Konsultationen mit allen einschlägigen Interessenträgern anzunehmen; in der Erwägung, dass bei dieser

Reform frühere ausstehende Empfehlungen der Venedig-Kommission und des Büros für demokratische Institutionen und Menschenrechte der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) aus den Jahren 2012 und 2021 berücksichtigt werden sollten, insbesondere in Bezug auf die Verteilung der Wahlkreise und die Festlegung von Wahlkreisgrenzen, wobei die Zahl der Wahlkreise mit einem einzigen Mitglied und die Zahl der Bezirke, in denen jede Partei gleichzeitig Kandidaten benennen muss, zu verringern ist, damit eine nationale Kandidatenliste aufgestellt werden kann, sowie die Lehren aus der Parlamentswahl 2026 berücksichtigt werden sollten, einschließlich der Empfehlungen internationaler Wahlbeobachter; in der Erwägung, dass die Venedig-Kommission darauf hingewiesen hat, dass das Verfahren, mit dem das Gesetz LXXIX aus dem Jahr 2024 eingeleitet und angenommen wurde, sowie die spezifischen Änderungen der Wahlkreisgrenzen auf mögliche politische Beweggründe für die Reform hindeuten, dass es dem gesamten Prozess an Transparenz und offener Debatte mangelte und dass die Abgrenzung der Wahlkreise durch per (Kardinal-)Gesetz verhindert werden sollte, da eine solche starre Regelung die notwendige Anpassung der Wahlkreisgrenzen an die demografische Entwicklung von einer politischen Entscheidung abhängig macht;

S. in der Erwägung, dass das Grundgesetz Ungarns seit seinem Inkrafttreten am 1. Januar 2012 bereits 15 Mal geändert wurde, was eine ungewöhnlich hohe Zahl für einen Verfassungstext darstellt, die Rechtssicherheit schmälert, die institutionelle Stabilität schwächt und ernsthafte Bedenken hinsichtlich der Achtung der Grundsätze der Rechtsstaatlichkeit aufwirft; in der Erwägung, dass die Venedig-Kommission in ihrer Stellungnahme vom 13. Oktober 2025 zur Vereinbarkeit der fünfzehnten Änderung des Grundgesetzes Ungarns mit den internationalen Menschenrechtsnormen ihr Bedauern darüber zum Ausdruck gebracht hat, dass die betreffenden Änderungen ohne eine umfassende öffentliche Debatte und ohne eine echte Konsultation aller einschlägigen Interessenträger angenommen wurden; in der Erwägung, dass sie darauf hingewiesen hat, dass die Änderung in Bezug auf das soziale Geschlecht nicht als Rechtsgrundlage für das Verbot der rechtlichen Anerkennung der Geschlechtsidentität dienen und nicht dazu führen sollte, dass Transgender-Personen das Recht auf rechtliche Anerkennung ihrer Geschlechtsidentität vorenthalten wird; in der Erwägung, dass die Venedig-Kommission ferner erklärt hat, dass die Änderung betreffend den Vorrang des Rechts des Kindes nicht mit den internationalen Menschenrechtsstandards vereinbar sei und dass die Rechtsvorschriften über die Aussetzung der Staatsbürgerschaft geändert werden sollten;

T. in der Erwägung, dass die Vorverfahrenskammer I des Internationalen Strafgerichtshofs am 24. Juli 2025 festgestellt hat, dass Ungarn einem Ersuchen um Zusammenarbeit entgegen den Bestimmungen des Römischen Statuts des Internationalen Strafgerichtshofs nicht nachgekommen ist, und diesen Fall der Nichteinhaltung an die Versammlung der Vertragsstaaten verwiesen hat; in der Erwägung, dass die staatlichen Stellen Ungarns dem Generalsekretär der Vereinten Nationen am 2. Juni 2025 förmlich mitgeteilt haben, dass Ungarn mit Wirkung vom 2. Juni 2026 aus dem Römischen Statut austritt; in der Erwägung, dass die Präsidentin der Versammlung der Vertragsstaaten am 5. Juni 2025 erneut ihr Bedauern über den Austritt Ungarns zum Ausdruck brachte;

U***nabhängigkeit der Justiz und anderer Institutionen sowie die Rechte der Richter***

U. in der Erwägung, dass der Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres in seinem Bericht über seine Informationsreise nach Budapest vom 23. Juni 2025 seine

Besorgnis darüber zum Ausdruck gebracht hat, dass die Urteile des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (EGMR) und des Gerichtshofs der Europäischen Union (EuGH) in Bezug auf die Rechtsstaatlichkeit und den Schutz der Grundrechte nach wie vor nicht umgesetzt werden; in der Erwägung, dass er weitere Bedenken hinsichtlich der anhaltenden und neuen Herausforderungen für die Unabhängigkeit und Unparteilichkeit der Justiz geäußert hat, was mit Bedenken hinsichtlich der Senkung der beruflichen Anforderungen im Zusammenhang mit der Ernennung von Richtern, des Drucks auf Richter durch Disziplinarmechanismen und der begrenzten Transparenz bei der Fallbearbeitung, insbesondere im Obersten Gerichtshof (Kúria), der Durchführung von Justizreformen ohne konstruktive Konsultation von Justizverbänden und der öffentlichen Verunglimpfung von Richtern, die von ihrem Recht auf Protest Gebrauch machen, der anhaltenden Herausforderungen in Bezug auf die Aktualität und Wirksamkeit der gerichtlichen Überprüfung, die angeblich auf die niedrige Vergütung von Richtern und auf Personalmangel zurückzuführen sind, sowie der Rolle und Unparteilichkeit der Uniformitätskammer der Kúria zusammenhängt; in der Erwägung, dass der Ausschuss auch seine Besorgnis über die systematische Schwächung des Landesrichterrats zum Ausdruck gebracht hat, einschließlich der wiederholten Umgehung seiner obligatorischen Konsultation bei Justizreformen und des Rücktritts mehrerer seiner Mitglieder aus Protest, was auf eine institutionelle Krise hindeutet, die die richterliche Selbstverwaltung gefährdet; in der Erwägung, dass bei der Informationsreise ferner Bedenken hinsichtlich des Landesgerichtsamts festgestellt wurden, das trotz der Behauptung, ein automatisiertes System der Fallzuweisung zu betreiben, weiterhin ernsthafte Zweifel an seiner Transparenz und Unparteilichkeit aufkommen lässt, und Interessenträger vor dem Risiko warnen, dass es insbesondere in politisch sensiblen Fällen zu Einflussnahme oder Manipulationen kommen könnte;

V. in der Erwägung, dass die Kommission im Bericht 2025 über die Rechtsstaatlichkeit vom 8. Juli 2025 im Länderkapitel zu Ungarn darauf hingewiesen hat, dass der Landesrichterrat weiterhin die im Zuge der Justizreform im Jahr 2023 erworbenen Befugnisse ausübt; in der Erwägung, dass darüber hinaus darauf hingewiesen wurde, dass neue Vorschriften für die Ernennung und Laufbahn von Richtern eingeführt wurden und dass das Verfahren im Einklang mit den geltenden Rechtsvorschriften nicht immer die Konsultation des Landesrichterrats zu einigen der einschlägigen Gesetzesänderungen umfasste; in der Erwägung, dass ferner darauf hingewiesen wurde, dass die Transparenz der Fallzuweisung in den unteren Gerichten nicht verbessert wurde, obwohl die Fallzuweisung in der Kúria gut umgesetzt wird; in der Erwägung, dass ferner darauf hingewiesen wurde, dass die Kúria die Einheitlichkeit der Rechtsprechung weiterhin durch ihre Beschwerdeinstanz für Einheitlichkeit durchsetzt, dass jedoch innerhalb der Justiz weiterhin übermäßiger Druck auf einige Richter ausgeübt wird, insbesondere in Bezug auf interne Debatten über zentrale Fragen im Zusammenhang mit der Unabhängigkeit der Justiz; in der Erwägung, dass ferner darauf hingewiesen wurde, dass die Gehälter im Justizsystem bis 2027 in drei Schritten angehoben werden und dass die Effizienz der Justiz und die Digitalisierung des Justizsystems insgesamt weiterhin hoch sind; in der Erwägung, dass die Kommission darauf hingewiesen hat, dass am 1. Januar 2025 in Ungarn 47 Leiturteile des EGMR zur Umsetzung anstanden und dass am 16. Juni 2025 die Zahl der zur Umsetzung anstehenden Leiturteile auf 52 gestiegen ist; in der Erwägung, dass ferner darauf hingewiesen wurde, dass Ungarn in den letzten zehn Jahren nur 26 % der Leitentscheidungen umgesetzt hat und dass die älteste Leitentscheidung seit mehr als 15 Jahren zur Umsetzung ansteht; in der Erwägung, dass die Kommission Mängel in der

Prozesskostenhilferegelung aufgezeigt und Maßnahmen empfohlen hat, damit die laufende Erhöhung der Vergütung von Richtern, Staatsanwälten sowie Justiz- und Staatsanwaltschaftsbediensteten in strukturierter Weise unter Berücksichtigung der europäischen Standards für die Vergütung im Justizsystem erfolgt;

W. in der Erwägung, dass die Kommission am 17. Juli 2025 beschlossen hat, Ungarn vor dem EuGH zu verklagen, weil es dem Standpunkt der Union zu EU-internen Schiedsverfahren im Rahmen des Vertrags über die Energiecharta widerspricht und sich nicht an die Rechtsprechung des EuGH hält;

X. in der Erwägung, dass die Venedig-Kommission in ihrer Stellungnahme vom 16. Juni 2025 zu den Verfassungs- und Gesetzesänderungen in Bezug auf die Anforderungen für die Ernennung zum Generalstaatsanwalt und zum Richter am Verfassungsgericht Ungarns sowie zur Ernennung und Versetzung in den Ruhestand von Richtern ihr Bedauern darüber zum Ausdruck gebracht hat, dass die zu prüfenden Änderungen im Wege eines Verfahrens angenommen wurden, das weder eine Folgenabschätzung noch sinnstiftende Konsultationen mit der Öffentlichkeit oder den einschlägigen Interessenträgern, einschließlich der Justiz, umfasste; in der Erwägung, dass die Venedig-Kommission empfahl, die Zulassungskriterien für die Stelle des Generalstaatsanwalts zu ändern, indem vorgesehen wird, dass sie bzw. er zu den leitenden Berufsanwältinnen und -staatsanwälten ernannt wird oder dass sie bzw. er wesentlich höhere berufliche Eignungskriterien erfüllt, z. B. eine umfangreiche Berufserfahrung als Staatsanwalt, Richter, Rechtsanwalt oder ähnliche und spezifische Kompetenzen, die für diese hochrangige Organisationsfunktion erforderlich sind, einschließlich Managementfähigkeiten; in der Erwägung, dass empfohlen wird, die Einführung ausreichender Garantien in das Ernennungsverfahren des Generalstaatsanwalts in Erwägung zu ziehen, z. B. die Einrichtung eines Staatsanwaltsrates; in der Erwägung, dass festgestellt wurde, dass bei dem System, bei dem der Grundsatz der richterlichen Unabhängigkeit am besten gewahrt würde, Richter in der Regel bis zu einem obligatorischen Ruhestandsalter von 70 Jahren im Amt bleiben können, wenn sie dies wünschen, andernfalls aber in den Ruhestand treten können, wenn sie das normale gesetzliche Rentenalter erreicht haben, d. h. 65 Jahre, und dass jeder alternative Mechanismus, der auf Anträge auf Verlängerung des Zeitraums der richterlichen Tätigkeit über das normale Ruhestandsalter (65 Jahre) hinaus gestattet, auf klaren, überprüfbaren und objektiven Kriterien beruhen sollte, um jegliches unangemessene Ermessen der entscheidenden Stelle zu verhindern; in der Erwägung, dass die Venedig-Kommission empfiehlt, klarzustellen, welche Art von Erfahrung „auf dem Gebiet des Rechts“ einen Kandidaten für die Ernennung zum Richter des Verfassungsgerichts qualifizieren würde, um jegliches unangemessene Ermessen der einstellenden Stelle zu verhindern;

Y. in der Erwägung, dass die Venedig-Kommission in ihrer Stellungnahme vom 16. Juni 2025 zu bestimmten Bestimmungen des Gesetzes XVII von 2024 über die Befugnis des Justizministers, Zugang zu gerichtlichen und staatsanwaltschaftlichen Entscheidungen sowie zu damit zusammenhängenden Dokumenten zu erhalten, festgestellt hat, dass nicht überzeugend nachgewiesen wurde, warum die bestehende Möglichkeit des Justizministers, Informationen über statistische Daten und die justizielle Praxis zu verlangen, zusammen mit dem Zugang zu einer umfassenden öffentlichen Datenbank gerichtlicher Entscheidungen für sich genommen nicht ausreichen würden, um das verfolgte legitime Ziel zu erreichen; in der Erwägung, dass darauf hingewiesen wurde, dass die Erlangung von Strafverfolgungsentscheidungen, insbesondere solche, die zwar

www.parlament.gv.at

rechtskräftig und nicht anfechtbar sind, aber die Einstellung eines Verfahrens betreffen, erhebliche Fragen der Verhältnismäßigkeit aufwirft, da ein solcher Mechanismus möglicherweise die Wirksamkeit der Staatsanwaltschaft und ihre wahrgenommene Unabhängigkeit von der Exekutive beeinträchtigen könnte;

Z. in der Erwägung, dass das Ministerkomitee des Europarats in seiner Entscheidung vom 4. bis 6. März 2025 über die noch ausstehende verstärkte Überwachung der Vollstreckung des Urteils des EGMR in der Rechtssache Baka/Ungarn mit tiefer Besorgnis festgestellt hat, dass die staatlichen Stellen Ungarns fast neun Jahre nach dem Urteil nach wie vor keine Maßnahmen ergriffen haben, um die gerichtliche Überprüfung der Abberufung des Präsidenten der Kúria sicherzustellen; in der Erwägung, dass die staatlichen Stellen nachdrücklich aufgefordert wurden, die Rechtsvorschriften, wie sie zuvor angekündigt hatten, zu ändern, damit eine wirksame Kontrolle durch ein unabhängiges Gericht in Bezug auf die Abberufung des Präsidenten der Kúria gewährleistet ist; in der Erwägung, dass das Bedauern darüber zum Ausdruck gebracht wurde, dass die Informationen, die die staatlichen Stellen als Reaktion auf das Ersuchen des Ausschusses um eine Bewertung der Freiheit von Richtern zur Meinungsäußerung übermittelt haben, nach wie vor keine umfassende Analyse der Auswirkungen der einschlägigen Rechtsvorschriften in der Praxis und der Frage enthalten, ob ihre Anwendung dazu beigetragen hat, die „abschreckende Wirkung“ zu beseitigen, zu deren Bereitstellung der Ausschuss die staatlichen Stellen nachdrücklich aufgefordert hat; in der Erwägung, dass die staatlichen Stellen Ungarns in diesem Zusammenhang und angesichts der von der Zivilgesellschaft und den ungarischen Richtern selbst geäußerten Bedenken ersucht wurden, die Annahme weiterer allgemeiner Maßnahmen in Erwägung zu ziehen, um die „abschreckende Wirkung“ in der Justiz anzugehen und sicherzustellen, dass die freie Meinungsäußerung von Richtern, insbesondere in Bezug auf Angelegenheiten von öffentlichem Interesse, die die Justiz betreffen, nicht nur theoretisch, sondern auch in der Praxis eindeutig gewährleistet ist;

AA. in der Erwägung, dass das Ministerkomitee des Europarats in seiner Entscheidung vom 4. bis 6. März 2025 über die noch ausstehende verstärkte Überwachung der Vollstreckung der Urteile des EGMR in den Rechtssachen Gazsó Group/Ungarn mit Zufriedenheit die anhaltenden positiven Trends in Bezug auf die Effizienz der ungarischen Justiz zur Kenntnis genommen hat, jedoch hinsichtlich der noch offenen Frage der Rechtsbehelfe im Zusammenhang mit übermäßig langen straf- und verwaltungsrechtlichen Verfahren und Verfahren der freiwilligen Gerichtsbarkeit seine tiefe Besorgnis über den anhaltenden Mangel an Entwicklungen bekräftigt hat;

Korruption und Interessenkonflikte

AB. in der Erwägung, dass der Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres in seinem Bericht über seine Informationsreise nach Budapest vom 23. Juni 2025 seine Besorgnis über mutmaßlich tief verwurzelte und institutionalisierte Korruption zum Ausdruck gebracht hat, darunter Missbrauch des öffentlichen Beschaffungswesens und politische Werbung, eine unzulängliche Taskforce zur Korruptionsbekämpfung, begrenzte Befugnisse und eingeschränkter Zugang zu Informationen über die Strafverfolgung für die Integritätsbehörde, wodurch deren Fähigkeit zur wirksamen Bekämpfung von Korruption und Missbrauch öffentlicher Mittel eingeschränkt wird, sowie der Umstand, dass keine hochrangigen Korruptionsfälle vor Gericht gebracht werden;

AC. in der Erwägung, dass die Kommission am 8. Juli 2025 im Bericht über die Rechtsstaatlichkeit 2025 im Länderkapitel zu Ungarn darauf hingewiesen hat, dass die Umsetzung der nationalen Strategie zur Korruptionsbekämpfung 2024-2025 und des zugehörigen Aktionsplans fortgesetzt wird, wobei wichtige Maßnahmen noch ausstehen; in der Erwägung, dass sie ferner darauf hingewiesen hat, dass die Zahl der Verurteilungen wegen Korruptionsdelikten zurückgegangen ist und keine Fortschritte bei der Schaffung einer soliden Erfolgsbilanz bei der Bekämpfung der Korruption auf hoher Ebene erzielt wurden; in der Erwägung, dass sie ferner darauf hingewiesen hat, dass Gerichtsentscheidungen, mit denen Entscheidungen der Staatsanwaltschaft, Korruptionsfälle nicht zu untersuchen oder strafrechtlich zu verfolgen, überprüft werden, weiterhin nicht bindend sind; in der Erwägung, dass sie ferner darauf hingewiesen hat, dass hinsichtlich der Verabschiedung neuer Vorschriften für Lobbyarbeit und Tätigkeiten nach Beendigung von Dienstverhältnissen noch Fortschritte erzielt werden müssen, wobei jedoch Pläne bestehen, bis November 2025 Rechtsvorschriften in diesem Bereich zu erlassen, und dass die Integritätsbehörde weiterhin über Hindernisse bei der wirksamen Erfüllung ihrer Aufsichtsfunktionen berichtet; in der Erwägung, dass sie ferner darauf hingewiesen hat, dass weiterhin erhebliche Mängel hinsichtlich der Transparenz der Finanzierung von politischen Parteien und Wahlkampagnen bestehen, dass der Wettbewerb im öffentlichen Beschaffungswesen verbessert wurde und dass weiterhin unterschiedliche Kontrollniveaus für nationale Beschaffungen und Beschaffungen im Zusammenhang mit EU-Mitteln bestehen; in der Erwägung, dass die Kommission darauf hingewiesen hat, dass bei der Verbesserung des Systems der Vermögenserklärung keine Fortschritte erzielt wurden und dass Whistleblowing bei der Aufdeckung von Korruptionsdelikten nur eine begrenzte Rolle spielt; in der Erwägung, dass die praktischen Auswirkungen der Vorschläge der Taskforce zur Korruptionsbekämpfung begrenzt waren; in der Erwägung, dass die Gefahr politischer Einflussnahme und ungebührlicher Einmischung in einzelne Fälle bei der Staatsanwaltschaft und der Polizei, das Ausbleiben von Ermittlungen zu Korruptionsvorwürfen gegen hochrangige Beamte und ihr unmittelbares Umfeld sowie Klientelismus, Günstlingswirtschaft und Nepotismus in der öffentlichen Verwaltung auf hoher Ebene nach wie vor Anlass zur Sorge geben; in der Erwägung, dass der Aktionsplan zur Korruptionsbekämpfung nach Angaben von Interessenträgern nicht ambitioniert genug ist und die einschlägigen Empfehlungen der Integritätsbehörde darin nicht ausreichend berücksichtigt werden; in der Erwägung, dass Interessenträger von einem erhöhten Korruptionsrisiko aufgrund der übermäßigen Nutzung von Konzessionsverträgen berichten, dass viele Rahmenvereinbarungen mit einem einzigen Bieter geschlossen wurden, dass die von zentralen Beschaffungsstellen geschlossenen Rahmenvereinbarungen es bestimmten Wirtschaftsteilnehmern ermöglicht haben, auf Kosten ihrer Wettbewerber Marktführer zu werden oder eine beherrschende Stellung zu erlangen, und dass nach wie vor Bedenken hinsichtlich Günstlingswirtschaft bei Ausschreibungsverfahren und der selektiven Vergabe an politische Verbündete bestehen, was das Korruptionsrisiko erhöht;

AD. in der Erwägung, dass die Kommission am 18. Juni 2025 beschlossen hat, das Vertragsverletzungsverfahren betreffend die ordnungsgemäße Umsetzung der Richtlinie 2014/24/EU über die öffentliche Auftragsvergabe[20], der Richtlinie 2014/23/EU über die

[20] Richtlinie 2014/24/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Februar 2014 über die öffentliche Auftragsvergabe und zur Aufhebung der Richtlinie 2004/18/EG, ABl. L 94 vom 28.3.2014, S. 65, ELI: http://data.europa.eu/eli/dir/2014/24/oj.

Konzessionsvergabe[21] und der Richtlinie 2014/25/EU über die Vergabe von Aufträgen durch Auftraggeber im Bereich der Wasser-, Energie- und Verkehrsversorgung sowie der Postdienste[22] einzustellen; in der Erwägung, dass die Kommission am 12. Februar 2025 beschlossen hat, wegen der Anwendung von Verhandlungsverfahren unter Verstoß gegen die Richtlinie 2014/24/EU über die öffentliche Auftragsvergabe mit der Übermittlung eines Aufforderungsschreibens ein Vertragsverletzungsverfahren einzuleiten, aber am 8. Oktober 2025 beschlossen hat, das Verfahren einzustellen; in der Erwägung, dass die Kommission am 18. Juni 2025 beschlossen hat, mit der Übermittlung eines Aufforderungsschreibens ein Vertragsverletzungsverfahren einzuleiten, weil Ungarn es versäumt hat, einen Abbauvertrag mit hohem Wert für Sand- und Kiesbergwerke im Rahmen eines offenen und transparenten Ausschreibungsverfahrens zu vergeben; in der Erwägung, dass die Kommission am 17. Juli 2025 beschlossen hat, wegen Nichteinhaltung der EU-Vorschriften über die Vergabe öffentlicher Aufträge und Konzessionen bei der Vergabe eines Auftrags für den Bau, den Betrieb und die Instandhaltung des Autobahnnetzes ein weiteres Aufforderungsschreiben zu übermitteln;

AE. in der Erwägung, dass die Parlamentarische Versammlung des Europarats am 30. September 2025 die Resolution 2617(2025) zur Erfüllung der Mitgliedschaftsverpflichtungen Ungarns gegenüber dem Europarat angenommen hat, in der sie darauf hingewiesen hat, dass der mangelnde politische Wille, Korruption auf hoher Ebene zu bekämpfen, zutiefst beunruhigend ist; in der Erwägung, dass sie die staatlichen Stellen Ungarns aufgefordert hat, unverzüglich die Veröffentlichung von Berichten der Gruppe der Staaten gegen Korruption (GRECO) zu genehmigen, in denen die Einhaltung der Vorschriften in Bezug auf die Korruptionsprävention bei hochrangigen Exekutivfunktionen und in Bezug auf Parlamentsabgeordnete, Richter und Staatsanwälte bewertet wird, sowie unabhängige Einrichtungen zur Korruptionsbekämpfung zu stärken und für transparente Verfahren bei der Vergabe öffentlicher Aufträge zu sorgen; in der Erwägung, dass sie Ungarn aufgefordert hat, für eine öffentliche Aufsicht über „Stiftungen für die Verwaltung von Vermögenswerten von öffentlichem Interesse“ (Közfeladatot ellátó közérdekű vagyonkezelő alapítvány, KEKVA) zu sorgen, indem für eine transparente Verwaltung, parlamentarische Kontrolle und Rechenschaftspflicht für alle öffentlichen Vermögenswerte und Mittel, die von diesen Einrichtungen verwaltet werden, gesorgt wird;

AF. in der Erwägung, dass das Korruptionsforschungszentrum Budapest am 24. September 2025 bei einer öffentlichen Anhörung im Petitionsausschuss darauf hingewiesen hat, dass es eindeutige empirische Belege für politische Günstlingswirtschaft in Ungarn gibt;

Privatsphäre und Datenschutz

AG. in der Erwägung, dass die Kommission am 8. Juli 2025 im Bericht über die Rechtsstaatlichkeit 2025 im Länderkapitel zu Ungarn darauf hingewiesen hat, dass die

---

21 Richtlinie 2014/23/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Februar 2014 über die Konzessionsvergabe, ABl. L 94 vom 28.3.2014, S. 1.

22 Richtlinie 2014/25/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Februar 2014 über die Vergabe von Aufträgen durch Auftraggeber im Bereich der Wasser-, Energie- und Verkehrsversorgung sowie der Postdienste und zur Aufhebung der Richtlinie 2004/17/EG, ABl. L 94 vom 28.3.2014, S. 243, ELI: http://data.europa.eu/eli/dir/2014/25/oj.

Bedenken hinsichtlich fehlender Verfahrensgarantien und einer wirksamen Kontrolle bei geheimen Überwachungsmaßnahmen außerhalb von Strafverfahren nicht ausgeräumt worden sind;

AH. in der Erwägung, dass das Ministerkomitee des Europarats in seiner Entscheidung vom 10. bis 12. Juni 2025 über die noch ausstehende verstärkte Überwachung der Vollstreckung der Urteile des EGMR in den Rechtssachen Szabó und Vissy Group/Ungarn die Behörden erneut nachdrücklich aufgefordert hat, unverzüglich die Maßnahmen zu ergreifen, die erforderlich sind, um die innerstaatlichen Rechtsvorschriften über die geheime Überwachung aus Gründen der nationalen Sicherheit vollständig und wirksam mit der Europäischen Menschenrechtskonvention in Einklang zu bringen und alle vom EGMR in dieser Gruppe festgestellten Mängel zu beheben;

AI. in der Erwägung, dass das Amt des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Menschenrechte am 21. März 2025 darauf hingewiesen hat, dass die Behörden zum Schutz des Rechts auf Privatsphäre und Nichtdiskriminierung davon absehen sollten, Gesichtserkennungstechnologie zu verwenden, um diejenigen zu identifizieren, die friedlich an einer Versammlung teilnehmen; in der Erwägung, dass es darauf hingewiesen hat, dass öffentliche Überwachungsmaßnahmen auf Maßnahmen beschränkt sein sollten, die für die Verwirklichung legitimer Ziele unbedingt erforderlich und verhältnismäßig sind, und niemals durch gezielte Überwachung friedlicher Versammlungen von LGBTIQ+-Personen oder anderen marginalisierten Gruppen diskriminierend verwendet werden sollten; in der Erwägung, dass der Menschenrechtskommissar des Europarats am 24. März 2025 in einem Schreiben an den Präsidenten der Nationalversammlung Ungarns daran erinnert hat, dass der Einsatz von in hohem Maße intrusiver Erkennungstechnologie, um Teilnehmer an friedlichen Protestaktionen zu ermitteln und wegen ihrer Teilnahme festzunehmen und wegen eines Vergehens zu belangen, im Einklang mit dem EGMR eine Verletzung des Rechts auf Achtung des Privatlebens darstellt; in der Erwägung, dass der Sonderberichterstatter der Vereinten Nationen für die Förderung und den Schutz des Rechts auf Meinungsfreiheit und freie Meinungsäußerung, der Sonderberichterstatter für das Recht auf Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit, der Sonderberichterstatter für die Lage von Menschenrechtsverteidigern, ein unabhängiger Sachverständiger für den Schutz vor Gewalt und Diskriminierung aufgrund der sexuellen Ausrichtung und der Geschlechtsidentität und die Arbeitsgruppe für die Diskriminierung von Frauen und Mädchen am 9. April 2025 in ihrer Mitteilung an die ungarischen Behörden darauf hingewiesen haben, dass die kürzlich verabschiedeten Änderungen des Gesetzes über das Versammlungsrecht den verstärkten Einsatz biometrischer Gesichtserkennungstechnologien vorsehen, um Teilnehmer an solchen „verbotenen Versammlungen“ unter Verstoß gegen international anerkannte Normen für den Einsatz solcher Technologien bei Strafverfolgungsmaßnahmen gezielt ins Visier zu nehmen, zu identifizieren und zu bestrafen;

AJ. in der Erwägung, dass Investigativjournalisten am 6. Dezember 2024 Informationen darüber veröffentlichten, dass Ungarns Auslandsnachrichtendienst „Információs Hivatal“ (Informationsamt) mutmaßlich Ermittler des Europäischen Amtes für Betrugsbekämpfung während einer Untersuchungsmission zum möglichen Missbrauch von EU-Mitteln durch ELIOS, ein mit dem Schwiegersohn des ungarischen Ministerpräsidenten verbundenes Unternehmen, in den Jahren 2015-2017 ins Visier genommen habe; in der Erwägung, dass Investigativjournalisten am 9. Oktober 2025

Informationen darüber veröffentlichten, dass das ungarische Informationsamt mutmaßlich Kommissionsbeamte in den Jahren 2015-2017 ins Visier genommen habe; in der Erwägung, dass die Kommission darauf hingewiesen hat, dass derzeit eine interne Untersuchung läuft und dass die mutmaßlichen Vorfälle den Grundsatz der loyalen Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten und den Organen, Einrichtungen und sonstigen Stellen der EU schmälern;

Meinungsfreiheit einschließlich Medienpluralismus

AK. in der Erwägung, dass der Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres in seinem Bericht über seine Reise nach Budapest am 23. Juni 2025 seine Besorgnis über den offenbar weiterhin eingeschränkten Zugang von Oppositionspolitikern zu den öffentlichen Medien, die kritische Lage in Bezug auf Medienfreiheit und -pluralismus aufgrund eines stark zentralisierten und politisch kontrollierten Medienumfelds, den zunehmend schrumpfenden Raum für unabhängige Medien und Journalismus, der durch systemische Benachteiligungen, Hindernisse und Einschüchterungen gekennzeichnet ist, sowie deren eingeschränkten Zugang zu Regierungsbeamten und Informationen und die dominante Präsenz der Regierung in digitalen Medienräumen durch bezahlte Inhalte und Werbung in sozialen Medien zum Ausdruck gebracht hat;

AL. in der Erwägung, dass die Kommission im Bericht 2025 über die Rechtsstaatlichkeit vom 8. Juli 2025 im Länderkapitel zu Ungarn darauf hingewiesen hat, dass die in früheren Rechtsstaatlichkeitsberichten hervorgehobenen Gefahren für den Medienpluralismus nach wie vor nicht angegangen worden sind; in der Erwägung, dass sie ferner darauf hingewiesen hat, dass keine Maßnahmen ergriffen wurden oder geplant sind, um die Vergabe staatlicher Werbegelder an Medienunternehmen zu regulieren, die funktionale Unabhängigkeit der Medienbehörde zu gewährleisten oder die redaktionelle und finanzielle Unabhängigkeit der öffentlich-rechtlichen Medien sicherzustellen; in der Erwägung, dass sie ferner darauf hingewiesen hat, dass Journalisten nach wie vor mit zahlreichen und schwerwiegenden Herausforderungen bei ihrer Arbeit konfrontiert sind, dass Journalisten und Medienunternehmen vom Amt für den Schutz der Souveränität untersucht wurden, weil sie angeblich „ausländischen Interessen dienen“, und dass der Zugang zu Veranstaltungen von öffentlichem Interesse und Pressekonferenzen weiterhin selektiv verweigert wird; in der Erwägung, dass sie ferner darauf hingewiesen hat, dass die beschleunigte Bearbeitung von Gerichtsverfahren im Zusammenhang mit dem Zugang zu Informationen zwar fortgesetzt wird, der Umfang des Zugangs zu Informationen jedoch nach wie vor begrenzt ist, insbesondere was die öffentliche Finanzierung betrifft; in der Erwägung, dass es keine Fortschritte im Hinblick auf die Erhöhung der Transparenz und Fairness bei der Vergabe staatlicher Werbeaufträge gegeben hat; in der Erwägung, dass die allgemeinen Vorschriften und Verfahren für die Vergabe öffentlicher Aufträge für diese Ausgaben gelten und dass es keine spezifischen Vorschriften zur Gewährleistung von Transparenz und Fairness gibt, durch die die Vergabe geregelt wird; in der Erwägung, dass der Staat nach wie vor der bei weitem wichtigste Akteur auf dem Markt für Medienwerbung ist, der regierungsfreundlichen Medien erhebliche staatliche Mittel zukommen lässt und seine Ausgaben erhöht, und in der Erwägung, dass staatliche Werbung mehr als 30 % des gesamten Werbemarktes ausmacht, während die Central European Press and Media Foundation (Közép-Európai Sajtó és Média Alapítvány, KESMA), ein Zusammenschluss regierungsfreundlicher Medien, bis zu 75-80 % ihrer Gesamteinnahmen aus staatlicher Werbung erhält; in der Erwägung, dass der Druck auf Journalisten und andere Medienschaffende zugenommen hat, da diese nach wie vor mit zahlreichen und beträchtlichen Herausforderungen für

ihre Arbeit konfrontiert sind; in der Erwägung, dass Interessenträger zwar darauf hinweisen, dass körperliche Angriffe auf Journalisten in Ungarn sehr selten sind, sie jedoch die Häufigkeit von Verleumdungskampagnen und abfälligen Äußerungen gegen Journalisten hervorheben; in der Erwägung, dass einige Interessenträger berichten, dass der Zugang zu Veranstaltungen von öffentlichem Interesse und zu Pressekonferenzen der Regierung weiterhin selektiv verweigert wird und dass Presseanfragen häufig unbeantwortet bleiben; in der Erwägung, dass der Druck auf unabhängige Journalisten und Medien im Zuge der Ermittlungstätigkeiten des Amtes für Souveränitätsschutz zu mutmaßlicher „ausländischer Finanzierung“ zugenommen hat; in der Erwägung, dass der Überwachungsmechanismus für Medienpluralismus 2025 die Sicherheit von Journalisten weiterhin als Bereich mit mittlerem Risiko ansieht; in der Erwägung, dass die Plattform des Europarats zur Förderung des Schutzes des Journalismus und der Sicherheit von Journalisten fünf neue Warnmeldungen registriert hat, die sich beziehen auf ein investigatives Medium, das vom Amt für Souveränitätsschutz der ausländischen Einflussnahme und der Spionage beschuldigt wird, zwei Journalisten, die den Premierminister befragen wollten und daran gehindert, festgenommen und angeklagt wurden, Warnungen im Zusammenhang mit dem Gesetz über Transparenz im öffentlichen Raum und einen Bericht, in dem behauptet wird, dass nachrichtendienstliche Berichte über Medien und Organisationen der Zivilgesellschaft erstellt wurden;

AM. in der Erwägung, dass die Parlamentarische Versammlung des Europarats am 30. September 2025 die Resolution 2617(2025) zur Erfüllung der Mitgliedschaftsverpflichtungen Ungarns gegenüber dem Europarat angenommen hat, in der sie erneut ihre Bedenken hinsichtlich der Konzentration des Medieneigentums, des fehlenden Medienpluralismus und des politischen Einflusses auf Medieninhalte zum Ausdruck gebracht hat; in der Erwägung, dass die staatlichen Stellen Ungarns aufgefordert wurden, die funktionelle Unabhängigkeit des Medienrats zu stärken, die Amtszeit des Präsidenten der Medienbehörde zu verkürzen und ihm einige seiner Ernennungsbefugnisse zu entziehen; in der Erwägung, dass die staatlichen Stellen Ungarns erneut aufgefordert wurden, die Einführung eines offeneren und pluralistischeren Ernennungsverfahrens für Mitglieder des Medienrats in Erwägung zu ziehen, unter anderem, indem es zivilgesellschaftlichen Gruppen ermöglicht wird, sich am Nominierungsverfahren zu beteiligen; in der Erwägung, dass die staatlichen Stellen Ungarns angesichts der äußerst wichtigen Rolle des Staates und staatseigener Unternehmen auf dem Markt für Medienwerbung, über den sie regierungsnahen Medien erhebliche staatliche Mittel zukommen lassen, aufgefordert wurden, dafür zu sorgen, dass die Verteilung solcher Werbung, auch in den sozialen Medien, fair und transparent erfolgt;

AN. in der Erwägung, dass das Ministerkomitee des Europarats in seiner Entscheidung vom 3. bis 5. Dezember 2024 über die noch ausstehende verstärkte Überwachung der Vollstreckung der Urteile des EGMR in der Rechtssache Kenedi Group/Ungarn die Behörden aufgefordert hat, zusätzliche gezielte allgemeine Maßnahmen zu ergreifen, um gegen das wiederholte Zögern der staatlichen Stellen vorzugehen, den Anordnungen der nationalen Gerichte, Zugang zu Dokumenten zu gewähren, nachzukommen, und sicherzustellen, dass wirksame und wirklich zwingende Instrumente für die Durchsetzung solcher Anordnungen zur Verfügung stehen;

AO. in der Erwägung, dass der EGMR in seinem Urteil vom 30. September 2025 in der Rechtssache Csárdi u. a./Ungarn eine Verletzung des Rechts auf freie

Meinungsäußerung in Bezug auf das Fehlen von Verfahrensgarantien wie dem Recht auf Anhörung in Fällen festgestellt hat, in denen Abgeordnete der Opposition wegen ihres Verhaltens in der Nationalversammlung mit einer Geldstrafe belegt wurden;

AP. in der Erwägung, dass der OSZE-Beauftragte für Medienfreiheit am 4. Juni 2025 betont hat, dass unbedingt dafür gesorgt werden muss, dass sowohl öffentlich-rechtliche Rundfunkanstalten als auch Medienregulierungsbehörden von politischer Einflussnahme unabhängig sind, und sich mit der Frage der unabhängigen und fairen Zuweisung staatlicher Werbung befasst hat, die auf der Grundlage unparteiischer und klarer Kriterien vergeben werden sollte, um den Medienpluralismus, einschließlich unabhängiger Medien, zu unterstützen;

AQ. in der Erwägung, dass Ungarn auf der Rangliste der Pressefreiheit 2025 mit einem Wert von 62,82 auf Platz 68 von 180 Ländern lag und im Vergleich zum Vorjahr einen weiteren Platz verloren hat;

Akademische Freiheit

AR. in der Erwägung, dass der Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres in seinem Bericht über seine Informationsreise nach Budapest vom 23. Juni 2025 seine Besorgnis über die Aushöhlung der akademischen Freiheit und die zunehmende Kontrolle über Bildung und Forschung in Ungarn zum Ausdruck gebracht hat, unter anderem im Hinblick auf das Streikverbot für Lehrkräfte, die Möglichkeit willkürlicher Entlassungen von Lehrkräften, die ideologische Kontrolle über Lehrpläne, die schwindende Autonomie der Hochschulen bei der Durchführung von Forschungsarbeiten und die Marginalisierung bestimmter Studentengruppen, darunter Roma, Kinder mit Behinderungen und LGBTIQ+-Studierende;

AS. in der Erwägung, dass der Rat in seiner Empfehlung vom 8. Juli 2025 zur Wirtschafts-, Sozial-, Beschäftigungs-, Struktur- und Haushaltspolitik Ungarns[23] empfohlen hat, die Bildungsergebnisse und die Quote der Hochschulabschlüsse zu verbessern und die Beteiligung benachteiligter Gruppen, insbesondere der Roma, an einer hochwertigen regulären Bildung zu erhöhen, indem die Attraktivität des Lehrerberufs und der Anteil der Schüler, die einen Abschluss der Sekundarstufe II erwerben, der Zugang zur tertiären Bildung ermöglicht, weiter erhöht werden;

AT. in der Erwägung, dass die Kommission am 7. Mai 2025 beschlossen hat, das Vertragsverletzungsverfahren Nichtumsetzung des Urteils des EuGH in der Rechtssache C-66/18[24] zum Hochschulwesen einzustellen;

AU. in der Erwägung, dass die Sonderberichterstatterin der Vereinten Nationen für das Recht auf Bildung am 21. März 2025 zum Ende ihres Besuchs in Ungarn das Engagement der ungarischen Erzieher und der Zivilgesellschaft gelobt und gleichzeitig ernsthafte Bedenken hinsichtlich der zunehmenden Ungleichheiten, der starren Lehrpläne, der Marginalisierung von Roma-Studierenden und der Untergrabung der akademischen Freiheit zum Ausdruck gebracht hat; in der Erwägung, dass sie vor einer „Aushöhlung“ des öffentlichen Bildungssystems mit zunehmenden Ungleichheiten

---

23 ABl. C, C/2025/3991, 20.8.2025, ELI: http://data.europa.eu/eli/C/2025/3991/oj.

24 Urteil des Gerichtshofs vom 6. Oktober 2020, Europäische Kommission gegen Ungarn, Rechtssache C-66/18, ECLI:EU:C:2020:792.

zwischen unterfinanzierten staatlichen Schulen und besser finanzierten kirchlichen Einrichtungen gewarnt hat; in der Erwägung, dass sie eine Überprüfung von Lehrplänen und Bewertungen, einen besseren Schutz von Schülern mit besonderen Bedürfnissen, klare und wirksame Maßnahmen zur Bekämpfung der Segregation, eine gerechte Finanzierung für alle Arten von Schulen und eine stärkere Einbeziehung von Schülern, Lehrkräften und Eltern in die Entscheidungsfindung gefordert hat;

Religionsfreiheit

AV. in der Erwägung, dass das Ministerkomitee des Europarats in seiner Resolution vom 11. Dezember 2024 zur Überwachung der Vollstreckung des Urteils des EGMR in der Rechtssache Magyar Keresztény Mennonita Egyház u. a./Ungarn beschlossen hat, die Prüfung dieses Urteils abzuschließen;

AW. in der Erwägung, dass die Sonderberichterstatterin der Vereinten Nationen für Religions- und Weltanschauungsfreiheit am 28. Februar 2025 in ihrem Bericht über ihren Besuch in Ungarn empfohlen hat, das Kirchengesetz von 2011 und seine Änderungen von 2018 zu überprüfen, damit alle Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften, Institutionen und Akteure frei und ohne Diskriminierung arbeiten können, wobei den rechtlichen und finanziellen Beschränkungen ihrer Tätigkeiten besondere Aufmerksamkeit zu widmen ist;

Vereinigungsfreiheit

AX. in der Erwägung, dass der Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres in seinem Bericht über seine Informationsreise nach Budapest vom 23. Juni 2025 seine Besorgnis hinsichtlich der zunehmenden finanziellen, rechtlichen, sicherheitspolitischen und politischen Hindernisse für die Zivilgesellschaft, insbesondere für Organisationen der Zivilgesellschaft, die sich für die Interessenvertretung einsetzen, hinsichtlich der Gründung von staatlich kontrollierten nichtstaatlichen Organisationen (GONGO), die in den staatlich kontrollierten und regierungsfreundlichen Medien als Experten dargestellt werden, was zu einer weiteren Polarisierung der nichtstaatlichen Organisationen führt, und hinsichtlich der Nutzung des Amtes für den Schutz der Souveränität als wichtiges Instrument, um unabhängige Medien, einzelne investigative Journalisten und Organisationen der Zivilgesellschaft, die internationale oder EU-Finanzmittel erhalten, sowie deren Mitarbeiter als „ausländische Agenten“ zu diffamieren, zum Ausdruck gebracht hat; in der Erwägung, dass der Ausschuss weitere Bedenken hinsichtlich der Ausarbeitung eines Gesetzes über ausländische Agenten geäußert hat, wodurch die Finanzierung weiter eingeschränkt und die Überwachung ausgeweitet wird;

AY. in der Erwägung, dass die Kommission am 8. Juli 2025 im Bericht über die Rechtsstaatlichkeit 2025 im Länderkapitel zu Ungarn darauf hingewiesen hat, dass der zivilgesellschaftliche Raum durch ein sich verschlechterndes Umfeld für Organisationen der Zivilgesellschaft und durch Rechtsunsicherheit weiter eingeschränkt wird; in der Erwägung, dass mit einem neuen Gesetz, das am 1. Januar 2027 in Kraft tritt, das Register der Organisationen der Zivilgesellschaft von den Gerichten an eine zentrale Verwaltungsbehörde übertragen wird und Interessenträger berichteten, dass die Angriffe der Regierung auf unabhängige Organisationen der Zivilgesellschaft anhalten; in der Erwägung, dass das Amt für Souveränitätsschutz in einigen Fällen Tätigkeiten im Rahmen des Programms „Bürgerinnen und Bürger, Gleichstellung, Rechte und Werte“ der EU als „ein ernstes Souveränitätsrisiko“ eingestuft hat; in der Erwägung, dass mit

dem am 13. Mai 2025 vorgelegten Gesetzentwurf über Transparenz im öffentlichen Leben die Befugnisse des Amtes für Souveränitätsschutz erweitert werden, was erhebliche Auswirkungen auf die Tätigkeiten von Organisationen der Zivilgesellschaft, Medienunternehmen und anderen Einrichtungen in seinem Anwendungsbereich hat und ihren Zugang zu Finanzmitteln erheblich einschränkt; in der Erwägung, dass die jüngsten Gesetzes- und Verfassungsänderungen sowie ihre praktische Anwendung zu Rechtsunsicherheit für die Organisatoren und Teilnehmer öffentlicher Versammlungen zur Förderung von Gleichstellung und Vielfalt führen; in der Erwägung, dass Interessenträger darauf hingewiesen haben, dass die Verteilung öffentlicher Mittel weiterhin ungleich und intransparent ist und regierungsnahe Organisationen bevorzugt werden, wohingegen Organisationen der Zivilgesellschaft, die der Regierungspolitik kritisch gegenüberstehen, in Ungarn keine öffentlichen Mittel erhalten können;

AZ. in der Erwägung, dass die Parlamentarische Versammlung des Europarats am 30. September 2025 die Resolution 2617(2025) zur Erfüllung der Mitgliedschaftsverpflichtungen Ungarns gegenüber dem Europarat angenommen hat, in der sie ihre tiefe Besorgnis über die Reihe von Maßnahmen zum Ausdruck gebracht hat, die darauf abzielen, Organisationen der Zivilgesellschaft und unabhängige Medien zum Schweigen zu bringen; in der Erwägung, dass sie erneut darauf hingewiesen hat, dass die Zivilgesellschaft, wie in den Reykjavik-Grundsätzen für Demokratie dargelegt, eine Voraussetzung für eine funktionierende Demokratie sowie ein sicheres und begünstigendes Umfeld ist, in dem die Zivilgesellschaft und Menschenrechtsverteidiger ungehindert, in aller Sicherheit und frei von Gewalt agieren können; in der Erwägung, dass sie Ungarn aufgefordert hat, das Amt für Souveränitätsschutz abzuschaffen und das Gesetz über die Transparenz des öffentlichen Lebens im Einklang mit den Empfehlungen der Venedig-Kommission zu ändern, um für ein solches Umfeld zu sorgen;

BA. in der Erwägung, dass die Ko-Berichterstatter der Parlamentarischen Versammlung des Europarats für die Überwachung Ungarns am 19. Mai 2025 darauf hingewiesen haben, dass das Gesetz über die Transparenz des öffentlichen Lebens es Organisationen der Zivilgesellschaft und unabhängigen Medien unmöglich machen würde, tätig zu sein, geschweige denn zu existieren, dass es einen ungerechtfertigten und unverhältnismäßigen Angriff auf die Vereinigungs- und Meinungsfreiheit der ungarischen Bürgerinnen und Bürger darstellt und dass die Annahme dieses Gesetzes gegen die internationalen Verpflichtungen Ungarns in Bezug auf die Menschenrechte und Grundfreiheiten verstoßen würde; in der Erwägung, dass der Kommissar für Menschenrechte des Europarats die Parlamentsmitglieder am 27. Mai 2025 in einem Schreiben an den Präsidenten der ungarischen Nationalversammlung aufgefordert hat, von der Annahme des Gesetzes abzusehen, sofern dieses nicht derart geändert wird, dass es den internationalen Menschenrechtsnormen, insbesondere der Meinungs- und Vereinigungsfreiheit, dem Recht auf Achtung des Privatlebens, dem Recht auf ein faires Verfahren und dem Diskriminierungsverbot entspricht; in der Erwägung, dass der OSZE-Beauftragte für Medienfreiheit am 4. Juni 2025 darauf hingewiesen hat, dass einige Bestimmungen des vorgeschlagenen Gesetzes die OSZE-Verpflichtungen beeinträchtigen könnten; in der Erwägung, dass der Sachverständigenrat für das Recht internationaler nichtstaatlicher Organisationen der Konferenz der internationalen Nichtregierungsorganisationen des Europarats am 5. Juni 2025 zu dem Schluss kam, dass die Verabschiedung des Entwurfs der Zivilgesellschaft in Ungarn schweren und ungerechtfertigten Schaden zufügen würde, mit einer Vielzahl von Verpflichtungen, die dieser Mitgliedstaat des Europarats und der Europäischen Union eingegangen ist,

unvereinbar wäre und daher völlig unangemessen wäre;

BB. in der Erwägung, dass die Kommission am 3. Oktober 2024 beschlossen hat, Ungarn vor dem EuGH zu verklagen, da sie der Auffassung ist, dass das Gesetz zum Schutz der nationalen Souveränität, mit dem das Amt für Souveränitätsschutz eingerichtet wurde, es ermöglicht, gegen Aktivitäten, die ein legitimer Ausdruck der den Bürgerinnen und Bürgern und Organisationen in der EU durch die EU-Verträge verliehenen Rechte sind, vorzugehen und solche Aktivitäten einzuschränken, und diese Bürgerinnen und Bürger und Organisationen der Ausübung staatlicher Befugnisse unterwirft, die gegen die Datenschutzvorschriften verstoßen und mit einer Reihe von Grundrechten, die die Säulen einer pluralistischen und demokratischen Gesellschaft sind, unvereinbar sind (Rechtssache C-829/24, Kommission/Ungarn);

BC. in der Erwägung, dass der Menschenrechtskommissar des Europarats am 6. September 2024 seine schriftlichen Bemerkungen in der Rechtssache des ungarischen Helsinki-Komitees gegen Ungarn, die vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte anhängig ist, veröffentlicht hat, in denen er darauf hinweist, dass die Einführung von Artikel 353/A des Strafgesetzbuchs einen Bestandteil umfassender Beschränkungen der Meinungs- und der Vereinigungsfreiheit der Zivilgesellschaft in Ungarn darstellt, dass die mit Artikel 353/A eingeführte Kriminalisierung der *Erleichterung oder Unterstützung der illegalen Migration* weder notwendig noch vorhersehbar im Sinne von Artikel 10 Absatz 2 und Artikel 11 Absatz 2 der Europäischen Menschenrechtskonvention war und dass mehrere Aspekte den erklärten Zweck der Einführung von Artikel 353/A infrage stellen;

Das Recht auf Gleichbehandlung, einschließlich der Rechte von LGBTIQ+-Personen

BD. in der Erwägung, dass der Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres in dem Bericht über seine Informationsreise nach Budapest vom 23. Juni 2025 seine Besorgnis über die 15. Verfassungsänderung zum Ausdruck gebracht hat, darunter über Artikel, die die Rechte von LGBTIQ+-Personen einschränken, sowie über neue Gesetzesänderungen, die die Freiheiten von LGBTIQ+-Personen beschneiden, darunter die Streichung der Geschlechtsidentität als Diskriminierungsgrund und das Verbot von Pride-Paraden; in der Erwägung, dass er außerdem Bedenken hinsichtlich eines Klimas des Hasses gegenüber der LGBTIQ+-Gemeinschaft geäußert hat, das durch die Rhetorik der Regierung angeheizt wird und Angst und Isolation unter LGBTIQ+-Personen, einschließlich Studierenden und Lehrkräften, auslöst;

BE. in der Erwägung, dass das Amt des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Menschenrechte die staatlichen Stellen Ungarns am 21. März 2025 aufgefordert hat, Rechtsvorschriften aufzuheben, mit denen LGBTIQ+-Personen diskriminiert werden, und sie dringend gebeten hat, im Einklang mit den internationalen Menschenrechtsverpflichtungen Ungarns gegen das hohe Maß an Intoleranz, Diskriminierung, Mobbing und Belästigung im Zusammenhang mit der sexuellen Ausrichtung und der Geschlechtsidentität vorzugehen, dem insbesondere Kinder ausgesetzt sind; in der Erwägung, dass der Menschenrechtskommissar des Europarats am 24. März 2025 in einem Schreiben an den Präsidenten der ungarischen Nationalversammlung die Mitglieder des Parlaments aufgefordert hat, die Änderung des Gesetzes über das Versammlungsrecht, mit der Veranstaltungen wie Pride-Paraden letztendlich verboten werden, zu überdenken; in der Erwägung, dass der Menschenrechtskommissar sie nachdrücklich aufgefordert hat, keine anhängigen

Verfassungsänderungen und anderen Änderungen anzunehmen, die Bedenken hinsichtlich ihrer Vereinbarkeit mit den Menschenrechtsstandards aufwerfen, wie z. B. ein Verbot der rechtlichen Anerkennung der Geschlechtszugehörigkeit auf verfassungsrechtlicher Grundlage und die Streichung der Geschlechtsidentität aus der expliziten Liste geschützter Merkmale im Rahmen des Gleichbehandlungsgesetzes; in der Erwägung, dass der Kommissar am 25. Juni 2025 seine tiefe Enttäuschung über die Entscheidung, die Budapester Pride-Parade zu verbieten, zum Ausdruck gebracht hat; in der Erwägung, dass die Sonderberichterstatterin der Vereinten Nationen über die Förderung und den Schutz des Rechts auf Meinungsfreiheit und freie Meinungsäußerung, die Sonderberichterstatterin für Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit, die Sonderberichterstatterin über die Lage von Menschenrechtsverteidigern, der Unabhängige Experte für den Schutz vor Gewalt und Diskriminierung aufgrund der sexuellen Orientierung und der Geschlechtsidentität und die Arbeitsgruppe zu Diskriminierung von Frauen und Mädchen am 9. April 2025 in ihrer Mitteilung an die ungarischen Behörden darauf hingewiesen haben, dass die vorgeschlagenen Änderungen des Grundgesetzes und der damit zusammenhängenden Rechtsvorschriften eine Grundlage für rechtswidrige Einschränkungen der Menschenrechte auf freie Meinungsäußerung und friedliche Versammlung schaffen würden; in der Erwägung, dass die ständige Berichterstatterin für Menschenrechte des Kongresses der Gemeinden und Regionen des Europarates am 27. Juni 2025 darauf hingewiesen hat, dass das neue Gesetz gegen das Recht von LGBTIQ+-Personen auf ein diskriminierungsfreies Privat- und Familienleben sowie gegen die Meinungs- und Versammlungsfreiheit verstößt und sich auch auf die Entscheidungsautonomie der lokalen Behörden bei der Genehmigung öffentlicher Demonstrationen auswirkt;

BF. in der Erwägung, dass 20 Mitgliedstaaten (Belgien, Tschechien, Dänemark, Deutschland, Estland, Irland, Griechenland, Spanien, Frankreich, Zypern, Lettland, Litauen, Luxemburg, Malta, die Niederlande, Österreich, Portugal, Slowenien, Finnland und Schweden) in ihrer Erklärung vom 27. Mai 2025 zur Verletzung der Grundrechte von LGBTIQ+-Personen in Ungarn ihre tiefe Besorgnis über die jüngsten Gesetzes- und Verfassungsänderungen zum Ausdruck gebracht haben, die gegen die Grundrechte von LGBTIQ+-Personen verstoßen und vom ungarischen Parlament im Anschluss an andere, bereits in den Vorjahren erlassene Anti-LGBTIQ+-Rechtsvorschriften am 18. März und am 14. April 2025 angenommen worden waren; in der Erwägung, dass die Mitgliedstaaten betont haben, dass die Achtung und der Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten aller Menschen, einschließlich LGBTIQ+-Personen, untrennbar mit der Zugehörigkeit zur europäischen Familie verbunden sind, und Ungarn aufgefordert haben, diese Maßnahmen zu überarbeiten, und gleichzeitig die Kommission dringend gebeten haben, das Instrumentarium zur Wahrung der Rechtsstaatlichkeit in vollem Umfang zu nutzen, falls diese Maßnahmen nicht zurückgenommen werden;

BG. in der Erwägung, dass die Präsidentin der Kommission Ungarn am 25. Juni 2025 aufgefordert hat, die Durchführung der Budapester Pride-Parade zu gestatten, ohne dass strafrechtliche oder verwaltungsrechtliche Sanktionen gegen die Organisatoren oder die Teilnehmer zu befürchten sind;

BH. in der Erwägung, dass der EuGH in seinem Urteil vom 13. März 2025 in der Rechtssache C-247/23 [Deldits][25] festgestellt hat, dass die Datenschutz-

[25] Urteil des Gerichtshofs vom 13. November 2025, Deldits, C-247/23, ECLI:EU:C:2025:172.

Grundverordnung[26] dahin gehend auszulegen ist, dass eine mit der Führung eines öffentlichen Registers betraute staatliche Stelle verpflichtet ist, personenbezogene Daten betreffend die Geschlechtsidentität einer natürlichen Person zu berichtigen, wenn diese Daten nicht richtig sind, und dass die betroffene Person zwar verpflichtet werden kann, relevante und hinreichende Nachweise vorzulegen, die vernünftigerweise von ihr verlangt werden können, um die Unrichtigkeit dieser Daten festzustellen, dass ein Mitgliedstaat die Ausübung dieses Rechts jedoch unter keinen Umständen im Wege einer Verwaltungspraxis von der Vorlage von Nachweisen für eine geschlechtsangleichende Operation abhängig machen darf;

BI. in der Erwägung, dass die Generalanwältin Tamara Ćapeta in ihren Schlussanträgen vom 5. Juni 2025 in der Rechtssache C-769/22 (Kommission/Ungarn) zu dem Schluss gekommen ist, dass Artikel 2 EUV als gesonderte Rechtsgrundlage für Vertragsverletzungsverfahren herangezogen werden kann, wenn die Negierung eines Wertes der ursprüngliche Grund für andere Verstöße gegen das Unionsrecht ist, und dem EuGH vorgeschlagen hat, zu erklären, dass Ungarn durch den Erlass des Gesetzes Nr. LXXIX von 2021 über ein strengeres Vorgehen gegen pädophile Straftäter und die Änderung bestimmter Gesetze zum Schutz von Kindern gegen die Richtlinie 2000/31/EG über bestimmte rechtliche Aspekte der Informationsgesellschaft, insbesondere des elektronischen Geschäftsverkehrs, im Binnenmarkt[27], die Richtlinie 2006/123/EG über Dienstleistungen im Binnenmarkt[28], die Richtlinie 2010/13/EU zur Koordinierung bestimmter Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Bereitstellung audiovisueller Mediendienste[29], die Datenschutz-Grundverordnung, Artikel 56 AEUV, Artikel 1, Artikel 7, Artikel 8 Absatz 2, Artikel 11 und Artikel 21 der Charta sowie Artikel 2 EUV verstößt;

BJ. in der Erwägung, dass das Ministerkomitee des Europarats in seiner Entscheidung vom 15.-17. September 2025 über die noch ausstehende verstärkte Überwachung der Vollstreckung der Urteile des EGMR in der Rechtssache Rana Group/Ungarn mit tiefem Bedauern festgestellt hat, dass nach wie vor keine Maßnahmen unternommen wurden, um die Verstöße zu unterbinden, dass die Anerkennung der Geschlechtszuweisung zwar viele Jahre lang auf der Grundlage einer informellen Gepflogenheit zulässig war, die im Mai 2020 angenommenen Gesetzesänderungen es

---

26 Verordnung (EU) 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. April 2016 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten, zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung der Richtlinie 95/46/EG (Datenschutz-Grundverordnung) (ABl. L 119 vom 4.5.2016, S. 1, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2016/679/oj).

27 Richtlinie 2000/31/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 8. Juni 2000 über bestimmte rechtliche Aspekte der Dienste der Informationsgesellschaft, insbesondere des elektronischen Geschäftsverkehrs, im Binnenmarkt (ABl. L 178 vom 17.7.2000, S. 1, ELI: http://data.europa.eu/eli/dir/2000/31/oj).

28 Richtlinie 2006/123/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Dezember 2006 über Dienstleistungen im Binnenmarkt (ABl. L 376 vom 27.12.2006, S. 36, ELI: http://data.europa.eu/eli/dir/2006/123/oj).

29 Richtlinie 2010/13/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 10. März 2010 zur Koordinierung bestimmter Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Bereitstellung audiovisueller Mediendienste (Richtlinie über audiovisuelle Mediendienste) (ABl. L 95 vom 15.4.2010, S. 1, ELI: http://data.europa.eu/eli/dir/2010/13/oj).

aber Transgender-Personen mit ungarischen Geburtsurkunden unmöglich gemacht haben, ihre Geschlechtszugehörigkeit in Ungarn rechtlich anerkennen zu lassen, und dass diese Entwicklungen die Unsicherheit für die betroffenen Personen erheblich verschärfen und zu ähnlichen Verstößen führen könnten, und zudem bedauert hat, dass dieses gesetzliche Verbot mit der 2025 vorgenommenen Grundgesetzänderung auch in der Verfassung verankert wurde; in der Erwägung, dass es nachdrücklich betont hat, dass dringend Gesetzesänderungen erforderlich sind, um das derzeitige gesetzliche Verbot der Änderung des Geschlechts bzw. der Geschlechtsmarker im ungarischen Geburtenregister sowie sämtliche verfassungsrechtlichen Hindernisse für eine rechtliche Anerkennung der Geschlechtszugehörigkeit aufzuheben, und dass dringend ein klarer Rechtsrahmen geschaffen werden muss, der die Bedingungen und Verfahren für die rechtliche Anerkennung der Geschlechtszugehörigkeit regelt; in der Erwägung, dass es die staatlichen Stellen dringend gebeten hat, unverzüglich einen klaren Rechtsrahmen zu schaffen, damit Transgender-Personen – sowohl rechtmäßig niedergelassene nichtungarische als auch ungarische Staatsangehörige – Zugang zu schnellen, transparenten und leicht verfügbaren Verfahren für die Änderung ihres Namens und ihres Geschlechts bzw. ihrer Geschlechtsmarker in ihren von den ungarischen Behörden ausgestellten amtlichen Ausweisdokumenten erhalten;

BK. in der Erwägung, dass die Europäische Kommission gegen Rassismus und Intoleranz (ECRI) des Europarats in ihren Schlussfolgerungen vom 3. Juli 2024 ihre Auffassung bekräftigt hat, dass die restriktiven legislativen Maßnahmen, die während des Zeitraums der „Gefahrenlage“ ergriffen wurden – wie im Bericht der ECRI hervorgehoben –, erhebliche Auswirkungen auf das Leben von LGBTIQ-Personen in Ungarn haben und von unabhängigen Sachverständigen im Lichte der Standards des Europarats und anderer internationaler Standards in den Bereichen Gleichstellung und Nichtdiskriminierung gründlich überprüft werden sollten;

Die Rechte von Personen, die einer Minderheit angehören, einschließlich Roma und Juden, und der Schutz vor hetzerischen Äußerungen, die gegen diese Minderheiten gerichtet sind

BL. in der Erwägung, dass die Kommission am 7. Mai 2025 beschlossen hat, das Vertragsverletzungsverfahren zu der nicht ordnungsgemäßen Umsetzung des Rahmenbeschlusses des Rates zur Bekämpfung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit[30] einzustellen;

BM. in der Erwägung, dass die ECRI in ihren Schlussfolgerungen vom 3. Juli 2024 die Schritte begrüßt hat, die die staatlichen Stellen Ungarns unternommen haben, um die Kenntnisse von Strafverfolgungsbeamten und anderen Akteuren der Strafjustiz im Umgang mit Fällen von Hassverbrechen, einschließlich strafbarer Hetze, zu verbessern, jedoch darauf hingewiesen hat, dass polizeiliche Schulungen zu Hasskriminalität nicht in den jährlichen Schulungsprogrammen für alle Bezirke enthalten sind und in Umfang und Dauer erheblich variieren können, und nicht feststellen konnte, inwieweit die tatsächlich angebotenen polizeilichen Schulungen speziell auf rassistische und LGBTI-phobe Hassverbrechen, einschließlich strafbarer Hetze, ausgerichtet sind;

---

30 Rahmenbeschluss 2008/913/JI des Rates vom 28. November 2008 zur strafrechtlichen Bekämpfung bestimmter Formen und Ausdrucksweisen von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit (ABl. L 328 vom 6.12.2008, S. 55, ELI: http://data.europa.eu/eli/dec_framw/2008/913/oj).

BN. in der Erwägung, dass das Ministerkomitee des Europarats in seiner Entscheidung vom 4.-6. März 2025 über die noch ausstehende verstärkte Überwachung der Vollstreckung des EGMR-Urteils in den Rechtssachen Bakirdzi und E.C./Ungarn in Bezug auf das Abstimmungssystem für nationale Minderheiten mit Bedauern festgestellt hat, dass bislang keine Maßnahmen ergriffen wurden und dass den staatlichen Stellen die Zeit davonläuft, da die erforderliche Rechtsreform spätestens ein Jahr vor der nächsten Parlamentswahl umgesetzt werden und in Kraft treten muss;

BO. in der Erwägung, dass das Europäische Zentrum für die Rechte der Roma am 29. September 2025 seine schwerwiegenden Bedenken hinsichtlich der diskriminierenden Auswirkungen des Gesetzes zum Schutz der lokalen Identität (Gesetz Nr. XLVIII von 2025, das am 1. Juli 2025 in Kraft getreten ist) zum Ausdruck gebracht hat; in der Erwägung, dass nach Maßgabe von Artikel 2 Absatz 3 dieses Gesetzes eine Gemeinde im lokalen öffentlichen Interesse bestimmen darf, wer in die Gemeinde ziehen darf und welche Voraussetzungen dafür zu erfüllen sind; in der Erwägung, dass mehrere Gemeinden Erlasse zur lokalen Identität mit unterschiedlichen Anforderungen angenommen haben, wonach die betreffende Person beispielsweise keine Vorstrafen und keine öffentlichen Schulden haben darf, einer Beschäftigung nachgehen muss sowie einen bestimmten Bildungsstand und Kenntnisse der ungarischen Sprache aufweisen muss;

Die Grundrechte von Migranten, Asylsuchenden und Flüchtlingen

BP. in der Erwägung, dass der Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres in dem Bericht über seine Informationsreise nach Budapest vom 23. Juni 2025 seine Besorgnis über die Ingewahrsamnahme und Abschiebung von Personen in irregulärer Situation zum Ausdruck gebracht hat, wodurch den meisten Asylsuchenden der Zugang zum ungarischen Hoheitsgebiet und zum Asylverfahren faktisch verwehrt wird; in der Erwägung, dass er außerdem Bedenken hinsichtlich der Aufrechterhaltung des aufgrund der Masseneinwanderung ausgerufenen Ausnahmezustands geäußert hat, der eine Reihe von Einschränkungen der Bürger- und der Verfahrensrechte von Migranten – darunter ukrainische Flüchtlinge – mit sich bringt, die aufgrund von Rechtslücken, Verfahrensverzögerungen oder unzureichender Dokumentation mit Hindernissen beim Zugang zu Beschäftigung, medizinischer Versorgung und Unterkunft konfrontiert sind, sowie hinsichtlich der Kriminalisierung verschiedener Formen der Unterstützung für Asylsuchende und Migranten im Rahmen der sogenannten „Stop-Soros“-Rechtsvorschriften;

BQ. in der Erwägung, dass der EuGH in seinem Urteil vom 13. Juni 2024 in der Rechtssache C-123/22, Kommission/Ungarn[31], festgestellt hat, dass Ungarn dadurch gegen seine Verpflichtungen nach Artikel 260 Absatz 1 AEUV verstößt, dass es nicht alle erforderlichen Maßnahmen ergriffen hat, um dem Urteil vom 17. Dezember 2020 in der Rechtssache C-808/18 nachzukommen, und Ungarn verurteilt hat, einen Pauschalbetrag in Höhe von 200 Mio. EUR und ab dem Tag der Verkündung des Urteils so lange, bis Ungarn dieses Versäumnis korrigiert, ein Zwangsgeld in Höhe von 1 Mio. EUR pro Tag an die Kommission zu entrichten; in der Erwägung, dass sich die ungarische Regierung geweigert hat, diese Beträge freiwillig zu zahlen;

---

31 Urteil des Gerichtshofs vom 13. Juni 2024, Europäische Kommission/Ungarn (Aufnahme von Personen, die internationalen Schutz beantragen), C-123/22, ECLI:EU:C:2024:493.

BR. in der Erwägung, dass die Kommission am 7. Mai 2025 beschlossen hat, Ungarn vor dem EuGH zu verklagen, weil es seinen Verpflichtungen aus der Richtlinie 2002/90/EG des Rates[32] zur Verhängung wirksamer, verhältnismäßiger und abschreckender Sanktionen für den Straftatbestand der Beihilfe zur unerlaubten Ein- und Durchreise und zum unerlaubten Aufenthalt in der EU (Migrantenschleusung) und aus dem Rahmenbeschluss 2002/946/JI des Rates[33], in dem Vorschriften für strafrechtliche Sanktionen für diese Straftaten festgelegt sind, nicht nachgekommen ist; in der Erwägung, dass die Kommission außerdem beschlossen hat, das Vertragsverletzungsverfahren nach dem Urteil des EuGH vom 16. November 2021 in der Rechtssache C-821/19, Kommission/Ungarn, einzustellen;

BS. in der Erwägung, dass die Kommission am 24. April 2024 beschlossen hat, ein Aufforderungsschreiben zu übersenden, weil Ungarn das Urteil des EuGH in der Rechtssache C-823/21, Kommission/Ungarn, nicht befolgt, in dem der EuGH festgestellt hat, dass Ungarn dadurch gegen seine Verpflichtungen aus dem EU-Asylrecht verstoßen hat, dass es einen Antrag auf internationalen Schutz von einer Absichtserklärung in einer ungarischen Botschaft in einem Drittland abhängig gemacht hat;

BT. in der Erwägung, dass das Ministerkomitee des Europarats in seiner Entscheidung vom 15.-17. September 2025 über die noch ausstehende verstärkte Überwachung der Vollstreckung der Urteile des EGMR in den Rechtssachen Ilias und Ahmed/Ungarn, Shahzad Group/Ungarn und M.D. und andere/Ungarn die staatlichen Stellen eindringlich aufgefordert hat, dafür zu sorgen, dass vor der Abschiebung eines Asylsuchenden aus Ungarn nach Serbien stets eine gründliche und aktuelle Bewertung der Frage durchgeführt wird, ob er in Serbien Zugang zu einem angemessenen Asylverfahren hätte und ob der Grundsatz der Nichtzurückweisung gewahrt wird; in der Erwägung, dass es erneut seine tiefe Besorgnis darüber zum Ausdruck gebracht hat, dass noch keine Informationen über konkrete Maßnahmen zur Reform des Asylsystems vorgelegt wurden, obwohl die staatlichen Stellen wiederholt angegeben haben, diese Reform sei im Gange; in der Erwägung, dass es die staatlichen Stellen ein weiteres Mal nachdrücklich aufgefordert hat, ihre Bemühungen um die Reform des Asylsystems zu verstärken, um im Einklang mit den internationalen Verpflichtungen Ungarns einen wirksamen Zugang zu Mitteln der legalen Einreise, insbesondere Grenzverfahren, zu ermöglichen, und die staatlichen Stellen dringend gebeten hat, eine Frist für das Gesetzgebungsverfahren festzulegen, einen Vorschlag für einen Gesetzentwurf vorzulegen und das Komitee über alle einschlägigen Entwicklungen im Gesetzgebungsverfahren auf dem Laufenden zu halten; in der Erwägung, dass es erneut seine größte Besorgnis darüber bekräftigt hat, dass es trotz der Annahme der Interimsresolution und mehrerer Urteile des EGMR, in denen ähnliche Verstöße festgestellt wurden, nach wie vor Berichte über Kollektivausweisungen gibt; in der Erwägung, dass es die staatlichen Stellen erneut nachdrücklich aufgefordert hat, die Praxis, Asylsuchende gemäß Abschnitt 5 des Gesetzes über die Staatsgrenzen nach

---

32 Richtlinie 2002/90/EG des Rates vom 28. November 2002 zur Definition der Beihilfe zur unerlaubten Ein- und Durchreise und zum unerlaubten Aufenthalt (ABl. L 328 vom 5.12.2002, S. 17, ELI: http://data.europa.eu/eli/dir/2002/90/oj).

33 2002/946/JI: Rahmenbeschluss des Rates vom 28. November 2002 betreffend die Verstärkung des strafrechtlichen Rahmens für die Bekämpfung der Beihilfe zur unerlaubten Ein- und Durchreise und zum unerlaubten Aufenthalt (ABl. L 328 vom 5.12.2002, S. 1, ELI: http://data.europa.eu/eli/dec_framw/2002/946/oj).

Serbien abzuschieben, ohne sie zuvor zu identifizieren oder ihre individuelle Situation zu prüfen, unverzüglich einzustellen; in der Erwägung, dass es die staatlichen Stellen dringend gebeten hat, mehr Informationen vorzulegen, um nachzuweisen, dass das von diesen Stellen angebotene Rechtsmittel den Personen, die geltend machen, ihre Ausweisung sei kollektiv, die tatsächliche Möglichkeit zur Anfechtung dieses Ausweisungsbeschlusses bieten kann, indem diese Personen ihre Beschwerden über die Ausweisung im Einklang mit der Rechtsprechung des EGMR hinreichend gründlich durch eine unabhängige und unparteiische inländische Stelle prüfen lassen können; in der Erwägung, dass es die staatlichen Stellen aufgefordert hat, hinreichende Verfahrensgarantien einzuführen, damit sichergestellt ist, dass Asylsuchende nur auf der Grundlage einer freiwilligen Erklärung, die im Sinne der Rechtsprechung des EGMR als unmissverständlich angesehen werden kann, abgeschoben werden können;

BU. in der Erwägung, dass der Europäische Ausschuss zur Verhütung von Folter und unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung am 3. Dezember 2024 in seinem Bericht über den planmäßigen Besuch Ungarns 2023 darauf hingewiesen hat, dass es bedauerlich ist, dass es immer noch kein rechtliches Verfahren gibt, das einen wirksamen Schutz vor zwangsweiser Rückführung und/oder Zurückweisung, einschließlich Kettenzurückweisung, bieten kann, und dass nach dem Besuch im Jahr 2018 keine konkreten Schritte unternommen wurden, um sicherzustellen, dass alle Polizeibeamten eine unmissverständliche Botschaft von höchster politischer Ebene erhalten, dass jegliche Form der Misshandlung festgehaltener Personen inakzeptabel ist;

Wirtschaftliche und soziale Rechte

BV. in der Erwägung, dass der Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres in dem Bericht über seine Informationsreise nach Budapest vom 23. Juni 2025 seine Besorgnis über die Verschlechterung der Lage der Gewerkschaften, Berufsverbände und Arbeitnehmerrechte zum Ausdruck gebracht und den Einsatz von Gesichtserkennung bei Demonstrationen, die Kürzung von Finanzmitteln und den Zusammenbruch des institutionellen Schutzes angeprangert hat; in der Erwägung, dass er weitere Bedenken hinsichtlich der Politisierung der medizinischen Ethikkommission, des Ausschlusses von Gewerkschaften vom Arbeitsplatz, der Verweigerung von Konsultationsrechten und der Manipulation des sozialen Dialogs, der Schaffung von Negativanreizen für die Erwerbstätigkeit von Frauen und der Diskriminierung von Müttern auf dem Arbeitsmarkt zum Ausdruck gebracht hat;

BW. in der Erwägung, dass die Kommission am 8. Juli 2025 in ihrem Bericht über die Rechtsstaatlichkeit 2025 im Länderkapitel zu Ungarn darauf hingewiesen hat, dass die Regierung nach wie vor umfassend von ihren Ausnahmebefugnissen Gebrauch macht und somit die Rechtsstaatlichkeit untergräbt und die Tätigkeit von Unternehmen im Binnenmarkt beeinträchtigt; in der Erwägung, dass sie ferner darauf hingewiesen hat, dass ausländische Unternehmen, darunter auch solche aus anderen EU-Mitgliedstaaten, die in strategischen Sektoren tätig sind, einem verstärkten regulatorischen Druck durch staatliche Maßnahmen ausgesetzt sind und dass die Möglichkeit einer staatlichen Einflussnahme auf die Anwendung der Fusionskontrollvorschriften nach wie vor Rechtsunsicherheit bewirkt;

BX. in der Erwägung, dass der Rat in seiner Empfehlung zur Wirtschafts-, Sozial-, Beschäftigungs-, Struktur- und Haushaltspolitik Ungarns vom 8. Juli 2025 empfohlen hat, den Rechtsrahmen zu verbessern und den Wettbewerb auf den Märkten für Waren

und Dienstleistungen, insbesondere im Einzelhandel, zu stärken, indem willkürliche administrative Eingriffe, maßgeschneiderte Rechtsvorschriften, die bestimmten Unternehmen ungerechtfertigte Vor- oder Nachteile verschaffen, und den Markt beeinträchtigende staatlich unterstützte Transaktionen vermieden werden und indem im Einklang mit den Grundsätzen des Binnenmarkts und der Rechtsstaatlichkeit der Einsatz von Sofortmaßnahmen auf das absolut Notwendige reduziert wird; in der Erwägung, dass er außerdem empfohlen hat, den Zugang zu wirksamen Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik, insbesondere durch die Bereitstellung von Weiterbildungs- und Umschulungsmöglichkeiten für die am stärksten benachteiligten Gruppen, zu verbessern und einen wirksamen sozialen Dialog zu gewährleisten; in der Erwägung, dass er empfohlen hat, die Angemessenheit der Sozialhilfe und der Leistungen bei Arbeitslosigkeit zu verbessern und den Zugang zu grundlegenden Dienstleistungen für alle zu gewährleisten; in der Erwägung, dass er empfohlen hat, Unterstützungsmaßnahmen im Wohnungssektor auf einkommensschwache Haushalte auszurichten und das Wohnraumangebot, auch mit Blick auf Sozialwohnungen, zu erhöhen;

BY. in der Erwägung, dass die Kommission in der Arbeitsunterlage ihrer Dienststellen vom 4. Juni 2025 mit dem Titel „2025 Country Report – Hungary“ (Länderbericht 2025 – Ungarn) (SWD(2025)0217) darauf hingewiesen hat, dass die Armut insbesondere bei Kindern stark angestiegen sei und dass mehr als jedes fünfte Kind und 28 % der Familien mit drei oder mehr Kindern von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedroht seien, obwohl ein Schwerpunkt auf familienfreundliche Maßnahmen gelegt worden sei; in der Erwägung, dass sie festgestellt hat, dass Ungarn Daten aus den Jahren 2011 bis 2018 zufolge unter den Mitgliedsländern der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) den viertniedrigsten Anteil an Absolventen der ersten Generation aufweist und dass die Schulabbrecherquote mit 10,3 % nach wie vor hoch ist, was insbesondere in Dörfern (16,9 %), in den am wenigsten entwickelten Regionen, bei Menschen mit Behinderungen (41,2 % – eine der höchsten Quoten in der EU) und bei Roma (58,7 % gegenüber 9,3 % bei Nicht-Roma im Jahr 2023) zutrifft; in der Erwägung, dass sie darauf hingewiesen hat, dass es in Ungarn lediglich 4,4 praktizierende Pflegekräfte pro 1 000 Einwohner gibt, während der EU-Durchschnitt 7,6 beträgt;

BZ. in der Erwägung, dass die Kommission am 18. Juni 2025 beschlossen hat, Vertragsverletzungsverfahren einzuleiten, indem sie zwei Aufforderungsschreiben übermittelt hat, weil Ungarn ausländischen Unternehmen im Lebensmittel- und Drogerieeinzelhandel Beschränkungen für ihre Preisgestaltung auferlegt hat;

CA. in der Erwägung, dass der der Internationalen Arbeitsorganisation angehörende Ausschuss für die Anwendung der Normen am 17. Juni 2025 mit Besorgnis die Einschränkungen bei Rechtsvorschriften und Gepflogenheiten hinsichtlich der Rechte von Arbeitnehmer- und Arbeitgeberverbänden, ihre Verwaltung und ihre Tätigkeiten selbst zu organisieren und die Interessen ihrer Mitglieder im Einklang mit dem Übereinkommen über die Vereinigungsfreiheit und den Schutz des Vereinigungsrechtes wahrzunehmen und zu schützen, zur Kenntnis genommen hat; in der Erwägung, dass die Forscher im Schattenbericht über die Regulierung von Tarifverträgen in Ungarn darauf hingewiesen haben, dass die Zahl der Tarifverträge stetig zurückgeht und dass mittlerweile nur etwa 18 % der Arbeitnehmer unter einen Tarifvertrag fallen, Tarifverhandlungen nur auf Arbeitsplatzebene geführt werden und dass der Inhalt der Vereinbarungen unzureichend ist, da sich nur die Hälfte der Tarifvereinbarungen auf die

Entlohnung erstreckt;

CB. in der Erwägung, dass die Sozialtransfers der Wirtschaftserhebung 2024 der OECD zufolge zwar Einkommensungleichheiten und Armut auf einem niedrigen Stand halten, die Bürger im oberen Einkommensquintil jedoch einen größeren Anteil an Sozialtransfers erhalten als die Bürger im unteren Einkommensquintil; in der Erwägung, dass es nach wie vor kaum Chancengleichheit gibt, da ein großes Beschäftigungs- und Lohngefälle zwischen Männern und Frauen besteht und die Einkommensmobilität zwischen den Generationen begrenzt ist; in der Erwägung, dass die im Rahmen der Erhebung der internationalen Schulleistungsstudie der OECD gemessenen Bildungsergebnisse zwar nicht wesentlich vom OECD-Durchschnitt abweichen, aber stärker variieren und die Tendenz, dass Ungleichheiten von einer Generation an die nächste weitergegeben werden, sichtbar ist;

CC. in der Erwägung, dass das zentrale Statistikamt Ungarns am 29. September 2025 angab, seine Daten zur Armut überprüft zu haben; in der Erwägung, dass die Daten Wissenschaftlern zufolge auf einen steilen Anstieg des Anteils der von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedrohten Bürger hindeuteten, da 150 000 von Einkommensarmut betroffene Personen auf die offizielle Zahl aufaddiert wurden; in der Erwägung, dass die Fertilitätsrate Ungarns den Daten des zentralen Statistikamts zufolge trotz umfangreicher und kostspieliger bevölkerungspolitischer Programme fällt, was Bedenken hinsichtlich der Wirksamkeit und der Inklusivität der Programme aufwirft; in der Erwägung, dass die durchschnittliche Lebensdauer in Ungarn inzwischen zwar wieder höher ist als vor der COVID-19-Pandemie, mit 76,66 Jahren aber nach wie vor zu den niedrigsten in der Union gehört; in der Erwägung, dass die OECD in ihrem Bericht vom 18. November 2024 mit dem Titel „Health at a Glance: Europe“ (Gesundheit auf einen Blick: Europa) darauf hingewiesen hat, dass Ungarn nach wie vor zu den OECD-Mitgliedern gehört, die im Verhältnis zum BIP am wenigsten für die medizinische Versorgung ausgeben;

1. bekräftigt, dass sich seine Bedenken auf die folgenden Probleme in Ungarn beziehen:

   (a) die Funktionsweise des Verfassungs- und des Wahlsystems,

   (b) die Unabhängigkeit der Justiz und anderer Institutionen sowie die Rechte der Richter,

   (c) Korruption und Interessenkonflikte,

   (d) den Schutz der Privatsphäre und den Datenschutz,

   (e) die Freiheit der Meinungsäußerung einschließlich des Medienpluralismus,

   (f) die Freiheit der Lehre,

   (g) die Religionsfreiheit,

   (h) die Vereinigungsfreiheit,

   (i) das Recht auf Gleichbehandlung, einschließlich der Rechte von LGBTIQ+-Personen,

(j) die Rechte von Personen, die einer Minderheit angehören, einschließlich Roma und Juden, und den Schutz vor hetzerischen Äußerungen, die gegen diese Minderheiten gerichtet sind,

(k) die Grundrechte von Migranten, Asylsuchenden und Flüchtlingen,

(l) wirtschaftliche und soziale Rechte;

2. ist der Ansicht, dass die in seinen Entschließungen dargelegten Sachverhalte und Entwicklungen in ihrer Gesamtheit eine systemische Bedrohung aller in Artikel 2 EUV genannten Werte und die eindeutige Gefahr einer schwerwiegenden Verletzung dieser Werte darstellen; ist entsetzt über die vorsätzlichen und systematischen Bestrebungen der ungarischen Regierung, die in Artikel 2 EUV verankerten Grundwerte der Union zu untergraben, und verurteilt diese Bestrebungen, zumal die Einhaltung dieser Werte keine fakultative Entscheidung, sondern eine grundlegende Verpflichtung ist, die von jedem Mitgliedstaat beim Beitritt zur Union aus freien Stücken eingegangen wird; betont, dass sich diese Entwicklungen seit der Einleitung des Verfahrens nach Artikel 7 Absatz 1 EUV erheblich verschärft haben; hebt hervor, dass die ungarische Regierung die Verantwortung dafür trägt, dass das EU-Recht wieder eingehalten wird und die in Artikel 2 EUV verankerten Werte wieder geachtet werden, und bringt sein tiefes Bedauern darüber zum Ausdruck, dass das Fehlen entschlossener Maßnahmen der Kommission und des Rates zu einem Zerfall der Demokratie, der Rechtsstaatlichkeit und der Grundrechte in Ungarn beiträgt, sodass immer mehr relevante maßgebliche Indizes darauf hindeuten, dass das Land zu einem hybriden System der Wahlautokratie wird;

3. missbilligt, dass der Rat nicht in der Lage ist, in dem laufenden Verfahren nach Artikel 7 Absatz 1 EUV nennenswerte Fortschritte zu erzielen, wie die neun durchgeführten Anhörungen belegen, die trotz wiederholter und wachsender Bedenken weder zu konkreten Empfehlungen noch zu weiteren Schritten geführt haben; betont, dass derartige Anhörungen nicht als rein formelles Verfahren behandelt werden dürfen, sondern zu greifbaren Ergebnissen führen müssen, da andernfalls die Glaubwürdigkeit und die Wirksamkeit des Verfahrens ernsthaft beeinträchtigt würden; fordert den Rat nachdrücklich auf, dafür zu sorgen, dass während laufender Verfahren nach Artikel 7 EUV mindestens einmal pro Vorsitz eine Anhörung stattfindet und darin auch auf neue Entwicklungen eingegangen wird, die sich auf Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und Grundrechte auswirken; betont jedoch, dass diese Mindesthäufigkeit nicht als Obergrenze verstanden werden darf und dass solche Anhörungen auch nicht zu einem bloßen Abhaken auf einer Liste verkommen sollten, das es dem Ratsvorsitz ermöglicht, seinen Aufgaben nachzukommen, indem er eine einzige förmliche Sitzung abhält, ohne die Ergebnisse nennenswert nachzuverfolgen; fordert den Rat auf, nach jeder Anhörung ein ausführliches Protokoll zu veröffentlichen; betont, dass keine Einstimmigkeit im Rat erforderlich ist, um eine eindeutige Gefahr einer schwerwiegenden Verletzung der Werte der Union gemäß Artikel 7 Absatz 1 festzustellen, konkrete Empfehlungen an die betroffenen Mitgliedstaaten zu richten und Fristen für die Umsetzung dieser Empfehlungen zu setzen; fordert den Rat auf, so bald wie möglich Empfehlungen an Ungarn zu richten, damit das Land die in den Entschließungen des Parlaments genannten Probleme behebt, und die staatlichen Stellen Ungarns aufzufordern, alle Urteile und Empfehlungen zu befolgen; ist der Ansicht, dass eine gemeinsame Erklärung der Mitgliedstaaten im Anschluss an jede Anhörung so lange ein geeigneter Zwischenschritt wäre, bis eine erforderliche Mehrheit vorhanden ist, um Empfehlungen

umzusetzen oder die Gefahr festzustellen; beharrt darauf, dass das Parlament in allen Verfahren im Zusammenhang mit Artikel 7 EUV die Möglichkeit haben sollte, dem Rat seinen begründeten Vorschlag vorzulegen und an Anhörungen nach Artikel 7 EUV teilzunehmen, in jeder Phase des Verfahrens im Wege regelmäßiger Debriefings und formalisierter Austausche zwischen den Organen unverzüglich und umfassend unterrichtet werden sollte und – unter gebührender Berücksichtigung der Vertraulichkeit – zu allen relevanten Dokumenten, darunter Protokolle und Briefwechsel, uneingeschränkt Zugang erhalten sollte;

4. ist der Ansicht, dass jede weitere Verzögerung von Maßnahmen des Rates einem Verstoß gegen den Grundsatz der Rechtsstaatlichkeit durch den Rat selbst gleichkäme; fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, das Verfahren nach Artikel 7 Absatz 2 EUV einzuleiten, und fordert den Europäischen Rat auf, festzustellen, ob eine schwerwiegende und anhaltende Verletzung der Werte der Union durch Ungarn im Sinne von Artikel 7 Absatz 2 vorliegt; hebt hervor, dass der Rat im Falle einer solchen Feststellung in Erwägung ziehen kann, verhältnismäßige und abgestufte Maßnahmen zu ergreifen, um sicherzustellen, dass das Recht und die Werte der EU eingehalten werden, was gegebenenfalls die Aussetzung der sich aus der Anwendung der Verträge ergebenden Rechte einschließlich der Stimmrechte des Vertreters der Regierung im Rat umfassen kann;

5. fordert den Rat und die Kommission auf, der Bekämpfung des systematischen und vorsätzlichen Rückbaus der Rechtsstaatlichkeit und dem Zusammenwirken der verschiedenen in seinen Entschließungen festgestellten Verstöße gegen Werte mehr Aufmerksamkeit zu widmen; betont, dass die EU alle in Artikel 2 EUV niedergelegten Werte mit gleicher Entschlossenheit verteidigen sollte und dass das Versäumnis, dies zu tun, demokratische Institutionen untergräbt und letztlich die Menschenrechte und das Leben aller Menschen in Ländern, in denen diese Werte verletzt werden, beeinträchtigt; betont ferner, dass Angriffe auf die Rechtsstaatlichkeit und die Bürgerrechte in einem Mitgliedstaat unweigerlich die Rechtsstaatlichkeit in der gesamten Union schwächen, da die Mitgliedschaft auf gegenseitigem Vertrauen und gemeinsamen Verpflichtungen beruht; verweist auf die Bedeutung, die dem Grundsatz des Vorrangs des EU-Rechts zukommt, der einen Eckpfeiler der Rechtsordnung der Union und eine verbindliche Verpflichtung für alle Mitgliedstaaten darstellt, und missbilligt jeden Versuch, diesen Grundsatz auszuhebeln, unter anderem durch die Nichtbeachtung der Rechtsprechung des EuGH oder deren Infragestellung durch Anrufung des für Uniformitätsbeschwerden zuständigen Gremiums der Kúria; betont, dass Ungarn rechtlich verpflichtet ist, allen Urteilen des EuGH und des EGMR ausnahmslos nachzukommen, und dass das Versäumnis, dies zu tun, einen schweren Verstoß gegen die Rechtsstaatlichkeit darstellt;

6. verurteilt das Vorgehen, bei dem das für Uniformitätsbeschwerden zuständige Gremium der Kúria Urteile des EuGH überprüft und auslegt, bevor sie vom vorlegenden Gericht angewendet werden, wodurch die unmittelbare Wirkung des Unionsrechts verzögert oder eingeschränkt wird; betont, dass eine solche Vorgehensweise im Widerspruch zur Simmenthal-Rechtsprechung und zu Artikel 267 AEUV steht, die jedem nationalen Richter Autonomie zusichern, wenn es darum geht, den EuGH um Hinweise zu ersuchen und dessen Urteile ohne Einmischung anzuwenden; weist darauf hin, dass es den Grundsatz der loyalen Zusammenarbeit gemäß Artikel 4 Absatz 3 EUV untergräbt und die Wirksamkeit und einheitliche Anwendung des Unionsrechts beeinträchtigt, wenn EuGH-Urteile von einem zentralen nationalen Gremium nach ihrer Bindungswirkung gefiltert werden; betont, dass dieses Vorgehen die Unabhängigkeit

der Justiz erheblich beeinträchtigt und eine abschreckende Wirkung auf Richter hat und dass es demnach als systemische Bedrohung der in Artikel 2 EUV niedergelegten Werte betrachtet werden muss;

7. bekräftigt seine Forderung an die Kommission, die zur Verfügung stehenden einschlägigen Instrumente – insbesondere auf Artikel 2 EUV gestützte Vertragsverletzungsverfahren, beschleunigte Vertragsverletzungsverfahren, Anträge auf einstweilige Maßnahmen beim EuGH und Klagen wegen Nichtbefolgung von EuGH-Urteilen – in vollem Umfang zu nutzen, um der eindeutigen Gefahr einer schwerwiegenden Verletzung der Werte, auf die sich die EU gründet, durch Ungarn zu begegnen; weist in diesem Zusammenhang auf die unlängst in der Rechtssache C-769/22 gestellten Schlussanträge von Generalanwalt Ćapeta hin, in denen bestätigt wird, dass Artikel 2 EUV als eigenständige Rechtsgrundlage für ein Vertragsverletzungsverfahren dienen kann, wenn der ursprüngliche Grund eines Verstoßes gegen EU-Recht in der Negierung eines Werts liegt; betont, dass das bevorstehende Urteil in dieser Rechtssache eine neue Gelegenheit bieten kann, die die Kommission ergreifen muss, um Vertragsverletzungsverfahren auf systematischere und zuverlässigere Weise einzuleiten;

8. weist darauf hin, dass das Funktionieren der Union auf der repräsentativen Demokratie beruht und dass die Mitgliedstaaten im Europäischen Rat durch ihre Staats- oder Regierungschefs und im Rat durch ihre Regierungen vertreten sind, die ihrerseits entweder gegenüber ihren nationalen Parlamenten oder gegenüber ihren Bürgerinnen und Bürgern demokratisch rechenschaftspflichtig sind; betont, dass die Demokratie von freien und fairen Wahlen, dem Recht auf freie Meinungsäußerung und friedliche Versammlung, der Meinungsfreiheit, freien und unabhängigen Medien und Garantien für die Zivilgesellschaft abhängt; fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, in Zusammenarbeit mit der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa sicherzustellen, dass die Wahlen in Ungarn im Jahr 2026 frei und fair sind, ordnungsgemäß beobachtet werden und in vollem Umfang dem Grundsatz der Demokratie entsprechen, wobei zu berücksichtigen ist, dass Ungarn der einzige Mitgliedstaat ist, der sowohl einem Verfahren nach Artikel 7 Absatz 1 EUV als auch einem umfassenden Überwachungsverfahren der Parlamentarischen Versammlung des Europarats unterliegt; fordert die Kommission auf, bei ihren Tätigkeiten zur Überwachung und Berichterstattung besonderes Augenmerk auf den Zusammenhang zwischen Korruption und der Integrität von Wahlen zu richten, und zwar unter anderem auf Praktiken, bei denen die freie Wahl durch wirtschaftliche Abhängigkeit oder klientelistische Netzwerke beeinträchtigt wird; betont, dass derartige Risiken in Ungarn bewertet und angegangen werden müssen und dass auf EU-Ebene Überlegungen darüber angestellt werden müssen, wie Vorkehrungen zum Schutz vor Vorgehensweisen mit ähnlichem Muster in den Mitgliedstaaten gestärkt werden können;

9. weist auf die Bedeutung der Konditionalitätsverordnung für die Rechtsstaatlichkeit hin und begrüßt den Beschluss C(2023)8999 der Kommission vom 13. Dezember 2023[34], in

[34] Beschluss der Kommission vom 13. Dezember 2023 über die auf Initiative der Kommission durchgeführte Neubewertung der Erfüllung der Bedingungen des Artikels 4 der Verordnung (EU, Euratom) 2020/2092 im Anschluss an den Durchführungsbeschluss (EU) 2022/2506 des Rates vom 15. Dezember 2022 in Bezug auf Ungarn, C(2023)8999.

dem bestätigt wird, dass das Risiko für den Unionshaushalt seit Dezember 2022 unverändert geblieben ist, weshalb die gemäß der Verordnung verabschiedeten Maßnahmen in Bezug auf das Korruptionsrisiko verlängert werden; fordert die Kommission auf, unverzüglich Maßnahmen gemäß der Verordnung in Bezug auf andere Verstöße gegen die Rechtsstaatlichkeit zu ergreifen, beispielsweise im Zusammenhang mit der Justiz, und dabei der sich verschlechternden Lage im Bereich der Korruptionsbekämpfung Rechnung zu tragen, beispielsweise den anhaltenden Hindernissen für die Integritätsbehörde, durch die ihre effektive und unabhängige Arbeit behindert wird, darunter Einschränkungen ihres Mandats, ihrer Ressourcen und ihrer Fähigkeit zur Weiterverfolgung von Fällen; fordert die Kommission ferner auf, angesichts der weiteren Verschlechterung der Lage zusätzliche verhältnismäßige Maßnahmen vorzuschlagen, die sich auf Teile oder, wenn dies hinreichend gerechtfertigt ist, auf die Gesamtheit der für Ungarn bereitgestellten Mittel für Zahlungen und Verpflichtungen auswirken und auf die Art, Schwere und Dauer der festgestellten Verstöße abgestimmt sind, wobei gleichzeitig Vorkehrungen zum Schutz der Endbegünstigten vorzusehen sind;

10. betont, dass aus der kürzlich veröffentlichten Eurobarometer-Umfrage vom Frühjahr 2025 hervorgeht, dass die Öffentlichkeit mit überwältigender Mehrheit (85 % der EU-Bürgerinnen und Bürger und 82 % der Bürgerinnen und Bürger Ungarns) dafür ist, die Bereitstellung von EU-Mitteln von der Einhaltung der Rechtsstaatlichkeit und demokratischer Grundsätze abhängig zu machen; betont, dass das Parlament als unmittelbare Vertretung der EU-Bürgerinnen und -Bürger diese klare Forderung berücksichtigen und sich entschieden für Konditionalitäten als unverzichtbares Instrument zum Schutz des Unionshaushalts und zur Wahrung der in Artikel 2 EUV niedergelegten Werte einsetzen sollte;

11. bekräftigt seine ernsthafte Besorgnis über den Beschluss C(2023)9014 der Kommission[35], dem zufolge in Bezug auf die Unabhängigkeit der Justiz die horizontale grundlegende Voraussetzung „Einhaltung der Charta“ erfüllt sei; betont darüber hinaus, dass die Freigabe von Mitteln der Kohäsionspolitik auf der Grundlage der Unabhängigkeit der Justiz gerade dann paradox ist, wenn die Unabhängigkeit der Justiz weiterhin fraglich ist; verweist auf seine beim EuGH eingereichte Klage auf Überprüfung der Rechtmäßigkeit des Beschlusses C(2023)9014 der Kommission (Rechtssache C-225/24); fordert die Kommission auf, die Mittel einzufrieren, bis alle einschlägigen Rechtsvorschriften vollständig umgesetzt sind, die angenommenen Maßnahmen sich in der Praxis als wirksam erwiesen haben und die ungarischen Behörden alle einschlägigen Urteile des EuGH und des EGMR umgesetzt haben; stellt mit großer Besorgnis fest, dass laut einem am 19. September 2024 vom European Implementation Network und der Organisation Democracy Reporting International vorgelegten Bericht mit dem Titel „Justice Delayed and Justice Denied: Non-Implementation of European Courts’ Judgments and the Rule of Law“ (Aufgeschobene Gerechtigkeit bedeutet verweigerte Gerechtigkeit: Nichtumsetzung von Entscheidungen europäischer Gerichte sowie Rechtsstaatlichkeit) Ungarn unter den Mitgliedstaaten des

[35] Durchführungsbeschluss der Kommission vom 13. Dezember 2023 über die Genehmigung und Unterzeichnung der Bewertung der Kommission gemäß Art. 15 Abs. 4 der Verordnung (EU) 2021/1060 zur Erfüllung der zielübergreifenden grundlegenden Voraussetzung „3. Wirksame Anwendung und Umsetzung der Charta der Grundrechte“ in Bezug auf die Mängel bei der Unabhängigkeit der Justiz in Ungarn (C(2023)9014).

Europarats nach wie vor am schlechtesten abschneidet, da 76 % der in den letzten zehn Jahren ergangenen Leiturteile des EGMR noch nicht umgesetzt wurden, was auf einen systematischen Verstoß gegen die Rechtsstaatlichkeit hindeutet;

12. besteht darauf, dass die für die Freigabe von EU-Mitteln erforderlichen Maßnahmen, wie sie in den einschlägigen Beschlüssen im Rahmen der Dachverordnung, der Verordnung über die Aufbau- und Resilienzfazilität und der Konditionalitätsverordnung festgelegt wurden, auf kohärente Weise und als Gesamtpaket bewertet werden müssen und dass keine Zahlungen geleistet werden sollten, solange in einem oder mehreren Bereichen Mängel fortbestehen, selbst wenn in anderen Bereichen Fortschritte erzielt werden; stellt fest, dass die Kommission bereit sein sollte, rasch die erforderlichen Schritte zu unternehmen, sobald die Behörden Abhilfemaßnahmen vollständig und unwiderruflich beschlossen und ordnungsgemäß umgesetzt haben; fordert die Kommission auf, dafür zu sorgen, dass solche Bewertungen stets streng unparteiisch und frei von politischen Erwägungen, politischem Geschachere oder Günstlingswirtschaft bleiben, da solche Praktiken ansonsten sowohl die Wirksamkeit als auch die Legitimität der betreffenden Instrumente untergraben würden; fordert eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen der Kommission, dem Parlament und dem Europäischen Rechnungshof, um eine effiziente, transparente und gerechte Verwendung der EU-Mittel sicherzustellen, und zwar insbesondere in Mitgliedstaaten, in denen ernsthafte Bedenken hinsichtlich Korruption, Missbrauch öffentlicher Mittel oder intransparenter Praktiken bei der Vergabe öffentlicher Aufträge bestehen;

13. weist darauf hin, dass im Falle von haushaltspolitischen Maßnahmen die Endbegünstigten von EU-Mitteln, bei denen es sich nicht um staatliche Einrichtungen handelt, nicht unter den negativen Folgen von Problemen leiden sollten, die von den nationalen Behörden verursacht wurden; fordert die Kommission erneut auf, dafür zu sorgen, dass die betreffenden Mittel den Endempfängern oder Begünstigten von EU-Mitteln weiterhin zur Verfügung gestellt werden, wie es in der Konditionalitätsverordnung vorgesehen ist; fordert die Kommission auf, Wege zu finden, wie EU-Mittel über lokale Gebietskörperschaften und nichtstaatliche Organisationen verteilt werden können, wenn die jeweilige Regierung in Bezug auf die Mängel nicht kooperiert; weist darauf hin, dass eine mögliche Lösung darin besteht, im Falle von Mittelbindungen, die auf der Grundlage einer Konditionalitätsregelung aufgehoben werden, die frei gewordenen Mittel für die Verwendung im Rahmen anderer Instrumente oder Programme der EU zur Verfügung zu stellen, die in direkter oder indirekter Mittelverwaltung durchgeführt werden, und zwar insbesondere solche, die zur Unterstützung der Demokratie und der Zivilgesellschaft in Europa, der Werte der EU oder der Korruptionsbekämpfung beitragen; fordert die Kommission auf, die unabhängige Zivilgesellschaft in Ungarn zu unterstützen, die sich für die Wahrung der in Artikel 2 EUV niedergelegten Werte einsetzt, insbesondere über das Programm „Bürgerinnen und Bürger, Gleichstellung, Rechte und Werte“; besteht darauf, dass die EU Organisationen der Zivilgesellschaft und Initiativen zur Förderung der Grundrechte, der Demokratie und des Pluralismus, darunter auch Veranstalter friedlicher Versammlungen wie Pride-Paraden, weiterhin direkt und gezielt finanziell unterstützt, insbesondere wenn solche Aktivitäten von staatlichen Stellen behindert oder kriminalisiert werden;

14. spricht sich gegen die Möglichkeit aus, ein Programm zu ändern oder Mittel zu übertragen, die Maßnahmen gemäß der Konditionalitätsverordnung unterliegen oder im Hinblick auf die in der Dachverordnung vorgesehenen grundlegenden Voraussetzungen

negativ bewertet wurden; ist besorgt darüber, dass dieses Schlupfloch bei der Halbzeitüberprüfung der Kohäsionspolitik nicht angemessen angegangen wurde; fordert die Kommission auf, dafür zu sorgen, dass ihre Erklärung zur Annahme der Verordnung im Rahmen der Halbzeitüberprüfung als Orientierung für künftige Entscheidungen über die Umverteilung von Mitteln dient, um die Rechtssicherheit zu stärken, Kohäsionsziele zu wahren und eine Umgehung der Konditionalität zu verhindern; fordert die Kommission und das Parlament auf, wachsam zu bleiben, was die Neuprogrammierung von Mitteln betrifft, die zuvor auf der Grundlage der Konditionalitätsverordnung und der Dachverordnung eingefroren wurden;

15. bedauert zutiefst, dass der Änderungs- und Übertragungsmechanismus von den ungarischen staatlichen Stellen genutzt wurde, um Verpflichtungen in Bezug auf die Einhaltung der Vorgaben zu umgehen und sich ohne überprüfbare Reformen erneut Zugang zu EU-Mitteln zu verschaffen; nimmt mit Sorge zur Kenntnis, dass die Billigung dieser Vorgehensweise durch die Kommission Berichten zufolge mit der Sicherung der Zustimmung zur Annahme zusätzlicher restriktiver Maßnahmen gegen Russland in Verbindung stehen könnte; stellt jedoch fest, dass laut Angaben der Kommission die neu zugewiesenen Mittel erst ausgezahlt werden, wenn die Abhilfemaßnahmen umgesetzt worden sind; weist jedoch darauf hin, dass der Betrag der zurückgehaltenen Mittel real zurückgegangen ist, was auf die Durchführung einer De-minimis-Umschichtung, die keiner Genehmigung durch die Kommission bedurfte, sowie auf Vorfinanzierungsregeln zurückzuführen ist; bringt seine Besorgnis über weitere mögliche Umschichtungen sowie über die Bereitstellung neuer Finanzierungsinstrumente ohne geeignete Sicherungsvorkehrungen zum Ausdruck;

16. weist darauf hin, dass eine solche transaktionale Nutzung von Haushaltsinstrumenten der Union die Kohärenz der Rechtsordnung der Union untergräbt, die Glaubwürdigkeit des Verfahrens nach Artikel 7 EUV schwächt und einen Mitgliedstaat belohnt, der weiterhin systematisch gegen die in Artikel 2 EUV niedergelegten Werte verstößt; betont, dass die Freigabe von Mitteln ohne überprüfbare und beständige Einhaltung der Anforderungen hinsichtlich der Rechtsstaatlichkeit einen Präzedenzfall für politisches Geschachere um Grundwerte schafft, wodurch der Konditionalitätsrahmen der Union und ihre Fähigkeit zu konsequentem Handeln bei der Verteidigung von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Grundrechten Schaden nimmt; besteht darauf, dass die Konditionalitätsmechanismen konsequent durchgesetzt werden müssen und dass keine Mittel vorzeitig oder im Austausch für politische Kompromisse ausgezahlt werden dürfen;

17. begrüßt die Vorschläge hinsichtlich der Charta und der horizontalen Voraussetzungen im Zusammenhang mit der Rechtsstaatlichkeit, wie sie im Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Einrichtung des Europäischen Fonds für wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalt, Landwirtschaft und den ländlichen Raum, Fischerei und Meere, Wohlstand und Sicherheit für den Zeitraum 2028-2034[36] niedergelegt sind; ist der Ansicht, dass ein

[36] Vorschlag vom 16. Juli 2025 für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Einrichtung des Europäischen Fonds für wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalt, Landwirtschaft und den ländlichen Raum, Fischerei und Meere, Wohlstand und Sicherheit für den Zeitraum 2028-2034 sowie zur Änderung der Verordnung (EU) 2023/955 und der Verordnung (EU, Euratom) 2024/2509 (COM(2025)0565).

www.parlament.gv.at

solcher Ansatz in Bezug auf die Konditionalität die festgestellten Probleme hinsichtlich der Möglichkeit, die ausgesetzten Beträge zu beeinflussen, und hinsichtlich des Schutzes der Endempfänger oder Begünstigten lösen könnte, da der Vorschlag vorsieht, dass die Mittel wieder für eine Verwendung im Rahmen der direkten oder indirekten Mittelverwaltung zur Verfügung gestellt werden, und zwar insbesondere für die Instrumente und Programme, die zur Unterstützung der Demokratie, der Zivilgesellschaft, der Werte der Union oder der Korruptionsbekämpfung in Europa beitragen; fordert, dass Mittel, die aufgrund von Verstößen gegen die in Artikel 2 EUV niedergelegten Werte ausgesetzt oder eingefroren wurden, von dem betreffenden Mitgliedstaat als verfallen betrachtet werden müssen und diesem Staat nicht neu zugewiesen werden dürfen, empfiehlt jedoch, dass die wieder frei gewordenen Mittel zumindest teilweise zugunsten nichtstaatlicher Akteure in dem Mitgliedstaat umgeschichtet werden sollten, in dem die Verstöße stattgefunden haben; ist jedoch der Ansicht, dass sich die horizontalen Voraussetzungen auf alle in Artikel 2 EUV niedergelegten Werte beziehen sollten und dabei dasselbe Beschlussfassungsverfahren zur Anwendung kommen sollte, das jeweils in einen Beschluss der Kommission mündet;

18. stellt mit Besorgnis fest, dass die ungarischen Staatsorgane wiederholt von ihrem Vetorecht im Rat in Bezug auf strategisch wichtige und sensible sicherheitsbezogene Beschlüsse, wie etwa über wesentliche Hilfe für die Ukraine und Sanktionen gegen Russland, Gebrauch gemacht haben; bedauert, dass das Veto als Druckmittel eingesetzt wurde, um Zugeständnisse im Bereich der Rechtsstaatlichkeit zu erzielen, wodurch die Geschlossenheit der Union bei der Verteidigung ihrer grundlegenden Interessen beeinträchtigt und verhindert wird, dass die mangelnde Achtung der Werte der EU Folgen hat; betont, dass solche Praktiken dem Grundsatz der Solidarität und loyalen Zusammenarbeit zuwiderlaufen und damit auch die strategische Glaubwürdigkeit der EU als globaler Akteur geschwächt wird; ist besorgt über die freundliche und unterstützende Haltung der ungarischen Regierung gegenüber Russland trotz des Angriffskriegs, auch im Hinblick auf die Vertiefung seiner Energieabhängigkeit und die Vornahme unilateraler Schritte wie Besuche in Moskau;

19. nimmt zur Kenntnis, dass die Kommission Vorwürfen nachgeht, wonach die ungarische Regierung Spionage innerhalb der EU-Organe betreibe; erwartet, dass die Kommission so bald wie möglich über die Ergebnisse ihrer Untersuchung Bericht erstattet; ist der Ansicht, dass im Rahmen der Untersuchung geklärt werden sollte, ob andere EU-Organe ins Visier genommen wurden, welche Informationen von den ungarischen Behörden möglicherweise beschafft und an andere Länder weitergeleitet wurden, ob die Dienststellen der Kommission den Meldungen ihrer Bediensteten ordnungsgemäß nachgegangen sind, insbesondere in Bezug auf den Informationsaustausch mit anderen EU-Organen, und ob und wann die Spionageoperationen vollständig eingestellt wurden; betont, dass sich die Untersuchung mit der Rolle des derzeitigen Kommissionsmitglieds Várhelyi, des ehemaligen Leiters der Ständigen Vertretung Ungarns, befassen und konkrete Folgen für die Beteiligten haben sollte; ist bereit, zusätzliche Schritte zu unternehmen, um eine ordnungsgemäße Untersuchung aller relevanten Aspekte sicherzustellen;

20. verurteilt die systematische Schwächung des Landesrichterrats, einschließlich der wiederholten Umgehung seiner obligatorischen Konsultation bei Justizreformen und des daraus resultierenden Rücktritts seiner Mitglieder aus Protest; betont, dass die Aushöhlung der Rolle des Landesrichterrats als Selbstverwaltungsorgan der Justiz der

www.parlament.gv.at

Unabhängigkeit der Justiz und der Einhaltung von Artikel 19 Absatz 1 EUV zuwiderläuft; fordert die ungarischen Staatsorgane auf, die verfassungsmäßigen Funktionen des Landesrichterrats vollständig wiederherzustellen und bei allen Justizreformen für eine echte Konsultation des Gremiums zu sorgen;

21. ist besorgt über die mangelnde Transparenz bei der Zuweisung von Fällen, obwohl formal eine automatische Zuweisung vorgesehen ist; bedauert die Risiken der politischen oder hierarchischen Manipulation bei der Zuweisung von Fällen, wodurch die Unparteilichkeit der Justiz und das Vertrauen der Öffentlichkeit in das Justizsystem beeinträchtigt werden können; fordert die Kommission auf, die Funktionsweise der Fallzuweisung in Ungarn genau zu überwachen und im Rahmen aller anwendbaren Instrumente geeignete Maßnahmen zu ergreifen, wenn systemische Mängel festgestellt werden;

22. betont, dass die staatlichen Stellen Ungarns den gleichberechtigten Zugang zu EU-Mitteln für Einzelpersonen, Unternehmen, die Zivilgesellschaft, nichtstaatliche Organisationen sowie lokale und regionale Gebietskörperschaften gewährleisten, den Grundsatz der Partnerschaft bei der Verwaltung der Mittel der Europäischen Union uneingeschränkt achten und eine unabhängige gerichtliche Aufsicht und unparteiische und wirksame Beschwerdemechanismen sicherstellen müssen; verurteilt die gemeldeten systematischen diskriminierenden Praktiken gegen Hochschulen, Journalisten, lokale Gebietskörperschaften, politische Parteien und die Zivilgesellschaft sowie gegen Unternehmen in bestimmten Branchen; verurteilt Verleumdungskampagnen, Überwachung und Einschüchterungen im Internet und im realen Leben, mit denen Angst geschürt wird;

23. weist mit Besorgnis darauf hin, dass im Vorfeld der Wahl 2026 in Ungarn nicht gekennzeichnete KI-generierte politische Inhalte immer stärkere Verbreitung finden, insbesondere die vorsätzliche Veröffentlichung von Deepfake-Videos auf Social-Media-Kanälen, die eng mit der Partei und dem Wahlkampf des Ministerpräsidenten verbunden sind, und ihre koordinierte Verstärkung durch angegliederte Konten, um eine möglichst große Reichweite und öffentliche Wirkung zu erzielen; stellt fest, dass ein Teil dieser Inhalte nicht eindeutig als KI-generiert und KI-manipuliert gekennzeichnet wurde, was Fragen hinsichtlich der im Gesetz über digitale Dienste[37] festgelegten Transparenz- und Risikominderungsverpflichtungen sowie der Datenschutzgarantien gemäß der DSGVO aufwirft und eine genauere Bewertung im Hinblick auf die in der künftigen Verordnung über künstliche Intelligenz vorgesehenen Transparenzanforderungen erforderlich macht; betont, dass der vorsätzliche Einsatz von KI-generierten Inhalten zwecks Wählertäuschung, Diskreditierung des politischen Gegners und Beeinträchtigung der Integrität von Wahlprozessen unter Umständen gegen nationale Wahlstandards verstößt und eine erhebliche Bedrohung für den fairen Ablauf demokratischer Wahlen und die Glaubwürdigkeit demokratischer Institutionen insgesamt darstellt;

24. ist besorgt darüber, dass die ungarische Regierung die wirtschaftlichen und sozialen Rechte von Millionen ungarischer Bürger unter anderem in den Bereichen öffentliche

---

37 Verordnung (EU) 2022/2065 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. Oktober 2022 über einen Binnenmarkt für digitale Dienste und zur Änderung der Richtlinie 2000/31/EG (ABl. L 277 vom 27.10.2022, S. 1, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2022/2065/oj).

Gesundheit, öffentliche Verkehrsmittel, Bildung, Wohnraum und Energie, insbesondere in ländlichen Gebieten und kleineren Städten, mit Füßen tritt, was sich in steigenden Armutsindikatoren und diskriminierenden bevölkerungspolitischen Maßnahmen zeigt; betont, dass die anhaltenden Mängel beim Schutz der wirtschaftlichen und sozialen Rechte als integraler Bestandteil der systematischen Bedrohung der in Artikel 2 EUV niedergelegten Werte, und ebenso der bürgerlichen und politischen Rechte, betrachtet werden müssen; bedauert, dass die bevölkerungspolitischen Programme der Regierung, bei denen die Rechte und Perspektiven von Frauen weitgehend außer Acht gelassen werden, nicht die gewünschten Ergebnisse erbracht und zu einer ineffizienten Verwendung öffentlicher Mittel geführt haben; ist besorgt darüber, dass die übermäßige Zentralisierung des Bildungssystems zu einem konstanten Rückgang der Lernergebnisse beigetragen hat, wie aus internationalen Bewertungen hervorgeht, und betont, dass die Autonomie der Schulen und die Mitwirkungsmöglichkeit der Lehrkräfte wiederhergestellt werden müssen; nimmt mit Besorgnis die chronische Unterfinanzierung des ungarischen Gesundheitssystems zur Kenntnis, die den gleichberechtigten Zugang zu medizinischen Diensten beeinträchtigt und zu anhaltend niedrigen Indikatoren hinsichtlich der Lebenserwartung beiträgt; fordert die ungarischen Staatsorgane auf, die wirtschafts-, sozial- und bevölkerungspolitischen Maßnahmen mit den Werten der EU und mit evidenzbasierten bewährten Verfahren in Einklang zu bringen und dafür zu sorgen, dass die EU-Mittel auf transparente und wirksame Weise eingesetzt werden, um den Lebensstandard aller Bürgerinnen und Bürger zu verbessern;

25. bedauert, dass die ungarischen Staatsorgane trotz des Urteils des EuGH[38], in dem festgestellt wurde, dass die einschlägigen Rechtsvorschriften gegen EU-Recht verstoßen, keine Schritte unternommen haben, um es den betroffenen Hochschuleinrichtungen wie der Central European University zu ermöglichen, erneut ungehindert den Lehrbetrieb in Ungarn wieder aufzunehmen, und dass die Kommission ein daraufhin eingeleitetes erneutes Vertragsverletzungsverfahren eingestellt hat; fordert die Kommission auf, alle erforderlichen rechtlichen und finanziellen Maßnahmen zu ergreifen, um Bildungseinrichtungen, Studenten und akademisches Personal vor politischer Einflussnahme zu schützen;

26. bringt seine tiefe Besorgnis darüber zum Ausdruck, dass politisch motivierte Geschäftspraktiken üblich sind, die Wettbewerbern einen unfairen Vorteil verschaffen, dass Vergabeverfahren intransparent und manipuliert sind, dass sich Staatsunternehmen oder Wirtschaftsakteure mit engen politischen Verbindungen zum Ministerpräsidenten an Übernahmeangeboten beteiligen und dass EU-Gelder zur Bereicherung politischer Verbündeter der Regierung verwendet werden, was im Widerspruch zum EU-Wettbewerbs- und Vergaberecht steht; betont, dass die Rechtsstaatlichkeit für einen funktionierenden Binnenmarkt in der EU von entscheidender Bedeutung ist; stellt fest, dass die Kommission bereits mehrere Vertragsverletzungsverfahren in diesem Bereich eingeleitet hat und dass der Gerichtshof diskriminierende Preisvorschriften für rechtswidrig erklärt hat; fordert die Kommission nachdrücklich auf, entschiedene und rasche Maßnahmen gegen solche Verstöße gegen die Regeln des Binnenmarkts zu ergreifen; betont, dass Rechtsstaatlichkeit und Gleichbehandlung von Unternehmen für einen reibungslos funktionierenden Binnenmarkt und für weiteres Vertrauen der Investoren in die EU unerlässlich sind;

---

38 Urteil des Gerichtshofs vom 6. Oktober 2020, Europäische Kommission gegen Ungarn, Rechtssache C-66/18, ECLI:EU:C:2020:792.

27. betont, dass wiederholten Berichten zufolge staatliche Werbeaufträge der ungarischen Regierung bewusst und systematisch an regierungsfreundliche Medien vergeben werden, was Fragen nach einer möglichen Strategie aufkommen lässt, unabhängigen und kritischen Medien Ressourcen vorzuenthalten, wodurch der Medienpluralismus und die freie Meinungsäußerung untergraben werden; fordert die Kommission auf, zu prüfen, ob solche Praktiken eine Form rechtswidriger staatlicher Beihilfen darstellen könnten, die den Binnenmarkt verzerren, und unverzüglich Durchsetzungsmaßnahmen zu ergreifen;

28. verurteilt das de facto verfassungsmäßige Verbot von Pride-Paraden, das zu einem ausdrücklichen gesetzlichen Verbot ihrer Veranstaltung geführt hat, sowie die Streichung der Geschlechtsidentität aus der Liste der geschützten Merkmale und die diskriminierenden familienrechtlichen Bestimmungen; weist darauf hin, dass diese Maßnahmen im Widerspruch zur Versammlungsfreiheit und zum Grundsatz der Gleichheit stehen; fordert die Kommission auf, alle verfügbaren rechtlichen Instrumente, gegebenenfalls auch Vertragsverletzungsverfahren, zu prüfen und gleichzeitig das bevorstehende Urteil des EuGH in der Rechtssache C-769/22 über die mögliche Heranziehung von Artikel 2 EUV als eigenständige Grundlage für ein Vertragsverletzungsverfahren zu berücksichtigen; weist darauf hin, dass insbesondere angesichts der Einleitung strafrechtlicher Ermittlungen gegen den Veranstalter der Pride-Parade in Pécs eine rasche Reaktion erforderlich ist;

29. verurteilt, dass das ungarische Asyl- und Migrationssystem trotz der Urteile des EuGH, in denen festgestellt wurde, dass die einschlägigen Rechtsvorschriften gegen das EU-Asylrecht verstoßen, nach wie vor gravierende Mängel und Unzulänglichkeiten aufweist, wie etwa einen fehlenden Zugang zu Asylverfahren; betont, dass eine solche anhaltende Nichteinhaltung den Grundsätzen des gegenseitigen Vertrauens, der Solidarität und der gerechten Aufteilung der Verantwortlichkeiten zuwiderläuft; fordert die ungarischen Staatsorgane auf, im Geiste der loyalen Zusammenarbeit, wie sie in den Verträgen verankert ist, uneingeschränkt mit anderen Mitgliedstaaten und den EU-Organen zusammenzuarbeiten;

30. fordert die Kommission und den Rat erneut auf, unverzüglich Verhandlungen mit dem Parlament über einen EU-Mechanismus für Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und die Grundrechte in Form einer interinstitutionellen Vereinbarung aufzunehmen, einschließlich eines ständigen Politikzyklus der EU-Organe; betont, dass das der EU zur Verfügung stehende Instrumentarium zwar erheblich erweitert wurde, seine Wirksamkeit jedoch von einer kohärenten und einheitlichen Anwendung in allen Organen abhängt; betont, dass in der Zwischenzeit ein Europäisches Semester für Rechtsstaatlichkeit eingerichtet werden muss, das eine klare Struktur mit festen Etappenzielen und aktiven Beiträgen aller EU-Organe umfasst; betont, dass ein solches Semester, auch wenn es zunächst auf die Rechtsstaatlichkeit abzielt, so gestaltet werden sollte, dass es schrittweise auf alle in Artikel 2 EUV niedergelegten Werte ausgeweitet werden kann, wodurch ein umfassender und kohärenter Ansatz für den Schutz der Werte der Union sichergestellt wird; betont, dass dieser jährliche Zyklus auf soliden und objektiven Indikatoren beruhen und deutlich machen muss, dass Verstöße gegen die Rechtsstaatlichkeit niemals geringfügig sind, und dass alle diesbezüglichen Feststellungen – analog zu dem im Bereich der öffentlichen Finanzen angewandten Mechanismus des Europäischen Semesters – zu tatsächlichen Folgen führen sollten;

31. fordert den Rat auf, klare und aktualisierte Leitlinien für die Auslegung und

Anwendung von Artikel 7 EUV zu verabschieden, und sich dabei auf eine überarbeitete Fassung der am 18. Juli 2019 vom Rat verabschiedeten Standardmodalitäten für Anhörungen nach Artikel 7 Absatz 1 EUV zu stützen; ist insbesondere der Ansicht, dass der Rat eine angemessene Rolle für das Parlament sicherstellen und klarstellen sollte, innerhalb welcher Frist der betreffende Mitgliedstaat angehört werden muss, welchen rechtlichen Charakter und welche Wirkung die an diesen Mitgliedstaat gerichteten Empfehlungen haben, innerhalb welcher Frist ein Beschluss über das Vorliegen oder Nichtvorliegen einer eindeutigen Gefahr einer schwerwiegenden Vertragsverletzung zu fassen ist, welchen rechtlichen Charakter und welche Wirkung die Verpflichtung hat, regelmäßig zu überprüfen, ob die Gründe, die zu der Feststellung geführt haben, fortbestehen, und in welchem Zusammenhang dies mit der Einleitung des in Artikel 7 Absatz 2 EUV vorgesehenen Verfahrens steht, wenn diese Gründe fortbestehen; betont, dass gemäß der derzeitigen Regelung ein Verfahren eingeleitet werden kann, das keine Auswirkungen auf die nachfolgenden Schritte hat, wie es am Fall Ungarns deutlich wird; betont, dass durch das Fehlen klarer Fristen, Verfahrenssicherheit und automatischer Sequenzierung die Präventions- und Sanktionsfunktion von Artikel 7 EUV geschwächt werden und daher seine Glaubwürdigkeit und Wirksamkeit als Instrument zum Schutz der in Artikel 2 EUV niedergelegten Werte untergraben wird;

32. weist darauf hin, dass der Rat gemäß Artikel 7 Absatz 2 EUV beschließen kann, bestimmte Rechte auszusetzen, die sich aus der Anwendung der Verträge auf den betreffenden Mitgliedstaat ergeben, einschließlich, aber nicht beschränkt auf die Stimmrechte seines Vertreters im Rat; betont, dass diese Bestimmung die Möglichkeit offen lässt, andere Rechte auszusetzen, und fordert den Rat auf, den potenziellen Anwendungsbereich solcher Maßnahmen zu klären, die beispielsweise Beschränkungen der Beteiligung an der Verstärkten Zusammenarbeit, Beschränkungen des Zugangs zu bestimmten Vorteilen des Binnenmarkts oder Beschränkungen der Anwendung des Grundsatzes des gegenseitigen Vertrauens, etwa im Bereich der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts, umfassen könnten;

°

° °

33. beauftragt seine Präsidentin, diese Entschließung dem Rat und der Kommission, den Regierungen und Parlamenten der Mitgliedstaaten sowie dem Europarat, der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa und den Vereinten Nationen zu übermitteln.

ANGENOMMENE TEXTE

P10_TA(2025)0284

Schnellere Registrierung und Einführung von biologischen Bekämpfungsmitteln

Entschließung des Europäischen Parlaments vom 25. November 2025 zu der schnelleren Registrierung und Einführung von biologischen Bekämpfungsmitteln (2025/2086(INI))

Das Europäische Parlament,

– gestützt auf die Artikel 114 und 191 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union,

– unter Hinweis auf die Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 21. Oktober 2009 über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Aufhebung der Richtlinien 79/117/EWG und 91/414/EWG des Rates[1],

– unter Hinweis auf den Vorschlag der Kommission vom 22. Juni 2022 für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über die nachhaltige Verwendung von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung der Verordnung (EU) 2021/2115 (COM(2022)0305),

– unter Hinweis auf seinen Entwurf einer Entschließung zur Festlegung einer rechtlichen Definition und Kategorisierung biologischer Bekämpfungsmittel für eine nachhaltige Verwendung von Pflanzenschutzmitteln,

– unter Hinweis auf die Mitteilung der Kommission vom 20. Mai 2020 mit dem Titel „Vom Hof auf den Tisch – für ein faires, gesundes und umweltfreundliches Lebensmittelsystem“ (COM(2020)0381) und die Mitteilung der Kommission vom 20. Mai 2020 mit dem Titel „EU-Biodiversitätsstrategie für 2030 – Mehr Raum für die Natur in unserem Leben“ (COM(2020)0380),

– unter Hinweis auf die gemeinsamen Beratungen des Ausschusses für Umwelt, Klima und Lebensmittelsicherheit und des Ausschusses für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung gemäß Artikel 59 der Geschäftsordnung,

– unter Hinweis auf die Antwort der Kommission auf den Beschluss (EU) 2022/2572 des Rates vom 19. Dezember 2022 mit dem Ersuchen an die Kommission, eine Studie zur Ergänzung der Folgenabschätzung des Vorschlags für eine Verordnung des

[1] ABl. L 309 vom 24.11.2009, S. 1, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2009/1107/oj.

Europäischen Parlaments und des Rates über die nachhaltige Verwendung von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung der Verordnung (EU) 2021/2115 des Europäischen Parlaments und des Rates vorzulegen, und gegebenenfalls im Hinblick auf die Ergebnisse der Studie Folgemaßnahmen vorzuschlagen[2],

– unter Hinweis auf die Mitteilung der Kommission vom 19. Februar 2025 mit dem Titel „Eine Vision für Landwirtschaft und Ernährung – Gemeinsam einen attraktiven EU-Agrar- und Lebensmittelsektor für künftige Generationen gestalten“ (COM(2025)0075),

– unter Hinweis auf die Richtlinie 2009/128/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 21. Oktober 2009 über einen Aktionsrahmen der Gemeinschaft für die nachhaltige Verwendung von Pestiziden[3],

– unter Hinweis auf seine Entschließung vom 23. November 2023 zur Überarbeitung der EU-Initiative für Bestäuber – Ein neuer Deal für Bestäuber[4],

– unter Hinweis auf den am 19. Dezember 2022 von der VN-Konferenz der Vertragsparteien des Übereinkommens über die biologische Vielfalt angenommenen Beschluss 15/4 mit dem Titel „Globaler Biodiversitätsrahmen von Kunming-Montreal“,

– unter Hinweis auf die Mitteilung der Kommission vom 12. Mai 2021 mit dem Titel „Auf dem Weg zu einem gesunden Planeten für alle – EU-Aktionsplan: Schadstofffreiheit von Luft, Wasser und Boden“ (COM(2021)0400),

– unter Hinweis auf seine Entschließung vom 16. Januar 2019 zu dem Zulassungsverfahren der EU für Pestizide[5],

– gestützt auf Artikel 55 seiner Geschäftsordnung,

– unter Hinweis auf den Bericht des Ausschusses für Umwelt, Klima und Lebensmittelsicherheit und des Ausschusses für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung (A10-0234/2025),

A. in der Erwägung, dass ein Pflanzenschutzmittel ein Produkt ist, das einen Stoff enthält, mit dem sich ein Schadorganismus („Schädling“) verhindern, zerstören oder kontrollieren lässt; in der Erwägung, dass die biologische Bekämpfung, die natürlichen oder – bei synthetischer Herstellung – naturidentischen Ursprungs ist, ein Verfahren zur Bekämpfung von Schädlingen und Krankheiten ist, bei dem andere Organismen oder Teile davon – oft in Kombination mit physikalischen Techniken – eingesetzt werden, um die Fortpflanzungszyklen von Schädlingen zu stören oder die Anfälligkeit von Kulturen gegenüber Schädlingen zu begrenzen;

B. in der Erwägung, dass gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 Wirkstoffe auf EU-Ebene genehmigt werden müssen, bevor die Mitgliedstaaten Pflanzenschutzmittel zulassen können, die diese Wirkstoffe enthalten; in der Erwägung, dass die derzeitige Liste von etwa 420 genehmigten Wirkstoffen sowohl konventionelle Wirkstoffe als

---

2 ABl. L 331 vom 20.12.2022, S. 6, ELI: http://data.europa.eu/eli/dec/2022/2572/oj.
3 ABl. L 309 vom 24.11.2009, S. 71, ELI: http://data.europa.eu/eli/dir/2009/128/oj.
4 ABl. C, C/2024/4227, 24.7.2024, ELI: http://data.europa.eu/eli/C/2024/4227/oj.
5 ABl. C 411 vom 27.11.2020, S. 48.

auch eine zunehmende Zahl von biologischen Wirkstoffen umfasst[6]; in der Erwägung, dass auch die Zulassung von biologischen Pflanzenschutzmitteln unter die Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 fällt; in der Erwägung, dass bis 2028 mehr als 100 Anträge auf Genehmigung von biologischen Bekämpfungsmitteln auf dem EU-Markt erwartet werden und dass diese Anträge möglicherweise nicht vor 2031 bis 2037 genehmigt werden; in der Erwägung, dass die Zeitspanne zwischen der Einreichung eines Antrags auf Zulassung und dem Inverkehrbringen eines biologischen Bekämpfungsmittels zwischen zehn und fünfzehn Jahre betragen kann; in der Erwägung, dass sich das langwierige Genehmigungsverfahren auf die Verfügbarkeit von Pflanzenschutzlösungen auswirkt; in der Erwägung, dass Produkte zur biologischen Bekämpfung zwar nicht das gleiche Risikoprofil wie konventionelle Pflanzenschutzmittel aufweisen, in einigen Fällen aber mit Risiken einhergehen können[7] und Risikobewertungsmethoden erfordern, die an die Wirkungsweise und Art des Produkts angepasst sind, um ihre Sicherheit und Wirksamkeit zu bewerten; in der Erwägung, dass diese Anforderung in einem angemessenen Verhältnis zum bestehenden Risiko stehen sollte, und dass ein wettbewerbsfähiges, wissenschaftlich fundiertes und innovationsfreundliches Regulierungsumfeld von wesentlicher Bedeutung ist, wenn es darum geht, sowohl Nachhaltigkeit als auch Produktivität im Agrar- und Lebensmittelsektor der EU sicherzustellen;

C. in der Erwägung, dass es derzeit keine EU-weit harmonisierte rechtliche Definition des Begriffs „biologische Bekämpfung“ gibt;

D. in der Erwägung, dass es sich bei Lösungen zur biologischen Bekämpfung um Wirkstoffe, Wirkorganismen und wirbellose biologische Bekämpfungsmittel handeln kann, die Schädlinge und Krankheiten bekämpfen sowie um Produkte, die ein oder mehrere Wirkstoffe zur biologischen Bekämpfung enthalten; in der Erwägung, dass Lösungen zur biologischen Bekämpfung als Teil ganzheitlicher Pflanzengesundheitsstrategien eingesetzt werden, bei denen auch vorbeugende agronomische Maßnahmen und sonstige Ansätze kombiniert werden können, um sowohl ihre Wirksamkeit zu optimieren als auch sicherzustellen, dass ihr Einsatz komplementär und bedarfsbasiert bleibt;

E. in der Erwägung, dass biologische Bekämpfung durch Folgendes erfolgen kann: a) lebende Makro- und Mikroorganismen, b) Semiochemikalien, c) Extrakte aus natürlichen Quellen, insbesondere Pflanzen und Algen, und von Mikroorganismen erzeugte Stoffe, d) Stoffe, die mit von biologischen Organismen erzeugten Stoffen identisch sind oder Bestandteile biologischer Organismen sind, und e) in der Natur vorkommende anorganische Stoffe mit Ausnahme von Schwermetallen und ihren Salzen;

F. in der Erwägung, dass wirbellose biologische Bekämpfungsmittel wie nützliche Raubinsekten, darunter Parasitoide, Milben und Nematoden, bereits eine wesentliche Rolle im integrierten Pflanzenschutz und im ökologischen Landbau spielen; in der Erwägung, dass wirbellose biologische Bekämpfungsmittel anders als stoffbasierte Produkte zur biologischen Bekämpfung nicht unter die Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 fallen und daher weiterhin unterschiedlichen und fragmentierten nationalen Regelungen unterliegen; in der Erwägung, dass schnellere Zulassungsverfahren für

6 https://food.ec.europa.eu/plants/pesticides/eu-pesticides-database_en.
7 Zum Beispiel invasiver Charakter oder Allergenität usw.

Makroorganismen bei gleichzeitiger Aufrechterhaltung hoher Sicherheitsstandards für Gesundheit und Umwelt deren Marktzugang verbessern würden und dazu beitragen könnten, Bedenken hinsichtlich der Pflanzengesundheit auszuräumen;

G. in der Erwägung, dass Lösungen im Bereich der biologischen Schädlingsbekämpfung häufig aus einer Mischung aus Semiochemikalien, Pflanzenextrakten oder mikrobiellen Konsortien bestehen, wodurch sich ihre Wirksamkeit erhöht, sich mehrere Schädlinge oder Krankheiten bekämpfen lassen und sich die Anpassungsfähigkeit an die Umwelt verbessert, und sie häufig in andere Schädlingsbekämpfungsmethoden, z. B. den integrierten Pflanzenschutz, einbezogen werden; in der Erwägung, dass es aus diesem Grund nicht immer möglich ist, ein konventionelles Pflanzenschutzmittel durch ein einziges biologisches Pflanzenschutzmittel zu ersetzen;

H. in der Erwägung, dass die biologische Schädlingsbekämpfung häufig mit geringeren Toxizitäts-, Persistenz- und Umweltbelastungen einhergeht und bei gebührender Sorgfalt eine Ergänzung zu konventionellen Pflanzenschutzmitteln darstellen kann; in der Erwägung, dass es dadurch den Landwirten in einigen Fällen ermöglicht werden kann, ihre Abhängigkeit vom Einsatz konventioneller Pflanzenschutzmittel zu verringern, indem ihr Instrumentarium um unbedenkliche und wirksame Mittel ergänzt wird, wodurch ein Beitrag zu gesünderen Böden geleistet wird und die Auswirkungen auf die biologische Vielfalt, die Ökosysteme, die Wasserqualität, Lebensmittelketten und die öffentliche Gesundheit verringert werden;

I in der Erwägung, dass ein beschleunigtes Zulassungsverfahren und Inverkehrbringen von biologischen Bekämpfungsmitteln auf dem EU-Markt die Verfügbarkeit verbessern und eine Möglichkeit bieten würde, die Resistenz von Schädlingen und Krankheiten gegen derzeitige Pflanzenschutzmittel zu bekämpfen; in der Erwägung, dass dies dazu beitragen würde, nachhaltigere landwirtschaftliche Verfahren zu fördern und die Widerstandsfähigkeit und Wettbewerbsfähigkeit des Agrarsektors zu erhöhen, indem das Instrumentarium der Landwirte zur Schädlingsbekämpfung so breit wie möglich gehalten wird;

J. in der Erwägung, dass die Kommission in ihrer „Vision für Landwirtschaft und Ernährung 2025“[8] erklärt, dass die Landwirte „ein fortschrittlicheres Instrumentarium [brauchen], damit sie umweltfreundlicher wirtschaften und die gesteckten Ziele erreichen können. Für dieses Instrumentarium braucht es einen gut austarierten Mix aus gezielterer öffentlicher Unterstützung aus der künftigen GAP, Investitionen in umweltfreundliche Lösungen, mehr wirtschaftlichen Anreizen, maßgeschneiderter Beratung unter Einbeziehung der Fortschritte bei Forschung und Innovation und einem flexibleren Regelungsumfeld. Ein Beispiel dafür ist das Ziel der EU, den Einsatz schädlicher Pestizide zu verringern. Dies ist sowohl für die langfristige Widerstandsfähigkeit der Landwirtschaft als auch für den Natur- und Gesundheitsschutz von Bedeutung. Allerdings wurden Wirkstoffe schneller vom EU-Markt genommen als Alternativen in Form von biologischen oder innovativen risikoarmen Pflanzenschutzmitteln eingeführt wurden. Setzt sich dieser Trend fort, könnte die Fähigkeit der EU, die Lebensmittelversorgung zu gewährleisten, gefährdet sein. Daher wird die Kommission jegliches weitere Verbot von Pestiziden sorgfältig prüfen, wenn

[8] Mitteilung der Kommission vom 19. Februar 2025 mit dem Titel „Eine Vision für Landwirtschaft und Ernährung – Gemeinsam einen attraktiven EU-Agrar- und Lebensmittelsektor für künftige Generationen gestalten“ (COM(2025)0075).

noch keine Alternativen verfügbar sind, es sei denn, das betreffende Pestizid stellt eine Bedrohung für die menschliche Gesundheit oder die Umwelt dar, die die Landwirtschaft für ihr Überleben braucht."

K. in der Erwägung, dass es der EFSA und den zuständigen Behörden der Mitgliedstaaten häufig an Fachwissen, Erfahrung und Ressourcen fehlt, die für die Bearbeitung von Anträgen auf Zulassung biologischer Bekämpfungsmittel erforderlich sind, insbesondere im Bereich der Mikrobiologie; in der Erwägung, dass Leitlinien und Datenanforderungen zur Unterstützung der Markteinführung den besonderen Merkmalen von Lösungen zur biologischen Bekämpfung entsprechen sollten, um übermäßige Belastungen, Kosten, langwierige Genehmigungsverfahren und gesetzliche Fristen zu vermeiden; in der Erwägung, dass schnellere, erschwinglichere und weniger komplexe Zulassungsverfahren für biologische Bekämpfungsmittel dazu beitragen könnten, mehr Investitionen in die EU zu lenken und die weltweite Führungsrolle der EU im Bereich des nachhaltigen Pflanzenschutzes zu stärken;

L. in der Erwägung, dass der wirksame Einsatz von Produkten zur biologischen Bekämpfung häufig von angepassten Vorgehensweisen abhängt, woran deutlich wird, dass es weiterer Investitionen in Schulungen, Infrastruktur und beratende Unterstützung bedarf, um die erfolgreiche Einführung dieser Mittel sicherzustellen;

M. in der Erwägung, dass in der EU ansässige kleine und mittlere Biocontrol-Unternehmen etwa 70 % der Branche für biologische Pflanzenschutzmittel in der EU ausmachen; in der Erwägung, dass diese Unternehmen wichtige Motoren für nachhaltige Innovation sind; in der Erwägung, dass die Genehmigung von Wirkstoffen für Pflanzenschutzmittel, einschließlich biologischer Bekämpfungsmittel, in der EU mit erheblichen Kosten verbunden ist, wobei die Gesamtinvestitionen, einschließlich Datengewinnung, Regulierungsgebühren und nationaler Zulassungen, auf 1,5-4 Mio. EUR pro Wirkstoff geschätzt werden;

Rechtliche Definitionen, Anwendungsbereich und Grundsätze

1. fordert die Kommission auf, auf EU-Ebene eine eindeutige rechtliche Definition von Lösungen zur biologischen Bekämpfung sowie einen Rahmen für die beschleunigte Genehmigung von Wirkstoffen für biologische Bekämpfungsmittel auf EU-Ebene und für die Zulassung von biologischen Bekämpfungsmitteln auf Ebene der Mitgliedstaaten festzulegen; ist der Ansicht, dass ein solcher Rahmen mit klaren Datenanforderungen und aktualisierten Leitfäden einhergehen sollte, um die Rechtssicherheit zu erhöhen, die Innovationsanstrengungen der EU zu fördern und Investitionen in nachhaltige Alternativen zu unterstützen; besteht ferner darauf, dass die Kommission bestrebt sein sollte, eine Marktfragmentierung zu verhindern und den bürokratischen Aufwand zu verringern;

2. stellt fest, dass Rechtssicherheit insbesondere im Hinblick auf KMU Innovationen erleichtert und der Entwicklung einer wettbewerbsfähigen Biocontrol-Branche in der EU förderlich ist; betont ferner, dass es wichtig ist, für Kohärenz der Rechtsvorschriften und für Übereinstimmung mit einschlägigen EU-Rechtsvorschriften, einschließlich der

Verordnung (EU) 2018/848[9], sowie mit relevanten Strategien zu sorgen und gegebenenfalls besondere Bestimmungen über biologische Bekämpfungsmittel vorzusehen;

3. betont, dass biologische Bekämpfungsmittel im Allgemeinen andere Risikoprofile aufweisen als konventionelle chemische Pflanzenschutzmittel, da sie nicht dieselben Eigenschaften, Wirkungsweisen oder ökologischen Auswirkungen haben; hebt jedoch hervor, dass sie nicht ohne Risiken sind und daher eine geeignete wissenschaftlich fundierte Risikobewertung erfordern; weist darauf hin, dass die Risikobewertungsmethoden an die besonderen Merkmale biologischer Bekämpfungsmittel angepasst werden sollten, wobei sicherzustellen ist, dass regionale agronomische Besonderheiten angemessen berücksichtigt werden und im Einklang mit dem Konzept „Eine Gesundheit“ und dem Vorsorgeprinzip ein hohes Schutzniveau im Hinblick auf die Gesundheit, Nichtzielorganismen, die biologische Vielfalt und die Umwelt gewährleistet wird; weist insbesondere darauf hin, dass die potenziellen Auswirkungen biologischer Bekämpfungsmittel auf nützliche Arten, Ökosysteme und die biologische Vielfalt bewertet werden müssen, auch wenn lebende Organismen wie Mikroorganismen, natürliche Feinde oder sterile Insekten oder ihre Bestandteile in die Umwelt eingebracht werden;

4. fordert die Kommission auf, in der dem Legislativvorschlag beigefügten Folgenabschätzung die Eignung der derzeitigen Risikobewertungen bei der Genehmigung von Wirkstoffen für die biologische Bekämpfung und der Zulassung von biologischen Bekämpfungsmitteln zu bewerten und erforderlichenfalls maßgeschneiderte Risikobewertungsprotokolle für jede Lösung zur biologischen Bekämpfung zu entwickeln; betont, dass bei Risikobewertungen für biologische Bekämpfungsmittel stets ein gezieltes, geeignetes und angemessenes Risikomanagement und ein hohes Schutzniveau für Gesundheit und Umwelt sichergestellt werden müssen; betont, dass die Zulassungsverfahren harmonisierte Kriterien für die Umweltauswirkungen und die biologische Vielfalt auf EU-Ebene umfassen müssen, um unterschiedliche Vorgehensweisen der Mitgliedstaaten zu verhindern; betont, dass solche Produkte zur biologischen Bekämpfung nur genehmigt werden dürfen, wenn sie die einschlägigen Genehmigungskriterien[10] erfüllen, die eine sichere und wirksame Verwendung gewährleisten, und ihre Wirksamkeit wissenschaftlich überprüft wurde und entsprechende Ergebnisse vorliegen, wobei geschäftlich sensible Informationen zu schützen sind; weist darauf hin, dass die Verfahren vereinfacht werden müssen, um Verzögerungen zu vermeiden, die Innovatoren und Landwirte in der EU benachteiligen würden; stellt fest, dass die Risikobewertungsverfahren transparent und klar sein sollten;

Gezielte Überarbeitung der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009

5. fordert die Kommission auf, auf kürzere Sicht die derzeitige Verordnung (EG)

---

[9] Verordnung (EU) 2018/848 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 30. Mai 2018 über die ökologische/biologische Produktion und die Kennzeichnung von ökologischen/biologischen Erzeugnissen sowie zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 834/2007 des Rates (ABl. L 150 vom 14.6.2018, S. 1, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2018/848/oj).

[10] Beispielsweise gemäß Artikel 4 Absätze 1 bis 4 und Anhang II Nummern 3.6 bis 10 der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009.

Nr. 1107/2009 anzupassen, um speziell Wirkstoffe zu erfassen, die in biologischen Bekämpfungsmitteln und entsprechenden Produkten verwendet werden;

6. begrüßt die bevorstehende Vorlage einer gezielten Überarbeitung der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 durch die Kommission als Teil des angekündigten Vereinfachungspakets mit Schwerpunkt auf der Genehmigung und Zulassung von Wirkstoffen zur biologischen Bekämpfung und von Produkten, die ausschließlich solche Wirkstoffe enthalten, um eine beschleunigte Prüfung von Anträgen für Produkte zur biologischen Bekämpfung zu ermöglichen und das Verlängerungsverfahren für bereits genehmigte Wirkstoffe zur biologischen Bekämpfung zu erleichtern, und um das Angebot an verfügbaren Pflanzenschutzmitteln kurzfristig zu erhöhen und den Übergang zu Anbausystemen mit weniger schädlichen Wirkstoffen zu unterstützen;

Gegenseitige Anerkennung

7. fordert die Mitgliedstaaten auf, vom derzeitigen Verfahren der gegenseitigen Anerkennung nach Artikel 40 der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 Gebrauch zu machen, um die Zulassung von Produkten zur biologischen Bekämpfung zu beschleunigen und die Akzeptanz und Verfügbarkeit derartiger Produkte in der gesamten EU zu verbessern; fordert die Kommission auf, der Umsetzung von Artikel 40 besondere Aufmerksamkeit zu widmen und gegebenenfalls Folgemaßnahmen zu ergreifen, um für eine uneingeschränkte Umsetzung zu sorgen;

8. stellt fest, dass mit der gezielten Überarbeitung der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 der Grundsatz der gegenseitigen Anerkennung im Hinblick auf die Verfahren zur Zulassung von biologischen Bekämpfungsmitteln in der EU gestärkt, erleichtert und operationalisiert werden sollte, um so Doppelarbeit bei nationalen Bewertungen zu verringern und gleichzeitig dem Vorsorgeprinzip und unterschiedlichen lokalen Bedingungen Rechnung zu tragen;

9. fordert die Kommission auf, einen Fahrplan für die Einführung der automatischen gegenseitigen Anerkennung von Produkten zur ausschließlich biologischen Bekämpfung auszuarbeiten und dabei für Antragsteller die Möglichkeit vorzusehen, im Wege eines einzigen Antrags gleichzeitig in mehreren Mitgliedstaaten die Zulassung eines Produkts zur biologischen Bekämpfung zu beantragen, und zugleich ein hohes Schutzniveau für Gesundheit und Umwelt zu gewährleisten, und eine einzige EU-weit gültige Zulassung in Betracht zu ziehen, mit der sichergestellt wäre, dass in der gesamten EU nachweislich dieselben wissenschaftlichen Standards, Wirksamkeitskriterien und Sicherheitsniveaus eingehalten werden; betont, dass ein solcher Fahrplan auf einen möglichen Rechtsrahmen ausgerichtet sein sollte, der einer soliden und strengen Folgenabschätzung unterliegt und erst nach deren Durchführung festgelegt werden sollte und der schrittweise entwickelt werden könnte, beginnend mit einer verstärkten Zusammenarbeit und einem verstärkten Datenaustausch zwischen den zuständigen Behörden, gefolgt von einer Straffung der zonalen Verfahren zur Bewertung von Produkten zur biologischen Bekämpfung gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009, beispielsweise indem berichterstattende Mitgliedstaaten beauftragt werden, in Zusammenarbeit mit Mitgliedstaaten aus jeder der anderen geografischen Zonen die Bedingungen für die Zulassung in Bezug auf alle geografischen Zonen zu bewerten, um gegenseitiges Vertrauen zwischen den zuständigen nationalen Behörden aufzubauen, bürokratische Doppelarbeit zu vermeiden, die Akzeptanz nachhaltigerer Lösungen durch die Landwirte zu erleichtern und für einen verbesserten einheitlichen

Marktzugang zu sorgen, wobei strenge Standards für den Gesundheits- und Umweltschutz beibehalten werden;

Geringfügige Verwendungen

10. fordert die Mitgliedstaaten auf, in Bezug auf bereits zugelassene Pflanzenschutzmittel, die Wirkstoffe zur biologischen Bekämpfung enthalten, gegebenenfalls lediglich die Ausweitung des Geltungsbereichs der Zulassung auf geringfügige Verwendungen, einschließlich, aber nicht beschränkt auf die meisten kontrollierten landwirtschaftlichen Kulturen, zu erleichtern und zu beschleunigen, es sei denn, die zuständige Behörde stellt ein spezifisches und wissenschaftlich begründetes Risiko fest;

11. fordert die Kommission auf, von Fall zu Fall zu bewerten, welche Auswirkungen, darunter auch Risiken und Vorteile, eine automatische Ausweitung hat, wenn es ausschließlich um bereits zugelassene Pflanzenschutzmittel geht, die biologische Bekämpfungsmittel enthalten, und mit der Ausweitung in Übereinstimmung mit den in Artikel 51 der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 festgelegten Schutzmaßnahmen geringfügige Verwendungen abgedeckt werden sollen;

12. fordert die Kommission auf, eine Verlängerung des maximalen Zeitraums der erstmaligen Genehmigung und der Erneuerung der Genehmigung von Wirkstoffen zur biologischen Bekämpfung auf bis zu 25 Jahre in Erwägung zu ziehen; fordert die Kommission auf, eine Liste der biologischen Bekämpfungsmittel zu erstellen und zu führen, die aufgrund ihres Profils, ihrer Art und ihrer Wirkungsweise für eine Zulassung mit einem verlängerten Zeitraum von bis zu 25 Jahren für die erstmalige Zulassung in Betracht kommen; betont, dass eine solche Liste nicht geschlossen werden darf und die neuesten wissenschaftlichen Standards widerspiegeln und dynamisch bleiben muss, was bedeutet, dass die Aufnahme in die Liste nicht als dauerhaft angesehen werden darf; fordert die Kommission auf, die Liste regelmäßig im Lichte neuer Daten oder wissenschaftlicher Entwicklungen zu überprüfen und zu aktualisieren; fordert die Kommission auf, mögliche Bedingungen zu bewerten, unter denen für Wirkstoffe und Produkte zur biologischen Bekämpfung, die nachweislich kein oder ein vernachlässigbares Risikoprofil aufweisen, eine unbefristete Genehmigung und Zulassung erteilt werden könnte;

13. fordert die Kommission ferner auf, die Einrichtung eines Genehmigungsmechanismus für bestimmte Kategorien von biologischen Bekämpfungsmitteln mit geringem Risiko auf EU-Ebene in Erwägung zu ziehen;

Beschleunigtes Verfahren

14. empfiehlt die Straffung, Optimierung und Beschleunigung des Verfahrens zur Zulassung und erneuten Zulassung sowie des Verfahrens zur Genehmigung und erneuten Genehmigung von Lösungen zur biologischen Bekämpfung, unter anderem durch die Einführung beschleunigter Verfahren, um unnötigen bürokratischen Aufwand zu verringern und die vorgeschriebenen Fristen für die Bewertung besser einzuhalten, wobei die damit verbundenen Risiken angemessen bewertet und beherrscht werden müssen;

15. betont jedoch, dass jedes beschleunigte Verfahren für das Inverkehrbringen von Produkten zur biologischen Bekämpfung weiterhin einer strengen wissenschaftlichen

Bewertung unterliegen muss, einschließlich einer Risikoanalyse, die auch Nichtzielorganismen und die Wirksamkeit unter unterschiedlichen klimatischen Bedingungen umfasst;

Vorläufige Zulassung

16. fordert die Kommission auf, im Rahmen der Überarbeitung der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 Artikel 30 dahin gehend zu ändern, dass eine vorläufige Zulassung nur für biologische Pflanzenschutzmittel in Betracht gezogen wird, die die darin festgelegten Sicherheitskriterien erfüllen; ist der Ansicht, dass vorläufige bedingte Zulassungen mit der erforderlichen Überwachung einhergehen sollten; erinnert an den anerkannten Grundsatz, dass die vorläufige Zulassung überprüft und widerrufen werden sollte, wenn neue Daten ein nicht hinnehmbares Risiko für die Gesundheit oder die Umwelt, auch für Nichtzielarten, erkennen lassen;

Ausblick: Strategie, Lückenanalyse und eine längerfristige Gesetzgebungsperspektive

17. fordert die Kommission auf, in ihrer dem Legislativvorschlag beigefügten Folgenabschätzung die Eignung des gegenwärtigen Rechtsrahmens und der derzeitigen Risikobewertungen bei der Genehmigung von Wirkstoffen zur biologischen Bekämpfung und der Zulassung von Produkten zur biologischen Bekämpfung zu bewerten, unter anderem im Hinblick auf Datenanforderungen, Genehmigungskriterien und gegenseitige Anerkennung; fordert, dass in der begleitenden Folgenabschätzung Bereiche ermittelt werden, in denen die derzeitige Verordnung angepasst werden könnte, um die Markteinführung von Lösungen zur biologischen Bekämpfung, wie im strategischen Dialog gefordert, besser zu ermöglichen und den Bedarf der Landwirte an einem fortschrittlicheren und umfassenderen Instrumentarium zu decken;

18. fordert die Kommission auf, eine umfassende Strategie zur biologischen Schädlingsbekämpfung und eine Bewertung der zu erwartenden Herausforderungen im Pflanzenschutz in den kommenden zehn Jahren für bestimmte Kulturen, Schädlinge und Krankheiten vorzulegen, um die Entwicklung alternativer Pflanzenschutzmittel und Maßnahmen des integrierten Pflanzenschutzes zu unterstützen, insbesondere durch den Einsatz wirksamer und bezahlbarer Alternativen, um Lücken im Pflanzenschutz zu identifizieren und Marktaustritte zu antizipieren, damit die Anwender während der Auslaufphase ausreichende Übergangszeiten einplanen können, mit dem Ziel, einen zukunftssicheren und zweckmäßigen Rahmen zu schaffen;

19. fordert die Kommission auf, auf längere Sicht die Möglichkeit einer neuen eigenständigen Verordnung über die biologische Bekämpfung zu prüfen, einschließlich der Bedingungen, unter denen ein zentralisierter Ansatz zur Anwendung kommen könnte, um die Verfahren zur Bewertung, Genehmigung und Zulassung von Lösungen zur biologischen Bekämpfung besser anzupassen;

Abbau von Rückständen

20. fordert gegebenenfalls ausreichende Ressourcen, um die Rückstände bei den Anträgen auf Genehmigung biologischer Bekämpfungsmittel abzubauen, wobei eine vorrangige Bearbeitung vorgesehen werden sollte, sofern zusätzliche zweckgebundene Mittel für die Genehmigung biologischer Bekämpfungsmittel im Rahmen der Verfahren für die Genehmigung und Zulassung von Wirkstoffen und Produkten gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 bereitgestellt wurden, wobei auch die Genehmigungs- und

www.parlament.gv.at

Zulassungsverfahren auf der Grundlage wissenschaftlicher und technischer Entwicklungen zu bewerten und zu aktualisieren sind; betont, dass zur Sicherstellung eines hohen Schutzniveaus die beschleunigte Bewertung und Zulassung von Lösungen zur biologischen Bekämpfung nicht zu weiteren Verzögerungen bei der Risikobewertung und Zulassung konventioneller Stoffe und Pflanzenschutzmittel oder bei der Überprüfung von Stoffen und Pflanzenschutzmitteln führen darf, die seit mehr als zehn Jahren auf dem Markt sind;

Unterstützung für die Antragsteller

21. nimmt die derzeit geltenden Bestimmungen zur Kenntnis, die die Unterstützung von Antragstellern durch die Europäische Chemikalienagentur und die Europäische Arzneimittel-Agentur betreffen; fordert die Mitgliedstaaten und die EFSA auf, technische Unterstützung für Anträge von kleinen und mittleren Unternehmen, insbesondere während der Vorbereitung von Anträgen, bereitzustellen und dabei klare Schutzvorkehrungen zu treffen, um Interessenkonflikte zu verhindern; fordert die EFSA auf, unter Berücksichtigung der vorstehenden Ausführungen eine zentrale Anlaufstelle für KMU, die biologische Bekämpfungsmittel herstellen, einzurichten, und Antragstellern klare Orientierungshilfen und Unterstützung für die Erstellung von Dossiers bereitzustellen, die Erläuterungen zu den Datenanforderungen und Einreichungsverfahren umfassen, mit dem Ziel, die Qualität der Anträge zu verbessern und somit Verzögerungen bei der Bewertung und Zulassung zu verringern und die Bereitstellung genehmigter biologischer Bekämpfungsmittel auf den EU-Märkten zu erleichtern;

22. fordert die Mitgliedstaaten auf, zeiteffiziente, klare und leicht verständliche Verwaltungsverfahren zu schaffen, die an Produkte zur biologischen Bekämpfung angepasst sind, Risikobewertungen an die Wirkungsweise und die Art des Produkts anzupassen und spezielle Helpdesks einzurichten;

23. fordert die Kommission auf, dringend aktualisierte Leitfäden eigens für Produkte zur biologischen Bekämpfung anzunehmen, um deren Einführung und die Kohärenz zwischen den Mitgliedstaaten zu verbessern;

Anwendung der Richtlinie 2009/128/EG zur Förderung der biologischen Bekämpfung, auch durch integrierten Pflanzenschutz

24. fordert die Mitgliedstaaten auf, in die nationalen Aktionspläne gemäß der Richtlinie 2009/128/EG insbesondere die geplanten und angenommenen Maßnahmen zur Verbesserung der Zulassungsverfahren für biologische Bekämpfungsmittel und andere Produkte mit geringem Risiko aufzunehmen;

25. fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten ferner auf, in Abstimmung mit den Landwirten die wirksame Umsetzung der Richtlinie 2009/128/EG sicherzustellen, indem der Zugang zu Produkten zur biologischen Bekämpfung erleichtert wird, und die Landwirte bei der Einführung nachhaltigerer Verfahren zu begleiten;

Potenzial von Lösungen zur biologischen Bekämpfung

26. erkennt im Zusammenhang mit der Verringerung der Abhängigkeit von konventionellen Pflanzenschutzmitteln das hohe Potenzial von Konzepten der biologischen Bekämpfung

an; stellt fest, dass Lösungen zur biologischen Bekämpfung konventionelle Pflanzenschutzmittel ergänzen können, wenn ihnen gebührende Aufmerksamkeit gewidmet wird, wodurch sie neben anderen Pflanzenschutzmethoden als nützliche Ergänzung zu einem breiten und ausgewogenen Instrumentarium für die Landwirte dienen können; betont, dass biologische Bekämpfungsmittel aufgrund ihrer besonderen Eigenschaften ein anderes Risikoprofil haben, sodass sie gezielte Maßnahmen mit geringeren Off-target-Effekten oder Nachwirkungen ermöglichen und daher mit dem integrierten Pflanzenschutz und insbesondere mit den Bewirtschaftungsmethoden des ökologischen/biologischen Landbaus besser vereinbar sind; betont nachdrücklich, dass der umfassendere Einsatz biologischer Bekämpfungsmittel somit erheblich zur Verwirklichung der Ziele der EU in den Bereichen Umwelt, Lebensmittelsicherheit und Gesundheit beitragen kann, während zugleich die landwirtschaftliche Produktivität gewahrt und sichergestellt wird, dass Landwirten weiterhin wirksame und erschwingliche Alternativen zum Schutz ihrer Kulturen zur Verfügung stehen;

27. stellt fest, dass die Erleichterung der Zulassung und Einführung der biologischen Bekämpfung mit einer umfassenderen Einführung des integrierten Pflanzenschutzes und einer Verringerung der mit konventionellen Pflanzenschutzmitteln verbundenen Risiken und der Abhängigkeit von ihnen einhergehen sollte;

28. fordert die Kommission auf, die wirksame Umsetzung und Durchsetzung der nachhaltigen Verwendung von Pestiziden gemäß der Richtlinie 2009/128/EG und der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 sicherzustellen, insbesondere im Hinblick auf die zügige Bearbeitung von Zulassungsanträgen und den integrierten Pflanzenschutz; stellt fest, dass in einem integrierten Konzept für den integrierten Pflanzenschutz die Verwendung zugelassener konventioneller Mittel, bei denen alle Sicherheitsanforderungen in Bezug auf Gesundheit und Umwelt erfüllt sind, für die Landwirte stets eine Option bleibt;

Bewertung der Leistungsfähigkeit und der Ressourcen

29. fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, die Leistungsfähigkeit ihrer Verwaltung und ihre institutionellen Kapazitäten zu bewerten und zu beurteilen, ob die der EFSA bzw. den zuständigen nationalen Behörden zugewiesenen Ressourcen angemessen sind, damit diese ihre Aufgaben erfüllen können; hebt hervor, dass Investitionen in die Kapazitäten für die (Neu-)Bewertung in den Mitgliedstaaten und bei der EFSA erforderlich sind;

30. fordert die Kommission auf, die nötigen zusätzlichen Mittel für die Schulung und Beschäftigung zusätzlicher Bediensteter, einschließlich solcher mit angemessenem und spezialisiertem Fachwissen, innerhalb der EFSA bereitzustellen und gesonderte und ausreichende Ressourcen innerhalb der Organisationsstruktur der EFSA für die biologische Bekämpfung einzurichten, um unangemessene Verzögerungen im Genehmigungsverfahren für Wirkstoffe zur biologischen Bekämpfung zu verhindern, passgenaue Bewertungen sicherzustellen und Engpässe zu verringern; fordert die Kommission auf, geeignete Folgemaßnahmen zu ergreifen, um eine Beschleunigung des Genehmigungsverfahrens und eine verstärkte Einführung der biologischen Bekämpfung zu ermöglichen;

Solide Finanzierung durch die Mitgliedstaaten

31. fordert die Mitgliedstaaten auf, dafür zu sorgen, dass ausreichende Haushaltsmittel für die zuständigen nationalen Behörden bereitgestellt werden, was von wesentlicher Bedeutung ist, um unangemessene Verzögerungen bei den Verfahren zur Zulassung biologischer Bekämpfungsmittel zu verhindern und deren Einführung zu beschleunigen; besteht darauf, dass die Mitgliedstaaten sicherstellen sollten, dass die zuständigen nationalen Behörden über Haushaltsmittel, Personal und Fachwissen in ausreichendem Umfang verfügen, um (Neu-)Bewertungen zeitnah und wirksam durchführen zu können; hebt die Vorteile des Austauschs über bewährte Verfahren zwischen den Mitgliedstaaten hervor;

32. fordert die Kommission ferner auf, Maßnahmen vorzuschlagen und Mechanismen und Ressourcen zu ermitteln, um die Mitgliedstaaten bei der Beschleunigung ihrer Zulassungsverfahren zu unterstützen; schlägt in diesem Zusammenhang vor, dass die Kommission Leitlinien ausarbeitet, die in allen EU-Mitgliedstaaten anwendbar sind und die erforderlichen Mindestressourcen und -kapazitäten betreffen, die für die Bewertung von Produkten zur biologischen Bekämpfung erforderlich sind;

Forschung und Investitionen

33. fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, Investitionen in die öffentliche und private Forschung und in Partnerschaften für die Entwicklung von Strategien in Bezug auf die biologische Bekämpfung und den integrierten Pflanzenschutz zu fördern, unter anderem durch Forschungszentren, Universitäten und regionale Innovationszentren, EU-Innovationspartnerschaften und Leuchtturmprojekte, wobei durch gezielte Programme ein besonderer Schwerpunkt auf KMU gelegt und ein wettbewerbsorientiertes Umfeld gefördert werden sollte, mit dem Innovationen in der EU ermöglicht und gefördert und die Abhängigkeiten der EU-Landwirtschaft verringert werden;

34. betont, dass Forschung und Entwicklung im Bereich der Technologien zur biologischen Bekämpfung in den kommenden Jahrzehnten von großer Bedeutung sind, insbesondere Forschungsarbeiten zur Schließung der Schutzlücken bei bestimmten Kombinationen von Kulturen, Schädlingen und Krankheiten, für die es nur wenige oder keine alternativen Lösungen zur Schädlingsbekämpfung gibt, damit Innovationen und Regulierungsbemühungen auf die Bereiche gelenkt werden können, in denen sie am dringendsten benötigt werden;

Zugang der Landwirte zu Wissen

35. stellt fest, dass die Anwendung der biologischen Bekämpfung unterschiedliche Herangehensweisen, Wissensgrundlagen und Fähigkeiten erfordert, insbesondere hinsichtlich der Pflege nützlicher Arten, die zum Schutz der Kulturen beitragen; stellt fest, dass dies beim integrierten Pflanzenschutz und anderen Anbausystemen bereits teilweise berücksichtigt wird; betont jedoch, dass in Zusammenarbeit mit den Landwirten für weitere Kenntnisse, Schulungen, Informationen und praktische Leitlinien zur wirksamen Anwendung von Produkten zur biologischen Bekämpfung gesorgt werden muss;

36. stellt fest, dass zwischen den Mitgliedstaaten nach wie vor große Unterschiede beim Zugang zu Wissen und Beratungsdiensten bestehen; fordert, dass im Rahmen von fortlaufenden und unabhängigen Beratungssystemen, die mit angemessenen Ressourcen

ausgestattet und allen Landwirten zugänglich sein sollten, Beratung zur Verwendung und Anwendung biologischer Bekämpfungsmöglichkeiten angeboten wird;

37. fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, in Zusammenarbeit mit den Endnutzern eine digitale EU-Plattform bereitzustellen, die auf dem Pilotprojekt „INSIGNIA“, das sich auch auf die langfristige Überwachung von Bestäubern erstreckt, und dem erfolgreichen vom Parlament eingeleiteten Pilotprojekt zu einem Instrumentarium für Landwirte zum integrierten Pflanzenschutz aufbaut, um bewährte Verfahren und erprobte Lösungen zur biologischen Bekämpfung zu verbreiten, mit denen Landwirte dabei unterstützt werden sollen, fundierte Entscheidungen über die wirksamste Art der biologischen Bekämpfung für die jeweilige Struktur der Schädlingspopulation und die pedoklimatischen Verhältnisse des betreffenden landwirtschaftlichen Betriebs zu treffen; fordert die Kommission ferner auf, ein breiteres Instrumentarium zu fördern, unter anderem indem diese digitale Plattform als kontinuierliche, leichter zugängliche und dauerhafte Initiative in allen EU-Sprachen zur Verfügung gestellt wird, und die Einbeziehung aller einschlägigen Interessenträger sicherzustellen;

38. betont, dass der Zugang zu Wissen durch Schulungen für Landwirte verbessert werden muss, um mithilfe von Demonstrationsnetzwerken, Peer-to-Peer-Austausch und technischer Unterstützung vor Ort sowie Anreizen, einschließlich finanzieller Anreize, technische Kapazitäten aufzubauen, mit dem Ziel, den sicheren, wirksamen und flächendeckenden Einsatz der biologischen Bekämpfung zu fördern; erkennt an, dass es nützlich ist, den Zugang zu Wissen und die Verbreitung bewährter Verfahren in Bezug auf die Einführung der biologischen Bekämpfung zu beobachten; nimmt die derzeitigen Möglichkeiten der Mitgliedstaaten und der EU zur Kenntnis, die Schulung der Landwirte durch Investitionen oder Beratungsdienste im Rahmen der landwirtschaftlichen Betriebsberatung, die in der gemeinsamen Agrarpolitik vorgesehen ist, zu kofinanzieren und zu fördern; fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, Schulungen zur biologischen Schädlingsbekämpfung, technische Unterstützung und praktische Leitlinien angemessen zu unterstützen und zu prüfen, wie solche freiwilligen Schulungen am besten gefördert werden können, um mehr Landwirten Anreize zur Einführung der biologischen Bekämpfung und des integrierten Pflanzenschutzes zu bieten;

Zusammenarbeit zwischen allen Akteuren

39. fordert mehr wissenschaftliche Forschung, Wissensaustausch, Zusammenarbeit und Kapazitätsaufbau zwischen allen einschlägigen Akteuren, die an der Entwicklung, Genehmigung, Zulassung, Einführung und Verbreitung der biologischen Bekämpfung und an bewährten Verfahren für die Umsetzung des integrierten Pflanzenschutzes in der gesamten EU sowie am Austausch von Wissen und bewährten Verfahren mit Partnern in Drittländern beteiligt sind;

Finanzierung von Beratungssystemen

40. fordert, dass detaillierte Informationen zur Finanzierung der Beratungssysteme sowie zu Schulungen und Kapazitäten im Bereich der biologischen Bekämpfung und des integrierten Pflanzenschutzes in die nationalen Aktionspläne der Mitgliedstaaten aufgenommen werden; betont, dass die Entwicklung und Verfügbarkeit von kultur- und schädlingsspezifischen Leitlinien für den integrierten Pflanzenschutz in den

Mitgliedstaaten nach wie vor uneinheitlich sind; fordert die Mitgliedstaaten auf, ihre nationalen Aktionspläne zu überarbeiten, um den Zugang der Landwirte zu kultur- und schädlingsspezifischen Leitlinien zu verbessern, die den regionalen Gegebenheiten Rechnung tragen und sich auch auf Möglichkeiten der biologischen Bekämpfung erstrecken, ebenso wie auf deren mögliche Einbeziehung in Programme für den integrierten Pflanzenschutz und deren Kompatibilität mit anderen Pflanzenschutzmitteln, soweit verfügbar und zutreffend;

Überwachung der Fortschritte

41. fordert die Kommission auf, die Markteinführung, Verfügbarkeit und Erschwinglichkeit von Lösungen zur biologischen Bekämpfung kontinuierlich zu überwachen;

42. fordert die Kommission auf, die Fortschritte der EU und der Mitgliedstaaten bei der Genehmigung und Zulassung von Lösungen zur biologischen Bekämpfung zu überwachen und dabei die Zahl der Anträge, die damit verbundenen Verwaltungskapazitäten, die Personalausstattung und die dafür vorgesehenen Haushaltsmittel zu berücksichtigen, insbesondere die Umsetzung eines Schnellverfahrens mit eigens hierfür bereitgestellten zusätzlichen Mitteln für die Zulassung von Produkten zur biologischen Bekämpfung, sobald ein solches eingerichtet ist; fordert die Kommission auf, einen Bericht über die Ergebnisse zu veröffentlichen und ihn dem Parlament und dem Rat vorzulegen;

Gebiete in äußerster Randlage

43. fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, dafür zu sorgen, dass die Einführung biologischer Bekämpfungsmittel auch den Gebieten in äußerster Randlage der EU zugutekommt, indem sichergestellt wird, dass ihren einzigartigen agrarökologischen Gegebenheiten und Schädlingsprofilen im Rahmen des Zulassungsverfahrens Rechnung getragen wird und indem gezielte Schulungen, Beratungsdienste und finanzielle Unterstützung für Landwirte und KMU in diesen Gebieten bereitgestellt werden; fordert nachdrücklich die Entwicklung kultur- und schädlingsspezifischer Leitlinien und Wissensplattformen, die den Gegebenheiten der Gebiete in äußerster Randlage Rechnung tragen, um deren Zugang zu sicheren, wirksamen und nachhaltigen Lösungen zur biologischen Bekämpfung zu verbessern;

°

° °

44. beauftragt seine Präsidentin, diese Entschließung dem Rat und der Kommission sowie den Regierungen und Parlamenten der Mitgliedstaaten zu übermitteln.

ANGENOMMENE TEXTE

P10_TA(2025)0285

Institutionelle Aspekte des Berichts über die Zukunft der Wettbewerbsfähigkeit Europas (Draghi-Bericht)

Entschließung des Europäischen Parlaments vom 25. November 2025 zu den institutionellen Aspekten des Berichts über die Zukunft der Wettbewerbsfähigkeit Europas (Draghi-Bericht) (2025/2013(INI))

Das Europäische Parlament,

– unter Hinweis auf den Bericht von Mario Draghi vom 9. September 2024 mit dem Titel „Die Zukunft der europäischen Wettbewerbsfähigkeit“ (Draghi-Bericht),

– unter Hinweis auf die Rede von Mario Draghi vom 17. September 2024 zur Vorstellung des Draghi-Berichts im Europäischen Parlament,

– unter Hinweis auf den von Enrico Letta am 17. April 2024 vorgelegten Bericht mit dem Titel „Much more than a market“ (Viel mehr als ein Markt) (Letta-Bericht),

– unter Hinweis auf die Mitteilung der Kommission vom 29. Januar 2025 mit dem Titel „Ein Kompass für eine wettbewerbsfähige EU“ (COM(2025)0030),

– unter Hinweis auf die Mitteilung der Kommission vom 11. Februar 2025 mit dem Titel „Der Weg zum nächsten Mehrjährigen Finanzrahmen“ (COM(2025)0046),

– unter Hinweis auf die Mitteilung der Kommission vom 19. März 2025 mit dem Titel „Spar- und Investitionsunion – Eine Strategie zur Förderung von Wohlstand und wirtschaftlicher Wettbewerbsfähigkeit in der EU“ (COM(2025)0124),

– unter Hinweis auf den Bericht von Sauli Niinistö vom 30. Oktober 2024 mit dem Titel „Safer Together: Strengthening Europe’s Civilian and Military Preparedness and Readiness“ (Gemeinsam für mehr Sicherheit: Stärkung der zivilen und militärischen Vorsorge und Bereitschaft Europas) (Niinistö-Bericht),

– unter Hinweis auf den Bericht vom 9. Mai 2022 über das Endergebnis der Konferenz zur Zukunft Europas,

– unter Hinweis auf seine Entschließung vom 4. Mai 2022 zu den Folgemaßnahmen zu

der Konferenz zur Zukunft Europas[1],

– unter Hinweis auf seine Entschließung vom 9. Juni 2022 zu der Forderung nach einem Konvent zur Überarbeitung der Verträge[2],

– unter Hinweis auf seine Entschließung vom 22. November 2023 zu Entwürfen des Europäischen Parlaments zur Änderung der Verträge[3],

– unter Hinweis auf seine Entschließung vom 11. Juli 2023 zur Umsetzung von Passerelle-Klauseln in den EU-Verträgen[4],

– unter Hinweis auf seine Entschließung vom 7. Mai 2025 zu einem neu gestalteten langfristigen Haushalt für die Union in einer Welt im Wandel[5],

– unter Hinweis auf seine Entschließung vom 12. März 2025 zu dem Weißbuch zur Zukunft der europäischen Verteidigung[6],

– unter Hinweis auf Artikel 48 des Vertrags über die Europäische Union (EUV),

– unter Hinweis auf die Passerelle-Klauseln in den EU-Verträgen,

– unter Hinweis auf die Vertragsbestimmungen zur Verstärkten Zusammenarbeit und zu einer Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit,

– unter Hinweis auf Artikel 122 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV),

– gestützt auf Artikel 55 seiner Geschäftsordnung,

– unter Hinweis auf den Bericht des Ausschusses für konstitutionelle Fragen (A10-0196/2025),

A. in der Erwägung, dass der von Mario Draghi auf Ersuchen der Präsidentin der Kommission Ursula von der Leyen erstellte Draghi-Bericht eine umfassende Diagnose der strukturellen Herausforderungen enthält, mit denen die EU konfrontiert ist, und darin davor gewarnt wird, dass die EU Gefahr läuft, in eine lang anhaltende Phase schwachen Wirtschaftswachstums zu geraten, was letztlich den Wohlstand und das soziale Wohlergehen gefährden könnte; in der Erwägung, dass im Draghi-Bericht dargelegt wird, dass Europa sich auf viele der Faktoren, die in der Vergangenheit das Wachstum unterstützt haben, nicht mehr verlassen kann;

B. in der Erwägung, dass zwischen der EU und den Vereinigten Staaten mittlerweile ein erhebliches BIP-Gefälle besteht, das von gut 15 % im Jahr 2002 auf etwa 30 % im Jahr 2023, zu Preisen von 2015, gestiegen ist; in der Erwägung, dass dies in erster Linie auf einen stärkeren Rückgang der Produktivität in Europa und das Versäumnis der EU

---

1 ABl. C 465 vom 6.12.2022, S. 109.
2 ABl. C 493 vom 27.12.2022, S. 130.
3 ABl. C, C/2024/4216, 24.7.2024, ELI: http://data.europa.eu/eli/C/2024/4216/oj.
4 ABl. C, C/2024/3996, 17.7.2024, ELI: http://data.europa.eu/eli/C/2024/3996/oj.
5 Angenommene Texte, P10_TA(2025)0090.
6 ABl. C, C/2025/3151, 20.6.2025, ELI: http://data.europa.eu/eli/C/2025/3151/oj.

zurückzuführen ist, die durch das Internet ausgelöste digitale Revolution und den damit verbundenen potenziellen Produktivitätszuwachs zu nutzen, was zum Teil durch die Fragmentierung des europäischen Binnenmarktes bedingt ist;

C. in der Erwägung, dass im Draghi-Bericht das Schließen der Innovationslücke, ein gemeinsamer Plan für die Dekarbonisierung und Wettbewerbsfähigkeit, die Erhöhung der Sicherheit und die Verringerung der Abhängigkeiten sowie die Verwirklichung der wirtschaftlichen, ökologischen und sozialen Ziele der EU als grundlegende Faktoren für künftiges Wachstum in Europa genannt werden; in der Erwägung, dass dies laut der darin enthaltenen Bewertung eine Erhöhung der Investitionen um rund 5 % des gesamten BIP der EU erfordern wird, und sich diese zusätzlichen jährlichen Investitionen auf 750–800 Mrd. EUR belaufen werden;

D. in der Erwägung, dass die weltweite Nachfrage nach kritischen Rohstoffen aufgrund der Energiewende rasch zunimmt und Europa zudem in hohem Maße von Einfuhren digitaler Technologien abhängig ist, insbesondere bei der Chipproduktion, da sich 75–80 % der weltweiten Kapazitäten zur Herstellung von Wafern in Asien befinden; in der Erwägung, dass die EU eine echte „Außenwirtschaftspolitik“ entwickeln sollte, um ihre Autonomie und Wettbewerbsfähigkeit in diesem kritischen Bereich wie auch in anderen strategischen Branchen zu wahren;

E. in der Erwägung, dass sowohl in dem von Enrico Letta im Auftrag des Europäischen Rates erstellten Letta-Bericht als auch im Draghi-Bericht hervorgehoben wird, dass der Binnenmarkt sich von Anfang an als enormer Impulsgeber für die Wirtschaft der EU und als wichtiger Faktor für ihre Attraktivität erwiesen hat und nach wie vor ein Eckpfeiler der europäischen Integration und der europäischen Werte ist, der als starker Katalysator für Wachstum, Wohlstand und Solidarität wirkt; in der Erwägung, dass sich die internationale Situation jedoch grundlegend verändert hat, woraus sich die Notwendigkeit ergibt, den Binnenmarkt weiter zu vertiefen und zu vollenden, damit die Wirtschaft der EU ihr volles Potenzial entwickeln kann;

F. in der Erwägung, dass im Draghi-Bericht festgestellt wurde, dass zusätzliche Investitionen in Höhe von mindestens 750 bis 800 Mrd. EUR jährlich erforderlich sind, um die Produktivität der EU wiederherzustellen und die ökologischen und sozialen Ziele der EU zu verwirklichen;

G. in der Erwägung, dass die Unterstützung öffentlicher und privater Investitionen durch die EU aufgrund der Größe des EU-Haushalts, dessen mangelnder Ausrichtung und fehlenden Steuerungsrahmens sowie einer übermäßig vorsichtigen Haltung gegenüber Risiken eingeschränkt wird; in der Erwägung, dass gemeinsame Investitionen der EU, einschließlich gemeinsam finanzierter marktbasierter Initiativen, von entscheidender Bedeutung dabei sind, grenzüberschreitende Herausforderungen zu bewältigen, da sie Skaleneffekte ermöglichen, die strategische Autonomie fördern, den Zusammenhalt in der Union schützen und fördern, privates Kapital anziehen, die globale Wettbewerbsfähigkeit der EU in kritischen Branchen stärken und andere europäische öffentliche Güter finanzieren und verfügbar machen;

H. in der Erwägung, dass bei dem Versuch, eine Kapitalmarktunion zu errichten – eine von der Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen festgelegte strategische Priorität –, die Ziele für die letzten zehn Jahre bisher nicht erreicht wurden; in der Erwägung, dass mit der bislang durchgeführten Arbeit an der Kapitalmarktunion verdeutlicht wird, dass

www.parlament.gv.at

vollständig in den Binnenmarkt integrierte Finanzdienstleistungen für die Verwirklichung der strategischen wirtschaftspolitischen Ziele der EU von wesentlicher Bedeutung sind;

I. in der Erwägung, dass der Draghi-Bericht eine umfassende Analyse der wirtschaftspolitischen Steuerung und Wettbewerbsfähigkeit der EU enthält;

J. in der Erwägung, dass die Beitrittsprozesse mehrerer Länder seit dem Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine eine neue Dynamik haben und die EU sich deshalb auf die nächsten umfassenden Erweiterungsrunden vorbereiten und ihre Beschlussfassungsverfahren reformieren muss, um dafür zu sorgen, dass sie mit zusätzlichen Mitgliedstaaten effizient arbeitsfähig ist; in der Erwägung, dass im Draghi-Bericht festgestellt wird, dass die legislative Tätigkeit der Kommission zugenommen hat und die EU bei der Anwendung des Subsidiaritätsprinzips streng vorgehen sollte; in der Erwägung, dass im Draghi-Bericht darauf hingewiesen wird, dass sich die Beschlussfassungsverfahren der EU mit der Erweiterung der Union nicht wesentlich weiterentwickelt haben und dass sie im Hinblick auf künftige Erweiterungen und das komplexe globale Umfeld gestärkt und optimiert werden müssen; in der Erwägung, dass die Erweiterung des Binnenmarkts ein erhebliches Potenzial für Wirtschaftswachstum in der EU und für die Stärkung ihrer geoökonomischen Position mit sich bringt;

K. in der Erwägung, dass im Draghi-Bericht auch berücksichtigt wird, dass das nationale Vetorecht von mehreren Regierungen instrumentalisiert wird, um das Handeln durch die Beschlussfassung zu verzögern oder zu verwässern; in der Erwägung, dass in dem Bericht jedoch auch betont wird, dass eine Stärkung der EU zwar Vertragsänderungen erfordert, aber durch gezielte Anpassungen viel erreicht werden kann; in der Erwägung, dass in dem Bericht daher der Standpunkt vertreten wird, dass eine neue Industriestrategie für Europa von gleichzeitigen Verbesserungen des institutionellen Gefüges und der Arbeitsweise der EU flankiert werden muss;

L. in der Erwägung, dass im Draghi-Bericht hervorgehoben wird, dass das Beschlussfassungsverfahren der EU vereinfacht werden muss, um die Verabschiedung von Maßnahmen zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit und des Wirtschaftswachstums der EU zu erleichtern sowie sicherzustellen, dass Beschlüsse rasch und effizient gefasst werden;

M. in der Erwägung, dass im Draghi-Bericht klargestellt wird, dass eine Stärkung des politischen und institutionellen Modells der EU innerhalb des bestehenden Rechtsrahmens möglich ist, indem gezielte Maßnahmen zur Straffung vorgenommen werden, ohne dass eine Vertragsänderung erforderlich ist; in der Erwägung, dass der Schwerpunkt bei solchen Maßnahmen laut dem Bericht auf die Deregulierung gelegt werden sollte, anstatt die Anzahl der EU-Vorschriften und -Verfahren zu erhöhen;

N. in der Erwägung, dass im Draghi-Bericht der digitale Wandel und die Entwicklung künstlicher Intelligenz (KI) als wichtige Triebfedern für die künftige Wettbewerbsfähigkeit Europas genannt werden; in der Erwägung, dass die EU bereits entscheidende Chancen der digitalen Revolution verpasst hat und bei KI-Fähigkeiten, Dateninfrastruktur und dem Ausbau von technologieintensiven Innovationen (Deep Tech) weiterhin hinter den weltweiten Spitzenreitern zurückliegt;

O. in der Erwägung, dass im Draghi-Bericht betont wird, dass die EU ihre strategische

Autonomie und ihre Verteidigungskapazitäten stärken muss, indem sie die Marktfragmentierung überwindet, die Interoperabilität verbessert und die europäische Verteidigungsindustrie konsolidiert; in der Erwägung, dass diese Sichtweise im Niinistö-Bericht ergänzt wird, indem betont wird, dass die Risikovorsorge, die Krisenreaktion und die Resilienz kritischer Infrastrukturen und Lieferketten verbessert werden müssen; in der Erwägung, dass in beiden Berichten hervorgehoben wird, dass eine überzeugende europäische Verteidigungsunion einen integrierten Steuerungsrahmen sowie kontinuierliche und koordinierte Investitionen auf EU-Ebene erfordert;

Allgemeine Erwägungen

1. begrüßt den Draghi-Bericht, seine Ergebnisse und seinen Aufruf zum Handeln; teilt die Einschätzung, dass Europa vor einer existenziellen Herausforderung steht, die beispiellose institutionelle Anstrengungen erfordert, um im sich derzeit rasch wandelnden geopolitischen Kontext wettbewerbsfähig zu bleiben und Wachstum zu erzielen; betont, dass eine solche Reaktion in der demokratischen Governance der Union, dem Mächtegleichgewicht zwischen den Organen und der Achtung der Verträge verankert sein muss; fordert eine erneuerte europäische Strategie, die es der Union ermöglicht, zeitnahe und wirksame Entscheidungen zu treffen, um ihre Wettbewerbsfähigkeit und Nachhaltigkeit sicherzustellen;

2. betont, dass die EU, wie im Draghi-Bericht dargelegt, dringend ihre institutionelle Governance verbessern muss; betont, dass diese Verbesserungen mit einer klaren und inklusiven Kommunikationsstrategie einhergehen sollten, die darauf abzielt, die Bürgerinnen und Bürger einzubeziehen und über die damit verbundenen Vorteile zu informieren, um für uneingeschränkten Rückhalt in der Öffentlichkeit zu sorgen und ein Zugehörigkeitsgefühl und eine gemeinsame Verantwortung zu fördern; betont, dass dies – zusammen mit der nötigen Abkehr von fragmentierten nationalen Ansätzen und Stärkung eines neu ausgerichteten, beschleunigten und vereinfachten Beschlussfassungsverfahrens auf EU-Ebene – die Union in die Lage versetzen wird, in ihrer wichtigsten Funktion, nämlich jener als wirklich globale Akteurin, effizienter und wirksamer zu handeln; erkennt an, wie wichtig es ist, Blockaden im Rat in mehreren Bereichen anzugehen; unterstützt alle Initiativen, die auf die Entwicklung eines wirksameren Beschlussfassungsverfahrens abzielen, das für die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der EU von entscheidender Bedeutung ist und bei dem die Grundsätze der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit gemäß Artikel 5 Absätze 3 und 4 EUV uneingeschränkt geachtet werden;

3. betont, dass die wichtigsten Bereiche, in denen strategische politische Reformen zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit der EU erforderlich sind, die Vollendung des europäischen Binnenmarkts, die Schaffung einer Spar- und Investitionsunion, die Verbesserung der Effizienz des EU-Haushalts sowie seiner Umsetzung, die Aufrechterhaltung eines hohen Niveaus des Sozialschutzes und der Sozial- und Arbeitnehmerrechte, die Vertiefung eines europäischen KI-Modells und des digitalen Wandels sowie die Entwicklung einer europäischen Energieunion und einer europäischen Verteidigungsunion sind;

4. betont, dass die strategischen politischen Reformen und die vorgeschlagenen Änderungen an der institutionellen Architektur der EU als untrennbar miteinander verbundene Aspekte betrachtet werden sollten, die zusammenhängend umgesetzt

werden müssen, um eine wettbewerbsfähigere EU zu fördern;

Neuausrichtung, Beschleunigung und Vereinfachung der Governance der EU

5. begrüßt die Bemühungen, die Arbeitsweise der EU durch strategische Prioritätensetzung und institutionelle Effizienz neu auszurichten und zu vereinfachen; fordert, dass die Handlungsfähigkeit der EU in den Bereichen gestärkt wird, in denen sie einen eindeutigen Mehrwert bietet, wobei die Grundsätze der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit zu wahren sind; betont, dass Vereinfachung, Subsidiarität und Verhältnismäßigkeit klügere und wirksamere Rechtsvorschriften ergeben müssen und nicht zu einem Rückzug aus Bereichen führen sollten, in denen Maßnahmen auf EU-Ebene erforderlich sind; betont, dass die der EU in den Verträgen übertragenen Zuständigkeiten angepasst werden müssen, damit wirksame Maßnahmen in Politikbereichen, die einer höheren wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit förderlich sind, umgesetzt werden können; betont, dass sich diese Vereinfachung und Neuausrichtung auch in einem effizienteren und schlankeren institutionellen Gefüge niederschlagen müssen, einschließlich einer Umstrukturierung der Kommission und des Kollegiums der Kommissionsmitglieder, um die Wirksamkeit der EU und ihre Fähigkeit zur Bewältigung sich wandelnder Herausforderungen zu verbessern und ihre Rolle auf der Weltbühne zu stärken;

6. nimmt den von der Kommission vorgelegten Kompass für Wettbewerbsfähigkeit zur Kenntnis, der auf der Vision des Draghi-Berichts aufbaut und dessen Schwerpunkt auf dem Bedarf einer größeren strategischen Autonomie und Resilienz sowie der dringenden Notwendigkeit einer Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der EU auf der Grundlage von Nachhaltigkeit, Innovation, Energieversorgungssicherheit und sozialem, wirtschaftlichem und territorialem Zusammenhalt liegt; betont, dass der Schwerpunkt des Kompasses für Wettbewerbsfähigkeit auf regulatorischer Effizienz für die Förderung von Innovation, die Mobilisierung von Investitionen und die Ermöglichung eines nachhaltigen Wachstums von wesentlicher Bedeutung ist; unterstützt die Einführung von Instrumenten zur Bewertung der Auswirkungen neuer Vorschläge auf KMU sowie auf die Wettbewerbsfähigkeit und empfiehlt die regelmäßige Kontrolle von Fortschritten und die Förderung digitaler Lösungen zur Vereinfachung von Verwaltungsverfahren; betont, dass der Arbeitskräfte- und Fachkräftemangel, der eine strukturelle Herausforderung für die Wettbewerbsfähigkeit in den Mitgliedstaaten darstellt, angegangen werden muss; betont jedoch, dass der Kompass für Wettbewerbsfähigkeit durch Stärkung des institutionellen Gefüges der EU weiter verbessert werden muss;

7. begrüßt den Vorschlag, die Beschlussfassung der EU im Hinblick auf gezielte und strategische Prioritäten für die Wettbewerbsfähigkeit zu stärken; ist der Ansicht, dass jedes Instrument zur Koordinierung der Wettbewerbsfähigkeit als übergreifender institutioneller Rahmen dienen und es der EU ermöglichen sollte, nicht nur die Politik der EU und der Mitgliedstaaten zu koordinieren, sondern als eine Einheit zu handeln; betont, dass bei einem solchen Instrument der Kommission die Leitung und dem Europäischen Parlament und dem Rat die Überwachung obliegen sollte und das Instrument einer unabhängigen Bewertung hinsichtlich seiner Wirksamkeit und Transparenz sowie der Verwirklichung seiner Ziele unterzogen werden sollte; betont, dass die Zusammenarbeit mit den nationalen Parlamenten und Regulierungsbehörden notwendig ist, um die demokratische Legitimität sicherzustellen; betont, dass die Einbeziehung der Sozialpartner und Interessenträger Teil der Governance der EU sein

muss, um Teilhabe und Rechenschaftspflicht sicherzustellen;

8. begrüßt das Ziel, die Arbeit der EU zu beschleunigen, und bekräftigt seine Forderung nach Fortschritten hinsichtlich einer effizienteren Beschlussfassung, einschließlich erforderlichenfalls des Übergangs zur qualifizierten Mehrheitsentscheidung und zum ordentlichen Gesetzgebungsverfahren in zentralen Politikbereichen; stellt fest, dass in einigen Bereichen von maßgeblicher Bedeutung höhere Schwellenwerte für die Abstimmung angestrebt werden sollten; stellt fest, dass in der Vergangenheit Lösungen gefunden wurden, durch die Entscheidungen entschlossener gefällt wurden; hebt beispielsweise hervor, dass mit dem Vertrag von Amsterdam die Beschlussfassung mit qualifizierter Mehrheit eingeführt wurde, wobei auch die Möglichkeit einer konstruktiven Enthaltung in bestimmten Politikbereichen vorgesehen wurde;

9. fordert den Europäischen Rat nachdrücklich auf, die in den Entschließungen des Europäischen Parlaments vom 9. Juni 2022 und 22. November 2023 enthaltenen Vorschläge bezüglich der Einberufung eines Konvents gemäß dem in Artikel 48 EUV vorgesehenen ordentlichen Änderungsverfahren zu erörtern und, sofern möglich, gezielte Vertragsänderungen im Wege eines vereinfachten Änderungsverfahrens gemäß Artikel 48 Absatz 6 EUV in Erwägung zu ziehen, um grundlegende und dringende Reformen zu beschleunigen; weist erneut auf die Konferenz zur Zukunft Europas hin und fordert die Kommission und den Rat nachdrücklich auf, zeitnah konkrete Maßnahmen zu ergreifen, um diesen Empfehlungen nachzukommen; ist der Ansicht, dass die letzte Phase der Vorbereitung eines Kompromisses bezüglich des nächsten mehrjährigen Finanzrahmens als ein wichtiges Zeitfenster Gelegenheit bietet, intensiver an der Stärkung des institutionellen Gefüges der EU zu arbeiten;

10. verweist auf die Schlussfolgerungen der Konferenz zur Zukunft Europas, insbesondere auf die Notwendigkeit einer Reform der Verträge, und fordert die Kommission und den Rat nachdrücklich auf, zeitnah konkrete Maßnahmen zu ergreifen, um diesen Empfehlungen nachzukommen;

11. bekräftigt sein Engagement für eine Stärkung der Fähigkeit der EU, schnell und wirksam zu handeln und die Effizienz der Beschlussfassung in zentralen Politikbereichen zu erleichtern; bekräftigt seine Forderung, die Beschlussfassung mit qualifizierter Mehrheit sowie das ordentliche Gesetzgebungsverfahren auf zentrale Politikbereiche auszuweiten, wenn dies erforderlich ist, indem auf die in den Verträgen vorgesehenen Passerelle-Klauseln zurückgegriffen wird, um die Fähigkeit der EU zu schnellem und wirksamem Handeln zu verbessern;

12. fordert den Rat auf, in Fällen, in denen wichtige Entscheidungen für die EU insgesamt in zentralen Politikbereichen aufgrund des Einstimmigkeitsverfahrens nicht getroffen werden können, den Rückgriff auf die Verstärkte Zusammenarbeit gemäß Artikel 20 EUV in Erwägung zu ziehen; betont, dass die Verstärkte Zusammenarbeit auf den legitimen Bedürfnissen der Mitgliedstaaten in Fällen beruht, in denen die Ziele einer solchen Zusammenarbeit nicht innerhalb eines angemessenen Zeitraums von der Union als Ganzem erreicht werden können; hebt hervor, dass die Verstärkte Zusammenarbeit zwei wichtige Schutzmechanismen bietet, nämlich die Zustimmung des Europäischen Parlaments und die gerichtliche Überprüfung durch den Gerichtshof der Europäischen Union (EuGH), und dass Entscheidungen im Rahmen der Verstärkten Zusammenarbeit ein Vorschlag der Kommission zugrunde liegt; betont, dass das Hauptziel der Verstärkten Zusammenarbeit in der Vereinfachung der Beschlussfassung besteht;

empfiehlt den teilnehmenden Mitgliedstaaten, die in Artikel 333 AEUV verankerte spezifische Passerelle-Klausel zu aktivieren, um im Rahmen der Verstärkten Zusammenarbeit zur qualifizierten Mehrheit und zum ordentlichen Gesetzgebungsverfahren überzugehen; stellt fest, dass im Draghi-Bericht vorgeschlagen wird, dass in Fällen, in denen keine einstimmige Einigung über die Einführung der Beschlussfassung mit qualifizierter Mehrheit erzielt werden kann, die Mitgliedstaaten, die dazu bereit sind, auch den Rückgriff auf eine zwischenstaatliche Zusammenarbeit in Erwägung ziehen könnten;

13. betont, dass die Verbesserung des Beschlussfassungsverfahrens der EU eine entsprechende Ermächtigung des Europäischen Parlaments erfordert, durch die es mit dem Rat gleichgestellt wird, und fordert, dass die Rolle des Europäischen Parlaments im Rechtssetzungsverfahren gestärkt wird; bekräftigt seine Forderung, dass das Europäische Parlament das uneingeschränkte Recht der gesetzgeberischen Initiative erhält; betont, dass das Untersuchungsrecht des Europäischen Parlaments modernisiert werden muss, um die demokratische Kontrolle der EU-Exekutive zu stärken;

14. ist der Ansicht, dass Artikel 122 AEUV ein rasches Handeln der EU ausschließlich in Krisensituationen ermöglicht, betont jedoch, dass seine Anwendung einer strengen Kontrolle nicht nur durch den EuGH, sondern auch durch das Europäische Parlament bedarf; hebt hervor, dass eine enge Zusammenarbeit zwischen der Kommission, dem Europäischen Parlament und anderen einschlägigen Organen und Einrichtungen der EU sichergestellt werden muss; fordert, dass die Verfahren zur Aktivierung von Artikel 122 AEUV präzisiert und systematischer gestaltet werden, indem insbesondere beide gesetzgebenden Organe ermächtigt werden, über seine Aktivierung zu entscheiden;

15. betont im Hinblick auf künftige Erweiterungen der Union, dass der institutionelle und finanzielle Rahmen der EU dringend reformiert werden muss, damit er funktionsfähig, demokratisch und wettbewerbsfähig bleibt und neue Mitglieder aufgenommen werden können sowie deren erfolgreiche Integration gefördert werden kann; bekräftigt daher, dass die Erweiterung mit einer Stärkung der Governance der EU einhergehen muss; unterstützt den Dialog zwischen der EU und den Regierungen, Parlamenten und der Zivilgesellschaft der Bewerberländer über alle erwogene Vorschläge für Änderungen des institutionellen Gefüges der EU; erkennt die Bedeutung von Initiativen wie der Europäischen Politischen Gemeinschaft an, die eine politische Zusammenarbeit ermöglichen, zu regionalen Dialogen beitragen und die schrittweise Integration der Bewerberländer in die EU und ihre Politik erleichtern könnten, jedoch keine Alternative zur EU-Mitgliedschaft darstellen; betont, dass das Europäische Parlament regelmäßig über die Entwicklungen der Europäischen Politischen Gemeinschaft informiert und konsultiert werden sollte, um die demokratische Rechenschaftspflicht und die Kohärenz mit dem institutionellen Rahmen der EU sicherzustellen;

Effiziente EU-Governance in zentralen Politikbereichen

16. fordert die in den Artikeln 26 und 114 AEUV sowie im Artikel 3 Absatz 3 EUV verankerte Vollendung des europäischen Binnenmarkts, um dessen Potenzial voll auszuschöpfen, die verbleibenden Hürden abzubauen – etwa unlauteren internationalen Wettbewerb – und hohe Energiepreise, Qualifikations- und Arbeitskräftemangel, Schwierigkeiten beim Zugang zu Kapital, die fragmentierte Umsetzung von Rechtsvorschriften der EU, die unzureichende Unterstützung des grünen und des

digitalen Wandels und den hohen Verwaltungsaufwand für Bürgerinnen und Bürger sowie die Unternehmen zu überwinden und das Wirtschaftswachstum, den sozialen, wirtschaftlichen und territorialen Zusammenhalt sowie den kulturellen Austausch innerhalb der EU zu fördern; fordert die Entwicklung eines integrierten europäischen Kapitalmarkts, wie gemäß den Artikel 26 und 63 AEUV vorgesehen, mithilfe einer neu geschaffenen Spar- und Investitionsunion, indem auf der unvollendeten Kapitalmarktunion aufgebaut wird; fordert eine Stärkung der Europäischen Wertpapier- und Marktaufsichtsbehörde auf der Rechtsgrundlage des Artikels 114 AEUV, um die Aufsichtskonvergenz und die grenzübergreifende Koordinierung im Rahmen der Spar- und Investitionsunion zu erweitern; stellt fest, dass im Letta-Bericht die Bedeutung der Wirtschaftskraft des Binnenmarkts für die globalen und handelspolitischen Ambitionen der EU, unter anderem in den Wirtschaftsbeziehungen zu strategischen Partnern, anerkannt wird;

17. unterstützt die Hinzufügung einer „fünften Grundfreiheit“ zu den bestehenden vier Freiheiten, wie im Letta-Bericht vorgeschlagen, um Forschung, Innovation, Wissen und Bildung für Forscher, Innovatoren und Arbeitskräfte im Binnenmarkt zu fördern;

18. fordert die Kommission auf, dafür zu sorgen, dass künftige Initiativen zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der EU und zur Vertiefung des Binnenmarkts auf Maßnahmen beruhen, mit denen der soziale, wirtschaftliche und territoriale Zusammenhalt gemäß den Verträgen gestärkt wird; betont, dass institutionelle Mechanismen für Chancengleichheit und Solidarität sowie zur Verringerung von Ungleichheiten voll und ganz in das Governance-System der EU integriert sein müssen; bekräftigt seine Forderung, die Umsetzung und Überwachung der europäischen Säule sozialer Rechte über Strukturen für die Governance der EU zu stärken und damit den sozialen Fortschritt als eines der Kernelemente bei der Beschlussfassung der EU zu verankern;

19. bekräftigt, dass die Ziele des Binnenmarkts nicht nur mit dem Freizügigkeitsrecht der EU-Bürgerinnen und Bürger, sondern auch mit der im Letta-Bericht dargelegten „Freiheit zu bleiben“ im Einklang stehen sollten; fordert die Kommission auf, die Verantwortung für die „Freiheit zu bleiben“ einem Kommissionsmitglied zu übertragen, dessen Zuständigkeitsbereich die Kohäsionspolitik und die Dienstleistungen von allgemeinem Interesse abdeckt, und einen strukturierten Dialog zwischen dem Kommissionsmitglied und den regionalen Behörden der Mitgliedstaaten einzurichten, um sicherzustellen, dass die Politik in Bezug auf die „Freiheit zu bleiben“ angemessen den spezifischen Bedingungen der Regionen angepasst wird und um die sozioökonomische und kulturelle Diversität der Regionen der EU zu achten; erkennt an, dass die Förderung der Infrastrukturentwicklung, der Bildung von Gemeinschaften, der Schaffung von Arbeitsplätzen, des Zugangs zu öffentlichen Dienstleistungen und eines geeigneten Umfelds für Industrie und Investitionen eine wesentliche Grundlage dafür bildet, das Recht der Menschen, in ihren Regionen zu bleiben, aufrechtzuerhalten, und zur wirtschaftlichen Entwicklung und Wettbewerbsfähigkeit der EU beiträgt; hebt hervor, dass es wichtig ist, dass weiterhin ein erheblicher Teil des EU-Haushalts auf die Kohäsionspolitik entfällt, und dabei sichergestellt wird, dass damit wirksamer auf die Bedürfnisse der Regionen und Städte reagiert wird, auch durch die Bereitstellung eines direkteren Zugangs zu EU-Mitteln; betont, dass die Projekte im Rahmen der Kohäsionspolitik wirksamer und vor Ort sichtbarer durchgeführt werden müssen, damit sie zu greifbaren Ergebnissen führen, durch die das Zugehörigkeitsgefühl der Bürgerinnen und Bürger und ihre Unterstützung der EU-Integration gestärkt wird;

20. betont, dass die Union in strategischen Bereichen wirksamer agieren, die nationalen Anstrengungen ergänzen und eine Kombination aus EU-Mitteln und koordinierten Beiträgen unterstützend einsetzen sollte und durch ein solches Handeln die Wettbewerbsfähigkeit, die Innovation, die wirtschaftliche Widerstandsfähigkeit, der soziale und territoriale Zusammenhalt, die ökologische und energetische Nachhaltigkeit sowie die kollektive Sicherheit Europas gestärkt würden; betont vor dem Hintergrund der Ergebnisse des Draghi-Berichts die Notwendigkeit, offene und zukunftsorientierte Gespräche aufrechtzuerhalten und dabei die Erfahrungen mit „NextGenerationEU“ und die daraus gezogenen Lehren zu berücksichtigen; betont, wie wichtig es ist, Investitionsinstrumente auf EU-Ebene sowie Instrumente zur Finanzierung gemeinsamer strategischer Investitionen in europäische öffentliche Güter und Dienstleistungen zu schaffen und die Finanzierungsprogramme so anzupassen, dass die sich verändernde Dynamik des Handels und von Innovationen berücksichtigt wird; betont, dass echte neue EU-Eigenmittel von entscheidender Bedeutung dafür sind, dass das Europäische Parlament und der Rat flexible Haushaltspläne verabschieden können, um die EU zu befähigen, eigenständiger zu handeln und ihre Abhängigkeit von nationalen Beiträgen zu verringern; hebt hervor, dass etwa im Rahmen des CO_2-Grenzausgleichssystems, das von den Mitgliedstaaten in hohem Maße unterstützt wird, neue EU-Eigenmittel möglich wären; erinnert an den Standpunkt des Europäischen Parlaments in seinem Vorschlag für den Mehrjährigen Finanzrahmen 2028–2034 zur Notwendigkeit, über die selbst auferlegte Regel hinauszugehen, nach der der Umfang des langfristigen EU-Haushalts 1 % des aggregierten Bruttosozialprodukts der Mitgliedstaaten nicht überschreiten darf;

21. betont, dass der EU-Haushalt zur Erhaltung und Stärkung der globalen Wettbewerbsfähigkeit der EU vereinfacht werden sollte, um unnötigen Verwaltungsaufwand zu verringern, den Begünstigten den Zugang zu Mitteln zu erleichtern und dem Ziel der Stärkung des wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalts besser gerecht zu werden, indem sichergestellt wird, dass die Mittel diejenigen erreichen, die sie am dringendsten benötigen, insbesondere KMU, lokale Gemeinschaften und Akteure der Sozialwirtschaft, auch in ländlichen Gebieten, Randgebieten oder wirtschaftlich benachteiligten Gebieten; weist jedoch darauf hin, dass durch die Anstrengungen zur Vereinfachung des EU-Haushalts weder die Grundprinzipien des mehrjährigen Finanzrahmens der Union und seiner Programme beeinträchtigt werden dürfen noch die demokratische Kontrolle über ihre Umsetzung verringert werden darf; betont, dass diese Vereinfachung von starken Garantien für gleichberechtigten Zugang, Diskriminierungsfreiheit und wirksame Rechenschaftspflicht flankiert werden muss, wobei das Europäische Parlament während des gesamten Finanzierungszyklus die demokratische Kontrolle sicherstellt;

22. betont, dass die Klimaneutralitäts- und Nachhaltigkeitsziele in den institutionellen und Governance-Rahmen der EU integriert werden müssen, um die Ziele der EU im Bereich der Wettbewerbsfähigkeit zu erreichen; betont, dass bei Reformen die Bestimmungen des Vertrags, einschließlich Artikel 194 AEUV, geachtet werden müssen und durch die Einbeziehung des Europäischen Parlaments bei ihrer Gestaltung, Finanzierung und Kontrolle für eine ausgeprägte demokratische Legitimität gesorgt werden muss; betont, wie wichtig es ist, die interinstitutionelle Koordinierung zu stärken und sicherzustellen, dass Beschlüsse in diesem Bereich einer wirksamen parlamentarischen Kontrolle unterliegen, wodurch die demokratischen Grundlagen der Union gestärkt werden;

23. fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, angesichts der bestehenden geopolitischen Herausforderungen eine echte europäische Verteidigungsunion zu schaffen und die Investitionen der europäischen Verteidigungsindustrie zu fördern, insbesondere durch den Rückgriff auf wirklich europäische Instrumente mit neuen Finanzmitteln in Verbindung mit einem vollständigen Verteidigungsprogramm, unter anderem gegen hybride Angriffe, wobei sicherzustellen ist, dass die Planung, Entwicklung, Beschaffung und Verwaltung von Fähigkeiten in Gruppen aus einer erheblichen Anzahl von Mitgliedstaaten gemeinsam erfolgt; fordert die Kommission auf, die Kohärenz zwischen bestehenden und künftigen Instrumenten, auch auf Ebene der Governance, zu verbessern, um eine wirksame demokratische Kontrolle der neuen Verteidigungsunion sicherzustellen; fordert die EU auf, die Marktfragmentierung im Einklang mit den Empfehlungen des Draghi-Berichts, des Letta-Berichts und des Niinistö-Berichts zu überwinden, indem sie einen Binnenmarkt für Verteidigung schafft, in dem verbindliche gemeinsame Regeln gelten; stellt fest, dass solche gemeinsamen Regeln einen lauteren Wettbewerb gewährleisten und die gegenseitige Zertifizierung von Verteidigungsgütern erleichtern sowie zugleich die vollständige Interoperabilität und Austauschbarkeit sicherstellen, Größenvorteile mit sich bringen und Fähigkeiten und Ressourcen verbessern würden; fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, Verteidigungsinvestitionen in ein umfassenderes Sicherheitskonzept zu integrieren, das auch gemeinsame europäische Initiativen umfasst, insbesondere europäische Verteidigungsvorhaben von gemeinsamem Interesse, dadurch kritische Infrastrukturen sowie Fortschritte bei Projekten im Bereich der Forschung und Entwicklung zu stärken und somit hochwertige Arbeitsplätze zu schaffen und zu fördern; fordert den Europäischen Rat auf, sich auf die Aktivierung von Artikel 42 Absatz 2 EUV zu einigen, um eine Gemeinsame Verteidigungspolitik der Union festzulegen; betont, dass die neue Verteidigungsunion die NATO ergänzen muss, jedoch nicht ersetzen darf; nimmt zur Kenntnis, dass die Mitgliedstaaten mit der schrittweisen Festlegung der europäischen Verteidigungspolitik begonnen und zugleich die Europäische Verteidigungsagentur (EDA) eingerichtet und die Ständige Strukturierte Zusammenarbeit (SSZ) aufgenommen haben; fordert die Mitgliedstaaten auf, weiter an der schrittweisen Festlegung einer europäischen Verteidigungsunion mit einer gemeinsamen Verteidigung zu arbeiten; weist darauf hin, dass die Einrichtung des Anschubfonds, die EDA und die SSZ sowie die Verwendung des EU-Haushalts der Beschlussfassung mit qualifizierter Mehrheit unterliegen; weist darauf hin, dass auch eine Gruppe von Mitgliedstaaten gemäß Artikel 44 EUV beschließen kann, die Beschlussfassung mit qualifizierter Mehrheit anzuwenden;

24. betont, dass die Stärkung der KI-Governance im Einklang mit dem regelbasierten Ansatz der EU auf Transparenz, dem Schutz der Grundrechte und der Wahrung des öffentlichen Interesses beruhen muss; fordert die Kommission auf, die Rolle des bestehenden Europäischen Büros für Künstliche Intelligenz zu stärken; begrüßt den Aktionsplan für den KI-Kontinent, der die Entwicklung eines KI-Modells der EU auf der Grundlage der Zusammenarbeit von öffentlichen und privaten Akteuren vorsieht;

°

° °

25. beauftragt seine Präsidentin, diese Entschließung dem Rat, der Kommission und dem Europäischen Rat sowie den Regierungen und Parlamenten der Mitgliedstaaten zu übermitteln.

Europäisches Parlament
2024-2029

ANGENOMMENE TEXTE

P10_TA(2025)0286

Auswirkungen der künstlichen Intelligenz auf den Finanzsektor

Entschließung des Europäischen Parlaments vom 25. November 2025 zu den Auswirkungen der künstlichen Intelligenz auf den Finanzsektor (2025/2056(INI))

Das Europäische Parlament,

– unter Hinweis auf die Mitteilung der Kommission vom 9. April 2025 mit dem Titel „Aktionsplan für den KI-Kontinent“ (COM(2025)0165),

– unter Hinweis auf die Mitteilung der Kommission vom 24. September 2020 über eine Strategie für ein digitales Finanzwesen in der EU (COM(2020)0591),

– unter Hinweis auf den Bericht der Europäischen Wertpapier- und Marktaufsichtsbehörde (ESMA) vom 25. Februar 2025 mit dem Titel „Artificial intelligence in EU investment funds: adoption, strategies and portfolio exposures“ (Künstliche Intelligenz in Investitionsfonds in der EU: Verbreitung, Strategien und Portfoliorisiken),

– unter Hinweis auf die öffentliche Erklärung der ESMA vom 30. Mai 2024 zur Nutzung von künstlicher Intelligenz (KI) bei der Erbringung von Anlagedienstleistungen für Kleinanleger,

– unter Hinweis auf den Bericht der Europäischen Aufsichtsbehörde für das Versicherungswesen und die betriebliche Altersversorgung (EIOPA) vom 10. Februar 2025 mit dem Titel „Impact Assessment of EIOPA’s Opinion on AI governance and risk management“ (Folgenabschätzung zur Stellungnahme der EIOPA zur Steuerung von KI und zum Management der damit verbundenen Risiken),

– unter Hinweis auf den Bericht der EIOPA vom 30. April 2024 mit dem Titel „Report on the digitalisation of the European insurance sector“ (Bericht über die Digitalisierung der Versicherungsbranche in Europa),

– unter Hinweis auf den Bericht der Europäischen Bankenaufsichtsbehörde (EBA) vom 29. November 2024 mit dem Titel „Risk Assessment Questionnaire (RAQ) – Autumn 2024“ (Risikobewertungsfragebogen – Herbst 2024),

www.parlament.gv.at

– unter Hinweis auf den Bericht der EBA vom 4. August 2023 mit dem Titel „Machine learning for internal ratings-based models“ (Maschinelles Lernen für auf internen Ratings basierende Modelle),

– unter Hinweis auf den Artikel von Elizabeth McCaul, Mitglied des Aufsichtsgremiums der Europäischen Zentralbank (EZB), vom 26. Februar 2024 mit dem Titel „From data to decisions: AI and supervision“ (Von Daten zu Beschlüssen: KI und Aufsicht),

– unter Hinweis auf die Veröffentlichung der EZB vom 7. Mai 2024 mit dem Titel „The rise of artificial intelligence: benefits and risks for financial stability“ (Der Aufstieg künstlicher Intelligenz: Vorteile und Risiken in Bezug auf die Finanzstabilität),

– unter Hinweis auf die Arbeitsunterlage der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung vom 15. Dezember 2023 mit dem Titel „Generative Artificial Intelligence in finance“ (Generative künstliche Intelligenz im Finanzbereich),

– unter Hinweis auf den Bericht der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich vom 12. Dezember 2024 mit dem Titel „Regulating AI in the financial sector: recent developments and main challenges“ (Regulierung von KI im Finanzsektor: neue Entwicklungen und wichtigste Herausforderungen),

– unter Hinweis auf den Bericht der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich vom 13. Juni 2024 mit dem Titel „Intelligent financial system: how AI is transforming finance“ (Ein intelligentes Finanzsystem: Wie KI das Finanzwesen verändert),

– unter Hinweis auf den Bericht der hochrangigen Sachverständigengruppe für die G7 vom 19. Dezember 2024 mit dem Titel „Artificial Intelligence and Economic and Financial Policymaking“ (Künstliche Intelligenz und die Gestaltung der Wirtschafts- und Finanzpolitik),

– unter Hinweis auf den Bericht des Rats für Finanzstabilität vom 14. November 2024 mit dem Titel „The Financial Stability Implications of Artificial Intelligence“ (Die Auswirkungen künstlicher Intelligenz auf die Finanzstabilität),

– unter Hinweis auf die Verordnung (EU) 2024/1624 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 31. Mai 2024 zur Verhinderung der Nutzung des Finanzsystems für Zwecke der Geldwäsche oder der Terrorismusfinanzierung[1],

– unter Hinweis auf die Verordnung (EU) 2024/1689 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Juni 2024 zur Festlegung harmonisierter Vorschriften für künstliche Intelligenz und zur Änderung der Verordnungen (EG) Nr. 300/2008, (EU) Nr. 167/2013, (EU) Nr. 168/2013, (EU) 2018/858, (EU) 2018/1139 und (EU) 2019/2144 sowie der Richtlinien 2014/90/EU, (EU) 2016/797 und (EU) 2020/1828 (Verordnung über künstliche Intelligenz)[2],

– unter Hinweis auf die Verordnung (EU) 2022/2554 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. Dezember 2022 über die digitale operationale Resilienz im Finanzsektor und zur Änderung der Verordnungen (EG) Nr. 1060/2009, (EU)

1 ABl. L, 2024/1624, 19.6.2024, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2024/1624/oj.
2 ABl. L, 2024/1689, 12.7.2024, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2024/1689/oj.

Nr. 648/2012, (EU) Nr. 600/2014, (EU) Nr. 909/2014 und (EU) 2016/1011[3] (Rechtsakt über die digitale Betriebsstabilität),

– unter Hinweis auf die Verordnung (EU) 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. April 2016 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten, zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung der Richtlinie 95/46/EG (Datenschutz-Grundverordnung)[4],

– unter Hinweis auf die Richtlinie (EU) 2016/97 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Januar 2016 über Versicherungsvertrieb[5] (Versicherungsvertriebsrichtlinie),

– unter Hinweis auf die Verordnung (EU) Nr. 600/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Mai 2014 über Märkte für Finanzinstrumente und zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 648/2012[6] (Verordnung über Märkte für Finanzinstrumente),

– unter Hinweis auf die Richtlinie 2014/65/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Mai 2014 über Märkte für Finanzinstrumente sowie zur Änderung der Richtlinien 2002/92/EG und 2011/61/EU[7] (Richtlinie über Märkte für Finanzinstrumente),

– unter Hinweis auf die Verordnung (EU) Nr. 575/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Juni 2013 über Aufsichtsanforderungen an Kreditinstitute und Wertpapierfirmen und zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 648/2012[8] (Eigenmittelverordnung),

– unter Hinweis auf die Richtlinie 2013/36/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Juni 2013 über den Zugang zur Tätigkeit von Kreditinstituten und die Beaufsichtigung von Kreditinstituten und Wertpapierfirmen, zur Änderung der Richtlinie 2002/87/EG und zur Aufhebung der Richtlinien 2006/48/EG und 2006/49/EG[9] (Eigenmittelrichtlinie),

– unter Hinweis auf die Richtlinie 2011/61/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 8. Juni 2011 über die Verwalter alternativer Investmentfonds und zur Änderung der Richtlinien 2003/41/EG und 2009/65/EG und der Verordnungen (EG) Nr. 1060/2009 und (EU) Nr. 1095/2010[10] (Richtlinie über die Verwalter alternativer Investmentfonds),

– unter Hinweis auf die Richtlinie 2009/138/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. November 2009 über die Aufnahme und Ausübung der Versicherungs- und der Rückversicherungstätigkeit (Solvabilität II)[11],

---

3 ABl. L 333 vom 27.12.2022, S. 1, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2022/2554/oj.
4 ABl. L 119 vom 4.5.2016, S. 1, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2016/679/oj.
5 ABl. L 26 vom 2.2.2016, S. 19, ELI: http://data.europa.eu/eli/dir/2016/97/oj.
6 ABl. L 173 vom 12.6.2014, S. 84, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2014/600/oj.
7 ABl. L 173 vom 12.6.2014, S. 349, ELI: http://data.europa.eu/eli/dir/2014/65/oj.
8 ABl. L 176 vom 27.6.2013, S. 1, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2013/575/oj.
9 ABl. L 176 vom 27.6.2013, S. 338, ELI: http://data.europa.eu/eli/dir/2013/36/oj.
10 ABl. L 174 vom 1.7.2011, S. 1, ELI: http://data.europa.eu/eli/dir/2011/61/oj.
11 ABl. L 335 vom 17.12.2009, S. 1, ELI: http://data.europa.eu/eli/dir/2009/138/oj.

– unter Hinweis auf die Richtlinie 2009/65/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Juli 2009 zur Koordinierung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften betreffend bestimmte Organismen für gemeinsame Anlagen in Wertpapieren (OGAW)[12],

– unter Hinweis auf die Richtlinie (EU) 2015/2366 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. November 2015 über Zahlungsdienste im Binnenmarkt, zur Änderung der Richtlinien 2002/65/EG, 2009/110/EG und 2013/36/EU und der Verordnung (EU) Nr. 1093/2010 sowie zur Aufhebung der Richtlinie 2007/64/EG[13] (Zahlungsdiensterichtlinie),

– unter Hinweis auf seine Entschließung vom 3. Mai 2022 zur künstlichen Intelligenz im digitalen Zeitalter[14],

– gestützt auf Artikel 55 seiner Geschäftsordnung,

– unter Hinweis auf den Bericht des Ausschusses für Wirtschaft und Währung (A10-0225/2025),

A. in der Erwägung, dass mit der Verordnung der EU über künstliche Intelligenz der weltweit erste umfassende Rechtsrahmen für künstliche Intelligenz (KI) geschaffen wurde;

B. in der Erwägung, dass in Anhang III Nummer 5 Buchstaben b und c der Verordnung über künstliche Intelligenz zwei Anwendungsfälle mit hohem Risiko für den Finanzdienstleistungssektor definiert sind, nämlich die Verwendung von KI-Systemen für die Kreditpunktebewertung sowie die Bewertung der Kreditwürdigkeit von Verbrauchern und ihre Verwendung für Risikobewertungen und die Preisgestaltung von Lebens- und Krankenversicherungen;

C. in der Erwägung, dass ein KI-System in der Verordnung über künstliche Intelligenz als ein maschinengestütztes System definiert ist, das für einen in unterschiedlichem Grade autonomen Betrieb ausgelegt ist und das nach seiner Betriebsaufnahme anpassungsfähig sein kann und das aus den erhaltenen Eingaben für explizite oder implizite Ziele ableitet, wie Ausgaben wie etwa Vorhersagen, Inhalte, Empfehlungen oder Entscheidungen erstellt werden, die physische oder virtuelle Umgebungen beeinflussen können;

D. in der Erwägung, dass „KI-Modell mit allgemeinem Verwendungszweck“ als ein KI-Modell definiert ist – einschließlich KI-Modellen, die mit einer großen Datenmenge unter umfassender Selbstüberwachung trainiert werden –, das eine erhebliche allgemeine Verwendbarkeit aufweist und in der Lage ist, unabhängig von der Art und Weise seines Inverkehrbringens ein breites Spektrum unterschiedlicher Aufgaben kompetent zu erfüllen, und das in eine Vielzahl nachgelagerter Systeme oder Anwendungen integriert werden kann, ausgenommen KI-Modelle, die vor ihrem Inverkehrbringen für Forschungs- und Entwicklungstätigkeiten oder die Konzipierung von Prototypen eingesetzt werden;

---

12 ABl. L 302 vom 17.11.2009, S. 32, ELI: http://data.europa.eu/eli/dir/2009/65/oj
13 ABl. L 337 vom 23.12.2015, S. 35, ELI: http://data.europa.eu/eli/dir/2015/2366/oj.
14 ABl. C 465 vom 6.12.2022, S. 65.

E. in der Erwägung, dass Systeme, die zur Verbesserung der mathematischen Optimierung oder zur Beschleunigung und Annäherung herkömmlicher, etablierter Optimierungsmethoden wie Methoden der linearen oder logistischen Regression eingesetzt werden, nicht unter die Definition eines KI-Systems fallen;

Stand der KI-Einführung bei Finanzdienstleistungen

1. nimmt die breite und vielfältige Einführung von KI im Finanzdienstleistungssektor der EU zur Kenntnis, wo Finanzinstitute über einen längeren Zeitraum klassisches maschinelles Lernen genutzt haben und nun schrittweise den Einsatz generativer KI als Unterstützungsinstrument testen, einschließlich großer Sprachmodelle und anderer Basismodelle; betont, dass es bei den meisten derzeitigen KI-Anwendungsfällen darum geht, Back-Office-Prozesse zu optimieren, wobei die Anwendungen mehrheitlich einfacher Art und keine hochriskanten Innovationen sind; stellt jedoch fest, dass der Einsatz von KI zur Bewertung der Kreditwürdigkeit natürlicher Personen oder zur Ermittlung ihres Kreditwerts, der derzeit in der Verordnung über künstliche Intelligenz als hochriskant eingestuft wird, weitverbreitet ist und zunimmt; betont, dass der Einsatz vollständig autonomer KI-Systeme im Finanzsektor unter Aufsicht durch den Menschen erfolgen sollte[15]; stellt fest, dass Finanzinstitute weiterhin Anwendungsfälle im Zusammenhang mit KI-Modellen mit allgemeinem Verwendungszweck eruieren, deren größere Komplexität ein höheres operationelles Risiko und ein höheres Risiko hinsichtlich der Einhaltung der Vorschriften mit sich bringt, stellt jedoch auch fest, dass sich diese Anwendungen weitgehend in der Testphase befinden;

2. ist der Ansicht, dass künstliche Intelligenz den Finanzinstituten der EU eine große Chance bietet, innovativere Produkte zu entwickeln, Abläufe zu straffen und die Wettbewerbsfähigkeit auf globaler Ebene zu verbessern; hebt hervor, dass der Einsatz von KI bei Finanzdienstleistungen gesellschaftlichen Nutzen mit sich bringen kann, etwa durch wirksamere Aufdeckung und Vorbeugung von Betrug und Prüfungen zur Bekämpfung der Geldwäsche und in Bezug auf Sanktionen sowie in den Bereichen Kundenunterstützung, Transaktionsüberwachung, personalisierte Finanzberatung, Erhebung und Analyse von Umwelt-, Sozial- und Governancedaten sowie Berichterstattung darüber, Handelsmodelle und -strategien, Unterstützung bei der Einhaltung von Rechtsvorschriften, Marktüberwachung und Überwachung in Bezug auf Marktmissbrauch; ist der Ansicht, dass beim Einsatz von KI im Finanzsektor Ausgewogenheit zwischen Innovation und Wettbewerbsfähigkeit einerseits und Risikomanagement, Verbraucherschutz und Finanzstabilität andererseits erzielt werden sollte; betont, dass die Vorteile der Nutzung von KI bei Finanzdienstleistungen in erster Linie an die Endkunden weitergegeben werden sollten, z. B. durch niedrigere Preise, eine bessere Abdeckung, eine bessere Finanzberatung, mehr Inklusion im und einen besseren Zugang zum Finanzbereich und eine verbesserte Finanzkompetenz;

3. stellt fest, dass der Einsatz von KI bei Finanzdienstleistungen auch Risiken mit sich bringt; betont, dass sich diese Risiken vor dem jüngsten Durchbruch im Bereich der großen Sprachmodelle aus der Qualität, Genauigkeit und Repräsentativität der Daten ergaben, mit denen die Modelle trainiert wurden, da Ausgaben von KI, bei der es sich nicht um große Sprachmodelle handelt, nur so verlässlich sind wie die eingegebenen

---

15 Risikobewertungsfragebogen – Herbst 2024 der EBA; Bericht der EIOPA über die Digitalisierung der Versicherungsbranche in Europa; Bericht der EMSA zu dem Thema der künstlichen Intelligenz in Investitionsfonds.

Daten; betont, dass eine schlechte Datenqualität unter anderem zu diskriminierenden Ergebnissen, irreführenden Vertriebspraktiken und stärkeren systemischen Verzerrungen führen könnte, während undurchsichtige und komplexe Modelle zu Datenschutzverletzungen und zum Ausschluss schutzbedürftiger Verbraucher führen könnten, beispielsweise durch Preisdiskriminierung, wodurch bestehende Risiken verschärft werden oder neue entstehen; betont, dass große Sprachmodelle erhebliche zusätzliche Risiken mit sich bringen, die schwer zu messen sind, unter anderem Halluzinationen von Modellen selbst bei qualitativ hochwertigen Trainingsdaten; betont, dass solche Risiken und Ausgaben wirksam eingedämmt werden müssen; stellt fest, dass es weitere Herausforderungen im Zusammenhang mit Cybersicherheitslücken und der Erklärbarkeit von KI-Systemen gibt; betont daher, dass für eine zuverlässige Daten-Governance, gründliche Tests und die Dokumentation von KI-Modellen gesorgt, der Mensch nach wie vor am Ablauf beteiligt und beim Einsatz von KI-Systemen in Anwendungen mit direktem Kundenkontakt ein hoher Anspruch aufrechterhalten werden muss;

4. nimmt zur Kenntnis, dass Finanzinstitute bei der Entwicklung, Erprobung und Einführung von KI-Systemen einen genau zugeschnittenen Ansatz verfolgen, um die Einhaltung der bestehenden bereichsübergreifenden und branchenspezifischen Rechtsvorschriften sicherzustellen; betont, dass dieser umsichtige Ansatz möglicherweise auch durch eine noch nicht bekannte Kundennachfrage, sich wandelnde Kundenerwartungen und Risikoerwägungen bedingt ist, wie oben dargelegt;

5. hebt hervor, dass der Aufstieg der KI Herausforderungen für die Aufsichtsbehörden mit sich bringt, vor allem aufgrund des Mangels an KI-spezifischem Fachwissen und angemessenen Werkzeugen für die Aufsicht zur Bewertung von fortgeschrittenem maschinellem Lernen und generativen KI-Modellen; fordert die europäischen und nationalen Aufsichtsbehörden auf, sich an den zunehmenden Einsatz von KI bei Finanzdienstleistungen anzupassen und die Risiken für die Verbraucher und die Finanzstabilität zu überwachen, zu bewerten und zu mindern, wobei darauf zu achten ist, dass nicht durch unverhältnismäßige Befolgungslasten oder übermäßig präskriptive Regulierungsansätze von Innovationen abgeschreckt wird;

6. stellt fest, dass die Konzentration bei KI-Dienstleistern, die Anlageberatung anbieten, zu Herdenverhalten aufgrund von ähnlichen Modellen und begrenzten Datenquellen führen kann; fordert die europäischen und nationalen Aufsichtsbehörden nachdrücklich auf, diese Risiken und die Finanzinstitute zu überwachen, um ihnen bei der Entwicklung von Instrumenten im KI-Bereich Rechnung zu tragen;

7. stellt fest, dass die Finanzakteure der EU bei der Aufnahme und Entwicklung ihrer KI-Modelle von externen Technologieanbietern abhängig sind, die ihre KI-Modelle hosten und entwickeln, und hebt hervor, dass die Mehrheit der Finanzunternehmen für diese Dienstleistungen auf nur wenige externe Technologieanbieter angewiesen ist, was zu einem Konzentrationsrisiko führen und die Verhandlungsposition der Finanzinstitute bei der Aushandlung oder Änderung von Vertragsklauseln über KI-Dienste schwächen kann; weist warnend darauf hin, dass die Abhängigkeit von einer geringen Anzahl von Anbietern eines bestimmten Dienstes zu systemischen Risiken im Falle von Störungen führen könnte, insbesondere wenn keine rasche Migration zu alternativen Anbietern möglich ist;

8. stellt fest, dass Finanzinstitute gemäß der kürzlich erlassenen Verordnung über die

digitale operationale Resilienz im Finanzsektor (DORA) verpflichtet sind, Maßnahmen zur Minderung des Konzentrationsrisikos zu ergreifen, das sich aus externen Technologieanbietern im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) ergibt, einschließlich Notfallplänen und Vorkehrungen zur Gewährleistung der Betriebskontinuität; fordert die Kommission und die europäischen Aufsichtsbehörden auf, insbesondere zu prüfen, ob es umsetzbar ist, Ausstiegsstrategien und Übergangsbestimmungen gemäß DORA auf KI-Modelle anzuwenden, die von der Infrastruktur von externen Technologieanbietern gehostet werden, insbesondere mit Blick darauf, dass sich KI-Dienste in erheblichem Umfang auf externe Technologieanbieter in Drittstaaten stützen;

9. betont, dass Unternehmen in der EU in der Lage sein müssen, die bestehende Cloud-Infrastruktur für die Entwicklung und die Einführung von KI zu nutzen; fordert, aktiv nach Möglichkeiten zu suchen, die Kompatibilität und Interoperabilität von KI-Modellen und Rahmen für die Einhaltung der Vorschriften mit denen von gleichgesinnten internationalen Partnern zu stärken, insbesondere derjenigen, die gleichermaßen robuste regulatorische Schutzvorkehrungen bieten wollen, um sicherzustellen, dass die Finanzinstitute der EU weiterhin Zugang zu KI-Instrumenten und -Anbietern haben, und um ausgewogene globale Standards zu gestalten und zugleich die Rechtssicherheit für europäische Unternehmen zu wahren;

10. unterstützt Initiativen zur Förderung der KI- und Cloud-Entwicklung in der EU, insbesondere mit Blick auf die Entwicklung von KI-Diensten, die uneingeschränkt mit den EU-Rahmen für den Datenschutz und die Grundrechte im Einklang stehen, und die gleichzeitige Stärkung der strategischen Autonomie und Resilienz;

Regelungsumfeld in Bezug auf KI im Bereich Finanzdienstleistungen

11. betont, dass der Finanzdienstleistungssektor stark reguliert ist und zahlreichen branchenspezifischen Rechtsvorschriften sowohl auf nationaler Ebene als auch auf Ebene der EU unterliegt, mit denen die Akteure zum Risikomanagement in einer Vielzahl von Bereichen verpflichtet werden, darunter Datenschutz, Nachvollziehbarkeit der Datenflüsse, Datenqualität, Daten-Governance, operationale Resilienz, Auslagerung, Modellrisiken, diskriminierungsfreie Ergebnisse sowie Markt- und Kreditrisiko, die zusammen den Rahmen für die Einführung und Steuerung von KI im Finanzdienstleistungssektor[16] bilden; betont jedoch, wie wichtig es ist, etwaige Regulierungslücken und sich weiterentwickelnde Anwendungsfälle von KI im Finanzwesen kontinuierlich zu überwachen, insbesondere mit Blick auf den Schutz der Verbraucherrechte und des Rechts auf Privatsphäre;

12. stellt fest, dass auf EU-Ebene bei der KI-Regulierung ein in höherem Maße risikobasierter Ansatz verfolgt wird als in anderen Rechtsordnungen; betont, dass dies

---

16 Bemerkenswerte Beispiele für einschlägige branchenspezifische Rechtsvorschriften sind unter anderem die Eigenmittelverordnung, die Eigenkapitalrichtlinie, die Richtlinie „Solvabilität II“, die Versicherungsvertriebsrichtlinie, die Verordnung über Märkte für Finanzinstrumente, die Richtlinie über Märkte für Finanzinstrumente, die Verordnung über die digitale operationale Resilienz im Finanzsektor, die Richtlinie über die Verwalter alternativer Investmentfonds, die OGAW-Richtlinie und die Zahlungsdiensterichtlinie sowie die dazugehörigen Leitlinien und technischen Regulierungsstandards der europäischen Aufsichtsbehörden.

zwar Herausforderungen hinsichtlich der Einführung und Entwicklung von KI im Bereich der Finanzdienstleistungen mit sich bringen kann, aber auch die Möglichkeit bietet, Vertrauen aufzubauen und Innovationen zu unterstützen, sofern der Rahmen so präzisiert und umgesetzt wird, dass Rechtssicherheit, Verhältnismäßigkeit und Marktvertrauen gefördert werden; stellt fest, dass die Verordnung über künstliche Intelligenz noch nicht vollständig umgesetzt ist und dass ihre praktischen Auswirkungen noch nicht bewertet wurden;

13. weist darauf hin, dass der Besitzstand im Bereich der Finanzdienstleistungen in der Verordnung über künstliche Intelligenz ausdrücklich berücksichtigt wird und die Verordnung darauf abzielt, Dopplungen bei den Anforderungen zu unterbinden, insbesondere hinsichtlich interner Governance- und Qualitätsmanagementprozesse, indem begrenzte Ausnahmen für Finanzinstitute zugelassen werden, sofern nach den EU-Rechtsvorschriften über Finanzdienstleistungen gleichwertige Anforderungen bestehen; bringt seine Besorgnis darüber zum Ausdruck, dass es dennoch regulatorische Überschneidungen und unzureichende Leitlinien für die Auslegung dieser regulatorischen Überschneidungen und Wechselwirkungen gibt und deshalb die Komplexität, der Befolgungsaufwand und die Rechtsunsicherheit zu hoch sind, wodurch die Einführung von KI im Finanzdienstleistungssektor behindert wird; betont, wie wichtig es ist, einen rechtlichen, regulatorischen und administrativen Rahmen zu gewährleisten, der auf Sicherheit, Berechenbarkeit und Stabilität beruht; stellt fest, dass eine weit gefasste Auslegung der Verordnung über künstliche Intelligenz – anstelle einer verhältnismäßigen Auslegung – die Gefahr birgt, dass Finanzinstitute unangemessene Anforderungen hinsichtlich der Einhaltung der Vorschriften erfüllen müssen und dies zu Rechtsunsicherheit führt; erkennt die Herausforderung an, die sich daraus ergibt, dass die Aufsichtsbehörden in Bezug auf die Anwendung des Besitzstands unterschiedliche rechtliche Auslegungen verfolgen und unterschiedliche Erwartungen hegen, was zu einer Fragmentierung des Binnenmarkts führt; fordert die Kommission und die zuständigen nationalen Behörden auf, jegliche Unstimmigkeiten, die sich im Rahmen der Umsetzung der Verordnung über künstliche Intelligenz und im Rahmen des anstehenden Omnibus für ein Digitalpaket ergeben, zu ermitteln und zu beheben;

14. unterstützt die in der Verordnung über künstliche Intelligenz ausgesprochene Empfehlung, zuständige Finanzbehörden als Marktüberwachungsbehörden für bei Finanzdienstleistungen eingesetzte KI-Systeme zu benennen, bei denen das Risiko als hoch eingestuft wird; stellt jedoch fest, dass andere zuständige nationale Behörden für die Überwachung von KI-Systemen zuständig sein werden, bei denen das Risiko nicht hoch ist; erkennt die Herausforderungen an, die sich daraus ergeben, dass mehrere Aufsichtsbehörden Zuständigkeiten für die Anwendung des Besitzstands haben; erkennt ferner die Herausforderungen an, die sich aus den unterschiedlichen Rechtsauslegungen und Erwartungen der verschiedenen Aufsichtsbehörden ergeben, die zu einer Fragmentierung des Binnenmarkts führen könnten;

15. fordert die Aufsichtsbehörden auf, die Koordinierung, die Zusammenarbeit und den Informationsaustausch zu verstärken, um Überschneidungen bei Zuständigkeitsansprüchen zu vermeiden; fordert die Kommission und die Aufsichtsbehörden darüber hinaus nachdrücklich auf, die Zusammenarbeit mit internationalen Partnern in globalen Foren für Normensetzung zu stärken, um für eine Angleichung zu sorgen und eine Fragmentierung der Regulierungssätze zu vermeiden sowie sicherzustellen, dass die EU Schritt hält und sich den globalen regulatorischen

Entwicklungen anpasst;

16. stellt fest, dass durch die Datenschutz-Grundverordnung und die darin enthaltenen Anforderungen in Bezug auf Datensparsamkeit, Zweckbindung, Einwilligung der Kunden und Verarbeitung personenbezogener Daten durch Finanzinstitute die Nutzung der KI im Bereich Finanzdienstleistungen eingeschränkt wird; ist der Ansicht, dass ein ausgewogenes Verhältnis zwischen der Nutzung der Vorteile des Einsatzes von KI bei Finanzdienstleistungen und dem Schutz der Daten der Verbraucher erforderlich ist;

Empfehlungen zur Sicherstellung einer verantwortungsvollen Nutzung der KI im Bereich der Finanzdienstleistungen

17. bedauert, dass die EU bei KI-Innovationen und -Investitionen Aufholbedarf hat, wie sich in dem Risikokapital in Höhe von 33 Mrd. EUR zeigt, das EU-Unternehmen, die Basismodelle entwickelt haben, zwischen 2018 und 2023 erhalten haben, während die US-amerikanischen Pendants mehr als 120 Mrd. EUR erhalten haben[17]; ist der Ansicht, dass der Finanzdienstleistungssektor, in dem die Ausgaben für IKT-Dienstleistungen und -Produkte am höchsten sind, potenziell als Katalysator bei der Mobilisierung privater Investitionen in KI wirken kann; fordert vor dem Hintergrund schleppender KI-Investitionen im Finanzsektor in der EU einen ambitionierten Vorschlag, um der europäischen Risikokapital-Szene als Teil der Spar- und Investitionsunion einen Impuls zu geben;

18. fordert die Kommission auf, in Konsultation mit den europäischen und nationalen Aufsichtsbehörden und Interessenträgern entwickelte, klare und praktische Leitlinien für die Anwendung der bestehenden Rechtsvorschriften für Finanzdienstleistungen in Bezug auf den Einsatz von KI bereitzustellen; ist der Ansicht, dass mit solchen Leitlinien der Einsatz von KI im Finanzdienstleistungssektor auch auf ethische, verantwortungsbewusste und transparente Art und Weise ermöglicht werden sollte; fordert kohärente Begriffsbestimmungen und die Vereinfachung des Regelungsrahmens, um Dopplungen bei den Anforderungen, einschließlich der Anforderungen an die Berichterstattung über Risikobewertungen, zu vermeiden, und warnt vor einem Pauschalansatz, der kleinere und mittlere Finanzinstitute unverhältnismäßig belastet; betont, dass ein ausgewogenes Verhältnis zwischen dem verantwortungsbewussten Einsatz von KI und genügend Spielraum für Innovation notwendig ist;

19. fordert die Kommission auf, zu prüfen, wie KI-gestützte Instrumente auf den Finanzmärkten eingesetzt werden können, etwa bei der Vermittlung, der Portfolioverwaltung und der Automatisierung der Einhaltung der Vorschriften, um zu den Zielen der Spar- und Investitionsunion beizutragen, unter anderem durch die Unterstützung von Kleinanlegern bei fundierten Anlageentscheidungen, die Verbesserung der Finanzbildung, die Förderung von Innovationen in den Unternehmen, die Verringerung der Marktfragmentierung und die Sicherstellung eines sicheren Umfelds für die Verbraucher; betont, dass die Verwirklichung dieser Ziele einen technologieneutralen Rechtsrahmen erfordert;

---

17 Christine Lagarde, „The transformative power of AI“ (Die transformative Macht der KI), 2025, https://www.ecb.europa.eu/press/key/date/2025/html/ecb.sp250401_1~d6c9d8df11.en.html.

20. ist der Ansicht, dass branchenspezifische Rechtsvorschriften zur Regulierung des Einsatzes von KI bei Finanzdienstleistungen weitgehend ausreichen, um den Einsatz von KI in ihrer derzeitigen Form abzudecken; betont, dass eine kontinuierliche Überwachung erfolgen sollte, um festzustellen, ob es bei den derzeitigen Rechtsvorschriften für Finanzdienstleistungen, die für den Einsatz von KI gelten, Überschneidungen oder Mängel gibt; betont, dass zusätzliche Rechtsvorschriften zu mehr Komplexität und Unsicherheit führen würden und dem Sektor letztlich die Vorteile aus der KI-Nutzung vorenthalten könnten; betont, dass kontinuierliche aufsichtliche Aufmerksamkeit, eine wirksame Durchsetzung und eine klare Zuweisung der Verantwortung für die Sicherstellung der Einhaltung, insbesondere in Szenarien, in denen der Einsatz von KI grenzüberschreitend erfolgt oder ausgelagert wird, und die Überwachung und Bewertung möglicher künftiger Lücken, die durch neue KI-Entwicklungen entstehen – wenn diese erhebliche Risiken für die Verbraucher und die Finanzstabilität mit sich bringen –, erforderlich sind, damit sich auf die derzeitigen Rahmen gestützt werden kann; empfiehlt der Kommission und den Mitgliedstaaten nachdrücklich, sich abzustimmen, damit es nicht zu Überregulierung bei den einschlägigen Rechtsvorschriften oder zur Entstehung neuer Hindernisse auf grenzüberschreitenden Märkten kommt; stellt fest, dass die Kommission gemäß der der Verordnung über künstliche Intelligenz die Liste der Hochrisiko-Anwendungen gemäß Anhang III der genannten Verordnung bewerten kann;

21. fordert die europäischen und nationalen Aufsichtsbehörden auf, die verantwortungsbewusste Einführung von KI zu unterstützen, indem sie eine kohärente Auslegung der derzeitigen Vorschriften und eine verhältnismäßige Anwendung fördern; ist der Ansicht, dass mit einer angemessenen Regulierung der Einführung von KI im Finanzdienstleistungssektor die verstärkte Nutzung von KI und das gesellschaftliche Vertrauen in KI unterstützt werden; betont, dass die Haltung und das Vorgehen der Aufsichtsbehörden genauso wichtig sind wie die Vorschriften selbst; empfiehlt, dass bei den Aufsichtsbemühungen greifbare operative Risiken, sofern diese festgestellt werden, Vorrang vor abstrakten oder theoretischen Bedenken haben und zugleich ein aktiver und verhältnismäßiger Ansatz für die Aufsicht aufrechterhalten wird, indem für Ausgewogenheit zwischen Innovation und Verbraucherschutz gesorgt wird, um unvorhergesehene Risiken zu bewältigen, die sich aus der zunehmenden Verbreitung von KI-Technologien ergeben; betont, wie wichtig es ist, KI-bezogene Risiken, einschließlich Risiken im Zusammenhang mit Undurchsichtigkeit, Marktkonzentration und dem Rückgang der Rechenschaftspflicht, die sich auf die Finanzstabilität auswirken könnten, wirksam zu überwachen und anzugehen;

22. fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, Marktzutrittsschranken für KI-gestützte innovative Finanzunternehmen innerhalb der EU abzubauen, unter anderem durch eine gestraffte Lizenzvergabe, grenzüberschreitende Scale-ups und die Einbeziehung in aufsichtliche Innovationszentren;

23. unterstützt die Erforschung der Umweltauswirkungen der Nutzung von KI mit Schwerpunkt auf der Ressourcenintensität und der langfristigen Nachhaltigkeit, um für mehr Transparenz zu sorgen und die Finanzinstitute dabei zu unterstützen, diese Aspekte und ihren eigenen ökologischen Fußabdruck zu bewerten;

24. ist der Ansicht, dass der zunehmende Einsatz von KI, der Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt für Finanzdienstleistungen haben könnte, eine ausgeprägte KI-Kompetenz, digitale Kompetenzen und die Einbeziehung von Talenten erfordert, die

sowohl durch Weiterbildungsinitiativen im öffentlichen Sektor als auch durch marktbasierte Lösungen unterstützt werden; unterstützt Bemühungen der Industrie und gezielte Initiativen, einschließlich öffentlich-private Partnerschaften und Umschulungsprogramme, um technische und ethische KI-Kompetenzen, insbesondere in Bezug auf Rechte und Risiken, unter den Arbeitskräften im Finanzbereich aufzubauen; betont, wie wichtig es ist, KI-Strategien zu entwickeln, die unter Sicherstellung sinnvoller menschlicher Aufsicht und Kontrolle sowohl die Produktivität steigern als auch die Anpassung, Weiterbildung und Umverteilung der Arbeitskräfte unterstützen; fordert, dass die Anforderungen in der Verordnung über künstliche Intelligenz an Finanzinstitute klarer formuliert werden, was die Erfüllung der Bestimmungen hinsichtlich der KI-Kompetenz betrifft; betont ferner, wie wichtig es ist, den gleichberechtigten Zugang zu KI-Instrumenten und -Diensten sicherzustellen und zu fördern, auch für Bevölkerungsgruppen mit geringeren Digitalkompetenzen;

25. fordert die Kommission und die europäischen und nationalen Aufsichtsbehörden auf, den Mehrwert von KI-spezifischen Reallaboren, Innovationszentren und grenzüberschreitenden Testumgebungen für Finanzdienstleistungen dabei zu bewerten, Experimente mit KI-gestützter Finanzinnovation zu ermöglichen, sowohl um Start-up-Unternehmen bei der Erprobung ihrer Produkte zu unterstützen, als auch um es etablierten Institutionen zu ermöglichen, eine neue Nutzung in einem kontrollierten Umfeld zu prüfen und gleichzeitig den Verbraucherschutz und die Marktintegrität zu wahren; ist der Ansicht, dass die strukturierte, überwachte Testumgebung geboten werden könnte, die erforderlich ist, um Innovationen und einen verantwortungsvollen Einsatz von KI im Finanzdienstleistungssektor zu erleichtern, wenn KI-Reallabore richtig genutzt werden; fordert die europäischen und nationalen Aufsichtsbehörden auf, die Aufsichtsinstrumente und -technologie durch den Einsatz von KI zu verbessern und sie in die alltäglichen Aufsichtstätigkeiten zu integrieren, um die Effizienz und Wirksamkeit der Finanzaufsicht zu verbessern; stellt fest, dass diese Instrumente dazu bestimmt sind, die Aufsicht durch den Menschen zu unterstützen und nicht zu ersetzen;

°

° °

26. beauftragt seine Präsidentin, diese Entschließung dem Rat und der Kommission sowie den Regierungen und Parlamenten der Mitgliedstaaten zu übermitteln.

ANGENOMMENE TEXTE

P10_TA(2025)0288

Genetisch veränderter Mais der Sorte DAS1131

Entschließung des Europäischen Parlaments vom 25. November 2025 zu dem Entwurf eines Durchführungsbeschlusses der Kommission über die Zulassung des Inverkehrbringens von Erzeugnissen, die genetisch veränderten Mais der Sorte DAS1131 enthalten, aus ihm bestehen oder aus ihm hergestellt werden, gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (D109630/01 – 2025/2893(RSP))

Das Europäische Parlament,

– unter Hinweis auf den Entwurf eines Durchführungsbeschlusses der Kommission über die Zulassung des Inverkehrbringens von Erzeugnissen, die gentechnisch veränderten Mais der Sorte DAS1131 enthalten, aus ihm bestehen oder aus ihm gewonnen werden, gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (D109630/01),

– gestützt auf die Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22. September 2003 über genetisch veränderte Lebensmittel und Futtermittel[1], insbesondere auf Artikel 7 Absatz 3 und Artikel 19 Absatz 3,

– unter Hinweis auf die Abstimmung vom 15. September 2025 in dem in Artikel 35 der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 genannten Ständigen Ausschuss für Pflanzen, Tiere, Lebensmittel und Futtermittel, aus der keine Stellungnahme hervorging, und die Abstimmung im Berufungsausschuss vom 21. Oktober 2025, aus der ebenfalls keine Stellungnahme hervorging,

– gestützt auf Artikel 11 der Verordnung (EU) Nr. 182/2011 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Februar 2011 zur Festlegung der allgemeinen Regeln und Grundsätze, nach denen die Mitgliedstaaten die Wahrnehmung der Durchführungsbefugnisse durch die Kommission kontrollieren[2],

1 ABl. L 268 vom 18.10.2003, S. 1, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2003/1829/oj.
2 ABl. L 55 vom 28.2.2011, S. 13, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2011/182/oj.

– unter Hinweis auf die am 5. Februar 2025 angenommene und am 19. März 2025 veröffentlichte Stellungnahme der Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA)[3],

– unter Hinweis auf seine früheren Entschließungen mit Einwänden gegen die Zulassung genetisch veränderter Organismen (GVO)[4],

---

[3] Wissenschaftliche Stellungnahme des Gremiums der EFSA für genetisch veränderte Organismen zur Bewertung von genetisch verändertem Mais der Sorte DAS1131 (Antrag GMFF-2021-1530), EFSA Journal 23 (2025), Nr. 3, 9282, https://doi.org/10.2903/j.efsa.2025.9282.

[4] In seiner achten Wahlperiode nahm das Europäische Parlament 36 Entschließungen und in seiner neunten Wahlperiode 38 Entschließungen an, in denen Einwände gegen die Zulassung von GVO erhoben wurden. Zudem hat das Parlament in seiner zehnten Wahlperiode die folgenden Entschließungen angenommen:
– Entschließung des Europäischen Parlaments vom 26. November 2024 zu dem Durchführungsbeschluss (EU) 2024/2628 der Kommission über die Erneuerung der Zulassung des Inverkehrbringens von Erzeugnissen, die genetisch veränderten Mais der Sorte MON 89034 × 1507 × NK603 enthalten, daraus bestehen oder daraus gewonnen werden, gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. C, C/2025/1797, 4.4.2025, ELI: http://data.europa.eu/eli/C/2025/1797/oj).
– Entschließung des Europäischen Parlaments vom 26. November 2024 zu dem Durchführungsbeschluss (EU) 2024/2627 der Kommission über die Zulassung des Inverkehrbringens von Erzeugnissen, die genetisch veränderte Baumwolle COT102 enthalten, aus ihr bestehen oder aus ihr hergestellt werden, gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. C, C/2025/1798, 4.4.2025, ELI: http://data.europa.eu/eli/C/2025/1798/oj).
– Entschließung des Europäischen Parlaments vom 26. November 2024 zu dem Durchführungsbeschluss (EU) 2024/2629 der Kommission zur Erneuerung der Zulassung des Inverkehrbringens von Erzeugnissen, die genetisch veränderten Mais der Sorte MON 89034 × 1507 × MON 88017 × 59122 und aus acht Unterkombinationen enthalten, daraus bestehen oder daraus hergestellt werden, gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. C, C/2025/1799, 4.4.2025, ELI: http://data.europa.eu/eli/C/2025/1799/oj).
– Entschließung des Europäischen Parlaments vom 26. November 2024 zu dem Durchführungsbeschluss (EU) 2024/1828 der Kommission zur Erneuerung der Zulassung für das Inverkehrbringen von Futtermitteln, die genetisch veränderten Mais MON 810 enthalten oder aus ihm bestehen, sowie von Lebens- und Futtermitteln, die aus diesem genetisch veränderten Mais gewonnen werden, gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates sowie zur Aufhebung des Durchführungsbeschlusses (EU) 2017/1207 der Kommission (ABl. C, C/2025/1800, 4.4.2025, ELI: http://data.europa.eu/eli/C/2025/1800/oj).
– Entschließung des Europäischen Parlaments vom 26. November 2024 zu dem Durchführungsbeschluss (EU) 2024/1822 der Kommission zur Zulassung des Inverkehrbringens von Erzeugnissen, die genetisch veränderten Mais der Sorte DP915635 enthalten, aus ihm bestehen oder aus ihm hergestellt werden, gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. C, C/2025/1801, 4.4.2025, ELI: http://data.europa.eu/eli/C/2025/1801/oj).

– gestützt auf Artikel 115 Absätze 2 und 3 seiner Geschäftsordnung,

– unter Hinweis auf den Entschließungsantrag des Ausschusses für Umwelt, Klima und Lebensmittelsicherheit,

A. in der Erwägung, dass am 17. Juni 2022 Corteva Agriscience Belgium B.V. mit Sitz in Belgien im Namen von Corteva Agriscience LLC mit Sitz in den Vereinigten Staaten bei der zuständigen niederländischen Behörde gemäß den Artikeln 5 und 17 der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 einen Antrag auf das Inverkehrbringen von Lebensmitteln, Lebensmittelzutaten und Futtermitteln stellte, die genetisch veränderten

---

– Entschließung des Europäischen Parlaments vom 26. November 2024 zu dem Durchführungsbeschluss (EU) 2024/1826 der Kommission zur Zulassung des Inverkehrbringens von Erzeugnissen, die genetisch veränderten Mais der Sorte DP23211 enthalten, aus ihm bestehen oder aus ihm hergestellt werden, gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. C, C/2025/1802, 4.4.2025, ELI: http://data.europa.eu/eli/C/2025/1802/oj).
– Entschließung des Europäischen Parlaments vom 26. November 2024 zu dem Durchführungsbeschluss (EU) 2024/2618 der Kommission zur Zulassung des Inverkehrbringens von Erzeugnissen, die genetisch veränderten Mais der Sorte DP202216 enthalten, aus ihm bestehen oder aus ihm hergestellt werden, gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. C, C/2025/1803, 4.4.2025, ELI: http://data.europa.eu/eli/C/2025/1803/oj).
– Entschließung des Europäischen Parlaments vom 26. November 2024 zu dem Entwurf eines Durchführungsbeschlusses der Kommission über die Zulassung des Inverkehrbringens von Erzeugnissen, die genetisch veränderten Mais der Sorte MON 94804 enthalten, aus ihm bestehen oder aus ihm hergestellt werden, gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. C, C/2025/1804, 4.4.2025, ELI: http://data.europa.eu/eli/C/2025/1804/oj).
– Entschließung des Europäischen Parlaments vom 12. Februar 2025 zu dem Entwurf eines Durchführungsbeschlusses der Kommission über die Zulassung des Inverkehrbringens von Erzeugnissen, die genetisch veränderten Mais der Sorte DP910521 enthalten, aus ihm bestehen oder aus ihm hergestellt werden, gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. C, C/2025/2246, 29.4.2025, ELI: http://data.europa.eu/eli/C/2025/2246/oj).
– Entschließung des Europäischen Parlaments vom 12. Februar 2025 zu dem Entwurf eines Durchführungsbeschlusses der Kommission über die Zulassung des Inverkehrbringens von Erzeugnissen, die genetisch veränderten Mais der Sorte MON 95275 enthalten, aus ihm bestehen oder aus ihm hergestellt werden, gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. C, C/2025/2247, 29.4.2025, ELI: http://data.europa.eu/eli/C/2025/2247/oj).
– Entschließung des Europäischen Parlaments vom 8. Mai 2025 zu dem Entwurf eines Durchführungsbeschlusses der Kommission über die Zulassung des Inverkehrbringens von Erzeugnissen, die genetisch veränderte Sojabohnen der Sorte MON 87705 × MON 87708 × MON 89788 enthalten, aus ihnen bestehen oder aus ihnen gewonnen werden, gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (P10_TA(2025)0106).
– Entschließung des Europäischen Parlaments vom 8. Oktober 2025 zu dem Durchführungsbeschluss der Kommission (EU) 2025/1898 vom 22. September 2025 zur Zulassung des Inverkehrbringens von Erzeugnissen, die genetisch veränderten Mais der Sorte DP51291 enthalten, aus ihm bestehen oder aus ihm hergestellt werden, gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (P10_TA(2025)0222).

Mais der Sorte DAS1131 (im Folgenden „genetisch veränderter Mais) enthalten, aus ihm bestehen oder aus ihm hergestellt werden (im Folgenden „Antrag“); in der Erwägung, dass der Antrag auch das Inverkehrbringen von Erzeugnissen, die den genetisch veränderten Mais enthalten oder aus ihm bestehen, für andere Verwendungszwecke als zur Verwendung als Lebens- und Futtermittel mit Ausnahme des Anbaus betraf;

B. in der Erwägung, dass der genetisch veränderte Mais das Cry1Da2-Protein zur Resistenz gegen bestimmte Schmetterlingsschädlinge und das DGT-28-EPSPS-Protein zur erhöhten Toleranz gegenüber Glyphosat-Herbiziden erzeugt;

C. in der Erwägung, dass nach wie vor Bedenken hinsichtlich der krebserzeugenden Wirkung von Glyphosat bestehen; in der Erwägung, dass die EFSA im November 2015 zu dem Schluss gelangte, dass Glyphosat wahrscheinlich nicht krebserzeugend sei, und die Europäische Chemikalienagentur im März 2017 folgerte, dass keine Klassifizierung erforderlich sei; in der Erwägung, dass das Internationale Krebsforschungszentrum – das spezialisierte Krebszentrum der Weltgesundheitsorganisation – Glyphosat hingegen 2015 als für den Menschen wahrscheinlich krebserzeugend eingestuft hat; in der Erwägung, dass das krebserzeugende Potenzial von Glyphosat in einer Reihe von aktuellen wissenschaftlichen Studien, die einer Peer-Review unterzogen wurden, bestätigt wurde[5];

D. in der Erwägung, dass die EFSA am 5. Februar 2025 eine befürwortende Stellungnahme abgegeben hat, in der sie zu dem Schluss kam, dass genetisch veränderter Mais genauso sicher ist wie das entsprechende herkömmliche Äquivalent; in der Erwägung, dass in dieser Stellungnahme nicht auf mehrere umfassendere ökologische, sozioökonomische und kumulative Auswirkungen eingegangen wurde, die nach Ansicht der EFSA nicht in ihren Zuständigkeitsbereich fallen;

E. in der Erwägung, dass die von der EFSA durchgeführte Risikobewertung keine langfristigen toxikologischen Studien oder detaillierten Analysen der kumulativen und kombinatorischen Auswirkungen, einschließlich möglicher Wechselwirkungen mit Rückständen von Pestiziden, die üblicherweise beim Anbau von Mais verwendet werden, umfasste;

F. in der Erwägung, dass die Feldversuche, die den Antrag stützen, unter begrenzten geografischen und klimatischen Bedingungen durchgeführt wurden, die nicht die gesamte Vielfalt der Maisanbaugebiete widerspiegeln, einschließlich derjenigen, die stark von klimawandelbedingten Stressfaktoren betroffen sind;

G. in der Erwägung, dass eine unabhängige Überwachung und Beobachtung potenzieller nachteiliger Auswirkungen auf die biologische Vielfalt, die Bodengesundheit, Bestäuber und Nichtzielorganismen nach wie vor nicht ausreichend gewährleistet ist;

---

[5] Siehe z. B.: https://www.sciencedirect.com/science/article/pii/S1383574218300887, https://academic.oup.com/ije/advance-article/doi/10.1093/ije/dyz017/5382278, https://journals.plos.org/plosone/article?id=10.1371/journal.pone.0219610, und https://www.ncbi.nlm.nih.gov/pmc/articles/PMC6612199/.

H. in der Erwägung, dass bislang keine Studien, die einer Peer-Review unterzogen wurden, zur Toxizität oder Wirkungsweise des Cry1Da2-Proteins vorliegen;

I. in der Erwägung, dass der in Artikel 191 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union verankerte Grundsatz der Vorsorge bei wissenschaftlicher Unsicherheit Anwendung finden sollte;

J. in der Erwägung, dass in der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 festgelegt ist, dass genetisch veränderte Lebens- oder Futtermittel keine nachteiligen Auswirkungen auf die Gesundheit von Mensch und Tier oder die Umwelt haben dürfen;

K. in der Erwägung, dass mit der Annahme des Entwurfs eines Durchführungsbeschlusses der Kommission Einfuhren von Erzeugnissen in die Union ermöglicht würden, die nicht den von den Landwirten in der Union eingehaltenen Standards entsprechen, wodurch diese im Wettbewerb benachteiligt würden;

L. in der Erwägung, dass das Parlament wiederholt betont hat, dass die Kommission GVO nicht zulassen sollte, wenn die Mitgliedstaaten im Ständigen Ausschuss für Pflanzen, Tiere, Lebensmittel und Futtermittel oder im Berufungsausschuss keine qualifizierte Mehrheit erzielen, damit dem anhaltenden Demokratiedefizit entgegengewirkt wird;

M. in der Erwägung, dass im Rahmen des Konzepts „Eine Gesundheit“ bei der Bewertung der langfristigen Nachhaltigkeit und Sicherheit von GVO die Wechselbeziehungen zwischen der Gesundheit von Menschen, Tieren, Pflanzen und der Umwelt berücksichtigt werden müssen;

1. vertritt die Auffassung, dass der Entwurf eines Durchführungsbeschlusses der Kommission über die in der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 vorgesehenen Durchführungsbefugnisse hinausgeht;

2. vertritt die Auffassung, dass der Entwurf eines Durchführungsbeschlusses der Kommission dem Unionsrecht insofern zuwiderläuft, als er nicht mit dem Ziel der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 vereinbar ist, das entsprechend den allgemeinen Grundsätzen der Verordnung (EG) Nr. 178/2002 des Europäischen Parlaments und des Rates[6] darin besteht, die Grundlage für ein hohes Schutzniveau für das Leben und die Gesundheit des Menschen, die Gesundheit und das Wohlergehen der Tiere, die Belange der Umwelt und die Interessen der Verbraucher im Zusammenhang mit genetisch veränderten Lebens- und Futtermitteln sicherzustellen und gleichzeitig das reibungslose Funktionieren des Binnenmarkts zu gewährleisten;

3. fordert die Kommission auf, ihren Entwurf eines Durchführungsbeschlusses zurückzuziehen;

4. fordert die Kommission auf, den genetisch veränderten Mais aufgrund fehlender ausreichender Nachweise über die langfristigen Auswirkungen auf die biologische

---

6 Verordnung (EG) Nr. 178/2002 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 28. Januar 2002 zur Festlegung der allgemeinen Grundsätze und Anforderungen des Lebensmittelrechts, zur Errichtung der Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit und zur Festlegung von Verfahren zur Lebensmittelsicherheit (ABl. L 31 vom 1.2.2002, S. 1, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2002/178/oj).

Vielfalt, die Lebensmittelsicherheit und die Lebensgrundlage der Landwirte im Einklang mit dem Konzept „Eine Gesundheit“ nicht zuzulassen;

5. fordert die Kommission auf, umgehend einen Gesetzgebungsvorschlag zur Überarbeitung des Beschlussfassungsverfahrens für GVO vorzulegen, um den ständigen Einwänden des Parlaments und der fehlenden qualifizierten Mehrheit unter den Mitgliedstaaten Rechnung zu tragen;

6. fordert die Kommission nachdrücklich auf, den Pflichten der Union gemäß internationalen Abkommen wie dem Übereinkommen von Paris, dem Übereinkommen der Vereinten Nationen über die biologische Vielfalt und den Zielen der Vereinten Nationen für nachhaltige Entwicklung Rechnung zu tragen;

7. beauftragt seine Präsidentin, diese Entschließung dem Rat und der Kommission sowie den Regierungen und Parlamenten der Mitgliedstaaten zu übermitteln.

Europäisches Parlament
2024-2029

ANGENOMMENE TEXTE

P10_TA(2025)0289

Genetisch veränderte Baumwolle der Sorte MON 88913

Entschließung des Europäischen Parlaments vom 25. November 2025 zu dem Entwurf eines Durchführungsbeschlusses der Kommission zur Erneuerung der Zulassung des Inverkehrbringens von Erzeugnissen, die genetisch veränderte Baumwolle der Sorte MON 88913 (MON-88913-8) enthalten, aus ihr bestehen oder aus ihr gewonnen werden, gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (D109631/01 – 2025/2894(RSP))

Das Europäische Parlament,

– unter Hinweis auf den Entwurf eines Durchführungsbeschlusses der Kommission zur Erneuerung der Zulassung des Inverkehrbringens von Erzeugnissen, die gentechnisch veränderte Baumwolle der Sorte MON 88913 (MON-88913-8) enthalten, aus ihr bestehen oder aus ihr gewonnen werden, gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (D109631/01),

– gestützt auf die Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22. September 2003 über genetisch veränderte Lebensmittel und Futtermittel[1], insbesondere auf Artikel 11 Absatz 3 und Artikel 23 Absatz 3,

– unter Hinweis auf die Abstimmung vom 15. September 2025 in dem in Artikel 35 der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 genannten Ständigen Ausschuss für Pflanzen, Tiere, Lebensmittel und Futtermittel, aus der keine Stellungnahme hervorging, und die Abstimmung im Berufungsausschuss vom 21. Oktober 2025, aus der ebenfalls keine Stellungnahme hervorging,

– gestützt auf Artikel 11 der Verordnung (EU) Nr. 182/2011 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Februar 2011 zur Festlegung der allgemeinen Regeln und Grundsätze, nach denen die Mitgliedstaaten die Wahrnehmung der Durchführungsbefugnisse durch die Kommission kontrollieren[2],

– unter Hinweis auf die am 26. März 2025 angenommene und am 13. Mai 2025 veröffentlichte Stellungnahme der Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit

1 ABl. L 268 vom 18.10.2003, S. 1, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2003/1829/oj.
2 ABl. L 55 vom 28.2.2011, S. 13, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2011/182/oj.

(EFSA)[3],

– unter Hinweis auf seine früheren Entschließungen mit Einwänden gegen die Zulassung genetisch veränderter Organismen (GVO)[4],

---

[3] Wissenschaftliche Stellungnahme des Gremiums der EFSA für genetisch veränderte Organismen zur Bewertung von genetisch veränderter Baumwolle der Sorte MON 88913 (Antrag GMFF-2023-21234), EFSA Journal 2025; 23(5):9377. https://doi.org/10.2903/j.efsa.2025.9377.

[4] In seiner achten Wahlperiode nahm das Europäische Parlament 36 Entschließungen und in seiner neunten Wahlperiode 38 Entschließungen an, in denen Einwände gegen die Zulassung von GVO erhoben wurden. Zudem hat das Parlament in seiner zehnten Wahlperiode die folgenden Entschließungen angenommen:
– Entschließung des Europäischen Parlaments vom 26. November 2024 zu dem Durchführungsbeschluss (EU) 2024/2628 der Kommission über die Erneuerung der Zulassung des Inverkehrbringens von Erzeugnissen, die genetisch veränderten Mais der Sorte MON 89034 × 1507 × NK603 enthalten, daraus bestehen oder daraus gewonnen werden, gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. C, C/2025/1797, 4.4.2025, ELI: http://data.europa.eu/eli/C/2025/1797/oj).
– Entschließung des Europäischen Parlaments vom 26. November 2024 zu dem Durchführungsbeschluss (EU) 2024/2627 der Kommission über die Zulassung des Inverkehrbringens von Erzeugnissen, die genetisch veränderte Baumwolle COT102 enthalten, aus ihr bestehen oder aus ihr hergestellt werden, gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. C, C/2025/1798, 4.4.2025, ELI: http://data.europa.eu/eli/C/2025/1798/oj).
– Entschließung des Europäischen Parlaments vom 26. November 2024 zu dem Durchführungsbeschluss (EU) 2024/2629 der Kommission zur Erneuerung der Zulassung des Inverkehrbringens von Erzeugnissen, die genetisch veränderten Mais der Sorte MON 89034 × 1507 × MON 88017 × 59122 und aus acht Unterkombinationen enthalten, daraus bestehen oder daraus hergestellt werden, gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. C, C/2025/1799, 4.4.2025, ELI: http://data.europa.eu/eli/C/2025/1799/oj).
– Entschließung des Europäischen Parlaments vom 26. November 2024 zu dem Durchführungsbeschluss (EU) 2024/1828 der Kommission zur Erneuerung der Zulassung für das Inverkehrbringen von Futtermitteln, die genetisch veränderten Mais MON 810 enthalten oder aus ihm bestehen, sowie von Lebens- und Futtermitteln, die aus diesem genetisch veränderten Mais gewonnen werden, gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates sowie zur Aufhebung des Durchführungsbeschlusses (EU) 2017/1207 der Kommission (ABl. C, C/2025/1800, 4.4.2025, ELI: http://data.europa.eu/eli/C/2025/1800/oj).
– Entschließung des Europäischen Parlaments vom 26. November 2024 zu dem Durchführungsbeschluss (EU) 2024/1822 der Kommission zur Zulassung des Inverkehrbringens von Erzeugnissen, die genetisch veränderten Mais der Sorte DP915635 enthalten, aus ihm bestehen oder aus ihm hergestellt werden, gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. C, C/2025/1801, 4.4.2025, ELI: http://data.europa.eu/eli/C/2025/1801/oj).
– Entschließung des Europäischen Parlaments vom 26. November 2024 zu dem Durchführungsbeschluss (EU) 2024/1826 der Kommission zur Zulassung des Inverkehrbringens von Erzeugnissen, die genetisch veränderten Mais der Sorte DP23211 enthalten, aus ihm bestehen oder aus ihm hergestellt werden, gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. C, C/2025/1802, 4.4.2025, ELI: http://data.europa.eu/eli/C/2025/1802/oj).

– gestützt auf Artikel 115 Absätze 2 und 3 seiner Geschäftsordnung,

– unter Hinweis auf den Entschließungsantrag des Ausschusses für Umwelt, Klima und Lebensmittelsicherheit,

A. in der Erwägung, dass mit dem Durchführungsbeschluss (EU) 2015/688 der Kommission vom 24. April 2015[5] das Inverkehrbringen von Erzeugnissen, die genetisch veränderte Baumwolle der Sorte MON 88913 (im Folgenden „genetisch veränderte Baumwolle“) enthalten, aus ihr bestehen oder aus ihr gewonnen werden, zugelassen wurde;

B. in der Erwägung, dass am 28. Februar 2024 Bayer Agriculture B.V. mit Sitz in Belgien im Namen von Bayer CropScience LP mit Sitz in den Vereinigten Staaten bei der Kommission gemäß den Artikeln 11 und 23 der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 einen Antrag auf Erneuerung dieser Zulassung stellte; in der Erwägung, dass sich die

---

– Entschließung des Europäischen Parlaments vom 26. November 2024 zu dem Durchführungsbeschluss (EU) 2024/2618 der Kommission zur Zulassung des Inverkehrbringens von Erzeugnissen, die genetisch veränderten Mais der Sorte DP202216 enthalten, aus ihm bestehen oder aus ihm hergestellt werden, gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. C, C/2025/1803, 4.4.2025, ELI: http://data.europa.eu/eli/C/2025/1803/oj).
– Entschließung des Europäischen Parlaments vom 26. November 2024 zu dem Entwurf eines Durchführungsbeschlusses der Kommission über die Zulassung des Inverkehrbringens von Erzeugnissen, die genetisch veränderten Mais der Sorte MON 94804 enthalten, aus ihm bestehen oder aus ihm hergestellt werden, gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. C, C/2025/1804, 4.4.2025, ELI: http://data.europa.eu/eli/C/2025/1804/oj).
– Entschließung des Europäischen Parlaments vom 12. Februar 2025 zu dem Entwurf eines Durchführungsbeschlusses der Kommission über die Zulassung des Inverkehrbringens von Erzeugnissen, die genetisch veränderten Mais der Sorte DP910521 enthalten, aus ihm bestehen oder aus ihm hergestellt werden, gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates, ABl. C, C/2025/2246, 29.4.2025, ELI: http://data.europa.eu/eli/C/2025/2246/oj).
– Entschließung des Europäischen Parlaments vom 12. Februar 2025 zu dem Entwurf eines Durchführungsbeschlusses der Kommission über die Zulassung des Inverkehrbringens von Erzeugnissen, die genetisch veränderten Mais der Sorte MON 95275 enthalten, aus ihm bestehen oder aus ihm hergestellt werden, gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. C, C/2025/2247, 29.4.2025, ELI: http://data.europa.eu/eli/C/2025/2247/oj).
– Entschließung des Europäischen Parlaments vom 8. Mai 2025 zu dem Entwurf eines Durchführungsbeschlusses der Kommission über die Zulassung des Inverkehrbringens von Erzeugnissen, die genetisch veränderte Sojabohnen der Sorte MON 87705 × MON 87708 × MON 89788 enthalten, aus ihnen bestehen oder aus ihnen gewonnen werden, gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (P10_TA(2025)0106).
– Entschließung des Europäischen Parlaments vom 8. Oktober 2025 zu dem Durchführungsbeschluss der Kommission (EU) 2025/1898 vom 22. September 2025 zur Zulassung des Inverkehrbringens von Erzeugnissen, die genetisch veränderten Mais der Sorte DP51291 enthalten, aus ihm bestehen oder aus ihm hergestellt werden, gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (P10_TA(2025)0222).

5 ABl. L 112 vom 30.4.2015, S. 26, ELI: http://data.europa.eu/eli/dec_impl/2015/688/oj.

Genehmigung auch auf das Inverkehrbringen von Erzeugnissen, die GV-Baumwolle enthalten oder aus ihr bestehen und bei denen es sich nicht um Lebens- oder Futtermittel handelt, für die gleichen Verwendungszwecke wie bei jeder anderen Baumwollsorte – mit Ausnahme des Anbaus – bezieht;

C. in der Erwägung, dass die EFSA am 26. März 2025 eine befürwortende Stellungnahme abgegeben hat, in der sie zu dem Schluss kam, dass der Antrag auf Erneuerung der Zulassung keine Nachweise für neue Gefahren, eine veränderte Exposition oder wissenschaftliche Unsicherheiten enthält, die die Schlussfolgerungen aus ihrer ursprünglichen Risikobewertung aus dem Jahr 2013 verändern würden;

D. in der Erwägung, dass die Bewertung der EFSA weder neue Studien zur Langzeitfütterung noch kumulative, kombinatorische oder indirekte Auswirkungen auf die Gesundheit von Mensch und Tier und die Umwelt umfasste;

E. in der Erwägung, dass genetisch veränderte Baumwolle herbizidtolerant ist; in der Erwägung, dass Glyphosat mit potenziellen endokrinschädigenden Wirkungen und anderen Umwelt- und Gesundheitsproblemen in Verbindung gebracht wird und gleichzeitig durch herbizidintensive landwirtschaftliche Verfahren zum Verlust der biologischen Vielfalt beiträgt;

F. in der Erwägung, dass nach wie vor Bedenken hinsichtlich der krebserregenden Wirkung von Glyphosat bestehen; in der Erwägung, dass die EFSA im November 2015 zu dem Schluss gelangte, dass Glyphosat wahrscheinlich nicht krebserregend sei, und die Europäische Chemikalienagentur im März 2017 folgerte, dass keine Klassifizierung erforderlich sei; in der Erwägung, dass das Internationale Krebsforschungszentrum – das spezialisierte Krebszentrum der Weltgesundheitsorganisation – Glyphosat hingegen im Jahr 2015 als für den Menschen wahrscheinlich krebserregend eingestuft hat; in der Erwägung, dass die Karzinogenität von Glyphosat in einer Reihe von aktuellen wissenschaftlichen und von Fachkollegen begutachteten Studien bestätigt wurde[6];

G. in der Erwägung, dass die Baumwollerzeugung, einschließlich genetisch veränderter herbizidtoleranter Sorten, mit einem hohen Einsatz von Pestiziden, negativen Auswirkungen auf die Boden- und Wasserqualität und sozioökonomischen Folgen für landwirtschaftliche Gemeinschaften einhergeht;

H. in der Erwägung, dass die unabhängige Überwachung und Beobachtung nach wie vor unzureichend ist, insbesondere im Hinblick auf die langfristigen Umweltauswirkungen auf Bestäuber, Bodenorganismen und Nichtzielarten;

I. in der Erwägung, dass in der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 festgelegt ist, dass genetisch veränderte Lebens- oder Futtermittel keine nachteiligen Auswirkungen auf die Gesundheit von Mensch und Tier oder die Umwelt haben dürfen;

J. in der Erwägung, dass das Konzept „Eine Gesundheit“ eine umfassende Bewertung der Zusammenhänge zwischen der Gesundheit von Mensch, Tier, Pflanzen und Umwelt

---

6 Siehe z. B.: https://www.sciencedirect.com/science/article/pii/S1383574218300887, https://academic.oup.com/ije/advance-article/doi/10.1093/ije/dyz017/5382278, https://journals.plos.org/plosone/article?id=10.1371/journal.pone.0219610 und https://www.ncbi.nlm.nih.gov/pmc/articles/PMC6612199/.

erfordert, was im Entwurf des Durchführungsbeschlusses der Kommission nicht berücksichtigt wird;

K. in der Erwägung, dass das Parlament wiederholt Einwände gegen die Zulassung oder Erneuerung von GVO in Fällen erhoben hat, in denen im Ständigen Ausschuss für Pflanzen, Tiere, Lebensmittel und Futtermittel oder im Berufungsausschuss keine qualifizierte Mehrheit durch die Mitgliedstaaten erzielt wurde, und dabei das anhaltende Demokratiedefizit im Zulassungsverfahren hervorgehoben hat;

1. vertritt die Auffassung, dass der Entwurf eines Durchführungsbeschlusses der Kommission über die in der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 vorgesehenen Durchführungsbefugnisse hinausgeht;

2. vertritt die Auffassung, dass der Entwurf eines Durchführungsbeschlusses der Kommission dem Unionsrecht insofern zuwiderläuft, als er nicht mit dem Ziel der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 vereinbar ist, das entsprechend den allgemeinen Grundsätzen der Verordnung (EG) Nr. 178/2002 des Europäischen Parlaments und des Rates[7] darin besteht, die Grundlage für ein hohes Schutzniveau für das Leben und die Gesundheit des Menschen, die Gesundheit und das Wohlergehen der Tiere, die Belange der Umwelt und die Interessen der Verbraucher in Zusammenhang mit genetisch veränderten Lebens- und Futtermitteln sicherzustellen und gleichzeitig das reibungslose Funktionieren des Binnenmarkts im Einklang mit dem Grundsatz der Vorsorge zu gewährleisten;

3. fordert die Kommission auf, ihren Entwurf eines Durchführungsbeschlusses zurückzuziehen;

4. fordert die Kommission auf, die Zulassung von genetisch veränderter Baumwolle aufgrund der Bedenken im Zusammenhang mit dem Einsatz von Herbiziden, den Auswirkungen auf die biologische Vielfalt und den unzureichenden Nachweisen für die langfristige Sicherheit im Einklang mit dem Konzept „Eine Gesundheit“ nicht zu erneuern;

5. fordert die Kommission auf, umgehend einen Gesetzgebungsvorschlag zur Überarbeitung des Beschlussfassungsverfahrens für GVO vorzulegen, um den ständigen Einwänden des Parlaments und der fehlenden qualifizierten Mehrheit unter den Mitgliedstaaten Rechnung zu tragen;

6. fordert die Kommission nachdrücklich auf, den Verpflichtungen der Union gemäß internationalen Abkommen wie dem Übereinkommen von Paris, dem Übereinkommen der Vereinten Nationen über die biologische Vielfalt und den Zielen der Vereinten Nationen für nachhaltige Entwicklung Rechnung zu tragen;

7. beauftragt seine Präsidentin, diese Entschließung dem Rat und der Kommission sowie den Regierungen und Parlamenten der Mitgliedstaaten zu übermitteln.

---

[7] Verordnung (EG) Nr. 178/2002 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 28. Januar 2002 zur Festlegung der allgemeinen Grundsätze und Anforderungen des Lebensmittelrechts, zur Errichtung der Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit und zur Festlegung von Verfahren zur Lebensmittelsicherheit (ABl. L 31 vom 1.2.2002, S. 1, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2002/178/oj).

Europäisches Parlament
2024-2029

ANGENOMMENE TEXTE

P10_TA(2025)0290

Genetisch veränderter Raps der Sorte MON 88302

Entschließung des Europäischen Parlaments vom 25. November 2025 zu dem Entwurf eines Durchführungsbeschlusses der Kommission zur Erneuerung der Zulassung des Inverkehrbringens von Erzeugnissen, die genetisch veränderten Raps der Sorte MON 88302 enthalten, aus ihm bestehen oder aus ihm gewonnen werden, gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (D109632/01 – 2025/2895(RSP))

Das Europäische Parlament,

– unter Hinweis auf den Entwurf eines Durchführungsbeschlusses der Kommission zur Erneuerung der Zulassung des Inverkehrbringens von Erzeugnissen, die genetisch veränderten Raps der Sorte MON 88302 enthalten, aus ihm bestehen oder aus ihm gewonnen werden, gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (D109632/01),

– gestützt auf die Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22. September 2003 über genetisch veränderte Lebensmittel und Futtermittel[1], insbesondere auf Artikel 11 Absatz 3 und Artikel 23 Absatz 3,

– unter Hinweis auf die Abstimmung vom 15. September 2025 in dem in Artikel 35 der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 genannten Ständigen Ausschuss für Pflanzen, Tiere, Lebensmittel und Futtermittel, aus der keine Stellungnahme hervorging, und die Abstimmung im Berufungsausschuss vom 21. Oktober 2025, aus der ebenfalls keine Stellungnahme hervorging,

– gestützt auf Artikel 11 der Verordnung (EU) Nr. 182/2011 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Februar 2011 zur Festlegung der allgemeinen Regeln und Grundsätze, nach denen die Mitgliedstaaten die Wahrnehmung der Durchführungsbefugnisse durch die Kommission kontrollieren[2],

– unter Hinweis auf die am 26. März 2025 angenommene und am 13. Mai 2025 veröffentlichte Stellungnahme der Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit

1 ABl. L 268 vom 18.10.2003, S. 1, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2003/1829/oj.
2 ABl. L 55 vom 28.2.2011, S. 13, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2011/182/oj.

(EFSA)[3],

– unter Hinweis auf seine früheren Entschließungen mit Einwänden gegen die Zulassung genetisch veränderter Organismen (GVO)[4],

---

[3] Wissenschaftliche Stellungnahme des Gremiums der EFSA für genetisch veränderte Organismen zur Bewertung von genetisch verändertem Raps der Sorte MON 88302 (Antrag GMFF-2023-21220), EFSA Journal 23 (2025), Nr. 5, 9378, https://doi.org/10.2903/j.efsa.2025.9378.

[4] In seiner achten Wahlperiode nahm das Europäische Parlament 36 Entschließungen und in seiner neunten Wahlperiode 38 Entschließungen an, in denen Einwände gegen die Zulassung von GVO erhoben wurden. Zudem hat das Parlament in seiner zehnten Wahlperiode die folgenden Entschließungen angenommen:
– Entschließung des Europäischen Parlaments vom 26. November 2024 zu dem Durchführungsbeschluss (EU) 2024/2628 der Kommission über die Erneuerung der Zulassung des Inverkehrbringens von Erzeugnissen, die genetisch veränderten Mais der Sorte MON 89034 × 1507 × NK603 enthalten, daraus bestehen oder daraus gewonnen werden, gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. C, C/2025/1797, 4.4.2025, ELI: http://data.europa.eu/eli/C/2025/1797/oj).
– Entschließung des Europäischen Parlaments vom 26. November 2024 zu dem Durchführungsbeschluss (EU) 2024/2627 der Kommission über die Zulassung des Inverkehrbringens von Erzeugnissen, die genetisch veränderte Baumwolle COT102 enthalten, aus ihr bestehen oder aus ihr hergestellt werden, gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. C, C/2025/1798, 4.4.2025, ELI: http://data.europa.eu/eli/C/2025/1798/oj).
– Entschließung des Europäischen Parlaments vom 26. November 2024 zu dem Durchführungsbeschluss (EU) 2024/2629 der Kommission zur Erneuerung der Zulassung des Inverkehrbringens von Erzeugnissen, die genetisch veränderten Mais der Sorte MON 89034 × 1507 × MON 88017 × 59122 und aus acht Unterkombinationen enthalten, daraus bestehen oder daraus hergestellt werden, gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. C, C/2025/1799, 4.4.2025, ELI: http://data.europa.eu/eli/C/2025/1799/oj).
– Entschließung des Europäischen Parlaments vom 26. November 2024 zu dem Durchführungsbeschluss (EU) 2024/1828 der Kommission zur Erneuerung der Zulassung für das Inverkehrbringen von Futtermitteln, die genetisch veränderten Mais MON 810 enthalten oder aus ihm bestehen, sowie von Lebens- und Futtermitteln, die aus diesem genetisch veränderten Mais gewonnen werden, gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates sowie zur Aufhebung des Durchführungsbeschlusses (EU) 2017/1207 der Kommission (ABl. C, C/2025/1800, 4.4.2025, ELI: http://data.europa.eu/eli/C/2025/1800/oj).
– Entschließung des Europäischen Parlaments vom 26. November 2024 zu dem Durchführungsbeschluss (EU) 2024/1822 der Kommission zur Zulassung des Inverkehrbringens von Erzeugnissen, die genetisch veränderten Mais der Sorte DP915635 enthalten, aus ihm bestehen oder aus ihm hergestellt werden, gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. C, C/2025/1801, 4.4.2025, ELI: http://data.europa.eu/eli/C/2025/1801/oj).
– Entschließung des Europäischen Parlaments vom 26. November 2024 zu dem Durchführungsbeschluss (EU) 2024/1826 der Kommission zur Zulassung des Inverkehrbringens von Erzeugnissen, die genetisch veränderten Mais der Sorte DP23211 enthalten, aus ihm bestehen oder aus ihm hergestellt werden, gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. C, C/2025/1802, 4.4.2025, ELI: http://data.europa.eu/eli/C/2025/1802/oj).

– gestützt auf Artikel 115 Absätze 2 und 3 seiner Geschäftsordnung,

– unter Hinweis auf den Entschließungsantrag des Ausschusses für Umwelt, Klima und Lebensmittelsicherheit,

A. in der Erwägung, dass mit dem Durchführungsbeschluss (EU) 2015/687 der Kommission vom 24. April 2015[5] das Inverkehrbringen von aus der genetisch veränderten Rapssorte MON 88302 (im Folgenden „genetisch veränderter Raps“) bestehenden, diese enthaltenden oder aus dieser gewonnenen Erzeugnissen zugelassen wurde;

B. in der Erwägung, dass am 28. Februar 2024 Bayer Agriculture B.V. mit Sitz in Belgien im Namen von Bayer CropScience LP mit Sitz in den Vereinigten Staaten von Amerika bei der Kommission gemäß den Artikeln 11 und 23 der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 einen Antrag auf Erneuerung dieser Zulassung stellte; in der Erwägung, dass sich die

---

– Entschließung des Europäischen Parlaments vom 26. November 2024 zu dem Durchführungsbeschluss (EU) 2024/2618 der Kommission zur Zulassung des Inverkehrbringens von Erzeugnissen, die genetisch veränderten Mais der Sorte DP202216 enthalten, aus ihm bestehen oder aus ihm hergestellt werden, gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. C, C/2025/1803, 4.4.2025, ELI: http://data.europa.eu/eli/C/2025/1803/oj).
– Entschließung des Europäischen Parlaments vom 26. November 2024 zu dem Entwurf eines Durchführungsbeschlusses der Kommission über die Zulassung des Inverkehrbringens von Erzeugnissen, die genetisch veränderten Mais der Sorte MON 94804 enthalten, aus ihm bestehen oder aus ihm hergestellt werden, gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. C, C/2025/1804, 4.4.2025, ELI: http://data.europa.eu/eli/C/2025/1804/oj).
– Entschließung des Europäischen Parlaments vom 12. Februar 2025 zu dem Entwurf eines Durchführungsbeschlusses der Kommission über die Zulassung des Inverkehrbringens von Erzeugnissen, die genetisch veränderten Mais der Sorte DP910521 enthalten, aus ihm bestehen oder aus ihm hergestellt werden, gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. C, C/2025/2246, 29.4.2025, ELI: http://data.europa.eu/eli/C/2025/2246/oj).
– Entschließung des Europäischen Parlaments vom 12. Februar 2025 zu dem Entwurf eines Durchführungsbeschlusses der Kommission über die Zulassung des Inverkehrbringens von Erzeugnissen, die genetisch veränderten Mais der Sorte MON 95275 enthalten, aus ihm bestehen oder aus ihm hergestellt werden, gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. C, C/2025/2247, 29.4.2025, ELI: http://data.europa.eu/eli/C/2025/2247/oj).
– Entschließung des Europäischen Parlaments vom 8. Mai 2025 zu dem Entwurf eines Durchführungsbeschlusses der Kommission über die Zulassung des Inverkehrbringens von Erzeugnissen, die genetisch veränderte Sojabohnen der Sorte MON 87705 × MON 87708 × MON 89788 enthalten, aus ihnen bestehen oder aus ihnen gewonnen werden, gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (P10_TA(2025)0106).
– Entschließung des Europäischen Parlaments vom 8. Oktober 2025 zu dem Durchführungsbeschluss der Kommission (EU) 2025/1898 vom 22. September 2025 zur Zulassung des Inverkehrbringens von Erzeugnissen, die genetisch veränderten Mais der Sorte DP51291 enthalten, aus ihm bestehen oder aus ihm hergestellt werden, gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (P10_TA(2025)0222).

5 ABl. L 112 vom 30.4.2015, S. 22, ELI: http://data.europa.eu/eli/dec_impl/2015/687/oj.

Zulassung auch auf das Inverkehrbringen von Erzeugnissen, die den genetisch veränderten Raps enthalten oder aus ihm bestehen und bei denen es sich nicht um Lebens- oder Futtermittel handelt, für die gleichen Verwendungszwecke wie bei jeder anderen Rapssorte – mit Ausnahme des Anbaus – bezieht;

C. in der Erwägung, dass die EFSA am 26. März 2025 eine befürwortende Stellungnahme abgab, in der sie zu dem Schluss kam, dass der Antrag auf Erneuerung der Zulassung keine Anhaltspunkte für neue Gefahren, eine veränderte Exposition oder wissenschaftliche Unsicherheiten enthielt, die zu einer Änderung der Schlussfolgerungen ihrer ursprünglichen Risikobewertung aus dem Jahr 2014 führen würden;

D. in der Erwägung, dass genetisch veränderter Raps glyphosattolerant ist; in der Erwägung, dass der Einsatz von Glyphosat mit dem Rückgang der biologischen Vielfalt, mit der Boden- und Wasserverschmutzung und mit gesundheitlichen Bedenken zusammenhängt;

E. in der Erwägung, dass in der Stellungnahme der EFSA die kumulativen und kombinatorischen Auswirkungen, die indirekten Umweltauswirkungen und die sozioökonomischen Folgen eines verstärkten Einsatzes von Herbiziden nicht ausreichend berücksichtigt wurden;

F. in der Erwägung, dass genetisch veränderter Raps anfällig für die unkontrollierte Ausbreitung und den unkontrollierten Genfluss ist, wobei in mehreren Mitgliedstaaten bereits Fälle von wilden Beständen von genetisch verändertem Raps nachgewiesen wurden, wodurch es zu Problemen bei der Koexistenz, der langfristigen Überwachung und der Ausrottung kommt;

G. in der Erwägung, dass der im Entwurf eines Durchführungsbeschlusses der Kommission vorgesehene Plan zur Überwachung der Umweltauswirkungen hauptsächlich auf einer allgemeinen Überwachung beruht und keine spezifischen, unabhängigen Langzeitstudien zu Bestäubern, Bodenorganismen und Nichtzielpflanzen vorsieht;

H. in der Erwägung, dass angesichts der wissenschaftlichen Unsicherheiten und der Hinweise auf eine mögliche Persistenz und Ausbreitung von genetisch verändertem Raps in der Umwelt der in Artikel 191 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union verankerte Grundsatz der Vorsorge Anwendung finden sollte;

I. in der Erwägung, dass in der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 festgelegt ist, dass genetisch veränderte Lebens- oder Futtermittel keine nachteiligen Auswirkungen auf die Gesundheit von Mensch und Tier oder die Umwelt haben dürfen;

J. in der Erwägung, dass das Konzept „Eine Gesundheit“ eine ganzheitliche Betrachtung der Risiken und Auswirkungen auf die Gesundheit von Menschen, Tieren, Pflanzen und Umwelt erfordert, was in der derzeitigen Bewertung nicht sichergestellt ist;

K. in der Erwägung, dass das Parlament wiederholt Einwände gegen die Zulassung oder Erneuerung von GVO in Fällen erhoben hat, in denen im Ständigen Ausschuss für Pflanzen, Tiere, Lebensmittel und Futtermittel oder im Berufungsausschuss keine qualifizierte Mehrheit unter den Mitgliedstaaten erzielt wurde, und dabei das anhaltende Demokratiedefizit im Zulassungsverfahren hervorgehoben hat;

1. vertritt die Auffassung, dass der Entwurf eines Durchführungsbeschlusses der Kommission über die in der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 vorgesehenen Durchführungsbefugnisse hinausgeht;

2. vertritt die Auffassung, dass der Entwurf eines Durchführungsbeschlusses der Kommission dem Unionsrecht insofern zuwiderläuft, als er nicht mit dem Ziel der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 vereinbar ist, das entsprechend den allgemeinen Grundsätzen der Verordnung (EG) Nr. 178/2002 des Europäischen Parlaments und des Rates[6] darin besteht, die Grundlage für ein hohes Schutzniveau für das Leben und die Gesundheit des Menschen, die Gesundheit und das Wohlergehen der Tiere, die Belange der Umwelt und die Interessen der Verbraucher in Zusammenhang mit genetisch veränderten Lebens- und Futtermitteln sicherzustellen und gleichzeitig das reibungslose Funktionieren des Binnenmarkts im Einklang mit dem Grundsatz der Vorsorge zu gewährleisten;

3. fordert die Kommission auf, ihren Entwurf eines Durchführungsbeschlusses zurückzuziehen;

4. fordert die Kommission auf, im Einklang mit dem Konzept „Eine Gesundheit“ die Zulassung von genetisch verändertem Raps aufgrund von Bedenken hinsichtlich des Genflusses, der Verweildauer in der Umwelt, des Einsatzes von Herbiziden und unzureichender langfristiger Nachweise nicht zu erneuern;

5. fordert die Kommission auf, unverzüglich einen Gesetzgebungsvorschlag zur Überarbeitung des Beschlussfassungsverfahrens für GVO vorzulegen, um den ständigen Einwänden des Parlaments und der fehlenden qualifizierten Mehrheit unter den Mitgliedstaaten Rechnung zu tragen;

6. fordert die Kommission nachdrücklich auf, den Pflichten der Union gemäß internationalen Abkommen wie dem Übereinkommen von Paris, dem Übereinkommen der Vereinten Nationen über die biologische Vielfalt und der Ziele der Vereinten Nationen für nachhaltige Entwicklung Rechnung zu tragen;

7. beauftragt seine Präsidentin, diese Entschließung dem Rat und der Kommission sowie den Regierungen und Parlamenten der Mitgliedstaaten zu übermitteln.

---

6 Verordnung (EG) Nr. 178/2002 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 28. Januar 2002 zur Festlegung der allgemeinen Grundsätze und Anforderungen des Lebensmittelrechts, zur Errichtung der Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit und zur Festlegung von Verfahren zur Lebensmittelsicherheit (ABl. L 31 vom 1.2.2002, S. 1, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2002/178/oj).

Europäisches Parlament
2024-2029

ANGENOMMENE TEXTE

P10_TA(2025)0291

Genetisch veränderte Sojabohnen der Sorte MON 87708

Entschließung des Europäischen Parlaments vom 25. November 2025 zu dem Durchführungsbeschluss der Kommission zur Erneuerung der Zulassung des Inverkehrbringens von Erzeugnissen, die genetisch veränderte Sojabohnen der Sorte MON 87708 enthalten, aus ihnen bestehen oder aus ihnen hergestellt werden, gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (D109633/01 – 2025/2896(RSP))

Das Europäische Parlament,

– unter Hinweis auf den Entwurf eines Durchführungsbeschlusses der Kommission zur Erneuerung der Zulassung des Inverkehrbringens von Erzeugnissen, die gentechnisch veränderte Sojabohnen der Sorte MON 87708 enthalten, aus ihnen bestehen oder aus ihnen hergestellt werden, gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (D 109633/01),

– gestützt auf die Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22. September 2003 über genetisch veränderte Lebensmittel und Futtermittel[1], insbesondere auf Artikel 11 Absatz 3 und Artikel 23 Absatz 3,

– unter Hinweis auf die Abstimmung in dem in Artikel 35 der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 genannten Ständigen Ausschuss für Pflanzen, Tiere, Lebensmittel und Futtermittel vom 15. September 2025, aus der keine Stellungnahme hervorging, und die Abstimmung im Berufungsausschuss vom 21. Oktober 2025, aus der ebenfalls keine Stellungnahme hervorging,

– gestützt auf Artikel 11 der Verordnung (EU) Nr. 182/2011 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Februar 2011 zur Festlegung der allgemeinen Regeln und Grundsätze, nach denen die Mitgliedstaaten die Wahrnehmung der Durchführungsbefugnisse durch die Kommission kontrollieren[2],

– unter Hinweis auf die am 26. März 2025 angenommene und am 13. Mai 2025 veröffentlichte Stellungnahme der Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit

1 ABl. L 268 vom 18.10.2003, S. 1, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2003/18/oj.
2 ABl. L 55 vom 28.2.2011, S. 13, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2011/182/oj.

(EFSA)[3],

– unter Hinweis auf seine früheren Entschließungen mit Einwänden gegen die Zulassung genetisch veränderter Organismen (GVO)[4],

---

[3] Wissenschaftliche Stellungnahme des Gremiums der EFSA für genetisch veränderte Organismen zur Bewertung von genetisch veränderten Sojabohnen der Sorte MON 87708 (Antrag GMFF-2023-21237), EFSA Journal 2025;23(5):9379, https://doi.org/10.2903/j.efsa.2025.9379.

[4] In der achten Wahlperiode nahm das Parlament 36 Entschließungen und in der neunten Wahlperiode 38 Entschließungen an, in denen Einwände gegen die Zulassung von GVO erhoben wurden. Zudem hat das Parlament in der zehnten Wahlperiode die folgenden Entschließungen angenommen:
– Entschließung des Europäischen Parlaments vom 26. November 2024 zu dem Durchführungsbeschluss (EU) 2024/2628 der Kommission über die Erneuerung der Zulassung des Inverkehrbringens von Erzeugnissen, die genetisch veränderten Mais der Sorte MON 89034 × 1507 × NK603 enthalten, daraus bestehen oder daraus gewonnen werden, gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. C, C/2025/1797, 4.4.2025, ELI: http://data.europa.eu/eli/C/2025/1797/oj).
– Entschließung des Europäischen Parlaments vom 26. November 2024 zu dem Durchführungsbeschluss (EU) 2024/2627 der Kommission über die Zulassung des Inverkehrbringens von Erzeugnissen, die genetisch veränderte Baumwolle COT102 enthalten, aus ihr bestehen oder aus ihr hergestellt werden, gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. C, C/2025/1798, 4.4.2025, ELI: http://data.europa.eu/eli/C/2025/1798/oj).
– Entschließung des Europäischen Parlaments vom 26. November 2024 zu dem Durchführungsbeschluss (EU) 2024/2629 der Kommission zur Erneuerung der Zulassung des Inverkehrbringens von Erzeugnissen, die genetisch veränderten Mais der Sorte MON 89034 × 1507 × MON 88017 × 59122 und aus acht Unterkombinationen enthalten, daraus bestehen oder daraus hergestellt werden, gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. C, C/2025/1799, 4.4.2025, ELI: http://data.europa.eu/eli/C/2025/1799/oj).
– Entschließung des Europäischen Parlaments vom 26. November 2024 zu dem Durchführungsbeschluss (EU) 2024/1828 der Kommission zur Erneuerung der Zulassung für das Inverkehrbringen von Futtermitteln, die genetisch veränderten Mais MON 810 enthalten oder aus ihm bestehen, sowie von Lebens- und Futtermitteln, die aus diesem genetisch veränderten Mais gewonnen werden, gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates sowie zur Aufhebung des Durchführungsbeschlusses (EU) 2017/1207 der Kommission (ABl. C, C/2025/1800, 4.4.2025, ELI: http://data.europa.eu/eli/C/2025/1800/oj).
– Entschließung des Europäischen Parlaments vom 26. November 2024 zu dem Durchführungsbeschluss (EU) 2024/1822 der Kommission zur Zulassung des Inverkehrbringens von Erzeugnissen, die genetisch veränderten Mais der Sorte DP915635 enthalten, aus ihm bestehen oder aus ihm hergestellt werden, gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. C, C/2025/1801, 4.4.2025, ELI: http://data.europa.eu/eli/C/2025/1801/oj).
– Entschließung des Europäischen Parlaments vom 26. November 2024 zu dem Durchführungsbeschluss (EU) 2024/1826 der Kommission über die Zulassung des Inverkehrbringens von Erzeugnissen, die genetisch veränderten Mais der Sorte DP23211 enthalten, aus ihm bestehen oder aus ihm hergestellt werden, gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. C, C/2025/1802, 4.4.2025, ELI: http://data.europa.eu/eli/C/2025/1802/oj).

– gestützt auf Artikel 115 Absätze 2 und 3 seiner Geschäftsordnung,

– unter Hinweis auf den Entschließungsantrag des Ausschusses für Umwelt, Klima und Lebensmittelsicherheit,

A. in der Erwägung, dass mit dem Durchführungsbeschluss (EU) 2015/700 der Kommission vom 24. April 2015[5] das Inverkehrbringen von Erzeugnissen, die genetisch veränderte Sojabohnen der Sorte MON 87708 (im Folgenden „genetisch veränderte Sojabohnen“) enthalten, aus ihnen bestehen oder aus ihnen gewonnen werden, zugelassen wurde;

B. in der Erwägung, dass Bayer Agriculture B.V. mit Sitz in Belgien am 8. März 2024 im Namen von Bayer CropScience LP mit Sitz in den Vereinigten Staaten von Amerika bei der Kommission einen Antrag auf Erneuerung dieser Zulassung gestellt hat; in der Erwägung, dass sich diese Zulassung auch auf das Inverkehrbringen von Erzeugnissen, die die genetisch veränderten Sojabohnen enthalten oder aus ihnen bestehen und bei

---

– Entschließung des Europäischen Parlaments vom 26. November 2024 zu dem Durchführungsbeschluss (EU) 2024/2618 der Kommission über die Zulassung des Inverkehrbringens von Erzeugnissen, die genetisch veränderten Mais der Sorte DP202216 enthalten, aus ihm bestehen oder aus ihm hergestellt werden, gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. C, C/2025/1803, 4.4.2025, ELI: http://data.europa.eu/eli/C/2025/1803/oj).
– Entschließung des Europäischen Parlaments vom 26. November 2024 zu dem Entwurf eines Durchführungsbeschlusses der Kommission über die Zulassung des Inverkehrbringens von Erzeugnissen, die genetisch veränderten Mais der Sorte MON 94804 enthalten, aus ihm bestehen oder aus ihm hergestellt werden, gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. C, C/2025/1804, 4.4.2025, ELI: http://data.europa.eu/eli/C/2025/1804/oj).
– Entschließung des Europäischen Parlaments vom 12. Februar 2025 zu dem Entwurf eines Durchführungsbeschlusses der Kommission über die Zulassung des Inverkehrbringens von Erzeugnissen, die genetisch veränderten Mais der Sorte DP910521 enthalten, aus ihm bestehen oder aus ihm hergestellt werden, gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. C, C/2025/2246, 29.4.2025, ELI: http://data.europa.eu/eli/C/2025/2246/oj).
– Entschließung des Europäischen Parlaments vom 12. Februar 2025 zu dem Entwurf eines Durchführungsbeschlusses der Kommission über die Zulassung des Inverkehrbringens von Erzeugnissen, die genetisch veränderten Mais der Sorte MON 95275 enthalten, aus ihm bestehen oder aus ihm hergestellt werden, gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. C, C/2025/2247, 29.4.2025, ELI: http://data.europa.eu/eli/C/2025/2247/oj).
– Entschließung des Europäischen Parlaments vom 8. Mai 2025 zu dem Entwurf eines Durchführungsbeschlusses der Kommission über die Zulassung des Inverkehrbringens von Erzeugnissen, die genetisch veränderte Sojabohnen der Sorte MON 87705 × MON 87708 × MON 89788 enthalten, aus ihnen bestehen oder aus ihnen gewonnen werden, gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (P10_TA(2025)0106).
– Entschließung des Europäischen Parlaments vom 8. Oktober 2025 zu dem Durchführungsbeschluss der Kommission (EU) 2025/1898 über die Zulassung des Inverkehrbringens von Erzeugnissen, die genetisch veränderten Mais DP51291 enthalten, aus ihm bestehen oder aus ihm hergestellt werden, gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (P10_TA(2025)0222).

[5] ABl. L 112 vom 30.4.2015, S. 81, ELI: http://data.europa.eu/eli/dec_impl/2015/700/oj.

denen es sich nicht um Lebens- oder Futtermittel handelt, für die gleichen Verwendungszwecke wie bei jeder anderen Sojabohnensorte – mit Ausnahme des Anbaus – bezog;

C. in der Erwägung, dass die EFSA am 26. März 2025 eine befürwortende Stellungnahme abgegeben hat, in der sie zu dem Schluss kam, dass der Antrag auf Erneuerung der Zulassung keine Anhaltspunkte für neue Gefahren, eine veränderte Exposition oder wissenschaftliche Unsicherheiten enthält, die die Schlussfolgerungen aus ihrer ursprünglichen Risikobewertung aus dem Jahr 2013 verändern würden;

D. in der Erwägung, dass in der Stellungnahme der EFSA nicht ausreichend auf kumulative und kombinatorische Wirkungen, indirekte Gesundheitsrisiken oder langfristige ökologische Folgen des großflächigen Einsatzes von Dicamba eingegangen wurde;

E. in der Erwägung, dass die genetisch veränderten Sojabohnen tolerant sind gegenüber Dicamba – ein Herbizid, das mit erheblichen Risiken für die biologische Vielfalt und für den gesunden Zustand von Boden und Wasser sowie mit einer Abdrift auf andere Felder, die benachbarte Kulturen und Ökosysteme schädigt; in Zusammenhang steht;

F. in der Erwägung, dass die Ausbreitung von gegen Dicamba resistenten genetisch veränderten Sojabohnen in den Ausfuhrländern mit der großflächigen Abdrift von Herbiziden, Streitigkeiten zwischen Landwirten und den Auswirkungen auf die Ökosysteme in Verbindung gebracht wird und damit sozioökonomische und ökologische Bedenken aufgezeigt werden;

G. in der Erwägung, dass die im Entwurf des Durchführungsbeschlusses der Kommission vorgesehene Überwachung der Umweltauswirkungen auf einer allgemeinen Überwachung beruht und keine gezielten Studien zu Bestäubern, Bodenorganismen oder aquatische Arten umfasst;

H. in der Erwägung, dass bei wissenschaftlicher Unsicherheit und in Fällen dokumentierter Risiken durch den Einsatz von Komplementärherbiziden der in Artikel 191 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union verankerte Grundsatz der Vorsorge Anwendung finden sollte;

I. in der Erwägung, dass in der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 festgelegt ist, dass genetisch veränderte Lebensmittel und Futtermittel keine nachteiligen Auswirkungen auf die Gesundheit von Mensch und Tier oder die Umwelt haben dürfen;

J. in der Erwägung, dass im Rahmen des Konzepts „Eine Gesundheit“ die ineinandergreifenden Auswirkungen von Zulassungen genetisch veränderter Kulturen auf die Gesundheit von Menschen, Tieren, Pflanzen und Umwelt berücksichtigt werden müssen, was sich in der derzeitigen Bewertung nicht hinreichend niederschlägt;

K. in der Erwägung, dass das Parlament wiederholt Einwände gegen die Zulassung oder die Erneuerung der Zulassung von GVO erhebt, wenn die Mitgliedstaaten im Ständigen Ausschuss für Pflanzen, Tiere, Lebensmittel und Futtermittel oder im Berufungsausschuss keine qualifizierte Mehrheit erzielen, und damit betont, dass ein anhaltendes Demokratiedefizit beim Zulassungsverfahren von GVO besteht;

1. vertritt die Auffassung, dass der Entwurf eines Durchführungsbeschlusses der

Kommission über die in der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 vorgesehenen Durchführungsbefugnisse hinausgeht;

2. vertritt die Auffassung, dass der Entwurf eines Durchführungsbeschlusses der Kommission dem Unionsrecht insofern zuwiderläuft, als er nicht mit dem Ziel der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 vereinbar ist, das entsprechend den allgemeinen Grundsätzen der Verordnung (EG) Nr. 178/2002 des Europäischen Parlaments und des Rates6 darin besteht, die Grundlage für ein hohes Schutzniveau für das Leben und die Gesundheit des Menschen, die Gesundheit und das Wohlergehen der Tiere, die Belange der Umwelt und die Interessen der Verbraucher im Zusammenhang mit genetisch veränderten Lebens- und Futtermitteln sicherzustellen und gleichzeitig das reibungslose Funktionieren des Binnenmarkts zu gewährleisten und dem Vorsorgeprinzip zu folgen;

3. fordert die Kommission auf, ihren Entwurf eines Durchführungsbeschlusses zurückzuziehen;

4. fordert die Kommission auf, die Zulassung der genetisch veränderten Sojabohnen aufgrund der Risiken im Zusammenhang mit der Verwendung von Dicamba, den Umweltauswirkungen und den unzureichenden langfristigen Nachweisen im Einklang mit dem Konzept „Eine Gesundheit“ nicht zu verlängern;

5. fordert die Kommission auf, umgehend einen Gesetzgebungsvorschlag zur Reform des Beschlussfassungsverfahrens in Bezug auf GVO vorzulegen, um auf die wiederholten Einwände des Parlaments und das Fehlen einer qualifizierten Mehrheit unter den Mitgliedstaaten zu reagieren;

6. fordert die Kommission nachdrücklich auf, den Verpflichtungen der Union gemäß internationalen Übereinkommen wie dem Übereinkommen von Paris, dem Übereinkommen der Vereinten Nationen über die biologische Vielfalt und den Zielen der Vereinten Nationen für nachhaltige Entwicklung Rechnung zu tragen;

7. beauftragt seine Präsidentin, diese Entschließung dem Rat und der Kommission sowie den Regierungen und Parlamenten der Mitgliedstaaten zu übermitteln.

---

6 Verordnung (EG) Nr. 178/2002 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 28. Januar 2002 zur Festlegung der allgemeinen Grundsätze und Anforderungen des Lebensmittelrechts, zur Errichtung der Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit und zur Festlegung von Verfahren zur Lebensmittelsicherheit (ABl. L 31 vom 1.2.2002, S. 1, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2002/178/oj).

ANGENOMMENE TEXTE

P10_TA(2025)0292

Genetisch veränderter Mais der Sorte MON 87427

Entschließung des Europäischen Parlaments vom 25. November 2025 zu dem Entwurf eines Durchführungsbeschlusses der Kommission zur Erneuerung der Zulassung des Inverkehrbringens von Erzeugnissen, die genetisch veränderten Mais der Sorte MON 87427 enthalten, aus ihm bestehen oder aus ihm gewonnen werden, gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (D109634/01 – 2025/2897(RSP))

Das Europäische Parlament,

– unter Hinweis auf den Entwurf eines Durchführungsbeschlusses der Kommission zur Erneuerung der Zulassung des Inverkehrbringens von Erzeugnissen, die genetisch veränderten Mais der Sorte MON 87427 enthalten, aus ihm bestehen oder aus ihm gewonnen werden, gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (D109634/01),

– gestützt auf die Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22. September 2003 über genetisch veränderte Lebensmittel und Futtermittel[1], insbesondere auf Artikel 11 Absatz 3 und Artikel 23 Absatz 3,

– unter Hinweis auf die Abstimmung vom 15. September 2025 in dem in Artikel 35 der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 genannten Ständigen Ausschuss für Pflanzen, Tiere, Lebensmittel und Futtermittel, aus der keine Stellungnahme hervorging, und die Abstimmung im Berufungsausschuss vom 21. Oktober 2025, aus der ebenfalls keine Stellungnahme hervorging,

– gestützt auf Artikel 11 der Verordnung (EU) Nr. 182/2011 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Februar 2011 zur Festlegung der allgemeinen Regeln und Grundsätze, nach denen die Mitgliedstaaten die Wahrnehmung der Durchführungsbefugnisse durch die Kommission kontrollieren[2],

– unter Hinweis auf die am 27. März 2025 angenommene und am 13. Mai 2025 veröffentlichte Stellungnahme der Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit

[1] ABl. L 268 vom 18.10.2003, S. 1, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2003/1829/oj.
[2] ABl. L 55 vom 28.2.2011, S. 13, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2011/182/oj.

(EFSA)[3],

– unter Hinweis auf seine früheren Entschließungen mit Einwänden gegen die Zulassung genetisch veränderter Organismen (GVO)[4],

---

[3] Wissenschaftliche Stellungnahme des Gremiums der EFSA für genetisch veränderte Organismen zur Bewertung von genetisch verändertem Mais der Sorte MON 87427 (Antrag GMFF-2023-21254), EFSA Journal 2025; 23(5):9380, https://doi.org/10.2903/j.efsa.2025.9380.

[4] In seiner achten Wahlperiode nahm das Europäische Parlament 36 Entschließungen und in seiner neunten Wahlperiode 38 Entschließungen an, in denen Einwände gegen die Zulassung von GVO erhoben wurden. Zudem hat das Parlament in seiner zehnten Wahlperiode die folgenden Entschließungen angenommen:
– Entschließung des Europäischen Parlaments vom 26. November 2024 zu dem Durchführungsbeschluss (EU) 2024/2628 der Kommission über die Erneuerung der Zulassung des Inverkehrbringens von Erzeugnissen, die genetisch veränderten Mais der Sorte MON 89034 × 1507 × NK603 enthalten, daraus bestehen oder daraus gewonnen werden, gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. C, C/2025/1797, 4.4.2025, ELI: http://data.europa.eu/eli/C/2025/1797/oj).
– Entschließung des Europäischen Parlaments vom 26. November 2024 zu dem Durchführungsbeschluss (EU) 2024/2627 der Kommission über die Zulassung des Inverkehrbringens von Erzeugnissen, die genetisch veränderte Baumwolle COT102 enthalten, aus ihr bestehen oder aus ihr hergestellt werden, gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. C, C/2025/1798, 4.4.2025, ELI: http://data.europa.eu/eli/C/2025/1798/oj).
– Entschließung des Europäischen Parlaments vom 26. November 2024 zu dem Durchführungsbeschluss (EU) 2024/2629 der Kommission zur Erneuerung der Zulassung des Inverkehrbringens von Erzeugnissen, die genetisch veränderten Mais der Sorte MON 89034 × 1507 × MON 88017 × 59122 und aus acht Unterkombinationen enthalten, daraus bestehen oder daraus hergestellt werden, gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. C, C/2025/1799, 4.4.2025, ELI: http://data.europa.eu/eli/C/2025/1799/oj).
– Entschließung des Europäischen Parlaments vom 26. November 2024 zu dem Durchführungsbeschluss (EU) 2024/1828 der Kommission zur Erneuerung der Zulassung für das Inverkehrbringen von Futtermitteln, die genetisch veränderten Mais MON 810 enthalten oder aus ihm bestehen, sowie von Lebens- und Futtermitteln, die aus diesem genetisch veränderten Mais gewonnen werden, gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates sowie zur Aufhebung des Durchführungsbeschlusses (EU) 2017/1207 der Kommission (ABl. C, C/2025/1800, 4.4.2025, ELI: http://data.europa.eu/eli/C/2025/1800/oj).
– Entschließung des Europäischen Parlaments vom 26. November 2024 zu dem Durchführungsbeschluss der Kommission (EU) 2024/1822 zur Zulassung des Inverkehrbringens von Erzeugnissen, die genetisch veränderten Mais DP915635 enthalten, aus ihm bestehen oder aus ihm hergestellt werden, gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. C, C/2025/1801, 4.4.2025, ELI: http://data.europa.eu/eli/C/2025/1801/oj).
– Entschließung des Europäischen Parlaments vom 26. November 2024 zu dem Durchführungsbeschluss (EU) 2024/1826 der Kommission über die Zulassung des Inverkehrbringens von Erzeugnissen, die genetisch veränderten Mais der Sorte DP23211 enthalten, aus ihm bestehen oder aus ihm hergestellt werden, gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. C, C/2025/1802, 4.4.2025, ELI: http://data.europa.eu/eli/C/2025/1802/oj).

– gestützt auf Artikel 115 Absätze 2 und 3 seiner Geschäftsordnung,

– unter Hinweis auf den Entschließungsantrag des Ausschusses für Umwelt, Klima und Lebensmittelsicherheit,

A. in der Erwägung, dass mit dem Durchführungsbeschluss (EU) 2015/2281 der Kommission vom 4. Dezember 2015[5] das Inverkehrbringen von Erzeugnissen zugelassen wurde, die aus der genetisch veränderten Maissorte MON 87427 (im Folgenden „genetisch veränderter Mais“) bestehen, diese enthalten oder aus dieser gewonnen werden;

B. in der Erwägung, dass Bayer Agriculture B.V. mit Sitz in Belgien am 19. März 2024 im Namen von Bayer CropScience LP mit Sitz in den Vereinigten Staaten von Amerika bei der Kommission gemäß den Artikeln 11 und 23 der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 einen Antrag auf Erneuerung dieser Zulassung stellte;

– Entschließung des Europäischen Parlaments vom 26. November 2024 zu dem Durchführungsbeschluss (EU) 2024/2618 der Kommission über die Zulassung des Inverkehrbringens von Erzeugnissen, die genetisch veränderten Mais der Sorte DP202216 enthalten, aus ihm bestehen oder aus ihm hergestellt werden, gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. C, C/2025/1803, 4.4.2025, ELI: http://data.europa.eu/eli/C/2025/1803/oj).
– Entschließung des Europäischen Parlaments vom 26. November 2024 zu dem Entwurf eines Durchführungsbeschlusses der Kommission über die Zulassung des Inverkehrbringens von Erzeugnissen, die genetisch veränderten Mais der Sorte MON 94804 enthalten, aus ihm bestehen oder aus ihm hergestellt werden, gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. C, C/2025/1804, 4.4.2025, ELI: http://data.europa.eu/eli/C/2025/1804/oj).
– Entschließung des Europäischen Parlaments vom 12. Februar 2025 zu dem Entwurf eines Durchführungsbeschlusses der Kommission über die Zulassung des Inverkehrbringens von Erzeugnissen, die genetisch veränderten Mais der Sorte DP910521 enthalten, aus ihm bestehen oder aus ihm hergestellt werden, gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. C, C/2025/2246, 29.4.2025, ELI: http://data.europa.eu/eli/C/2025/2246/oj).
– Entschließung des Europäischen Parlaments vom 12. Februar 2025 zu dem Entwurf eines Durchführungsbeschlusses der Kommission über die Zulassung des Inverkehrbringens von Erzeugnissen, die genetisch veränderten Mais der Sorte MON 95275 enthalten, aus ihm bestehen oder aus ihm hergestellt werden, gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. C, C/2025/2247, 29.4.2025, ELI: http://data.europa.eu/eli/C/2025/2247/oj).
– Entschließung des Europäischen Parlaments vom 8. Mai 2025 zu dem Entwurf eines Durchführungsbeschlusses der Kommission über die Zulassung des Inverkehrbringens von Erzeugnissen, die genetisch veränderte Sojabohnen der Sorte MON 87705 × MON 87708 × MON 89788 enthalten, aus ihnen bestehen oder aus ihnen gewonnen werden, gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (P10_TA(2025)0106).
– Entschließung des Europäischen Parlaments vom 8. Oktober 2025 zu dem Durchführungsbeschluss der Kommission (EU) 2025/1898 vom 22. September 2025 über die Zulassung des Inverkehrbringens von Erzeugnissen, die genetisch veränderten Mais der Sorte DP51291 enthalten, aus ihm bestehen oder aus ihm hergestellt werden, gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (P10_TA(2025)0222).

5 ABl. L 322 vom 8.12.2015, S. 67, ELI: http://data.europa.eu/eli/dec_impl/2015/2281/oj.

C. in der Erwägung, dass sich der Antrag auf Erneuerung der Zulassung auch auf Lebens- und Futtermittel bezieht, die genetisch veränderten Mais enthalten, aus ihm bestehen oder aus ihm gewonnen werden, sowie auf Erzeugnisse, die genetisch veränderten Mais enthalten oder aus ihm bestehen und nicht als Lebens- und Futtermittel bestimmt sind, mit Ausnahme des Anbaus; in der Erwägung, dass sich die Zulassung auch auf das Inverkehrbringen von Erzeugnissen, die genetisch veränderten Mais enthalten oder aus ihm bestehen und bei denen es sich nicht um Lebens- oder Futtermittel handelt, für die gleichen Verwendungszwecke wie bei jeder anderen Maissorte – mit Ausnahme des Anbaus – bezieht;

D. in der Erwägung, dass die EFSA am 27. März 2025 eine befürwortende Stellungnahme abgegeben hat, in der sie zu dem Schluss kam, dass der Antrag auf Erneuerung der Zulassung keine Nachweise für neue Gefahren, eine veränderte Exposition oder wissenschaftliche Unsicherheiten enthält, die die Schlussfolgerungen aus ihrer ursprünglichen Risikobewertung aus dem Jahr 2015 verändern würden;

E. in der Erwägung, dass in der Bewertung der EFSA nicht ausreichend auf kumulative und kombinatorische Wirkungen, Langzeitstudien der Toxizität oder indirekte ökologische Auswirkungen einer verstärkten Verwendung von Glyphosat eingegangen wurde;

F. in der Erwägung, dass genetisch veränderter Mais über eine Toleranz gegenüber Glyphosat verfügt; in der Erwägung, dass Glyphosat mit Risiken für die biologische Vielfalt und die Gesundheit von Wasser und Boden sowie mit potenziellen Auswirkungen auf die Gesundheit des Menschen in Verbindung gebracht wurde;

G. in der Erwägung, dass der großflächige Anbau von genetisch veränderten Pflanzen mit einer Toleranz gegenüber Glyphosat in den Ausfuhrländern zu einer größeren Verwendung von Herbiziden, dem Auftreten von Resistenzen bei Unkraut und negativen Folgen für Bewirtschaftungssysteme, Ökosysteme und ländliche Gemeinschaften geführt hat;

H. in der Erwägung, dass der im Entwurf eines Durchführungsbeschlusses der Kommission vorgesehene Plan zur Überwachung der Umweltauswirkungen hauptsächlich auf einer allgemeinen Überwachung beruht, ohne dass spezifische, unabhängige Langzeitstudien zu Bestäubern, Bodenorganismen und Nichtzielarten vorgesehen werden;

I. in der Erwägung, dass der in Artikel 191 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union verankerte Grundsatz der Vorsorge in Fällen von wissenschaftlicher Unsicherheit und Nachweisen für potenzielle schädliche Auswirkungen Anwendung finden sollte;

J. in der Erwägung, dass in der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 festgelegt ist, dass genetisch veränderte Lebens- oder Futtermittel keine nachteiligen Auswirkungen auf die Gesundheit von Mensch und Tier oder die Umwelt haben dürfen;

K. in der Erwägung, dass im Rahmen des Konzepts „Eine Gesundheit“ bei der Bewertung der langfristigen Nachhaltigkeit und Sicherheit von GVO die Wechselbeziehungen zwischen der Gesundheit von Menschen, Tieren, Pflanzen und der Umwelt berücksichtigt werden müssen;

L. in der Erwägung, dass das Parlament stets Einwände gegen die Zulassung oder die Erneuerung der Zulassung von GVO erhebt, wenn die Mitgliedstaaten im Ständigen Ausschuss für Pflanzen, Tiere, Lebensmittel und Futtermittel oder im Berufungsausschuss keine qualifizierte Mehrheit erzielen, wodurch das anhaltende Demokratiedefizit im Beschlussfassungsverfahren hervorgehoben wird;

1. vertritt die Auffassung, dass der Entwurf eines Durchführungsbeschlusses der Kommission über die in der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 vorgesehenen Durchführungsbefugnisse hinausgeht;

2. vertritt die Auffassung, dass der Entwurf eines Durchführungsbeschlusses der Kommission dem Unionsrecht insofern zuwiderläuft, als er nicht mit dem Ziel der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 vereinbar ist, das entsprechend den allgemeinen Grundsätzen der Verordnung (EG) Nr. 178/2002 des Europäischen Parlaments und des Rates[6] darin besteht, die Grundlage für ein hohes Schutzniveau für das Leben und die Gesundheit des Menschen, die Gesundheit und das Wohlergehen der Tiere, die Belange der Umwelt und die Interessen der Verbraucher im Zusammenhang mit genetisch veränderten Lebens- und Futtermitteln sicherzustellen und gleichzeitig das reibungslose Funktionieren des Binnenmarkts zu gewährleisten und dem Vorsorgeprinzip zu folgen;

3. fordert die Kommission auf, ihren Entwurf eines Durchführungsbeschlusses zurückzuziehen;

4. fordert die Kommission auf, die Zulassung des genetisch veränderten Mais aufgrund der Risiken im Zusammenhang mit der Verwendung von Glyphosat, den Resistenzen bei Unkraut, dem Verlust an biologischer Vielfalt und den unzureichenden langfristigen Nachweisen im Einklang mit dem Konzept „Eine Gesundheit“ nicht zu erneuern;

5. fordert die Kommission auf, umgehend einen Gesetzgebungsvorschlag zur Reform des Beschlussfassungsverfahrens in Bezug auf GVO vorzulegen, um auf die wiederholten Einwände des Parlaments und das Fehlen einer qualifizierten Mehrheit unter den Mitgliedstaaten zu reagieren;

6. fordert die Kommission nachdrücklich auf, den Pflichten der Union gemäß internationalen Abkommen wie dem Übereinkommen von Paris, dem Übereinkommen der Vereinten Nationen über die biologische Vielfalt und der Ziele der Vereinten Nationen für nachhaltige Entwicklung Rechnung zu tragen;

7. beauftragt seine Präsidentin, diese Entschließung dem Rat und der Kommission sowie den Regierungen und Parlamenten der Mitgliedstaaten zu übermitteln.

---

6 Verordnung (EG) Nr. 178/2002 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 28. Januar 2002 zur Festlegung der allgemeinen Grundsätze und Anforderungen des Lebensmittelrechts, zur Errichtung der Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit und zur Festlegung von Verfahren zur Lebensmittelsicherheit (ABl. L 31 vom 1.2.2002, S. 1, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2002/178/oj).

ANGENOMMENE TEXTE

P10_TA(2025)0293

Entwurf des Berichtigungshaushaltsplans Nr. 3/2025: Anpassung der Mittel für Zahlungen, Aktualisierung der Einnahmen und weitere technische Aktualisierungen

Entschließung des Europäischen Parlaments vom 26. November 2025 zum Standpunkt des Rates zum Entwurf des Berichtigungshaushaltsplans Nr. 3 zum Gesamthaushaltsplan 2025: Anpassung bei den Mitteln für Zahlungen, Aktualisierung der Einnahmen und weitere technische Aktualisierungen (14878/2025 – C10-0301/2025 – 2025/0319(BUD))

Das Europäische Parlament,

– gestützt auf Artikel 314 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union,

– gestützt auf Artikel 106a des Vertrags zur Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft,

– gestützt auf die Verordnung (EU, Euratom) 2024/2509 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. September 2024 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union[1], insbesondere auf Artikel 44,

– unter Hinweis auf den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Union für das Haushaltsjahr 2025, der am 27. November 2024 endgültig erlassen wurde[2],

– gestützt auf die Verordnung (EU, Euratom) 2020/2093 des Rates vom 17. Dezember 2020 zur Festlegung des mehrjährigen Finanzrahmens für die Jahre 2021 bis 2027[3],

– gestützt auf die Interinstitutionelle Vereinbarung vom 16. Dezember 2020 zwischen dem Europäischen Parlament, dem Rat und der Kommission über die Haushaltsdisziplin, die Zusammenarbeit im Haushaltsbereich und die wirtschaftliche Haushaltsführung sowie über neue Eigenmittel, einschließlich eines Fahrplans im Hinblick auf die Einführung neuer Eigenmittel[4],

– gestützt auf den Beschluss (EU, Euratom) 2020/2053 des Rates vom 14. Dezember

1 ABl. L, 2024/2509, 26.9.2024, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2024/2509/oj.
2 ABl. L, 2025/31, 27.2.2025, ELI: http://data.europa.eu/eli/budget/2025/31/oj.
3 ABl. L 433 I vom 22.12.2020, S. 11, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2020/433/oj.
4 ABl. L 433 I vom 22.12.2020, S. 28, ELI: http://data.europa.eu/eli/agree_interinstit/2020/1222/oj.

2020 über das Eigenmittelsystem der Europäischen Union und zur Aufhebung des Beschlusses 2014/335/EU, Euratom[5],

– unter Hinweis auf den Entwurf des Berichtigungshaushaltsplans Nr. 3/2025, der von der Kommission am 3. Oktober 2025 angenommen wurde (COM(2025)0850),

– unter Hinweis auf den Standpunkt zum Entwurf des Berichtigungshaushaltsplans Nr. 3/2025, der vom Rat am 17. November 2025 festgelegt und dem Europäischen Parlament am selben Tag zugeleitet wurde (14878/2025 – C10-0301/2025),

– gestützt auf die Artikel 96 und 98 seiner Geschäftsordnung,

– unter Hinweis auf den Bericht des Haushaltsausschusses (A10-0237/2025),

A. in der Erwägung, dass mit dem Entwurf des Berichtigungshaushaltsplans Nr. 3/2025 die Einnahmenseite des Haushaltsplans unter Berücksichtigung der jüngsten Entwicklungen aktualisiert und die Ausgabenseite des Haushaltsplans in Bezug auf Mittel für Zahlungen und darüber hinaus im Zusammenhang mit einer Reihe von dezentralen Agenturen angepasst werden soll;

B. in der Erwägung, dass der Entwurf des Berichtigungshaushaltsplans Nr. 3/2025 vorsieht, dass die Ausgaben netto um 123,7 Mio. EUR an Mitteln für Verpflichtungen und um 2,52 Mrd. EUR an Mitteln für Zahlungen aufgestockt werden;

C. in der Erwägung, dass im Entwurf des Berichtigungshaushaltsplans Nr. 3/2025 eine Reihe von Anpassungen der Finanzierung dezentraler Agenturen in verschiedenen Rubriken vorgeschlagen werden;

D. in der Erwägung, dass der Entwurf des Berichtigungshaushaltsplans Nr. 3/2025 vorsieht, dass auf der Einnahmenseite bis September 2025 entrichtete rechtskräftige Geldbußen und Zwangsgelder in Höhe von insgesamt 1,19 Mrd. EUR sowie zusätzliche traditionelle Eigenmittel in Höhe von 1,3 Mrd. EUR in den Haushaltsplan 2025 eingestellt werden;

E. in der Erwägung, dass aufgrund dieser Anpassungen zusätzliche BNE-Beiträge in Höhe von 31,9 Mio. EUR erforderlich sind, um den Bedarf an Mitteln für Zahlungen zu decken;

1. nimmt den von der Kommission vorgelegten Entwurf des Berichtigungshaushaltsplans Nr. 3/2025 und insbesondere die insgesamt sehr geringen Auswirkungen auf die BNE-Beiträge der Mitgliedstaaten zur Kenntnis, was darauf zurückzuführen ist, dass der höhere Zahlungsbedarf durch zusätzliche Einnahmen ausgeglichen wird;

2. begrüßt die Aufstockung der Mittel für Zahlungen beim Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) um 2 Mrd. EUR in Verbindung mit den Aufstockungen für die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) im Rahmen der diesjährigen globalen Mittelübertragung (DEC 15/2025) als Zeichen dafür, dass die Programmdurchführung nach einem besorgniserregend langsamen Anlauf im Finanzierungszeitraum 2021-2027 an Fahrt gewinnt; betont, dass die Aufstockung der Strukturfonds und der GAP-Mittel von entscheidender Bedeutung ist, wenn es darum geht, die Kontinuität der

[5] ABl. L 424 vom 15.12.2020, S. 1, ELI: http://data.europa.eu/eli/dec/2020/2053/oj.

landwirtschaftlichen Stützungsregelungen aufrechtzuerhalten, die Ernährungssicherheit zu gewährleisten und eine nachhaltige Entwicklung des ländlichen Raums zu fördern; stellt fest, dass diese Maßnahmen besonders wichtig sind, um die Widerstandsfähigkeit des Agrarsektors zu stärken und das sozioökonomische Gleichgewicht in ländlichen Gebieten zu wahren; weist erneut darauf hin, dass sich diese Aufstockungen und die Anpassungen der Mittel für Zahlungen im Rahmen der globalen Mittelübertragung (DEC 15/2025) gegenseitig ergänzen;

3. fordert weiterhin nachdrücklich eine beschleunigte Umsetzung der Maßnahmen im Rahmen des EFRE, des ESF+ und des Instruments für finanzielle Hilfe im Bereich Grenzverwaltung und Visumpolitik (BMVI); begrüßt, dass die Plattform für strategische Technologien für Europa (STEP) schneller auf Akzeptanz stieß als erwartet; erwartet, dass die zusätzlichen Mittel für Zahlungen im Zusammenhang mit der STEP-Plattform, die sich auf mehr als 3 Mrd. EUR belaufen, rasch und effektiv für die spezifischen Ziele gemäß den jeweiligen Basisrechtsakten verwendet werden;

4. nimmt den jüngsten Sachstand in Bezug auf die partnerschaftlichen Abkommen über nachhaltige Fischerei zur Kenntnis und begrüßt, dass die Haushaltsbehörde im Einklang mit den einschlägigen Bestimmungen der Interinstitutionellen Vereinbarung eine aktive Rolle bei der Freigabe der in die Reserve eingestellten Mittel entsprechend dem Inkrafttreten und der Anwendung der jeweiligen internationalen Durchführungsprotokolle spielt;

5. bedauert die Kürzung bei den Mitteln für Verpflichtungen (um 78 Mio. EUR) und den Mitteln für Zahlungen (um 48 Mio. EUR) für das Instrument für Zollkontrollausrüstung (CCEI), die auf Verzögerungen bei der Umsetzung in den Mitgliedstaaten zurückzuführen ist, und dies in einer Zeit, in der sich die Zusammenarbeit und die Investitionen in diesem Bereich dynamisch entwickeln sollten;

6. begrüßt die Einsparungen bei den Mitteln für Verpflichtungen (5 Mio. EUR) für das Instrument für technische Unterstützung (TSI), die sich aus Effizienzsteigerungen infolge wettbewerbsorientierter Vergabeverfahren ergeben;

7. nimmt das Tempo der Umsetzung von Reformen und die daraus resultierende Verlangsamung der Inanspruchnahme von Zahlungen im Rahmen der Ukraine-Fazilität zur Kenntnis; stellt fest, dass Teile der nicht in Anspruch genommenen Mittel auf das nächste Haushaltsjahr übertragen werden können; fordert alle beteiligten Akteure auf, Fortschritte bei Maßnahmen im Zusammenhang mit Reformen und Investitionen zu erzielen, wie z. B. bei Mischfinanzierungsvereinbarungen;

8. nimmt zur Kenntnis, dass die Beiträge der Union zu verschiedenen dezentralen Agenturen angepasst werden; ist der Ansicht, dass diese Anpassungen überwiegend technischer Natur sind; begrüßt diese Anpassungen, soweit dadurch die Inanspruchnahme von Ressourcen im Rahmen operativer Haushaltslinien wie LIFE, AMIF oder des Binnenmarktprogramms optimiert wird; bedauert jedoch, dass der Grund für die „Rückübertragung“ der Mittel für Verpflichtungen und der Mittel für Zahlungen von den jeweiligen Haushaltslinien der Agenturen auf die Haushaltslinien der entsprechenden Programme in Verzögerungen bei der Rekrutierung von Personal oder Verzögerungen bei der Einführung neuer politischer und legislativer Initiativen wie der Strategie für Investitionen für Kleinanleger (betrifft die ESMA und die EIOPA), des Asyl- und Migrationspakets (betrifft die EUAA), des Pakets für die Sicherheit im

Seeverkehr (betrifft die EMSA) oder des Vorschlags zu neuen genomischen Techniken (betrifft die EFSA) liegt;

9. unterstreicht und bekräftigt in diesem Zusammenhang seine nachdrückliche Unterstützung für die neu eingerichtete Behörde zur Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung (AMLA) im überarbeiteten Rahmen zur Bekämpfung der Geldwäsche auf Unionsebene; ist nach wie vor zutiefst besorgt über die anhaltenden Verzögerungen in der Einrichtungsphase, insbesondere in Bezug auf Einstellungen, und fordert eine Beschleunigung der entsprechenden Einstellungsverfahren;

10. begrüßt, dass zusätzliche Einnahmen aus rechtskräftigen Geldbußen und Zwangsgeldern in Höhe von 1 185,1 Mio. EUR in den Haushaltsplan eingestellt werden; ist der Ansicht, dass es sich bei diesen Beträgen um echte Einnahmequellen der Union handelt, durch die die BNE-Beiträge der Mitgliedstaaten verringert werden; weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass die Kommission Änderungen für den Zeitraum des nächsten mehrjährigen Finanzrahmens vorgeschlagen hat, um sicherzustellen, dass solche unerwarteten Einnahmen zu zusätzlichen Mitteln für Ausgaben führen können;

11. nimmt den Vorschlag zur Kenntnis, von den geschätzten Mehreinnahmen bei den traditionellen Eigenmitteln 1 300 Mio. EUR im Haushalt zu verbuchen; äußert Zweifel an der Sinnhaftigkeit wiederholter Aktualisierungen der Einnahmen aus Zöllen im Laufe des Haushaltsjahres, insbesondere wenn dies außerhalb des jährlichen Berichtigungshaushaltsplans zur Aktualisierung und Regularisierung der Einnahmenseite geschieht;

12. nimmt die Aktualisierung der Anpassungen der Dienstbezüge für 2025 zur Kenntnis und spricht sich dafür aus, die Auswirkungen dieser Anpassungen auf den Haushalt als technische Änderung in den Entwurf des Berichtigungshaushaltsplans Nr. 3/2025 aufzunehmen; stellt fest, dass dies eine Kürzung um insgesamt 78,8 Mio. EUR bei den nichtgetrennten Mitteln der betreffenden Haushaltslinien und Abschnitte in Rubrik 7 bedeutet;

13. billigt den Standpunkt des Rates zum Entwurf des Berichtigungshaushaltsplans Nr. 3/2025;

14. beauftragt seine Präsidentin, festzustellen, dass der Berichtigungshaushaltsplan Nr. 3/2025 endgültig erlassen ist, und seine Veröffentlichung im *Amtsblatt der Europäischen Union* zu veranlassen;

15. beauftragt seine Präsidentin, diese Entschließung dem Rat und der Kommission und den nationalen Parlamenten zu übermitteln.

ANGENOMMENE TEXTE

P10_TA(2025)0294

Haushaltsverfahren 2026: gemeinsamer Entwurf

Legislative Entschließung des Europäischen Parlaments vom 26. November 2025 zu dem Vermittlungsausschuss im Rahmen des Haushaltsverfahrens gebilligten gemeinsamen Entwurf des Gesamthaushaltsplans der Europäischen Union für das Haushaltjahr 2026 (15487/2025 – C10-0318/2025 – 2025/0210(BUD))

Das Europäische Parlament,

– unter Hinweis auf den vom Vermittlungsausschuss gebilligten gemeinsamen Entwurf und die diesbezüglichen Erklärungen des Europäischen Parlaments, des Rates und der Kommission (15487/2025 – C10-0318/2025),

– unter Hinweis auf den von der Kommission am 9. Juli 2025 angenommenen Entwurf des Gesamthaushaltsplans der Europäischen Union für das Haushaltsjahr 2026 (COM(2025)0300),

– unter Hinweis auf den Standpunkt zum Entwurf des Gesamthaushaltsplans der Europäischen Union für das Haushaltsjahr 2026, der vom Rat am 5. September 2025 festgelegt und dem Europäischen Parlament am 12. September 2025 zugeleitet wurde (11216/2025 – C10-0206/2025),

– unter Hinweis auf das Berichtigungsschreiben Nr. 1/2026 zum Entwurf des Gesamthaushaltsplans der Europäischen Union für das Haushaltsjahr 2026, das am 8. Oktober von der Kommission vorgelegt wurde (COM(2025)0851),

– unter Hinweis auf seine Entschließung vom 22. Oktober 2025 zum Standpunkt des Rates zum Entwurf des Gesamthaushaltsplans der Europäischen Union für das Haushaltsjahr 2026[1] und auf die darin enthaltenen Abänderungen am Entwurf des Gesamthaushaltsplans,

– gestützt auf Artikel 314 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union,

– gestützt auf Artikel 106a des Vertrags zur Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft,

– gestützt auf den Beschluss (EU, Euratom) 2020/2053 des Rates vom 14. Dezember 2020 über das Eigenmittelsystem der Europäischen Union und zur Aufhebung des

[1] Angenommene Texte, P10_TA(2025)0244.

Beschlusses 2014/335/EU, Euratom[2],

– gestützt auf die Verordnung (EU, Euratom) 2024/2509 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. September 2024 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union[3],

– gestützt auf die Verordnung (EU, Euratom) 2020/2093 des Rates vom 17. Dezember 2020 zur Festlegung des mehrjährigen Finanzrahmens für die Jahre 2021 bis 2027[4], auf die in diesem Zusammenhang zwischen Parlament, Rat und Kommission vereinbarten gemeinsamen Erklärungen[5] und auf die zugehörigen einseitigen Erklärungen[6],

– unter Hinweis auf die Verordnung (EU, Euratom) 2022/2496 des Rates vom 15. Dezember 2022 zur Änderung der Verordnung (EU, Euratom) 2020/2093 zur Festlegung des mehrjährigen Finanzrahmens für die Jahre 2021 bis 2027[7],

– unter Hinweis auf die Verordnung (EU, Euratom) 2024/765 des Rates zur Änderung der Verordnung (EU, Euratom) 2020/2093 zur Festlegung des mehrjährigen Finanzrahmens für die Jahre 2021 bis 2027[8] (Überarbeitung des MFR),

– gestützt auf die Interinstitutionelle Vereinbarung vom 16. Dezember 2020 zwischen dem Europäischen Parlament, dem Rat der Europäischen Union und der Kommission über die Haushaltsdisziplin, die Zusammenarbeit im Haushaltsbereich und die wirtschaftliche Haushaltsführung sowie über neue Eigenmittel, einschließlich eines Fahrplans im Hinblick auf die Einführung neuer Eigenmittel[9],

– gestützt auf die Artikel 97 und 98 seiner Geschäftsordnung,

– unter Hinweis auf den Bericht seiner Delegation im Vermittlungsausschuss (A10-0235/2025),

1. billigt den gemeinsamen Entwurf;

2. bestätigt die dieser Entschließung beigefügte gemeinsame Erklärung des Parlaments und des Rates;

3. nimmt die dieser Entschließung beigefügte Erklärung der Kommission zur Kenntnis;

4. beauftragt seine Präsidentin, festzustellen, dass der Gesamthaushaltsplan der Europäischen Union für das Haushaltsjahr 2026 endgültig erlassen ist, und seine Veröffentlichung im *Amtsblatt der Europäischen Union* zu veranlassen;

---

2 ABl. L 424 vom 15.12.2020, S. 1, ELI: http://data.europa.eu/eli/dec/2020/2053/oj.
3 ABl. L, 2024/2509, 26.9.2024, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2024/2509/oj.
4 ABl. L 433 I vom 22.12.2020, S. 11, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2020/2093/oj.
5 ABl. C 444 I vom 22.12.2020, S. 4.
6 ABl. C 445 vom 29.10.2021, S. 252.
7 ABl. L 325 vom 20.12.2013, S. 11, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2022/2496/oj.
8 ABl. L, 2024/765, 29.2.2024, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2024/765/oj.
9 ABl. L 433 I vom 22.12.2020, S. 28, ELI: http://data.europa.eu/eli/agree_interinstit/2020/1222/oj?locale=de.

5. beauftragt seine Präsidentin, diese legislative Entschließung dem Rat, der Kommission, den anderen betroffenen Organen und den betroffenen Einrichtungen sowie den nationalen Parlamenten zu übermitteln.

ANLAGE

ENDGÜLTIGE FASSUNG
Haushaltsplan 2026 – **Elemente, auf die sich die gemeinsamen Schlussfolgerungen beziehen**

Diese gemeinsamen Schlussfolgerungen umfassen folgende Abschnitte:

1. Haushaltsplan 2026
2. Haushaltsplan 2025 – Berichtigungshaushaltsplan Nr. 3/2025
3. Erklärungen

Übersicht

In den gemeinsamen Schlussfolgerungen ist Folgendes vorgesehen:

- Die Mittel für Verpflichtungen werden im Haushaltsplan 2026 mit insgesamt 192 768,1 Mio. EUR veranschlagt. Insgesamt ergibt dies bei den Mitteln für Verpflichtungen einen Spielraum bis zu den Obergrenzen des MFR für 2026 in Höhe von 715,7 Mio. EUR.
- Die Mittel für Zahlungen werden im Haushaltsplan 2026 mit insgesamt 190 091,6 Mio. EUR veranschlagt. Insgesamt ergibt dies bei den Mitteln für Zahlungen einen Spielraum bis zu den Obergrenzen des MFR für 2026 in Höhe von 20 440,1 Mio. EUR.
- Das Flexibilitätsinstrument für 2026 wird in Form von Mitteln für Verpflichtungen in Höhe von 2 040,9 Mio. EUR in Anspruch genommen, davon 1 Mio. EUR für die Teilrubrik 2a „Wirtschaftlicher, sozialer und territorialer Zusammenhalt“, 2 013,1 Mio. EUR für die Teilrubrik 2b „Resilienz und Werte“, 3,5 Mio. EUR für die Rubrik 5 „Sicherheit und Verteidigung“ und 23,3 Mio. EUR für die Rubrik 7 „Europäische öffentliche Verwaltung“.
- Das Instrument für einen einzigen Spielraum wird im Einklang mit Artikel 11 Absatz 1 Buchstabe a der MFR-Verordnung in Form von Mitteln für Verpflichtungen in Höhe von 748,2 Mio. EUR für die Rubrik 7 „Europäische öffentliche Verwaltung“ in Anspruch genommen.

  Die Kommission veranschlagt die Mittel für Zahlungen, die 2026 im Zusammenhang mit der Inanspruchnahme des Flexibilitätsinstruments im Zeitraum 2023 bis 2026 bereitgestellt werden, mit 2 226,4 Mio. EUR. Die folgende Tabelle gibt Aufschluss über den voraussichtlichen Zahlungsplan für die damit verbundenen noch ausstehenden Beträge für die betreffenden Jahre:

	Flexibilitätsinstrument – Zahlungsprofil (in Mio. EUR)			
Jahr der Inanspruchnahme	**2026**	**2027**	**Nach 2027**	**Gesamt**
2023	83,2	0,0	0,0	**83,2**
2024	83,7	46,3	0,0	**129,9**
2025	15,8	9,4	5,7	**30,9**
2026	2 043,7	1,7	1,6	**2 046,9**
Gesamt	**2 226,4**	**57,3**	**7,2**	**2 291,0**

1. Haushaltsplan 2026

1.1. „Geschlossene“ Haushaltslinien

Sofern in diesen Schlussfolgerungen nicht anders angegeben, werden alle Haushaltslinien entsprechend dem Vorschlag der Kommission im Entwurf des Haushaltsplans für 2026 in der durch das Berichtigungsschreiben Nr. 1/2026 geänderten Fassung bestätigt.

Darüber hinaus werden, sofern in diesen Schlussfolgerungen nicht anders angegeben, alle Haushaltslinien, die vom Rat geändert und vom Parlament in seiner Lesung gebilligt wurden, in der vom Rat geänderten Fassung bestätigt.

Was die übrigen Haushaltslinien betrifft, hat sich der Vermittlungsausschuss auf die Schlussfolgerungen in den Abschnitten 1.2 bis 1.7 geeinigt.

1.2. Übergreifende Aspekte

Dezentrale Agenturen

Der EU-Beitrag (Mittel für Verpflichtungen und Mittel für Zahlungen) und die Anzahl der Planstellen für alle dezentralen Agenturen entsprechen dem Umfang, der von der Kommission im Entwurf des Haushaltsplans für 2026 in der durch das Berichtigungsschreiben Nr. 1/2026 geänderten Fassung vorgeschlagen wurde, mit Ausnahme der folgenden Einrichtungen:

- Unter Teilrubrik 2b:
    - Um eine normale Laufbahnentwicklung zu ermöglichen, wird der Stellenplan der Europäischen Staatsanwaltschaft (EUStA, Haushaltsartikel 07 10 08) wie folgt geändert: Es werden jeweils vier zusätzliche AD11- und AD8-Stellen geschaffen, was durch den Abbau von sieben AD6-Stellen und einer AD5-Stelle ausgeglichen wird. Es werden jeweils eine AST7- und eine AST6-Stelle sowie neun AST5-Stellen zusätzlich geschaffen, was durch den Abbau von acht AST4- und drei AST3-Stellen ausgeglichen wird. Es wird eine zusätzliche AST-SC4-Stelle geschaffen, was durch den Abbau einer AST-SC2-Stelle ausgeglichen wird.
- Unter Rubrik 4:
    - Aus dem Stellenplan der Europäischen Agentur für die Grenz- und Küstenwache (Frontex) (Haushaltsartikel 11 10 01) werden sieben Stellen gestrichen (zwei AD7-Stellen und fünf AD6-Stellen).
- Unter Rubrik 5:

- Der Stellenplan der Agentur der Europäischen Union für die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Strafverfolgung (Europol, Haushaltsartikel 12 10 01) wird um sieben Stellen aufgestockt (zwei AD7-Stellen und fünf AD6-Stellen), während die Zahl der Vertragsbediensteten um sieben verringert wird.

Exekutivagenturen

Der EU-Beitrag (Mittel für Verpflichtungen und Mittel für Zahlungen) und die Anzahl der Planstellen für die Exekutivagenturen entsprechen dem Umfang, der von der Kommission im Entwurf des Haushaltsplans für 2026 in der durch das Berichtigungsschreiben Nr. 1/2026 geänderten Fassung vorgeschlagen wurde.

Pilotprojekte / vorbereitende Maßnahmen

Es wurde wie vom Parlament vorgeschlagen ein umfassendes Paket von 24 Pilotprojekten / vorbereitenden Maßnahmen (darunter 17 neue) im Umfang von insgesamt 75,1 Mio. EUR an Mitteln für Verpflichtungen vereinbart.

Bei diesem Paket werden die in der Haushaltsordnung vorgesehenen Obergrenzen für Pilotprojekte und vorbereitende Maßnahmen eingehalten.

1.3. Ausgabenkategorien des Finanzrahmens – Mittel für Verpflichtungen

Nach Berücksichtigung der angeführten Schlussfolgerungen zu Agenturen, Pilotprojekten und vorbereitenden Maßnahmen ist der Vermittlungsausschuss zu folgender Einigung gekommen:

Rubrik 1 – Binnenmarkt, Innovation und Digitales

Die Mittel für Verpflichtungen entsprechen dem Umfang, wie er von der Kommission im Haushaltsentwurf in der durch das Berichtigungsschreiben Nr. 1/2026 geänderten Fassung vorgeschlagen wurde, jedoch mit den im Vermittlungsausschuss vereinbarten Anpassungen, die der folgenden Tabelle zu entnehmen sind:

Haushaltslinie/ Programm	Bezeichnung	Veränderung bei den Mitteln für Verpflichtungen (in EUR)		
		HE 2026 (einschl. BS 1/2026)	Haushaltsplan 2026	Differenz
1.0.11	*Horizont Europa*	*12 973 534 084*	*12 993 534 084*	*20 000 000*
01 02 02 10	Cluster „Gesundheit“	633 612 599	643 612 599	10 000 000
01 02 02 20	Cluster „Kultur, Kreativität und eine inklusive Gesellschaft“	321 003 359	331 003 359	10 000 000
1.0.221	*CEF Verkehr*	*1 682 832 744*	*1 691 332 744*	*8 500 000*
02 03 01	Fazilität „Connecting Europe“ (CEF) – Verkehr	1 669 776 945	1 678 276 945	8 500 000
1.0.222	*CEF-Energie*	*1 013 427 101*	*1 028 427 101*	*15 000 000*
02 03 02	Fazilität „Connecting Europe“ (CEF) — Energie	1 007 840 756	1 022 840 756	15 000 000
1.0.23	*Programm „Digitales Europa“*	*999 735 911*	*999 897 911*	*162 000*
02 04 01 11	Unterstützungsausgaben für das ECCC	122 676 720	122 838 720	162 000
1.0.31	*Binnenmarktprogramm (einschl. KMU)*	*622 015 999*	*624 015 999*	*2 000 000*
03 02 02	Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen — insbesondere KMU — und Unterstützung für den	134 197 119	136 197 119	2 000 000

	Zugang zu Märkten			
PPPA	*Pilotprojekte und vorbereitende Maßnahmen*			*62 920 000*
	Gesamt			**108 582 000**

Mit der Aufstockung des Europäischen Kompetenzzentrums für Industrie, Technologie und Forschung im Bereich der Cybersicherheit um 0,2 Mio. EUR sollen zwei zusätzliche Planstellen finanziert werden.

Die Mittel für Verpflichtungen werden folglich auf 22 163,0 Mio. EUR festgelegt; bis zur Ausgabenobergrenze der Rubrik 1 verbleibt somit ein Spielraum von 47,0 Mio. EUR.

Teilrubrik 2a – Wirtschaftlicher, sozialer und territorialer Zusammenhalt

Die Mittel für Verpflichtungen entsprechen dem Umfang, wie er von der Kommission im Haushaltsentwurf in der durch das Berichtigungsschreiben Nr. 1/2026 geänderten Fassung vorgeschlagen wurde, jedoch mit den im Vermittlungsausschuss vereinbarten Anpassungen, die der folgenden Tabelle zu entnehmen sind:

Haushaltslinie/ Programm	Bezeichnung	Veränderung bei den Mitteln für Verpflichtungen (in EUR)		
		HE 2026 (einschl. BS 1/2026)	Haushaltsplan 2026	Differenz
PPPA	*Pilotprojekte und vorbereitende Maßnahmen*			*1 500 000*
	Gesamt			**1 500 000**

Die vereinbarten Mittel für Verpflichtungen belaufen sich folglich auf 56 594,0 Mio. EUR, wobei bis zur Ausgabenobergrenze der Teilrubrik 2a kein Spielraum verbleibt und das Flexibilitätsinstrument im Einklang mit Artikel 12 der MFR-Verordnung in Höhe von 1,0 Mio. EUR in Anspruch genommen wird.

Teilrubrik 2b – Resilienz und Werte

Die Mittel für Verpflichtungen entsprechen dem Umfang, wie er von der Kommission im Haushaltsentwurf in der durch das Berichtigungsschreiben Nr. 1/2026 geänderten Fassung vorgeschlagen wurde, jedoch mit den im Vermittlungsausschuss vereinbarten Anpassungen, die der folgenden Tabelle zu entnehmen sind:

Haushaltslinie/ Programm	Bezeichnung	Veränderung bei den Mitteln für Verpflichtungen (in EUR)		
		HE 2026 (einschl. BS 1/2026)	Haushaltsplan 2026	Differenz
2.2.13	*Unterstützung der türkisch-zyprischen Gemeinschaft*	*35 671 000*	*36 171 000*	*500 000*
05 04 01	Finanzhilfe zur Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung der türkisch-zyprischen Gemeinschaft	33 479 713	33 979 713	500 000
2.2.21	*Europäische Aufbau- und Resilienzfazilität (einschließlich Instrument für technische Unterstützung)*	*109 535 580*	*52 535 580*	*-57 000 000*
06 02 02	Instrument für technische Unterstützung	107 327 580	50 327 580	-57 000 000
2.2.24	*Katastrophenschutzverfahren der Union (rescEU)*	*167 657 430*	*177 657 430*	*10 000 000*
06 05 01	Katastrophenschutzverfahren der Union	167 657 430	177 657 430	10 000 000
2.2.25	*EU4Health*	*684 874 008*	*687 874 008*	*3 000 000*
06 06 01	Gesundheitsprogramm EU4Health	658 265 985	661 265 985	3 000 000
2.2.312	*Beschäftigung und soziale Innovation*	*107 710 821*	*108 710 821*	*1 000 000*

07 02 04	ESF+ — Komponente Beschäftigung und soziale Innovation (EaSI)	105 410 821	106 410 821	1 000 000
2.2.32	*Erasmus+*	*4 274 298 160*	*4 277 298 160*	*3 000 000*
07 03 01 01	Förderung der Lernmobilität von Einzelpersonen und Gruppen sowie der Zusammenarbeit, Inklusion und Gleichstellung, Exzellenz, Kreativität und Innovation auf Ebene von Organisationen der allgemeinen und beruflichen Bildung und der Bildungspolitik — Indirekte Mittelverwaltung	3 042 584 266	3 045 584 266	3 000 000
2.2.34	*Kreatives Europa*	*396 025 017*	*397 025 017*	*1 000 000*
07 05 03	Sektorübergreifender Aktionsbereich	33 030 185	34 030 185	1 000 000
2.2.352	*Bürgerinnen und Bürger, Gleichstellung, Rechte und Werte*	*290 904 400*	*291 904 400*	*1 000 000*
07 06 04	Werte der Union	120 762 466	121 762 466	1 000 000
2.2.3SPEC	*Befugnisse*	*187 366 177*	*188 866 177*	*1 500 000*
07 20 04 09	Bildungs- und Informationsmaßnahmen zugunsten von Arbeitnehmerorganisationen	23 133 016	24 633 016	1 500 000
PPPA	*Pilotprojekte und vorbereitende Maßnahmen*			*9 200 000*
	Gesamt			**-26 800 000**

Der Gesamtbedarf für die Haushaltslinie für Zinszahlungen im Rahmen des EURI, der die Finanzplanung für 2026 um 4 225,4 Mio. EUR übersteigt, wird zum Teil über den unter Teilrubrik 2b verbleibenden Spielraum in Höhe von 99,6 Mio. EUR und durch die Inanspruchnahme von 2 013,1 Mio. EUR im Rahmen des Flexibilitätsinstruments in Höhe von 2 112,7 Mio. EUR finanziert, was 50 % des zusätzlichen Bedarfs entspricht. Das EURI-Instrument wird für die verbleibenden 50 %, d. h. 2 112,7 Mio. EUR, in Anspruch genommen. Dieser Betrag ist im Einklang mit Artikel 10a Absatz 3 Buchstabe a der MFR-Verordnung vollständig durch die seit 2021 aufgehobenen Mittelbindungen gedeckt.

Die vereinbarten Mittel für Verpflichtungen belaufen sich folglich auf 15 055,8 Mio. EUR, wobei bis zur Ausgabenobergrenze der Teilrubrik 2b kein Spielraum verbleibt und das Flexibilitätsinstrument im Einklang Artikel 12 der MFR-Verordnung in Höhe von 2 013,1 Mio. EUR und das EURI-Instrument im Einklang mit Artikel 10a Absatz 3 Buchstabe a der MFR-Verordnung in Höhe von 2 112,7 Mio. EUR in Anspruch genommen wird.

Rubrik 3 – Natürliche Ressourcen und Umwelt

Die Mittel für Verpflichtungen entsprechen dem Umfang, wie er von der Kommission im Haushaltsentwurf in der durch das Berichtigungsschreiben Nr. 1/2026 geänderten Fassung vorgeschlagen wurde, jedoch mit den im Vermittlungsausschuss vereinbarten Anpassungen, die der folgenden Tabelle zu entnehmen sind:

Haushaltslinie/ Programm	Bezeichnung	Veränderung bei den Mitteln für Verpflichtungen (in EUR)

		HE 2026 (einschl. BS 1/2026)	Haushaltsplan 2026	Differenz
3.1.11	*Europäischer Garantiefonds für die Landwirtschaft (EGFL)*	*40 130 086 767*	*40 011 259 481*	*-118 827 286*
08 02 01	Agrarreserve	172 631 381	137 486 942	-35 144 439
08 02 04 01	Einkommensgrundstützung für Nachhaltigkeit	17 944 178 630	17 860 495 783	-83 682 847
3.2.21	*Programm für die Umwelt- und Klimapolitik (LIFE)*	*803 556 423*	*813 556 423*	*10 000 000*
09 02 01	Natur und Biodiversität	323 258 983	328 258 983	5 000 000
09 02 04	Energiewende	137 443 577	142 443 577	5 000 000
PPPA	*Pilotprojekte und vorbereitende Maßnahmen*			*1 500 000*
	Gesamt			**-107 327 286**

Die vereinbarten Mittel für Verpflichtungen belaufen sich folglich auf 56 529,4 Mio. EUR; bis zur Ausgabenobergrenze der Rubrik 3 verbleibt somit ein Spielraum von 570,6 Mio. EUR.

p.m. Insgesamt beläuft sich der EGFL-Bedarf für 2026 einschließlich der Agrarreserve auf 41 331,2 Mio. EUR. Dies entspricht einem Anstieg um 426 Mio. EUR gegenüber dem Haushaltsentwurf 2026, der die vollständige Unterstützung für Junglandwirte auf der Grundlage des Bedarfs und eine Aufstockung der Absatzförderungsmaßnahmen um 105 Mio. EUR umfasst.

Rubrik 4 – Migration und Grenzmanagement

Die Mittel für Verpflichtungen entsprechen dem Umfang, wie er von der Kommission im Haushaltsentwurf in der durch das Berichtigungsschreiben Nr. 1/2026 geänderten Fassung vorgeschlagen wurde, jedoch mit den im Vermittlungsausschuss vereinbarten Anpassungen, die der folgenden Tabelle zu entnehmen sind:

Haushaltslinie/ Programm	Bezeichnung	Veränderung bei den Mitteln für Verpflichtungen (in EUR)		
		HE 2026 (einschl. BS 1/2026)	Haushaltsplan 2026	Differenz
4.0.211	*Fonds für integrierte Grenzverwaltung (IBMF) – Instrument für Grenzmanagement und Visa (BMVI)*	*1 121 476 375*	*1 131 476 375*	*10 000 000*
11 02 01	Instrument für finanzielle Hilfe im Bereich Grenzverwaltung und Visumpolitik	1 116 186 059	1 126 186 059	10 000 000
4.0.2DAG	Dezentrale Agenturen	1 424 770 391	1 423 636 391	-1 134 000
11 10 01	Europäische Agentur für die Grenz- und Küstenwache (Frontex)	1 108 076 519	1 106 942 519	-1 134 000
	Gesamt			**8 866 000**

Die vereinbarten Mittel für Verpflichtungen belaufen sich folglich auf 5 018,9 Mio. EUR; bis zur Ausgabenobergrenze der Rubrik 4 verbleibt somit ein Spielraum von 84,1 Mio. EUR.

Rubrik 5 – Sicherheit und Verteidigung

Die Mittel für Verpflichtungen entsprechen dem Umfang, wie er von der Kommission im Haushaltsentwurf in der durch das Berichtigungsschreiben Nr. 1/2026 geänderten Fassung vorgeschlagen wurde, jedoch mit den im Vermittlungsausschuss vereinbarten Anpassungen, die der folgenden Tabelle zu entnehmen sind:

Haushaltslinie/ Programm	Name	Veränderung bei den Mitteln für Verpflichtungen (in EUR)		
		HE 2026 (einschl. BS 1/2026)	Haushaltsplan 2026	Differenz
5.0.22	*Militärische Mobilität*	*251 250 954*	*261 250 954*	*10 000 000*
13 04 01	Militärische Mobilität	249 391 815	259 391 815	10 000 000
5.0.25	*Programm für die Europäische Verteidigungsindustrie*	*621 256 000*	*621 256 000*	*0*
13 01 06	Unterstützungsausgaben für das Programm für die Europäische Verteidigungsindustrie	4 712 000	14 757 000	10 045 000
13 01 07	Unterstützungsausgaben für das Unterstützungsinstrument für die Ukraine		2 000 000	2 000 000
13 08 01	Programm für die Europäische Verteidigungsindustrie	616 544 000	456 499 000	-160 045 000
13 08 02	Unterstützungsinstrument für die Ukraine		148 000 000	148 000 000
	Gesamt			**10 000 000**

Die vereinbarten Mittel für Verpflichtungen belaufen sich folglich auf 2 813,5 Mio. EUR, wobei bis zur Ausgabenobergrenze der Rubrik 5 kein Spielraum verbleibt und das Flexibilitätsinstrument im Einklang mit Artikel 12 der MFR-Verordnung in Höhe von 3,5 Mio. EUR in Anspruch genommen wird.

Rubrik 6 – Nachbarschaft und die Welt

Die Mittel für Verpflichtungen entsprechen dem von der Kommission im Haushaltsentwurf vorgeschlagenen Umfang, jedoch mit den im Vermittlungsausschuss vereinbarten Anpassungen, die der folgenden Tabelle zu entnehmen sind:

Haushaltslinie/ Programm	Bezeichnung	Veränderung bei den Mitteln für Verpflichtungen (in EUR)		
		HE 2026 (einschl. BS 1/2026)	Haushaltsplan 2026	Differenz
6.0.111	*Instrument für Nachbarschaft, Entwicklungszusammenarbeit und internationale Zusammenarbeit – Europa in der Welt (NDICI/Europa in der Welt)*	*10 111 959 311*	*10 171 959 311*	*60 000 000*
14 02 01 10	Südliche Nachbarschaft	1 828 764 508	1 863 764 508	35 000 000
14 02 01 11	Östliche Nachbarschaft	339 730 635	249 930 635	-89 800 000
14 02 01 13	Reform- und Wachstumsfazilität für die Republik Moldau	0	114 800 000	114 800 000
6.0.12	*Humanitäre Hilfe (HUMA)*	*1 927 496 735*	*1 962 496 735*	*35 000 000*
14 03 01	Humanitäre Hilfe	1 833 505 988	1 868 505 988	35 000 000
	Gesamt			**95 000 000**

Die Kürzung der Haushaltslinie 14 02 01 11 um 89,8 Mio. EUR ergibt sich aus der Übertragung von 114,8 Mio. EUR auf die neu geschaffene Haushaltslinie 14 02 01 13 und einer Aufstockung um 25 Mio. EUR für die östliche Nachbarschaft.

Die vereinbarten Mittel für Verpflichtungen belaufen sich folglich auf 15 600,0 Mio. EUR; bis zur Ausgabenobergrenze der Rubrik 6 verbleibt somit ein Spielraum von 14 Mio. EUR.

Rubrik 7 – Europäische öffentliche Verwaltung

Die Zahl der Stellen in den Stellenplänen der Organe und die von der Kommission im Haushaltsentwurf in der durch das Berichtigungsschreiben Nr. 1/2026 geänderten Fassung vorgeschlagenen Mittel werden vom Vermittlungsausschuss mit den nachstehenden Anpassungen vereinbart, um den finanziellen Auswirkungen auf die Verwaltungsausgaben für 2026 Rechnung zu tragen, die sich aus der niedriger als erwartet ausgefallenen Erhöhung der Dienstbezüge für 2025 ergeben:

- Im Einzelplan des Europäischen Parlaments ist eine Kürzung der Mittel für Verpflichtungen und der Mittel für Zahlungen um 31,4 Mio. EUR vorgesehen.
- Im Einzelplan des Europäischen Rates und des Rates ist eine Kürzung der Mittel für Verpflichtungen und der Mittel für Zahlungen um 9,3 Mio. EUR vorgesehen.
- Im Einzelplan der Europäischen Kommission ist eine Kürzung der Mittel für Verpflichtungen und der Mittel für Zahlungen um 140,1 Mio. EUR vorgesehen.
- Im Einzelplan des Gerichtshofs der Europäischen Union ist eine Kürzung der Mittel für Verpflichtungen und der Mittel für Zahlungen um 8,4 Mio. EUR vorgesehen.
- Im Einzelplan des Europäischen Rechnungshofs ist eine Kürzung der Mittel für Verpflichtungen und der Mittel für Zahlungen um 3,4 Mio. EUR vorgesehen.
- Im Einzelplan des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses ist eine Kürzung der Mittel für Verpflichtungen und der Mittel für Zahlungen um 1,9 Mio. EUR vorgesehen.
- Im Einzelplan des Europäischen Ausschusses der Regionen ist eine Kürzung der Mittel für Verpflichtungen und der Mittel für Zahlungen um 1,8 Mio. EUR vorgesehen.
- Im Einzelplan des Europäischen Bürgerbeauftragten ist eine Kürzung der Mittel für Verpflichtungen und der Mittel für Zahlungen um 0,1 Mio. EUR vorgesehen.
- Im Einzelplan des Europäischen Datenschutzbeauftragten ist eine Kürzung der Mittel für Verpflichtungen und der Mittel für Zahlungen um 0,4 Mio. EUR vorgesehen.
- Im Einzelplan des Europäischen Auswärtigen Dienstes ist eine Kürzung der Mittel für Verpflichtungen und der Mittel für Zahlungen um 6,0 Mio. EUR vorgesehen.

Darüber hinaus werden folgende Anpassungen vereinbart:

- Im Einzelplan des Gerichtshofs der Europäischen Union werden sechs Stellen im Stellenplan hinzugefügt. Zudem wird die Zahl der Vertragsbediensteten um fünf erhöht. Die entsprechenden Mittel für Verpflichtungen und Mittel für Zahlungen werden unter Berücksichtigung der Tatsache, dass Stellen im Durchschnitt zur Jahresmitte besetzt werden, um 0,7 Mio. EUR aufgestockt.
- Im Einzelplan des Europäischen Bürgerbeauftragten ist eine Aufstockung der Mittel für Verpflichtungen und der Mittel für Zahlungen in Höhe von 0,3 Mio. EUR vorgesehen.
- Im Einzelplan des Europäischen Datenschutzbeauftragten werden 12 Stellen im Stellenplan hinzugefügt (davon sieben für den Europäischen Datenschutzbeauftragten und fünf für den Europäischen Datenschutzausschuss).Zudem wird die Zahl der Vertragsbediensteten um fünf erhöht. Die entsprechenden Mittel für Verpflichtungen und Mittel für Zahlungen werden unter Berücksichtigung der Tatsache, dass Stellen im Durchschnitt zur Jahresmitte besetzt werden, um 1,2 Mio. EUR aufgestockt.
- Im Einzelplan des Europäischen Auswärtigen Dienstes ist vorgesehen, die Mittel für Verpflichtungen und die Mittel für Zahlungen für die Sicherheit in den Delegationen (Haushaltslinie 3 0 0 3) um 3,0 Mio. EUR aufzustocken.

Aus diesen Anpassungen ergibt sich insgesamt eine Kürzung um 197,7 Mio. EUR bei Rubrik 7.

Einzelplan I – Europäisches Parlament

Haushaltslinie/ Programm	Bezeichnung	Veränderung bei den Mitteln für Verpflichtungen (in EUR)		
		HE 2026 (einschl. BS 1/2026)	Haushaltsplan 2026	Differenz
1 0 0 0	Entschädigungen	100 920 000	98 955 941	-1 964 059
1 0 2	Übergangsgelder	2 287 000	2 242 491	-44 509
1 0 3 1	Ruhegehälter wegen Dienstunfähigkeit (KVR)	102 000	100 015	-1 985
1 0 3 2	Hinterbliebenenversorgung (KVR)	2 160 000	2 117 963	-42 037
1 2 0 0	Gehälter und Zulagen	973 382 485	954 438 964	-18 943 521
1 2 0 2	Vergütete Überstunden	57 573	56 453	-1 120
1 2 2 0	Vergütungen bei Stellenenthebung aus dienstlichen Gründen und Urlaub im dienstlichen Interesse	4 790 000	4 696 779	-93 221
1 4 0 0	Sonstige Bedienstete — Generalsekretariat und Fraktionen	100 945 810	98 981 249	-1 964 561
1 4 0 1	Sonstige Bedienstete – Sicherheit	57 780 573	56 656 074	-1 124 499
1 4 0 2	Sonstige Bedienstete — Fahrer im Generalsekretariat	10 316 589	10 115 812	-200 777
1 4 0 4	Praktika, abgeordnete nationale Sachverständige, Austausch von Beamten und Studienaufenthalte	15 912 203	15 602 527	-309 676
1 4 0 5	Ausgaben für Dolmetschleistungen	64 850 000	63 587 919	-1 262 081
4 2 2	Ausgaben für parlamentarische Assistenz	279 165 340	273 732 353	-5 432 987
	Gesamt			**-31 385 033**

Einzelplan II – Europäischer Rat und Rat

Haushaltslinie/ Programm	Bezeichnung	Veränderung bei den Mitteln für Verpflichtungen (in EUR)		
		HE 2026 (einschl. BS 1/2026)	Haushaltsplan 2026	Differenz
1 0 0 0	Grundgehälter	470 000	465 000	-5 000
1 0 0 1	Ansprüche im Zusammenhang mit dem Dienst	104 000	103 000	-1 000
1 0 1 0	Übergangsgelder	270 000	267 000	-3 000
1 1 0 0	Grundgehälter	349 188 591	343 985 187	-5 203 404
1 1 0 1	Statutarische Ansprüche im Zusammenhang mit dem Dienst	2 011 000	1 989 000	-22 000
1 1 0 2	Statutarische Ansprüche im Zusammenhang mit der persönlichen Situation des Bediensteten	88 737 000	87 315 000	-1 422 000
1 1 0 3	Sozialversicherung	14 099 000	13 875 000	-224 000
1 1 0 4	Berichtigungskoeffizienten	162 000	161 000	-1 000
1 1 0 7	Jährliche Anpassung der Dienstbezüge	9 835 000	7 626 000	-2 209 000
1 2 0 0	Sonstige Bedienstete	14 164 000	14 022 000	-142 000
1 2 0 1	Abgeordnete nationale Sachverständige	1 541 000	1 524 000	-17 000
1 2 0 2	Praktika	1 004 000	999 000	-5 000
1 2 0 7	Jährliche Anpassung der	299 000	233 000	-66 000

	Dienstbezüge			
	Gesamt			**-9 320 404**

Einzelplan III – Kommission

Haushaltslinie/ Programm	Bezeichnung	Veränderung bei den Mitteln für Verpflichtungen (in EUR)		
		HE 2026 (einschl. BS 1/2026)	Haushaltsplan 2026	Differenz
20 01 01 01	Gehälter, Zulagen und Entschädigungen der Mitglieder des Organs	13 461 000	13 198 000	-263 000
20 01 01 03	Vergütungen früherer Mitglieder	1 527 000	1 497 000	-30 000
20 01 02 01	Bezüge und Vergütungen — Hauptsitz und Vertretungen	2 876 647 656	2 819 649 656	-56 998 000
20 01 02 02	Vergütungen und Kosten bei Dienstantritt, Versetzungen und Ausscheiden aus dem Dienst — Hauptsitz und Vertretungen	16 565 000	16 266 000	-299 000
20 01 02 03	Bezüge und Vergütungen — Delegationen der Union	156 981 000	153 921 000	-3 060 000
20 01 02 04	Vergütungen und Kosten bei Dienstantritt, Versetzungen und Ausscheiden aus dem Dienst — Delegationen der Union	9 649 000	9 589 000	-60 000
20 01 04	In den einstweiligen Ruhestand versetzte, ihrer Stelle enthobene oder entlassene Beamte	7 864 000	7 709 000	-155 000
20 02 01 01	Vertragsbedienstete	112 839 876	111 055 971	-1 783 905
20 02 01 02	Personal der Agenturen sowie technische und administrative Unterstützung für verschiedene Tätigkeiten	12 152 867	12 015 404	-137 463
20 02 01 03	Vorübergehend zur Kommission abgeordnete nationale Beamte	52 175 883	51 310 308	-865 575
20 02 02 01	Vertragsbedienstete	21 808 000	21 686 000	-122 000
20 02 03 01	Vertragsbedienstete	941 000	924 000	-17 000
20 02 04	Kosten für Praktika von Hochschulabsolventen in den Dienststellen des Organs	13 900 000	13 700 000	-200 000
20 02 05	Sonderberater	1 728 000	1 710 000	-18 000
20 03 15 01	Amt für Veröffentlichungen	125 577 575	123 994 575	-1 583 000
O1 01 01 01	Gehälter und Zulagen	79 484 080	77 943 080	-1 541 000
O1 01 01 02	Vergütungen und Kosten bei Dienstantritt, Versetzungen und Ausscheiden aus dem Dienst	436 000	429 000	-7 000
O1 01 02	Externes Personal	2 936 000	2 901 000	-35 000
20 03 15 02	Europäisches Amt für Personalauswahl	29 390 474	29 063 474	-327 000
O2 01 01 01	Gehälter und Zulagen	15 336 224	15 035 224	-301 000
O2 01 02	Externes Personal	1 752 000	1 726 000	-26 000
20 03 16 01	Amt für die Feststellung und Abwicklung individueller Ansprüche	62 228 744	61 168 744	-1 060 000
O3 01 01 01	Gehälter und Zulagen	18 610 200	18 182 200	-428 000
O3 01 01 02	Vergütungen und Kosten bei Dienstantritt, Versetzungen und	115 000	113 000	-2 000

	Ausscheiden aus dem Dienst			
O3 01 02	Externes Personal	25 437 536	24 807 536	-630 000
20 03 16 02	Amt für Gebäude, Anlagen und Logistik — Brüssel	106 944 674	104 979 674	-1 965 000
O4 01 01 01	Gehälter und Zulagen	39 352 000	38 562 000	-790 000
O4 01 01 02	Vergütungen und Kosten bei Dienstantritt, Versetzungen und Ausscheiden aus dem Dienst	163 000	161 000	-2 000
O4 01 02 01	Externes Personal — OIB	34 860 000	34 077 000	-783 000
O4 01 02 02	Externes Personal — Kinderbetreuungseinrichtungen	13 868 000	13 478 000	-390 000
20 03 16 03	Amt für Gebäude, Anlagen und Logistik — Luxemburg	34 688 290	34 199 290	-489 000
O5 01 01 01	Gehälter und Zulagen	13 335 088	13 078 088	-257 000
O5 01 01 02	Vergütungen und Kosten bei Dienstantritt, Versetzungen und Ausscheiden aus dem Dienst	91 000	90 000	-1 000
O5 01 02 01	Externes Personal — OIL	10 818 336	10 624 336	-194 000
O5 01 02 02	Externes Personal — Kinderbetreuungseinrichtungen	3 606 000	3 569 000	-37 000
20 03 17	Europäisches Amt für Betrugsbekämpfung (OLAF)	74 122 474	73 057 474	-1 065 000
O6 01 01 01	Gehälter und Zulagen	53 692 224	52 646 224	-1 046 000
O6 01 01 02	Vergütungen und Kosten bei Dienstantritt, Versetzungen und Ausscheiden aus dem Dienst	181 000	179 000	-2 000
O6 01 02	Externes Personal	3 376 000	3 359 000	-17 000
21 01 01	Versorgungsbezüge und Vergütungen	2 995 843 000	2 934 716 000	-61 127 000
21 01 02 01	Versorgungsbezüge der ehemaligen Mitglieder des Europäischen Parlaments	24 257 000	23 785 000	-472 000
21 01 02 02	Versorgungsbezüge der ehemaligen Präsidenten des Europäischen Rates und der ehemaligen Generalsekretäre des Rates der Europäischen Union	821 000	805 000	-16 000
21 01 02 03	Versorgungsbezüge der ehemaligen Mitglieder der Kommission	14 289 000	14 010 000	-279 000
21 01 02 04	Versorgungsbezüge der ehemaligen Mitglieder des Gerichtshofs der Europäischen Union	21 132 000	20 722 000	-410 000
21 01 02 05	Versorgungsbezüge der ehemaligen Mitglieder des Rechnungshofs	8 386 000	8 222 000	-164 000
21 01 02 06	Versorgungsbezüge der ehemaligen Europäischen Bürgerbeauftragten	320 000	313 000	-7 000
21 01 02 07	Versorgungsbezüge der ehemaligen Europäischen Datenschutzbeauftragten	400 000	394 000	-6 000
21 02 01 01	Büro des Generalsekretärs der Europäischen Schulen (Brüssel)	18 658 217	18 603 690	-54 527
21 02 01 02	Brüssel I (Uccle)	50 074 677	48 794 818	-1 279 859
21 02 01 03	Brüssel II (Woluwe)	43 910 339	42 866 655	-1 043 684
21 02 01 04	Brüssel III (Ixelles)	36 979 862	36 046 764	-933 098
21 02 01 05	Brüssel IV (Laeken)	35 501 500	34 562 938	-938 562
21 02 01 06	Luxemburg I	25 789 995	25 083 629	-706 366
21 02 01 07	Luxemburg II	16 744 841	16 223 379	-521 462
21 02 01 08	Mol (BE)	11 831 023	11 511 347	-319 676

21 02 01 09	Frankfurt am Main (DE)	8 973 151	8 706 543	-266 608
21 02 01 10	Karlsruhe (DE)	7 605 891	7 252 166	-353 725
21 02 01 11	München (DE)	645 945	630 788	-15 157
21 02 01 12	Alicante (ES)	1 703 986	1 650 153	-53 833
21 02 01 13	Varese (IT)	14 227 750	13 769 743	-458 007
21 02 01 14	Bergen (NL)	5 013 500	4 883 939	-129 561
	Gesamt			**-140 053 068**

Einzelplan IV – Gerichtshof der Europäischen Union

Haushaltslinie: Programm	**Bezeichnung**	**Veränderung bei den Mitteln für Verpflichtungen (in EUR)**		
		HE 2026 (einschl. BS 1/2026)	**Haushaltsplan 2026**	**Differenz**
1 0 0 0	Dienstbezüge und Zulagen	42 395 000	41 558 000	-837 000
1 0 0 2	Rechte bei Dienstantritt, Versetzungen, Ausscheiden aus dem Dienst Diese Mittel decken:	884 000	870 000	-14 000
1 0 2	Übergangsgelder	4 020 000	3 941 000	-79 000
1 2 0 0	Dienstbezüge und Zulagen	362 240 000	355 627 000	-6 613 000
1 2 0 2	Vergütete Überstunden	798 000	782 000	-16 000
1 2 0 4	Mit dem Dienstantritt, der Versetzung und dem Ausscheiden aus dem Dienst verbundene Ansprüche	2 373 000	2 330 000	-43 000
1 4 0 0	Sonstige Bedienstete	13 617 133	13 560 633	-56 500
1 4 0 4	Praktika und Personalaustausch	4 016 000	3 996 000	-20 000
	Gesamt			**-7 678 500**

Einzelplan V – Rechnungshof

Haushaltslinie/ Programm	**Bezeichnung**	**Veränderung bei den Mitteln für Verpflichtungen (in EUR)**		
		HE 2026 (einschl. BS 1/2026)	**Haushaltsplan 2026**	**Differenz**
1 0 0 0	Amtsbezüge, Vergütungen und Versorgungsbezüge	11 709 000	11 477 000	-232 000
1 0 0 2	Vergütungen bei Aufnahme der Amtstätigkeit und bei Ausscheiden aus dem Amt	594 000	585 000	-9 000
1 0 2	Übergangsgelder	410 000	402 000	-8 000
1 2 0 0	Gehälter und Zulagen	154 736 000	151 728 000	-3 008 000
1 2 0 2	Vergütete Überstunden	219 000	214 000	-5 000
1 2 0 4	Rechte bei Dienstantritt, Versetzungen, Ausscheiden aus dem Dienst Diese Mittel decken:	1 114 000	1 095 000	-19 000
1 4 0 0	Sonstige Bedienstete	7 053 000	6 917 000	-136 000
	Gesamt			**-3 417 000**

Einzelplan VI – Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss

Haushaltslinie/ Programm	**Bezeichnung**	**Veränderung bei den Mitteln für Verpflichtungen (in EUR)**		
		HE 2026	**Haushaltsplan**	**Differenz**

		(einschl. BS 1/2026)	2026	
1 2 0 0	Gehälter und Zulagen	100 702 000	98 880 971	-1 821 029
1 4 0 0	Sonstige Bedienstete	3 272 581	3 207 850	-64 731
1 4 0 4	Praktika, Zuschüsse und Austausch von Beamten	1 041 195	1 022 777	-18 418
	Gesamt			**-1 904 178**

Einzelplan VII – Europäischer Ausschuss der Regionen

Haushaltslinie/ Programm	Bezeichnung	Veränderung bei den Mitteln für Verpflichtungen (in EUR)		
		HE 2026 (einschl. BS 1/2026)	Haushaltsplan 2026	Differenz
1 2 0 0	Gehälter und Zulagen	80 480 000	78 830 160	-1 649 840
1 4 0 0	Sonstige Bedienstete	6 414 907	6 283 401	-131 506
	Gesamt			**-1 781 346**

Einzelplan VIII – Europäischer Bürgerbeauftragter

Haushaltslinie/ Programm	Bezeichnung	Veränderung bei den Mitteln für Verpflichtungen (in EUR)		
		HE 2026 (einschl. BS 1/2026)	Haushaltsplan 2026	Differenz
1 0 0	Gehalt, Zulagen und Entschädigungen (an das Gehalt gebunden)	575 000	563 000	-12 000
1 2 0 0	Gehälter und Zulagen	11 920 000	11 820 000	-100 000
1 4 0 0	Sonstige Bedienstete	585 000	580 000	-5 000
1 4 0 4	Praktika, Zuschüsse und Austausch von Beamten	260 000	255 000	-5 000
2 0 0 2	Reinigung, Wartung und Energieverbrauch	225 589	319 000	93 411
2 3 2	Unterstützung von Aktivitäten	182 000	382 000	200 000
	Gesamt			**171 411**

Einzelplan IX – Europäischer Datenschutzbeauftragter

Haushaltslinie/ Programm	Bezeichnung	Veränderung bei den Mitteln für Verpflichtungen (in EUR)		
		HE 2026 (einschl. BS 1/2026)	Haushaltsplan 2026	Differenz
1 0 0 0	Gehälter und Zulagen	504 500	494 000	-10 500
1 1 0 0	Gehälter und Zulagen	12 306 902	12 622 693	315 791
1 1 1 0	Vertragsbedienstete	2 655 898	2 697 099	41 201
3 0 1 0	Gehälter und Zulagen	3 338 154	3 664 293	326 139
3 0 2 0	Vertragsbedienstete	1 407 981	1 453 247	45 266
	Gesamt			**717 897**

Einzelplan X – Europäischer Auswärtiger Dienst

Haushaltslinie/ Programm	Bezeichnung	Veränderung bei den Mitteln für Verpflichtungen (in EUR)		
		HE 2026 (einschl. BS 1/2026)	Haushaltsplan 2026	Differenz
1 1 0 0	Grundgehälter	142 939 000	139 939 000	-3 000 000
3 0 0 0	Dienstbezüge und sonstige Ansprüche des Statutspersonals	168 774 000	165 774 000	-3 000 000
3 0 0 3	Gebäude und Nebenkosten	197 026 260	200 026 260	3 000 000
	Gesamt			**-3 000 000**

Die vereinbarten Mittel für Verpflichtungen belaufen sich folglich auf 13 277,5 Mio. EUR, wobei bis zur Ausgabenobergrenze der Rubrik 7 kein Spielraum verbleibt und das Instrument für einen einzigen Spielraum gemäß Artikel 11 Absatz 1 Buchstabe a der MFR-Verordnung in Höhe von 748,2 Mio. EUR und das Flexibilitätsinstrument gemäß Artikel 12 der MFR-Verordnung in Höhe von 23,3 Mio. EUR in Anspruch genommen werden.

Thematische besondere Instrumente: Europäischer Fonds für die Anpassung an die Globalisierung, Europäische Solidaritätsreserve, Soforthilfereserve und Reserve für die Anpassung an den Brexit

Die Mittel für Verpflichtungen für den Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung (EGF), die Europäische Solidaritätsreserve (ESR), die Soforthilfereserve und die Reserve für die Anpassung an den Brexit (Brexit-Reserve) werden in der von der Kommission im Haushaltsplanentwurf vorgeschlagenen Höhe eingesetzt.

1.4. Mittel für Zahlungen

Das Gesamtvolumen der Mittel für Zahlungen im Haushaltsplan 2026 entspricht dem im Haushaltsentwurf in der durch das Berichtigungsschreiben Nr. 1/2026 geänderten Fassung vorgeschlagenen Umfang mit folgenden im Vermittlungsausschuss vereinbarten Anpassungen:

1. Es werden die vereinbarten Mittelansätze für Verpflichtungen für nichtgetrennte Ausgaben (Rubriken 1 bis 6) berücksichtigt, bei denen die Höhe der Mittel für Zahlungen der Höhe der Mittel für Verpflichtungen entspricht. Dies gilt für die Gesamtkürzung beim EGFL um 118,8 Mio. EUR. Unter Berücksichtigung der Anpassung der Unterstützungsausgaben für das Programm für die europäische Verteidigungsindustrie und des Unterstützungsinstruments für die Ukraine ergibt sich insgesamt eine Kürzung um 107,9 Mio. EUR.
2. Die Anpassungen unter Rubrik 7 führen zu einer Kürzung um 197,7 Mio. EUR.
3. Die Mittel für Zahlungen für alle *neuen* vom Parlament vorgeschlagenen Pilotprojekte und vorbereitenden Maßnahmen werden auf 25 % der entsprechenden Mittel für Verpflichtungen oder, sofern niedriger, auf die vom Parlament vorgeschlagene Höhe festgesetzt. Bei Verlängerungen laufender Pilotprojekte und vorbereitender Maßnahmen entspricht die Höhe der Zahlungen der im Haushaltsentwurf in der durch das Berichtigungsschreiben Nr. 1/2026 geänderten Fassung vorgesehenen Höhe, zuzüglich 25 % der entsprechenden neuen Verpflichtungen. Daraus ergibt sich insgesamt eine Aufstockung um 18,8 Mio. EUR.
4. Durch die Anpassungen bei den Haushaltslinien für getrennte Ausgaben erhöht sich der Betrag insgesamt um 60,2 Mio. EUR.

Die Anpassungen, die zu einem Gesamtrückgang um 226,5 Mio. EUR führen, sind in der folgenden Tabelle aufgeführt:

Haushaltslinie/ Programm	Bezeichnung	Veränderung bei den Mitteln für Zahlungen (in EUR)		
		HE 2026 (einschl. BS 1/2026)	Haushaltsplan 2026	Differenz

Rubrik 1				
1.0.11	*Horizont Europa*	*13 845 426 545*	*13 850 426 545*	*5 000 000*
01 02 02 10	Cluster „Gesundheit“	657 984 229	660 484 229	2 500 000
01 02 02 20	Cluster „Kultur, Kreativität und eine inklusive Gesellschaft“	249 754 819	252 254 819	2 500 000
1.0.221	*CEF Verkehr*	*1 571 555 799*	*1 573 680 799*	*2 125 000*
02 03 01	Fazilität „Connecting Europe“ (CEF) – Verkehr	890 000 000	892 125 000	2 125 000
1.0.222	*CEF-Energie*	*765 586 345*	*769 336 345*	*3 750 000*
02 03 02	Fazilität „Connecting Europe“ (CEF) — Energie	400 000 000	403 750 000	3 750 000
1.0.23	*Programm„Digitales Europa“*	*1 561 269 990*	*1 561 431 990*	*162 000*
02 04 01 11	Unterstützungsausgaben für das ECCC	158 672 439	158 834 439	162 000
1.0.31	*Binnenmarktprogramm (einschl. KMU)*	*525 367 605*	*525 867 605*	*500 000*
03 02 02	Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen — insbesondere KMU — und Unterstützung für den Zugang zu Märkten	109 338 871	109 838 871	500 000
PPPA	*Pilotprojekte und vorbereitende Maßnahmen*			*15 730 000*
	Rubrik 1 insgesamt			**27 267 000**
Teilrubrik 2a				
PPPA	*Pilotprojekte und vorbereitende Maßnahmen*			*375 000*
	Teilrubrik 2a insgesamt			**375 000**
Teilrubrik 2b				
2.2.13	*Unterstützung der türkisch-zyprischen Gemeinschaft*	*37 191 287*	*37 316 287*	*125 000*
05 04 01	Finanzhilfe zur Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung der türkisch-zyprischen Gemeinschaft	33 000 000	33 125 000	125 000
2.2.21	*Europäische Aufbau- und Resilienzfazilität (einschließlich Instrument für technische Unterstützung)*	*124 631 515*	*114 631 515*	*-10 000 000*
06 02 02	Instrument für technische Unterstützung	122 423 515	112 423 515	-10 000 000
2.2.24	*Katastrophenschutzverfahren der Union (rescEU)*	*208 500 000*	*211 000 000*	*2 500 000*
06 05 01	Katastrophenschutzverfahren der Union	189 000 000	191 500 000	2 500 000
2.2.25	*EU4Health*	*573 208 023*	*573 958 023*	*750 000*
06 06 01	Gesundheitsprogramm EU4Health	545 000 000	545 750 000	750 000
2.2.312	*Beschäftigung und soziale Innovation*	*104 300 000*	*104 550 000*	*250 000*
07 02 04	ESF+ — Komponente Beschäftigung und soziale Innovation (EaSI)	102 000 000	102 250 000	250 000
2.2.32	*Erasmus+*	*4 248 610 336*	*4 249 360 336*	*750 000*
07 03 01 01	Förderung der Lernmobilität von Einzelpersonen und Gruppen sowie der Zusammenarbeit,	2 985 720 000	2 986 470 000	750 000

	Inklusion und Gleichstellung, Exzellenz, Kreativität und Innovation auf Ebene von Organisationen der allgemeinen und beruflichen Bildung und der Bildungspolitik — Indirekte Mittelverwaltung			
2.2.34	*Kreatives Europa*	*358 230 897*	*358 480 897*	*250 000*
07 05 03	Sektorübergreifender Aktionsbereich	27 295 140	27 545 140	250 000
2.2.352	*Bürgerinnen und Bürger, Gleichstellung, Rechte und Werte*	*216 221 351*	*216 471 351*	*250 000*
07 06 04	Werte der Union	89 176 175	89 426 175	250 000
2.2.3SPEC	*Befugnisse*	*179 370 713*	*179 745 713*	*375 000*
07 20 04 09	Bildungs- und Informationsmaßnahmen zugunsten von Arbeitnehmerorganisationen	25 000 000	25 375 000	375 000
PPPA	*Pilotprojekte und vorbereitende Maßnahmen*			*2 300 000*
	Teilrubrik 2b insgesamt			**-2 450 000**
Rubrik 3:				
3.1.11	*Europäischer Garantiefonds für die Landwirtschaft (EGFL)*	*40 076 894 101*	*39 958 066 815*	*-118 827 286*
08 02 01	Agrarreserve	172 631 381	137 486 942	-35 144 439
08 02 04 01	Einkommensgrundstützung für Nachhaltigkeit	17 944 178 630	17 860 495 783	-83 682 847
3.2.21	*Programm für die Umwelt- und Klimapolitik (LIFE)*	*714 570 591*	*717 070 591*	*2 500 000*
09 02 01	Natur und Biodiversität	198 703 865	199 953 865	1 250 000
09 02 04	Energiewende	118 000 000	119 250 000	1 250 000
PPPA	*Pilotprojekte und vorbereitende Maßnahmen*			*375 000*
	Rubrik 3 insgesamt			**-115 952 286**
Rubrik 4				
4.0.211	*Fonds für integrierte Grenzverwaltung (IBMF) – Instrument für Grenzmanagement und Visa (BMVI)*	*748 591 799*	*751 091 799*	*2 500 000*
11 02 01	Instrument für finanzielle Hilfe im Bereich Grenzverwaltung und Visumpolitik	670 914 087	673 414 087	2 500 000
4.0.2DAG	*Dezentrale Agenturen*	*1 423 370 943*	*1 422 236 943*	*-1 134 000*
11 10 01	Europäische Agentur für die Grenz- und Küstenwache (Frontex)	1 108 076 519	1 106 942 519	-1 134 000
PPPA	*Pilotprojekte und vorbereitende Maßnahmen*			*0*
	Haushaltslinie 4 insgesamt			**1 366 000**
Rubrik 5				
5.0.22	*Militärische Mobilität*	*166 859 139*	*169 359 139*	*2 500 000*
13 04 01	Militärische Mobilität	165 000 000	167 500 000	2 500 000
5.0.25	*Programm für die Europäische Verteidigungsindustrie*	*621 256 000*	*621 256 000*	*0*
13 01 06	Externes Personal — Delegationen	4 712 000	14 757 000	10 045 000

13 01 07	Unterstützungsausgaben für das Unterstützungsinstrument für die Ukraine	0	2 000 000	2 000 000
13 08 01	Programm für die Europäische Verteidigungsindustrie	90 000 000	58 869 212	-31 130 788
13 08 02	Unterstützungsinstrument für die Ukraine	0	19 085 788	19 085 788
	Rubrik 5 insgesamt			**2 500 000**
Rubrik 6				
6.0.111	*Instrument für Nachbarschaft, Entwicklungszusammenarbeit und internationale Zusammenarbeit – Europa in der Welt (NDICI/Europa in der Welt)*	*11 337 203 790*	*11 367 203 790*	*30 000 000*
14 02 01 10	Südliche Nachbarschaft	1 126 441 967	1 143 941 967	17 500 000
14 02 01 11	Östliche Nachbarschaft	362 827 899	326 977 899	-35 850 000
14 02 01 13	Reform- und Wachstumsfazilität für die Republik Moldau	0	48 350 000	48 350 000
6.0.12	*Humanitäre Hilfe (HUMA)*	*2 161 184 687*	*2 189 184 687*	*28 000 000*
14 03 01	Humanitäre Hilfe	2 067 862 000	2 095 862 000	28 000 000
	Rubrik 6 insgesamt			**58 000 000**
Rubrik 7				
7.1.1	Versorgungsbezüge	3 065 448 000	3 002 967 000	-62 481 000
7.1.2	Europäische Schulen	281 871 677	274 797 552	-7 074 125
7.2	Verwaltungsausgaben der Organe	10 127 840 831	9 999 745 735	-128 095 096
7.2.1	*Europäisches Parlament*	*2 634 993 620*	*2 603 608 587*	*-31 385 033*
7.2.2	*Europäischer Rat und Rat*	*748 899 091*	*739 578 687*	*-9 320 404*
7.2.3	Kommission	4 662 246 978	4 591 749 035	-70 497 943
7.2.4	*Gerichtshof der Europäischen Union*	*562 366 133*	*554 687 633*	*-7 678 500*
7.2,5	*Europäischer Rechnungshof*	*203 610 000*	*200 193 000*	*-3 417 000*
7.2.6	*Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss*	*181 530 830*	*179 626 652*	*-1 904 178*
7.2.7	*Europäischer Ausschuss der Regionen*	*137 087 241*	*135 305 895*	*-1 781 346*
7.2.8	*Europäischer Bürgerbeauftragter*	*16 356 389*	*16 527 800*	*171 411*
7.2.9	*Europäischer Datenschutzbeauftragter*	*30 077 439*	*30 795 336*	*717 897*
7.2.X	*Europäischer Auswärtiger Dienst*	*950 673 110*	*947 673 110*	*-3 000 000*
	Rubrik 7 insgesamt			**-197 650 221**
SUMME				**-226 544 507**

Dies führt zu einer Gesamthöhe der Mittel für Zahlungen von 190 091,6 Mio. EUR, was einer Kürzung um 226,5 Mio. EUR im Vergleich zum Haushaltsplanentwurf in der durch das Berichtigungsschreiben Nr. 1/2026 geänderten Fassung entspricht.

1.5. Reserven

Im Vergleich zum Haushaltsplanentwurf in der durch das Berichtigungsschreiben Nr. 1/2026 geänderten Fassung werden nach der Annahme des Basisrechtsakts 293,8 Mio. EUR an Mitteln für Verpflichtungen und 149,6 Mio. EUR an Mitteln für Zahlungen aus den Reserven

unter Titel 30 01 01 Reserve für Verwaltungsausgaben (112,3 Mio. EUR) und 30 02 02 getrennte Mittel (181,5 Mio. EUR an Mitteln für Verpflichtungen und 37,3 Mio. EUR an Mitteln für Zahlungen) auf die Haushaltslinien[1] des Euratom-Programms übertragen.

1.6. Erläuterungen zum Haushaltsplan

Der Wortlaut der Erläuterungen zum Haushaltsplan entspricht dem Entwurf des Haushaltsplans in der durch das Berichtigungsschreiben Nr. 1/2026 geänderten Fassung.

1.7. Eingliederungsplan

Der von der Kommission im Entwurf des Haushaltsplans in der durch das Berichtigungsschreiben Nr. 1/2026 geänderten Fassung vorgeschlagene Eingliederungsplan wird mit der Aufnahme der *neuen* Pilotprojekte und vorbereitenden Maßnahmen vereinbart. Der Vermittlungsausschuss verständigt sich ferner auf die Streichung der Haushaltslinien 14 01 07 „Unterstützungsausgaben für das Unterstützungsinstrument für die Ukraine“ und 14 09 01 „Unterstützungsinstrument für die Ukraine“, die durch die Haushaltslinien 13 01 07 „Unterstützungsausgaben für das Unterstützungsinstrument für die Ukraine“ und 13 08 02 „Unterstützungsinstrument für die Ukraine“ ersetzt werden sollen, sowie auf die Hinzufügung der Haushaltslinie 14 02 01 13 „Reform- und Wachstumsfazilität für die Republik Moldau“ für Abschnitt 3.

Die entsprechenden Erläuterungen zum Haushaltsplan werden wie folgt eingefügt:

- 13 01 07 Unterstützungsausgaben für das Unterstützungsinstrument für die Ukraine „Diese Mittel sind zur Deckung der in diesem Kapitel beschriebenen Ausgaben im Zusammenhang mit der Einrichtung eines Programms für die Zusammenarbeit mit der Ukraine im Hinblick auf die Erholung, den Wiederaufbau und die Modernisierung der technologischen und industriellen Basis der Verteidigung der Ukraine (im Folgenden „Unterstützungsinstrument für die Ukraine“) gemäß dem Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Einrichtung des Programms für die europäische Verteidigungsindustrie und eines Rahmens für Maßnahmen zur Gewährleistung der zeitnahen Verfügbarkeit und Lieferung von Verteidigungsgütern (EDIP) bestimmt.“

- 13 08 02 Unterstützungsinstrument für die Ukraine „Die Mittel sind zur Deckung operativer Ausgaben und zur finanziellen Unterstützung der Einrichtung eines Programms für die Zusammenarbeit mit der Ukraine im Hinblick auf die Erholung, den Wiederaufbau und die Modernisierung der technologischen und industriellen Basis der Verteidigung der Ukraine (im Folgenden „Unterstützungsinstrument für die Ukraine“) bestimmt.“

- 14 02 01 13 Reform- und Wachstumsfazilität für die Republik Moldau „Die in diesem Kapitel eingestellten Mittel dienen der Deckung operativer Ausgaben und der finanziellen Unterstützung der Republik Moldau im Rahmen der Reform- und Wachstumsfazilität. Die Fazilität dient der Unterstützung der Republik Moldau bei der Durchführung von sozioökonomischen Reformen und von Investitionen, festgelegt in ihrer Reformagenda, um ihre Konvergenz mit der EU zu beschleunigen.“

[1] Die Beträge werden von den Reserven auf die Haushaltslinien 01 01 02 01, 01 01 02 02, 01 01 02 03, 01 01 02 11, 01 01 02 12, 01 01 02 13, 01 03 01, 01 03 02 und 01 03 03 übertragen.

2. Haushaltsplan 2025

Der EBH Nr. 3/2025 wird in der von der Kommission vorgeschlagenen Fassung mit technischen Änderungen gebilligt, die der aktualisierten Anpassung der Dienstbezüge für 2025 Rechnung tragen.

3. Erklärungen

3.1. Gemeinsame Erklärung des Europäischen Parlaments und des Rates zu den Mitteln für Zahlungen

Das Europäische Parlament und der Rat fordern die Kommission auf, im Jahr 2026 die Durchführung der Programme (insbesondere in der Teilrubrik 2a und im Bereich ländliche Entwicklung) weiterhin aufmerksam und aktiv zu überwachen. Zu diesem Zweck ersuchen das Europäische Parlament und der Rat die Kommission, rechtzeitig aktualisierte Zahlenangaben zum Stand der Beratungen und zu den Voranschlägen hinsichtlich der Mittel für Zahlungen für 2026 vorzulegen.

Sollten die Zahlen zeigen, dass die in den Haushaltsplan 2026 eingestellten Mittel nicht ausreichen, um den gerechtfertigten Mittelbedarf zu decken, so ersuchen das Europäische Parlament und der Rat die Kommission, so rasch wie möglich eine geeignete Lösung, unter anderem in Form eines Entwurfs eines Berichtigungshaushaltsplans, vorzulegen, damit das Europäische Parlament und der Rat schnellstmöglich und unverzüglich die notwendigen Beschlüsse für einen berechtigten Bedarf fassen können. Das Europäische Parlament und der Rat werden der Dringlichkeit der Angelegenheit gegebenenfalls Rechnung tragen und die Frist von acht Wochen für einen Beschluss erforderlichenfalls verkürzen. Dies gilt entsprechend auch, sollten die Zahlen zeigen, dass die in den Haushaltsplan 2026 eingestellten Mittel höher als benötigt sind.

3.2. Einseitige Erklärung der Kommission zu Agenturen

Die Kommission ist sich bewusst, dass sie bei der Bewertung des Haushaltsbedarfs der Agenturen weiterhin äußerst wachsam sein und gleichzeitig Effizienzgewinne und Rationalisierungen anstreben muss, damit die Agenturen ihre Mandate möglichst kosteneffizient erfüllen können.

Europäisches Parlament
2024-2029

ANGENOMMENE TEXTE

P10_TA(2025)0299

Schutz von Minderjährigen im Internet

Entschließung des Europäischen Parlaments vom 26. November 2025 zu dem Schutz von Minderjährigen im Internet (2025/2060(INI))

Das Europäische Parlament,

– unter Hinweis auf die Verordnung (EU) 2022/2065 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. Oktober 2022 über einen Binnenmarkt für digitale Dienste und zur Änderung der Richtlinie 2000/31/EG (Gesetz über digitale Dienste)[1],

– unter Hinweis auf seine Entschließung vom 12. Dezember 2023 zur suchterzeugenden Gestaltung von Online-Diensten und zum Verbraucherschutz im EU-Binnenmarkt[2],

– unter Hinweis auf seine Entschließung vom 12. März 2009 zu dem Schutz der Verbraucher, insbesondere Minderjähriger, bei der Nutzung von Videospielen[3],

– unter Hinweis auf seine Entschließung vom 18. Januar 2023 zum Binnenmarktkonzept für den Verbraucherschutz in Online-Videospielen[4],

– unter Hinweis auf das Übereinkommen der Vereinten Nationen über die Rechte des Kindes vom 20. November 1989 und die Allgemeine Bemerkung Nr. 25 (2021) des Ausschusses der Vereinten Nationen für die Rechte des Kindes vom 2. März 2021 zu den Rechten des Kindes in Bezug auf das digitale Umfeld,

– unter Hinweis auf die Verordnung (EU) 2024/1689 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Juni 2024 zur Festlegung harmonisierter Vorschriften für künstliche Intelligenz und zur Änderung der Verordnungen (EG) Nr. 300/2008, (EU) Nr. 167/2013, (EU) Nr. 168/2013, (EU) 2018/858, (EU) 2018/1139 und (EU) 2019/2144 sowie der Richtlinien 2014/90/EU, (EU) 2016/797 und (EU) 2020/1828 (Verordnung über künstliche Intelligenz)[5],

– unter Hinweis auf die Richtlinie 2005/29/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Mai 2005 über unlautere Geschäftspraktiken im binnenmarktinternen

---

1 ABl. L 277 vom 27.10.2022, S. 1, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2022/2065/oj.
2 ABl. C, C/2024/4164, 2.8.2024, ELI: http://data.europa.eu/eli/C/2024/4164/oj.
3 ABl. C 87 E vom 1.4.2010, S. 122.
4 ABl. C 214 vom 16.6.2023, S. 15.
5 ABl. L, 2024/1689, 12.7.2024, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2024/1689/oj.

Geschäftsverkehr zwischen Unternehmen und Verbrauchern und zur Änderung der Richtlinie 84/450/EWG des Rates, der Richtlinien 97/7/EG, 98/27/EG und 2002/65/EG des Europäischen Parlaments und des Rates sowie der Verordnung (EG) Nr. 2006/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates (Richtlinie über unlautere Geschäftspraktiken)[6],

– unter Hinweis auf die Eignungsprüfung des EU-Verbraucherrechts zu digitaler Fairness der Kommission[7],

– unter Hinweis auf die Bekanntmachung der Kommission vom 17. Dezember 2021 mit dem Titel „Leitlinien zur Auslegung und Anwendung der Richtlinie 2005/29/EG des Europäischen Parlaments und des Rates über unlautere Geschäftspraktiken von Unternehmen gegenüber Verbrauchern im Binnenmarkt“[8] (Leitlinien zur UGPRL),

– unter Hinweis auf die Mitteilung der Kommission vom 7. Oktober 2025 mit dem Titel „Leitlinien für Maßnahmen zur Gewährleistung eines hohen Maßes an Privatsphäre, Sicherheit und Schutz von Minderjährigen im Internet gemäß Artikel 28 Absatz 4 der Verordnung (EU) 2022/2065“[9],

– unter Hinweis auf die Verordnung (EU) 2017/2394 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Dezember 2017 über die Zusammenarbeit zwischen den für die Durchsetzung der Verbraucherschutzgesetze zuständigen nationalen Behörden und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 2006/2004[10] (Verordnung über die Zusammenarbeit im Verbraucherschutz),

– unter Hinweis auf die Richtlinie (EU) 2018/1808 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. November 2018 zur Änderung der Richtlinie 2010/13/EU zur Koordinierung bestimmter Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Bereitstellung audiovisueller Mediendienste (Richtlinie über audiovisuelle Mediendienste) im Hinblick auf sich verändernde Marktgegebenheiten[11],

– unter Hinweis auf seine Entschließung vom 9. Mai 2023 zur Anwendung der überarbeiteten Richtlinie über audiovisuelle Mediendienste[12],

– unter Hinweis auf die Mitteilung der Kommission vom 11. Mai 2022 mit dem Titel „Eine digitale Dekade für Kinder und Jugendliche: die neue europäische Strategie für ein besseres Internet für Kinder (BIK+)“ (COM(2022)0212),

– unter Hinweis auf die Verordnung (EU) 2024/1183 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. April 2024 zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 910/2014 im

---

6 ABl. L 149 vom 11.6.2005, S. 22, ELI: http://data.europa.eu/eli/dir/2005/29/oj.
7 Arbeitsunterlage der Kommissionsdienststellen vom 3. Oktober 2024 mit dem Titel „Fitness Check on EU consumer law on digital fairness“ (Eignungsprüfung des EU-Verbraucherrechts in Bezug auf die digitale Fairness) (SWD(2024)0230).
8 ABl. C 526 vom 29.12.2021, S. 1.
9 ABl. C, C/2025/5519, 10.10.2025, ELI: http://data.europa.eu/eli/C/2025/5519/oj.
10 ABl. L 345 vom 27.12.2017, S. 1, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2017/2394/oj.
11 ABl. L 303 vom 28.11.2018, S. 69, ELI: http://data.europa.eu/eli/dir/2018/1808/oj.
12 ABl. C, C/2023/1062 vom 15.12.2023, ELI: http://data.europa.eu/eli/C/2023/1062/oj.

Hinblick auf die Schaffung des europäischen Rahmens für eine digitale Identität[13] (eIDAS2-Verordnung),

– unter Hinweis auf den Vorschlag der Kommission vom 6. Februar 2024 für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Bekämpfung des sexuellen Missbrauchs und der sexuellen Ausbeutung von Kindern sowie von Darstellungen sexuellen Missbrauchs von Kindern sowie zur Ersetzung des Rahmenbeschlusses 2004/68/JI des Rates (COM(2024)0060),

– unter Hinweis auf die Verordnung (EU) 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. April 2016 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten, zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung der Richtlinie 95/46/EG (Datenschutz-Grundverordnung)[14],

– gestützt auf Artikel 55 seiner Geschäftsordnung,

– unter Hinweis auf die Stellungnahme des Ausschusses für Kultur und Bildung,

– unter Hinweis auf den Bericht des Ausschusses für Binnenmarkt und Verbraucherschutz (A10-0213/2025),

A. in der Erwägung, dass 97 % der jungen Menschen das Internet täglich nutzen; in der Erwägung, dass 78 % der 13- bis 17-Jährigen angeben, mindestens einmal pro Stunde auf ihre Geräte zu schauen, und 46 % angeben, dies fast ständig zu tun[15]; in der Erwägung, dass 16- bis 24-Jährige durchschnittlich mehr als sieben Stunden pro Tag im Internet verbringen[16]; in der Erwägung, dass mehr als die Hälfte der Verbraucher in der EU regelmäßig Videospiele spielt und dass dieser Anteil bei Kindern im Alter von 11 bis 14 Jahren bis zu 84 % beträgt[17]; hebt hervor, dass die meisten Kinder, die Videospiele spielen (64 %), durchschnittlich 1-20 EUR pro Monat für Spiele ausgeben und dass die durchschnittlichen monatlichen Ausgaben von Kindern und Verbrauchern im Allgemeinen in diesem Bereich von 33 EUR im Jahr 2020 auf 39 EUR im Jahr 2023

---

13 ABl. L, 2024/1183, 30.4.2024, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2024/1183/oj.

14 ABl. L 119 vom 4.5.2016, S. 1. ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2016/679/oj.

15 Maza, M, T., Fox, K., A., Kwon, S., J., Flannery, J., E., Lindquist, K., A., et al., „Association of Habitual Checking Behaviors on Social Media With Longitudinal Functional Brain Development“ (Zusammenhang zwischen gewohnheitsmäßigem Abrufverhalten in sozialen Medien und der longitudinalen funktionellen Entwicklung des Gehirns), *JAMA Network*, (2023), doi:10.1001/jamapediatrics.2022.4924.

16 Statista, „Average daily time using the internet by 3 rd quarter 2024, by age and gender“ (Durchschnittliche tägliche Nutzung des Internets bis zum 3. Quartal 2024, nach Alter und Geschlecht aufgeschlüsselt), 22. Mai 2023, https://www.statista.com/statistics/1378510/daily-time-spent-online-worldwide-by-age-and-gender/.

17 Europäischer Verbraucherverband, „Consumer groups denounce video games' manipulative spending tactics“ (Verbraucherverbände prangern manipulative Verkaufstaktiken bei Videospielen an), 2024, https://www.beuc.eu/press-releases/consumer-groups-denounce-video-games-manipulative-spending-tactics.

gestiegen sind[18];

B. in der Erwägung, dass jedes vierte Kind und jeder vierte Jugendliche eine „problematische“ oder „dysfunktionale“ Smartphone-Nutzung aufweist, d. h. Verhaltensmuster, die einer Sucht ähneln[19]; in der Erwägung, dass Minderjährige anfälliger für KI-generierte Inhalte, KI-Begleiter oder Chatbots sind, da sich ihre kognitiven Fähigkeiten noch in der Entwicklung befinden; in der Erwägung, dass Untersuchungen zeigen, dass das gewohnheitsmäßige Checken sozialer Medien bei Jugendlichen mit Veränderungen der neuronalen Sensibilität in Bezug auf die Antizipation sozialer Belohnungen und Bestrafungen in Verbindung gebracht werden kann; in der Erwägung, dass Forschungsergebnisse darauf hindeuten, dass die Zunahme der psychischen Probleme bei Jugendlichen mit der übermäßigen Nutzung sozialer Medien zusammenhängen könnte und dass der durch soziale Medien ausgeübte Druck als einer der fünf Hauptgründe psychischer Probleme bei Minderjährigen, etwa Angststörungen und Depressionen, zu betrachten ist; in der Erwägung, dass die Weltgesundheitsorganisation Glückspielsucht als psychische Störung anerkennt; in der Erwägung, dass Studien zufolge die übermäßige Nutzung sozialer Medien die Entwicklung des Gehirns und die Gehirnkapazität von Minderjährigen beeinflussen kann; in der Erwägung, dass Korrelationen zwischen der übermäßigen Nutzung sozialer Medien und mangelnder Impulskontrolle festgestellt wurden;

C. in der Erwägung, dass die Bürgerinnen und Bürger, insbesondere Minderjährige, zunehmend – auch für den Abruf von Nachrichten – mit sozialen Medien, Plattformen für das Teilen von Videos und anderen Inhalten sowie Online-Aggregatoren interagieren; in der Erwägung, dass die auf diesen Online-Plattformen aktiven Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens und Influencer mittlerweile erheblichen Einfluss auf die Gestaltung des öffentlichen Diskurses haben; in der Erwägung, dass es für viele Nutzer, einschließlich Minderjähriger, schwierig ist, in Online-Nachrichten zwischen wahren und falschen Informationen zu unterscheiden; in der Erwägung, dass die Gewährleistung eines verantwortungsvollen Betriebs und einer verantwortungsvollen Gestaltung dieser Plattformen neben der Förderung des kritischen Denkens sowie der Medien- und Digitalkompetenz bei Minderjährigen eine Priorität sein muss;

D. in der Erwägung, dass digitale Bildung und Medienkompetenz von wesentlicher Bedeutung sind, um die Widerstandsfähigkeit von Minderjährigen gegenüber Online-Risiken, einschließlich Desinformation und schädlichen Inhalten, zu stärken und sie gleichzeitig mit den Fähigkeiten auszustatten, sich in der digitalen Welt verantwortungsvoll und sicher zurechtzufinden, zu ihr beizutragen und sie zu gestalten; in der Erwägung, dass umfassende Bildungsprogramme und

---

18 Europäischer Verbraucherverband, „Monetising Play – Regulating In-Game and In-APP Premium currency“ (Monetarisierung von Spielen – Regulierung von Premiumwährungen in Spielen und Apps), 2024, https://www.beuc.eu/sites/default/files/publications/BEUC-X-2024-061_Monetising_play_Regulating_in_game_and_in_app_premium_currencies.pdf.

19 O. Lopez-Fernandez und D. Kuss, „Harmful Internet Use Part I: Internet addiction and problematic use“ (Schädliche Internetnutzung Teil I: Internetsucht und problematische Nutzung“, Studie, durchgeführt auf Ersuchen des Referats Wissenschaftliche Vorausschau des Wissenschaftlichen Dienstes des Europäischen Parlaments), 31. Januar 2019, S. 51.

Sensibilisierungskampagnen unerlässlich sind, um Minderjährige, Eltern, Vormunde und Pädagogen über die Risiken und sicheren Verfahren im Internet zu informieren; in der Erwägung, dass dies gezielte Maßnahmen für Minderjährige, Eltern, Vormunde und Erzieher, Präventionstechniken, Kampagnen zur Sensibilisierung sowie zur Förderung der Medien- und Digitalkompetenz sowie Informationen über Instrumente zur Beschränkung des Zugangs zu nicht altersgerechten oder schädlichen Inhalten umfasst;

E. in der Erwägung, dass digitale Technologien und Online-Dienste Minderjährigen Vorteile bieten können, indem sie neue Möglichkeiten für Leistung, Kreativität und Ausdrucksmöglichkeiten eröffnen und Bildung unterstützen; in der Erwägung, dass das Recht auf Zugang zum Internet für Minderjährige sichergestellt werden muss, da dies einen Aspekt ihrer Freiheit der Meinungsäußerung, des Lernens sowie ihrer Informations- und Meinungsfreiheit darstellt; in der Erwägung, dass Minderjährige keine passiven Konsumenten von Technologie sein sollten, sondern die aktive Kontrolle über die von ihnen genutzten Technologien haben sollten; in der Erwägung, dass Medienkompetenz und digitale Kompetenz neben der bloßen Risikoprävention gleichzeitig wesentliche Faktoren für die aktive, kreative und bürgerschaftliche Teilhabe von Kindern im Internet sind, da sie ihnen die Fähigkeiten an die Hand geben, mit Verantwortungsbewusstsein und Selbstsicherheit aktiv an der digitalen Welt teilzuhaben;

F. in der Erwägung, dass der Markt für Influencer-Werbung in Europa in den letzten Jahren ein erhebliches Wachstum verzeichnet hat, das auf die zunehmende Bedeutung von Plattformen der sozialen Medien, einen Anstieg der Budgets für digitale Werbung und die zunehmende Präferenz der Marken für authentischere Marketingformen zurückzuführen ist; in der Erwägung, dass Unternehmen bestrebt sind, mit jüngeren, technisch versierten Verbrauchern in Kontakt zu treten, und dass daher das Influencer-Marketing zu einer entscheidenden Strategie für den Aufbau von Markenbekanntheit, Vertrauen und Glaubwürdigkeit geworden ist; in der Erwägung, dass der europäische Markt für das Influencer-Marketing in den nächsten fünf Jahren voraussichtlich jährlich um durchschnittlich etwa 12 % wachsen und bis 2030 voraussichtlich ein Volumen von mehr als 6,4 Mrd. EUR erreichen wird und somit solide Wachstumsaussichten hat; in der Erwägung, dass nur 20 % der Influencer systematisch auf den kommerziellen Charakter der geteilten Inhalte hinweisen;

G. in der Erwägung, dass Minderjährige zunehmend als Urheber von Inhalten oder „Kidfluencer“ auftreten, was manchmal mit Kommerzialisierung oder frühzeitiger öffentlicher Exposition einhergeht und somit zu Verwertungen ohne Einwilligung führen kann;

H. in der Erwägung, dass derzeit keine EU-Rechtsvorschriften dem Schutz von Minderjährigen in allen digitalen Ökosystemen umfassend Rechnung tragen; in der Erwägung, dass Minderjährige im Internet unabhängig davon, wo sie leben, ein gleiches Maß an Schutz genießen sollten; in der Erwägung, dass Online-Plattformen und -Anwendungen unterschiedliche Zwecke und Dienste mit unterschiedlichen Gestaltungen, Schnittstellen und Merkmalen haben, was verschiedene Risiken für Minderjährige mit sich bringen kann, und dass daher eine Verhältnismäßigkeitsprüfung sowie eine risikobasierte Bewertung vorgenommen werden sollten; in der Erwägung, dass Minderjährige im Internet ein höheres Schutzniveau genießen sollten und dies einen harmonisierten Ansatz auf EU-Ebene voraussetzt; in der Erwägung, dass die Sicherstellung eines höheren Schutzniveaus für Minderjährige mit der Wahrung ihres

Rechts auf den Zugang zu Informationen und die Teilnahme an Online-Communitys abgestimmt werden muss;

I. in der Erwägung, dass der Schutz von Minderjährigen im Gesetz über digitale Dienste als wichtiges politisches Ziel der Union anerkannt wird und das Gesetz wichtige Bestimmungen zur Gewährleistung eines besseren Schutzes Minderjähriger im Internet enthält, wie etwa Artikel 14 Absatz 3, Artikel 28, Artikel 34 Absatz 1 Buchstabe d, Artikel 35 Absatz 1 Buchstabe j und Artikel 44 Absatz 1 Buchstabe j; in der Erwägung, dass in den Leitlinien der Kommission für Maßnahmen zur Gewährleistung eines hohen Maßes an Privatsphäre, Sicherheit und Schutz von Minderjährigen im Internet gemäß Artikel 28 Absatz 4 der Verordnung (EU) 2022/2065 die Vorschriften über den Schutz von Minderjährigen im Internet weiter präzisiert werden;

J. in der Erwägung, dass in der Richtlinie über audiovisuelle Mediendienste (AVMD-Richtlinie) der Schutz von Minderjährigen als zentrales politisches Ziel genannt wird und Bestimmungen zur Stärkung ihrer Online-Sicherheit, insbesondere auf Video-Sharing-Plattformen, festgelegt werden;

K. in der Erwägung, dass das PEGI-Einstufungssystem als europäisches System zur Bewertung der Inhalte von Videospielen den Verbrauchern – insbesondere Eltern – dabei helfen kann, fundierte Entscheidungen über die Eignung von Videospielen und Apps für unterschiedliche Altersgruppen zu treffen;

L. in der Erwägung, dass Erkenntnisse aus mehreren EU-Staaten vorliegen, die zeigen, dass Minderjährige bereits in sehr jungen Jahren – manchmal unfreiwillig – Zugang zu pornografischen Inhalten haben; in der Erwägung, dass Kinder beim Betrachten von Pornografie gewaltgeprägten und nicht altersgerechten Inhalten ausgesetzt sein können, die nachweislich Aggression und sexuelle Gewalt steigern und schädliche sexuelle Verhaltensweisen bei Kindern und Jugendlichen auslösen können;

M. in der Erwägung, dass im Gesetz über digitale Dienste anerkannt wird, dass Werkzeuge zur elterlichen Kontrolle zu den in Artikel 35 Absatz 1 Buchstabe j vorgesehenen Risikominderungsmaßnahmen für Online-Plattformen, die für Minderjährige zugänglich sind, zählen und somit eine Rolle bei der Bewältigung der Risiken für die Sicherheit, die Privatsphäre und das Wohlergehen von Minderjährigen im digitalen Umfeld spielen;

N. in der Erwägung, dass die Zahl der jungen Frauen, die geschlechtsspezifischer Gewalt ausgesetzt sind, von Jahr zu Jahr steigt, und zwar insbesondere im Online-Bereich; in der Erwägung, dass die diesbezügliche Untätigkeit und der anhaltende Online-Missbrauch junge Frauen aus dem digitalen Umfeld verdrängen und ihre Meinungsfreiheit beeinträchtigen;

O. in der Erwägung, dass es dringend erforderlich ist, die geltenden EU-Rechtsvorschriften wirksam umzusetzen und durchzusetzen und die noch bestehenden Herausforderungen anzugehen, um ein sicheres Online-Umfeld für alle Nutzer, insbesondere Minderjährige, zu schaffen; in der Erwägung, dass eine Zusammenarbeit mit den Mitgliedstaaten erforderlich ist, um eine einheitliche Umsetzung und Durchsetzung von Schutzmaßnahmen in der gesamten EU sicherzustellen; in der Erwägung, dass nach wie vor nur unzureichende Mittel für die Durchsetzung der geltenden EU-Rechtsvorschriften in den Mitgliedstaaten bereitgestellt werden, was eine bruchstückhafte Umsetzung und Unterschiede im Hinblick auf den erforderlichen

Schutz von Minderjährigen im Internet zur Folge hat; in der Erwägung, dass die internationale Zusammenarbeit mit Drittstaaten und internationalen Organisationen unerlässlich ist, um den grenzüberschreitenden Charakter von Online-Risiken und -Schäden anzugehen;

P. in der Erwägung, dass mehrere Mitgliedstaaten einen gemeinsamen Ansatz für die „digitale Volljährigkeit“ gefordert und diesbezüglich bereits nationale Gesetze verabschiedet haben;

Q. in der Erwägung, dass der Schutz der Daten Minderjähriger äußerst wichtig ist, etwa, um den Missbrauch und die Ausbeutung ihrer Daten zu verhindern und dafür zu sorgen, dass bei allen Online-Interaktionen im Einklang mit dem Gesetz über digitale Dienste ein hohes Maß an Privatsphäre, Sicherheit und Schutz von Minderjährigen gewährleistet ist;

R. in der Erwägung, dass die durch das Gesetz über digitale Dienste geschützte Meinungs- und Informationsfreiheit die Umsetzung wirksamer Maßnahmen zum Schutz Minderjähriger im Internet nicht behindert;

S. in der Erwägung, dass sich die Kommission in ihren Mandatsschreiben und Anhörungen verpflichtet hat, einen Rechtsakt über digitale Fairness vorzuschlagen, mit dem gegen unethische Techniken und Geschäftspraktiken im Zusammenhang mit Dark Patterns, der Vermarktung durch Influencer in den sozialen Medien, der suchterzeugenden Gestaltung digitaler Produkte und Dienstleistungen und Online-Profiling vorgegangen werden soll, insbesondere, wenn die Anfälligkeit von Verbrauchern, einschließlich Minderjähriger, für kommerzielle Zwecke ausgenutzt wird;

Umsetzung und Durchsetzung geltender Rechtsvorschriften

1. betont, dass das Gesetz über digitale Dienste Online-Plattformen, die für Minderjährige zugänglich sind, verpflichtet, geeignete und verhältnismäßige Maßnahmen zu ergreifen, um sicherzustellen, dass Minderjährige bei der Nutzung ihrer Dienste ein hohes Maß an Privatsphäre, Sicherheit und Schutz genießen;

2. nimmt Kenntnis von den Leitlinien der Kommission für Maßnahmen zur Gewährleistung eines hohen Maßes an Privatsphäre, Sicherheit und Schutz von Minderjährigen im Internet gemäß Artikel 28 Absatz 4 des Gesetzes über digitale Dienste; begrüßt den breiten Anwendungsbereich der Leitlinien, die Grundsätze wie Datenschutz und eingebaute Sicherheit („security by design“) sowie praktische Leitlinien für die Anwendung von Sicherungsmechanismen nach einem risikobasierten Ansatz umfassen, einschließlich der Empfehlung, dass Plattformen mit hohem Risiko genaue, robuste und datenschutzfreundliche Mechanismen zur Altersüberprüfung einführen sollten; begrüßt darüber hinaus die Unterstützung der Leitlinien für Standard-Schutzeinstellungen, die bekräftigte Verantwortung der App-Anbieter, und zwar unabhängig von einer Übertragung an die Betriebssystembetreiber, und die Förderung bestehender Instrumente wie der Codes für die Online-Sicherheit durch Voreinstellungen und Folgenabschätzungen hinsichtlich der Auswirkungen auf die Rechte des Kindes;

3. ist der Ansicht, dass die Leitlinien der Kommission weiter verbessert werden könnten,

insbesondere in Bezug auf den Schutz Minderjähriger vor suchterzeugender Gestaltung, vor auf Profiling basierenden Empfehlungen sowie vor auf Nutzerverhalten basierenden Empfehlungen; stellt ferner fest, dass diese Leitlinien nicht rechtsverbindlich sind und dass weitere legislative Maßnahmen erforderlich sein könnten;

4. betont, wie wichtig die rasche Umsetzung und wirksame Durchsetzung des Gesetzes über digitale Dienste und anderer einschlägiger Rechtsvorschriften, einschließlich der AVMD-Richtlinie, und ihre vollständige Umsetzung auf der nationalen Ebene sind, um das Ziel der Sicherstellung eines sicheren Online-Umfelds für Minderjährige zu erreichen; begrüßt die Untersuchungen der Kommission im Rahmen des Gesetzes über digitale Dienste im Bereich des Schutzes von Minderjährigen im Internet, die sich insbesondere auf Suchtverhalten, das Phänomen des „rabbit hole“, Instrumente zur Altersfeststellung und Empfehlungssysteme konzentrieren; fordert die Kommission nachdrücklich auf, ihre Untersuchungen umgehend abzuschließen und im Einklang mit den im Gesetz über digitale Dienste festgelegten Vorschriften alle erforderlichen zusätzlichen Schritte, einschließlich Geldbußen und wirksame Abhilfemaßnahmen, zu ergreifen;

5. weist darauf hin, dass die Kommission am 27. Mai 2025 gegen große pornografische Plattformen förmliche Verfahren wegen Verstößen gegen Verpflichtungen nach dem Gesetz über digitale Dienste eingeleitet hat; betont, dass der Schwerpunkt der Untersuchungen der Kommission insbesondere auf dem Schutz Minderjähriger im Internet und dem Fehlen wirksamer Maßnahmen zur Überprüfung des Alters der Nutzer liegt; weist darauf hin, dass pornografische Inhalte sowie gewaltgeprägte Inhalte und Inhalte, die frauenfeindliche, rassistische oder homophobe Ansichten verfestigen, äußerst schwerwiegende körperliche, soziale und emotionale Folgen für Minderjährige mit schädlichen Auswirkungen auf ihre psychologische Entwicklung haben können;

6. betont, wie wichtig koordinierte Maßnahmen des Netzwerks für die Zusammenarbeit im Verbraucherschutz (CPC-Netz) im Bereich des Schutzes Minderjähriger im Internet sind, insbesondere mit Blick auf die unmittelbare Ansprache von Kindern in der Werbung, aggressive Geschäftspraktiken, das Fehlen klarer und transparenter Informationen sowie Influencer-Marketing;

7. ist besorgt über die Verbreitung gefährlicher Trends und Challenges, einschließlich gezielter Desinformationskampagnen, auf Online-Plattformen, und weist darauf hin, dass diese Minderjährigen schaden könnten; hebt das mangelnde Bewusstsein von Eltern und Vormunden hervor, die häufig nur begrenzt in der Lage sind, zu reagieren, bevor Schäden verursacht werden; fordert Online-Plattformen nachdrücklich auf, die Risiken für Minderjährige im Einklang mit den geltenden Rechtsvorschriften proaktiv zu bewerten und sich abzeichnende gefährliche Trends und Challenges zu ermitteln; fordert die Kommission auf, in Zusammenarbeit mit den Safer-Internet-Zentren einen wirksamen Schnellwarnmechanismus auf EU-Ebene einzurichten, um solche Probleme aufzudecken, und die Plattformen zu verpflichten, diese Probleme einzudämmen; fordert die Kommission auf, vorzuschlagen, dass die Plattformen Hinweise zu Hilfsangeboten mit Kontaktnummern von Hilfsdiensten Dritter – beispielsweise von gemeinnützigen Beratungseinrichtungen für Essstörungen oder Suizidprävention – einblenden;

8. ist besorgt über die Anwerbung Minderjähriger durch kriminelle Netze auf Online-Plattformen; bringt seine Besorgnis darüber zum Ausdruck, dass es keine

ambitionierteren Risikominderungsmaßnahmen zum Schutz Minderjähriger gibt, insbesondere in Bezug auf Melde- und Abhilfemechanismen, hyperpersonalisierte und auf dem Nutzerverhalten beruhende Empfehlungsalgorithmen, die zu Suchtverhalten führen, und Dark Patterns; nimmt mit Besorgnis die jüngsten Tendenzen einiger großer Online-Plattformen zur Kenntnis, die auf eine Lockerung der strengen Verfahren zur Moderation von Inhalten auf ihren Plattformen hindeuten; bringt seine tiefe Besorgnis darüber zum Ausdruck, dass ein solcher Schritt dazu führen kann, dass Minderjährige und andere schutzbedürftige Nutzer schädlichen, illegalen oder unangemessenen Inhalten ausgesetzt sind, wodurch die Bemühungen um ein sicheres Online-Umfeld ausgehöhlt werden;

9. hebt hervor, dass die im Gesetz über digitale Dienste enthaltenen Bestimmungen über Risikobewertungen von großer Bedeutung sind, und betont, dass die Risikobewertungen, die von sehr großen Online-Plattformen und sehr großen Online-Suchmaschinen im Einklang mit dem Gesetz über digitale Dienste im Hinblick auf die Sicherheit von Minderjährigen im Internet durchgeführt werden, oftmals unzureichend sind, nicht ausführlich genug über öffentlich zugängliche Informationen hinausgehen, es dabei an ordnungsgemäßer unabhängiger Aufsicht mangelt und die Risiken für Minderjährige unterschätzt werden; fordert die Kommission auf, die im Rahmen des Gesetzes über digitale Dienste zur Verfügung stehenden Instrumente in vollem Umfang zu nutzen, um diese Probleme anzugehen und sicherzustellen, dass die für Risikobewertungen und die entsprechenden Minderungsmaßnahmen geltenden Verpflichtungen uneingeschränkt eingehalten werden; fordert die Kommission auf, im Rahmen ihrer Durchsetzungsbefugnisse gemäß dem Gesetz über digitale Dienste auch zu prüfen, ob die Plattformen ihre eigenen Geschäftsbedingungen einhalten; fordert die Kommission auf, als letztes Mittel das Verbot von Websites oder Anwendungen in Erwägung zu ziehen, mit denen anhaltend gegen die Vorschriften verstoßen wird; fordert die Kommission auf, Leitlinien, Kriterien, Benchmarks und einen klaren Rahmen für unabhängige Prüfungen bereitzustellen;

10. fordert die Kommission auf, die Belastbarkeit der Risikobewertungen zu verbessern, indem sie präzisiert, welche Informationen, Daten und Bewertungen in systemische Risikobewertungen aufgenommen werden müssen, beispielsweise Daten zu den aus personalisierten bzw. nicht personalisierten Anzeigen für Minderjährige erzielten Einnahmen, eine Bewertung aller Risiken für Minderjährige sowie die Auswirkungen von Algorithmen auf die Nutzererfahrung Minderjähriger, insbesondere in Bezug auf die Frage, wie Algorithmen Minderjährige illegalen Inhalten oder suchterzeugenden Gestaltungsmerkmalen aussetzen können; betont, wie wichtig es ist, Minderjährige, Vormunde und alle einschlägigen Sachverständigen in Risikobewertungen einzubeziehen, um sicherzustellen, dass das Wohl und die Bedürfnisse von Minderjährigen bei der Gestaltung von Diensten gebührend berücksichtigt werden; äußert erhebliche Bedenken über die anhaltenden Versäumnisse großer digitaler Plattformen im Zusammenhang mit dem angemessenen Schutz Minderjähriger bei der Nutzung ihrer Dienste, welche von Hinweisgebern aufgedeckt wurden, die schwerwiegende Verstöße und schädliche Praktiken offenbart haben; fordert die Kommission auf, aktiv mit Hinweisgebern zusammenzuarbeiten, die Bedenken im Zusammenhang mit dem Schutz Minderjähriger auf digitalen Plattformen geäußert haben, um ihr Fachwissen und ihre Erkenntnisse zu nutzen, damit die Wirksamkeit der EU-Maßnahmen und der Durchsetzungsmechanismen, die auf den Schutz von Minderjährigen im Internet abzielen, verbessert wird;

11. weist darauf hin, dass die Kommission und die Mitgliedstaaten eine gemeinsame Verantwortung für die Durchsetzung des Gesetzes über digitale Dienste tragen; ist besorgt darüber, dass es in mehreren Mitgliedstaaten erhebliche Verzögerungen bei der Benennung und/oder Stärkung der Rolle der Koordinatoren für digitale Dienste gibt, wodurch der Schutz der Verbraucher, einschließlich Minderjähriger, unionsweit erheblich beeinträchtigt wird; begrüßt die Vertragsverletzungsverfahren, die gegen eine Reihe von Mitgliedstaaten eingeleitet wurden, die es versäumt haben, Koordinatoren für digitale Dienste zu benennen und/oder deren Rolle zu stärken; fordert die Mitgliedstaaten, die dies noch nicht getan haben, nachdrücklich auf, unverzüglich Koordinatoren für digitale Dienste zu benennen und deren Rolle zu stärken und für die Koordinatoren für digitale Dienste sowie für andere zuständige Behörden, die an der Durchsetzung des Gesetzes über digitale Dienste beteiligt sind, angemessene Ressourcen bereitzustellen; betont, dass im mehrjährigen Finanzrahmen sichergestellt werden muss, dass die Behörden über alle erforderlichen Ressourcen verfügen, um ihre Arbeit ordnungsgemäß und wirksam durchführen zu können;

12. fordert die Kommission auf, für einen harmonisierten Ansatz für die Durchsetzungsmaßnahmen der Mitgliedstaaten, einschließlich durch harmonisierte operative Verfahren für die Koordinatoren für digitale Dienste, zu sorgen, um eine Fragmentierung des Binnenmarkts zu verhindern; ersucht die Kommission, das Gremium der Koordinatoren für digitale Dienste und die zuständigen nationalen Behörden, die Wirksamkeit der von Online-Plattformen zum Schutz Minderjähriger ergriffenen Maßnahmen sorgfältig zu überwachen und zu bewerten; fordert die Kommission nachdrücklich auf, die Zusammenarbeit zwischen den Koordinatoren für digitale Dienste und den CPC-Behörden auf der Ebene der Mitgliedstaaten zu erleichtern und Leitlinien bereitzustellen, um die Mitgliedstaaten bei der Strukturierung dieser Zusammenarbeit zu unterstützen;

13. begrüßt die Durchsetzungsbemühungen des CPC-Netzes im Bereich Verbraucherschutz, insbesondere in den Bereichen elektronischer Geschäftsverkehr und Videospiele, um Minderjährige vor schädlichen Praktiken zu schützen, sowie den fortgesetzten Dialog mit der Videospielbranche; fordert die Kommission nachdrücklich auf, eine Überarbeitung der CPC-Verordnung vorzuschlagen, um sicherzustellen, dass die Kommission in Fällen, in denen weithin gegen das EU-Verbraucherrecht verstoßen wird, über zentralisierte Untersuchungs- und Durchsetzungsbefugnisse in der gesamten EU verfügt;

14. begrüßt die von der Kommission durchgeführte Eignungsprüfung des Verbraucherrechts zu digitaler Fairness; betont, dass einige Probleme im Zusammenhang mit dem Schutz der Verbraucher im Internet nach wie vor nicht angegangen werden und Minderjährige als besonders anfällig für unlautere und manipulative Online-Praktiken gelten; fordert die Kommission auf, den Schutz Minderjähriger im Internet durch den anstehenden Rechtsakt zur digitalen Fairness zu stärken; vertritt die Ansicht, dass die von Online-Akteuren eingesetzten persuasiven Technologien, wie personalisierte Werbung, Influencer-Marketing, suchterzeugende Gestaltung, Lootboxen, In-App-Währungen in Videospielen und Dark Patterns, unter den Rechtsakt über digitale Fairness fallen sollten, mit dem Gesetzeslücken geschlossen werden sollten und der mit den geltenden Rechtsinstrumenten im Einklang stehen sollte, um die Verbraucher, insbesondere Minderjährige, im Internet besser zu schützen und dabei der Notwendigkeit Rechnung zu tragen, unnötigen Regelungsaufwand zu

vermeiden;

Altersüberprüfung

15. stellt fest, dass es derzeit einen fragmentierten Ansatz für die Altersfeststellung (Altersüberprüfung, Altersschätzung und Eigenerklärungen) in der EU gibt und dass dies zu einer Fragmentierung des Binnenmarkts führt; nimmt zur Kenntnis, dass einige Mitgliedstaaten weitergehende Maßnahmen ergriffen haben, um den Schutz von Minderjährigen im Internet zu verbessern; bedauert, dass die unterschiedlichen nationalen Ansätze zu einem ungleichen Maß an Schutz von Minderjährigen im Internet in der EU führen können; räumt ein, dass die diesbezüglichen Debatten, die gegenwärtig sowohl auf nationaler Ebene als auch auf EU-Ebene geführt werden, von großer Bedeutung sind, wenn es gilt, festzustellen, wie diese Herausforderung auf EU-Ebene am besten bewältigt werden kann;

16. betont, dass sich die kulturellen Normen, die gesellschaftlichen Werte und die Sensibilität der Öffentlichkeit in Bezug auf digitale Instrumente und die Nutzung von Daten in den einzelnen Mitgliedstaaten stark voneinander unterscheiden, was sich darauf auswirkt, wie Gesellschaften Maßnahmen wie die Altersüberprüfung wahrnehmen, akzeptieren und ihnen vertrauen; betont, dass diese Unterschiede sorgfältig geprüft werden müssen, um sicherzustellen, dass auf europäischer Ebene durchgeführte Initiativen dem jeweiligen nationalen Kontext und dem Vertrauen der Öffentlichkeit Rechnung tragen und gleichzeitig wirksame Instrumente zum Schutz Minderjähriger bereitstellen;

17. begrüßt den risikobasierten Ansatz der Kommission in ihren Leitlinien für wirksame, verhältnismäßige und datenschutzfreundliche Mechanismen zur Altersfeststellung zum Schutz Minderjähriger im Internet im Einklang mit dem Gesetz über digitale Dienste; betont, dass die Kommission die Anwendung von Zugangsbeschränkungen, die durch Methoden der Altersüberprüfung unterstützt werden, als angemessene und verhältnismäßige Maßnahme erachtet, um ein hohes Maß an Privatsphäre, Sicherheit und Schutz von Minderjährigen sicherzustellen; fordert die Kommission auf, erforderlichenfalls geeignete Legislativmaßnahmen vorzulegen, um Rechtssicherheit zu schaffen und für einen harmonisierten Ansatz für sichere und zuverlässige Mechanismen der Altersfeststellung zu sorgen, wobei ihre Leitlinien für den Schutz Minderjähriger in der gesamten EU zu berücksichtigen sind und ein einheitliches Schutzniveau für Minderjährige in der Union zu gewährleisten ist;

18. nimmt jedoch die Bedenken im Zusammenhang mit Mechanismen zur Altersfeststellung hinsichtlich möglicher unbeabsichtigter Folgen für die Freiheiten und Rechte des Kindes zur Kenntnis; fordert daher, dass alle Legislativmaßnahmen in Bezug auf Mechanismen zur Altersfeststellung gründlich auf ihre Auswirkungen auf die Grundrechte geprüft werden, um zu vermeiden, dass Überwachungspraktiken etabliert werden, und sicherzustellen, dass bei allen vorgeschlagenen Lösungen den wirksamsten und datenschutzfreundlichsten Maßnahmen Vorrang eingeräumt wird und sie nur dann eingeführt werden, wenn dies unbedingt erforderlich und verhältnismäßig ist und mit soliden Garantien einhergeht;

19. fordert die Kommission auf, im Bereich der Sicherheit Minderjähriger im Internet für Kohärenz zwischen den verschiedenen EU-Rechtsvorschriften auf diesem Gebiet zu sorgen;

20. betont, dass die Mechanismen zur Altersfeststellung kein Wundermittel sind, um Minderjährige vor den zahlreichen Gefahren zu schützen, denen sie online ausgesetzt sind; betont, dass solche Instrumente die Plattformen nicht von ihrer Verantwortung entbinden können, dafür zu sorgen, dass ihre Produkte durch Technikgestaltung und durch Voreinstellungen sicher und für Minderjährige geeignet sind; befürwortet die Entwicklung von Versionen von Diensten der sozialen Medien, die mit Blick auf Minderjährige altersgerecht sind;

21. hebt die Initiative von Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen hervor, ein Expertengremium einzurichten, das unter anderem die Frage der Altersgrenzen im digitalen Raum und die Frage, welche Online-Dienste davon abgedeckt werden sollten, rasch bewerten soll;

22. ist der Ansicht, dass die Kommission, wenn sie eine Bestätigung des Alters der Nutzer verlangt, nur die Anwendung der genauesten, stabilsten und datenschutzfreundlichsten Mechanismen verlangen sollte; ist der Ansicht, dass solche Mechanismen systematisch für Online-Plattformen oder digitale Dienste, die Produkte oder Dienstleistungen verkaufen, die gemäß den Rechtsvorschriften der EU oder der Mitgliedstaaten unter eine Altersbeschränkung fallen, und für Plattformen sozialer Medien, Video-Sharing-Plattformen und KI-Begleiter, die ein Risiko für Minderjährige darstellen, eingeführt werden sollten;

23. fordert, dass die Mitgliedstaaten, die bereits digitale Instrumente für die wirksame Altersüberprüfung entwickelt haben, und die Kommission zusammenarbeiten, um ein verlässliches und wirksames Instrument zur Altersüberprüfung auf EU-Ebene zu entwickeln, mit dem die uneingeschränkte Einhaltung der technischen Spezifikationen gewährleistet wird, die sich aus der eIDAS-2-Verordnung ergeben;

24. begrüßt die Bemühungen der Kommission um eine EU-weite Lösung in Form der Entwicklung einer App zur Altersüberprüfung und der europäischen Brieftasche für die Digitale Identität (eID); empfiehlt der Kommission, weiter in datenschutzfreundliche Systeme zu investieren, beispielsweise Null-Wissen-Beweis-Protokolle, die auf den Grundsätzen der minimalen Exposition und der Datenminimierung aufbauen; fordert die Kommission auf, dafür zu sorgen, dass die eingesetzten Mechanismen zur Altersfeststellung genau, wirksam, zuverlässig, robust, nicht in die Privatsphäre eingreifend, datenschutzfreundlich und diskriminierungsfrei konzipiert sind und keine Anreize für die Entwicklung von Technologien bieten, die auf der Überwachung der Nutzer, insbesondere Minderjähriger, oder auf dem Einsatz anderer unlauterer technologischer Verfahren beruhen;

25. betont, dass Einzelpersonen Zugang zu Online-Plattformen gewährt werden sollte, die standardmäßig die einfachste, sicherste und datenschutzfreundlichste Option nutzen; ist der Ansicht, dass die eID-Brieftasche diese Ziele bislang erfüllt; fordert die Kommission auf, dafür zu sorgen, dass alle Mechanismen zur Altersfeststellung, die auf den Markt gebracht werden, um den Zugang zu Online-Diensten zu ermöglichen, nicht auf dem Tracking oder Profiling von Einzelpersonen beruhen und bei der Überprüfung des Alters der Nutzer ein Höchstmaß an Privatsphäre und Genauigkeit gewährleisten; betont, dass sichergestellt werden muss, dass Online-Plattformen auf die Frage, ob ein Nutzer ein bestimmtes Alter hat, nur eine Ja- oder Nein-Antwort erhalten, anstatt den Nutzer zu identifizieren; fordert die Kommission auf, einen Grundsatz der Nichtverknüpfbarkeit einzuführen, um sicherzustellen, dass weder Regierungen noch

Online-Plattformen rückverfolgen können, auf welchen Diensten Nutzer ihr Instrument zur Altersfeststellung genutzt haben;

26. betont, dass es in erster Linie in der Verantwortung der Anbieter liegt, für eine wirksame Altersfeststellung bei Minderjährigen zu sorgen, die auf ihre Dienste zugreifen; begrüßt die Erwägung der Kommission, dass es weiterhin in der Verantwortung der Anbieter liegt, dafür zu sorgen, dass die von einem Dritten verwendete Methode wirksam ist;

27. stellt fest, dass mehrere Anbieter von Online-Plattformen Mechanismen eingerichtet haben, um zu kontrollieren und/oder zu überprüfen, wer auf ihre Dienste zugreifen kann, wobei einige dieser Mechanismen erhebliche Probleme im Hinblick auf die Genauigkeit oder den Datenschutz aufweisen oder sich auf mit Verzerrungen behaftete Mechanismen stützen; stellt ferner fest, dass einige Online-Plattformen bereits in ihren allgemeinen Geschäftsbedingungen angegeben haben, dass ihre Dienste nicht von Minderjährigen unter 13 Jahren genutzt werden dürfen; betont, dass Minderjährige trotz dieser Mechanismen in großem Umfang Inhalten ausgesetzt sind, die nicht altersgerecht sind, bzw. diese ihnen aktiv empfohlen oder gezielt angeboten werden oder dass sie Risiken wie der Sucht nach sozialen Medien, Video-Sharing-Plattformen oder Videospielen ausgesetzt sind; betont, dass die derzeitigen Mechanismen leicht umgangen werden können und dass ihre Nutzung durch strenge und angemessene Schutzvorkehrungen ergänzt werden muss, um ein ausreichendes Maß an Schutz von Minderjährigen im Internet sicherzustellen;

28. fordert die Festlegung einer einheitlichen europäischen digitalen Altersbeschränkung von 16 Jahren als Standardgrenze, unterhalb derer der Zugang zu Online-Plattformen im Bereich der sozialen Medien nicht gestattet sein sollte, es sei denn, die Eltern oder Vormunde haben ihren Kindern etwas anderes gestattet; fordert, dass für Video-Sharing-Plattformen und KI-Begleiter, die Risiken für Minderjährige bergen, dieselbe Altersgrenze gilt; fordert darüber hinaus eine einheitliche europäische digitale Altersbeschränkung von 13 Jahren, unterhalb derer Minderjährige keinen Zugang zu Online-Plattformen im Bereich der sozialen Medien haben dürfen; fordert das von Präsidentin von der Leyen beauftragte Expertengremium auf, im Rahmen seines Mandats die Anwendung einer Altersgrenze von 13 Jahren für Video-Sharing-Dienste und KI-Begleiter zu bewerten; betont, dass dies als Schutzinstrument dienen würde, um Eltern bei der Steuerung der digitalen Aktivität ihrer Kinder zu unterstützen und eine altersgerechte Internetnutzung sicherzustellen;

29. fordert die Kommission auf, die Einführung einer persönlichen Haftung der höheren Führungsebene bei schwerwiegenden und anhaltenden Verstößen gegen die Bestimmungen der Artikel 34 und 35 des Gesetzes über digitale Dienste zum Schutz Minderjähriger in Erwägung zu ziehen, um Anreize für eine bessere Einhaltung dieser Bestimmungen zu schaffen;

30. betont, dass Online-Plattformen zwar Mechanismen zur Altersfeststellung einführen, jedoch weitere Maßnahmen erforderlich sind, um Online-Dienste insbesondere für Minderjährige, aber auch für den Rest der Gesellschaft sicher zu machen; kommt zu dem Schluss, dass suchterzeugende Merkmale und andere problematische Mechanismen nicht bestehen bleiben dürfen und dringend angegangen werden müssen;

Elterliche Kontrolle

31. fordert eine stärkere Zusammenarbeit zwischen Eltern, Kommunikationsanbietern, Medienunternehmen, Videospielherausgebern und -entwicklern und Onlineplattformen, wenn es darum geht, Gefahren für die Sicherheit Minderjähriger im Internet zu erkennen und sich über bewährte Verfahren in diesem Bereich auszutauschen;

32. betont, dass Online-Plattformen gemäß dem Gesetz über digitale Dienste dafür sorgen müssen, dass wirksame Schutzvorkehrungen bestehen, um schutzbedürftige Gruppen wie Minderjährige zu schützen; betont, dass Anbieter von Online-Plattformen, die für Minderjährige zugänglich sind, leicht verständliche und benutzerfreundliche Maßnahmen zur elterlichen Kontrolle einführen können, damit Eltern und Vormunde dazu beitragen können, Minderjährige vor dem Risiko, schädlichen Inhalten ausgesetzt zu werden, zu schützen; weist darauf hin, dass in der AVMD-Richtlinie ähnliche Verpflichtungen für Video-Sharing-Plattformen festgelegt sind; betont, dass Maßnahmen zur elterlichen Kontrolle wirksam sein und unter Berücksichtigung des Schutzes der Privatsphäre gestaltet werden sollten und eine übermäßige Überwachung der Online-Aktivitäten von Minderjährigen vermeiden sollten; ist der Ansicht, dass die Nutzung dieser Instrumente für die Eltern fakultativ sein sollte; betont, dass Instrumente der elterlichen Kontrolle die Verantwortung von Online-Plattformen unberührt lassen, dafür zu sorgen, dass ihre Produkte durch Technikgestaltung und datenschutzfreundliche Voreinstellungen sicher und für Minderjährige geeignet sind, beispielsweise durch die standardmäßige Festlegung der höchsten Sicherheits- und Datenschutzeinstellungen für von Minderjährigen geführte Konten oder durch die Gestaltung klarer und präziser Meldemechanismen, die insbesondere für Minderjährige einfach zu finden sind;

33. bringt seine Besorgnis darüber zum Ausdruck, dass Eltern häufig nicht über das Wissen, die Kompetenzen und geeignete und wirksame Instrumente verfügen, um die Online-Aktivitäten von Minderjährigen zu überwachen und zu verwalten, oder dass ihnen die ihnen zur Verfügung stehenden Instrumente nicht bekannt sind; stellt fest, dass Minderjährige selbst dann, wenn Instrumente der elterlichen Kontrolle eingesetzt werden, diese leicht umgehen können und diese Instrumente nicht immer einfach zu finden und zu bedienen sind; betont, wie wichtig es ist, dafür zu sorgen, dass diese Instrumente benutzerfreundlich, intuitiv und für alle Eltern und Vormunde, einschließlich derjenigen mit Behinderungen, leicht zu finden und zu verstehen sind; fordert Plattformen nachdrücklich auf, mehr Verantwortung für die Förderung und Verbesserung der Wirksamkeit der Systeme der elterlichen Kontrolle zu übernehmen, und fordert sie auf, einschlägige Daten über die Wirksamkeit dieser Systeme zu veröffentlichen;

34. ist der Ansicht, dass Instrumente zur elterlichen Kontrolle zwar eine Lösung bieten, um die Exposition von Kindern gegenüber unangemessenen Inhalten, Diensten oder übermäßiger Bildschirmzeit zu begrenzen, dass sie jedoch noch immer nicht einheitlich auf verschiedene Plattformen und Geräte anwendbar sind und es für gewöhnliche Eltern oder Vormunde oft schwierig ist, sie wirksam zu nutzen; fordert die Kommission auf, Online-Plattformen und andere digitale Dienste darin zu bestärken, interoperable Instrumente für die elterliche Kontrolle zu entwickeln, einschließlich einer Reihe grundlegender interoperabler Funktionen, um die Fragmentierung der Betriebssysteme und der Geräte zu überwinden und Eltern in die Lage zu versetzen, die Geräte und Anwendungen ihrer Kinder unabhängig von der Marke oder dem Betriebssystem zu verwalten; ist der Ansicht, dass dieser Ansatz auch Teil der aktualisierten Leitlinien der Kommission für den Schutz von Minderjährigen sein sollte;

35. betont, dass die laufenden Initiativen einiger Mitgliedstaaten zur Sensibilisierung der Öffentlichkeit wichtig sind, um Eltern und Vormunde dabei zu unterstützen, die Sicherheit von Minderjährigen im Internet und auf Plattformen der sozialen Medien sicherzustellen, indem sie über den Einsatz von Instrumenten zur elterlichen Kontrolle informieren und aufklären;

Schließung der Lücken in den geltenden EU-Rechtsvorschriften

Digitale Abhängigkeit

36. erkennt an, dass bestimmte Gestaltungsmerkmale auch einige Vorteile bieten können, wie etwa die Unterstützung der Nutzer bei der Suche nach relevanten und hochwertigen Inhalten und die Ermöglichung einer nutzergesteuerten Bewertung der Qualität der Inhalte; betont jedoch, dass die suchterzeugende Nutzung digitaler Produkte und Dienstleistungen für Minderjährige das Risiko wirtschaftlicher, physischer und psychischer Schäden birgt; betont, dass suchterzeugende Gestaltungsmerkmale oft dem Geschäftsmodell von Plattformen, insbesondere Plattformen im Bereich der sozialen Medien, sowie von anderen Online-Diensten und -Spielen inhärent sind, aber auch von Diensteanbietern, die nicht unter das Gesetz über digitale Dienste fallen, eingesetzt werden, was zur kommerziellen Ausbeutung Minderjähriger führt; hebt ferner hervor, dass sich einige suchterzeugende Gestaltungsmerkmale auch in algorithmischen Empfehlungssystemen niederschlagen könnten, die emotionsgeladenen, extremen, unangemessenen oder (übermäßig) personalisierten Inhalten Vorrang einräumen, um die Nutzerbindung zu maximieren; ist besorgt darüber, dass Online-Plattformen Minderjährige in schädliche „rabbit holes“ mit toxischen Inhalten drängen können oder die Anfälligkeit Minderjähriger durch Werbung ausnutzen; stellt fest, dass die Kommission bereits gemäß dem Gesetz über digitale Dienste Untersuchungen im Zusammenhang mit der suchterzeugenden Gestaltung eingeleitet hat; fordert die wirksame Durchsetzung der geltenden Bestimmungen im Rahmen des Gesetzes über digitale Dienste, die sich mit suchterzeugenden Gestaltungsmerkmalen im Rahmen der Risikobewertungs- und Risikominderungsverpflichtungen befassen; fordert die Kommission auf, Rechtsvorschriften vorzuschlagen, mit denen die altersgerechte Gestaltung und die Sicherheit durch die Technikgestaltung und durch Voreinstellungen vorgeschrieben werden; fordert, dass alle Plattformen und andere Händler die erforderlichen risikobasierten Schutzmaßnahmen in ihre Empfehlungssysteme aufnehmen, auf dem Nutzerverhalten basierende Empfehlungsalgorithmen für Minderjährige verbieten, die schädlichsten suchterzeugenden Praktiken verbieten und dafür sorgen, dass gegebenenfalls andere suchterzeugende Gestaltungsmerkmale durch Voreinstellungen standardmäßig für Minderjährige deaktiviert werden;

37. betont, dass Merkmale wie „unendliches Scrollen“[20], „automatisches Abspielen“[21], „Ziehen zum Aktualisieren“, zeitlich begrenzte Inhalte, Belohnungen und Anreize für kontinuierliche oder wiederholte Nutzung und Strafen für Untätigkeit, Streak-Anwendungen und übermäßige Push-Benachrichtigungen, spielähnliche Mechanismen (Lootboxen) sowie schädliche Gamification-Praktiken konstruktionsbedingt darauf abzielen, die Entscheidungsfindung von Minderjährigen zu beeinflussen und sie mit

---

20 Die Beseitigung logischer Endpunkte, indem automatisch und kontinuierlich neue Inhalte angezeigt werden, während der Verbraucher weiterscrollt.

21 Automatisches Abspielen neuer Inhalte.

manipulativen Strategien einzubinden, die darauf abzielen, ihre Bindung und die Menge an Zeit und Geld, die sie online aufwenden, zu erhöhen, und die Abhängigkeit steigern können; betont, dass sich diese Merkmale negativ auf die Fähigkeit von Minderjährigen auswirken können, sich zu konzentrieren und angemessen mit Online-Inhalten umzugehen; betont, dass Merkmale wie automatisches Abspielen bereits für Videoinhalte verwendet werden, die sich an Minderjährige richten; betont erneut die Forderung des Parlaments, im Zuge der Überarbeitung des Verbraucherschutzrechts für alle Online-Dienste und alle Altersgruppen wirksame Bestimmungen gegen eine suchterzeugende Gestaltung vorzusehen, und fordert diesbezüglich nachdrücklich ein ambitioniertes Vorgehen auf EU-Ebene;

38. betont, dass bestimmte Merkmale digitaler Dienste, wie der „gefällt"-Mechanismus, soziale Bestätigungsschleifen und „Lesebestätigungen" als förderlich für die Suche nach Anerkennung und den sozialen Vergleich angesehen werden und die Selbstakzeptanz und das Selbstwertgefühl untergraben, wenn die gewünschte Rückmeldung ausbleibt; betont, dass sie von Online-Plattformen und -Händlern als ein starker Motivationsfaktor für die Bindung eingesetzt werden;

39. fordert die Kommission auf, dafür zu sorgen, dass Anbieter von Empfehlungssystemen für soziale Medien und Video-Sharing-Plattformen Minderjährigen keine Inhalte auf der Grundlage von Profiling zeigen; betont, dass dies dazu beiträgt, die psychische Gesundheit von Minderjährigen zu schützen, Suchtverhalten zu verringern und sinnvollere Offline-Erlebnisse zu fördern;

40. betont die Auswirkungen übermäßiger Bildschirmzeit und problematischer Smartphone-Nutzung auf die psychische und körperliche Gesundheit; begrüßt die Ankündigung der Kommissionspräsidentin in ihrer Rede zur Lage der Union 2025, noch vor Jahresende eine Sachverständigengruppe für den Zugang von Kindern zu sozialen Medien einzuberufen; fordert die Kommission auf, dringend ein solches Gremium einzuberufen und dafür zu sorgen, dass es in Zusammenarbeit mit der Weltgesundheitsorganisation und den nationalen Gesundheitsbehörden der Mitgliedstaaten sowie mit Jugend- und Elternvertretern zusammenarbeitet, um auf der Grundlage der in Frankreich, Schweden und den Niederlanden geleisteten Vorarbeit aktuelle europäische evidenzbasierte Leitlinien zur Bildschirmzeit für Minderjährige herauszugeben, um den Schutz von Minderjährigen als Verbraucher im Internet zu verbessern; stellt fest, dass diese Leitlinien Hinweise zur altersgerechten Bildschirmnutzung enthalten sollten, darunter die maximale Nutzungsdauer pro Altersstufe, Empfehlungen für verschiedene Arten von Online-Diensten, aufgeschlüsselt nach verschiedenen Alterskategorien, ein empfohlenes Mindestalter für die Nutzung von Smartphones und gegebenenfalls anderen Geräten und beispielsweise Empfehlungen zur Smartphone-Nutzung an Schulen; betont, dass bei den Ergebnissen der EU-weiten Untersuchung zu den umfassenderen Auswirkungen der sozialen Medien dringend Fortschritte erzielt werden müssen, wobei die Bildschirmzeit umfassender einbezogen werden sollte und die Ergebnisse als Grundlage für weitere Maßnahmen zum Schutz Minderjähriger herangezogen werden können; fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, sich mit dem Problem der Undeutlichmachung der von Nutzern im Internet verbrachten Zeit und der übermäßigen Bildschirmzeit zu befassen und Eltern auf der Grundlage dieser Leitlinien für die Auswirkungen und Risiken einer übermäßigen Bildschirmzeit und gegebenenfalls einer problematischen Internetnutzung zu sensibilisieren;

41. hebt das wachsende Problem der Verbreitung extremer Inhalte im Internet hervor, die

als illegale Inhalte angesehen werden können; ist der Ansicht, dass dies häufig eng mit der kommerziellen Ausgestaltung bestimmter Online-Plattformen verbunden ist, die Merkmale umfassen können, die digitale Abhängigkeit fördern, die Nutzung maximieren und sich negativ auf den gesellschaftlichen Diskurs auswirken; stellt fest, dass Minderjährige aufgrund von Entwicklungsfaktoren wie erhöhter emotionaler Reaktivität, mangelndem kritischem Urteilsvermögen und begrenzter Impulskontrolle besonders anfällig für solche Inhalte sein können; hebt hervor, dass Minderjährige viel Zeit im Internet verbringen und dass ihr Kontakt mit extremen Inhalten im Internet daher nach und nach dazu beitragen kann, dass bestimmte Formen des Extremismus als normal angesehen werden; ist der Ansicht, dass ein solches wachsendes Problem dringend im Rahmen der Maßnahmen in den Bereichen Risikobewertung und Risikominderung gemäß den Artikeln 34 und 35 des Gesetzes über digitale Dienste angegangen werden sollte, in denen geschlechtsspezifische Gewalt, der Schutz von Minderjährigen, das geistige Wohlbefinden und die Bedeutung der Moderation von Inhalten und der algorithmischen Verstärkung in diesem Zusammenhang ausdrücklich erwähnt werden; stellt fest, dass es in den letzten Jahren einen deutlichen Anstieg extremistischer Aktivitäten bei Minderjährigen gegeben hat;

Dark Patterns

42. betont, dass 97 %[22] der beliebtesten Websites und Anwendungen, die von den Verbrauchern in der EU genutzt werden, mindestens ein Dark Pattern verwenden; betont, dass Minderjährige besonders anfällig für Dark Patterns sind; betont, dass Minderjährige aufgrund ihres Entwicklungsstadiums und ihrer psychologischen Verwundbarkeit leichter dazu gebracht werden können, beispielsweise personenbezogene Daten auszutauschen, unbeabsichtigte Online-Käufe zu tätigen oder Anwendungen zu installieren; betont, dass die einschlägigen Rechtsvorschriften, vor allem die Bestimmungen der Richtlinie über unlautere Geschäftspraktiken und des Gesetzes über digitale Dienste, konsequent durchgesetzt werden müssen, um eine manipulative Gestaltung von Schnittstellen zu verhindern, insbesondere wenn es um schutzbedürftige Nutzer geht;

43. betont, dass es keine einzige umfassende EU-Verordnung zu Dark Patterns gibt; weist darauf hin, dass die EU im Rahmen verschiedener Rechtsinstrumente wie der Richtlinie über unlautere Geschäftspraktiken und dem Gesetz über digitale Dienste Schritte unternommen hat, um gegen Dark Patterns vorzugehen; betont allerdings, dass der Geltungsbereich des Verbots von Dark Patterns im Gesetz über digitale Dienste auf Online-Plattformen beschränkt ist, während Dark Patterns in allen Branchen umfassend eingesetzt werden; weist darauf hin, dass in der Richtlinie über unlautere Geschäftspraktiken ein allgemeines Verbot von Dark Patterns vorgesehen ist und dass nur bestimmte Dark Patterns durch die in dieser Richtlinie enthaltene schwarze Liste der UGPRL direkt verboten sind und dass sich keines der derzeitigen Verbote speziell auf digitale Schnittstellen bezieht; ist besorgt darüber, dass dies zu Rechtsunsicherheit für Verbraucher, einschließlich Minderjähriger, Unternehmen und Behörden führt;

---

[22] Europäische Kommission: Generaldirektion Justiz und Verbraucher, F. Lupiáñez-Villanueva u. a. „Behavioural study on unfair commercial practices in the digital environment – Dark patterns and manipulative personalisation – Final report“ (Verhaltensstudie über unlautere Geschäftspraktiken im digitalen Umfeld – Dark Patterns und manipulative Personalisierung – Abschlussbericht), Amt für Veröffentlichungen der Europäischen Union, 2022.

44. fordert die Kommission daher nachdrücklich auf, das Zusammenspiel zwischen bestehenden Rechtsvorschriften zur Regulierung von Dark Patterns zu klären und eine Überarbeitung der Liste unlauterer Geschäftspraktiken in Anhang I der Richtlinie über unlautere Geschäftspraktiken in Erwägung zu ziehen, um weitere rechtliche Lücken – sofern vorhanden – zu schließen; weist insbesondere auf bestimmte Praktiken hin, darunter die stärkere Hervorhebung bestimmter Wahlmöglichkeiten, wenn Verbraucher um eine Entscheidung gebeten werden, die Vorauswahl von Optionen, die Aufforderung an Verbraucher, eine bereits getroffene Wahl zu treffen, die Beeinträchtigung der Entscheidungsfreiheit, etwa durch die Beseitigung aller „Stopping Cues“, die Erschwerung einer Änderung der Standardeinstellungen, die Verwendung einer emotionalisierten Sprache, um Verbraucher in Richtung bestimmter Wahlmöglichkeiten zu lenken, die Verwendung einer zweideutigen Sprache, um Verbraucher zu verwirren, wenn sie um eine Entscheidung gebeten werden, und die Erzeugung eines Gefühls von Dringlichkeit, wenn fälschlicherweise angegeben wird, dass andere Nutzer derzeit ebenfalls an bestimmten Produkten oder Dienstleistungen interessiert sind oder dass nur noch wenige Artikel verfügbar sind oder dass viele Nutzer kürzlich ein bestimmtes Produkt gekauft haben;

Videospiele

45. hebt hervor, dass Online-Videospiele insofern in den Anwendungsbereich des Gesetzes über digitale Dienste fallen, als sie als Vermittlungsdienste oder Plattformen gelten; fordert die Kommission auf, die einschlägigen Bestimmungen des Gesetzes über digitale Dienste mit Nachdruck durchzusetzen; betont jedoch, dass Anbieter von Online-Videospielen, die nicht als Vermittlungsdienste oder Plattformen gelten, nicht den Vorschriften im Rahmen des Gesetzes über digitale Dienste unterliegen; fordert die Kommission auf, gegebenenfalls Mindestverpflichtungen, wie sie im Gesetz über digitale Dienste vorgesehen sind, für alle Online-Videospiele sicherzustellen, unabhängig davon, ob sie als Online-Plattform im Rahmen des Gesetzes über digitale Dienste gelten oder nicht; fordert die Kommission auf, Abschätzungen der Auswirkungen auf Kinder bei Online-Spielen, die sich an Minderjährige richten, vorzuschreiben, um Risiken für Kinder kontinuierlich zu ermitteln und zu mindern;

46. hebt das Eintreten der Videospielebranche für eine Selbstregulierung hervor, das sich in der Einführung von Altersempfehlungssystemen gezeigt hat, die für den Schutz des jüngeren Publikums und bei der Förderung von verantwortungsvollen Spielpraktiken bedeutsam sind; weist darauf hin, dass bei allen in Europa bereitgestellten Videospielen die Regeln des Verhaltenskodex des PEGI-Systems (Pan-European Game Information) eingehalten werden sollten;

47. bringt seine Besorgnis darüber zum Ausdruck, dass Videospiele ein zunehmend kommerzielles Umfeld für Minderjährige darstellen, häufig zu ungewollten Ausgaben verleiten und den Verkauf virtueller Artikel umfassen, einschließlich zufälliger Belohnungen und spielähnlicher Mechanismen wie Lootboxen, sowie über die Verwendung virtueller In-App-Währungen als Zwischenprodukt, die es schwierig machen könnten, den tatsächlichen Wert der Transaktion und den tatsächlichen Preis jedes einzelnen Kaufs einzuschätzen;

48. hebt hervor, dass Videospiele mit Chatboxen, die die Kommunikation zwischen Nutzern ermöglichen, ein Risiko für Kinder darstellen und sie anfällig dafür machen,

unterschwellig zum Kauf von Artikeln und zur Weitergabe personenbezogener Daten, einschließlich Bankdaten, gedrängt zu werden;

49. bedauert, dass es keine EU-Rechtsvorschriften gibt, die speziell Merkmale wie virtuelle Artikel oder In-App-Währungen regeln; betont, dass einige Mitgliedstaaten nationale Rechtsvorschriften zur weiteren Regulierung des Glücksspiels erlassen haben und dass dies zu einer Marktfragmentierung führt, die sich nachteilig auf die Verbraucher und die Unternehmen in der EU auswirkt; fordert die Kommission auf, diese nationalen Initiativen zu bewerten, um festzustellen, ob eine Initiative auf EU-Ebene erforderlich ist, damit eine Marktfragmentierung vermieden und unionsweit ein harmonisiertes und hohes Schutzniveau sichergestellt wird;

50. stellt fest, dass viele Minderjährige bei E-Sport-Wettkämpfen zuschauen; bedauert die Zunahme des Sponsoring von E-Sport-Spielern, E-Sport-Teams oder E-Sport-Wettkämpfen durch Websites Dritter, die den Austausch virtueller Gegenstände oder deren Kauf und Verkauf gegen echtes Geld durch den Einsatz von Automatisierungssoftware (Bots) ermöglichen, wodurch In-Game-Ökonomien verzerrt und der faire Wettbewerb untergraben wird, es sei denn, es handelt es sich um legitimes Sponsoring von E-Sport-Teams oder E-Sport-Wettkämpfen; weist darauf hin, dass diese Praxis häufig gegen die allgemeinen Geschäftsbedingungen der Herausgebern von Videospielen verstößt; fordert die Herausgeber von Videospielen auf, Maßnahmen zu ergreifen, um diese Praktiken zu unterbinden, wenn gegen die allgemeinen Geschäftsbedingungen verstoßen wird;

51. betont, dass es für Minderjährige mit Behinderungen möglich sein sollte, Online-Videospiele zu spielen; nimmt die Bemühungen von Videospielunternehmen um Barrierefreiheit zur Kenntnis und empfiehlt den Videospielunternehmen, ihre Bemühungen fortzusetzen; fordert die Kommission auf, gemeinsam mit den Herausgebern von Videospielen Initiativen zur Verbesserung der Barrierefreiheit von Online-Videospielen für Menschen mit Behinderungen vorzulegen;

52. fordert die Kommission nachdrücklich auf, ein hohes Maß an Schutz für Minderjährige, die Videospiele spielen, zu gewährleisten, insbesondere durch das Verbot von Lootboxen und anderen randomisierten Inhalten wie Glücksrädern, Gewinnrädern oder Kartenpaketen im Austausch gegen echtes Geld in Spielen, auf die Minderjährige wahrscheinlich zugreifen können, und die Risiken im Zusammenhang mit In-App-Währungen, Mikrotransaktionen sowie Pay-to-Progress- und Pay-to-Win-Mechanismen anzugehen, die für Minderjährige zugänglich sind und in einer Art und Weise präsentiert werden können, dass sie zu ungewollten Ausgaben oder Glücksspielverhalten verleiten, oder die in die zentrale Spieldynamik eingebunden sind und den Nutzern daher aufgezwungen werden;

Spielzeug

53. betont, dass Spielzeuge, in die künstliche Intelligenz (KI) eingebaut ist, Risiken für die körperliche und geistige Gesundheit von Kindern sowie für die Privatsphäre, den Datenschutz und die Sicherheit bergen können; betont, dass Spielzeuge, bei denen Sicherheitskomponenten KI-Systeme enthalten, im Einklang mit der anstehenden

Verordnung über die Sicherheit von Spielzeug[23] als Hochrisiko-KI-Systeme eingestuft werden und eine Konformitätsbewertung durch Dritte erfordern, sofern keine einschlägigen harmonisierten Normen angewandt wurden; fordert die Hersteller auf, für die Einhaltung sowohl der Verordnung über die Sicherheit von Spielzeug als auch der Verordnung über künstliche Intelligenz (KI-Verordnung) zu sorgen und ein wirksames Risikomanagement, Transparenz, menschliche Aufsicht und eine solide Daten-Governance umzusetzen, um Minderjährige im Internet zu schützen;

Gezielte Werbung

54. betont, dass Tracking und Targeting die Asymmetrie zwischen Minderjährigen einerseits und Händlern und Anbietern digitaler Dienste andererseits verstärken und das Risiko unlauterer Handelspraktiken, insbesondere von Manipulation, erhöhen; stellt fest, dass das Tracking von Minderjährigen im Internet auch ein Sicherheitsrisiko darstellen kann, da es sie beispielsweise anfälliger für Betrug, Manipulation oder fremde Einflussnahme werden lässt, wenn die über sie erhobenen Daten gegen sie verwendet werden; weist darauf hin, dass Minderjährige in dieser Hinsicht besonders schutzbedürftig sind, da sie leichter ausgenutzt oder getäuscht werden können; fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten daher auf, besonders darauf zu achten, ob solche Risiken fortbestehen, insbesondere bei künftigen Initiativen;

55. betont, dass Studien gezeigt haben, dass Werbeanzeigen trotz des bestehenden rechtlichen Schutzes im Rahmen des Gesetzes über digitale Dienste weiterhin über Proxy-Kategorien auf Minderjährige ausgerichtet werden können; betont, dass Untersuchungen ergeben haben, dass zahlreiche Werbepraktiken versteckt und betrügerisch sind und daher insbesondere Minderjährige täuschen können[24]; fordert die Kommission auf, bei der Durchsetzung der einschlägigen Bestimmungen im Rahmen des Gesetzes über digitale Dienste besonders auf solche möglichen Umgehungen der Richtlinie über unlautere Geschäftspraktiken zu achten, wenn es um den Schutz Minderjähriger geht, und mögliche Mängel zu beheben;

56. betont, dass Minderjährige mehr Schutz vor Verhaltensüberwachung, Profiling und Einflussnahme benötigen; betont, dass das Gesetz über digitale Dienste gezielte Werbung für Minderjährige auf der Grundlage von Profiling auf Online-Plattformen verbietet; fordert die Kommission auf, Untersuchungen einzuleiten, wenn gegen dieses Verbot verstoßen wird; betont, dass dieses Verbot derzeit nicht für andere Händler und digitale Dienstleistungen gilt, die personalisierte Werbung einsetzen können; betont, dass Minderjährige unabhängig von der Art der Dienstleistung ein hohes und einheitliches Schutzniveau genießen sollten; fordert die Kommission auf, gleichwertige Verpflichtungen einzuführen, die für alle digitalen Dienstleistungen und Händler gelten würden;

---

23 Vorschlag der Kommission vom 28. Juli 2023 für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über die Sicherheit von Spielzeug und zur Aufhebung der Richtlinie 2009/48/EG (COM(2023)0462), auf den sich Parlament und Rat im April 2025 vorläufig geeinigt haben.

24 Auer, V., Krickl, J., Hölzl, I., Beltzung, L., „#KEINEWERBUNG? Schleichwerbung und problematische Marketingkommunikation auf TikTok“, 2025, https://wien.arbeiterkammer.at/beratung/konsumentenschutz/achtungfalle/Schleichwerbung_auf_Tiktok_202505.pdf.

57. hebt hervor, dass zwar bei Mitteilungen von öffentlichem Interesse, etwa bei der Bewerbung von Hotlines zum Schutz von Minderjährigen, ähnliche Kanäle und Techniken wie bei Werbung zum Einsatz kommen können, diese Mitteilungen jedoch nicht immer als Werbung gelten, insbesondere wenn ihr Hauptzweck darin besteht, die Öffentlichkeit zu informieren oder ihr einen Nutzen zu bringen, anstatt kommerzielle Gewinne zu erzielen; stellt fest, dass durch das im Gesetz über digitale Dienste festgelegte Verbot gezielter Werbung für Minderjährige solche Mitteilungen jedoch verhindert werden können; fordert die Kommission auf, dieses Problem zu bewerten und zu prüfen, wie solche Mitteilungen von öffentlichem Interesse, die auf den Schutz von Minderjährigen abzielen, weiterhin wirksam verbreitet werden können;

Influencer-Marketing

58. betont, dass das EU-Verbraucherrecht die Probleme im Zusammenhang mit Influencer-Marketing nur teilweise berücksichtigt und dass die Werbung für unrealistische Lebensstile oder gefährliche oder ungesunde Produkte oder Dienstleistungen gegenüber Minderjährigen durch Influencer und die schädlichen Geschäftspraktiken im Zusammenhang mit Influencer-Marketing weiterhin Realität sind;

59. hebt ebenfalls die besorgniserregende Nutzung der Bilder von Minderjährigen durch sogenannte Eltern-Influencer oder Familien-Influencer außerhalb eines rechtlichen oder ethischen Rahmens, oftmals gegen finanzielle Vergütung, hervor, die ernsthafte Fragen in Bezug auf Einwilligung, Privatsphäre und die kommerzielle Ausbeutung von Minderjährigen aufwirft;

60. hebt hervor, dass trotz der Anforderungen bezüglich des Mindestalters auf Social-Media-Plattformen Minderjährige unterhalb dieses Alters auf diesen Plattformen aktiv sind und als „Kidfluencer“ fungieren; hebt hervor, dass diese Präsenz von Minderjährigen weitverbreitet ist und dass es einen zunehmenden Trend gibt, dass Minderjährige aller Altersgruppen zu Kidfluencern werden;

61. hebt hervor, dass die Follower von Kidfluencern in der Regel selbst Minderjährige sind; betont, dass es beim Kidfluencer-Marketing sehr wahrscheinlich ist, dass Minderjährige direkt aufgefordert werden, die beworbenen Produkte zu kaufen oder ihre Eltern oder andere Erwachsene zu überreden, die beworbenen Produkte für sie zu kaufen, was der Richtlinie über unlautere Geschäftspraktiken[25] zuwiderläuft; betont, dass es zweifelhaft ist, ob Kidfluencer über Kenntnisse der für ihre Tätigkeiten geltenden gesetzlichen Vorschriften verfügen;

62. hebt die Herausforderungen hervor, mit denen Minderjährige als Influencer oder Protagonisten der Inhalte, die von anderen Influencern generiert werden (d. h. beim „Sharenting“), konfrontiert sein können; betont, dass Kidfluencer durch diese Tätigkeit von Plattformen, Community-Feedback wie „Likes“ und Zuschauerdaten/-ratings abhängig sowie dem Druck ausgesetzt sind, ständig Inhalte für kommerzielle Zwecke erstellen zu müssen;

63. fordert die Kommission auf, Minderjährige vor kommerzieller Ausbeutung zu schützen, auch indem es Plattformen verboten wird, Kidfluencing zu monetarisieren oder dafür anderweitige finanzielle oder materielle Anreize bereitzustellen; hebt hervor, dass einige

---

25 Richtlinie über unlautere Geschäftspraktiken, Anhang I Nummer 28.

Mitgliedstaaten ihre bestehenden nationalen Rechtsvorschriften zum Schutz von Kinderschauspielern auf Influencer ausgeweitet haben, die minderjährig sind; fordert die Mitgliedstaaten auf, die Einführung eines gleichwertigen Schutzniveaus für Minderjährige in Erwägung zu ziehen, indem sie einen ähnlichen Regelungsrahmen anwenden;

64. betont, dass Verbraucher, einschließlich Minderjährige, mit mangelnder Transparenz in Bezug auf bezahlte Werbung für Produkte durch Influencer in den sozialen Medien konfrontiert sind und Schwierigkeiten haben, zwischen kommerziellen und nichtkommerziellen Inhalten zu unterscheiden; hebt hervor, dass eine Reihe von Mitgliedstaaten damit begonnen hat, Vorschriften für Influencer auf nationaler Ebene umzusetzen; betont, dass ein EU-weiter Transparenz- und Offenlegungsmechanismus für von Influencern beworbene Inhalte erforderlich ist; betont ferner, dass die fragmentierte Anwendung und Durchsetzung geltender Vorschriften verringert und die EU-Verbraucherschutzvorschriften weiter gestärkt werden müssen; weist darauf hin, dass Transparenzpflichten mit klaren Vorschriften darüber einhergehen sollten, wie bezahlte Inhalte den Verbrauchern, insbesondere Minderjährigen, angezeigt werden müssen, was die zunehmende Erkenntnis verdeutlicht, dass weitere Transparenzpflichten und eine stärkere Harmonisierung im gesamten Binnenmarkt erforderlich sind;

65. begrüßt die Rechtsplattform der Kommission für Influencer (Influencer Legal Hub), auf der Ressourcen und Schulungen bereitgestellt werden, um Influencern und anderen relevanten Parteien dabei zu helfen, die Verbraucherschutz- und Werbegesetze der EU zu verstehen und einzuhalten;

66. fordert die Kommission auf, Marken dazu anzuhalten, mit Influencern zusammenarbeiten, die sich freiwillig zertifizieren lassen können, um sicherzustellen, dass sie über Wissen in Bezug auf die gesetzlichen Vorschriften, die für ihre Tätigkeiten gelten, verfügen, wodurch Marken, die mit zertifizierten Influencern zusammenarbeiten, sicher sein können, dass ihre Produkte in rechtskonformer Weise vermarktet werden, und Nutzer mehr Vertrauen in Influencer haben können;

67. weist darauf hin, dass in der Richtlinie über audiovisuelle Mediendienste vorgesehen ist, dass Minderjährige vor kommerzieller Kommunikation, die zu Verhaltensweisen anregt, die der Gesundheit oder Sicherheit einer Person abträglich sind, geschützt werden; stellt jedoch fest, dass die Richtlinie über audiovisuelle Mediendienste für Influencer nur gilt, wenn sie als Mediendiensteanbieter eingestuft werden; hebt hervor, dass daher nicht alle Influencer von der Richtlinie über audiovisuelle Mediendienste erfasst werden; stellt ferner fest, dass in den Leitlinien der Kommission zur Richtlinie über unlautere Geschäftspraktiken aus dem Jahr 2021 klargestellt wurde, dass Influencer unter die Richtlinie über unlautere Geschäftspraktiken fallen können, auch was das Verbot irreführender und unlauterer Geschäftspraktiken betrifft; stellt jedoch fest, dass die Kommission bei der Eignungsprüfung zur digitalen Fairness 2024 zu dem Schluss kam, dass nach wie vor Rechtsunsicherheit in Bezug auf die geltenden Vorschriften besteht und dass die Gefahr einer regulatorischen Fragmentierung besteht; fordert die Kommission daher auf, weiter zu prüfen, ob Rechtsunsicherheiten angegangen werden müssen, unter anderem durch eine harmonisierte Definition des Begriffs „Influencer-Marketing“, und gegebenenfalls das Verbot von Geschäftspraktiken zu verschärfen, die die Förderung von Produkten, Trends, Herausforderungen oder Verhaltensweisen durch Influencer umfassen, die

Minderjährige gefährden könnten, auch in Bezug auf gesundheitliche oder finanzielle Risiken;

68. ist besorgt über die rasche Verbreitung von KI-generierten Inhalten, bei denen vorgetäuscht wird, dass es sich um berühmte Persönlichkeiten, Urheber von Online-Inhalten oder Marken handelt, wodurch das Vertrauen der Nutzer für kommerzielle Zwecke oder zur Verbreitung von Desinformation ausgenutzt wird; fordert die Kommission auf, Betrug und falsche Identitätsangaben als Teil möglicher systemischer Risiken im Rahmen des Gesetzes über digitale Dienste und der KI-Verordnung einzustufen und die Annahme von Maßnahmen in Erwägung zu ziehen, um Minderjährige vor Irreführung und Täuschung zu schützen und Unternehmen und Verbrauchern, die von diesem Betrug und falschen Identitätsangaben betroffen sind, Rechtsbehelfe anzubieten;

69. fordert die Kommission auf, die EU-Rechtsvorschriften anzupassen, unter anderem gegebenenfalls durch Klärung der Zuständigkeiten von Plattformen, Influencern und anderen Akteuren der Wertschöpfungskette, wie z. B. ihrer Agenturen und der Marken, deren Produkte und Dienstleistungen beworben werden;

Künstliche Intelligenz

70. betont, dass der Zugang zu generativen Instrumenten der künstlichen Intelligenz (KI), die auch für Minderjährige zugänglich sind, immer einfacher wird; hebt die Risiken in Bezug auf Transparenz, Trainingsdaten, Manipulation und KI-Anthropomorphismus, Deepfakes, Begleit-Chatbots und KI-Agenten hervor, die allesamt eine Verzerrung der Realität und Fehlinformationen zur Folge haben oder die geistige Gesundheit beeinträchtigen können, was in einigen Fällen zu schweren Tragödien, einschließlich Selbstmorden, geführt oder Nutzer dazu veranlasst hat, unbeabsichtigte Online-Käufe vorzunehmen und personenbezogene Daten weiterzugeben; warnt insbesondere vor der missbräuchlichen Verwendung online verfügbarer Bilder von Kindern, die von KI-Technologien für unangemessene oder schädliche Zwecke, einschließlich der Erstellung manipulierter oder missbräuchlicher Inhalte, ausgenutzt werden können; ist zutiefst besorgt über die Tatsache, dass Unternehmen begonnen haben, ihre Bemühungen zum Testen von KI-Modellen[26] im Hinblick auf Sicherheit und Grundrechte zurückzufahren, wodurch Minderjährige beim Umgang mit KI einem besonderen Risiko ausgesetzt sind; betont in diesem Zusammenhang, dass die Umsetzung und wirksame Durchsetzung der KI-Verordnung wichtig ist;

71. betont, dass KI-gestützte Anwendungen Daten von Kindern erheben und verarbeiten können, ohne dass sie oder ihre gesetzlichen Vormunde eine Einwilligung in Kenntnis der Sachlage erteilt haben oder darüber aufgeklärt wurden, insbesondere im Hinblick auf die Rechte des Kindes als betroffene Person;

72. betont, dass generative KI-Programme potenzielle Risiken mit sich bringen, da sie zur Erleichterung von Grooming durch potenzielle Täter zum Zwecke des sexuellen

---

[26] Once, L., „OpenAI slashes AI model safety testing time“ (OpenAI verkürzt die Testzeit für die Sicherheit von KI-Modellen), 2025, https://news.outsourceaccelerator.com/openai-safety-testing-time/#:~:text=CALIFORNIA%2C%20UNITED%20STATES%20%E2%80%94%20OpenAI%20has,being%20rushed%20without%20adequate%20safeguards.

Missbrauchs von Kindern eingesetzt werden können, aber auch zur Erstellung von sexualisiertem Deepfake-Material von Minderjährigen, das bei Cybermobbing von Gleichaltrigen verwendet wird, und betont, dass die Diensteanbieter und Plattformen, die diese Instrumente zur Verfügung stellen, dem entgegenwirken müssen;

73. erkennt die erhebliche Bedrohung an, die von KI-gestützten Nudify-Apps ausgeht, die es Nutzern ermöglichen, manipulierte Bilder von Personen ohne deren Zustimmung zu erstellen, wodurch die Privatsphäre und die Würde des Einzelnen verletzt werden; erkennt an, dass diese Technologien das Potenzial haben, geschlechtsspezifische Cybergewalt zu erleichtern; fordert die Kommission auf, sich dringend mit den ethischen und rechtlichen Herausforderungen zu befassen, die sich aus diesen Technologien ergeben;

74. betont, dass Minderjährige besonders anfällig für suchterzeugende Gestaltungsmerkmale bei interaktiven KI-Anwendungen und Spielen sind, die häufig vorsätzlich entwickelt werden dürften, um die Nutzung zu maximieren; hebt hervor, dass KI-gestützte Empfehlungsalgorithmen zu einer übermäßigen Bildschirmzeit führen und Abhängigkeit schaffen können, wodurch die kognitive, emotionale und soziale Entwicklung bei Minderjährigen behindert und die Entwicklung individueller Fähigkeiten und Kompetenzen beeinträchtigt wird;

75. hebt hervor, dass die KI-Verordnung ein wichtiges Instrument ist, um die systemischen Risiken in Angriff zu nehmen, die von KI-Systemen ausgehen, insbesondere im Bereich der öffentlichen Gesundheit, der Sicherheit, der öffentlichen Sicherheit, der Grundrechte oder der Gesellschaft insgesamt[27], und um ein Mindestmaß an Sicherheit und Vertrauenswürdigkeit von KI in der EU festzulegen, darunter von KI-Systemen, die bei der Erstellung von Inhalten, Empfehlungssystemen und der Interaktion der Nutzer auf Online-Plattformen eingesetzt werden; fordert die rasche Umsetzung und Durchsetzung von Pflichten, die sich aus der KI-Verordnung ergeben, um für sichere und vertrauenswürdige KI zu sorgen, die auch für Minderjährige sicher ist; fordert die Kommission und die Behörden der Mitgliedstaaten auf, die Bestimmungen der KI-Verordnung in Bezug auf manipulative und irreführende Chatbots konsequent durchzusetzen;

76. betont, dass dem Verhaltenskodex für KI-Modelle mit allgemeinem Verwendungszweck als Eckpfeiler für eine wirksame Umsetzung der in der KI-Verordnung enthaltenen Pflichten zur Minderung systemischer Risiken eine entscheidende Bedeutung zukommt, insbesondere wenn es darum geht, die Grundrechte zu schützen und gegen die Risiken für Minderjährige vorzugehen;

77. stellt fest, dass KI-Agenten, -Begleiter und -Chatbots für Minderjährige zunehmend im Internet präsent sind und erhebliche Risiken für die Rechte von Minderjährigen und ihre gesunde Entwicklung darstellen können; betont, dass die Kommission im Rahmen ihrer laufenden Bewertung der Verbraucherschutzvorschriften zusätzliche Garantien, Transparenzstandards und ein Verbot menschenähnlicher Merkmale in Erwägung ziehen sollte, um zu vermeiden, dass Kinder zu Käufen verleitet werden, und dafür zu sorgen, dass es Kindern möglich ist, sich leicht von KI-Chatbots zu lösen;

78. fordert die Mitgliedstaaten auf, dringend staatliche Stellen zu ernennen, die für die

---

27 Artikel 3 Absatz 65 der Verordnung über künstliche Intelligenz.

Durchsetzung der Verbote bestimmter Praktiken zuständig sind, und die KI-Verordnung ehrgeizig und wirksam durchzusetzen, insbesondere – aber nicht nur – die Bestimmungen über den Schutz von Minderjährigen; betont, dass die zuständigen staatlichen Stellen KI-Systemen, insbesondere solchen, die von Social-Media-Plattformen eingesetzt werden, besondere Aufmerksamkeit einräumen und untersuchen sollten, ob einzelne KI-Systeme, bei denen es wahrscheinlich ist, dass sie mit Minderjährigen interagieren, die Schutzbedürftigkeit von Minderjährigen ausnutzen oder ihr Verhalten in einer Weise beeinflussen, die der betreffenden Person oder einer anderen Person einen erheblichen Schaden zufügt oder mit hinreichender Wahrscheinlichkeit zufügen wird, was nach der KI-Verordnung verboten ist;

79. betont, wie wichtig es ist, die KI-Forschung für Kinder und mit Kindern zu unterstützen sowie den Umstand zu fördern, dass Anreize zum Abbau der digitalen Kluft gesetzt werden;

Medien- und digitale Kompetenz und Bildung

80. erkennt an, dass Medien- und digitale Kompetenz wichtig sind, wenn es darum geht, Minderjährige in die Lage zu versetzen, sich in Online-Umgebungen sicher und verantwortungsvoll zurechtzufinden und kritisch zu denken; weist darauf hin, dass die Mitgliedstaaten und die Europäische Union über die Befugnisse verfügen, spezifische Maßnahmen in diesem Bereich zu ergreifen, darunter auch in Bildungseinrichtungen; empfiehlt die Aufnahme von Medienkompetenz und digitaler Kompetenz in die nationalen Lehrpläne und die regelmäßige Ausarbeitung von Schulungsprogrammen für Lehrkräfte und Pädagogen; betont, dass Medienkompetenz mit Grundkompetenzen wie Leseverständnis verknüpft werden muss, und hebt hervor, wie wichtig KI-Kompetenz und digitale Kompetenz als Voraussetzungen für die Schaffung eines sichereren Internetumfelds und die Anerkennung von Online-Risiken sind; betont, dass sowohl potenzielle Schäden als auch verfügbare Instrumente zu ihrer Eindämmung bewertet werden müssen, während gleichzeitig die positive Rolle untersucht werden sollte, die digitale Umgebungen beim Zugang zu Informationen, Bildung und Bürgerbeteiligung spielen können; erkennt die Rolle der öffentlich-rechtlichen Medien bei der Bereitstellung vielfältiger und hochwertiger Inhalte für Minderjährige an, um Bildungs- und Kulturziele zu stärken; empfiehlt, dass auf digitalen Plattformen Bildungsmaterialien und kulturelle Vielfalt gefördert werden, insbesondere von europäischen Urhebern und öffentlichen Einrichtungen;

81. betont, dass der Schutz von Minderjährigen im Internet eine gemeinsame Verantwortung ist, die die Beteiligung von Eltern, Vormunden, Behörden, Plattformen und Schulen erfordert; betont, dass angemessene Ressourcen notwendig sind, und fordert eine strukturierte Zusammenarbeit zwischen Bildungssystemen, digitalen Plattformen und Regulierungsbehörden, um hochwertige Programme für digitale Kompetenzen und Medienkompetenz bereitzustellen; fordert die Kommission auf, den Austausch bewährter Verfahren und die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zu fördern, um für ein sicheres und verantwortungsvolles Online-Umfeld zu sorgen;

82. betont, dass Eltern und Vormunden geeignete Schulungen und Orientierungshilfen zur Verfügung gestellt werden müssen, um ihnen dabei zu helfen, ihre Kinder bei ihren digitalen Erfahrungen zu unterstützen; fordert von der EU finanzierte Schulungs- und Sensibilisierungsinitiativen für Eltern, Vormunde, Lehrkräfte und Pädagogen, auch in Bezug auf die Auswirkungen einer übermäßigen Nutzung sozialer Medien, der

Exposition gegenüber schädlichen Inhalten und der Online-Sucht; betont, dass Minderjährige aufgrund ihres Entwicklungsstadiums und ihrer sich noch entwickelnden Medienkompetenz und Fähigkeit zum kritischen Denken besonders anfällig für Desinformation im Internet sind; betont, dass es dringend altersgerechter Sensibilisierungskampagnen in Schulen bedarf, um Minderjährige in die Lage zu versetzen, Risiken im Internet zu erkennen und zu melden; fordert Online-Plattformen und Anbieter digitaler Dienste auf, freiwillige Maßnahmen und Instrumente zu verabschieden, die dazu beitragen, die digitalen Kompetenzen, das kritische Denken und die digitalen Kenntnisse von Minderjährigen zu stärken und Eltern oder Vormunde bei der Anleitung ihrer Online-Erfahrung zu unterstützen; weist darauf hin, dass die offline am stärksten gefährdeten Kinder oft auch im Internet am stärksten gefährdet sind, und betont, dass gefährdete Kinder, einschließlich Kinder aus einkommensschwachen Verhältnissen oder mit Behinderungen, gezielt unterstützt werden müssen; spricht sich für eine altersgerechte Unterstützung der Kompetenz von Minderjährigen aus, die als Urheber digitaler Inhalte fungieren, samt Anleitungen für Lehrkräfte und Jugendarbeiter sowie ethischen Leitlinien für Bilder und Narrative von Kindern im Internet;

°

° °

83. beauftragt seine Präsidentin, diese Entschließung dem Rat und der Kommission sowie den Regierungen und Parlamenten der Mitgliedstaaten zu übermitteln.

Europäisches Parlament
2024-2029

ANGENOMMENE TEXTE

P10_TA(2025)0303

Verschärfte Unterdrückung der Bahá'í in Iran

Entschließung des Europäischen Parlaments vom 27. November 2025 zu der verschärften Unterdrückung der Baha'i in Iran (2025/2987(RSP))

Das Europäische Parlament,

– unter Hinweis auf seine vorherigen Entschließungen zu Iran,

– gestützt auf Artikel 150 Absatz 5 und Artikel 136 Absatz 4 seiner Geschäftsordnung,

A. in der Erwägung, dass die Gemeinschaft der Baha'i, die in Iran 300 000 Mitglieder hat und in der Verfassung Irans nicht anerkannt ist, nach Maßgabe des geheimen Memorandums von 1991 systematisch verfolgt wird, was sich in willkürlichen Festnahmen und Inhaftierungen, Fällen von Verschwindenlassen, der Verweigerung einer würdigen Bestattung, der Beschlagnahme von Eigentum, der Verweigerung von Bildung und Beschäftigung und der Aufstachelung zu Hass in staatlich kontrollierten Medien äußert;

B. in der Erwägung, dass die Staatsorgane Irans die Unterdrückung der Gemeinschaft der Baha'i durch Massenverhaftungen, Eilverfahren vor Gericht und falsche Vorwürfe der Spionage und der Zusammenarbeit mit ausländischen Einrichtungen kontinuierlich intensiviert haben;

C. in der Erwägung, dass 2024 etwa 1 200 Baha'i strafrechtlich verfolgt oder inhaftiert wurden, wobei zwei Drittel der Inhaftierten Frauen sind, und dass 16 Frauen in Hamadan und Isfahan zu insgesamt 129 Jahren Haft verurteilt wurden und dort Folter ausgesetzt waren und schwere Verstöße gegen ein ordnungsgemäßes Verfahren festgestellt wurden;

D. in der Erwägung, dass die Staatsorgane Friedhöfe der Baha'i unter anderem in Teheran, Ahwas, Rafsandschan, Kerman und Hamadan geschändet haben;

1. verurteilt aufs Schärfste, dass sich die Verfolgung der Baha'i-Gemeinschaft verschärft und alle religiösen und ethnischen Minderheiten und Frauen systematisch unterdrückt werden; fordert Iran auf, umgehend davon Abstand zu nehmen, diese Personen zu diskriminieren, zu schikanieren, zu inhaftieren, ihr Eigentum zu beschlagnahmen und ihre Grundrechte zu verletzen;

2. fordert Iran nachdrücklich auf, alle Personen, die wegen ihrer Religion oder

Weltanschauung und des Eintretens für die Menschenrechte sowie wegen Blasphemie oder des Vorwurfs der Gefährdung der nationalen Sicherheit inhaftiert sind, umgehend freizulassen und die Schikanierung von und Gewalt gegen Religionsgemeinschaften einzustellen;

3. ist zutiefst besorgt darüber, dass gezielt Frauen aus der Baha'i-Gemeinschaft ins Visier genommen werden und wegen ihres Glaubens und ihres Geschlechts verfolgt werden und dass zwei Drittel der inhaftierten Baha'i Frauen sind;

4. fordert die Staatsorgane Irans auf, die Urteile gegen Fariba Kamalabadi, Roja Sabet, Anissa Fanajan, Leila Adalati, Nahid Behrusi, Mahwasch Sabet und die sechs in Hamadan inhaftierten Frauen aus der Baha'i-Gemeinschaft – Sarrindocht Ahadsadeh, Farideh Ajjubi, Nura Ajjubi, Neda Mohebbi, Dschaleh Resai und Atefeh Sahedi – aufzuheben; fordert, dass Afschin Hejratjan und Farhad Fahandedsch freigelassen werden;

5. verurteilt aufs Schärfste, dass die Zahl der Hinrichtungen in Iran steigt; bekräftigt, dass es die Todesstrafe entschieden ablehnt, und fordert Iran nachdrücklich auf, sie nicht länger als Instrument politischer und religiöser Unterdrückung einzusetzen;

6. verurteilt aufs Schärfste, dass die Friedhöfe der Baha'i geschändet, zerstört und konfisziert werden und dass die Baha'i ihre Bestattungsriten nicht ausüben dürfen;

7. fordert Iran nachdrücklich auf, das geheime Memorandum von 1991 aufzuheben und den Baha'i Zugang zu Bildung, Beschäftigung und grundlegenden Dienstleistungen zu gewähren, ihr Eigentum nicht mehr zu beschlagnahmen, ihnen alle beschlagnahmten Vermögenswerte zurückzugeben und den Opfern Rechtsmittel anzubieten und Entschädigungen zu gewähren;

8. fordert die EU und die Mitgliedstaaten auf, die sich verschlechternde Menschenrechtslage in Iran, insbesondere Verstöße gegen die Religionsfreiheit, in allen Dialogformaten mit Iran zur Sprache zu bringen und Sanktionen gegen iranische Richter, Staatsanwälte und Geheimdienstmitarbeiter zu verhängen, die an der Verfolgung der Baha'i mitwirken;

9. fordert den Rat erneut auf, das Korps der Islamischen Revolutionsgarde als terroristische Organisation einzustufen und die EU-Sanktionen auf all seine Mitglieder und diejenigen auszuweiten, die für Menschenrechtsverletzungen verantwortlich sind;

10. beauftragt seine Präsidentin, diese Entschließung dem Rat, der Kommission, der Hohen Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik und Vizepräsidentin der Kommission und den Regierungen und Parlamenten der Mitgliedstaaten sowie dem Madschles, dem Amt des Präsidenten und dem Büro des Obersten Führers der Islamischen Republik Iran zu übermitteln.

Europäisches Parlament
2024-2029

ANGENOMMENE TEXTE

P10_TA(2025)0304

Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechtslage in Tunesien, insbesondere der Fall von Sonia Dahmani

Entschließung des Europäischen Parlaments vom 27. November 2025 zu der Rechtsstaatlichkeit und der Menschenrechtslage in Tunesien, insbesondere dem Fall von Sonia Dahmani (2025/2988(RSP))

Das Europäische Parlament,

– unter Hinweis auf seine früheren Entschließungen zu Tunesien,

– unter Hinweis auf das Assoziierungsabkommen zwischen der EU und Tunesien,

– unter Hinweis auf die Vereinbarung zwischen der EU und Tunesien,

– gestützt auf Artikel 150 Absatz 5 und Artikel 136 Absatz 4 seiner Geschäftsordnung,

A. in der Erwägung, dass die Rechtsanwältin und Journalistin Sonia Dahmani im Mai 2024 im Büro der tunesischen Anwaltskammer festgenommen wurde, nachdem sie im Fernsehsender Carthage+ zu sehen gewesen war; in der Erwägung, dass sie seit ihrer Festnahme fünf voneinander unabhängige Gerichtsverfahren durchlaufen hat und dreimal verurteilt wurde; in der Erwägung, dass weitere Gerichtsverfahren in Vorbereitung sind und die Gesamthaftdauer bis zu 24 Jahre betragen könnte;

B. in der Erwägung, dass Sonia Dahmani unmenschlichen und erniedrigenden Haftbedingungen ausgesetzt ist und keinerlei Zugang zu medizinischer Versorgung hat;

C. in der Erwägung, dass ihre Schwester Ramla Dahmani im Juli 2025 in Abwesenheit verurteilt wurde, weil sie Falschinformationen verbreitet haben soll;

1. missbilligt die willkürliche Inhaftierung, gerichtliche Schikanierung und Verurteilung der Rechtsanwältin und Medienkommentatorin Sonia Dahmani;

2. fordert, dass Sonia Dahmani und alle Gefangenen, die aufgrund der Wahrnehmung ihres Rechts auf freie Meinungsäußerung festgesetzt wurden, darunter auch politische Gefangene und Menschenrechtsverteidiger, umgehend und bedingungslos freigelassen werden; fordert die staatlichen Stellen Tunesiens auf, alle Anklagepunkte gegen Sonia Dahmani und ihre Schwester fallenzulassen und ihre Familie nicht weiter zu schikanieren;

3. prangert die Haftbedingungen von Sonia Dahmani an, die unter anderem durch unangemessene medizinische Versorgung, eingeschränkte Möglichkeiten, mit ihren Angehörigen und ihrem Rechtsbeistand Kontakt aufzunehmen, sowie verzögerte Anhörungen gekennzeichnet sind, und missbilligt zudem, dass durch den Rückgriff auf mehrere Rechtssachen versucht wird, ihre Haftdauer zu verlängern;

4. fordert die staatlichen Stellen Tunesiens eindringlich auf, die Versammlungs- und die Meinungsfreiheit zu schützen, die Unabhängigkeit der Justiz zu gewährleisten, eine Einmischung der Exekutive in Justizverfahren zu verhindern und die in der tunesischen Verfassung verankerten Rechte und Freiheiten zu wahren; missbilligt, dass es immer mehr Fälle von willkürlichen Festnahmen, politisch motivierter Strafverfolgung und Einschränkungen der Freiheiten gibt;

5. fordert, dass das Gesetzesdekret Nr. 54, das Strafverfolgungsmaßnahmen aufgrund von Meinungsäußerungen zugrunde liegt, und alle missbräuchlichen Rechtsvorschriften, die zur Einschränkung der Freiheiten herangezogen werden, vollständig aufgehoben werden;

6. fordert die Organe der EU auf, ihre tiefe Besorgnis über die Verschlechterung der Menschenrechtslage in Tunesien zum Ausdruck zu bringen und in Absprache auf diplomatischer Ebene tätig zu werden, um auf die Freilassung politischer Gefangener hinzuwirken;

7. fordert die staatlichen Stellen Tunesiens auf, ihren Verpflichtungen gemäß den internationalen Menschenrechtsnormen und dem Assoziierungsabkommen EU-Tunesien nachzukommen; nimmt zur Kenntnis, dass unlängst ein Treffen des Assoziationsrates EU-Tunesien verschoben wurde, und fordert die Kommission auf, die Menschenrechtslage in den Mittelpunkt jedes politischen Dialogs, jeder Finanzhilfe, jeder Sicherheitszusammenarbeit und aller Abkommen mit Tunesien zu rücken;

8. bekundet der Zivilgesellschaft, den Menschenrechtsverteidigern, den unabhängigen Medien und Journalisten und den Anwaltsverbänden in Tunesien seine unverbrüchliche Solidarität; fordert die Kommission auf, auf die Entscheidung der tunesischen Regierung, die Bankkonten von Organisationen der Zivilgesellschaft zu sperren, zu reagieren; hebt die wichtige Funktion von Juristen beim Schutz der Rechtsstaatlichkeit und der Integrität des Justizsystems hervor;

9. fordert Tunesien auf, sich den zahlreichen Herausforderungen in der Region zu stellen und sich dabei für die Menschenrechte und die Demokratie einzusetzen;

10. beauftragt seine Präsidentin, diese Entschließung dem Rat, der Kommission, der Hohen Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik und Vizepräsidentin der Kommission, den Regierungen und Parlamenten der Mitgliedstaaten sowie den staatlichen Stellen Tunesiens zu übermitteln.

Europäisches Parlament
2024-2029

ANGENOMMENE TEXTE

P10_TA(2025)0307

Umsetzung des Handels- und Kooperationsabkommens zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich

Entschließung des Europäischen Parlaments vom 27. November 2025 zu der Umsetzung des Abkommens über Handel und Zusammenarbeit zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich (2024/2108(INI))

Das Europäische Parlament,

– unter Hinweis auf den Vertrag über die Europäische Union und den Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV),

– unter Hinweis auf das Abkommen über Handel und Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Union und der Europäischen Atomgemeinschaft einerseits und dem Vereinigten Königreich Großbritannien und Nordirland andererseits[1],

– unter Hinweis auf das Abkommen über den Austritt des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland aus der Europäischen Union und der Europäischen Atomgemeinschaft[2] (im Folgenden „Austrittsabkommen“),

– unter Hinweis auf den Windsor-Rahmen[3], in dem die Bestimmungen des Unionsrechts aufgeführt sind, die für das Vereinigte Königreich und im Vereinigten Königreich in Bezug auf Nordirland gelten,

– unter Hinweis auf die gemeinsame Erklärung, die Sicherheits- und Verteidigungspartnerschaft und die gemeinsame Vereinbarung über eine erneuerte Agenda für die Zusammenarbeit zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich vom 19. Mai 2025,

– unter Hinweis auf das Karfreitagsabkommen von 1998 und die nachfolgenden Durchführungsvereinbarungen,

---

1 ABl. L 149 vom 30.4.2021, S. 10, ELI: http://data.europa.eu/eli/agree_internation/2021/689(1)/oj.

2 ABl. L 29 vom 31.1.2020, S. 7, ELI: http://data.europa.eu/eli/treaty/withd_2020/sign.

3 Siehe gemeinsame Erklärung Nr. 1/2023 der Union und des Vereinigten Königreichs im mit dem Abkommen über den Austritt des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland aus der Europäischen Union und der Europäischen Atomgemeinschaft eingesetzten Gemeinsamen Ausschuss vom 24. März 2023 (ABl. L 102 vom 17.4.2023, S. 87).

– unter Hinweis auf den Bericht der Kommission vom 21. März 2024 über die Durchführung und die Anwendung des Abkommens über Handel und Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Union und dem Vereinigten Königreich Großbritannien und Nordirland, Januar – 31. Dezember 2023 (COM(2024)0127),

– unter Hinweis auf den Bericht der Kommission vom 4. April 2025 über die Durchführung und die Anwendung des Abkommens über Handel und Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Union und dem Vereinigten Königreich Großbritannien und Nordirland, Januar – 31. Dezember 2024 (COM(2025)0149),

– unter Hinweis auf seine Entschließungen vom 2. April 2025 zu der Umsetzung der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik – Jahresbericht 2024[4] und zur Umsetzung der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik –Jahresbericht 2024[5],

– unter Hinweis auf die Verordnung (EU) 2021/1755 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 6. Oktober 2021 zur Einrichtung der Reserve für die Anpassung an den Brexit[6],

– unter Hinweis auf die Verordnung (EU, Euratom) 2024/2509 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. September 2024 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union[7],

– unter Hinweis auf die Verordnung (EU) 2023/657 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. März 2023 zur Festlegung von Vorschriften für die Ausübung der Rechte der Union bei der Durchführung und Durchsetzung des Abkommens über den Austritt des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland aus der Europäischen Union und der Europäischen Atomgemeinschaft und des Abkommens über Handel und Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Union und der Europäischen Atomgemeinschaft einerseits und dem Vereinigten Königreich Großbritannien und Nordirland andererseits[8],

– unter Hinweis auf seine Entschließung vom 23. November 2023 zur Umsetzung des Handels- und Kooperationsabkommens zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich[9],

– unter Hinweis auf die Sitzungen und Standpunkte der Parlamentarischen Partnerschaftsversammlung EU-Vereinigtes Königreich,

– unter Hinweis auf das Gemeinsame Weißbuch zur europäischen Verteidigung – Bereitschaft 2030 vom 19. März 2025 (JOIN(2025)0120),

– unter Hinweis auf seine Entschließung vom 12. März 2025 zum Weißbuch zur Zukunft der europäischen Verteidigung[10],

---

4 ABl. C, C/2025/4388, 9.9.2025, ELI: http://data.europa.eu/eli/C/2025/4388/oj.
5 ABl. C, C/2025/4389, 9.9.2025, ELI: http://data.europa.eu/eli/C/2025/4389/oj.
6 ABl. L 357 vom 8.10.2021, S. 1, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2021/1755/oj.
7 ABl. L, 2024/2509, 26.9.2024, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2024/2509/oj.
8 ABl. L 83 vom 22.3.2023, S. 1, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2023/657/oj.
9 ABl. C, C/2024/4222, 24.7.2024, ELI: http://data.europa.eu/eli/C/2024/4222/oj.
10 ABl. C, C/2025/3151, 20.6.2025, ELI: http://data.europa.eu/eli/C/2025/3151/oj.

– unter Hinweis auf den Bericht von Sauli Niinistö vom 30. Oktober 2024 mit dem Titel „Safer Together – Strengthening Europe's Civilian and Military Preparedness and Readiness“ (Gemeinsam für mehr Sicherheit: Stärkung der zivilen und militärischen Vorsorge und Bereitschaft Europas),

– unter Hinweis auf den Vorschlag der Kommission vom 19. März 2025 für eine Verordnung des Rates zur Festlegung des Instruments „Sicherheitsmaßnahmen für Europa“ (SAFE) durch die Stärkung der europäischen Verteidigungsindustrie (COM(2025)0122),

– unter Hinweis auf die Vereinbarung vom 27. Juni 2023 zur Festlegung eines Rahmens für die Zusammenarbeit zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich in Regulierungsfragen im Finanzdienstleistungsbereich und die anschließende Einrichtung eines Gemeinsamen Forums der EU und des Vereinigten Königreichs für Finanzregulierung,

– unter Hinweis auf die Europäische Menschenrechtskonvention,

– unter Hinweis auf das Römische Statut des Internationalen Strafgerichtshofs (IStGH),

– unter Hinweis auf die Europäische Sozialcharta,

– unter Hinweis auf die Übereinkommen und Protokolle der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO), insbesondere die grundlegenden Instrumente der IAO,

– unter Hinweis auf das Seerechtsübereinkommen der Vereinten Nationen vom 10. Dezember 1982 (sogenanntes Übereinkommen von Montego Bay),

– unter Hinweis auf den Spruch des Schiedsgerichts vom 28. April 2025 in einem Schiedsverfahren gemäß Artikel 739 des Handels- und Kooperationsabkommens zwischen der Europäischen Union und dem Vereinigten Königreich Großbritannien und Nordirland über die Entscheidung des Vereinigten Königreichs, die Fischerei auf Sandaale zu verbieten[11],

– unter Hinweis auf den Beschluss Nr. 1/2023 des gemäß Artikel 8 Absatz 1 Buchstabe p des Abkommens über Handel und Zusammenarbeit zwischen der EU und der Europäischen Atomgemeinschaft einerseits und dem Vereinigten Königreich Großbritannien und Nordirland andererseits eingesetzten Sonderausschusses für die Koordinierung der sozialen Sicherheit vom 10. März 2023 über die Nutzung des elektronischen Austauschs von Sozialversicherungsdaten für die Übermittlung von Daten zwischen Trägern oder Verbindungsstellen[12],

– unter Hinweis auf den Beschluss Nr. 2/2023 des gemäß Artikel 8 Absatz 1 Buchstabe p des Abkommens über Handel und Zusammenarbeit zwischen der EU und der Europäischen Atomgemeinschaft einerseits und dem Vereinigten Königreich Großbritannien und Nordirland andererseits eingesetzten Sonderausschusses für die Koordinierung der sozialen Sicherheit vom 28. Juni 2023 zur Benennung des Finanzinstituts, dessen Referenzzinssatz für die Festlegung des Verzugszinssatzes und dessen Referenzkurs für die Festlegung des Wechselkurses für Währungsumrechnungen

11 Ständiger Schiedshof, Schiedssache Nr. 2024-45, https://pca-cpa.org/en/cases/334.
12 ABl. L 91 vom 29.3.2023, S. 89, ELI: http://data.europa.eu/eli/dec/2023/698/oj.

herangezogen werden, und im Hinblick auf die Bestimmung des Bezugszeitpunkts für die Festlegung der Wechselkurse[13],

– gestützt auf Artikel 55 seiner Geschäftsordnung sowie auf Artikel 1 Absatz 1 Buchstabe f und Anlage 3 des Beschlusses der Konferenz der Präsidenten vom 11. Dezember 2024 über das Verfahren für die Genehmigung zur Ausarbeitung von Initiativberichten,

– unter Hinweis auf die Stellungnahmen des Haushaltsausschusses, des Ausschusses für Wirtschaft und Währung, des Ausschusses für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten, des Ausschusses für Umwelt, Klima und Lebensmittelsicherheit, des Ausschusses für Industrie, Forschung und Energie, des Ausschusses für Binnenmarkt und Verbraucherschutz, des Ausschusses für Verkehr und Tourismus, des Fischereiausschusses, des Ausschusses für Kultur und Bildung und des Ausschusses für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres,

– unter Hinweis auf den Bericht des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten und des Ausschusses für internationalen Handel (A10-0226/2025),

A. in der Erwägung, dass die EU und das Vereinigte Königreich aufgrund ihrer Zugehörigkeit zum selben Kontinent, ihrer geografischen Nähe sowie ihrer gemeinsamen Werte und strategischen Interessen vor vergleichbaren Herausforderungen stehen, etwa dem Klimawandel, einem komplexen und volatilen globalen Sicherheitsumfeld sowie einer sich wandelnden Weltordnung, die durch einen Krieg in Europa und den rasanten Verfall der regelbasierten internationalen Ordnung gekennzeichnet ist, was die Gesellschaften, Volkswirtschaften und Sicherheitsstrukturen Europas zunehmend belastet; in der Erwägung, dass angesichts dieser Umstände die Zusammenarbeit der beiden Partner in den Bereichen Außenpolitik und Verteidigung gestärkt werden muss; in der Erwägung, dass die derzeitige geopolitische Lage und die globalen Herausforderungen zeigen, dass für die Sicherheit, die Stabilität und den Wohlstand ganz Europas eine engere Zusammenarbeit zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich erforderlich ist; in der Erwägung, dass eine engere Zusammenarbeit zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich auf der Grundlage der Vorhersehbarkeit und Struktur des Handels- und Kooperationsabkommens wichtiger denn je ist, um gegenseitige Interessen zu wahren und die Widerstandsfähigkeit zu stärken;

B. in der Erwägung, dass die EU und das Vereinigte Königreich jüngst erneut ihre politische Entschlossenheit bekundet haben, weiterhin starke Partner zu sein, wenn es darum geht, globale Herausforderungen und Sicherheitsbedrohungen – darunter die von Russland ausgehende Gefahr für die Sicherheit ganz Europas und die regelbasierte internationale Ordnung – zu bewältigen; in der Erwägung, dass der britische Premierminister Starmer im März 2025 den Aufbau einer „Koalition der Willigen" angekündigt hat, um die koordinierte Unterstützung der Ukraine bei der Verteidigung gegen die Aggression Russlands so lange wie nötig zu verstärken;

C. in der Erwägung, dass die offenen und miteinander verflochtenen Gesellschaften und Volkswirtschaften des Vereinigten Königreichs und der EU zunehmend dreisten hybriden Kampagnen ausgesetzt sind, zu denen unter anderem Cyberangriffe,

---

13 ABl. L 179 vom 14.7.2023, S. 147, ELI: http://data.europa.eu/eli/dec/2023/1460/oj.

ausländische Informationsmanipulation und Einmischung, Sabotage sowie die Instrumentalisierung von Migration gehören;

D. in der Erwägung, dass beide Seiten auf dem Gipfeltreffen zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich am 19. Mai 2025 erneut ihre politische Entschlossenheit bekräftigt haben, bei der Bewältigung der gemeinsamen globalen Herausforderungen, mit denen Europa konfrontiert ist, als enge und verlässliche Partner zusammenzuarbeiten; in der Erwägung, dass dies durch die Einrichtung einer Sicherheits- und Verteidigungspartnerschaft sowie durch ihre kontinuierliche und geeinte Unterstützung für die Ukraine bei der Verteidigung gegen die Aggression Russlands und der Wiederherstellung eines umfassenden, gerechten und dauerhaften Friedens, auch durch verstärkte Sicherheitszusagen, besonders deutlich unter Beweis gestellt wurde;

E. in der Erwägung, dass Multilateralismus, die Verteidigung der regelbasierten internationalen Ordnung, Frieden, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechte, Marktwirtschaft, nachhaltige Entwicklung und Freihandel sowohl für die EU als auch für das Vereinigte Königreich Grundprinzipien sind; in der Erwägung, dass das Handels- und Kooperationsabkommen einen Rahmen bietet, der im Laufe der Zeit verstärkt werden könnte, um gemeinsame strategische und wirtschaftliche Ziele zu erreichen; in der Erwägung, dass das Handels- und Kooperationsabkommen die notwendige Rechtssicherheit bietet, um den Handel und eine reibungslose Zusammenarbeit zu fördern;

F. in der Erwägung, dass die im Rahmen des Handels- und Kooperationsabkommens geschaffenen Governance-Strukturen, einschließlich des Partnerschaftsrates und anderer gemeinsamer Gremien, wirksam funktioniert haben, wobei im Jahr 2024 mehr als 35 Sitzungen abgehalten wurden, um die Durchführung des Abkommens zu überwachen;

G. in der Erwägung, dass das Handels- und Kooperationsabkommen Bereiche wie Handel, Energie, Fischerei, Verkehr, justizielle Zusammenarbeit und Strafverfolgung sowie die Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit abdeckt, einen diversifizierten und umfassenden Rahmen bietet und für einen fairen Wettbewerb sowie gleiche Wettbewerbsbedingungen in diesen Bereichen sorgt; in der Erwägung, dass beide Vertragsparteien auf dem Gipfeltreffen zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich ihr erneutes Engagement für die Zusammenarbeit im Energiebereich bekräftigt und die Absicht geäußert haben, einen erneuten Beitritt des Vereinigten Königreichs in den EU-Elektrizitätsbinnenmarkt zu prüfen, um die Kosten für saubere Energie zu senken und die Wettbewerbsfähigkeit zu verbessern;

H. in der Erwägung, dass die Durchführung des Handels- und Kooperationsabkommens wertvolle Impulse für die Förderung von Ausbildung, Kompetenzentwicklung und Investitionen in immaterielle Vermögenswerte wie Humankapital geben kann, und zwar sowohl innerhalb als auch außerhalb der EU; in der Erwägung, dass der Wissensaustausch und die Zusammenarbeit gefördert werden müssen, um die Kompetenzen des Einzelnen zu verbessern und dadurch zu stärker wettbewerbsfähigen, zukunftsfähigen und inklusiven Arbeitskräften weltweit beizutragen;

I. in der Erwägung, dass das Handels- und Kooperationsabkommen das erste von der EU unterzeichnete Handelsabkommen ist, in das das Übereinkommen von Paris als

wesentliche Klausel aufgenommen wurde; in der Erwägung, dass die Teilnahme sowohl des Vereinigten Königreichs als auch der EU-Mitgliedstaaten in der Europäischen Menschenrechtskonvention eine zentrale Bestimmung des Abkommens ist; in der Erwägung, dass in dem Handels- und Kooperationsabkommen die Bereiche Finanzdienstleistungen, Migration, Erasmus+ sowie Außenpolitik und Verteidigung nicht behandelt werden; in der Erwägung, dass beim Gipfeltreffen zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich vom 19. Mai 2025 entscheidende Schritte zur Schließung dieser Lücken vereinbart wurden;

J. in der Erwägung, dass beide Vertragsparteien nach dem Handels- und Kooperationsabkommen verpflichtet sind, die Grundrechte und Rechtsgrundsätze zu achten, wie sie insbesondere in der Europäischen Menschenrechtskonvention zum Ausdruck kommen; in der Erwägung, dass die Urteile des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte ein wesentlicher Bestandteil der Menschenrechtsarchitektur in Europa sind; in der Erwägung, dass Irland im Januar 2024 beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte eine Staatenbeschwerde gegen das Vereinigte Königreich in Bezug auf das Gesetz zum Nordirlandkonflikt (Vermächtnis und Versöhnung) von 2023 eingereicht hat;

K. in der Erwägung, dass das Handels- und Kooperationsabkommen keinen Rahmen für die Zusammenarbeit in der Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik vorsieht; in der Erwägung, dass sowohl die EU als auch das Vereinigte Königreich die Bedeutung und den Mehrwert einer strukturierten Zusammenarbeit in diesen Bereichen seither ausdrücklich anerkannt haben, insbesondere angesichts des derzeitigen geopolitischen Kontexts; in der Erwägung, dass das Gipfeltreffen vom 19. Mai 2025 zur Unterzeichnung einer Sicherheits- und Verteidigungspartnerschaft geführt hat, was einen wichtigen Schritt zur Formalisierung einer solchen Zusammenarbeit darstellt; in der Erwägung, dass eine vertiefte Zusammenarbeit in diesen Bereichen dazu beitragen würde, die Sicherheit, die Widerstandsfähigkeit und den gemeinsamen Wohlstand in Europa zu stärken, wobei sich die Vorteile auch über die Grenzen Europas hinaus bemerkbar machen würden;

L. in der Erwägung, dass die EU-Mitgliedstaaten unterschiedliche militärische und sicherheitspolitische Strategien verfolgen, darunter auch eine Neutralitätspolitik; in der Erwägung, dass solche Strategien respektiert werden sollten;

M. in der Erwägung, dass das Vereinigte Königreich und Frankreich die einzigen europäischen Länder sind, die über Atomwaffen verfügen; in der Erwägung. dass die nukleare Abschreckung von entscheidender Bedeutung für den Schutz Europas als Kontinent ist; in der Erwägung, dass das Parlament seine uneingeschränkte Unterstützung für das Bekenntnis der EU und ihrer Mitgliedstaaten zum Atomwaffensperrvertrag bekräftigt, der einen Eckpfeiler des Systems der Nichtverbreitung von Kernwaffen und der nuklearen Abrüstung bildet; in der Erwägung, dass das Parlament darauf beharrt, dass sichergestellt wird, dass die EU eine bedeutende und konstruktive Rolle bei der Entwicklung und Stärkung der globalen, auf Regeln basierenden Bemühungen um Nichtverbreitung und der Architektur für Rüstungskontrolle und Abrüstung spielen muss;

N. in der Erwägung, dass das Austrittsabkommen und das Handels- und Kooperationsabkommen den Rahmen für die Beziehungen des Vereinigten Königreichs zur EU darstellen; in der Erwägung, dass beide Abkommen von der EU und dem

Vereinigten Königreich ratifiziert wurden und rechtsverbindliche Verträge nach dem Völkerrecht sind; in der Erwägung, dass die Beziehungen zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich auf der uneingeschränkten Achtung und wirksamen Umsetzung dieser internationalen Zusagen beruhen müssen;

O. in der Erwägung, dass das Parlament weiterhin der Lage der im Vereinigten Königreich lebenden EU-Bürgerinnen und -Bürger sowie der in der EU lebenden britischen Staatsbürgerinnen und -bürger besondere Aufmerksamkeit widmet; in der Erwägung, dass die unabhängige Überwachungsbehörde des Vereinigten Königreichs für die Abkommen über die Rechte der Bürger zwischen dem 1. Januar und dem 30. Juni 2023 79 Beschwerden von Bürgerinnen und Bürgern aus der EU und dem Europäischen Wirtschaftsraum erhalten hat[14]; in der Erwägung, dass die meisten Beschwerden das Aufenthaltsrecht zum Gegenstand hatten, insbesondere die langen Wartezeiten für Anträge im Rahmen des Verfahrens für EU-Bürger zur Beantragung eines Rechts auf Aufenthalt im Vereinigten Königreich („EU Settlement Scheme“), vergleichbar lange Wartezeiten für Anträge auf Aufenthaltstitel für Familienangehörige und langwierige Verwaltungsüberprüfungen im Zusammenhang mit dem „EU Settlement Scheme“, gefolgt von Fragen der Gleichbehandlung; in der Erwägung, dass die unabhängige Überwachungsbehörde im Dezember 2024 eine Ablehnungsquote von 21 % in Bezug auf in Nordirland gestellte Anträge im Rahmen des „EU Settlement Scheme“ gemeldet hat, was der höchsten Ablehnungsquote im Vereinigten Königreich entspricht[15];

P. in der Erwägung, dass die EU eine besondere Verantwortung dafür trägt, sicherzustellen, dass sowohl das Karfreitagsabkommen als auch der Frieden in Nordirland gewahrt bleiben; in der Erwägung, dass die Durchführung des Handels- und Kooperationsabkommens unmittelbar mit der vollständigen Umsetzung des Austrittsabkommens verbunden ist; in der Erwägung, dass sich dessen vollständige Umsetzung verzögert hat, da die EU und das Vereinigte Königreich nach gemeinsamen Lösungen für die praktischen Herausforderungen suchten, die sich aus der Umsetzung des Protokolls zu Irland/Nordirland infolge des Brexit ergaben;

Q. in der Erwägung, dass mit dem 2023 geschlossenen Windsor-Rahmen einige der praktischen Herausforderungen, die in den ersten Jahren der Umsetzung des Protokolls zu Irland/Nordirland aufgetreten sind, überwunden werden und mehr Rechtssicherheit geschaffen wird, wodurch der Weg für die vollständige Umsetzung des Austrittsabkommens und des Handels- und Kooperationsabkommens in Nordirland geebnet wird; in der Erwägung, dass der Windsor-Rahmen zahlreiche Bereiche abdeckt, darunter demokratische Regierungsführung, Rechte, Garantien und Chancengleichheit, Handel, das Zollwesen, die Agrar- und Lebensmittelbranche, Arzneimittel, staatliche Beihilfen, Mehrwertsteuer und Verbrauchsteuern; in der Erwägung, dass das Karfreitagsabkommen seit über 25 Jahren die Grundlage für Frieden und Stabilität auf der Insel Irland bildet; in der Erwägung, dass der im Protokoll und im Windsor-Rahmen anerkannte Sonderstatus Nordirlands bei künftigen Verhandlungen zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich uneingeschränkt zu achten ist, damit diese Errungenschaft durch keine Vereinbarung aufs Spiel gesetzt wird; in der Erwägung, dass sich die derzeitige Regierung des Vereinigten Königreichs verpflichtet hat, das von der Vorgängerregierung verabschiedete Gesetz über den Nordirlandkonflikt aufzuheben

---

14 Unabhängige Überwachungsbehörde: „Complaints to the IMA: 1 January 2023 – 30 June 2023“.

15 Unabhängige Überwachungsbehörde: „IMA focus on citizens’ rights in Northern Ireland“.

und zu ersetzen; in der Erwägung, dass die derzeitigen weltweiten Handelsturbulenzen besondere Auswirkungen auf Nordirland haben, da die Region infolge des Brexit eine Sonderstellung einnimmt, und dass sowohl das Vereinigte Königreich als auch die EU dieser Sonderstellung bei der Formulierung ihrer Handelspolitik Rechnung tragen müssen;

R. in der Erwägung, dass mit dem Abschluss des Windsor-Rahmens und der Zusage des Premierministers des Vereinigten Königreichs vom Juli 2024, die Beziehungen des Vereinigten Königreichs zur EU wiederherzustellen, ein ambitioniertes neues Kapitel in den Beziehungen zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich aufgeschlagen wurde;

S. in der Erwägung, dass das Gipfeltreffen zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich vom 19. Mai 2025 für beide Vertragsparteien positive Ergebnisse hervorgebracht und erneut deutlich gemacht hat, dass beide Parteien politisch gewillt sind, die Partnerschaft unter anderem im Rahmen einer strategischen Partnerschaft zu vertiefen; in der Erwägung, dass im Rahmen des Gipfeltreffens Fortschritte in zahlreichen Themenbereichen erzielt wurden, darunter im Hinblick auf gesundheitspolizeiliche und pflanzenschutzrechtliche Maßnahmen, die Mobilität junger Menschen sowie die Zusammenarbeit im Energiebereich;

T. in der Erwägung, dass das Gipfeltreffen zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich den Grundstein für eine strukturiertere und stärker zukunftsorientierte bilaterale Agenda gelegt hat; in der Erwägung, dass dieses Gipfeltreffen als Auftakt eines regelmäßigen und strukturierten politischen Dialogs verstanden werden sollte, wobei weitere Treffen zu Bereichen wie Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik, Mobilität, Energie, Klima, Forschung und innere Sicherheit vorgesehen sind; in der Erwägung, dass die Kommission bestätigt hat, dass die im Vorfeld des Gipfeltreffens geführten Sondierungsgespräche Teil eines umfassenderen laufenden Prozesses sind, mit dem eine Vertiefung der Zusammenarbeit in zahlreichen Bereichen angestrebt wird;

U. in der Erwägung, dass die auf dem Gipfeltreffen zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich getroffenen Zusagen über politische Erklärungen hinausgehen sollten und von konkreten und rechtsverbindlichen Vereinbarungen und Ergebnissen sowohl für die EU als auch für das Vereinigte Königreich innerhalb eines angemessenen Zeitrahmens, insbesondere für ihre Bürgerinnen und Bürger sowie ihre Unternehmen, flankiert werden sollten;

V. in der Erwägung, dass sich die EU und das Vereinigte Königreich auf die sich wandelnde Dynamik der transatlantischen Sicherheit anpassen und ihre eigenen Kapazitäten gemeinsam mit anderen gleichgesinnten Partnern verstärken müssen, um diese Entwicklungen anzugehen;

W. in der Erwägung, dass nach dem Handels- und Kooperationsabkommen die Achtung der Demokratie, das Rechtsstaatlichkeitsprinzip und der Schutz der Grundrechte und -freiheiten des Einzelnen vorgeschrieben sind, einschließlich der in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte und in der Europäischen Menschenrechtskonvention festgelegten Rechte und Freiheiten; in der Erwägung, dass diese Rechte als Leitprinzipien für die Arbeit der internen Beratungsgruppen dienen, auch in Bezug auf die Kapitel über das Handels- und Kooperationsabkommen; in der Erwägung, dass der internen Beratungsgruppe der EU eine wichtige Rolle bei der Überwachung der

Umsetzung des Handels- und Kooperationsabkommens zukommt; in der Erwägung, dass das gemäß Artikel 14 des Handels- und Kooperationsabkommens eingerichtete Forum der Zivilgesellschaft Organisationen der Zivilgesellschaft, Unternehmen aus der EU, Gewerkschaften und anderen Arbeitnehmerorganisationen als wichtige Plattform dient, um ihre Ansichten zur Umsetzung des Handels- und Kooperationsabkommens darzulegen, und eine wesentliche Rolle bei der Unterstützung des Dialogs der Kommission mit dem Vereinigten Königreich spielt;

X. in der Erwägung, dass die EU und das Vereinigte Königreich am 19. Mai 2025 eine politische Vereinbarung angenommen haben, die einen uneingeschränkten gegenseitigen Zugang zu Gewässern für den Fischfang bis zum 30. Juni 2038 ermöglicht[16];

Y. in der Erwägung, dass die EU nach wie vor die wichtigste Handelspartnerin des Vereinigten Königreichs ist; in der Erwägung, dass es allen Interessenträgern und Vertragsparteien zugutekommt, wenn der Transparenz und Stabilität im internationalen Handel und bei internationalen Investitionen ein hoher Stellenwert beigemessen wird; in der Erwägung, dass ein berechenbares Wirtschaftsumfeld von zentraler Bedeutung ist, um den Handel zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich sowie gegenseitige Investitionen zu fördern und somit Wachstum und Beschäftigung zu generieren;

Z. in der Erwägung, dass das Handels- und Kooperationsabkommen zwar keine Zölle und Kontingente vorsieht, jedoch auch keine nichttarifären Handelshemmnisse beseitigt; in der Erwägung, dass Unternehmen, insbesondere kleine und mittlere Unternehmen (KMU), sich infolge des Brexit vermehrten Zollanmeldungen, Konformitätsprüfungen und behördlichen Vorgaben gegenübersehen, was zu höheren Betriebskosten und erheblichen Verzögerungen an Grenzübergängen führt; in der Erwägung, dass eine unzureichende Infrastruktur und der Mangel an geschulten Zollbeamten das System zusätzlich belastet haben, was den fristgerechten Warenverkehr beeinträchtigt hat;

AA. in der Erwägung, dass eine einfache, effiziente und erschwingliche Straßen-, Schienen-, See- und Luftverkehrsanbindung zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich von entscheidender Bedeutung ist, um ein hohes Maß an Mobilität für viele Bürgerinnen und Bürger der Mitgliedstaaten, die im Vereinigten Königreich leben und arbeiten, sowie für britische Staatsbürger, die zu touristischen Zwecken in die EU reisen, sicherzustellen;

AB. in der Erwägung, dass es sich der allgemeinen Bewertung der Kommission zufolge beim Handels- und Kooperationsabkommen um ein modernes und umfassendes Abkommen handelt, in dem die Interessen der EU in den Bereichen Handel und Kooperation Niederschlag finden und gleichzeitig die roten Linien gewahrt bleiben, die von den Organen der Union und den Mitgliedstaaten im Zuge des Austrittsverfahrens des Vereinigten Königreichs festgelegt wurden; in der Erwägung, dass die Kommission in ihren jährlichen Durchführungsberichten für die Jahre 2021 bis 2024 festgestellt hat, dass die im Handels- und Kooperationsabkommen festgelegten Handelsregelungen für Waren und Dienstleistungen trotz einiger Probleme bei der Umsetzung im Allgemeinen

---

16 Erklärung der Kommission: „A renewed agenda for European Union – United Kingdom cooperation Common Understanding“ (Eine erneuerte Agenda für die Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Union und dem Vereinigten Königreich), 19. Mai 2025, https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/statement_25_1267.

gut funktioniert haben;

AC. in der Erwägung, dass gemäß dem Handels- und Kooperationsabkommen Dienstleister oder Investoren aus der EU im Vereinigten Königreich nicht schlechter behandelt werden dürfen als britische Wirtschaftsakteure und umgekehrt; in der Erwägung, dass das Diskriminierungsverbot für eine Vielzahl wirtschaftlicher Tätigkeiten gilt, darunter die Erbringung von Dienstleistungen, die Gründung von Unternehmen und der Schutz von Rechten des geistigen Eigentums;

AD. in der Erwägung, dass das Vereinigte Königreich sein Sponsoring-System für Arbeitsvisa auf Dienstleister aus der EU anwendet und daher ein britischer Arbeitgeber, der einen Arbeitnehmer aus der EU beschäftigen möchte, vom Innenministerium des Vereinigten Königreichs zunächst eine Lizenz einholen und dann dem Arbeitnehmer aus der EU ein Sponsoring-Zertifikat ausstellen und eine Gebühr entrichten muss, damit dieser Arbeitnehmer ein Visum beantragen kann (wobei auch für den Arbeitnehmer zusätzliche Gebühren anfallen); in der Erwägung, dass diese Beschränkungen auch zwischengeschaltete und kulturelle Organisationen wie Stiftungen und öffentliche Einrichtungen betreffen, die Dienste im Interesse der Allgemeinheit erbringen, und dass in dieser Hinsicht mehr erleichternde Maßnahmen erforderlich sind; in der Erwägung, dass dies zusätzliche Belastungen mit sich bringt, wodurch Akteure aus dem Vereinigten Königreich begünstigt werden könnten;

AE. in der Erwägung, dass Bieter aus der EU gleichberechtigten Zugang zu den Märkten für die öffentliche Auftragsvergabe im Vereinigten Königreich genießen und umgekehrt; in der Erwägung, dass beide Vertragsparteien sicherstellen müssen, dass das Vergabeverfahren gerecht, transparent und wettbewerbsoffen ist; in der Erwägung, dass sich das Vereinigte Königreich und die EU auch darauf geeinigt haben, ihre bestehenden Verpflichtungen im Bereich der Auftragsvergabe gemäß dem Übereinkommen der Welthandelsorganisation (WTO) über das öffentliche Beschaffungswesen beizubehalten, wodurch ihre Märkte für öffentliche Aufträge für Unternehmen aus anderen Ländern weiter geöffnet werden;

AF. in der Erwägung, dass das Handels- und Kooperationsabkommen das einzige von der EU geschlossene Freihandelsabkommen ist, in dem für alle Waren, die den geeigneten Ursprungsregeln entsprechen, Nullzollsätze und Nullkontingente vorgesehen sind; in der Erwägung, dass den Handelsstatistiken für den Zeitraum seit dem Inkrafttreten des Handels- und Kooperationsabkommens zu entnehmen ist, dass der Austritt des Vereinigten Königreichs negative Auswirkungen auf die Handelsströme zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich hatte; in der Erwägung, dass der Warenhandel zwischen dem Vereinigten Königreich und der EU stagniert; in der Erwägung, dass im Jahr 2024 bestätigt wurde, dass der Handel der EU mit Waren und Dienstleistungen mit anderen Handelspartnern in einem vergleichbaren Zeitraum deutlich stärker gewachsen ist als der Handel der EU mit dem Vereinigten Königreich;

AG. in der Erwägung, dass gesundheitspolizeiliche und pflanzenschutzrechtliche Kontrollen und die Wiedereinführung von Zollformalitäten die Ausfuhr verderblicher Waren beeinträchtigt haben, was mehr Abfall und finanzielle Verluste zur Folge hatte und dazu geführt hat, dass Erzeugnisse sowohl zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich als auch zwischen Großbritannien und Nordirland nur eingeschränkt verbracht werden konnten und dort nur eingeschränkt verfügbar waren;

AH. in der Erwägung, dass das Vereinigte Königreich auf dem Gipfeltreffen zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich seinen Standpunkt bekräftigt hat, der Zollunion der EU nicht wieder beizutreten, beide Vertragsparteien jedoch ihre Absicht bekundet haben, die Zollabwicklung zu straffen, um betriebliche Verzögerungen und Kosten zu verringern und auf die Schaffung eines gemeinsamen Raums für gesundheitspolizeiliche und pflanzenschutzrechtliche Maßnahmen hinzuarbeiten;

AI. in der Erwägung, dass das Handels- und Kooperationsabkommen mehrere für den elektronischen Handel relevante Verpflichtungen umfasst, darunter das Verbot von Zöllen auf elektronische Übertragungen; in der Erwägung, dass es für den elektronischen Geschäftsverkehr auch im Hinblick auf neu entstehende Technologien und Mechanismen zur Erleichterung der Datenübertragung von wesentlicher Bedeutung ist, die Zusammenarbeit in Regulierungsfragen zu fördern; in der Erwägung, dass bei der Umsetzung des Handels- und Kooperationsabkommens praktische Herausforderungen aufgetreten sind und die Anzahl der Transaktionen im elektronischen Geschäftsverkehr in jüngster Zeit stark zugenommen hat, wodurch Unternehmen und Verbraucher auf beiden Seiten des Ärmelkanals betroffen sind; in der Erwägung, dass sowohl die EU als auch das Vereinigte Königreich die gemeinsame Initiative der WTO zum elektronischen Geschäftsverkehr unterzeichnet haben;

AJ. in der Erwägung, dass bei der weiteren Umsetzung des Handels- und Kooperationsabkommens das Risiko zusätzlicher aufsichtsrechtlicher Diskrepanzen besonders aufmerksam beobachtet werden sollte; in der Erwägung, dass eine umfassende Zusammenarbeit in Regulierungsfragen zwischen den Vertragsparteien äußerst wichtig ist; in der Erwägung, dass im Verlauf des Jahres 2024 über das Online-Tool der Kommission nur zwei einschlägige Beschwerden der Interessenträger über die Umsetzung des Handels- und Kooperationsabkommens eingegangen sind, was ein positives Zeichen ist; in der Erwägung, dass die Organe der Union in einem regelmäßigen Austausch mit den Interessenträgern stehen, um die praktischen Aspekte der Umsetzung des Handels- und Kooperationsabkommens zu erörtern;

AK. in der Erwägung, dass die Rechtsvorschriften der EU und des Vereinigten Königreichs im Bereich der öffentlichen Gesundheit seit dem Brexit zunehmend voneinander abweichen, was sich auf die Zulassungsverfahren für Arzneimittel, die grenzüberschreitenden Lieferketten und den Zugang zu wichtigen Behandlungen auswirkt; in der Erwägung, dass diese Abweichungen bereits zu Arzneimittelengpässen und gestiegenen Einfuhrkosten beigetragen haben, die sich insbesondere in kleineren Mitgliedstaaten und Regionen bemerkbar machen; in der Erwägung, dass das Handels- und Kooperationsabkommen nur begrenzte Mechanismen für die Zusammenarbeit im Gesundheitsbereich vorsieht, was deutlich macht, dass es einer langfristigen Angleichung der Rechtsvorschriften, eines strukturierten Datenaustauschs und einer gemeinsamen Notfallvorsorge bedarf, damit über beide Rechtsräume hinweg ein gleichberechtigter Zugang zu sicheren und wirksamen Arzneimitteln besteht;

AL. in der Erwägung, dass sich das Vereinigte Königreich und die USA am 8. Mai 2025 auf ein Abkommen über wirtschaftlichen Wohlstand zwischen den USA und dem Vereinigten Königreich geeinigt haben; in der Erwägung, dass solche Abkommen Auswirkungen auf die im Rahmen des Handels- und Kooperationsabkommens zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich geschaffenen gleichen Wettbewerbsbedingungen haben und insbesondere in Bereichen wie Lebensmittelsicherheit, digitale Dienstleistungen und Arbeitsschutz dazu führen

könnten, dass es in Bezug auf die EU-Standards zu weiteren regelungsrechtlichen Abweichungen kommt; in der Erwägung, dass die EU sicherstellen muss, dass durch Abweichungen dieser Art die im Rahmen des Handels- und Kooperationsabkommens festgelegten gleichen Wettbewerbsbedingungen nicht untergraben werden oder die Integrität des EU-Binnenmarkts geschwächt wird; in der Erwägung, dass in diesem Zusammenhang dem geplanten gemeinsamen gesundheitspolizeilichen und pflanzenschutzrechtlichen Raum zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden sollte;

AM. in der Erwägung, dass eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen dem EU-Netz für die Zusammenarbeit im Verbraucherschutz und der britischen Wettbewerbs- und Marktaufsichtsbehörde den Verbrauchern sowohl in der EU als auch im Vereinigten Königreich zugutekäme; in der Erwägung, dass die EU und das Vereinigte Königreich im Einklang mit Artikel 211 Absatz 1 des Handels- und Kooperationsabkommens vereinbart haben, bei verschiedenen Fragen der Regulierung des digitalen Handels zusammenzuarbeiten; in der Erwägung, dass die Zollverwaltungen der EU und des Vereinigten Königreichs insbesondere bei der Umsetzung neuer Verpflichtungen konstruktiv zusammenarbeiten und Informationen rasch austauschen müssen, um die Herausforderungen zu bewältigen, die sich aus dem Bestehen zweier getrennter Zollmärkte ergeben;

AN. in der Erwägung, dass die Unionsgesetzgeber im Hinblick auf das interne Verfahren der EU zur Durchführung des Handels- und Kooperationsabkommens die Verordnung (EU) 2023/657 vom 15. März 2023 zur Festlegung von Vorschriften für die Ausübung der Rechte der Union bei der Durchführung und Durchsetzung des Abkommens über den Austritt und des Handels- und Kooperationsabkommens angenommen haben und somit den erforderlichen Regelungsrahmen vervollständigt haben;

AO. in der Erwägung, dass die EU und das Vereinigte Königreich gemeinsame Ziele in den Bereichen Umwelt- und Klimaschutz sowie Lebensmittelsicherheit verfolgen; in der Erwägung, dass es insbesondere mit Blick auf Nordirland und die Republik Irland zu Handelsunterbrechungen kommen könnte und die Wirksamkeit von Umwelt- und Klimaschutzmaßnahmen beeinträchtigt werden könnte, wenn sich die Rechtsvorschriften in diesen Bereichen weiter auseinanderentwickeln; in der Erwägung, dass die Regierung des Vereinigten Königreichs 2024 einen „Wiederaufbau“ der Beziehungen gefordert hat, um die strategische Zusammenarbeit und die Angleichung der Rechtsvorschriften als Reaktion auf gemeinsame Herausforderungen und Prioritäten zu stärken;

AP. in der Erwägung, dass die Kommission und das Vereinigte Königreich im Rahmen des Gipfeltreffens zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich Bereiche untersucht haben, in denen die bilaterale Zusammenarbeit gestärkt werden kann, und sich verpflichtet haben, auf die Einrichtung eines gemeinsamen Raums für gesundheitspolizeiliche und pflanzenschutzrechtliche Maßnahmen hinzuarbeiten, um den Agrar- und Lebensmittelhandel zu erleichtern; in der Erwägung, dass sich die EU und das Vereinigte Königreich auch verpflichtet haben, auf die Verknüpfung ihrer jeweiligen Emissionshandelssysteme (EHS) und CO_2-Grenzausgleichsmechanismen hinzuarbeiten;

AQ. in der Erwägung, dass das Handels- und Kooperationsabkommen vorsieht, die Systeme der sozialen Sicherheit zu koordinieren, um die Ansprüche auf Sozialleistungen von

Personen zu schützen, die sich nach dem 1. Januar 2021 zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich auf dem Arbeitsmarkt bewegen; in der Erwägung, dass mit dem Handels- und Kooperationsabkommen außerdem gleiche Rahmenbedingungen für einen fairen Wettbewerb geboten werden, indem in einigen Bereichen – darunter bei sozialen Rechten und Arbeitnehmerrechten – ein hohes Schutzniveau beibehalten wird, und verbindliche Durchsetzungs- und Streitbeilegungsmechanismen eingeführt werden, durch die sichergestellt werden soll, dass die Vorschriften eingehalten werden;

AR. in der Erwägung, dass das grundlegende Recht auf Vereinigung, Kollektivverhandlungen und Ergreifung kollektiver Maßnahmen im Völkerrecht verankert ist und eine Grundvoraussetzung für eine nachhaltige Entwicklung und gleiche Rahmenbedingungen entsprechend dem Handels- und Kooperationsabkommen darstellt;

AS. in der Erwägung, dass das Gesetz für die Rücknahme und Reform des beibehaltenen EU-Rechts (Retained EU Law (Revocation and Reform) Act 2023) des Vereinigten Königreichs am 29. Juni 2023 die königliche Zustimmung erhielt; in der Erwägung, dass mit dem Gesetz bestimmte beibehaltene EU-Rechtsvorschriften Ende 2023 aufgehoben wurden und der Sonderstatus aller beibehaltenen EU-Rechtsvorschriften in der Rechtsordnung des Vereinigten Königreichs abgeschafft wurde; in der Erwägung, dass den staatlichen Stellen des Vereinigten Königreichs durch das Gesetz erhebliche Befugnisse übertragen wurden, beibehaltene EU-Rechtsvorschriften aufzuheben, zu ändern oder anzupassen;

AT. in der Erwägung, dass die Freizügigkeit der Arbeitnehmer ein Grundrecht der EU ist; in der Erwägung, dass die Mobilität von Arbeitnehmern und Auszubildenden in beruflicher Ausbildung und Fortbildung zwischen der EU und Vereinigten Königreich eine lange Tradition hat; in der Erwägung, dass Erasmus+ in dieser Hinsicht seit Langem ein wichtiges Instrument ist; in der Erwägung, dass die Vereinbarung zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich, auf die Assoziierung des Vereinigten Königreichs mit dem Programm Erasmus+ hinzuarbeiten, um die Möglichkeiten für junge Menschen im Bildungs-, Berufs- und Kulturbereich auszuweiten, zu begrüßen ist; in der Erwägung, dass es dabei helfen könnte, dem Arbeitskräftemangel entgegenzuwirken, wenn die Mobilität von Fachkräften zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich gefördert wird; in der Erwägung, dass ein umfassendes Mobilitätsabkommen zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich erforderlich ist, mit dem der Schutz der Arbeitnehmerrechte und die grenzüberschreitende Freizügigkeit von Arbeitnehmern sichergestellt wird;

AU. in der Erwägung, dass das Vereinigte Königreich nicht am Programm Erasmus+ 2021-2027, am Programm für das Europäische Solidaritätskorps 2021-2027 oder am Programm Kreatives Europa 2021-2027 beteiligt ist;

AV. in der Erwägung, dass die Kultur- und Kreativbranche nicht vom Handels- und Kooperationsabkommen erfasst ist, in dem der Begriff „Bildung“ nur im Zusammenhang mit Cybersicherheit und dem Erfordernis, die Bürgerinnen und Bürger über die mit ihr einhergehenden Herausforderungen aufzuklären, Erwähnung findet;

AW. in der Erwägung, dass EU-Bürgerinnen und -Bürger[17], die im Vereinigten Königreich

[17] mit Ausnahme irischer Staatsangehöriger.

studieren, infolge des Brexit nicht mehr den Status haben, der sie zur Zahlung der inländischen Studiengebühren berechtigt, und daher höhere internationale Studiengebühren entrichten müssen; in der Erwägung, dass es aufgrund dieser Änderung unerschwinglich ist, im Vereinigten Königreich zu studieren, was sich insbesondere auf junge Menschen aus sozial benachteiligten Verhältnissen negativ auswirkt, da es keine Obergrenze für Studiengebühren für internationale Studierende gibt;

AX. in der Erwägung, dass das Turing-Programm nicht als Ersatz für das Programm Erasmus+ betrachtet werden kann, da damit lediglich die Mobilität von Studierenden aus dem Vereinigten Königreich ins Ausland finanziell unterstützt wird; in der Erwägung, dass sich die Mittelzuweisung an das Vereinigte Königreich im letzten Jahr von Erasmus+ (2019-2020) auf 200 Mio. GBP belief und damit höher war als die Ausstattung des Turing-Programms über 110 Mio. GBP für 2022/20232[18];

AY. in der Erwägung, dass zwischen 2013 und 2016 52,7 % aller Auslandsaufenthalte von Studierenden aus dem Vereinigten Königreich in einem EU-Mitgliedstaat absolviert wurden[19]; in der Erwägung, dass sechs von zehn Auslandsaufenthalten im Rahmen des Turing-Programms im akademischen Jahr 2021/2022 außerhalb der EU absolviert wurden[20];

AZ. in der Erwägung, dass die Zahl der Studierenden aus der EU im Vereinigten Königreich abgenommen hat und von 66 685 im Studienjahr unmittelbar vor dem Brexit auf 28 375 im Studienjahr 2023/2024 zurückgegangen ist[21];

BA. in der Erwägung, dass die Regierung von Wales das internationale Austauschprogramm „Taith“[22] eingerichtet hat, um die Inlands- und Auslandsmobilität von Studierenden zu ermöglichen, und dass sich dieses Programm an unterrepräsentierte Gruppen und kleinere Organisationen richtet; in der Erwägung, dass die Regierung Schottlands im Rahmen des schottischen Austauschprogramms das Projekt „Test and Learn“[23] ins Leben gerufen hat; in der Erwägung, dass die Regierung Irlands die Mobilität von Studierenden an Hochschulen in Nordirland im Rahmen von Erasmus+ unabhängig von

---

18 Regierung des Vereinigten Königreichs: „Turing Scheme funding outcomes for the 2022 to 2023 academic year“.

19 Universities UK International: „Gone International: Expanding Opportunities“ https://dera.ioe.ac.uk/id/eprint/31640/1/Gone%20International_expanding%20opportunities_digital.pdf.

20 Die drei beliebtesten Länder bei den Studierenden aus dem Vereinigten Königreich im Rahmen von Erasmus+, nämlich Spanien, Frankreich und Deutschland, verzeichneten im Turing-Programm bei der Zahl von an Hochschulen aus dem Vereinigten Königreich studierenden Programmteilnehmenden einen drastischen Rückgang um durchschnittlich 43 %. (The British Academy: „The Turing Scheme – Understanding impacts and implications“, November 2023, https://www.thebritishacademy.ac.uk/documents/5022/The_Turing_Scheme_-_Understanding_Impacts_and_Implications.pdf).

21 Higher Education Statistics Agency: „UK, 2022/23 - Where students come from and go to study“, 8. August 2024, https://www.hesa.ac.uk/news/08-08-2024/sb269-higher-education-student-statistics/location.

22 Universities Wales: „Wales beyond borders“.

23 Regierung Schottlands: „Scottish Education Exchange Programme – Test and Learn: funded projects“, 15. Januar 2025.

ihrer Nationalität finanziell fördert, indem diese für die Dauer des Austauschs an irischen Hochschulen eingeschrieben werden[24];

BB. in der Erwägung, dass in der internationalen Bildungsstrategie des Vereinigten Königreichs das Ziel festgelegt wurde, die Zahl der internationalen Studierenden, die jährlich an Hochschuleinrichtungen im Vereinigten Königreich studieren, bis 2030 von 400 000 auf 600 000 zu erhöhen[25];

BC. in der Erwägung, dass der politischen Erklärung zur Festlegung des Rahmens für die künftigen Beziehungen zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich aus dem Jahr 2019 zufolge „[d]ie Parteien vereinbaren, Voraussetzungen für die Einreise und den Aufenthalt zu Zwecken wie Forschung, Studium, Ausbildung oder Jugendaustausch zu prüfen“[26]; in der Erwägung, dass der Jugendaustausch auf der Tagung des Rates (Allgemeine Angelegenheiten) vom 17. Dezember 2024 als eine der wichtigsten Prioritäten für die Beziehungen zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich angesehen wurde;

BD. in der Erwägung, dass britische Künstlerinnen und Künstler sowie Kulturschaffende nun den Schengen-Vorschriften unterliegen, was Schwierigkeiten wie deutlich höheren Kosten mit sich bringt und dazu führt, dass sie Beförderungsgenehmigungen für Ausrüstung und Visa für kulturelle Aufführungen einholen müssen, wenn sie innerhalb kurzer Zeit in verschiedenen europäischen Ländern auf Tournee sind;

BE. in der Erwägung, dass im Handels- und Kooperationsabkommen eine den Kulturbereich betreffende Ausnahme vorgesehen ist, da audiovisuelle Dienste von seinem Geltungsbereich ausgenommen sind, obgleich die EU und das Vereinigte Königreich in den Bereichen Kultur und Bildung viele gemeinsame Werte vertreten; in der Erwägung, dass das Vereinigte Königreich weiterhin Vertragspartei des Europäischen Übereinkommens über das grenzüberschreitende Fernsehen ist und dass audiovisuelle Werke aus dem Vereinigten Königreich gemäß Artikel 1 Absatz 1 Buchstabe n Ziffer iii der Richtlinie über audiovisuelle Mediendienste[27] als „europäische Werke“ gelten;

BF. in der Erwägung, dass in den Schlussfolgerungen des Gipfeltreffens zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich die Arbeit an einem künftigen Jugendaustauschprogramm, die erneute Beteiligung des Vereinigten Königreichs am Programm Erasmus+, der kulturelle und künstlerische Austausch sowie Kunstschaffende auf Tourneen Erwähnung finden;

BG. in der Erwägung, dass Sportlerinnen und Sportler sowie Athletinnen und Athleten aus der EU seit dem Brexit eine Arbeitserlaubnis benötigen, um ihren Sport im Vereinigten

---

24 Regierung Irlands: „Minister Harris announces mobility funding for Northern Ireland higher education students“, 27. Juli 2023.

25 Regierung des Vereinigten Königreichs: „International Education Strategy: 2021 update“, 6. Februar 2021, https://www.gov.uk/government/publications/international-education-strategy-2021-update.

26 ABl. C 34 vom 31.1.2020, S. 1, ELI: http://data.europa.eu/eli/treaty/withd_2020/dcl_1/sign.

27 Richtlinie 2010/13/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 10. März 2010 zur Koordinierung bestimmter Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Bereitstellung audiovisueller Mediendienste (Richtlinie über audiovisuelle Mediendienste) (ABl. L 95 vom 15.4.2010, S. 1, ELI: http://data.europa.eu/eli/dir/2010/13/oj).

Königreich auszuüben; in der Erwägung, dass das Handels- und Kooperationsabkommen keine Bestimmungen über den Kapazitätsaufbau in Organisationen an der Basis und auf Profiebene, über Partnerschaften oder über den Austausch im Sportbereich enthält;

Wichtigste Schlussfolgerungen

1. betont, dass die EU und das Vereinigte Königreich Nachbarn, enge, gleichgesinnte Partner und Verbündete sind, die gemeinsame Werte, Interessen und eine gemeinsame Geschichte teilen und sich gleichermaßen einer volatilen Sicherheitslage in Europa und seiner Nachbarschaft gegenübersehen; betont, dass es zum Wachstum der allgemeinen Wettbewerbsfähigkeit und strategischen Autonomie Europas beiträgt, wenn die Beziehungen zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich gestärkt werden;

2. würdigt, dass dem Vereinigte Königreich eine wichtige Funktion bei der Wahrung von Frieden, Sicherheit und Stabilität in Europa sowie weltweit zukommt; betont, dass die zunehmenden konventionellen und hybriden Bedrohungen entschlossene und koordinierte internationale Maßnahmen erfordern, um unsere gemeinsame Zukunft zu sichern;

3. weist darauf hin, dass die Beziehungen zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich auf der uneingeschränkten Achtung und der vollständigen, fristgerechten und getreuen Umsetzung des Austrittsabkommens, einschließlich des Windsor-Rahmens, und des Handels- und Kooperationsabkommens beruhen;

4. begrüßt die ambitionierten Schlussfolgerungen des ersten Gipfeltreffens zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich vom 19. Mai 2025 in London und die positive und konstruktive Haltung beider Seiten; stellt fest, dass die Staats- und Regierungschefs zum Abschluss des Gipfeltreffens drei Schlüsseldokumente angenommen haben, nämlich die gemeinsame Erklärung, die Sicherheits- und Verteidigungspartnerschaft und die gemeinsame Vereinbarung über eine erneuerte Agenda für die Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Union und dem Vereinigten Königreich; begrüßt insbesondere das Abkommen über eine neue strategische Partnerschaft zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich, mit dem die beiderseitigen Verpflichtungen erneuert und die bilaterale Zusammenarbeit vertieft wird, sowie die Vereinbarung, jährliche Gipfeltreffen zwischen den beiden Vertragsparteien abzuhalten;

5. hält daran fest, dass geografische Kohärenz erforderlich ist, um den Frieden, die Sicherheit und die Stabilität Europas sowie die Widerstandsfähigkeit seiner industriellen Basis sicherzustellen; hebt in diesem Zusammenhang das Gipfeltreffen zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich hervor, das ein bedeutendes Etappenziel bei der Wiederbelebung und Vertiefung der Partnerschaft war und den Ausgangspunkt für eine stärker strukturierte Zusammenarbeit bildete, insbesondere durch die Einrichtung der Sicherheits- und Verteidigungspartnerschaft; ist der Ansicht, dass politische Erklärungen und gute Absichten nun in die Tat umgesetzt werden müssen, und besteht darauf, dass sowohl die EU als auch das Vereinigte Königreich ihren Verpflichtungen insbesondere im Bereich der verteidigungsindustriellen Maßnahmen nachkommen und diese erfüllen;

6. hebt hervor, dass das Handels- und Kooperationsabkommen eines der ambitioniertesten und umfassendsten Handelsabkommen ist, das die EU mit einem Drittland geschlossen

hat; betont jedoch, dass die EU-Mitgliedschaft und die sich aus dem Zugang zum Binnenmarkt und zur Zollunion ergebenden Vorteile durch das Abkommen weder ersetzt werden noch ersetzt werden können, es aber dennoch ein erhebliches Potenzial für die künftige Zusammenarbeit birgt, wie die verschiedenen Zusagen zeigen, die auf dem jüngsten Gipfeltreffen auf politischer Ebene getroffen wurden; begrüßt die auf dem Gipfeltreffen getroffene Zusage der EU und des Vereinigten Königreichs, ihr gemeinsames Engagement für einen freien, gerechten, nachhaltigen und offenen Handel im Einklang mit ihren gemeinsamen Werten zu bekräftigen;

7. betont, dass es wichtig ist, die in beiden Abkommen enthaltenen Bestimmungen vollständig umzusetzen und etwaige Herausforderungen bei der Anwendung des Austrittsabkommens und des Handels- und Kooperationsabkommens so früh wie möglich zu bewerten und anzugehen, um Verzögerungen und Probleme bei ihrer Anwendung zu verhindern;

8. begrüßt, dass die Umsetzung des Handels- und Kooperationsabkommens weiterhin reibungslos voranschreitet und alle für 2023 und 2024 vorgesehenen Verpflichtungen entweder erfüllt sind oder planmäßig umgesetzt werden; fordert die Kommission auf, die ordnungsgemäße Umsetzung des Handels- und Kooperationsabkommens weiterhin genau zu überwachen;

9. weist erneut darauf hin, dass Nordirland aufgrund des Protokolls zu Irland/Nordirland eine Sonderstellung innehat und dass dieses Protokoll geschlossen wurde, um das Karfreitagsabkommen nach dem Austritt des Vereinigten Königreichs aus der EU zu sichern; spricht sich für die fortdauernde Anerkennung der singulären und besonderen Stellung Nordirlands aus, wobei das Land – wie auf dem Gipfeltreffen ausgeführt – weiterhin Zugang sowohl zum Binnenmarkt der EU als auch zum Binnenmarkt des Vereinigten Königreichs behält; fordert die vollständige, rechtzeitige und getreue Umsetzung aller Aspekte des Windsor-Rahmens, um für dauerhafte Vorteile, rechtliche Gewissheit, langfristige Stabilität, praktische Unterstützung und Vorhersehbarkeit für die Unternehmen und Menschen in Nordirland zu sorgen, die Wirtschaft der gesamten Insel stärker zu schützen, eine harte Grenze auf der Insel Irland zu verhindern, das Karfreitagsabkommen in allen seinen Dimensionen zu wahren, für einen reibungslosen Handel und eine reibungslose Zusammenarbeit zu sorgen und die Integrität des Binnenmarkts und der Zollunion zu wahren; fordert Maßnahmen, mit denen verhindert wird, dass die engen wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Irland und Nordirland durch Änderungen der aufsichtlichen oder rechtlichen Rahmenbedingungen beeinträchtigt werden, insbesondere im Hinblick auf Dienstleistungen für Verbraucher und KMU, die nicht von Mobilität profitieren können; weist erneut darauf hin, dass die EU sämtliche Aspekte des Windsor-Rahmens zügig umgesetzt hat und nun vom Vereinigten Königreich erwartet, dass es seine Verpflichtungen aus dem Abkommen unverzüglich vollständig und getreu umsetzt, um die langfristige Stabilität der Beziehungen zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich sicherzustellen; betont, dass dies auch die wirksame Operationalisierung seiner Zollmechanismen und gesundheitspolizeilichen und pflanzenschutzrechtlichen Mechanismen umfasst, um die Herausforderungen beim Warenverkehr von Großbritannien nach Nordirland zu bewältigen und Lieferunterbrechungen und eine eingeschränkte Verfügbarkeit von Produkten für Verbraucher in Nordirland zu verhindern; fordert, dass Mechanismen für den Informationsaustausch vollständig umgesetzt werden und die neuen Abläufe und Systeme bei Paketen im Rahmen des Windsor-Rahmens sowie ihre Auswirkungen auf den Marktzugang für Verbraucher besser überwacht werden; stellt fest, dass eine engere

Zusammenarbeit zwischen den staatlichen Stellen und der Informationsaustausch über die künftige EU-Datenplattform den Grenzübertritt durch die Bereitstellung der erforderlichen Daten und Unterlagen verbessern würden;

10. betont, dass dem Karfreitagsabkommen große historische Bedeutung zukommt, und zollt allen beteiligten Interessenträgern Anerkennung dafür, dass sie das Abkommen und seine Werte weiterhin einhalten und umsetzen, zumal es sich dabei um eine wichtige Säule der Aussöhnungsprozesse handelt, die für andere auf dem gesamten Kontinent und darüber hinaus nach wie vor ein positives Beispiel verkörpern; weist erneut auf die in Artikel 2 des Windsor-Rahmens enthaltene rechtsverbindliche Verpflichtung des Vereinigten Königreichs hin, zu gewährleisten, dass die Rechte, die Garantien und die Chancengleichheit, wie sie im Karfreitagsabkommen festgelegt sind, nicht gemindert werden; betont, dass der wirksame Schutz dieser Rechte auch von wesentlicher Bedeutung ist, um das Vertrauen und die Zusammenarbeit im Rahmen des Handels- und Kooperationsabkommens aufrechtzuerhalten, insbesondere in Bereichen wie Strafverfolgung, Arbeitnehmerrechte und Zugang zur Justiz; fordert die Kommission auf, die Einhaltung dieser Verpflichtung weiterhin zu überwachen und mit den zuständigen Behörden des Vereinigten Königreichs zusammenzuarbeiten, wenn Risiken für Rückschritte bei den Rechten auftreten; weist darauf hin, dass sämtliche Änderungen der sechs Gleichbehandlungsrichtlinien der EU, die in Anhang 1 des Austrittsabkommens zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich aufgeführt sind, im nordirischen Recht berücksichtigt werden müssen, damit die Rechte nicht gemindert werden; fordert die Kommission auf, eigens einen Verbindungsvertreter für Nordirland zu ernennen, um einen strukturierten und kontinuierlichen Dialog mit politischen Vertretern und Interessenträgern sicherzustellen, damit Vertrauen aufgebaut wird und die Anstrengungen koordiniert werden können; weist darauf hin, dass die EU bei Angelegenheiten, die unter den Windsor-Rahmen fallen, unbedingt mit der parlamentarischen Versammlung für Nordirland und der nordirischen Regierung zusammenarbeiten muss; fordert in diesem Zusammenhang eine stärkere Einbeziehung der Parlamente und Versammlungen der dezentralen Landesteile, insbesondere von Nordirland, in die Parlamentarische Partnerschaftsversammlung EU-Vereinigtes Königreich, damit den Interessen der Menschen in Nordirland bestmöglich Gehör verschafft werden kann; fordert weitere Anstrengungen, um die demokratische Vertretung der in Nordirland lebenden EU-Bürger, die durch die Geburt ein Anrecht auf die EU-Staatsbürgerschaft haben, zu verbessern; fordert ferner, dass die Verwaltungen der dezentralen Landesteile im Einklang mit ihren jeweiligen Zuständigkeiten angemessen zu den Beziehungen zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich konsultiert werden; stellt fest, dass die einzigartige Situation Nordirlands einen maßgeschneiderten Ansatz erfordert, der auf den Vorteilen der PEACE-Programme aufbaut und bei dem untersucht wird, wie eine breiter angelegte Kohäsionspolitik dem Aussöhnungsprozess zugutekommen kann; betont, dass die Anwendung des Erfordernisses der elektronischen Reisegenehmigung (ETA) auf Nordirland bedauerlich ist; fordert die Regierung des Vereinigten Königreichs auf, das Erfordernis der ETA nicht weiter auf Nordirland anzuwenden, um ungehinderte Reisen auf der gesamten Insel Irland zu ermöglichen; betont, dass sichergestellt werden muss, dass Personen mit Wohnsitz in Nordirland oder Irland nicht daran gehindert oder dabei eingeschränkt werden, im Einklang mit den Grundsätzen des Karfreitagsabkommens eine Beschäftigung auf der anderen Seite der Grenze zu suchen und auszuüben; erachtet es als dringend geboten, Grenzgänger, einschließlich ihrer Sozial- und Arbeitnehmerrechte, in diesem Zusammenhang zu schützen; stellt fest, dass das

Berufungsgericht in Nordirland entschieden hat, dass das Gesetz über den Nordirlandkonflikt (Vermächtnis und Versöhnung) von 2023 (Northern Ireland Troubles (Legacy and Reconciliation) Act 2023) mit den Rechtsvorschriften im Bereich der Menschenrechte und dem Windsor-Rahmen unvereinbar ist; nimmt ferner zur Kenntnis, dass Irland wegen des Gesetzes eine Staatenbeschwerde gegen das Vereinigte Königreich eingereicht hat; weist erneut auf die Zusage der derzeitigen Regierung des Vereinigten Königreichs hin, das Gesetz über den Nordirlandkonflikt der vorherigen Regierung aufzuheben und zu ersetzen, und fordert die Regierung des Vereinigten Königreichs auf, dies schnellstmöglich zu tun; fordert die Regierung des Vereinigten Königreichs auf, ihr gegen die Gerichtsentscheidung zum Gesetz über den Nordirlandkonflikt eingelegtes Rechtsmittel zurückzuziehen, das Gesetz aufzuheben, auf keine Weise dem Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte zuwiderzuhandeln und alle seine Entscheidungen einzuhalten;

11. stellt fest, dass im Einklang mit dem Karfreitagsabkommen die verfassungsmäßige Zukunft Nordirlands vom Volk der Insel Irland beschlossen werden muss;

12. fordert beide Vertragsparteien auf, die Partnerschaft zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich zu vertiefen, das Handels- und Kooperationsabkommen uneingeschränkt umzusetzen und sein Potenzial in Bereichen von beiderseitigem Interesse voll auszuschöpfen, unter anderem durch freiwillige sektorbezogene Angleichung, Mechanismen der gegenseitigen Anerkennung, Dialoge über regulatorische Neuerungen und die Prüfung einer weiteren Zusammenarbeit im Zollbereich; begrüßt die Schlussfolgerungen des Gipfeltreffens, in denen das gemeinsame Engagement für eine verstärkte Zusammenarbeit in Schlüsselbereichen wie Energie – einschließlich einer möglichen Teilnahme des Vereinigten Königreichs am Elektrizitätsbinnenmarkt –, neue Technologien und dem Agrar- und Lebensmittelsektor bekräftigt wurde; betont, dass das Handels- und Kooperationsabkommen einen zukunftsorientierten Rahmen zur Förderung des gemeinsamen Wohlstands und der Wettbewerbsfähigkeit bietet, und fordert beide Vertragsparteien auf, auf der durch das Gipfeltreffen erneuerten politischen Dynamik aufzubauen, um greifbare Fortschritte in diesen Bereichen zu erzielen und die rasche und umfassende Umsetzung der eingegangenen Verpflichtungen sicherzustellen, wie sie in der unlängst geschlossenen Vereinbarung zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich und den strukturierten Ergebnissen des Gipfeltreffens zum Ausdruck gebracht wurden; betont, dass diese neue Agenda flexibel bleiben und künftigen Herausforderungen gerecht werden muss, um die Möglichkeiten der Zusammenarbeit und die Chancen für die Wettbewerbsfähigkeit zu maximieren, den Verbraucherschutz sowie den grenzüberschreitenden Handel und den Zugang zu Waren und Dienstleistungen zu verbessern und ein sicheres und gesundes digitales Umfeld für alle zu fördern;

13. begrüßt vor dem Hintergrund, dass das Handels- und Kooperationsabkommen keine Zusammenarbeit in den Bereichen Außenpolitik, Sicherheit, Verteidigung und Entwicklungszusammenarbeit umfasst, die auf dem Gipfeltreffen zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich erzielte Einigung über eine Sicherheits- und Verteidigungspartnerschaft, durch die die Zusammenarbeit gestärkt wird und die mit der vorangehenden Einrichtung des halbjährlichen außenpolitischen Dialogs im Einklang steht sowie einen im Handels- und Kooperationsabkommen fehlenden strukturierten Rahmen vorsieht und in der das erneuerte Engagement des Vereinigten Königreichs für die Zusammenarbeit mit der EU in den Bereichen Außenpolitik und Sicherheit enthalten ist und deutlich gemacht wird;

14. weist darauf hin, dass eine verstärkte Koordinierung unerlässlich ist, um in einem zunehmend instabilen Sicherheitsumfeld, das von hybriden Bedrohungen, Cyberangriffen und Desinformationskampagnen gekennzeichnet ist, auf globale Krisen reagieren zu können; betont, dass eine verstärkte Koordinierung auch unbedingt notwendig ist, um Demokratie und Menschenrechte fördern und für regionale und internationale Sicherheit sorgen zu können;

15. begrüßt, dass mit der Sicherheits- und Verteidigungspartnerschaft eine stärker strukturierte und institutionalisierte Zusammenarbeit in außen-, sicherheits- und verteidigungspolitischen Angelegenheiten auf verschiedenen Regierungsebenen geschaffen wird, die mit der Politischen Erklärung[28] von 2019 im Einklang steht, wobei auch vereinbart wurde, alle sechs Monate außen- und sicherheitspolitische Dialoge zu führen; ist der Ansicht, dass dies eine solide Grundlage für die Zusammenarbeit bieten könnte und dass geprüft werden sollte, ob eine Institutionalisierung durch ein rechtsverbindliches Instrument möglich ist; betont, dass dies dazu beitragen würde, die Sicherheit unserer Gesellschaften zu wahren und sie widerstandsfähig gegenüber gemeinsamen, noch nie dagewesenen Bedrohungen der geopolitischen Sicherheit, insbesondere der Bedrohung durch Russland, zu machen;

16. betont, dass die EU und das Vereinigte Königreich die Umsetzung der Bestimmungen der Sicherheits- und Verteidigungspartnerschaft und der in der Vereinbarung eingegangenen Verpflichtungen genau beobachten müssen; nimmt zur Kenntnis, dass in der Vereinbarung umfassende und weitreichende Verpflichtungen eingegangen werden; weist darauf hin, dass das Europäische Parlament über die Schritte ihrer Umsetzung und Hindernisse, die dabei möglicherweise auftreten, unterrichtet werden muss; betont, dass das Parlament die Kommission in vollem Umfang für die Erfüllung ihrer Verpflichtungen im Rahmen der mit der Regierung des Vereinigten Königreichs geschlossenen Vereinbarung zur Rechenschaft ziehen muss;

17. begrüßt die Zusage der EU und des Vereinigten Königreichs, unter Berücksichtigung der politischen und rechtlichen Rahmen der jeweils anderen Vertragspartei Möglichkeiten für eine für beide Seiten vorteilhafte verstärkte Zusammenarbeit im Bereich der Verteidigungsindustrie zu prüfen;

Institutioneller Rahmen

18. begrüßt, dass die gemeinsamen Gremien des Handels- und Kooperationsabkommens wirksam funktionieren; erachtet es als dringend geboten, dass das Europäische Parlament regelmäßiger über laufende politische und technische Erörterungen unterrichtet wird und regelmäßiger in diese einbezogen wird; fordert mehr Transparenz bei der Arbeit der gemeinsamen Gremien des Handels- und Kooperationsabkommens, insbesondere gegenüber dem Europäischen Parlament; fordert Handelsstabilität und eine Harmonisierung der Rechtsvorschriften der EU und des Vereinigten Königreichs, um insbesondere angesichts der globalen Verwerfungen der letzten Zeit die Verbraucherrechte, die Sicherheit für Unternehmen und die Investitionsbedingungen zu schützen;

19. hebt hervor, dass die Parlamentarische Partnerschaftsversammlung EU-Vereinigtes

[28] ABl. C 384 I vom 12.11.2019, S. 178, ELI: https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=CELEX:12019W/DCL(01).

Königreich nach der Wahl zum Europäischen Parlament und der Wahl im Vereinigten Königreich im Jahr 2024 im März 2025 wieder zusammengetreten ist; betont, dass sie die wichtige Aufgabe hat, die parlamentarische Aufsicht und Kontrolle in Bezug auf die Durchführung des Handels- und Kooperationsabkommens sicherzustellen; unterstreicht den Wert der Parlamentarischen Partnerschaftsversammlung bei der Förderung engerer Beziehungen und einer konstruktiven Zusammenarbeit zwischen Mitgliedern des Europäischen Parlaments und Abgeordneten des Vereinigten Königreichs; fordert den Partnerschaftsrat auf, die Empfehlungen der Parlamentarischen Partnerschaftsversammlung zu berücksichtigen; hält es für sehr wichtig, dass die Teilnahme von gewählten Mitgliedern der Parlamente und Versammlungen von Nordirland, Schottland und Wales als Beobachter ausgeweitet wird; empfiehlt, dass über den derzeitigen halbjährlichen Zeitplan hinaus häufiger thematische Treffen abgehalten werden, um regelmäßige Diskussionen über Handel, Außenpolitik, Energie und Bürgerrechte zu ermöglichen; fordert eine bessere Einbindung in nationale und regionale Parlamente, damit unterschiedlichen demokratischen Sichtweisen Rechnung getragen werden kann; betont seine Entschlossenheit, die Parlamentarische Partnerschaftsversammlung als zentrales Forum für den interparlamentarischen Dialog weiter zu stärken;

20. betont, dass die Interessen der Bürger auch künftig im Mittelpunkt der Durchführung des Handels- und Kooperationsabkommens stehen müssen und dass neben sozialer Gerechtigkeit Aspekte der wirtschaftlichen Zusammenarbeit in den Dialog aufgenommen werden müssen, indem freiwillige Gruppen, die Zivilgesellschaft und Wirtschaftsverbände daran teilnehmen; begrüßt die Einbeziehung der Zivilgesellschaft, unter anderem von Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften, sowie von nichtstaatlichen Organisationen in die Durchführung des Handels- und Kooperationsabkommens; hebt die ausgewogene Vertretung in der internen Beratungsgruppe der EU und ihre wertvollen Empfehlungen hervor; betont, dass dem Zivilgesellschaftlichen Forum in diesem Zusammenhang große Bedeutung zukommt; fordert den Partnerschaftsrat auf, die vielfältigen Standpunkte der Zivilgesellschaft weiterhin zu berücksichtigen, und fordert, dass die Parlamentarische Partnerschaftsversammlung auf ihren halbjährlichen Treffen den direkten Austausch ihrer Mitglieder mit Mitgliedern der internen Beratungsgruppe ermöglicht; fordert alle Sonderausschüsse auf, den Dialog mit der internen Beratungsgruppe im Interesse der Sicherstellung einer besseren Aufsicht und Transparenz zu stärken; fordert zusätzliche Anstrengungen, damit ein breites Spektrum von Organisationen der Zivilgesellschaft, wie etwa Jugendorganisationen, dem im Handels- und Kooperationsabkommen vorgesehenen Zivilgesellschaftlichen Forum beitreten;

21. bekräftigt die Zusage des Europäischen Parlaments, die Durchführung des Handels- und Kooperationsabkommens genau zu überwachen; weist erneut darauf hin, dass die Kommission dem Parlament umfassend und umgehend Informationen über die Durchführung des Handels- und Kooperationsabkommens zur Verfügung stellen sollte, um eine angemessene Kontrolle sicherzustellen; begrüßt die anhaltend gute Zusammenarbeit zwischen dem Parlament und der Kommission und die verstärkten direkten, positiven und konstruktiven Kontakte zwischen Mitgliedern des Europäischen Parlaments und Mitgliedern beider Kammern des Parlaments des Vereinigten Königreichs; fordert erneut, dass das Europäische Parlament in künftige Verfahren zur Überprüfung des Handels- und Kooperationsabkommens einbezogen wird; bedauert, dass das Parlament nicht am Gipfeltreffen EU-Vereinigtes Königreich beteiligt war, und bringt seine Besorgnis darüber zum Ausdruck, dass die Rolle des Europäischen

Parlaments und des Parlaments des Vereinigten Königreichs auf dem Gipfeltreffen EU-Vereinigtes Königreich im institutionellen Rahmen der erneuerten Agenda für die Zusammenarbeit zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich, die strategische Partnerschaft sowie die Sicherheits- und Verteidigungspartnerschaft nicht genannt wird;

Warenverkehr

22. weist erneut darauf hin, dass durch das Handels- und Kooperationsabkommen eine umfassende und ambitionierte Grundlage für die Beziehungen zwischen den Vertragsparteien und insbesondere für den Handel zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich geschaffen und gleichzeitig für gleiche Ausgangsbedingungen im Sinne eines fairen Wettbewerbs und einer nachhaltigen Entwicklung gesorgt wird; weist erneut darauf hin, dass das Handels- und Kooperationsabkommen in der Geschichte der Freihandelsabkommen der EU einzigartig ist, da hier der Schwerpunkt darauf liegt, die Abweichungen zu begrenzen, anstatt die Konvergenz zwischen den Handelspartnern zu fördern; weist erneut darauf hin, dass das Handels- und Kooperationsabkommen auch in der Hinsicht einzigartig ist, dass darin für den Handel zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich Nullzollsätze und Nullkontingente vorgesehen sind;

23. weist erneut darauf hin, dass das Handels- und Kooperationsabkommen das fragile Ergebnis langer und schwieriger Verhandlungen ist und daher, ebenso wie das Austrittsabkommen und insbesondere der Windsor-Rahmen, zum gegenseitigen Nutzen beider Vertragsparteien nach Treu und Glauben vollständig umgesetzt werden sollte; fordert die beiden Vertragsparteien auf, das riesige Potenzial des Handels- und Kooperationsabkommens voll auszuschöpfen, um den Handel zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich so weit wie möglich zu ermöglichen, ohne dabei zu vergessen, dass die Vorteile einer Mitgliedschaft in Verbindung mit dem Zugang zum EU-Binnenmarkt und zur Zollunion sowie mit der Teilnahme an anderen gemeinsamen und flankierenden politischen Maßnahmen unter keinen Umständen durch ein Freihandelsabkommen zu erzielen sind; nimmt jedoch zur Kenntnis, dass das Handels- und Kooperationsabkommen erhebliches ungenutztes Potenzial birgt, und begrüßt, dass es nun als zukunftsorientierter Rahmen für die Vertiefung der Zusammenarbeit in Bereichen von beiderseitigem Interesse dienen soll;

24. nimmt die Bewertung der Kommission zur Kenntnis, dass die im Handels- und Kooperationsabkommen festgelegten Regelungen für den Warenverkehr insgesamt wirksam sind und reibungslos funktionieren, auch wenn es bei der Durchführung nach wie vor gewisse Schwierigkeiten gibt, die so bald wie möglich behoben werden müssen;

25. weist erneut darauf hin, dass die EU und das Vereinigte Königreich in Zollfragen eng zusammenarbeiten sollten, unter anderem durch die Sicherstellung eines wirksamen Austauschs von Informationen und Daten, indem eine gemeinsame Datenbank eingerichtet wird, in der Unregelmäßigkeiten und Betrug im Zusammenhang mit dem elektronischen Handel und bei Waren, die von außerhalb der EU und des Vereinigten Königreichs eingeführt werden, die Händler aus Gebieten außerhalb der EU und des Vereinigten Königreichs erfasst werden; hält es nach wie vor für wichtig, dass die Zollbehörden einen konstruktiven Dialog führen und über wirksame Methoden der Zusammenarbeit verfügen, damit die Ein- und Ausgangsabfertigung durch eine ausreichende Zahl von Zollbeamten und mittels vereinfachter Zollverfahren vereinfacht, digitalisiert und beschleunigt werden kann, wozu auch ein umfassenderer Zugang zu

Regelungen für vertrauenswürdige Händler und die Einführung intelligenter digitaler Lösungen zur Straffung der Abläufe gehört, um die administrativen und finanziellen Kosten für alle Interessenträger, insbesondere KMU, möglichst gering zu halten, und damit insbesondere für Irland und andere Grenzregionen, die in hohem Maße auf rechtzeitige Lieferungen angewiesen sind, der kontinuierliche grenzüberschreitende Fluss kritischer landwirtschaftlicher Betriebsmittel, einschließlich Tierarzneimittel, Saatgut und Futtermittel, sichergestellt wird; fordert die Kommission nachdrücklich auf, aktiv mit dem Vereinigten Königreich zusammenzuarbeiten, um die Zollverfahren durch die Entwicklung von Regelungen für vertrauenswürdige Händler und die Einführung von „Green Lanes“ für Waren mit geringem Risiko zu vereinfachen;

26. nimmt zur Kenntnis, dass sich die Zusammenarbeit zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich im Bereich des elektronischen Handels seit dem Inkrafttreten des Handels- und Kooperationsabkommens entwickelt hat; betont, dass das Handels- und Kooperationsabkommen zwar wichtige Bestimmungen zur Erleichterung des digitalen Handels enthält, die Zollverfahren nach dem Brexit jedoch zu zusätzlichen Belastungen für die Wirtschaftsbeteiligten des elektronischen Handels geführt haben, insbesondere durch zwingend vorgeschriebene Zollanmeldungen, Einfuhrkontrollen und komplexe Ursprungsregeln; begrüßt die in letzter Zeit unternommenen Bemühungen der EU und des Vereinigten Königreichs um eine effizientere Gestaltung der Handelslogistik und den Abbau von Ausfuhrbeschränkungen und betont, dass es weiterer Anstrengungen bedarf, um die regulatorische Angleichung zu verbessern, Zollverfahren zu vereinfachen und den reibungslosen und sicheren Datentransfer sicherzustellen und so das Potenzial des grenzüberschreitenden elektronischen Handels voll auszuschöpfen und den digitalen Handel zu verbessern;

27. fordert die EU und das Vereinigte Königreich auf, Möglichkeiten für eine vertiefte Zusammenarbeit in Bezug auf regionale Lieferketten zu prüfen; betont, dass durch derlei Schritte flexiblere und widerstandsfähigere Lieferketten unterstützt würden und dazu beigetragen würde, tarifäre und nichttarifäre Handelshemmnisse im Zusammenhang mit komplexen Ursprungsregeln zu beseitigen;

28. betont, dass die Umsetzung des Grenzabfertigungsmodells – der neuen Einfuhrregelung des Vereinigten Königreichs – aufgrund der häufigen Änderungen bei der Risikokategorisierung ohne ordnungsgemäße Mitteilung, der uneinheitlichen Auslegung der Einfuhrvorschriften, der langen Wartezeiten bei der Durchführung von Kontrollen und der Nichtanerkennung der EU als gemeinsame gesundheitspolizeiliche und pflanzenschutzrechtliche Größe zu Schwierigkeiten geführt hat; ist besorgt darüber, dass das Vereinigte Königreich in seinen Antworten noch nicht vollständig auf die entsprechenden Probleme eingegangen ist;

29. begrüßt die auf dem Gipfeltreffen zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich getroffene Zusage, auf die Schaffung eines gemeinsamen Raums für Gesundheits- und Pflanzenschutz hinzuarbeiten, und zwar durch ein umfassendes Abkommen zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich über die Anwendung gesundheitspolizeilicher und pflanzenschutzrechtlicher Maßnahmen (SPS-Abkommen); stellt fest, dass nichttarifäre Handelshemmnisse und voneinander abweichende Rechtsvorschriften derzeit Herausforderungen für den Handel zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich darstellen, insbesondere durch höhere Anforderungen in Bezug auf die Einhaltung der Vorschriften, doppelte Zertifizierungsverfahren und Unterschiede bei den Produktnormen; weist darauf hin, dass derartige Reibungsverluste eine Reihe von

Sektoren betreffen, unter anderem den Agrar- und Lebensmittelsektor, die chemische Industrie, die Kraftfahrzeugindustrie und den Maschinenbau, und dass sie für KMU besonders belastend sein können; fordert beide Vertragsparteien auf, die im Handels- und Kooperationsabkommen vorgesehenen Mechanismen für die Zusammenarbeit im Regulierungs- und Zollbereich umfassend und wirksam zu nutzen, um diese Probleme zu bewältigen und somit Handelskonflikte im Vorfeld der Überprüfung des Handels- und Kooperationsabkommens 2026 zu verringern;

30. begrüßt die Pläne des Vereinigten Königreichs, Rechtsvorschriften für die unbefristete Anerkennung der CE-Kennzeichnung in Bezug auf zusätzliche Produktvorschriften zu erlassen, da dies die Herausforderungen im Zusammenhang mit der Einhaltung der Vorschriften für die Hersteller in der EU weiter verringern und die Ausfuhr von Produkten, die eine solche Kennzeichnung erfordern, aus dem Vereinigten Königreich in die EU erleichtern würde; fordert die Kommission nachdrücklich auf, rasch Verhandlungen mit dem Vereinigten Königreich aufzunehmen, um insbesondere in stark integrierten Wirtschaftszweigen eine starke Angleichung der Konformitätsbewertungen von Produkten sicherzustellen und so redundante Prüfungen abzuschaffen, die Kosten für die Unternehmen zu senken und den Binnenmarkt zu stärken; fordert beide Vertragsparteien auf, pragmatische Regelungen für die gegenseitige Anerkennung der Ergebnisse von Konformitätsbewertungen in eindeutig risikoarmen Produktbereichen anzustreben, um unnötige Befolgungskosten und den Verwaltungsaufwand, insbesondere für KMU, zu verringern und zugleich die Sicherheit und den Schutz der Verbraucher zu wahren und weiter zu stärken; fordert die Kommission auf, auf dieser Entwicklung aufzubauen, indem sie sich um Regelungen für die gegenseitige Anerkennung in Bereichen bemüht, in denen bereits eine Regelungskonvergenz besteht, da dadurch gegebenenfalls unnötige Doppelarbeit bei Zertifizierungsverfahren beseitigt werden kann;

31. stellt fest, dass durch das Abkommen zur Schaffung eines gemeinsamen Raums für Gesundheits- und Pflanzenschutz Handelskonflikte erheblich verringert würden und zu Stabilität und Berechenbarkeit für die Unternehmen beigetragen würde, da die überwiegende Mehrheit der Zertifizierungs- und Kontrollanforderungen für die Verbringung von Tieren, tierischen Erzeugnissen, Pflanzen und Pflanzenerzeugnissen zwischen Großbritannien und der EU abgeschafft und gleichzeitig hohe Standards in den Bereichen Gesundheit und Verbraucherschutz, Lebensmittelsicherheit und Tierschutz aufrechterhalten würden; betont, dass sich diese Vorteile für Landwirte, KMU und Verbraucher in der EU und im Vereinigten Königreich auch auf die Verbringung der genannten Waren zwischen Großbritannien und Nordirland erstrecken würden; weist darauf hin, dass das SPS-Abkommen eine dynamische Angleichung durch das Vereinigte Königreich ermöglichen und einen Mechanismus für die Beilegung von Streitigkeiten mit einer unabhängigen Schiedskommission umfassen sollte und dass darin der Gerichtshof der Europäischen Union als höchste Instanz in Fragen des EU-Rechts anerkannt werden sollte; begrüßt die Absicht, das Vereinigte Königreich frühzeitig über den Beschlussfassungsprozess der EU in Bereichen zu informieren, die unter das künftige SPS-Abkommen fallen; fordert die Kommission nachdrücklich auf, einen Fahrplan für die Verhandlungen über gesundheitspolizeiliche und pflanzenschutzrechtliche Maßnahmen mit dem Vereinigten Königreich vorzulegen; fordert zudem beide Vertragsparteien auf, den Dialog über die Regulierung von anderen Aspekten im Zusammenhang mit Lebensmitteln, die nichtgesundheitspolizeiliche und nichtpflanzenschutzrechtliche Maßnahmen betreffen, zu intensivieren und Abweichungen in Bereichen wie Kennzeichnung und Verpackung zu vermeiden;

betont, dass jeder Zugang des Vereinigten Königreichs zu Systemen, Datenbanken oder Agenturen der EU im Rahmen von EU-Programmen, die für das SPS-Abkommen relevant sind, von der vollständigen Erstattung der damit verbundenen Kosten zugunsten des EU-Haushalts abhängig gemacht werden muss; betont, dass eine solche Beteiligung der EU und ihren Interessenträgern gemäß dem Grundsatz der haushaltspolitischen Verhältnismäßigkeit eindeutige Vorteile bringen muss;

32. weist erneut auf die strategische Notwendigkeit einer verstärkten Zusammenarbeit zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich hin, um die derzeitige faire und regelbasierte internationale Handelsordnung aufrechtzuerhalten und gemeinsame globale wirtschaftliche Herausforderungen zu bewältigen; fordert in diesem Zusammenhang zusätzliche gemeinsame Anstrengungen, um auf eine inklusive und umfassende Reform der WTO hinzuarbeiten, die Antworten auf die aktuellen und künftigen Herausforderungen in einer stark vernetzten Welt gibt und in deren Rahmen aktiv gegen eine neue Gefahr der Spaltung der globalen politischen und wirtschaftlichen Ordnung sowie einseitige und ungerechtfertigte Handelsmaßnahmen und Zölle, die in letzter Zeit sowohl die EU als auch das Vereinigte Königreich getroffen haben, vorgegangen wird; fordert daher beide Seiten auf, auch künftig Verbraucher zu unterstützen, die mit Belastungen im Zusammenhang mit den Lebenshaltungskosten konfrontiert sind; betont, dass in diesem Zusammenhang eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich von entscheidender Bedeutung ist, um die Widerstandsfähigkeit der Lieferketten zu stärken und strategische Abhängigkeiten zu verringern; betont, dass beide Vertragsparteien ihre gemeinsamen Anstrengungen intensivieren sollten, um im Einklang mit den Prioritäten der EU im Bereich der wirtschaftlichen Sicherheit die Risikoanfälligkeit kritischer Lieferketten zu verringern; stellt zwar fest, dass die Zusammenarbeit bei kritischen mineralischen Rohstoffen nicht Teil der Schlussfolgerungen des Gipfeltreffens zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich war, legt der EU und dem Vereinigten Königreich jedoch nahe, die Autonomie Europas in dieser Hinsicht zu stärken; empfiehlt die Aufnahme strukturierter Dialoge und gezielter Initiativen, um für mehr Diversifizierung zu sorgen, gegenseitiges Vertrauen aufzubauen und die strategische Autonomie zu stärken und so nachhaltiges Wachstum und gemeinsamen Wohlstand zu fördern; fordert die Kommission auf, die Einzelheiten des am 8. Mai 2025 abgekündigten Abkommens zwischen dem Vereinigten Königreich und den Vereinigten Staaten (Abkommen über wirtschaftlichen Wohlstand) dahin gehend zu analysieren, dass keine seiner Bestimmungen das Handels- und Kooperationsabkommen oder ein mögliches Abkommen zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich untergräbt; stellt fest, dass eine Klärung des Wortlauts des Abkommens über wirtschaftlichen Wohlstand zwar noch aussteht, es sich jedoch auf die im Rahmen des Handels- und Kooperationsabkommens zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich geschaffenen gleichen Wettbewerbsbedingungen sowie auf jede dynamische Angleichung auswirken kann, die sich aus den Schlussfolgerungen des Gipfeltreffens zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich ergibt, z. B. in Bezug auf einen gemeinsamen Raum für Gesundheits- und Pflanzenschutz; begrüßt das Abkommen über den zollfreien Handel mit Stahlerzeugnissen und würdigt es als positive Entwicklung, die den wichtigsten Industriezweigen die dringend benötigte Stabilität und Berechenbarkeit bietet; weist darauf hin, dass das Handels- und Kooperationsabkommen konkrete Verpflichtungen zur Wahrung internationaler Handelsregeln, zur Zusammenarbeit in multilateralen Foren und zum Austausch von Informationen über handelspolitische Schutzmaßnahmen und Entwicklungen des

Welthandels vorsieht; begrüßt die Ergebnisse des Gipfeltreffens zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich, auf dem beide Vertragsparteien ihre Absicht bekräftigt haben, bei der WTO-Reform koordinierter vorzugehen, einen transparenten und regelbasierten Handel zu unterstützen und gemeinsame Ansätze für dringliche Handelskonflikte zu verfolgen, und betont, dass die wirksame Umsetzung dieser Verpflichtungen von entscheidender Bedeutung ist, um die Partnerschaft zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich als einen Faktor für Stabilität und Vorhersehbarkeit in der Welthandelsordnung zu festigen; begrüßt, dass die Regierung des Vereinigten Königreichs unlängst angekündigt hat, der Mehrparteien-Interimsvereinbarung nach Artikel 25 der Streitbeilegungsvereinbarung der WTO beitreten zu wollen, womit die dauerhafte Wirksamkeit des Streitbeilegungsmechanismus sichergestellt würde, während über weitreichendere Reformen der WTO verhandelt wird; betont, dass im derzeitigen Kontext eines volatilen Welthandels sowohl die Regierung des Vereinigten Königreichs als auch die Kommission bei der Festlegung der Handelspolitik die einzigartige Lage Nordirlands berücksichtigen muss;

33. begrüßt die am 21. Dezember 2023 vereinbarte Verlängerung der Geltungsdauer der Ursprungsregeln für Elektrofahrzeuge und Batterien bis zum 31. Dezember 2026; erachtet es als besonders wichtig, die Ursprungsregeln zu überwachen, damit die Normen und Regeln nicht durch Waren aus Ländern umgangen werden, mit denen das Vereinigte Königreich möglicherweise andere Handelsabkommen abgeschlossen hat;

Dienstleistungen, digitaler Handel und Investitionen

34. nimmt die Bewertung der Kommission zur Kenntnis, dass die Durchführung des Handels- und Kooperationsabkommens in den Bereichen Dienstleistungen und Investitionen, digitaler Handel, geistiges Eigentum, Vergabe öffentlicher Aufträge und KMU im Allgemeinen reibungslos und ohne größere Probleme verlaufen ist – mit Ausnahme der Anwendung des Sponsoring-Systems des Vereinigten Königreichs für Arbeitsvisa auf Dienstleister aus der EU, das nach wie vor ein Hindernis darstellt, und stellt fest, dass die Ausfuhr von Dienstleistungen aus dem Vereinigten Königreich in die EU im Jahr 2024 im Vergleich zu 2019 um 19 % gestiegen ist, was die Widerstandsfähigkeit und das Potenzial des Dienstleistungssektors belegt; betont, dass diese Hindernisse für die Kurzzeitmobilität von EU-Dienstleistern, einschließlich derjenigen, die Beratungsdienstleistungen in den Bereichen Kultur, Wissenschaft und Landwirtschaft erbringen, beseitigt werden müssen, und hebt die potenziellen beidseitigen Vorteile verbesserter, auf Gegenseitigkeit beruhender Regelungen für die kurzfristige Unternehmensmobilität hervor; fordert, dass die Visaverfahren des Vereinigten Königreichs für Fachkräfte aus der EU und Erbringer vertraglicher Dienstleistungen vereinfacht werden, um den finanziellen und administrativen Aufwand zu verringern; fordert die Mitgliedstaaten und das Vereinigte Königreich auf, bei Arbeitserlaubnissen erforderlichenfalls die Bearbeitungszeiten zu verkürzen und die Kosten für die Beantragung zu verringern; begrüßt die auf dem Gipfeltreffen zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich gemachte Zusage des Vereinigten Königreichs und der Kommission, gesonderte Dialoge über die Einreise und den vorübergehenden Aufenthalt natürlicher Personen zu Geschäftszwecken einzurichten, die auch das Sponsoring-System umfassen; fordert beide Vertragsparteien auf, unter uneingeschränkter Achtung ihrer jeweiligen Regelungsautonomie Möglichkeiten zur Erleichterung der Kurzzeitmobilität von Dienstleistern und Unternehmern und insbesondere solchen, die KMU oder freien Berufen angehören, durch gestraffte

Visaverfahren und die gegenseitige Anerkennung von Berufsqualifikationen zu sondieren; fordert die Regierung des Vereinigten Königreichs auf, Dienstleistungserbringer, die unter das Handels- und Kooperationsabkommen fallen, vom Sponsoring-System auszunehmen; fordert eine engere Zusammenarbeit zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich beim Handel mit Dienstleistungen;

35. fordert das Vereinigte Königreich, die Kommission und die Mitgliedstaaten nachdrücklich auf, ihre Bemühungen um die gegenseitige Anerkennung von Berufsqualifikationen fortzusetzen, und fordert eine Beschleunigung der Verhandlungen sowie Lösungen, die eine reibungslosere Kurzzeitmobilität und grenzüberschreitende Erbringung von Dienstleistungen auf den Märkten der EU und des Vereinigten Königreichs ermöglichen; hebt die anhaltenden Hindernisse hervor, mit denen EU-Bürger und Staatsangehörige des Vereinigten Königreichs beim Zugang zu reglementierten Berufen konfrontiert sind; betont, dass es klarer und straffer Anerkennungsverfahren bedarf und auf beiden Seiten Berufsverbände und die zuständigen Behörden einbezogen werden müssen; stellt fest, dass bislang nur eine einzige Empfehlung für eine mögliche Vereinbarung über die gegenseitige Anerkennung im Rahmen des Handels- und Kooperationsabkommens eingegangen ist, und zwar in Bezug auf den Architektenberuf; fordert die Kommission und das Vereinigte Königreich auf, die Durchführung von Artikel 158 des Handels- und Kooperationsabkommens voranzutreiben und weiteren Sektoren wie dem Gesundheitswesen, dem Ingenieurwesen sowie juristischen und Finanzdienstleistungen Vorrang einzuräumen; betont, dass junge Menschen bei der Entwicklung zukunftsfähiger Kompetenzen unterstützt werden müssen, indem grenzüberschreitende Möglichkeiten für Aus- und Weiterbildung sowie berufliche Entwicklung erleichtert werden, unter anderem durch gezielte Investitionen in digitale und grüne Kompetenzen sowie in Finanzwissen; fordert eine Zusammenarbeit zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich bei Mobilitätsprogrammen und fordert die EU und das Vereinigte Königreich auf, ein ambitioniertes Abkommen über die Mobilität von Unternehmen auszuhandeln, wobei festzustellen ist, dass die Wirksamkeit von Regelungen über die gegenseitige Anerkennung von Berufsqualifikationen untrennbar mit vereinfachten Bestimmungen über die Einreise für Kurzzeitaufenthalte und den vorübergehenden Aufenthalt verbunden ist; fordert die Regierung des Vereinigten Königreichs auf, weiterhin alle erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, um gegen Diskriminierung von Bürgern der Mitgliedstaaten, die im Vereinigten Königreich leben, vorzugehen;

36. spricht sich dafür aus, dass die EU und das Vereinigte Königreich bei verschiedenen Aspekten der Regulierung des digitalen Handels eng zusammenarbeiten; begrüßt daher die von der EU und dem Vereinigten Königreich am 30. April 2024 unterzeichnete Verwaltungsvereinbarung über die Überwachung der von Anbietern großer Online-Plattformen unternommenen Anstrengungen zur Risikobewertung und -minderung; ist der Ansicht, dass die Regelungskonvergenz und der Dialog über die Rechtsvorschriften im digitalen Bereich insbesondere in Bezug auf Online-Plattformen gefördert werden sollten;

Gleiche Wettbewerbsbedingungen und Wettbewerbspolitik

37. weist erneut darauf hin, dass das Vereinigten Königreich die Komplikationen einräumen sollte, die mit einer unnötigen systematischen Auseinanderentwicklung der Rechtsvorschriften einhergehen würden, insbesondere in den Bereichen Schutz von

Beschäftigung und sozialen Rechten, Umwelt, personenbezogene Daten, staatliche Beihilfen und digitaler Handel sowie bei der Besteuerung, und die unweigerlich weitere Schwierigkeiten im Hinblick auf die im Handels- und Kooperationsabkommen zugesagten gleichen Wettbewerbsbedingungen sowie für Unternehmen aus der EU und dem Vereinigten Königreich und für den Handel zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich nach sich ziehen würden;

38. begrüßt den Abschluss des Abkommens über die Zusammenarbeit in Wettbewerbssachen zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich im Rahmen des Handels- und Kooperationsabkommens, das es der Kommission, den nationalen Wettbewerbsbehörden der Mitgliedstaaten sowie der Wettbewerbs- und Marktaufsichtsbehörde des Vereinigten Königreichs ermöglicht, bei wettbewerbsrechtlichen Untersuchungen direkt zusammenzuarbeiten; stellt fest, dass dies das erste EU-Abkommen über die Zusammenarbeit in Wettbewerbssachen ist, das es auch den zuständigen nationalen Behörden ermöglicht, direkt mit einer Wettbewerbsbehörde aus einem Drittland zusammenzuarbeiten; fordert seine rasche Ratifizierung, um die grenzüberschreitende Durchsetzung und Koordinierung in Wettbewerbsfällen zu stärken und gleichzeitig die Vertraulichkeit durch angemessene Freistellungen zu wahren;

39. begrüßt die Bemühungen der EU und des Vereinigten Königreichs, eine internationale Zusammenarbeit bei der Bewältigung der von künstlicher Intelligenz (KI) ausgehenden Herausforderungen und Risiken zu fordern, um eine globale KI-Governance auf der Grundlage demokratischer Werte, gemeinsamer Standards und robuster Schutzmaßnahmen zu fördern; stellt fest, dass die EU einen umfassenden risikobasierten Rechtsrahmen im Wege der 2024 erlassenen Verordnung über künstliche Intelligenz[29] verabschiedet hat, während das Vereinigte Königreich bislang einen weniger strengen Regulierungsansatz verfolgt und kein horizontales KI-Gesetz eingeführt hat; fordert eine stärkere Konvergenz der KI-Vorschriften zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich, damit diese dynamische Branche in einem sicheren Umfeld wachsen kann; bedauert in diesem Zusammenhang, dass das Vereinigte Königreich am 11. Februar 2025 auf dem internationalen Aktionsgipfel zur Künstlichen Intelligenz in Paris die Erklärung zum Thema „Inklusive und Nachhaltige Künstliche Intelligenz für die Menschen und den Planeten“ nicht unterzeichnet hat; betont, dass angesichts des Engagements beider Seiten für die Förderung sicherer, transparenter und rechenschaftspflichtiger KI-Systeme eine strukturierte Zusammenarbeit zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich im Bereich der KI-Governance wichtig ist, damit es nicht zu einer regulatorischen Fragmentierung kommt und die Beteiligung an der Festlegung von Normen und die Sondierung von Regelungen über die gegenseitige Anerkennung von Konformitätsbewertungen sichergestellt werden; bedauert, dass in der Vereinbarung über eine erneuerte Agenda für die Beziehungen zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich keine spezielle Verpflichtung zur Zusammenarbeit im Bereich der KI enthalten ist, obwohl es von strategischer Bedeutung ist, die

[29] Verordnung (EU) 2024/1689 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Juni 2024 zur Festlegung harmonisierter Vorschriften für künstliche Intelligenz und zur Änderung der Verordnungen (EG) Nr. 300/2008, (EU) Nr. 167/2013, (EU) Nr. 168/2013, (EU) 2018/858, (EU) 2018/1139 und (EU) 2019/2144 sowie der Richtlinien 2014/90/EU, (EU) 2016/797 und (EU) 2020/1828 (Verordnung über künstliche Intelligenz) (ABl. L, 2024/1689, 12.7.2024, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2024/1689/oj).

transnationale Angleichung bei der Entwicklung vertrauenswürdiger KI zu fördern, und weist darauf hin, dass Artikel 39 der Verordnung über künstliche Intelligenz die Anerkennung von in Drittländern niedergelassenen Konformitätsbewertungsstellen unter bestimmten Bedingungen und vorbehaltlich eines Abkommens zwischen der EU und dem betreffenden Drittland ermöglicht; betont, dass trotz übereinstimmender Prioritäten in Bezug auf risikobasierte Klassifizierung, urheberrechtlichen Schutz und Systemrisiken die Gefahr besteht, dass Rechtsvorschriften zunehmend voneinander abweichen, insbesondere mit Blick auf die verbindliche EU-Verordnung über künstliche Intelligenz und den sektorbezogenen Ansatz des Vereinigten Königreichs; nimmt die Absichtserklärung des Vereinigten Königreichs und der Vereinigten Staaten über KI zur Kenntnis, die zu einer Auseinanderentwicklung der Mindeststandards der EU und des Vereinigten Königreichs führen könnte, und fordert die Kommission auf, die Auswirkungen dieser Vereinbarung zu bewerten und dem Parlament darüber Bericht zu erstatten; besteht darauf, dass ein gemeinsames Verständnis der Vorteile und Herausforderungen von KI geschaffen wird; fordert den Ausbau des fachlichen Dialogs zwischen den Regulierungsbehörden, um die Interoperabilität der Vorschriften zu unterstützen und die Einhaltung der Vorschriften für Unternehmen zu vereinfachen; nimmt die aktuellen Diskussionen im Vereinigten Königreich über Änderungen der Vorschriften zum Urheberrecht zur Kenntnis; ist besorgt darüber, dass sich solche Pläne nachteilig auf europäische Künstler und Kulturschaffende auswirken könnten, insbesondere im Hinblick auf den Vorschlag, ein Opt-out-System einzurichten;

40. stellt fest, dass mit den Artikeln 103 bis 107 und 109 der Verordnung über künstliche Intelligenz bestehende Produktvorschriften der EU geändert werden, die gemäß Anhang 2 des Windsor-Rahmens für das und im Vereinte(n) Königreich in Bezug auf Nordirland gelten; nimmt den Beschluss des Rates vom 14. April 2025 zur Kenntnis, in dem der Standpunkt der Union im Gemischten Ausschuss EU-Vereintes Königreich hinsichtlich der Aufnahme der Verordnung über künstliche Intelligenz in Anhang 2 des Windsor-Rahmens dargelegt wird; stellt fest, dass eine stärkere Angleichung der Rechtsvorschriften in Bereichen wie Produktsicherheit und Marktüberwachung dazu beitragen kann, Rechtsklarheit und Marktkontinuität zu fördern; spricht sich für einen fortgesetzten Dialog zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich im Rahmen des Gemeinsamen Ausschusses aus, um für beide Seiten annehmbare Ansätze zu ermitteln, mit denen hohe Standards für den Verbraucherschutz und die Kohärenz der Rechtsvorschriften gewahrt werden;

41. weist darauf hin, dass im Rahmen des Handels- und Kooperationsabkommens die Bedeutung hoher Standards für den Datenschutz und die Privatsphäre anerkannt werden und gleichzeitig jeder Vertragspartei die Aufrechterhaltung der eigenen Regelungsautonomie ermöglicht wird; stellt fest, dass Risiken im Zusammenhang mit einer möglichen Auseinanderentwicklung der Rechtsvorschriften der EU und des Vereinigten Königreichs bestehen; stellt fest, dass die Datenschutzvorschriften des Vereinigten Königreichs der Datenschutz-Grundverordnung[30] (DSGVO) der EU nach wie vor weitgehend entsprechen, was die Aufrechterhaltung des Angemessenheitsbeschlusses der EU ermöglicht, der reibungslose Datenströme erleichtert, die für grenzüberschreitende Dienste von entscheidender Bedeutung sind;

---

30 Verordnung (EU) 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. April 2016 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten, zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung der Richtlinie 95/46/EG (ABl. L 119 vom 4.5.2016, S. 1, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2016/679/oj).

nimmt die laufende Reform des Datenschutzrahmens des Vereinigten Königreichs durch den Entwurf eines Gesetzes zur Datennutzung und zum Zugang zu Daten (Data (Use and Access) Bill) zur Kenntnis, mit dem eine Reihe wesentlicher Änderungen an den geltenden Bestimmungen des Vereinigten Königreich im Hinblick auf die Datenschutz-Grundverordnung eingeführt werden; bekräftigt, dass es wichtig ist, hohe Datenschutzstandards für die Übermittlung personenbezogener Daten zwischen den beiden Vertragsparteien und für die Verarbeitung dieser Daten sicherzustellen, einschließlich Daten von Personen, deren personenbezogene Daten im Vereinigten Königreich verarbeitet werden, insbesondere, wenn die Daten aus der EU stammen, und fordert einen regelmäßigen Informationsaustausch zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich; begrüßt die verstärkte Zusammenarbeit in Regulierungsfragen in Bezug auf Digitales, wie die Verwaltungsvereinbarung vom 30. April 2024 zwischen der Generaldirektion Kommunikationsnetze, Inhalte und Technologien der Kommission und dem Office of Communications (Ofcom) des Vereinigten Königreichs, in der dem Informationsaustausch über die Überwachung der Risikobewertungs- und Risikominderungsbemühungen durch Anbieter großer Online-Plattformen Vorrang eingeräumt wird; fordert einen verstärkten Dialog im Rahmen des im Handels- und Kooperationsabkommen vorgesehenen Handelssonderausschusses für Dienstleistungen, Investitionen und digitalen Handel, um stabile Bedingungen für die Datenübertragung sowie Rechtssicherheit für die Betreiber sicherzustellen;

42. weist darauf hin, dass der kontinuierliche freie Datenverkehr zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich von Angemessenheitsbeschlüssen der Kommission im Zusammenhang mit den Daten abhängt; stellt fest, dass die Kommission im Anschluss an ihre Bewertung des Gesetzes des Vereinigten Königreichs über den Zugang zu und die Nutzung von Daten (Data (Use and Access) Act) zu dem Schluss gekommen ist, dass der Rechtsrahmen des Vereinigten Königreichs weiterhin Datenschutzgarantien bietet, die im Wesentlichen denen der EU entsprechen; begrüßt, dass die Kommission vorgeschlagen hat, den derzeitigen Angemessenheitsbeschluss um sechs Jahre zu verlängern; ist der Ansicht, dass durch diese Verlängerung für Rechtssicherheit gesorgt werden dürfte und unnötige Befolgungskosten verhindert werden dürften sowie die Stabilität des grenzüberschreitenden Datenflusses und des digitalen Handels sichergestellt und dafür gesorgt werden dürfte, dass die Grundrechte der EU-Bürger im Rahmen des Handels- und Kooperationsabkommens weiterhin geachtet werden; betont, dass jede dauerhafte Regelung davon abhängig sein muss, dass die Datenschutzstandards des Vereinigte Königreichs im Rahmen seines neuen Rechtsrahmens weiterhin mit denen der EU im Einklang stehen und das Vereinigte Königreich ein hohes Schutzniveau für personenbezogene Daten, wie im EU-Recht vorgesehen, aufrechterhält; fordert die Regierung des Vereinigten Königreichs auf, dafür zu sorgen, dass legislative Entwicklungen im Vereinigten Königreich wie das Gesetz über den Zugang zu und die Nutzung von Daten von 2025 nicht zu niedrigeren Datenschutzstandards als denjenigen führt, die in der EU gelten;

43. nimmt die Stellungnahme 06/2025 des Europäischen Datenschutzausschusses zur Kenntnis, in der eine technische und befristete Verlängerung der Angemessenheitsbeschlüsse für das Vereinigte Königreich bis zum 27. Dezember 2025 nur befürwortet wird, um der Kommission Zeit zu geben, die Auswirkungen der Reform nach ihrer Annahme zu bewerten; weist darauf hin, dass die Kommission verpflichtet ist, alle maßgeblichen Entwicklungen im Vereinigten Königreich in diesem Zeitraum zu verfolgen und sicherzustellen, dass jeder künftige Angemessenheitsbeschluss auf einer umfassenden und aktuellen Bewertung des Datenschutzrahmens des Vereinigten

Königreichs beruht;

44. betont, dass bei Marktreformen im digitalen Sektor ähnliche Ansätze verfolgt werden müssen; fordert das Vereinigte Königreich auf, keine Maßnahmen zu ergreifen, die von den Grundprinzipien des EU-Gesetzes über digitale Märkte[31] und des EU-Gesetzes über digitale Dienste[32] abweichen;

45. weist darauf hin, dass die EU und das Vereinigte Königreichs ein gemeinsames Interesse an digitaler Konnektivität haben; empfiehlt, dass beide Vertragsparteien einen Rahmen für die Koordinierung des Informationsaustauschs zur Überwachung von Bedrohungen kritischer Konnektivitätsinfrastrukturen, einschließlich Unterwasserkabeln und Satelliten, einrichten;

46. bekräftigt, dass die EU und das Vereinigte Königreich ihrer im Handels- und Kooperationsabkommen festgelegten Verpflichtung nachkommen müssen, bei der Förderung transparenter und angemessener Tarife für internationale Roaming-Dienste zusammenzuarbeiten, um die Kosten für die Verbraucher in der EU und im Vereinigten Königreich zu senken;

47. weist erneut darauf hin, dass im Handels- und Kooperationsabkommen vorgesehen ist, dass die Wirtschaftspartnerschaft zwischen den beiden Vertragsparteien auf gleichen Wettbewerbsbedingungen für einen offenen und fairen Wettbewerb beruht und dass Handel und Investitionen in einer Weise erfolgen, die einer nachhaltigen Entwicklung, einschließlich der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung und des Umweltschutzes, förderlich ist; weist nochmals darauf hin, dass die Wahrung der Rechte der Arbeitnehmer in diesem Zusammenhang, wie unter anderem in den Artikeln 355, 386, 387, 399 und 524 des Handels- und Kooperationsabkommens dargelegt, von wesentlicher Bedeutung ist; stellt fest, dass sich beide Vertragsparteien gemäß Artikel 355 verpflichtet haben, ihre jeweiligen Standards in den unter Titel XI aufgeführten Bereichen beizubehalten und zu verbessern; weist nochmals darauf hin, dass die Wahrung der Rechte der Arbeitnehmer in diesem Zusammenhang, wie unter anderem in den Artikeln 355, 386, 387, 399 und 524 des Handels- und Kooperationsabkommens dargelegt, von wesentlicher Bedeutung ist; stellt fest, dass sich beide Vertragsparteien gemäß Artikel 355 verpflichtet haben, ihre jeweiligen Standards in den unter Titel XI aufgeführten Bereichen beizubehalten und zu verbessern;

48. begrüßt in diesem Zusammenhang die im Entwurf eines Gesetzes der Regierung des Vereinigten Königreichs zu Arbeitnehmerrechten 2024-2025 (Employment Rights Bill 2024-2025) enthaltenen Vorschläge zur Ausweitung der Rechte auf Tarifverhandlungen, zur Festlegung garantierter Arbeitsstunden für Arbeitnehmer und

---

31 Verordnung (EU) 2022/1925 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. September 2022 über bestreitbare und faire Märkte im digitalen Sektor und zur Änderung der Richtlinien (EU) 2019/1937 und (EU) 2020/1828 (Gesetz über digitale Märkte) (ABl. L 265 vom 12.10.2022, S. 1, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2022/1925/oj).

32 Verordnung (EU) 2022/2065 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. Oktober 2022 über einen Binnenmarkt für digitale Dienste und zur Änderung der Richtlinie 2000/31/EG (Gesetz über digitale Dienste) (**ABl. L 277 vom 27.10.2022, S. 1**, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2022/2065/oj)**.**

zur Aufhebung des Gesetzes von 2023 über Mindestdienstleistungsniveaus bei Streiks (Strikes (Minimum Service Levels) Act 2023); begrüßt in diesem Zusammenhang den Entwurf eines Gesetzes zu den Rechten der Arbeitnehmer („Good Jobs“ Employment Rights Bill), der von der dezentralen nordirischen Verwaltung in Belfast vorgelegt wurde und uneingeschränkt den EU-Standards entspricht;

49. stellt fest, dass die staatlichen Stellen des Vereinigten Königreichs der Kommission in ihrer offiziellen Antwort an die Kommission und in einer Reihe von technischen Sitzungen in Bezug auf das Gesetz für die Rücknahme und Reform des beibehaltenen EU-Rechts von 2023 (Retained EU Law (Revocation and Reform) Act 2023) mitgeteilt haben, dass das Ziel des Gesetzes nicht darin besteht, das Schutzniveau des Handels- und Kooperationsabkommens etwa in arbeitsrechtlichen Angelegenheiten zu senken; fordert die Kommission jedoch im Hinblick auf die weitreichende Ermächtigung der staatlichen Stellen des Vereinigten Königreichs zur Änderung des beibehaltenen EU-Rechts und die Rolle der Gerichte des Vereinigten Königreichs bei der Auslegung der beibehaltenen EU-Rechtsvorschriften zu einer genauen Überwachung des Gesetzes auf, um die Einhaltung des Abkommens sicherzustellen;

50. stellt fest, dass die Regierung des Vereinigten Königreichs im Oktober 2024 ihre Absicht bekannt gegeben hat, innerhalb des Ministeriums für Wirtschaft und Handel eine neue Agentur für faire Arbeit einzurichten, um die bestehenden staatlichen Durchsetzungsstellen für den Arbeitsschutz zu ersetzen;

51. fordert die Kommission und die Parlamentarische Partnerschaftsversammlung auf, die Sicherung des Schutzniveaus bei den Arbeitsnormen und weitere Entwicklungen bei den Arbeitnehmerrechten im Vereinigten Königreich genau zu überwachen, und ihre Bemühungen mit der Regierung des Vereinigten Königreichs um die Sicherstellung der vollständigen Einhaltung des Handels- und Kooperationsabkommens fortzusetzen; fordert die Kommission auf, alle verfügbaren Mittel zu nutzen, um etwaigen Bedenken Rechnung zu tragen, die die Anwendung von Titel XI Kapitel 6 des Handels- und Kooperationsabkommens erforderlich machen könnten, unter anderem durch den Dialog in der Parlamentarischen Partnerschaftsversammlung und in den Sonderausschüssen, die Konsultation der internen Beratungsgruppe der EU und erforderlichenfalls durch die Streitbeilegungsmechanismen gemäß Artikel 389 des Handels- und Kooperationsabkommens;

52. fordert die EU und das Vereinigte Königreich auf, Möglichkeiten einer weitergehenden Zusammenarbeit und eines weitergehenden Austauschs bewährter Verfahren in den Bereichen Beschäftigung und Sozialschutz zu prüfen; stellt fest, dass eine Zusammenarbeit das Potenzial aufweist, die Umsetzung und Durchsetzung der Beschäftigungspolitik zu verbessern und einen fairen Wettbewerb, nachhaltiges Wachstum für Unternehmen und faire Arbeitsbedingungen für Arbeitnehmer sowohl in der EU als auch im Vereinigten Königreich sicherzustellen; weist darauf hin, dass die Sozialpartner sowohl zur Überwachung als auch zur Durchsetzung des Handels- und Kooperationsabkommens einen echten Beitrag leisten und unter anderem die Befugnis haben, offizielle Beschwerden einzureichen;

53. begrüßt, dass die EU und das Vereinigte Königreich im Rahmen der IAO weiterhin zusammenarbeiten, vor allem an der Entwicklung eines neuen Instruments zur Regulierung der Plattformarbeit;

54. begrüßt die parallele Umsetzung des EU-Gesetzes über digitale Märkte und des Gesetzes des Vereinigten Königreichs über digitale Märkte, Wettbewerb und Verbraucher (Digital Markets, Competition and Consumers Act) als einen Schritt zur Förderung fairer und bestreitbarer digitaler Märkte; nimmt die gemeinsamen Regulierungsziele zur Kenntnis und betont, dass durch eine verstärkte Zusammenarbeit im Rahmen des Abkommens über die Zusammenarbeit in Wettbewerbssachen einer Fragmentierung entgegengewirkt werden muss; unterstützt die Erarbeitung einer Absichtserklärung zur Förderung des Regulierungsdialogs, des Informationsaustauschs und der Koordinierung von Durchsetzungsmaßnahmen, insbesondere in Bezug auf Torwächter-Plattformen; betont den Stellenwert einer Angleichung der Ansätze für den Wettbewerb auf digitalen Märkten, da dadurch grenzüberschreitende Sicherheit für Unternehmen und grenzüberschreitender Verbraucherschutz gefördert werden können;

55. fordert die Kommission auf, die Abweichungen der Rechtsvorschriften des Vereinigten Königreichs weiterhin sorgfältig zu beobachten, die ein Risiko hinsichtlich Verstößen gegen das Handels- und Kooperationsabkommen darstellen könnten, insbesondere in Bereichen, die für gleiche Wettbewerbsbedingungen relevant sind, zum Beispiel Subventionskontrolle, KI, Besteuerung, Arbeits- und Sozialnormen, Umwelt und Vorschriften im Bereich Klimawandel, und festgestellte Fälle von Abweichungen, die zu niedrigeren Sozial-, Arbeits- und Umweltschutzstandards für die Bürger und die Verbraucher sowohl in der EU als auch im Vereinigten Königreich führen können, anzugehen; empfiehlt die Einrichtung einer Beobachtungsstelle für die Auseinanderentwicklung der Rechtsvorschriften der EU und des Vereinigten Königreichs, um künftige Änderungen der Rechtsvorschriften in den Bereichen Verkehrssicherheit, Umweltnormen und Fahrgastrechte zu überwachen und zu melden; betont, dass ein proaktiver Regulierungsdialog wichtig ist, damit es nicht zu einer unnötigen Auseinanderentwicklung und Marktfragmentierungen kommt; fordert die Kommission auf, dem Parlament Zugang zu den Daten zu gewähren, die durch die Veröffentlichung von Jahresberichten gewonnen wurden; hebt die besondere Herausforderung hervor, die eine Auseinanderentwicklung der Rechtsvorschriften für Nordirland aufgrund seines einzigartigen doppelten Zugangs zum EU-Markt und zum Markt des Vereinigten Königreichs gemäß dem Windsor-Rahmen darstellt; betont, dass es genau abgestimmter Frühwarnmechanismen und Folgenabschätzungen zu neuen Rechtsvorschriften mit Schwerpunkt auf Nordirland bedarf, damit die Rechtssicherheit, die Aufrechterhaltung des Betriebs und der Friedensprozess durch eine Auseinanderentwicklung nicht untergraben werden und um Abweichungen so gering wie möglich zu halten und zu verhindern, dass Unterschiede zu Handelshemmnissen werden; fordert eine verstärkte Zusammenarbeit mit den lokalen Interessenträgern und den im Rahmen des Karfreitagsabkommens eingerichteten Nord/Süd-Einrichtungen;

Finanzdienstleistungen

56. stellt fest, dass im Bereich der Finanzdienstleistungen ein hohes Maß an Zusammenarbeit und ein zukunftsorientierter Dialog zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich erforderlich sind; weist darauf hin, dass das Gemeinsame Forum der EU und des Vereinigten Königreichs für Finanzregulierung seit seiner Einrichtung nur drei Sitzungen abgehalten hat;

57. spricht sich für einen zukunftsorientierten Dialog im Gemeinsamen Forum der EU und des Vereinigten Königreichs für Finanzregulierung aus, mit dem ein hohes Maß an Übereinstimmung der jeweiligen Regulierungssysteme gefördert und dazu beigetragen

wird, gemeinsame Anliegen im Zusammenhang mit der Finanzstabilität, dem Anlegerschutz, der Bekämpfung der Geldwäsche und der Verhinderung von Terrorismusfinanzierung zu ermitteln und zu behandeln, um grenzüberschreitende Investitionen zu erleichtern und Innovationen auf den Finanzmärkten sowie die Zusammenarbeit in internationalen Foren und bei der Umsetzung internationaler Standards zu fördern; stellt fest, dass dies den Austausch von Informationen über regulatorische Entwicklungen, den Meinungsaustausch über die jeweiligen Strategien, Vorschriften und Verfahren in Bezug auf Anerkennungsregelungen, wie Gleichwertigkeit, und auch Risikoanalysen und die potenziellen wirtschaftlichen Auswirkungen vorgeschlagener Maßnahmen sowie Themen im Zusammenhang mit der freiwilligen technischen Konvergenz umfassen kann, die für mehr Stabilität und Effizienz der Handelsströme sorgen; weist auf das Potenzial des Forums hin, einen kohärenten Ansatz zu fördern, wenn dies möglich ist, und einen Rahmen für die Beilegung von Streitigkeiten zu schaffen, und fordert die Kommission auf, das Forum zu stärken und auf dieser Zusammenarbeit aufzubauen; fordert die Kommission auf, das Parlament umfassend und rechtzeitig über die Vorbereitung und die Ergebnisse der halbjährlichen Treffen zu unterrichten;

58. ist der Ansicht, dass die Effizienz und Wettbewerbsfähigkeit der Nachhandelsfinanzmarktdienstleistungen von entscheidender Bedeutung sind, um eine gut funktionierende Spar- und Investitionsunion sicherzustellen, und begrüßt den zunehmenden Konsens zwischen dem Vereinigten Königreich und der EU in dieser Frage; begrüßt die vorläufige politische Einigung, die Abwicklungsfrist für Transaktionen mit übertragbaren Wertpapieren auf einen Tag nach dem Handel zu verkürzen;

59. weist darauf hin, dass die britischen Marktteilnehmer nach dem Austritt des Vereinigten Königreichs aus der EU keinen automatischen Zugang mehr zum Binnenmarkt für Finanzdienstleistungen haben; hebt hervor, dass die EU nur für einen bestimmten Teilbereich der Finanzdienstleistungen – zentrale Gegenparteien – einen befristeten Gleichwertigkeitsbeschluss erlassen hat, während Unternehmen aus Drittländern gemäß dem EU-Rahmen für Gleichwertigkeit bei Finanzdienstleistungen Zugang zum EU-Markt haben, sofern ihr Regulierungs- und Aufsichtsrahmen als den EU-Standards gleichwertig erachtet wird; weist erneut darauf hin, dass die EU einen Gleichwertigkeitsbeschluss jederzeit einseitig zurückziehen kann, wenn die Bedingungen für die Gewährung von Gleichwertigkeit nicht mehr erfüllt sind; stellt fest, dass dafür gesorgt werden muss, dass den KMU beider Vertragsparteien eine verstärkte finanzielle Zusammenarbeit zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich zugutekommt; betont, dass die Erleichterung des grenzüberschreitenden Zugangs zu Finanzmitteln wichtig ist; fordert die Kommission auf, weitere Gleichwertigkeitsbeschlüsse zu erörtern, um sowohl Unternehmen aus dem Vereinigten Königreich als auch Unternehmen aus der EU die Vorteile eines erweiterten Marktzugangs zu bieten;

60. begrüßt die Einbeziehung des Meinungsaustauschs über Gleichwertigkeitsbeschlüsse in den Zuständigkeitsbereich des im Handels- und Kooperationsabkommen vorgesehenen Forums für die Zusammenarbeit in Regulierungsfragen; fordert im Interesse eines verstärkten Handels und einer verstärkten Zusammenarbeit eine regelmäßige Erörterung und Prüfung solcher Fragen, insbesondere in Bezug auf Finanz- und Investitionsdienstleistungen; fordert die Kommission auf, bei der Bewertung und Annahme von Gleichwertigkeitsbeschlüssen strategisch vorzugehen, diese Beschlüsse

an Bedingungen zu knüpfen und sicherzustellen, dass die EU-Standards bei der Gewährung des Marktzugangs für Finanzdienstleistungsunternehmen aus dem Vereinigten Königreich jeweils vollständig erfüllt sind; ist der Ansicht, dass bei der Bewertung der Gleichwertigkeit kein strikt sektorspezifischer Ansatz verfolgt, sondern eine breitere zukunftsorientierte Perspektive eingenommen werden sollte, um dem allgemeinen Regulierungs- und Aufsichtsrahmen des Drittlands, einschließlich seiner Verpflichtungen in Bezug auf fairen Wettbewerb, Bekämpfung der Geldwäsche, Zusammenarbeit im Steuerbereich, Anlegerschutz und Finanzstabilität, Rechnung zu tragen, um so die Finanzstabilität der Union und die Integrität des Binnenmarkts zu wahren und Regulierungsarbitrage zu verhindern;

61. weist darauf hin, dass Beschlüsse über die Gleichwertigkeit EU-Unternehmen im Hinblick auf einen besseren Zugang zum Markt des Vereinigten Königreichs, auch in Bezug auf Bankgeschäfte, Zahlungsdienste, Wertpapierdienstleistungen und Versicherungen, zugutekommen könnten, und betont, dass offene und gut strukturierte finanzielle Beziehungen zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich zu einem wettbewerbsfähigeren Finanzierungsumfeld für KMU beitragen müssen;

62. stellt gleichzeitig fest, dass das Vereinigte Königreich die Absicht bekundet hat, in bestimmten Bereichen Vorschriften zu erlassen, die von denen der EU abweichen; ist besorgt darüber, dass eine solche Abweichung die gleichen Wettbewerbsbedingungen zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich untergraben könnte; fordert eine genaue Überwachung dieser Entwicklungen und ihrer potenziellen Auswirkungen auf die EU-Märkte, unter anderem durch die strategische Nutzung von Gleichwertigkeitsbeschlüssen;

63. nimmt zur Kenntnis, dass die Nutzung von Kryptowerten, auch wenn manche in erster Linie spekulativer Natur sind, im Finanzsektor zunimmt, und fordert einen koordinierten Ansatz im Bereich der Regulierung und Beaufsichtigung von Kryptowerten, um die Risiken in Bezug auf Verbraucherschutz, Marktintegrität und Geldwäsche zu bewältigen sowie den Bedenken hinsichtlich der Umweltauswirkungen wirksam Rechnung zu tragen; stellt mit Besorgnis fest, dass Emittenten von Stablecoins bei ihrer Tätigkeit im Vereinigten Königreich vom Regulierungs- und Aufsichtsrahmen des Vereinigten Königreichs befreit sein werden, und unterstreicht, dass die Bemühungen der EU um die Sicherstellung der Kohärenz der Rechtsvorschriften, eine solide Aufsicht, finanzielle Widerstandsfähigkeit in allen Rechtsräumen und globale Finanzstabilität untergraben würden, wenn das Vereinigte Königreich eine bilaterale Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten im Rahmen eines weniger strengen Regulierungsmodells unterhalten würde; fordert das Vereinigte Königreich daher auf, ähnliche Rechtsvorschriften wie die Verordnung (EU) 2023/1114 über Märkte für Kryptowerte[33] zu erlassen; weist warnend auf die systemischen Risiken hin, die ein weniger strenger Aufsichtsrahmen mit sich bringen kann, und empfiehlt, nicht von den vom Rat für Finanzstabilität ausgesprochenen Empfehlungen zur Regulierung von Kryptowerten abzuweichen, da dies die globale Finanzstabilität untergraben könnte; ist der Ansicht, dass die EU und das Vereinigte Königreich im Rahmen der internationalen

[33] Verordnung (EU) 2023/1114 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 31. Mai 2023 über Märkte für Kryptowerte und zur Änderung der Verordnungen (EU) Nr. 1093/2010 und (EU) Nr. 1095/2010 sowie der Richtlinien 2013/36/EU und (EU) 2019/1937 (ABl. L 150 vom 9.6.2023, S. 40, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2023/1114/oj).

Gemeinschaft zusammenarbeiten sollten, um ein gemeinsames Verständnis der Vorteile und Risiken der Nutzung von KI im Bereich Finanzdienstleistungen zu entwickeln;

64. unterstützt und begrüßt die rasche Entwicklung des digitalen Euro, der Bargeld ergänzt, jedoch nicht ersetzt; hebt hervor, dass die EU im Zahlungsverkehrssektor in hohem Maße von ausländischen Unternehmen abhängig ist; stellt fest, dass die EU im Sinne der digitalen und finanziellen Souveränität dringend ihre Unabhängigkeit von ausländischen Zahlungsdienstleistern sicherstellen muss;

65. ist der Ansicht, dass die mögliche Einführung digitaler Zentralbankwährungen sowohl in der EU als auch im Vereinigten Königreich wirtschaftliche Auswirkungen auf die Beziehungen zwischen beiden Vertragsparteien und auf die strategische Autonomie haben könnte;

66. unterstützt nachdrücklich die weitere Zusammenarbeit zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich bei der Bekämpfung der internationalen Geldwäsche und der Terrorismusfinanzierung, der Bekämpfung schädlicher Steuerregelungen und der Umsetzung von Sanktionen; begrüßt, dass die EU das Gesetzgebungspaket zur Bekämpfung der Geldwäsche angenommen hat und sich das Vereinigte Königreich weiterhin für die Bekämpfung der Geldwäsche und anderer Arten von Finanzkriminalität einsetzt, insbesondere in seinen überseeischen Gebieten und den der englischen Krone unterstehenden Gebieten;

67. ist besorgt darüber, dass das Vereinigte Königreich neue Freihäfen als nationale Drehkreuze zur Stärkung des globalen Handels und zur Förderung von Investitionen einrichtet, die umfangreiche Steuervergünstigungen, deregulierend wirkende Systeme und öffentliche Subventionen bieten;

68. hebt das Bekenntnis beider Vertragsparteien zum Zwei-Säulen-Ansatz des Inklusiven Rahmens der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) und der G20 hervor; bedauert die Durchführungsverordnung des US-Präsidenten vom 20. Januar 2025, wonach das globale Steuerabkommen der OECD in den Vereinigten Staaten weder Gültigkeit noch Wirksamkeit besitzt; fordert beide Vertragsparteien auf, in internationalen Foren konstruktiv zusammenzuarbeiten, um die multilaterale Kooperation im Steuerbereich zu wahren, die weltweite Umsetzung der Mindeststeuerstandards der zweiten Säule zu fördern und die Kohärenz mit von den Vereinten Nationen entwickelten Initiativen sicherzustellen;

69. stellt fest, dass das Handels- und Kooperationsabkommen die Verpflichtung enthält, die Zusammenarbeit bei den wichtigsten globalen Herausforderungen zu fördern und dabei die jeweiligen Befugnisse im Bereich der direkten Steuern zu achten; begrüßt daher den ersten Dialog zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich über die Bekämpfung schädlicher Steuerregelungen, der am 10. Oktober 2024 in Form eines Forums für Diskussionen über die Gestaltung und Umsetzung internationaler Standards zur Bekämpfung schädlicher Steuerregelungen stattfand; erachtet es als dringend geboten, die Dynamik bei der Koordinierung der internationalen Steuerreform durch die EU und das Vereinigte Königreich aufrechtzuerhalten;

70. unterstützt die fortgesetzte Zusammenarbeit zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich bei der Bekämpfung von Geldwäsche, Terrorismusfinanzierung, schädlichen Steuerpraktiken und Betrug; betont, dass die Abweichungen der

Rechtsvorschriften des Vereinigten Königreichs genau überwacht werden müssen, um Regulierungsarbitrage und finanzielle Risiken für die EU zu verhindern und gleiche Wettbewerbsbedingungen sicherzustellen; fordert beide Vertragsparteien auf – unter uneingeschränkter Achtung der nationalen Steuerhoheit – im Rahmen einschlägiger bilateraler und multilateraler Foren proaktiv zusammenzuarbeiten, um faire und nachhaltige Steuersysteme voranzubringen;

71. begrüßt die vollständige Umsetzung des Protokolls über die Zusammenarbeit der Verwaltungsbehörden und die Betrugsbekämpfung auf dem Gebiet der Mehrwertsteuer und über die Amtshilfe bei der Beitreibung von Forderungen in Bezug auf Steuern und Abgaben (Mehrwertsteuerprotokoll) im Jahr 2024; empfiehlt, dass die EU und das Vereinigte Königreich eine gemeinsame jährliche Überprüfung der Umsetzung und Wirksamkeit des Mehrwertsteuerprotokolls durchführen, ein Forum für Diskussionen über die sich abzeichnenden Entwicklungen beim Mehrwertsteuerbetrug und die Herausforderungen bei der grenzüberschreitenden Beitreibung der Mehrwertsteuer einrichten und prüfen, ob zusätzliche gemeinsame Maßnahmen zur Bewältigung dieser Probleme erforderlich sind;

72. betont, dass die Marktteilnehmer in der EU in hohem Maße auf Clearingstellen mit Sitz im Vereinigten Königreich angewiesen sind, wobei mehr als 90 % der auf Euro lautenden Zinsderivate in Clearingstellen mit Sitz in der City of London bearbeitet werden; ist der Ansicht, dass diese massive Konzentration ein strategisches Risiko für die Finanzstabilität der EU darstellen könnte; ist der Ansicht, dass das richtige Gleichgewicht zwischen einer erheblichen Verringerung der übermäßigen Abhängigkeit von Clearingstellen mit Sitz im Vereinigten Königreich einerseits und der Schaffung von Klarheit für die Finanzmarktteilnehmer in der EU andererseits gefunden werden sollte; nimmt die im Dezember 2024 angenommenen Aktualisierungen der Verordnung über europäische Marktinfrastrukturen[34] zur Kenntnis, mit denen dieser übermäßigen Abhängigkeit durch die Einführung einer Anforderung in Bezug auf aktive Konten entgegengewirkt werden soll;

73. ist jedoch besorgt darüber, dass der Beschluss der Kommission, die Gleichwertigkeit für zentrale Gegenparteien des Vereinigten Königreichs um weitere drei Jahre bis zum 30. Juni 2028 zu verlängern, das Risiko einer Verzögerung bei der Entwicklung der Anforderung in Bezug auf aktive Konten birgt;

74. fordert die Kommission auf, in der Zwischenzeit im Sinne des strategischen Ziels der EU, übermäßige Risikopositionen gegenüber zentralen Gegenparteien aus Drittstaaten mit wesentlicher Systemrelevanz zu verringern, eine dauerhafte und solide Lösung einzuführen, um die übermäßige Abhängigkeit von zentralen Gegenparteien im Vereinigten Königreich zu verringern; weist darauf hin, dass das Parlament stets betont hat, dass Clearingtätigkeiten in die EU verlagert werden müssen, und dass durch eine längere Aufrechterhaltung der Gleichwertigkeit vor dem Hintergrund einer Auseinanderentwicklung der Rechtsvorschriften die Finanzstabilität untergraben und die Marktautonomie der EU geschwächt wird sowie widersprüchliche Signale an die Marktteilnehmer gesendet werden;

---

34 Verordnung (EU) Nr. 648/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 4. Juli 2012 über OTC-Derivate, zentrale Gegenparteien und Transaktionsregister (ABl. L 201 vom 27.7.2012, S. 1, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2012/648/oj).

75. stellt fest, dass Dienstleistungserbringern aus dem Vereinigten Königreich im Bereich Finanzdienstleistungen infolge des Austritts des Vereinigten Königreichs aus der EU der „Herkunftsland“-Grundsatz und der „Europäische Pass“ nicht mehr zugutekommen, die einen direkten Zugang zum EU-Binnenmarkt ermöglichen, während die integrierte globale Wirtschaft eine enge Zusammenarbeit zwischen den Behörden, auch im Bereich Finanzdienstleistungen und Zahlungen, erfordert; betont ferner, dass die dem Handels- und Kooperationsabkommen zugrunde liegenden Bestimmungen zur Sicherstellung gleicher Wettbewerbsbedingungen insbesondere in Bezug auf Subventionen nicht ausreichen, und fordert strenge und transparente Kontrollen staatlicher Beihilfen, begleitet von einer wirksamen innerstaatlichen Durchsetzung und einem verbindlichen Streitbeilegungsmechanismus, um Wettbewerbsverzerrungen zu verhindern und für faire Handelsbedingungen zu sorgen;

76. nimmt die bevorstehende Strategie des Vereinigten Königreichs für Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit von Finanzdienstleistungen zur Kenntnis, mit der Investitionen in der gesamten Wirtschaft mobilisiert werden sollen; fordert die EU und das Vereinigte Königreich auf, ihre jeweiligen Wettbewerbsstrategien für den Finanzdienstleistungssektor eng aufeinander abzustimmen;

77. bringt seine Besorgnis über die Pläne der britischen Regulierungsbehörde für Zahlungssysteme zum Ausdruck, insbesondere für Banken, Kartenanbieter und andere Zahlungsdienstleister aus der EU eine Preisobergrenze für grenzüberschreitende Interbankenentgelte für Verbraucher bei Card-not-present-Transaktionen zwischen dem Vereinigten Königreich und dem Europäischen Wirtschaftsraum einzuführen; betont, dass zwei von drei alternativen Preisobergrenzen deutlich unter der entsprechenden für Banken aus dem Vereinigten Königreich festgelegten Preisobergrenze liegen, was Bedenken hinsichtlich der Einhaltung des Grundsatzes der Nichtdiskriminierung im Rahmen des Handels- und Kooperationsabkommens aufwirft; betont daher, dass dafür gesorgt werden muss, dass der Grundsatz der Nichtdiskriminierung bei allen Regulierungsmaßnahmen eingehalten wird; fordert die britische Regulierungsbehörde für Zahlungssysteme auf, dafür zu sorgen, dass die mit Blick auf die Interbankenentgelte aufgenommene Arbeit fortgesetzt wird, um Rückschritten bei Rechtsvorschriften entgegenzuwirken und für ein faires Umfeld für europäische Anbieter zu sorgen;

78. stellt fest, dass über den rechtsverbindlichen Rahmen des Handels- und Kooperationsabkommens hinaus eine verstärkte Zusammenarbeit im Bereich Finanzdienstleistungen wichtig ist, um gemeinsame Herausforderungen zu bewältigen und Möglichkeiten für eine engere und kontinuierliche Zusammenarbeit auszuloten, insbesondere durch ein Engagement auf höchster Ebene, damit die Vorteile global vernetzter Finanzsysteme vor dem Hintergrund der Schaffung einer Spar- und Investitionsunion und der City of London als florierendem Zentrum für Finanzdienstleistungen genutzt werden können;

79. betont, dass verbesserte Wirtschaftsbeziehungen zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich angesichts der verstärkten transatlantischen Spannungen wichtiger denn je sind; fordert die Kommission und die Regierung des Vereinigten Königreichs auf, in internationalen Foren für Finanzdienstleistungen eng zusammenzuarbeiten, um der europäischen Perspektive Geltung zu verschaffen; stellt fest, dass dafür gesorgt werden muss, dass die KMU beider Vertragsparteien von einer verstärkten finanziellen Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Union und dem Vereinigten Königreich

profitieren; betont, dass die Standards, für die in internationalen Foren wie der Internationalen Organisation der Börsenaufsichtsbehörden, dem Rat für Finanzstabilität, der Arbeitsgruppe „Bekämpfung der Geldwäsche und der Terrorismusfinanzierung“ oder dem Basler Ausschuss für Bankenaufsicht eine Einigung erzielt wurde, weiterhin die Grundlage für die Zusammenarbeit der EU und dem Vereinigten Königreich bilden sollten und dass Abweichungen hiervon gebührend begründet werden müssen;

80. ist besorgt über die Entscheidung des Vereinigten Königreichs, die Umsetzung von Basel III für Banken um ein Jahr, d. h. bis zum 1. Januar 2027, aufzuschieben; fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, die Umsetzung der von den gesetzgebenden Organen gebilligten Basel-III-Standards sicherzustellen, und fordert die Kommission auf, weiterhin zu beobachten, wie die international vereinbarten Basel-III-Standards in anderen wichtigen Drittstaaten umgesetzt werden;

81. nimmt das erhebliche Wachstum der Finanzinstitute des Nichtbankensektors in der EU und im Vereinigten Königreich sowie die vom Europäischen Ausschuss für Systemrisiken (ESRB) ermittelten großen Schwachstellen in diesem Sektor, insbesondere in Bezug auf Hebeleffekte und Liquiditätsinkongruenzen, zur Kenntnis; teilt die Bedenken hinsichtlich der Widerstandsfähigkeit der Finanzinstitute des Nichtbankensektors, insbesondere unter Marktstress, wie sie vom ESRB und dem Finanzpolitischen Ausschuss des Vereinigten Königreichs in diesem Zusammenhang geäußert wurden, und fordert eine verstärkte Überwachung und Beaufsichtigung dieser Institute;

82. bekräftigt in diesem Zusammenhang, dass es wichtig ist, dass die Empfehlungen des Rates für Finanzstabilität rechtzeitig umgesetzt werden, um die Widerstandsfähigkeit von Geldmarktfonds zu erhöhen, insbesondere durch die Beseitigung von Faktoren, die einen Bankensturm auslösen können; fordert die Kommission daher auf, im Einklang mit den Empfehlungen des Rates für Finanzstabilität rasch einen überarbeiteten Vorschlag für Geldmarktfonds vorzulegen;

83. nimmt die von den staatlichen Stellen des Vereinigten Königreichs angekündigten Pläne zur Kenntnis, einen weniger strengen Regelungsrahmen für einige alternative Investmentfonds zu schaffen; betont, dass Vereinfachung nicht als Vorwand genutzt werden darf, hinter dem sich eine Deregulierungspolitik versteckt; unterstützt Vereinfachungsmaßnahmen, sofern die politischen Ziele unberührt bleiben; fordert die staatlichen Stellen des Vereinigten Königreichs daher auf, eng mit der EU zusammenzuarbeiten, um sicherzustellen, dass die Richtlinie 2011/61/EU über die Verwalter alternativer Investmentfonds[35] durch diese geplante Reform nicht ausgehöhlt wird, insbesondere hinsichtlich der Regeln zu einer Übertragung;

Geistiges Eigentum, öffentliches Beschaffungswesen und KMU

84. betont, dass die Ausweitung des Spektrums der Wirtschaftszweige, die unter das im Handels- und Kooperationsabkommen enthaltene Kapitel über das öffentliche

---

35 Richtlinie 2011/61/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 8. Juni 2011 über die Verwalter alternativer Investmentfonds und zur Änderung der Richtlinien 2003/41/EG und 2009/65/EG und der Verordnungen (EG) Nr. 1060/2009 und (EU) Nr. 1095/2010 (ABl. L 174 vom 1.7.2011, S. 1, ELI: http://data.europa.eu/eli/dir/2011/61/oj).

Beschaffungswesen fallen, ein sinnvoller Schritt wäre, um verstärkt für gleiche Wettbewerbsbedingungen zu sorgen; begrüßt das Vergabegesetz des Vereinigten Königreichs von 2023 und insbesondere die Vorteile, die es durch eine verstärkte Standardisierung und Straffung der Vergabeverfahren bietet, und betont, dass ein fairer Zugang zum öffentlichen Beschaffungswesen sichergestellt werden muss; fordert die Regierung des Vereinigten Königreichs sowie die Kommission nachdrücklich auf, den Marktzugang für KMU zu verbessern, indem der Verwaltungsaufwand verringert wird, und dadurch wirtschaftliche Chancen sowie Anreize für deren Nutzung zu schaffen; betont in diesem Zusammenhang, dass es wichtig ist, Hindernisse, die beim grenzüberschreitenden Handel für KMU bestehen, abzubauen und im Rahmen der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit einen fairen Wettbewerb und wirtschaftliche Chancen zu fördern;

85. fordert die Kommission auf, das KMU-Kapitel des Handels- und Kooperationsabkommens vollständig umzusetzen, indem sie rasch die im Abkommen vorgesehenen KMU--Kontaktstellen einsetzt und die aktive Beteiligung von Organisationen, die KMU vertreten, sicherstellt; ist der Ansicht, dass der KMU-Ausschuss damit beauftragt werden sollte, Handelshemmnisse, einschließlich Investitionshemmnisse, zu ermitteln, die speziell KMU betreffen, und gezielte Lösungen zur Verringerung der Befolgungskosten und des Regelungsaufwands vorzuschlagen, unter anderem im Wege des Austauschs über bewährte Verfahren in Bezug auf KMU-Förderprogramme und die digitale Unternehmensregistrierung; betont, dass die Mobilität von Unternehmen flexibler gestaltet werden muss, indem die Liste der Tätigkeiten erweitert wird, die im Rahmen von Regelungen für visafreie Kurzzeitaufenthalte zulässig sind, und indem die Kosten und Komplexität der Visaverfahren für KMU verringert werden;

86. fordert darüber hinaus, dass bei Verfahren des öffentlichen Beschaffungswesens für bestimmte Wirtschaftszweige Nachhaltigkeitskriterien berücksichtigt werden, sofern dies angemessen und verhältnismäßig ist; betont, dass Maßnahmen ergriffen werden sollten, um die Beteiligung von KMU zu fördern, wobei hierzu unter anderem die Vereinfachung der Verfahren, Bürokratieabbau und die Sicherstellung einer transparenten Veröffentlichung von Bekanntmachungen und Kriterien gehören; stellt fest, dass die EU und das Vereinigte Königreich für einen diskriminierungsfreien gegenseitigen Zugang zu ihren jeweiligen Märkten für öffentliche Aufträge sorgen sollten;

Umwelt

87. hebt hervor, dass das Risiko einer zunehmenden Auseinanderentwicklung der Umweltpolitik der EU und des Vereinigten Königreichs steigt, was zu wirtschaftlichen Verwerfungen führen und die Umweltziele gefährden könnte; weist auf die gemeinsamen geopolitischen Herausforderungen und die gemeinsamen Umweltziele der EU und des Vereinigten Königreichs hin; spricht sich für eine weitere strategische Zusammenarbeit und Abstimmung in den Bereichen Umwelt, Naturschutz und biologische Vielfalt aus;

88. betont, dass die Insel Irland aus ökologischer Sicht eine Einheit bildet; hebt erneut hervor, dass sich die britische Umweltpolitik auf die Umwelt auf der gesamten Insel Irland und damit auch auf das Erreichen der Umweltschutzziele der EU auswirkt; betont, dass die Zusammenarbeit in Umweltfragen durch die im Rahmen des

Karfreitagsabkommens eingerichteten Institutionen verstärkt werden muss;

89. bekräftigt die Forderungen nach einer engeren bilateralen Zusammenarbeit im Bereich der Vorschriften für Chemikalien[36]; empfiehlt, die Regierung des Vereinigten Königreichs und die zuständigen dezentralen Behörden zur bevorstehenden Überarbeitung der REACH-Verordnung[37] um Beiträge zu ersuchen, um die Zusammenarbeit und die Konvergenz der Rechtsvorschriften zu fördern und so den sicheren und rechtskonformen grenzüberschreitenden Chemikalienhandel zu erleichtern und gleichzeitig ein hohes Umweltschutzniveau aufrechtzuerhalten;

90. begrüßt, dass das Vereinigte Königreich die CE-Kennzeichnung mit Blick auf die Ökodesign-Anforderungen für energieverbrauchsrelevante Produkte und die Beschränkungen für gefährliche Stoffe in Elektro- und Elektronikgeräten anerkennt; begrüßt, dass dies den weiteren Handel zwischen dem Vereinigten Königreich und der EU erleichtert und gleichzeitig den Befolgungsaufwand für die Hersteller verringert;

91. fordert eine stärkere Rolle der Interessenträger der Wirtschaft und der Zivilgesellschaft bei den Umsetzungs-, Überwachungs- und Beratungsverfahren im Zusammenhang mit den Verpflichtungen in den Bereichen Handel und nachhaltige Entwicklung im Rahmen des Handels- und Kooperationsabkommens zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich im Einklang mit der gemeinsamen Erklärung der internen Beratungsgruppen der EU und des Vereinigten Königreichs;

92. weist erneut darauf hin, dass sich die EU und das Vereinigte Königreich im Rahmen des Handels- und Kooperationsabkommens verpflichtet haben, in den Bereichen Abfallvermeidung, Abfallentsorgung und Kreislaufwirtschaft ein hohes Maß an Umweltschutz aufrechtzuerhalten; betont, dass eine bessere Planung und Abstimmung erforderlich ist, um ihre Infrastruktur für die Abfallentsorgung anzupassen und für ausreichende Kapazitäten für Recycling, Reparatur, Wiederaufarbeitung und Abfallbehandlung entsprechend der Abfallhierarchie zu sorgen und Lösungen zur Verringerung und Bekämpfung von Restabfallströmen zu fördern;

93. betont, dass eine enge Koordinierung zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich bei der möglichen Einbeziehung der Abfallwirtschaft in das EU-Emissionshandelssystem wichtig ist, um für eine Angleichung der Rechtsvorschriften zu sorgen, die Verlagerung von CO_2-Emissionen zu verhindern und einen fairen

---

36 Regierung des Vereinigten Königreichs und Europäische Kommission, 2023, Protokoll: „Dritte Sitzung des Handelspartnerschaftsausschusses im Rahmen des Handels- und Kooperationsabkommens zwischen dem Vereinigten Königreich und der EU“, 7. Dezember 2023, London und virtuelles Format (Gastgeber: Vereinigtes Königreich); gemeinsame Erklärung der internen Beratungsgruppen der EU und des Vereinigten Königreichs zum Handels- und Kooperationsabkommen zwischen dem Vereinigten Königreich und der EU, 19. September 2024.

37 Verordnung (EG) Nr. 1907/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. Dezember 2006 zur Registrierung, Bewertung, Zulassung und Beschränkung chemischer Stoffe (REACH), zur Schaffung einer Europäischen Chemikalienagentur, zur Änderung der Richtlinie 1999/45/EG und zur Aufhebung der Verordnung (EWG) Nr. 793/93 des Rates, der Verordnung (EG) Nr. 1488/94 der Kommission, der Richtlinie 76/769/EWG des Rates sowie der Richtlinien 91/155/EWG, 93/67/EWG, 93/105/EG und 2000/21/EG der Kommission, ABl. L 396 vom 30.12.2006, S. 1. ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2006/1907/oj).

grenzüberschreitenden Wettbewerb aufrechtzuerhalten;

94. stellt fest, dass industrielle Offshore-Tätigkeiten und groß angelegte Projekte im Bereich der nachhaltigen Energie, wie Meereswindparks, mit den Naturschutzzielen von Natura-2000-Gebieten und Meeresschutzgebieten in Konflikt stehen können, wodurch möglicherweise auch Meeresböden und Fanggründe geschädigt werden; betont, dass ein sorgfältiges Ausbalancieren von Umweltzielen, nachhaltiger Fischerei und der Erzeugung von Energie aus erneuerbaren Quellen notwendig ist;

95. stellt fest, dass im Vereinigten Königreich schrittweise Programme zur Förderung der biologischen Vielfalt und des Klimaschutzes eingeführt werden, um direkte Förderungen von Landwirten zu ersetzen; fordert einen Austausch zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich über nachhaltige landwirtschaftliche Verfahren, mit denen die biologische Vielfalt und die Eindämmung des Klimawandels gefördert und die Ernährungssicherheit und die Stabilität der Lieferkette sichergestellt werden;

Klima

96. stellt fest, dass die EU und das Vereinigte Königreich die gleichen Ambitionen beim Klimaschutz verfolgen; fordert eine bessere Abstimmung der klimapolitischen Maßnahmen, um für Kohärenz zu sorgen und widersprüchliche oder sich überschneidende Maßnahmen zu vermeiden, die die Wirksamkeit des Klimaschutzes beeinträchtigen könnten; spricht sich dafür aus, sich über bewährte Verfahren zur Anpassung an den Klimawandel und zur Vorsorge in dieser Hinsicht auszutauschen, vor allem in Bezug auf die Auswirkungen steigender Temperaturen auf die Gesundheit von gefährdeten Bevölkerungsschichten, etwa von Menschen mit geringem Einkommen;

97. nimmt das in der Vereinbarung vom 19. Mai 2025 dargelegte gemeinsame Ziel zur Kenntnis, ein förmliches Abkommen zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich über den CO_2-Markt zu schließen, mit dem die Emissionshandelssysteme des Vereinigten Königreichs und der EU miteinander verknüpft werden; fordert beide Parteien nachdrücklich auf, sich rasch zu einigen, um doppelte CO_2-Kosten für Unternehmen zu verhindern; schließt sich dem gemeinsamen Standpunkt der Kommission und des Vereinigten Königreichs an, dass ein derartiges Abkommen eindeutig und konsequent mit den Vorschriften und Grundsätzen des Windsor-Rahmens vereinbar sein muss;

98. stellt fest, dass die Ausfuhren des Vereinigten Königreichs in die EU ohne rechtzeitige Angleichung der beiden Emissionshandelssysteme ab Januar 2026 dem CO_2-Grenzausgleichssystem (CBAM) unterliegen werden; weist erneut auf die Zusage der EU und des Vereinigten Königreichs hin, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass Waren mit Ursprung in ihren jeweiligen Hoheitsgebieten gegenseitig von ihren jeweiligen CBAM-Systemen ausgenommen werden; betont, dass diese Ausnahmen so bald wie rechtlich möglich sein sollten, um Störungen des Handels zu verhindern;

99. betont, dass die bilaterale Partnerschaft zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich gestärkt werden muss, um die Zusammenarbeit bei der Entwicklung erneuerbarer Energieträger, der Energieversorgungssicherheit und der Widerstandsfähigkeit der Lieferkette zu verbessern; fordert einen intensiveren Dialog zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich und gemeinsame Forschungsarbeiten zu CO_2-neutraler Energie, um gemeinsame Herausforderungen zu bewältigen und

Innovationen zugunsten einer Verringerung der CO_2-Emissionen voranzutreiben;

100. nimmt die Absicht der EU und des Vereinigten Königreichs zur Kenntnis, den Austausch über technische Regelungen im Bereich neuer Energietechnologien, was auch die Themen CO_2-Abscheidung, -Nutzung und -Speicherung sowie Wasserstoff und Biomethan einschließt, fortzusetzen, wie in der Vereinbarung vom 19. Mai 2025 dargelegt wurde; fordert, dass im Rahmen der Zusammenarbeit zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich der Zugang von KMU zu umweltfreundlichen Technologien und klimaresilienter Infrastruktur verbessert und somit sichergestellt wird, dass kleine Unternehmen wirksam zum Übergang zu umweltfreundlicher Technologie beitragen und einen Nutzen daraus ziehen können;

Lebensmittelsicherheit

101. begrüßt die Absicht, auf ein umfassendes Übereinkommen zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich über die Anwendung gesundheitspolizeilicher und pflanzenschutzrechtlicher Maßnahmen (SPS-Übereinkommen) hinzuarbeiten, und betont, dass mit einem solchen Übereinkommen ein hohes Maß an Lebensmittelsicherheit und Tierschutz sowie an Verbraucher- und Umweltschutz sichergestellt wird; betont, dass es einer Abstimmung mit Blick auf die Rückstandshöchstmenge (MRL-Werte) bedarf, um die Gesundheit des Menschen zu schützen und den Handel mit Agrar- und Lebensmittelerzeugnissen zu erleichtern; betont, dass der Abschluss eines Abkommens im Veterinärbereich wichtig ist, um für die Gesundheit von Tieren zu sorgen, Ausbrüche von Zoonosen zu verhindern und antimikrobielle Resistenzen zu bekämpfen, insbesondere angesichts der jüngsten Ausbrüche und der sich daraus ergebenden Handelsbeschränkungen;

102. nimmt zur Kenntnis, dass es in der EU und dem Vereinigten Königreich unterschiedliche Schwellenwerte und Beschränkungen für per- und polyfluorierte Alkylsubstanzen (PFAS) gibt; fordert eine engere Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA), der Europäischen Chemikalienagentur (ECHA) und der zuständigen Behörde des Vereinigten Königreichs bei der Überwachung und Risikobewertung von PFAS; empfiehlt, den wissenschaftlichen Dialog zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich über die Höchstwerte in Lebens- und Futtermitteln zu intensivieren, um die öffentliche Gesundheit zu schützen und gleichzeitig hohe Standards für die Lebensmittelsicherheit aufrechtzuerhalten;

103. nimmt den „Genetic Technology (Precision Breeding) Act“ zur Kenntnis, der am 23. März 2023 in England in Kraft trat und mit dem die Vorschriften für die Freisetzung, das Inverkehrbringen und die Risikobewertung von Pflanzen und Tieren überarbeitet wurden, die durch Geneditierung und Präzisionszucht entstanden sind; ist besorgt über die Unsicherheit in Bezug auf die Rechtsvorschriften hinsichtlich des rechtlichen Status und des Verkehrs solcher Erzeugnisse zwischen Nordirland und der EU; betont, dass verhindert werden muss, dass nicht korrekt gekennzeichnete Erzeugnisse in die Lebensmittelkette der EU gelangen;

Öffentliche Gesundheit

Unterschiede in den Rechtsvorschriften

104. weist darauf hin, dass der Austritt des Vereinigten Königreichs aus der EU eine grundlegende Veränderung in den gemeinsamen rechtlichen Rahmenbedingungen markiert hat, die in der Vergangenheit die Grundlage für die Zusammenarbeit in den Bereichen öffentliche Gesundheit, Arzneimittel und medizinische Forschung bildeten; bringt ferner seine Besorgnis über die Unsicherheit zum Ausdruck, die durch das Gesetz des Vereinigten Königreichs für die Rücknahme und Reform des beibehaltenen EU-Rechts (Retained EU Law (Revocation and Reform) Act) geschaffen wird, mit dem der Vorrang des EU-Rechts abgeschafft wird, wobei das zu unterschiedlichen Auslegungen von Gesundheitsvorschriften führen kann;

105. weist darauf hin, dass die britische Regulierungsbehörde für Arzneimittel und Gesundheitsprodukte (MHRA) Arzneimittel im Vereinigten Königreich nun unabhängig zulässt, was unter Umständen zu Unterschieden bei den Zeiträumen für die Zulassung, den Zulassungskriterien und der Überwachung nach dem Inverkehrbringen führt; betont, dass die Auswirkungen dieser abweichenden Entwicklung auf den Zugang für Patienten und ihre Sicherheit grenzübergreifend beobachtet werden müssen, und fordert eine systematische Beobachtung durch die EU mit dem Ziel, entsprechende Abweichungen zu bewerten und darauf zu reagieren;

106. begrüßt, dass ein gegenseitiger Informationsaustausch über Risiken und Gefahren im Zusammenhang mit Drogen zwischen der Drogenagentur der Europäischen Union und den staatlichen Stellen des Vereinigten Königreichs vereinbart wurde; fordert daher, dass die etwaige operative Vereinbarung zwischen der EU-Agentur und der zuständigen Behörde des Vereinigten Königreichs möglichst bald geschlossen wird;

107. bedauert, dass das Vereinigte Königreich und die EU unterschiedliche Ansätze verfolgen, wenn es um die Regulierung von KI im Gesundheitswesen geht, und weist darauf hin, dass dies die Gefahr birgt, dass die grenzüberschreitende Interoperabilität und die Zusammenarbeit bei digitalen medizinischen Diensten beeinträchtigt werden; fordert, dass im Rahmen eines strukturierten Dialogs untersucht wird, inwieweit Konvergenz bei den Normen und den Befolgungsverfahren für digitale Medizinprodukte und KI-gestützte Diagnostik möglich ist;

Zusammenarbeit im Gesundheitsbereich

108. betont, dass die Zusammenarbeit verbessert werden muss, um alle Aspekte der öffentlichen Gesundheit zu schützen und Patienten den Zugang zu medizinischer Versorgung bei entsprechender klinischer Indikation zu ermöglichen; empfiehlt, dass bei dieser Zusammenarbeit der Schwerpunkt auf Behandlungen von seltenen und pädiatrischen Erkrankungen sowie auf komplexe Behandlungen gelegt wird, wo wechselseitiges Fachwissen vorhanden ist; nimmt in diesem Zusammenhang den Erfolg und das weitere Potenzial der Europäischen Referenznetzwerke zur Kenntnis und fordert, dass ein Rahmen für die Zusammenarbeit mit den jeweiligen Referenznetzwerken des Vereinigten Königreichs geschaffen wird; fordert, dass die EU und das Vereinigte Königreich bei der Festlegung von Vorschriften und bei der Forschung im Bereich der öffentlichen Gesundheit intensiver zusammenarbeiten; spricht sich dafür aus, dass eine solche Zusammenarbeit auch im Wege der Beteiligung des Vereinigten Königreichs am Cluster „Gesundheit“ des Programms Horizont Europa und einer möglichen künftigen Beteiligung an Initiativen im Zusammenhang mit der HERA erfolgt;

109. stellt fest, dass der Zugang britischer Patienten zu lebensrettenden Krebsbehandlungen durch die mit dem Brexit zusammenhängenden Abweichungen bei den Vorschriften und die gestiegenen Einfuhrkosten deutlich erschwert wurde; betont, dass sich die Kosten für die Einfuhr neuer Krebsmedikamente nach dem Brexit fast vervierfacht haben; betont, dass diese Barrieren zur Folge haben, das sich wichtige Behandlungen verzögern oder abgelehnt werden, was sich nachteilig auf den Krankheitsverlauf der Patienten auswirkt, zu denen auch Kinder mit rezidivierendem Krebs gehören; empfiehlt dem Vereinigten Königreich, diese Herausforderungen anzugehen, um einen gerechten Zugang zu unentbehrlichen Arzneimitteln sicherzustellen;

110. erachtet es als sehr wichtig, die Mobilität, die Ausbildung und die gegenseitige Anerkennung von Qualifikationen und Aufenthalten von Angehörigen der Gesundheitsberufe zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich zu erleichtern, um dem Arbeitskräftemangel entgegenzuwirken und den Austausch über bewährte Verfahren und von Fachwissen zu fördern; betont, dass sich eine strategisch relevante Chance bietet, die Zusammenarbeit zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich zu stärken, wenn es darum geht, Spitzenkräfte von Weltrang zu gewinnen und zu halten und wissenschaftliche Exzellenz zu fördern; begrüßt die Initiativen, die die EU ergreift, um Europa zu einem Forschungsstandort von globaler Bedeutung zu machen, wobei hierzu auch die Unterstützung für umsiedelnde Forscher und die Verbesserung der Karriereaussichten gehören; spricht sich dafür aus, dass unter anderem im Bereich der Mobilität gemeinsame Programme der EU und des Vereinigten Königreichs entwickelt werden, um Angehörige der Gesundheitsberufe wie auch Forscher zu unterstützen und auf diesem Wege dafür zu sorgen, dass Europa bei der medizinischen Innovation und der Forschungsfreiheit weiter führend bleibt;

111. stellt fest, dass das Handels- und Kooperationsabkommen zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich ein Protokoll über die Koordinierung der sozialen Sicherheit umfasst, in dem Regelungen für die gegenseitige Gesundheitsversorgung wie die Europäische Krankenversicherungskarte vorgesehen sind, dass es allerdings keine vergleichbare Nachfolgeregelung für die Richtlinie über die Ausübung der Patientenrechte in der grenzüberschreitenden Gesundheitsversorgung[38] gibt, nachdem das Vereinigte Königreich dieser Richtlinie nicht mehr unterliegt; stellt fest, dass es unterschiedliche Auswirkungen – insbesondere in Nordirland – gab, wo zuvor mehr als 1 000 Patienten jährlich Behandlungen in der EU in Anspruch genommen haben, die im Rahmen der Richtlinie erstattet wurden;

112. empfiehlt der EU und dem Vereinigten Königreich, gemeinsam eine Arbeitsgruppe eigens für Arzneimittel und Medizinprodukte einzurichten, um einen fortgesetzten Dialog zu begünstigen, Unterschiede in den Rechtsvorschriften anzugehen und die Angleichung etwa bei klinischen Prüfungen, Pharmakovigilanz, der Zertifizierung von Medizinprodukten und dem illegalen Handel mit Gesundheitsprodukten zu fördern;

113. nimmt zur Kenntnis, dass die im Handels- und Kooperationsabkommen enthaltenen Bestimmungen über die Zusammenarbeit im Bereich der Gesundheitssicherheit begrenzt sind, und bedauert, dass sich das Vereinigte Königreich nicht mehr am

---

38 Richtlinie 2011/24/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 9. März 2011 über die Ausübung der Patientenrechte in der grenzüberschreitenden Gesundheitsversorgung (ABl. L 88 vom 4.4.2011, S. 45, ELI: http://data.europa.eu/eli/dir/2011/24/oj).

Gesundheitssicherheitsausschuss der EU oder am Europäischen Zentrum für die Prävention und die Kontrolle von Krankheiten (ECDC) beteiligt; weist warnend darauf hin, dass dies Einschränkungen für die Frühwarnkapazitäten und für koordinierte Reaktionen auf grenzüberschreitende Gesundheitsgefahren wie Pandemien und antimikrobielle Resistenzen bedeutet; empfiehlt, einen formellen und regelmäßigen Dialog zwischen den Gesundheitsbehörden und öffentlichen Gesundheitseinrichtungen der EU und des Vereinigten Königreichs einzurichten, um das Vertrauen und die Kapazitäten in den Bereichen Notfallvorsorge, Pandemiebekämpfung und grenzüberschreitende epidemiologische Überwachung zu stärken;

114. begrüßt die kürzlich erfolgte Annahme einer gemeinsamen Vereinbarung über eine erneuerte Agenda für die Zusammenarbeit zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich, in deren Rahmen die Kommission und das Vereinigte Königreich die Möglichkeiten hinsichtlich eines Austauschs und einer Zusammenarbeit im Bereich der Gesundheitssicherheit sondieren werden, wobei dies auch die Erkennung, Vorsorge und Reaktion im Zusammenhang mit neu auftretenden Gesundheitsgefahren umfasst, um künftigen Pandemien und Gesundheitskrisen vorzubeugen bzw. sie abzuschwächen, und sich auch auf den Rahmen der im Handels- und Kooperationsabkommen enthaltenen Bestimmungen über Gesundheitssicherheit erstreckt, damit im Bereich der Gesundheitssicherheit so umfassend wie möglich zusammengearbeitet wird;

115. fordert die Kommission nachdrücklich auf, die Zusammenarbeit im Rahmen des Handels- und Kooperationsabkommens in Fällen auszusetzen, in denen die Regulierungsstandards des Vereinigten Königreichs für Arzneimittelqualität, Pharmakovigilanz oder Herstellung nicht mehr gemäß der Richtlinie 2001/83/EG als den EU-Standards gleichwertig gelten;

116. weist auf die ungeklärte Frage bezüglich des Mietvertrags für die ehemaligen Räumlichkeiten der Europäischen Arzneimittel-Agentur nach ihrem Umzug nach Amsterdam hin und fordert, dass das Thema mit dem Vereinigten Königreich erörtert wird;

Lieferketten

117. betont, dass die grenzüberschreitenden Lieferketten für Arzneimittel nach dem Brexit komplexer geworden sind, wobei dies insbesondere für Produkte gilt, die zuvor frei zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich gehandelt wurden; bedauert, dass Zollkontrollen und behördliche Verfahren zu Verzögerungen, Engpässen und höheren Kosten geführt haben, was sich auf die Verfügbarkeit von Arzneimitteln im Vereinigten Königreich und insbesondere in Nordirland sowie in kleineren Mitgliedstaaten, die sich in der Vergangenheit auf Lieferketten mit Standort im Vereinigten Königreich gestützt haben, wie Malta, Zypern und Irland, auswirkt;

118. betont, dass eine mögliche Verlängerung von Ausnahmen von bestimmten Verpflichtungen für bestimmte im Vereinigten Königreich bereitgestellte Humanarzneimittel in Bezug auf Nordirland sowie in Bezug auf Zypern, Irland und Malta gemäß der Richtlinie (EU) 2022/642[39] zur Änderung der Richtlinien 2001/20/EG und 2001/83/EG auf Nachweisen der weiter bestehenden Notwendigkeit und der Gefahr eines Patientenschadens in den betroffenen Mitgliedstaaten beruhen muss und nicht aus

[39] ABl. L 118 vom 20.4.2022, S. 4, ELI: http://data.europa.eu/eli/dir/2022/642/oj.

Gründen administrativer Zweckmäßigkeit erfolgen darf;

119. fordert die EU und das Vereinigte Königreich nachdrücklich auf, Kooperationsmöglichkeiten wie ein Abkommen über die gegenseitige Anerkennung der Guten Herstellungspraxis auf der Grundlage gleichwertiger Standards zu prüfen, um einen dauerhaften Zugang zu besonders kritischen Arzneimitteln sicherzustellen, Engpässe zu bewältigen und Hindernisse im Zusammenhang mit Chargenprüfungen, dem Austausch von Pharmakovigilanz-Daten und der Versorgungslogistik zu beseitigen, damit die Versorgung der Patienten möglichst wenig beeinträchtigt und die Patientensicherheit gewährleistet wird;

Internationale Zusammenarbeit und Entwicklung

120. betont, dass beide Vertragsparteien ihr Engagement und ihre Zusammenarbeit im Rahmen der Global Health Governance und der internationalen Entwicklungsprogramme, einschließlich der Weltgesundheitsorganisation, unbedingt gemeinsam verstärken müssen; betont, dass ein koordiniertes Vorgehen in diesem Zusammenhang sehr wichtig ist, um eine stärkere, angemessenere und wirksamere internationale Reaktion auf grenzüberschreitende gesundheitliche Notlagen zu ermöglichen;

Verbraucherschutz

121. betont, dass die Verbraucher in der EU und im Vereinigten Königreich mehreren Gefahren ausgesetzt sind, die sich aus unsicheren und illegalen Produkten sowie manipulativen Verkaufsmethoden im Internet ergeben; hebt hier die damit verbundenen Herausforderungen hervor, denen die Verbraucher im Zusammenhang mit dem elektronischen Handel gegenüberstehen; ist der Ansicht, dass eine engere Zusammenarbeit und der Austausch wichtiger Informationen zwischen den für die Durchsetzung der Verbraucherrechte zuständigen Stellen der EU und des Vereinigten Königreichs von entscheidender Bedeutung dabei sind, diese Herausforderungen zu meistern;

122. betont, dass bei der Zusammenarbeit zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich ein hohes Verbraucherschutzniveau aufrechterhalten werden muss, wobei dies insbesondere für die Produktsicherheit, den elektronischen Handel und grenzüberschreitende digitale Dienstleistungen gilt; fordert eine verstärkte Zusammenarbeit mit dem Ziel, gegen unsichere Produkte und unlautere Geschäftspraktiken vorzugehen; betont, dass es in Bezug auf Produktsicherheit und Verbraucherrechte im Digitalbereich einer Konvergenz der Vorschriften bedarf, damit für ein einheitliches und hohes Verbraucherschutzniveau gesorgt und so das Vertrauen der Verbraucher in grenzüberschreitende Handelstätigkeiten gestärkt werden kann; fordert, dass sich die beiden Vertragsparteien im Rahmen der Zusammenarbeit in Bereichen von gemeinsamem Interesse wie Produktsicherheit, Verbraucherrechte im Digitalbereich und unlautere Geschäftspraktiken zu einem Dialog und Informationsaustausch verpflichten; betont, dass die EU und das Vereinigte Königreich zusammenarbeiten müssen, um eine Auseinanderentwicklung der Vorschriften, die das Vertrauen der Verbraucher oder den grenzüberschreitenden Handel beeinträchtigen würden, zu verhindern;

123. bedauert, dass das Handels- und Kooperationsabkommen keine

Kooperationsvereinbarung über die Durchsetzung des Verbraucherschutzrechts enthält; fordert die Kommission auf, die Möglichkeit einer Vereinbarung zwischen dem EU-Netz für die Zusammenarbeit im Verbraucherschutz und der Wettbewerbs- und Marktaufsichtsbehörde des Vereinigten Königreichs zu prüfen; betont, dass eine solche Vereinbarung es den Behörden ermöglichen würde, effizienter einzugreifen, indem sie Informationen im Zusammenhang mit Untersuchungen austauschen und gemeinsame Maßnahmen prüfen; betont, dass eine solche Zusammenarbeit im Rahmen der Verordnung über die Zusammenarbeit im Verbraucherschutz[40] in Betracht gezogen werden sollte, da sie die Zusammenarbeit mit Drittländern beim Schutz von Verbraucherinteressen ermöglicht; begrüßt die Einigung darauf, die Gespräche über den regelmäßigen Informationsaustausch zwischen dem Schnellwarnsystem Safety Gate der EU und der Marktüberwachungs- und Produktsicherheitsdatenbank des Vereinigten Königreichs im Einklang mit Artikel 96 Absatz 4 des Handels- und Kooperationsabkommens wieder aufzunehmen;

124. fordert die EU auf, den Beitritt des Vereinigten Königreichs zum Lugano-Übereinkommen zu unterstützen, um die gegenseitige Anerkennung und Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen des Vereinigten Königreichs und der Mitgliedstaaten zu ermöglichen;

125. begrüßt die Verwaltungsvereinbarung, die am 30. April 2024 zwischen der Kommission und der Aufsichtsbehörde des Vereinigten Königreichs für Rundfunk, Telekommunikation und Postdienste (OCFOM) unterzeichnet wurde und mit der überwacht werden soll, wie große Online-Plattformen Risiken bewerten und steuern, wobei dies unter anderem den Schutz von Minderjährigen, eine altersgerechte Gestaltung und die Transparenz der Plattformen betrifft; bringt seine Hoffnung zum Ausdruck, dass dies den Beginn einer engeren Zusammenarbeit bei der Bewältigung dieser und weiterer gemeinsamer Herausforderungen markiert;

Energie

126. betont vor dem Hintergrund des Angriffskriegs Russlands gegen die Ukraine und angesichts der volatilen weltweiten Energiemärkte, dass die Zusammenarbeit zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich im Energiebereich und mit Blick auf die Versorgungssicherheit verstärkt werden muss; fordert die EU und das Vereinigte Königreich auf, zusammenzuarbeiten, um die Abhängigkeit von Energie aus Russland zu beenden, indem die Einfuhren aller fossilen Brennstoffe aus Russland, einschließlich Öl, Gas, Flüssigerdgas (LNG) sowie Kernbrennstoffe und anderer nuklearer Materialien, so bald wie möglich gestoppt werden; stellt fest, dass sowohl die EU als auch das Vereinigte Königreich weiterhin Fortschritte bei der Verwirklichung ihres gemeinsamen Ziels machen, alle energiewirtschaftlichen Beziehungen zu Russland zu beenden; begrüßt die Einrichtung der neuen Arbeitsgruppe EU-Vereinigtes Königreich zur Versorgungssicherheit im Rahmen des Handels- und Kooperationsabkommens, wie dies vom Partnerschaftsrat am 17. März 2024 empfohlen und später vom Sonderausschuss für Energie umgesetzt wurde; hofft, dass die neue Arbeitsgruppe EU-

---

40 Verordnung (EU) 2017/2394 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Dezember 2017 über die Zusammenarbeit zwischen den für die Durchsetzung der Verbraucherschutzgesetze zuständigen nationalen Behörden und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 2006/2004 (ABl. L 345 vom 27.12.2017, S. 1, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2017/2394/oj).

Vereinigtes Königreich zur Versorgungssicherheit regelmäßig zusammentreten und konkrete Lösungen und gemeinsame Maßnahmen in diesem entscheidenden Bereich der bilateralen Zusammenarbeit ausarbeiten kann;

127. betont, dass die Integration zwischen den Energiemärkten der EU und des Vereinigten Königreichs wichtig ist, da dadurch die Versorgungssicherheit verbessert und die Erzeugung sauberer Energie gefördert werden kann und die Energiekosten für beide Seiten gesenkt werden können; ist der Ansicht, dass ein hohes Maß an physischen Verbindungskapazitäten durch stärker integrierte Energiegroßhandelsmärkte ergänzt werden muss, da diese die Energieversorgungssicherheit und den Energiehandel zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich erleichtern können; stellt fest, dass trotz einer engeren Zusammenarbeit zwischen Aufsichtsbehörden und Übertragungsnetzbetreibern kaum Fortschritte bei der Ausarbeitung der neuen Regelungen für den Stromhandel erzielt wurden, die in Artikel 312 des Handels- und Kooperationsabkommens vorgesehen sind; weist darauf hin, dass das Vereinigte Königreich nicht mehr die Instrumente des EU-Binnenmarkts zur Marktkopplung für den Stromhandel nutzt, wie etwa die einheitliche Day-Ahead-Marktkoppelung der EU, wodurch es zu einem ineffizienten Handel über Verbindungsleitungen kommt, der die Großhandelskosten erhöht und letztlich zu höheren Verbraucherrechnungen führt, und Investitionen in Mehrzweck-Interkonnektoren behindert werden;

128. begrüßt die kürzlich eingegangene Verpflichtung und politische Vereinbarung seitens der EU und des Vereinigten Königreichs, die Zusammenarbeit zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich im Energiebereich kontinuierlich auszubauen und die Parameter für eine mögliche Beteiligung des Vereinigten Königreichs am Elektrizitätsbinnenmarkt der EU zu prüfen, was auch eine dynamische Angleichung und Beiträge zu den mit diesem Politikbereich verbundenen Kosten umfasst, wie dies in der Vereinbarung zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich festgelegt wurde; fordert sofortige Verhandlungen über die Marktangleichung und ihren baldigen Abschluss und betont, dass schnell und entschlossen Fortschritte erzielt werden müssen; hebt hervor, dass eine solche Beteiligung die Energiepreise senken und den Verbrauchern und Unternehmen zugutekommen würde; betont, dass eine Einigung darüber bis zum Auslaufdatum der derzeitigen Regelungen, erzielt werden sollte; betont, dass insbesondere angesichts des sich wandelnden geopolitischen Kontexts und der Unsicherheit in Bezug auf den Welthandel die Zusammenarbeit im Bereich der sauberen Energie in der Nordsee von eindeutigem beiderseitigem Interesse ist sowie auch die Verbindung der Emissionshandelssysteme der EU und des Vereinigten Königreich, um Problem mit dem jeweiligen CBAM zu verhindern, die Verbesserung der Regelungen für den Stromhandel und die engere Koordinierung der Infrastrukturplanung, wodurch zugleich die Energieversorgungssicherheit und die Wettbewerbsfähigkeit der Industrie europaweit verbessert werden; fordert beide Vertragsparteien auf, eng zusammenzuarbeiten, damit zeitnah ein funktionierender Rahmen geschaffen werden kann, um so die Rechtsunsicherheit zu minimieren; fordert konkrete gemeinsame Anstrengungen der EU und des Vereinigten Königreichs im Hinblick auf eine engere Zusammenarbeit im Bereich der Kernenergie, d. h. einer CO_2-armen und erschwinglichen Stromquelle, die für die Verwirklichung der Klimaneutralität und die Aufrechterhaltung der Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Wirtschaft von entscheidender Bedeutung ist; weist darauf hin, dass sich die strukturierte Zusammenarbeit zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich in Bereichen wie Stromverbindungsleitungen und Infrastruktur für erneuerbare Offshore-Energie mit Finanzierungsprogrammen der EU, einschließlich regionaler und

energiepolitischer Initiativen, überschneiden kann; betont, dass jede Beteiligung des Vereinigten Königreichs an solchen Rahmen eine angemessene Lenkung, die Einhaltung der EU-Vorschriften und finanzielle Beiträge in adäquater Höhe erfordert, die den Investitionen der EU entsprechen; fordert die Kommission auf, das Parlament vollumfänglich über einen etwaigen vom Vereinigten Königreich zu leistenden finanziellen Beitrag in diesen Bereichen zu informieren;

129. begrüßt den gemeinsamen Standpunkt der Kommission und des Vereinigten Königreichs, der auf dem jüngsten Gipfeltreffen der EU und des Vereinigten Königreichs zum Ausdruck gebracht wurde, wonach eine Verknüpfung der CO_2-Märkte dazu beitragen würde, Bedenken mit Blick auf den Handel und gleiche Wettbewerbsbedingungen im Sinne von Artikel 392 Absatz 6 des Handels- und Kooperationsabkommens auszuräumen, und im Vereinigten Königreich ansässige Unternehmen vom CO_2-Grenzausgleichssystem ausnehmen, Handelskonflikte verringern und die Angleichung der CO_2-Bepreisung fördern würde, wodurch gemeinsame Dekarbonisierungsziele gestärkt würden und zur Verwirklichung der Ziele der Klimaneutralität beigetragen würde;

130. räumt ein, dass der Betrieb verschiedener CO_2-Grenzausgleichssysteme in der EU und im Vereinigten Königreich zu unerwünschten Zusatzkosten für den künftigen grenzüberschreitenden Handel mit Strom aus erneuerbaren Quellen führen könnte, was mit negativen Folgen für Industrie und Haushalte einhergeht und besondere Risiken für die Integrität des Elektrizitätsbinnenmarkts auf der Insel Irland birgt; ist der Überzeugung, dass die effizienteste und einfachste Lösung darin bestünde, wenn sich das Vereinigte Königreich dem Emissionshandelssystem der EU (EHS) anschließt, wie dies auch in der Vereinbarung vorgeschlagen wurde; betont, dass durch eine umfassende EHS-Verknüpfung unerwünschte Kosten verhindert und unnötige politische Hindernisse für die Zusammenarbeit, insbesondere in der Nordsee, beseitigt werden dürften; fordert jedoch, dass bei Bedarf vorläufige Maßnahmen ergriffen werden, um sicherzustellen, dass die CO_2-Grenzausgleichssysteme der EU und des Vereinigten Königreichs ab 2026 nicht zu zusätzlichen Belastungen für den grenzüberschreitenden Stromhandel führen, sollten die Verhandlungen über die Beteiligung am Strommarkt und die Verknüpfung mit dem EHS zu diesem Zeitpunkt noch laufen; hebt hervor, dass eine etwaige Beteiligung des Vereinigten Königreichs an Verfahren oder Systemen im Zusammenhang mit dem EU-Emissionshandelssystem mit einem fairen und verhältnismäßigen finanziellen Beitrag zur Deckung der Verwaltungs- und Programmkosten der EU einhergehen muss; beharrt darauf, dass die finanziellen und klimapolitischen Interessen der EU in allen künftigen Vereinbarungen umfassend gewahrt werden;

131. betont, dass es wichtig ist, gemeinsame Vorschriften für erneuerbare Offshore-Energie und die Rohrleitungsinfrastruktur in der Nordseeregion festzulegen, um Handelsvereinbarungen zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich zu erleichtern; fordert, dass die EU und das Vereinigte Königreich bei internationalen Energiemaßnahmen im Kontext der Klimakonferenzen der Vereinten Nationen weiter zusammenarbeiten;

132. nimmt die bekräftigte gemeinsame internationale Verpflichtung zur Kenntnis, die Agenda 2030 der Vereinten Nationen und die Ziele für nachhaltige Entwicklung sowie das Übereinkommen von Paris umzusetzen; bekräftigt, dass die EU und das Vereinigte Königreich im Rahmen internationaler Klimaschutzkonferenzen, einschließlich der

bevorstehenden COP30, weiterhin zusammenarbeiten müssen, um auf den erzielten Fortschritten aufbauen und bei weiteren globalen Maßnahmen zur Förderung erneuerbarer Energieträger, der Energieeffizienz und der Verringerung der Methanemissionen in der Energiebranche eine Führungsrolle übernehmen zu können;

133. begrüßt, dass beide Parteien vergleichbare Ambitionen in Bezug auf Energieeffizienz und die Förderung erneuerbarer Energiequellen bis 2030 mit dem letztendlichen gemeinsamen Ziel der Klimaneutralität bis 2050 verfolgen; beglückwünscht das Vereinigte Königreich dazu, dass es als erstes G7-Land und als erstes fortschrittliches Industrieland die Stromerzeugung aus Kohle zum 1. Oktober 2024 eingestellt hat; betont, dass das Regressionsverbot in Bezug auf den Umweltschutz im Handels- und Kooperationsabkommen wichtig ist, von dem keine der beiden Vertragsparteien abweichen kann, ohne das Abkommen als Ganzes zu gefährden;

134. begrüßt die Bereitschaft beider Parteien, eine verstärkte Kooperation in rechtlichen und technologischen Fragen in Bezug auf saubere Technologien wie CO_2-Abscheidung ,- Nutzung und -Speicherung sowie auf erneuerbare Energieträger, darunter Offshore-Windenergie, Wasserstoff, Biomethan und nachhaltige Biokraftstoffe, in Erwägung zu ziehen; stellt jedoch fest, dass durch die Entscheidung des Vereinigten Königreichs, den EU-Binnenmarkt zu verlassen, unweigerlich Herausforderungen für das Format entstehen und der Spielraum für die bilaterale Zusammenarbeit im Energiebereich eingeschränkt wird; fordert beide Seiten auf, neue Wege zu finden, um die Qualität und Reichweite ihrer bilateralen Zusammenarbeit im Bereich der Technologien für saubere und erneuerbare Energieträger zu verbessern;

135. betont, dass eine koordinierte Planung und eine Konvergenz bei den Genehmigungsverfahren auf der Seite der EU und des Vereinigten Königreichs enorm wichtig sind, um die Entwicklung erneuerbarer Energieträger und insbesondere der Offshore-Windenergie, der Strominfrastruktur und der CO_2-Speicherung sowie hybrider Energieprojekte in der Nordsee sicherzustellen; ist davon überzeugt, dass beide Seiten eng zusammenarbeiten müssen, um die Nordsee in einen Dreh- und Angelpunkt für umweltfreundliche Energie zu verwandeln, der auch dazu beitragen kann, die Versorgungssicherheit zu gewährleisten, unter anderem durch umfangreiche Offshore-Windenergieerzeugung, was im Einklang mit dem nicht verbindlichen Ziel der EU steht, bis 2050 eine installierte Offshore-Erzeugungskapazität von 360 GW zu erreichen; fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, die regionale Zusammenarbeit bei der Offshore-Netzplanung und dem Ausbau kritischer Energieinfrastrukturen mit dem Vereinigten Königreich sowie zu allen Meeresbecken mit den Nachbarländern zu stärken, um das System solider zu gestalten und die Wahrscheinlichkeit von Störungen in der Infrastruktur und eines Ausfalls der Energieversorgung zu verringern;

136. weist darauf hin, dass die umfassende Erschließung der Offshore-Energieressourcen äußerst umfangreiche Investitionen in Netz- und Verbindungskapazitäten erfordert; betont ferner, dass ein vermaschtes Offshore-Netz, einschließlich hybrider Verbindungsleitungen und geeigneter Verfahren zur Kostenteilung, entwickelt werden muss; ist der Ansicht, dass der Ausbau der Strominfrastruktur zur Ausschöpfung des von Offshore-Windenergie gebotenen Potenzials eine gemeinsame Priorität der EU und des Vereinigten Königreichs darstellt; betont, dass die Erschließung erneuerbarer Ressourcen, die beiden Seiten zur Verfügung stehen, für die EU und das Vereinigte Königreich von beiderseitigem Nutzen sein und die Kosten der Energiewende für beide Parteien senken kann;

137. begrüßt die aktive Beteiligung des Vereinigten Königreichs an der Nordsee-Energiekooperation (NSEC) auf der Grundlage der Vereinbarung, die es im Dezember 2022 unterzeichnet hat; betont, dass die Beteiligung des Vereinigten Königreichs an der NSEC letztendlich zu tragfähigen gemeinsamen Projekten führen sollte, die mit dem gemeinsamen Ziel der Entwicklung der Nordsee als Europas umweltfreundliche Quelle für die Stromerzeugung im Sinne der Erklärung von Ostende, die das Vereinigte Königreich am 24. April 2023 unterzeichnet hat, im Einklang stehen;

138. stellt fest, dass der Sonderausschuss für Energie gegen Ende 2024 eine Empfehlung und einen Fahrplan für den Handel mit Strom angenommen und sowohl die EU als auch das Vereinigte Königreich aufgefordert hat, die fachlichen Arbeiten zu intensivieren, die für die Umsetzung neuer Handelsregelungen zwischen den beiden Vertragsparteien erforderlich sind, was auch eine Phase zur Validierung des Konzepts für die lose multiregionale Volumenkopplung, die als Handelsmodell in Anhang 29 des Handels- und Kooperationsabkommens vorgeschlagen wird, umfasst;

139. nimmt das im Rahmen des Handels- und Kooperationsabkommens am 21. Dezember 2020 geschlossene Abkommen zwischen der Europäischen Atomgemeinschaft (Euratom) und dem Vereinigten Königreich zur Kenntnis, das sich auf die Zusammenarbeit bei der sicheren und friedlichen Nutzung der Kernenergie erstreckt und durch Zusagen beider Seiten zur Einhaltung internationaler Verpflichtungen untermauert wird; unterstreicht den beiderseitigen Nutzen einer zivilen nuklearen Zusammenarbeit der EU und dem Vereinigten Königreich in Bereichen wie Reaktoren der nächsten Generation, Abfallbewirtschaftung, kleine modulare Reaktoren, Sicherheits- und Gesundheitsstandards, Widerstandsfähigkeit der Lieferketten und Fusionstechnologien, wobei die Zusammenarbeit gegebenenfalls auch durch Forschung, medizinische Anwendungen, Mobilität von Nuklearforschern und durch einen Zugang zu gemeinsamer wissenschaftlicher Infrastruktur erfolgen kann;

140. weist erneut darauf hin, dass es wichtig ist, bei Energieprojekten hohe Umwelt- und Arbeitsstandards zu wahren; betont, dass eine Zusammenarbeit bei den Vorschriften erforderlich ist, um sicherzustellen, dass mit Energieinitiativen eine stärkere Konvergenz in den Bereichen Arbeitnehmerrechte, Gesundheit und Sicherheit sowie Umweltschutz gefördert wird;

Verkehr

Allgemeine Bemerkungen

141. begrüßt die reibungslose Umsetzung des Handels- und Kooperationsabkommens zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich im Verkehrsbereich und die wirksame Ausübung der in diesem Zusammenhang gegenseitig eingeräumten Rechte, wodurch die Verkehrsanbindung seit seiner vorläufigen Anwendung im Januar 2021 wirksam aufrechterhalten wird;

142. fordert die Kommission auf, ihre Aufsicht über die Umsetzung des Handels- und Kooperationsabkommens fortzusetzen und unter vollständiger Einhaltung des Rahmens des Handels- und Kooperationsabkommens auf der Grundlage von Gegenseitigkeit und unter Wahrung gleicher Wettbewerbsbedingungen die Zusammenarbeit zu verstärken, um die Märkte der EU und des Vereinigten Königreichs weiter zu integrieren, eine nahtlose grenzüberschreitende Mobilität und die Infrastrukturintegration zu erleichtern

und gemeinsame Klima- und Verkehrsziele zu erreichen;

143. ist besorgt darüber, dass zunehmend eine Gefahr der Auseinanderentwicklung bei den Vorschriften in der EU und in dem Vereinigten Königreich besteht, wodurch Hindernisse für nahtlose Verkehrsverbindungen entstehen und die Vorteile der Konnektivität geschmälert werden könnten; betont insbesondere, dass die Zusammenarbeit fortgesetzt werden muss, was künftige Aktualisierungen der Vorschriften über Passagierrechte betrifft, da dies zu Asymmetrien bei den Schwellenwert für Ausgleichsleistungen bei Verspätungen und dem Schutz bei multimodalen Reisen führen könnten, wodurch Verwirrung bei den Verbrauchern entstehen könnte und ein Vertrauensverlust mit Blick auf grenzüberschreitende Reisen droht;

144. fordert die Kommission und das Vereinigte Königreich auf, einen gemeinsamen Frühwarnmechanismus für Verkehrsstörungen einzurichten, damit Informationen über Vorfälle, die das Transeuropäische Verkehrsnetz (TEN-V) betreffen, umgehend ausgetauscht werden können;

145. nimmt die Vorteile zur Kenntnis, die das europäische Einreise-/Ausreisesystems (EES) mit Blick auf die Sicherheit bietet, weist jedoch warnend darauf hin, dass es während seiner Einführung im Jahr 2025 zu Störungen kommen kann; fordert, dass die rasche Umsetzung und Bereitschaft der Infrastruktur bei Flughäfen sowie bei Häfen wie Dover und Calais vorrangig behandelt werden und dass Kampagnen zur Sensibilisierung der Passagiere durchgeführt werden, um eine Überlastung des Grenzverkehrs zu verhindern; stellt fest, dass Unionsbürgerinnen und -bürger seit dem 2. April 2025 eine rund 19 EUR kostende elektronische Reisegenehmigung (ETA) benötigen, um für einen Kurzaufenthalt in das Vereinigte Königreich einreisen zu dürfen, wodurch eine neue behördliche Auflage für Reisen über den Ärmelkanal geschaffen wurde;

146. empfiehlt eine enge Zusammenarbeit zwischen den Vertragsparteien im Bereich der allgemeinen und beruflichen Bildung und der Anerkennung von Qualifikationen des Verkehrspersonals, um gegen den Fachkräftemangel in Unternehmen vorzugehen und die Mobilität der Arbeitnehmer im Einklang mit den Sozial- und Sicherheitsstandards der EU zu unterstützen;

147. hebt die Bedeutung eines sicheren und effizienten Güterverkehrs zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich hervor; weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass Lkw-Fahrer mit immer mehr Problemen konfrontiert sind, darunter auch im Zusammenhang mit illegalen Einwanderern, die versuchen, sich in ihren Fahrzeugen zu verstecken, um die Grenze illegal zu überqueren, und dass einige Lkw-Fahrer in der Nähe des Hafens von Calais tätlich angegriffen wurden; betont, dass es nicht den EU-Transportunternehmen und den Lkw-Fahrern obliegt, die Kosten und Folgen der Sicherheitsversäumnisse zu tragen, die den zuständigen Grenzbehörden zuzuschreiben sind; *Luftverkehr*

148. nimmt mit Zufriedenheit den reibungslosen Übergang im Bereich der Flugsicherheit zur Kenntnis, wobei eine gute Zusammenarbeit und gemeinsame Übernahme der Verantwortung seitens der Agentur der Europäischen Union für Flugsicherheit und der Zivilluftfahrtbehörde des Vereinigten Königreichs zu verzeichnen ist, insbesondere im Hinblick auf die Validierung der von der Agentur bzw. der Behörde gestellten Zertifizierungsanträge;

149. begrüßt die bisher unterzeichneten bilateralen Abkommen über Luftfracht- und Passagierflugdienste, durch die eine kontinuierliche und nahtlose Luftverkehrsanbindung zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich sichergestellt wird;

150. begrüßt die laufenden Diskussionen im Sonderausschuss für Luftverkehr über die nicht CO_2-bedingten Auswirkungen des Luftverkehrs auf das Klima und fordert eine nachhaltige Koordinierung bei Forschung, Überwachung und Berichterstattung, um künftige Diskrepanzen in den Rechtsvorschriften zu verhindern;

151. begrüßt die Rolle des Sonderausschusses für Luftverkehr, wenn es darum geht, beide Vertragsparteien über die Bemühungen um eine Regulierung und die Schaffung von Anreizen für nachhaltige Flugkraftstoffe für den Luftverkehr auf dem Laufenden zu halten, und empfiehlt, Initiativen aufeinander abzustimmen, um den Nutzen für die Nachhaltigkeit zu maximieren, Innovation zu fördern und die Wettbewerbsfähigkeit des Luftverkehrssektors zu unterstützen;

152. nimmt die laufende Debatte über Wet-Leasing-Bestimmungen zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich zur Kenntnis, da beim Wet-Leasing nunmehr zusätzliche Beschränkungen, die für Drittstaaten gelten, einzuhalten sind, und stellt fest, dass das Vereinigte Königreich darum gebeten hat, die Verfahren nach dem Brexit zu straffen, um der hohen saisonalen Nachfrage gerecht zu werden;

153. betont jedoch, dass diese Ersuchen im Zusammenhang mit den aktuellen Forderungen nach dringender Klarstellung der Vorschriften und Verfahren für das Wet-Leasing innerhalb und außerhalb der EU, auch in Bezug auf Aufsicht und Durchsetzung, und einer höheren Effizienz von Luftverkehrsdiensten zu betrachten sind;

154. empfiehlt daher, dass die Kommission den beiden gesetzgebenden Organen eine Überarbeitung der Verordnung über Luftverkehrsdienste[41] vorschlägt, in der die Vorschriften, Aufsichtsverfahren und Durchsetzungsbestimmungen für das Wet-Leasing innerhalb und außerhalb der EU präzisiert werden, um etwaige Probleme im Zusammenhang mit dem Handels- und Kooperationsabkommen zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich anzugehen, anstatt Leitlinien zu Fragen festzulegen, zu denen die beiden gesetzgebenden Organe noch keine Entscheidung getroffen haben;

155. weist darauf hin, dass eine Reihe von lokalen und regionalen Flughäfen in der Europäischen Union zahlreiche Verbindungen zum Vereinigten Königreich anbieten; bekräftigt, dass die Verfügbarkeit entsprechender Flüge sicherzustellen ist, da diese von Unionsbürgerinnen und -bürgern, die im Vereinigten Königreich leben und arbeiten, aber auch von Bürgerinnen und Bürgern des Vereinigten Königreichs, die als Touristen auf den Kontinent reisen, genutzt werden;

156. stellt fest, dass das anhaltende Wachstum des Luftverkehrs und der zunehmende Druck auf das globale Flugverkehrsmanagementsystem eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich erfordern, um Leistung, Effizienz

---

41 Verordnung (EG) Nr. 1008/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 24. September 2008 über gemeinsame Vorschriften für die Durchführung von Luftverkehrsdiensten in der Gemeinschaft, ABl. L 293 vom 31.10.2008, S. 3, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2008/1008/oj).

und Verwaltung mit Blick auf den Luftraum zu optimieren; begrüßt die fortgesetzte Koordinierungsarbeit des Vereinigten Königreichs mit Eurocontrol und regt an, weitere Wege für eine für beide Seiten vorteilhafte Zusammenarbeit in dieser Hinsicht zu sondieren;

Straße

157. betont, dass es wichtig ist, das Vereinigte Königreich mit dem europäischen Register der Kraftverkehrsunternehmen (ERRU) zu verbinden, und begrüßt die Zusage beider Seiten, beim Datenaustausch zwischen den nationalen Elektronikregistern über (schwerwiegende) Verstöße gegen die Vorschriften über den Straßentransport Fortschritte zu erzielen und so zur wirksamen Durchsetzung der im Handels- und Kooperationsabkommen festgelegten Vorschriften über den Straßentransport beizutragen; fordert beide Parteien auf, an einer bilateralen Vereinbarung zu arbeiten, um den grenzüberschreitenden Informationsaustausch im Einklang mit der Richtlinie (EU) 2024/3237[42] weiter zu erleichtern und somit die Straßenverkehrssicherheit zu verbessern, während zugleich die Datenschutzanforderungen für Fahrer zu wahren sind;

158. begrüßt die Entscheidung, den intelligenten Fahrtenschreiber in der Version 2 in neu zugelassenen Fahrzeugen der EU und des Vereinigten Königreichs zu verwenden, um für ein anhaltend hohes Maß an Straßenverkehrssicherheit und gleiche Wettbewerbsbedingungen im Güterkraftverkehr in beiden Hoheitsgebieten zu sorgen;

Seeverkehr

159. nimmt die Besorgnis hinsichtlich einer etwaigen Verschiebung von Schifffahrtsrouten und entsprechenden Aktivitäten auf Häfen des Vereinigten Königreichs zur Kenntnis, mit der verhindert werden soll, dass Kosten für die Emissionen aus dem Seeverkehr im Rahmen des EU-Emissionshandelssystems entstehen, und fordert die Kommission nachdrücklich auf, die Hafentätigkeiten in den Häfen des Vereinigten Königreichs genau zu beobachten; begrüßt in diesem Zusammenhang die auf dem Gipfeltreffen zwischen dem Vereinigten Königreich und der EU erzielte Einigung, eine funktionierende Verbindung zwischen dem Emissionshandelssystemen der EU und des Vereinigten Königreichs herzustellen, die den nationalen und internationalen See- und Luftverkehr umfassen sollte, und betont, dass es wichtig ist, die CO_2-Bepreisung und die Überwachungsrahmen aufeinander abzustimmen, damit die angestrebten Umweltziele weiterhin verfolgt werden, für gleiche Wettbewerbsbedingungen gesorgt wird und die Verlagerung von CO_2-Emissionen und Verzerrungen der Wettbewerbsfähigkeit von Häfen verhindert und Hafenarbeiter und entsprechende Unternehmen in der EU geschützt werden;

160. unterstützt den Durchführungsbeschluss der Kommission[43], mit dem das System des

---

42 Richtlinie (EU) 2024/3237 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. Dezember 2024 zur Änderung der Richtlinie (EU) 2015/413 zur Erleichterung des grenzüberschreitenden Austauschs von Informationen über die Straßenverkehrssicherheit gefährdende Verkehrsdelikte (ABl. L, 2024/3237, 30.12.2024, ELI: http://data.europa.eu/eli/dir/2024/3237/oj).

43 Durchführungsbeschluss (EU) 2022/1973 der Kommission vom 11. Oktober 2022 über die Anerkennung des Vereinigten Königreichs gemäß der Richtlinie (EU) 2022/993 in Bezug auf das Ausbildungs- und Zeugniserteilungssystem für Seeleute (ABl. L 270 vom 18.10.2022, S. 99, ELI: http://data.europa.eu/eli/dec_impl/2022/1973/oj).

Vereinigten Königreichs in Bezug auf das Ausbildungs- und Zeugniserteilungssystem für Seeleute gemäß der Richtlinie (EU) 2022/993[44] ab dem 11. Oktober 2022 anerkannt wird, nachdem festgestellt wurde, dass alle im Internationalen Übereinkommen über Normen für die Ausbildung, die Erteilung von Befähigungszeugnissen und den Wachdienst von Seeleuten festgelegten Anforderungen an die Ausbildung und die Erteilung von Befähigungszeugnissen erfüllt sind;

Schienenverkehr

161. stellt fest, dass der Schienenverkehr nach wie vor vom Anwendungsbereich des Handels- und Kooperationsabkommens ausgenommen ist, was zeigt, dass sich EU und das Vereinigte Königreich weiterhin auf bilaterale Vereinbarungen stützen; begrüßt dennoch die Fortschritte, die im Zusammenhang mit Genehmigungen für Eisenbahnunternehmen und mit Sicherheitsbescheinigungen erzielt wurden;

162. weist auf die strategische Bedeutung des Ärmelkanaltunnels als wichtige Infrastrukturverbindung zwischen dem Vereinigten Königreich und der EU hin; stellt mit Besorgnis fest, dass trotz bilateraler Fortschritte das Güter- und Personenverkehrsaufkommen im Eisenbahnverkehr durch den Ärmelkanaltunnel aufgrund hoher Kosten, aufsichtsrechtlicher Hindernisse für den Güter- und Personenverkehr sowie begrenzter Infrastrukturkapazitäten für den Anschlussverkehr innerhalb des Vereinigten Königreichs weit hinter den ursprünglichen Prognosen zurückbleibt, da ein Großteil des britischen Schienennetzes nicht für standardisierte europäische Gütercontainer und -wagen ausgelegt ist;

Fischerei

Umsetzung des Teilbereichs „Fischerei“ des Handels- und Kooperationsabkommens

163. nimmt die Berichte der Kommission für die Jahre 2023 und 2024 zur Umsetzung des Handels- und Kooperationsabkommens zur Kenntnis, insbesondere die unter den Teilbereich „Fischerei“ fallenden Aspekte;

164. begrüßt die Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen den Vertragsparteien bei den jährlichen Verhandlungen über die zulässigen Gesamtfangmengen, die in den Jahren 2023 und 2024 zu einer raschen Einigung geführt haben, mit der die Anwendung vorläufiger zulässiger Gesamtfangmengen verhindert werden konnte und somit für Klarheit und Vorhersehbarkeit für den Fischereisektor hinsichtlich der Fangmöglichkeiten für das Folgejahr gesorgt wurde;

165. bedauert die durch den Brexit hervorgerufene Instabilität in den internationalen Fischereibeziehungen mit den Küstenstaaten, durch die es schwieriger geworden ist, sich auf eine ausgewogene Aufteilung und den Austausch von Fangmöglichkeiten zu verständigen; stellt mit Besorgnis fest, dass einige Küstenstaaten einseitig und auf unfaire Weise versuchen, diese Instabilität dazu zu nutzen, ihre Fangmöglichkeiten zulasten derjenigen der EU zu erhöhen; weist erneut darauf hin, dass es wichtig ist, bisherige Fangrechte zu achten; fordert eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen der

---

[44] Richtlinie (EU) 2022/993 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 8. Juni 2022 über Mindestanforderungen für die Ausbildung von Seeleuten (ABl. L 169 vom 27.6.2022, S. 45, ELI: http://data.europa.eu/eli/dir/2022/993/oj).

EU und den Küstenstaaten, insbesondere im Rahmen der jährlichen Konsultationen und trilateralen Vereinbarungen, um eine nachhaltige Bewirtschaftung der gemeinsam bewirtschafteten Fischbestände sowie eine größere Stabilität und Berechenbarkeit der Fangquoten zu erreichen;

166. weist darauf hin, dass das Vereinigte Königreich für Schiffe aus der EU ein Fanglizenzsystem für den Zugang zu seinen Gewässern eingeführt hat; stellt fest, dass dieses System die wirksame Umsetzung des Handels- und Kooperationsabkommens erheblich verzögert hat, da von der britischen Seite zahlreiche Vorbedingungen für die Erteilung dieser Lizenzen hinzugefügt wurden, wodurch insbesondere die Eigentümer von Schiffen mit einer Länge von weniger als zwölf Metern benachteiligt wurden, die zwar in der Vergangenheit in britischen Hoheitsgewässern gefischt haben, aber Schwierigkeiten damit haben, ihre Präsenz in diesen Gewässern nachzuweisen; bedauert zutiefst, dass diese Konstellation dazu geführt hat, dass vielen kleinen Schiffen keine Lizenzen erteilt wurden, wodurch sie gezwungen waren, ihre Tätigkeit in andere Gebiete zu verlagern oder ganz einzustellen, was die ungünstige Lage und die negativen Auswirkungen, die durch weitere Zusatzkosten und bürokratische Auflagen im Zusammenhang mit dem Brexit verursacht wurden, noch verschärft hat; bedauert ferner, dass der Vertrag über die Bucht von Granville, durch den bis zum Brexit die Fischerei in den Gewässern von Jersey geregelt wurde, durch das Handels- und Kooperationsabkommen hinfällig wurde; weist schließlich darauf hin, dass das Problem der Obergrenze der von der Insel Jersey erteilten Lizenzen immer noch nicht vollständig gelöst ist, was dazu führt, dass einige Fischer immer noch in sehr großer Ungewissheit leben, ob sie ihre Fischereitätigkeit in den Hoheitsgewässern der der englischen Krone unterstehenden Gebiete fortführen können;

167. weist darauf hin, dass gemäß Artikel 496 des Handels- und Kooperationsabkommens Bewirtschaftungsmaßnahmen und technische Maßnahmen, die die Schiffe der anderen Vertragspartei beeinflussen können, rechtzeitig im Voraus mitgeteilt werden müssen, damit die andere Vertragspartei Rückmeldung geben oder um Klärung ersuchen kann; betont, dass solche Maßnahmen verhältnismäßig und diskriminierungsfrei sein müssen, auf den besten verfügbaren wissenschaftlichen Erkenntnissen beruhen und der langfristigen ökologischen, sozialen und wirtschaftlichen Nachhaltigkeit Rechnung tragen müssen; bedauert, dass Folgenabschätzungen nicht systematisch unter gleichberechtigter Beteiligung von Interessengruppen beider Vertragsparteien und nach Treu und Glauben erstellt werden;

168. bedauert, dass das Vereinigte Königreich einseitig zahlreiche Maßnahmen zur Bestandsbewirtschaftung umgesetzt hat, vor allem Maßnahmen technischer Natur, darunter Verbote für bestimmte Fischereien, die Einführung von Mindestfanggrößen für bestimmte Arten, die Einstellung der Fischerei in Meeresschutzgebieten (zum Beispiel in der Doggerbank) oder die Errichtung von Windparks, wodurch der Zugang von Schiffen aus der EU zu den Fanggründen und Fischereiressourcen des Vereinigten Königreichs, insbesondere innerhalb der Zone von sechs bis zwölf Seemeilen, drastisch eingeschränkt wurde; bedauert, dass diese Maßnahmen und die Maßnahmen im sozialen Bereich größere Auswirkungen auf Schiffe aus der EU als auf britische Schiffe haben, wobei dies mit sozioökonomischen Folgen für die Fischereiwirtschaft der EU und insbesondere für die handwerkliche Fischerei verbunden ist; ist besorgt darüber, dass diese Art von Maßnahmen letztlich dazu führen könnte, dass Schiffe aus der EU von ganzen Fangzonen ausgeschlossen werden, wodurch die Fangrechte der EU in den britischen Gewässern infrage gestellt werden;

169. fordert die Kommission auf, umfassende und systematische Bewertungen der sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Auswirkungen dieser Maßnahmen, auch in den der englischen Krone unterstehenden Gebieten, vorzunehmen, um deren Verhältnismäßigkeit zu ermitteln und zu überprüfen, ob sie nichtdiskriminierend sind, und gegebenenfalls entschieden zu reagieren und die im Handels- und Kooperationsabkommen vorgesehenen Streitbeilegungsmechanismus bzw. Vergeltungsmaßnahmen, einschließlich Ausgleichsmaßnahmen wie der Aussetzung der Zollpräferenzbehandlung für Fischereierzeugnisse, sowie alle anderen ihr zur Verfügung stehenden politischen und diplomatischen Mittel zu nutzen;

170. begrüßt in diesem Zusammenhang den endgültigen Spruch des Schiedsgerichts vom 28. April 2025 zur Streitbeilegung zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich über die Entscheidung zur Schließung der Sandaalfischerei in den englischen Gewässern der Nordsee und in den schottischen Gewässern; stellt fest, dass das Schiedsgericht in diesem konkreten Fall der Auffassung war, dass kein Verstoß gegen den Grundsatz der Nichtdiskriminierung vorlag und dass die Maßnahme wissenschaftlich begründet war; betont, dass das Schiedsgericht festgestellt hat, dass das Verbot der Fischerei auf Sandaale in den englischen Gewässern einen Verstoß gegen den im Handels- und Kooperationsabkommen vorgesehenen Grundsatz der Verhältnismäßigkeit darstellt und dass das Vereinigte Königreich gegen seine Verpflichtung verstoßen hat, für die Fischerei auf Sandaale uneingeschränkten Zugang zu seinen Gewässern zu gewähren; weist darauf hin, dass das Vereinigte Königreich verpflichtet ist, die erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, um dem Spruch des Schiedsgerichts nachzukommen; ist der Ansicht, dass dieser Schiedsspruch einen wichtigen rechtlichen Präzedenzfall für die Wahrung der Fischereirechte der EU und für die Reaktion auf ähnliche künftige Maßnahmen des Vereinigten Königreichs schafft; fordert die Kommission auf, die einseitigen Maßnahmen des Vereinigten Königreichs weiterhin genau zu überwachen, damit für die Einhaltung des Handels- und Kooperationsabkommens gesorgt wird;

171. ist besorgt darüber, dass einseitige Maßnahmen zu Kettenreaktionen in Bezug auf die wirtschaftliche und soziale Tragfähigkeit des EU-Fischereisektors und die damit verbundene Wertschöpfungskette führen; bringt darüber hinaus seine Besorgnis darüber zum Ausdruck, dass die Beschränkung des Zugangs zu den Gewässern des Vereinigten Königreichs zu einer Verlagerung des Fischereiaufwands auf den Ärmelkanal und die Nordsee führt, was zu einem erhöhten Druck auf die zulässigen Gesamtfangmengen und auf Arten, für die keine zulässigen Gesamtfangmengen festgesetzt sind, führt; betont, dass die zunehmende Nutzung von EU-Gewässern Auswirkungen auf die Sicherheit und die Bewirtschaftung des Meeresraumes hat, aber auch auf den Zugang zu Ressourcen, insbesondere für die handwerkliche Fischerei, wodurch die soziale, wirtschaftliche und ökologische Nachhaltigkeit der Fischereitätigkeiten infrage gestellt wird;

172. fordert beide Vertragsparteien auf, dem zunehmenden Druck im Ärmelkanal und in der Nordsee rasch zu begegnen, indem sie einen regionalen Bewirtschaftungsplan vorschlagen, um für eine nachhaltige Bewirtschaftung der Ressourcen und ein mehrjähriges Fischereimanagement zu sorgen; weist die Kommission in diesem Zusammenhang auf die Vorschriften des Mehrjahresplans für die Nordsee hin, die auch diese Gewässer abdecken, und ist der Ansicht, dass diese Vorschriften erforderlichenfalls angepasst werden sollten, um etwaige Unstimmigkeiten zu beseitigen und für Rechtssicherheit für die Betreiber und die Mitgliedstaaten zu sorgen;

Ende des Anpassungszeitraums

173. fordert beide Vertragsparteien auf, den in Artikel 500 („Zugang zu Gewässern“) verankerten Grundsatz einzuhalten, sodass ein für beide Seiten zufriedenstellender Ausgleich zwischen den Interessen beider Vertragsparteien erzielt wird; weist darauf hin, dass der Zugang zu den Gewässern, einschließlich der Zone von sechs bis zwölf Seemeilen, auf Gegenseitigkeit beruhen und in einem angemessenen Verhältnis zu den zulässigen Gesamtfangmengen bzw. den durchschnittlichen Fangmengen der anderen Vertragspartei stehen muss; fordert die Kommission auf, diesen Artikel vollständig umzusetzen und im Sonderausschuss für Fischerei die erforderlichen Leitlinien auszuarbeiten, um seine Anwendung in der Praxis zu erleichtern;

174. betont, dass im Handels- und Kooperationsabkommen eine Überprüfungsklausel für 2030 vorgesehen ist, mit der die Modalitäten für die Umsetzung des Handels- und Kooperationsabkommens gestärkt und kodifiziert werden können, wobei zu berücksichtigen ist, dass diese Klausel nicht dazu verwendet werden darf, den Zugang zu Gewässern einzuschränken; fordert die Kommission in diesem Zusammenhang auf, alles in ihrer Macht Stehende zu tun, um in den kommenden Jahren einen vorhersehbaren, kontinuierlichen und erweiterten Zugang zu den Gewässern sicherzustellen;

175. unterstreicht die Bedeutung eines fairen und nachhaltigen Fischereiabkommens zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich; begrüßt die politische Einigung, die am 19. Mai 2025 zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich erzielt wurde, insbesondere über die Erneuerung des wechselseitigen, stabilen und kontinuierlichen Zugangs zu den Gewässern bis zum 30. Juni 2038, mit der für Stabilität für die Fischereigemeinden gesorgt wird; begrüßt, dass die Fischerei in diesen jüngsten Verhandlungen eine wichtige Rolle gespielt hat; legt beiden Seiten nahe, bei künftigen Verhandlungen weiterhin einen pragmatischen und für beide Seiten vorteilhaften Ansatz zu verfolgen;

176. begrüßt, dass der Sonderausschuss für Fischerei die politische Einigung formalisiert hat; fordert die Kommission auf, bei der Umsetzung dieser neuen Einigung wachsam zu sein, auch in Bezug auf den Zugang zur Zone von sechs bis zwölf Seemeilen, insbesondere für kleine Schiffe und Küstenschiffe aus Frankreich; betont, dass eine solide Überwachung und Durchsetzung unerlässlich ist, um gemeinsame Verpflichtungen einzuhalten, die Meeresökosysteme zu schützen und die Lebensgrundlagen der Fischer in der EU und der in Küstengemeinden lebenden Menschen zu sichern;

177. bekräftigt, dass der dauerhafte gegenseitige Zugang zu Gewässern und Fischereiressourcen als grundlegendes Element der Beziehungen zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich beibehalten und demnach in Verbindung mit anderen Teilen des Handels- und Kooperationsabkommens wie dem Handel, dem Zugang von Fischereiprodukten zum Binnenmarkt und der Zusammenarbeit im Energiebereich behandelt werden muss;

178. stellt fest, dass im Handels- und Kooperationsabkommen eine schrittweise Senkung der zulässigen Gesamtfangmengen der EU in den Gewässern des Vereinigten Königreichs um 25 % während des Übergangszeitraums bis Ende 2026 vorgesehen ist; betont, dass diese Senkung für die Fischer in der EU ein enormes Opfer bedeutete und erhebliche

Auswirkungen auf die Fischerei in der EU hatte und zu Plänen zum Abbau der Flotte und zum Wegfall von Schiffen führte; begrüßt, dass die Fangmöglichkeiten nach 2026 und in den Folgejahren zumindest auf diesem Niveau beibehalten werden und nicht infrage gestellt werden;

179. bedauert, dass es an Daten und Studien über die Auswirkungen des Brexit auf den Fischereisektor mangelt; fordert die Kommission auf, die Auswirkungen des Anpassungszeitraums auf die gesamte Wertschöpfungskette des EU-Fischereisektors umfassend zu bewerten;

180. betont, dass im Handels- und Kooperationsabkommen die Möglichkeit vorgesehen ist, die Entwicklung mehrjähriger Strategien für die Erhaltung und Bewirtschaftung von zulässigen Gesamtfangmengen und nicht quotengebundenen Beständen in Erwägung zu ziehen; fordert beide Vertragsparteien auf, auf größere Stabilität und Vorhersehbarkeit der Fangquoten hinzuarbeiten und im Hinblick auf die Fischereisektoren beider Vertragsparteien für eine nachhaltige Bewirtschaftung der Bestände in der Nordsee und im Nordostatlantik zu sorgen;

Fischereimanagement und Zusammenarbeit im Bereich der Fischerei zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich

181. betont, dass eine engere und konsequentere Zusammenarbeit zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich wichtig ist, und zwar nicht nur bei der Bewirtschaftung im Bereich der Fischerei und der geschützten Meeresgebiete, sondern generell bei der maritimen Raumplanung sowie bei technischen Maßnahmen, Kontrollmaßnahmen, zollrechtlichen und gesundheitsbezogenen Maßnahmen, in allen dafür vorgesehenen Gremien, insbesondere im Sonderausschuss für Fischerei; fordert beide Vertragsparteien auf, die Funktionsweise und die Transparenz der Leitungsgremien zu verbessern und dafür zu sorgen, dass alle auferlegten Maßnahmen vorab erörtert werden, wobei diese auf soliden wissenschaftlichen und sozioökonomischen Erwägungen beruhen und weder diskriminierend sein noch die betroffenen Akteure daran hindern sollten, die ihnen zugeteilten Quoten zu erreichen;

182. fordert die Kommission auf, insbesondere darauf zu achten, dass die festgelegten Bedingungen eingehalten werden, und entschieden zu reagieren, wenn das Vereinigte Königreich in diskriminierender Weise tätig werden sollte; fordert die Kommission ferner auf, im Sonderausschuss für Fischerei die Zoll-, Gesundheits- und Kontrollbeschränkungen bei der Anlandung von Schiffen der einen Vertragspartei auf dem Boden der anderen Vertragspartei anzupassen, beispielsweise durch die Einführung eines gemeinsamen Kontrollplans des Vereinigten Königreich und der einzelnen Mitgliedstaaten, sofern gleichwertige Garantien im Hinblick auf die Nachverfolgbarkeit und die Konformität der Fischereierzeugnisse gegeben werden; betont, dass die Logistikkreisläufe sowohl für die Einfuhr als auch für die Ausfuhr gesichert werden müssen, indem die Hindernisse beseitigt werden, die sich aus dem Fehlen von Gesundheits- und Zollkontrollen in einigen Häfen ergeben;

183. äußert zunehmende Besorgnis über die steigende Zahl von Verstößen, die von britischen Schiffen in EU-Gewässern begangen werden; fordert die Behörden der Mitgliedstaaten auf, die Kapazitäten für die Meeresüberwachung zu erhöhen, die Kontrollen auszuweiten und angemessene Sanktionen zu verhängen;

184. fordert die Vertragsparteien auf, die Kohärenz, Kompatibilität und Interoperabilität ihrer Kontrollmaßnahmen, einschließlich der elektronischen Fernüberwachungs- und Kamerasysteme, sicherzustellen, damit kein übermäßiger administrativer oder finanzieller Aufwand erzeugt wird, und dafür zu sorgen, dass sie nicht übermäßig voneinander abweichen; bekräftigt, dass beide Vertragsparteien vor der Einführung dieser Maßnahmen in engem Austausch mit den Branchenvertretern stehen sollten;

185. stellt fest, dass der Sonderausschuss für Fischerei seit Inkrafttreten des Handels- und Kooperationsabkommens neunmal zusammengetreten ist; bedauert jedoch die mangelnde Transparenz und Rechenschaftspflicht dieses Gremiums; fordert, dass die Mitglieder des Fischereiausschusses des Parlaments einbezogen und zur Teilnahme an den Sitzungen eingeladen werden, um eine angemessene Kontrolle zu ermöglichen, und dass Sitzungsprotokolle und -dokumente so bald wie möglich übermittelt werden;

186. fordert die EU und das Vereinigte Königreich auf, ihre Bemühungen zur Förderung der Erhaltung und nachhaltigen Nutzung der Fischereiressourcen zu verstärken, die Zusammenarbeit und den Austausch über bewährte Verfahren zu intensivieren, um die Selektivität zu verbessern und die Auswirkungen bestimmter Fangtätigkeiten zu verringern, und den ökosystembasierten Ansatz vollständig umzusetzen;

187. fordert beide Vertragsparteien auf, ihre Zusammenarbeit und Koordinierung auf internationaler Ebene im Rahmen regionaler Fischereiorganisationen bzw. in der Zusammenarbeit mit Küstenstaaten bei der gemeinsamen Bewirtschaftung von Fischbeständen zu verstärken; betont, dass die EU und das Vereinigte Königreich ihre Zusammenarbeit bei der Bekämpfung der illegalen, nicht gemeldeten und unregulierten Fischerei intensivieren und die erforderlichen Maßnahmen zu deren Beseitigung in allen internationalen Foren unterstützen müssen, wobei besonderes Augenmerk auf die Verschärfung der Vorschriften über die Transparenz und Rückverfolgbarkeit eingeführter Fischereierzeugnisse gelegt werden muss;

188. weist die beiden Vertragsparteien auf die Notwendigkeit einer verstärkten Zusammenarbeit bei ihren Maßnahmen im Bereich der maritimen Raumplanung hin, insbesondere im Hinblick auf Konflikte zwischen Offshore-Windkraftanlagen und Erhaltungszielen bzw. auf Konflikte mit dem Fischereisektor; fordert einen Ausgleich zwischen allen Interessen im Zusammenhang mit der Nutzung des maritimen Raums, bei dem ökologische, wirtschaftliche und soziale Aspekte berücksichtigt und die Kohärenz und Gerechtigkeit zwischen den Wirtschaftszweigen sichergestellt werden sollten;

189. fordert, dass sich beide Vertragsparteien gemeinsam für wissenschaftliche Forschung einsetzen und sich über bewährte Verfahren austauschen, wenn es darum geht, Munitionsreste auf dem Meeresboden zu identifizieren und zu bergen;

190. fordert die Vertragsparteien auf, dafür zu sorgen, dass die Erteilung von Lizenzen und Genehmigungen für EU-Schiffe, in Gewässern des Vereinigten Königreichs und der der englischen Krone unterstehenden Gebiete zu fischen, ohne administrative, steuerliche oder finanzielle Hürden erfolgt;

191. fordert die Kommission angesichts der besonderen Lage der Kanalinseln auf, die Zusammenarbeit zwischen den Vertragsparteien durch eine bessere Verbindung des regionalen Dialogs mit dem Vierparteien-Gremium (Quad Meeting) zu erleichtern;

fordert die Vertragsparteien auf, Vertreter des Fischereisektors, alle relevanten Interessenträger sowie die lokalen und regionalen Gebietskörperschaften einzubeziehen und das Modell der gemeinsamen Bestandsbewirtschaftung zu fördern;

192. weist darauf hin, dass die Reserve für die Anpassung an den Brexit eingerichtet wurde, um die wirtschaftlichen, sozialen, territorialen und ökologischen Folgen des Brexits abzufedern; weist erneut darauf hin, dass dieser mit 5,4 Mrd. EUR ausgestattete Fonds der Fischereiwirtschaft zugutekommen sollte, darunter auch der handwerklichen Fischerei, die unverhältnismäßig stark vom Brexit betroffen war; weist darauf hin, dass die Kommission gemäß der Verordnung zur Einrichtung der Reserve für die Anpassung an den Brexit verpflichtet war, das Parlament und den Rat bis Juni 2024 über den Stand der Umsetzung zu unterrichten; bedauert, dass die Kommission bislang keine Informationen zu diesem Thema vorgelegt hat; fordert, dass das Parlament und der Rat vor Ende 2025 über den Stand der Umsetzung der Verordnung zur Einrichtung der Reserve für die Anpassung an den Brexit unterrichtet werden;

Koordinierung der sozialen Sicherheit

193. begrüßt die Einschätzung der Kommission, dass die Zusammenarbeit zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich im Bereich der Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit konstruktiv war, und in den Jahren 2023 und 2024 keine signifikanten systemischen oder strukturellen Probleme ermittelt wurden, wobei sich beide Vertragsparteien verpflichtet haben, jegliche Probleme zu lösen, die sich bei der Umsetzung des Protokolls über die Koordinierung der sozialen Sicherheit zum Handels- und Kooperationsabkommen ergeben könnten; nimmt die Beschlüsse des Sonderausschusses für die Koordinierung der sozialen Sicherheit in Bezug auf entsandte Arbeitnehmer und Selbstständige und zur Klärung bestimmter finanzieller Aspekte zur Kenntnis; hebt hervor, dass es wichtig ist, über ein dynamisches Protokoll zu verfügen, das sich an die überarbeiteten Bestimmungen zur Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit anpasst; fordert, dass weiterhin Anstrengungen unternommen werden, um die Verfahren zu vereinfachen, für eine einheitliche Auslegung in allen Mitgliedstaaten und im Vereinigten Königreich zu sorgen und durch bessere Orientierungshilfen, digitale Instrumente und Zusammenarbeit bei der Verwaltung den Bürgerinnen und Bürgern den Zugang zur sozialen Sicherheit zu erleichtern;

194. stellt fest, dass der Sonderausschuss für die Koordinierung der sozialen Sicherheit technische Arbeit zu Themen wie Änderungen für strukturierte elektronische Dokumente und für portable Dokumente, Verfahren für die Erstattung der Kosten von Leistungen bei Krankheit und Umsetzung der einschlägigen Beschlüsse der Verwaltungskommission der EU für die Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit geleistet hat; fordert den Sonderausschuss auf, seine Anstrengungen zu verstärken und spürbare Fortschritte bei der Verbesserung der Verfahren zu erzielen und dabei für eine einheitliche Auslegung in den Mitgliedstaaten und im Vereinigten Königreich zu sorgen und die Koordinierung der Sozialversicherungsansprüche von mobilen Arbeitnehmern und Grenzgängern zu verbessern;

195. unterstreicht, dass für menschenwürdige, faire und sichere Arbeitsbedingungen für Saisonarbeitnehmer gesorgt werden muss, insbesondere in so wichtigen Sektoren wie Landwirtschaft, Tourismus und der Bauwirtschaft; fordert die Kommission auf, sich im Rahmen der Umsetzung des Abkommens über Handel und Zusammenarbeit für die Einführung eines spezifischen Mechanismus für die Mobilität von Saisonarbeitnehmern

einzusetzen, einschließlich gemeinsamer Normen für die Dauer der Beschäftigung, den Zugang zu Leistungen der sozialen Sicherheit und den Schutz vor Ausbeutung, mit Garantien, die jenen in der Richtlinie 2014/36/EU[45] vergleichbar sind;

196. fordert die Kommission auf, die Möglichkeit der Einrichtung einer zentralen Anlaufstelle für die EU und das Vereinigte Königreich zu bewerten, an die Verstöße gegen Arbeitnehmerrechte, Hindernisse beim Zugang zu Sozialleistungen sowie Probleme im Zusammenhang mit der Anerkennung von Arbeitsverträgen mit grenzüberschreitendem Charakter gemeldet werden können;

197. stellt die Bedeutung und den Wert des Sozialmodells der EU fest und fordert die Regierung des Vereinigten Königreichs auf, das Regressionsverbot auf den gesamten sozialen Besitzstand der EU auszuweiten;

Teilnahme an Programmen der EU

198. bekräftigt seine Auffassung, dass der Abschnitt des Handels- und Kooperationsabkommens zu der Teilnahme des Vereinigten Königreichs an Programmen der EU, der Wirtschaftlichkeit der Haushaltsführung und finanziellen Bestimmungen eine gerechte Grundlage für die Teilnahme des Vereinigten Königreichs darstellt und dazu beiträgt, den Schutz der finanziellen Interessen der EU zu gewährleisten; betont, dass transparente Haushaltsplanungs- und Kostenteilungsvereinbarungen erforderlich sind;

199. begrüßt mit Nachdruck, dass gemäß den Protokollen I und II zu dem Handels- und Kooperationsabkommen das Vereinigte Königreich an dem Programm Horizont Europa und der Copernicus-Komponente des EU-Weltraumprogramms teilnimmt und Zugang zu Diensten der Komponente des Weltraumprogramms für die Beobachtung und Verfolgung von Objekten im Weltraum durch die EU hat; hebt die Vorteile einer Beteiligung von Drittändern an EU-Programmen für die EU und ihre Bürgerinnen und Bürger hervor; ist der Ansicht, dass mit der Beteiligung des Vereinigten Königreichs an Horizont Europa anerkannt wird, dass Wissenschaft und Innovation im Vereinigten Königreich integrale Bestandteile des europäischen Wissenschafts- und Innovationsökosystems sind; hält es für beide Seiten für vorteilhaft, dass das Vereinigte Königreich mit dem künftigen zehnten Forschungsrahmenprogramm (RP10) assoziiert wird und dass mit dem Umfang einer solchen Assoziierung das Ziel erreicht werden dürfte, das Wirtschaftswachstum in der EU durch Innovation anzukurbeln; vertritt die Auffassung, dass es daher von entscheidender Bedeutung ist, dass letztlich ein ausgewogenes Verhältnis zwischen den Beiträgen des Vereinigten Königreichs und den Vorteilen, die das Land als Gegenleistung erhalten würde, erzielt werden muss;

200. weist jedoch erneut auf seine Bedenken hinsichtlich der Bestimmungen im Protokoll I in Bezug auf einen automatischen Korrekturmechanismus für das Vereinigte Königreich im Zusammenhang mit „Horizont Europa“ hin, die nicht als Teil des Handels- und Kooperationsabkommens selbst vereinbart wurden; nimmt zur Kenntnis, dass der Korrekturmechanismus für das Vereinigte Königreich bis zum Ende des derzeitigen

---

45 Richtlinie (EU) 2014/36 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Februar 2014 über die Bedingungen für die Einreise und den Aufenthalt von Drittstaatsangehörigen zwecks Beschäftigung als Saisonarbeitnehmer (ABl. L 94 vom 28.3.2014, S. 375, ELI: http://data.europa.eu/eli/dir/2014/36/oj).

mehrjährigen Finanzrahmens (MFR) gilt und weniger vorteilhaft ist als der in dem Handels- und Kooperationsmechanismus enthaltene Korrekturmechanismus;

201. betont ferner die Schwierigkeiten aufgrund der hohen Visumgebühren und des Zuschlags für die Gesundheitsversorgung für Forscher aus der EU, die Mittel aus dem Programm „Horizont Europa“ erhalten und ihr Recht auf Mobilität in Anspruch nehmen möchten, indem sie in das Vereinigte Königreich ziehen, und fordert das Vereinigte Königreich nachdrücklich auf, gegen dieses Problem vorzugehen;

202. ist nach wie vor besorgt über das 2023 geänderte Assoziierungsprotokoll zum Handels- und Kooperationsabkommen und insbesondere darüber, dass der automatische Rabatt auf den Beitrag des Vereinigten Königreichs zu Horizont Europa im Falle einer geringer als erwartet ausfallenden Beteiligung des Vereinigten Königreichs an dem Programm Ungereimtheiten im Zusammenhang mit den Bestimmungen des Handels- und Kooperationsabkommens, dem das Parlament im Dezember 2020 zustimmte, nach sich gezogen hat; stellt fest, dass diese Änderung des Handels- und Kooperationsabkommens durch die Annahme eines Protokolls dazu führte, dass das Parlament nicht in der Lage war, eine fundierte Zustimmung zu erteilen oder eine wirksame Kontrolle über einen wesentlichen Teil des Gesamtabkommens auszuüben;

203. betont, dass bei einem internationalen Abkommen über die Assoziierung des Vereinigten Königreichs mit EU-Programmen das Vorrecht des Europäischen Parlaments, im Einklang mit seiner Entschließung vom 8. Februar 2024 zu den Assoziierungsabkommen über die Teilnahme von Drittstaaten an Programmen der Union[46] eine fundierte Zustimmung zu erteilen, uneingeschränkt gewahrt werden sollte;

204. fordert die umfassende Einbeziehung des Parlaments in alle Verhandlungen über die Beteiligung des Vereinigten Königreichs am RP10 sowie in Bezug auf die Umsetzung des RP10 im Laufe des nächsten MFR; hofft, dass beide Vertragsparteien die Verzögerungen vermeiden können, die für die Beteiligung des Vereinigten Königreichs an Horizont Europa und dem Programm Copernicus im Rahmen des derzeitigen MFR kennzeichnend waren, um die Kontinuität der Finanzierung wichtiger Forschungs- und Innovationsprojekte der EU, an denen Partner aus dem Vereinigten Königreich beteiligt sind, sicherzustellen;

205. stellt fest, dass im Rahmen der Initiative „Choose Europe for Science“ sowohl die Maßnahmen des Europäischen Forschungsrats (ERC) als auch die Marie-Skłodowska-Curie-Maßnahmen eindeutig als maßgebliche Programme eingestuft werden, die der Union dabei helfen können, wissenschaftliche Talente aus der ganzen Welt anzuziehen; stellt fest, dass das Vereinigte Königreich an beiden Programmen teilnehmen kann, und unterstreicht die starke Leistung des Vereinigten Königreichs bei beiden Programmen; weist erneut auf die in Artikel 16 Absatz 3 der Horizont-Verordnung[47] festgelegte rechtliche Anforderung hin, wonach der Umfang der Assoziierung bestimmter

---

46 ABl. C, C/2024/6341, 7.11.2024, ELI: http://data.europa.eu/eli/C/2024/6341/oj.

47 Verordnung (EU) 2021/695 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 28. April 2021 zur Einrichtung von „Horizont Europa“, dem Rahmenprogramm für Forschung und Innovation, sowie über dessen Regeln für die Beteiligung und die Verbreitung der Ergebnisse und zur Aufhebung der Verordnungen (EU) Nr. 1290/2013 und (EU) Nr. 1291/2013 (ABl. L 170 vom 12.5.2021, S. 1, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2021/695/oj).

Drittländer einer Analyse der Vorteile für die Union und des Ziels, das Wirtschaftswachstum in der Union durch Innovation anzukurbeln, unterzogen werden muss; ist der Ansicht, dass durch den Mangel an Talenten das Wirtschaftswachstum der EU, insbesondere in Hochtechnologiebranchen, eingeschränkt wird; fordert die Kommission daher auf, in Bezug auf die Beteiligung des Vereinigten Königreichs an den Maßnahmen des ERC und den Marie-Skłodowska-Curie-Maßnahmen eine detaillierte Analyse der Vorteile für die EU durchzuführen, insbesondere darüber, wie sich dies auf die Fähigkeit der EU auswirkt, wissenschaftliche Talente anzuziehen, und diese Analyse dem Parlament vorzugsweise gemeinsam mit dem Legislativvorschlag für RP10 vorzulegen;

206. bringt seine Besorgnis über die erhöhten Visumgebühren und den Zuschlag für die Gesundheitsversorgung im Vereinigten Königreich für Forscher, die im Rahmen von Horizont Europa ins Vereinigte Königreich reisen, zum Ausdruck, wodurch die Mobilität für Forscher aus der EU und ihre Partnereinrichtungen im Vereinigten Königreich finanziell erschwert wird; unterstützt die Forderung, auf die von der EU auf der dritten Tagung des Partnerschaftsrates vom 16. Mai 2024 geäußerten früheren Gebühren und Zuschläge zurückzukommen; würde eine Zusage begrüßen, den Verwaltungsaufwand und die damit verbundenen Kosten für Forscher aus der EU, die im Rahmen von Horizont Europa (sowie seines Nachfolgeprogramms RP10) zu Mobilitätszwecken in das Vereinigte Königreich reisen, weiter zu senken;

207. nimmt zur Kenntnis, dass das Vereinigte Königreich letztlich beschlossen hat, sich nicht an dem Programm der Europäischen Atomgemeinschaft für Forschung und Ausbildung, dem gemeinsamen Unternehmen „Fusion for Energy“ (F4E) oder dem Kernfusionsprojekt ITER zu beteiligen, obwohl die Beteiligung in der Gemeinsamen Erklärung der EU und des Vereinigten Königreichs über die Teilnahme an Programmen der Union im Zuge des Handels- und Kooperationsabkommens vorgesehen war; ist besorgt über die fortgesetzte Mitgliedschaft Russlands im ITER-Projekt; fordert die Bewahrung des wissenschaftlichen Erbes des Projekts „Joint European Torus“ mit Sitz in Culham (Vereinigtes Königreich), das seit Jahrzehnten als Vorzeigeprojekt der europäischen Kernfusionsforschung dient; betont, dass der laufende Abbau dieser einzigartigen Anlage das Risiko birgt, dass wissenschaftliche Infrastruktur und Fachwissen unwiederbringlich verloren gehen;

208. bedauert, dass das Vereinigte Königreich beschlossen hat, an weiteren EU-Programmen nicht teilzunehmen, und ferner entschieden hat, sich nicht an Euratom und F4E zu beteiligen, wie ursprünglich in der gemeinsamen Erklärung von Dezember 2020 geplant war; ist der Ansicht, dass die Teilnahme des Vereinigten Königreichs an dem ITER-Projekt auf der Teilnahme an F4E beruhen muss; bedauert die Entscheidung, den Joint European Torus abzubauen; fordert das Vereinigte Königreich mit Nachdruck auf, seinen Standpunkt zu diesen Angelegenheiten zu überdenken;

209. hebt das Programm PEACE PLUS, einen Nachfolger früherer Initiativen zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit, hervor und betont, dass das Programm bei der Förderung von Frieden, Versöhnung und sozioökonomischem Wohlergehen in Nordirland und der Grenzregion eine entscheidende Rolle spielt; stellt fest, dass das Programm durch erhebliche Beiträge der EU und des Vereinigten Königreichs finanziert wird;

210. begrüßt die Vereinbarung über die Zusammenarbeit im Bereich Statistik, die von

Eurostat und dem Amt für Statistik des Vereinigten Königreichs unterzeichnet wurde und den Austausch statistischer Daten ermöglicht, die wichtig für die Teilnahme des Vereinigten Königreichs an Programmen der Union sind; vertritt die Auffassung, dass zuverlässige statistische Informationen eine wichtige Grundlage bieten, um Entscheidungen in diesem Bereich zu treffen und zu überprüfen, dass die finanziellen Bestimmungen gemäß dem Handels- und Kooperationsabkommen eingehalten werden;

Bildung, Kultur, Jugend und Sport

211. nimmt zur Kenntnis, dass auf dem jüngsten Gipfeltreffen zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich der Vertiefung direkter Kontakte zwischen den Menschen, insbesondere der jüngeren Generation, große Bedeutung beigemessen wurde;

212. weist erneut darauf hin, dass die Rechte der Bürgerinnen und Bürger im Mittelpunkt des Austrittsabkommens stehen und dass sie umfassend geschützt werden müssen; stellt jedoch fest, dass es seit dem Brexit für EU-Bürgerinnen und -Bürger schwieriger geworden ist, in das Vereinigte Königreich zu reisen oder dorthin zu ziehen; ist äußerst besorgt über die derzeit diskutierte Änderung der Einwanderungspolitik im Vereinigten Königreich, da dadurch die Rechte von EU-Bürgerinnen und -Bürgern im Vereinigten Königreich beeinträchtigt werden könnten, darunter auch die Rechte von Studierenden aus der EU und die für sie geltenden Studiengebühren;

213. hebt hervor, dass die Mobilität junger Menschen durch den Brexit erheblich beeinträchtigt wurde; begrüßt den Vorschlag der Kommission, ein Jugendmobilitätsprogramm[48] einzurichten, sowie die in der Vereinbarung zwischen der Europäischen Union und dem Vereinigten Königreich zum Ausdruck gebrachte gemeinsame Verpflichtung, auf ein ausgewogenes und für beide Seiten vorteilhaftes Jugenderfahrungsprogramm hinzuarbeiten, um jungen Menschen aus der Europäischen Union und dem Vereinigten Königreich die Teilnahme an verschiedenen Tätigkeiten in Bereichen wie Arbeit, Studium, Au-pair, Freiwilligentätigkeit oder einfach Reisen für einen begrenzten Zeitraum zu erleichtern; fordert beide Vertragsparteien auf, die Konzeption und Umsetzung des Programms rasch und ehrgeizig voranzutreiben und für gegenseitigen Zugang, Rechtssicherheit und eine angemessene soziale Absicherung der Teilnehmer zu sorgen, als einen wichtigen Schritt zur Wiederherstellung der zwischenmenschlichen Beziehungen und der langfristigen Zusammenarbeit; betont, dass es wichtig ist, für die Teilnehmer an einem künftigen Jugenderfahrungsprogramm angemessene Arbeitsbedingungen und eine angemessene Vergütung, soweit relevant, sicherzustellen; fordert das Vereinigte Königreich nachdrücklich auf, sich offen für die 2024 von der Kommission in diesem Bereich vorgelegten Vorschläge zu zeigen; ist der festen Überzeugung, dass eine Einigung im Bereich Jugendmobilität ein wesentlicher Bestandteil einer etwaigen künftigen Überarbeitung des Handels- und Kooperationsabkommens sein muss;

214. ist der Ansicht, dass ein solches Programm ein erhebliches Potenzial mit sich bringt, eine neue Generation junger Menschen in der EU und im Vereinigten Königreich zu inspirieren, indem ein rechtmäßiger Austausch zwischen den Menschen gefördert wird,

---

[48] Empfehlung für einen Beschluss des Rates vom 18. April 2024 über die Ermächtigung der Kommission zur Aufnahme von Verhandlungen über ein Abkommen zwischen der Europäischen Union und dem Vereinigten Königreich Großbritannien und Nordirland über Jugendmobilität (COM(2024)0169).

der auf gemeinsamen demokratischen Werten, kulturellem Verständnis und gegenseitigem Vertrauen beruht, und dass es die Grundlage für eine langfristige Zusammenarbeit, sozialen Zusammenhalt und stärkere transnationale Netzwerke zwischen jungen Menschen schaffen könnte; fordert beide Seiten ferner auf, die Erleichterung der Mobilität zwischen dem Vereinigten Königreich und der EU auch über das vorgeschlagene Jugenderfahrungsprogramm hinaus in Betracht zu ziehen;

215. betont, dass diese Bestimmung aufgrund ihrer zeitlichen Befristung ein Instrument des Kultur- und Bildungsaustauschs und kein Instrument der Migrationspolitik ist; stellt fest, dass das Vereinigte Königreich bereits Jugendmobilitätsprogramme mit anderen Ländern wie Japan hat; betont, dass ein stärker ausgewogener Nutzen erzielt werden kann, wenn die EU gemeinsam verhandelt und nicht jeder Mitgliedstaat einzeln ein bilaterales Abkommen aushandelt; 216. begrüßt die Absichtserklärung auf dem Gipfeltreffen zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich, auf eine Teilnahme des Vereinigten Königreichs am EU-Programm Erasmus+ hinzuarbeiten, was beiden Seiten Vorteile bringen würde, da die Förderung der Mobilität junger Menschen zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich sowie von Ausbildung und Sport von großem Nutzen wäre; fordert die Kommission und das Vereinigte Königreich auf, die diesbezüglichen Gespräche zu beschleunigen, um ein Lösungskonzept für die Beteiligung zu finden, von dem beide Vertragsparteien profitieren; betont in diesem Zusammenhang die besondere Rolle von Erasmus+ als treibende Kraft für europäische Werte, kulturelle Vielfalt, Bürgerbeteiligung und soziale Inklusion und die damit verbundene Stärkung der Widerstandsfähigkeit Europas; weist darauf hin, dass die Einleitung des Jugendmobilitätsprogramms und die erneute Beteiligung des Vereinigten Königreichs am Programm Erasmus+ parallel stattfinden könnten, und betont, dass beide Initiativen einander ergänzen und sich gegenseitig verstärken müssen;

217. beharrt darauf, dass diese Teilnahme mit dem MFR und dem Handels- und Kooperationsabkommen im Einklang stehen muss; weist darauf hin, dass eine mögliche Teilnahme des Vereinigten Königreichs an EU-Programmen wie Erasmus+ so bewertet und gestaltet werden sollte, dass die Interessen der EU umfassend geschützt und gefördert werden, einschließlich eines klaren Mehrwerts für die EU und ihre Bürgerinnen und Bürger; fordert die Kommission auf, rechtzeitig detaillierte Informationen über die finanziellen Bedingungen für die künftige Teilnahme des Vereinigten Königreichs an Erasmus+ und über etwaige finanzielle Auswirkungen etwaiger künftiger Jugenderfahrungsprogramme bereitzustellen;

218. bedauert, dass der kulturelle Austausch unter dem Brexit leidet; nimmt mit Besorgnis zur Kenntnis, dass für Studierende, Lehrkräfte, Kunstschaffende auf Tournee und im Kulturbereich Tätige, die auf beiden Seiten des Ärmelkanals studieren, unterrichten, sich künstlerisch betätigen und arbeiten wollen, Unsicherheit herrscht und Schwierigkeiten entstanden sind; begrüßt den Verweis auf den kulturellen und künstlerischen Austausch und auf Kunstschaffende auf Tournee als Ergebnisse des Gipfeltreffens zwischen dem Vereinigten Königreich und der EU; betont, dass es bei bestehenden oder künftigen Verfahren und Maßnahmen Gegenseitigkeit geben muss; fordert die Kommission auf, die Auswirkungen des Ausstiegs des Vereinigten Königreichs aus EU-Programmen auf den Kultur- und Bildungsaustausch zu bewerten und kreative Lösungen zu erarbeiten;

219. stellt fest, dass die Zusammenarbeit mit Interessenträgern in der EU und im Vereinigten Königreich von entscheidender Bedeutung sein wird, um den kulturellen Austausch zu

unterstützen und Hindernisse zu beseitigen, mit denen Kunstschaffende aus dem Vereinigten Königreich auf Tournee konfrontiert sind; fordert einen konkreteren Plan, um die Probleme anzugehen, mit denen Kunstschaffende konfrontiert sind; fordert die Kommission in dieser Hinsicht auf, sich weiter um eine erneute Beteiligung des Vereinigten Königreichs am Programm Kreatives Europa zu bemühen;

220. stellt mit Besorgnis fest, dass Reisen von Schulen und die Mobilität von Jugendlichen aus der EU durch die neuen Einreisebestimmungen für das Vereinigte Königreich erschwert werden; fordert daher die Schaffung eines Reiseprogramms für Jugendgruppen, das sich an junge Menschen unter 18 Jahren richtet;

221. ist zutiefst besorgt über den Rückgang der Zahl von Studierenden aus der EU, die an britischen Hochschulen studieren; betont, dass diese Situation eindeutig mit dem Ausstieg des Vereinigten Königreichs aus dem Programm Erasmus+ und dem Auslaufen der Regelungen zur Gleichbehandlung von Studierenden aus der EU in Bezug auf Studiengebühren und Stipendien zusammenhängt[49]; fordert das Vereinigte Königreich und die EU nachdrücklich auf, eine Einigung über die Senkung der Studiengebühren zu erzielen, damit mehr junge Menschen aus Europa im Vereinigten Königreich studieren können;

222. ist der festen Überzeugung, dass das Vereinigte Königreich und die EU ihre akademische Zusammenarbeit vertiefen müssen, um den derzeitigen geopolitischen Herausforderungen entgegenzutreten und ihre jeweilige Soft Power zu stärken; betont in diesem Zusammenhang, dass der in der Erasmus-Charta für die Hochschulbildung verankerte Grundsatz der internationalen Gegenseitigkeit für den Aufbau stabiler und langfristiger Partnerschaften zwischen Hochschuleinrichtungen von entscheidender

223. nimmt die Einrichtung des Turing-Programms durch die Regierung des Vereinigten Königreichs, des Taith-Programms durch die walisische Regierung und des schottischen Austauschprogramms „Test and Learn“, das sich derzeit in der Pilotphase befindet, zur Kenntnis; bedauert jedoch, dass das Turing-Programm nur die Mobilität von Studierenden aus dem Vereinigten Königreich ins Ausland abdeckt und daher nicht als vollständiger Ersatz für Erasmus+ angesehen werden kann;

224. stellt fest, dass Hochschulen aus dem Vereinigten Königreich zwar an der Allianz der Initiative „Europäische Hochschulen“ teilnehmen dürfen, aber nicht mehr in deren Leitungsstruktur einbezogen werden können, wodurch sie de facto zu Partnern zweiter Klasse degradiert werden; spricht sich für eine fortgesetzte Partnerschaft mit ihnen im Rahmen der Allianz der Initiative „Europäische Hochschulen“ aus, indem die neue Art des rechtlichen Status genutzt wird, dank dem sie vollwertige Partner sein können;

225. betont, dass sich das Vereinigte Königreich[50] weiterhin am Europäischen Hochschulraum („Bologna-Prozess“) beteiligt; fordert das Vereinigte Königreich, die Kommission und die Mitgliedstaaten nachdrücklich auf, ihre Bemühungen um die uneingeschränkte gegenseitige Anerkennung von akademischen Qualifikationen,

---

49 Mit Ausnahme irischer Staatsangehöriger.

50 Das schottische Hochschulsystem unterscheidet sich vom Rest des Vereinigten Königreichs, weshalb es im Bologna-Prozess als eigenständige Einheit betrachtet wird (European Higher Education Area: „United Kingdom (Scotland)“, https://ehea.info/page-united-kingdom-scotland.

Diplomen, Hochschulabschlüssen und der Teilnahme an Austauschprogrammen fortzusetzen;

226. stellt fest, dass die EU und das Vereinigte Königreich aufgrund der langjährigen Beziehungen zwischen ihren Kulturszenen und des Einflusses ihrer Kulturszenen aufeinander nach wie vor wichtige Märkte für den kulturellen Austausch sind; würdigt den großen wirtschaftlichen Wert der Kulturbranche des Vereinigten Königreichs; fordert eine neue und dauerhafte Zusammenarbeit von Kunstschaffenden und anderen in den Kultur- und Kreativbranchen und der Kultur- und Kreativwirtschaft Tätigen aus der EU und dem Vereinigten Königreich, und dass deren Arbeitsrechte geschützt werden;

227. stellt fest, dass das Programm Kreatives Europa durch kein anderes kulturbezogenes Programm zur Unterstützung von Kunstschaffenden im Vereinigten Königreich ersetzt wurde;

228. bedauert, dass das Handels- und Kooperationsabkommen keinerlei Bestimmungen über Kultur und die Kultur- und Kreativbranche enthält, was nun, da das Vereinigte Königreich aus der EU ausgetreten ist und keine Freizügigkeit mehr besteht, zu administrativen Hürden für Kunstschaffende auf Tournee und insbesondere für aufstrebende und unabhängige Kunstschaffende führt; stellt fest, dass Kunstschaffende und in der Kulturbranche Tätige aus dem Vereinigten Königreich, die auf Tournee in der EU sind, zahlreiche unterschiedliche Regelungen hinsichtlich Visum, Einwanderung und Arbeitserlaubnis einhalten müssen; appelliert daher an die Mitgliedstaaten, die Anforderungen an Carnets ATA (vorübergehende Verwendung) klar darzulegen; fordert die Einbeziehung der Kulturbranche in die bevorstehende Überprüfung des Handels- und Kooperationsabkommens;

229. fordert eine Lösung für die Schwierigkeiten, mit denen – insbesondere junge und aufstrebende – Kunstschaffende und in der Kulturbranche Tätige nach dem Brexit im Zusammenhang mit Tourneen und der Teilnahme an Festivals konfrontiert sind, wie z. B. Zoll- und Mehrwertsteuervorschriften für das Merchandising und Bestimmungen über den internationalen Transport; fordert das Vereinigte Königreich, die Mitgliedstaaten und die Kommission auf, auf Lösungen hinzuarbeiten, die es den Kunstschaffenden erleichtern, ihrer Tätigkeit auch auf der jeweils anderen Seite des Ärmelkanals nachzugehen, und sich in diesem Sinne mit Visa und Arbeitserlaubnissen für kurzzeitige Kulturaufenthalte zu befassen und harmonisierte Verfahren zur Erfüllung der Zollförmlichkeiten zu schaffen;

230. stellt fest, dass im künftigen digitalen Regelungsumfeld für audiovisuelle Dienste und Mediendienste im Vereinigten Königreich und in der EU für Konvergenz gesorgt werden muss, damit die Kultur- und Kreativbranche und der Sportsektor angesichts zunehmender globaler Herausforderungen stabile, vorhersehbare und klare Bedingungen vorfinden;

231. stellt fest, dass im Handels- und Kooperationsabkommen eine den Kulturbereich betreffende Ausnahme vorgesehen ist, nach der audiovisuelle Dienste von seinem Geltungsbereich ausgenommen sind; betont, dass es einer strategischen Zusammenarbeit im audiovisuellen Sektor bedarf, um die Sichtbarkeit europäischer Produktionen und ihre globale Wettbewerbsfähigkeit zu gewährleisten;

232. spricht sich für eine engere Zusammenarbeit zwischen dem Vereinigten Königreich und

der EU aus, um die Teilnahme von Athletinnen und Athleten an Sportwettkämpfen und den Austausch von Sportpersonal zu erleichtern;

233. betont die negativen Auswirkungen der lückenhaften oder nicht vorhandenen Anerkennung auf die Mobilität von Studierenden und Personal, insbesondere in den Bereichen Kunst, Kultur sowie berufliche Aus- und Weiterbildung; betont, dass dies die Bemühungen zur Behebung des Fachkräftemangels in ganz Europa behindert; betont, dass Initiativen im Rahmen der Union der Kompetenzen, mit denen der Qualifikationsmangel, der ökologische und digitale Wandel, die berufliche Aus- und Weiterbildung und das lebenslange Lernen angegangen werden, teilweise auch auf Partnerländer ausgeweitet werden könnten, die am Programm Erasmus+ teilnehmen; betont in diesem Zusammenhang den Mehrwert einer erneuten Beteiligung des Vereinigten Königreichs am Programm Erasmus+ und fordert das Vereinigte Königreich und die Kommission nachdrücklich auf, ihren Dialog fortzusetzen, um einen wirksamen Rahmen für die gegenseitige Anerkennung von Berufsqualifikationen zu schaffen;

Zusammenarbeit im Bereich der Polizei und Justiz in strafrechtlichen Angelegenheiten

234. bringt seine Zufriedenheit darüber zum Ausdruck, dass die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger im Rahmen der erneuerten Agenda für die Zusammenarbeit zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich nach wie vor von entscheidender Bedeutung ist; begrüßt, dass in der Gemeinsamen Erklärung und der gemeinsamen Vereinbarung, die auf dem Gipfeltreffen zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich angenommen wurden, neue Impulse für eine Vertiefung der Zusammenarbeit im Bereich der Strafverfolgung und der justiziellen Zusammenarbeit in Strafsachen, eine verstärkte Zusammenarbeit in Bezug auf drogenbezogene Risiken und Bedrohungen und eine vertiefte Zusammenarbeit hinsichtlich der Herausforderungen der irregulären Migration gesetzt wurden;

235. begrüßt die gegenseitige Zusicherung, das Völkerrecht und die Europäische Menschenrechtskonvention (EMRK) zu achten, die der britische Premierminister und die Präsidentin der Kommission in ihrer gemeinsamen Erklärung vom 2. Oktober 2024 zum Ausbau der strategischen Zusammenarbeit und in der gemeinsamen Erklärung zum Gipfeltreffen zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich zum Ausdruck gebracht haben; weist darauf hin, dass die allgemeinen Bedingungen für die Anwendung des dritten Teils des Handels- und Kooperationsabkommens, wie sie in Artikel 524 Absatz 1 festgelegt sind, in der Tat die langjährige Achtung der Demokratie, der Rechtsstaatlichkeit und des Schutzes der Grundrechte und Grundfreiheiten des Einzelnen, einschließlich derjenigen, die in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte und der EMRK festgelegt sind, sowie die Bedeutung der internen Umsetzung der in der EMRK garantierten Rechte und Freiheiten sind; bekräftigt, dass diese Bedingungen bei der Anwendung und Umsetzung des Handels- und Kooperationsabkommens in vollem Umfang gewährleistet sein müssen;

236. begrüßt die in der Gemeinsamen Erklärung und der gemeinsamen Vereinbarung enthaltenen Zusagen, bei der Bekämpfung von Menschenhandel und Schleuserkriminalität, Drogenhandel, schwerer und grenzüberschreitender organisierter Kriminalität sowie Terrorismus und gewaltbereitem Extremismus enger zusammenzuarbeiten, und zwar durch eine schnellere, bessere und umfassendere Umsetzung von Teil Drei des Handels- und Kooperationsabkommens und durch die

volle Ausschöpfung und Weiterentwicklung seines Potenzials, und das auch im Hinblick auf die Online-Dimension dieser Kriminalitätsbereiche;

237. begrüßt die Schlussfolgerung des Umsetzungsberichts 2024 der Kommission, wonach die Umsetzung des Handels- und Kooperationsabkommens in Bezug auf die Strafverfolgung und die justizielle Zusammenarbeit im vergangenen Jahr reibungslos funktionierte;

238. begrüßt insbesondere, dass sich alle Mitgliedstaaten und das Vereinigte Königreich bis Ende 2024 im Einklang mit Artikel 530 des Handels- und Kooperationsabkommens gegenseitig Zugang zu ihren nationalen DNA-Datenbanken für den automatisierten Abruf gewährt hatten; begrüßt, dass das Vereinigte Königreich bis Ende 2024 22 Verbindungen für Fingerabdrücke hergestellt hatte und bereit ist, die verbleibenden fünf fertigzustellen; nimmt das in der Vereinbarung festgelegte Ziel der Vertragsparteien zur Kenntnis, den gegenseitigen und wechselseitigen Austausch von Daten über Fingerabdrücke, DNA und Strafregister von Drittstaatsangehörigen zu stärken und die Ausweitung des Datenaustauschs auf Gesichtsbilder zur Verhütung, Aufdeckung und Untersuchung von Straftaten zu prüfen, wobei betont wird, dass der bestehende und erweiterte Austausch von Daten von der Aufrechterhaltung eines hohen Datenschutzstandards und der Bestätigung, dass der sich weiterentwickelnde Rechtsrahmen des Vereinigten Königreichs weiterhin mit den Datenschutzanforderungen der EU vereinbar ist, abhängt;

239. weist erneut darauf hin, dass eine enge Zusammenarbeit zwischen den Strafverfolgungs- und Justizbehörden von gegenseitigem Nutzen und erforderlich ist, um gemeinsame Herausforderungen in Bereichen wie Terrorismusbekämpfung, organisierte Kriminalität, Geldwäsche, Schleuserkriminalität und Menschenhandel anzugehen; betont in diesem Zusammenhang, dass die EU und das Vereinigte Königreich konkrete Maßnahmen zur Zusammenarbeit in diesen Bereichen auf den Weg bringen müssen; begrüßt die enge Zusammenarbeit des Vereinigten Königreichs mit den wichtigsten Agenturen der EU, nämlich Europol, Eurojust und Frontex;

240. begrüßt, dass die Regierung des Vereinigten Königreichs die Präsenz der Nationalen Kriminalitätsbekämpfungsbehörde (National Crime Agency) des Vereinigten Königreichs bei Europol verstärkt hat und dass sie im weiteren Sinne auf eine engere Beziehung zu Europol hinarbeitet, einschließlich der Möglichkeit, Daten in Echtzeit auszutauschen;

241. nimmt die Jahresberichte zu 2023 und 2024 von Eurojust zur Kenntnis und bringt seine Zufriedenheit über die Beteiligung des Vereinigten Königreichs an der Arbeit der Agentur zum Ausdruck, da das Vereinigte Königreich das Nicht-EU-Land ist, das am häufigsten aufgefordert wurde, sich an neuen Fällen zu beteiligen, die von den nationalen Verbindungsbüros von Eurojust in beiden Jahren eingeleitet wurden;

242. begrüßt den Abschluss einer Arbeitsvereinbarung zwischen Frontex und dem Innenministerium des Vereinigten Königreichs im Jahr 2024 auf der Grundlage der gemeinsamen Verpflichtung, die Sicherheit zu erhöhen und gleichzeitig die Verpflichtungen im Bereich der Grundrechte zu wahren; vertraut darauf, dass diese Vereinbarung die Zusammenarbeit im Bereich Grenzmanagement und -sicherheit verbessern wird, einschließlich des Einsatzes von Personal für Beratungs- und Koordinierungsaufgaben;

243. spricht sich für eine engere Zusammenarbeit zwischen dem Europäischen Migrationsnetzwerk und den Agenturen, einschließlich der Asylagentur der EU und Frontex, und den jeweiligen staatlichen Stellen des Vereinigten Königreichs im Einklang mit den in der gemeinsamen Vereinbarung eingegangenen Verpflichtungen aus; begrüßt insbesondere den Verweis in der gemeinsamen Vereinbarung auf die Zusammenarbeit bei der Drogenbekämpfung; befürwortet den Abschluss einer Arbeitsvereinbarung über den gegenseitigen Informationsaustausch zwischen der Drogenagentur der Europäischen Union und den zuständigen staatlichen Stellen des Vereinigten Königreichs über Drogenrisiken und -gefahren, um die Arbeit der Agentur zu erleichtern; ist der Ansicht, dass die Teilnahme des Vereinigten Königreichs an Treffen des Lateinamerikanischen Ausschusses für innere Sicherheit mit seinen EU-Partnern von Fall zu Fall geprüft werden könnte;

244. nimmt die gemeinsamen Herausforderungen zur Kenntnis, mit denen das Vereinigte Königreich und die EU in Bezug auf die irreguläre Migration konfrontiert sind; bekundet seine nachdrückliche Unterstützung für die Zusage der Vertragsparteien, in multilateralen Foren und Prozessen zur Bekämpfung der Schleuserkriminalität und des Menschenhandels enger zusammenzuarbeiten, operative Informationen über Rückführungen in Drittländer auszutauschen und Abschreckungsmechanismen im Einklang mit dem nationalen Recht, dem EU-Recht und dem Völkerrecht zu sondieren, wobei sie sich weiterhin dafür einsetzen, dass denjenigen, die diesen Schutz benötigen, internationaler Schutz gewährt wird; fordert die Kommission und die Regierung des Vereinigten Königreichs auf, dafür zu sorgen, dass jegliche Zusammenarbeit mit Drittländern im Bereich der Migration geeignete Maßnahmen umfasst, um die Einhaltung des internationalen Rechtsrahmens, wie etwa des Asylrechts, sicherzustellen;

245. stellt fest, dass das neue Gesetz über Grenzsicherheit, Asyl und Einwanderung, das am 30. Januar 2025 im Parlament des Vereinigten Königreichs eingeführt wurde, die Möglichkeit vorsieht, Abkommen mit den G7-Ländern und wichtigen europäischen Partnern zur Bekämpfung der Schleuserkriminalität zu schließen; begrüßt den Wunsch des Vereinigten Königreichs, enger mit einzelnen Mitgliedstaaten, einschließlich Frankreich und den anderen Mitgliedern der Calais-Gruppe, bei der Bekämpfung der Schleuserkriminalität und allgemeiner bei der Stärkung der Grenzsicherheit, einschließlich der Grenzüberwachung, zusammenzuarbeiten;

246. weist darauf hin, dass sich das in Teil 3 Titel VII des Handels- und Kooperationsabkommens festgelegte Auslieferungssystem zwischen den Mitgliedstaaten und dem Vereinigten Königreich von dem im Rahmenbeschluss des Rates über Europäische Haftbefehle[51]vorgesehenen System unterscheidet; weist darauf hin, dass der Gerichtshof der Europäischen Union in seinem kürzlich ergangenen Urteil[52] entschieden hat, dass die vollstreckende Justizbehörde eine unabhängige Prüfung der Gefahr eines Verstoßes gegen die Charta der Grundrechte der Europäischen Union vornehmen muss, der die betreffende Person im Falle ihrer Übergabe an das Vereinigte Königreich ausgesetzt zu sein behauptet;

---

51 Rahmenbeschluss des Rates vom 13. Juni 2002 über den Europäischen Haftbefehl und die Übergabeverfahren zwischen den Mitgliedstaaten (ABl. L 190 vom 18.7.2002, S. 1, ELI: http://data.europa.eu/eli/dec_framw/2002/584/oj).

52 Urteil des Gerichtshofs vom 29. Juli 2024, Alchaster, C-202/24 P, ECLI:EU:C:2024:649.

247. weist darauf hin, dass der dritte Teil des Handels- und Kooperationsabkommens erweiterte Datenströme zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich, etwa den Austausch von DNA-Daten, Fluggastdatensätzen und Strafregisterinformationen, ermöglicht; hebt daher hervor, dass es von größter Bedeutung ist, dass das Vereinigte Königreich sicherstellt, dass das Schutzniveau dem von der EU gewährten Schutzniveau im Wesentlichen gleichwertig ist, um zu verhindern, dass die EU-Standards und damit die Grundrechte der EU-Bürgerinnen und -Bürger beim Datenaustausch mit dem Vereinigten Königreich gefährdet werden;

248. fordert das Vereinigte Königreich und die Mitgliedstaaten auf, dafür zu sorgen, dass die Rechte der Bürgerinnen und Bürger weiterhin eine zentrale gemeinsame Priorität in den Beziehungen zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich sind, und sicherzustellen, dass alle Bürgerinnen und Bürger der EU und des Vereinigten Königreichs, die Begünstigte des Austrittsabkommens sind, ihre Rechte uneingeschränkt wahrnehmen können; stellt mit Zufriedenheit fest, dass die EU und das Vereinigte Königreich ihr gemeinsames Engagement für die vollständige, rechtzeitige und getreue Umsetzung des Austrittsabkommens in all seinen Teilen bekräftigt haben; begrüßt den gesetzgeberischen Schritt, den die Regierung des Vereinigten Königreichs in Bezug auf die Rechtsklarheit für EU-Bürgerinnen und -Bürger mit einem Status im Rahmen des EU Settlement Scheme unternommen hat, und vertraut darauf, dass sie im Laufe der nächsten zwei Jahre für die Bürgerinnen und Bürger einen reibungslosen Übergang von einem vorübergehenden zu einem ständigen Aufenthaltsstatus gewährleisten wird; weist darauf hin, dass die unabhängige Überwachungsbehörde für die Abkommen über die Rechte der Bürger festgestellt hat, dass der Datenaustausch zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich ein Bereich ist, der zu Verzögerungen bei Anträgen im Rahmen des EU Settlement Scheme führen kann, wenn die Mitgliedstaaten über für den Antrag relevante Informationen verfügen; fordert die Kommission und die Behörden der Mitgliedstaaten daher auf, die Reaktionsgeschwindigkeit auf Anfragen zu erhöhen und für einen besseren Informationsaustausch zwischen dem Vereinigten Königreich und den EU-Mitgliedstaaten und den Ländern der Europäischen Freihandelsassoziation des Europäischen Wirtschaftsraums (Island, Liechtenstein und Norwegen) zu sorgen, um Verzögerungen zu verhindern und ein reibungslosen Antragsverfahren für die Bürgerinnen und Bürger sicherzustellen;

Zusammenarbeit in der Außen- und Sicherheitspolitik

249. hebt hervor, dass die EU und das Vereinigte Königreich im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik gut und pragmatisch koordiniert zusammenarbeiten, um Stabilität und Wohlstand in anderen Regionen der Welt sicherzustellen, und fordert die EU und das Vereinigte Königreich auf, ihre Zusammenarbeit mit anderen gleich gesinnten Partnern zu verstärken; würdigt den bedeutenden Beitrag des Vereinigten Königreichs zu Frieden, Sicherheit und Stabilität in Europa; unterstreicht, dass der Frieden in Europa ohne eine starke Partnerschaft zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich in der Außen- und Sicherheitspolitik nicht möglich ist; begrüßt die Beteiligung des Vereinigten Königreichs an der Europäischen Politischen Gemeinschaft;

250. begrüßt nachdrücklich die Sicherheits- und Verteidigungspartnerschaft zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich als wichtigen Rahmen für eine umfassende Zusammenarbeit zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich in den Bereichen Sicherheit und Verteidigung, um gemeinsame Bedrohungen gemeinsam anzugehen und

Bereiche wie den Austausch von Informationen und Erkenntnissen, militärische Mobilität, Sicherheits- und Verteidigungsinitiativen, Weltraumsicherheit, Krisenmanagement, Cyberabwehr, hybride Bedrohungen, Terrorismusbekämpfung sowie Informationsmanipulation und Einflussnahme aus dem Ausland abzudecken;

251. unterstreicht die existenzielle Bedrohung, die von Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine und den Drohungen Russlands, diese Aggression auf andere Länder des europäischen Kontinents auszuweiten, ausgeht; ist der Ansicht, dass dies ungeachtet der Bedeutung anderer Themen die größte Bedrohung für unseren Kontinent in den kommenden Jahren darstellt; fordert eine angemessene politische Reaktion, bei der es vorrangig darum geht, zusammen mit gleich gesinnten europäischen Partnern Lücken in der europäischen Verteidigungs- und Abschreckungsfähigkeit zu schließen;

252. begrüßt die enge Zusammenarbeit zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich als Reaktion auf den Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine, wie auf dem Gipfeltreffen zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich bekräftigt wurde; unterstreicht die fortgesetzte Annäherung der EU und des Vereinigten Königreichs in Bezug auf Sanktionen, militärische und finanzielle Unterstützung und diplomatische Koordinierung sowie ihr gemeinsames Engagement für die Wiederherstellung eines umfassenden, gerechten und dauerhaften Friedens, der auf den Grundsätzen des Völkerrechts, der Gerechtigkeit und der Rechenschaftspflicht beruht; ruft die EU und das Vereinigte Königreich dazu auf, gegenüber der übrigen internationalen Gemeinschaft bei der Verurteilung des Vorgehens Russlands, der Verteidigung der Souveränität, der territorialen Unversehrtheit und der Unabhängigkeit der Ukraine und der Bekämpfung der Desinformation durch Russland über seinen Angriffskrieg gegen die Ukraine weiterhin starke Geschlossenheit an den Tag zu legen und ihre Bemühungen um eine möglichst breite internationale Unterstützung in diesen Fragen fortzusetzen; würdigt den entscheidenden Beitrag des Vereinigten Königreichs zur Gestaltung einer starken, einheitlichen europäischen Reaktion auf Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine und zur Einberufung der „Koalition der Willigen“; begrüßt den Beitrag des Vereinigten Königreichs zur Unterstützung des künftigen Wiederaufbaus der Ukraine; respektiert, dass die EU-Mitgliedstaaten unterschiedliche militärische und sicherheitspolitische Strategien verfolgen, einschließlich der Politik der militärischen Neutralität; fordert die britische Regierung und die Mitgliedstaaten auf, ihre Militärhilfe für die Ukraine deutlich zu verstärken und alle Beschränkungen dieser Hilfe aufzuheben; empfiehlt in diesem Zusammenhang, dass die Mitgliedstaaten und das Vereinigte Königreich bei den im Rahmen der SAFE-Verordnung[53] ergriffenen Maßnahmen auch die Ukraine und ihre technologische und industrielle Basis der Verteidigung berücksichtigen;

253. würdigt den entschlossenen Ansatz des Vereinigten Königreichs bei der Einführung und Aufrechterhaltung immer strengerer Sanktionen und seine führende Rolle in der Koalition „Aufruf zum Handeln“, die darauf abzielt, die russische Schattenflotte zu zerschlagen; begrüßt die auf dem Gipfeltreffen zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich hervorgehobene verstärkte Zusammenarbeit zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich bei Sanktionen gegen Russland und seine Schattenflotte;

---

53 Verordnung (EU) 2025/1106 des Rates vom 27. Mai 2025 zur Festlegung des Instruments „Sicherheitsmaßnahmen für Europa (SAFE) durch die Stärkung der europäischen Verteidigungsindustrie“, ABl. L, 2025/1106, 28.5.2025, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2025/1106/oj).

fordert, dass die EU und das Vereinigte Königreich ihre jeweiligen Sanktionsregelungen weiter aufeinander abgestimmt und koordiniert verstärken, um eine maximale Wirkung zu erzielen und eine Umgehung der Sanktionen zu verhindern, damit weiterer wirtschaftlicher und politischer Druck auf die russischen Staatsorgane ausgeübt werden kann, insbesondere angesichts der Tatsache, dass diese den Waffenstillstand und jegliche sinnvollen Friedensverhandlungen effektiv sabotieren; fordert die EU nachdrücklich auf, sich den Sanktionen des Vereinigten Königreichs in Bezug auf die Ukraine anzuschließen und umgekehrt, insbesondere indem sie alle verbleibenden bekannten und nicht sanktionierten Tankschiffe der Schattenflotte und ihre Eigner sowie Versicherungsmakler und -anbieter sanktionieren, während gleichzeitig Sanktionen gegen alle Öltankschiffe verhängt werden, die gegen das Internationale Übereinkommen zur Verhütung der Meeresverschmutzung durch Schiffe verstoßen, und die strikte Umsetzung der Maßnahmen durchgesetzt wird, mit denen Schiffen, unabhängig von ihrer Flagge, die Fahrt in Gewässern der EU und des Vereinigten Königreichs und die Einfahrt in einen Hafen eines EU-Mitgliedstaats oder des Vereinigten Königreichs untersagt wird, wenn sie die internationalen Vorschriften für Schiff-zu-Schiff-Transfers auf See nicht eingehalten oder ihre automatischen Identifizierungssysteme unrechtmäßig ausgeschaltet haben; fordert beide Vertragsparteien nachdrücklich auf, die Umladung von russischem Öl von Schiff zu Schiff in ihren Gewässern zu verbieten; fordert die weitere Zusammenarbeit und einen weiteren Informationsaustausch im Hinblick auf die Ermittlung und Verfolgung verdächtiger Schiffe oder Verhaltensweisen, die Festlegung und Einhaltung strenger Normen für die Sicherheit und Gefahrenabwehr im Seeverkehr und die Durchsetzung des Seerechts;

254. fordert die EU und das Vereinigte Königreich auf, dafür zu sorgen, dass eingefrorene Vermögenswerte des russischen Staates durch Beschlagnahme oder andere erforderliche rechtliche Mittel zur Unterstützung der Verteidigung, des Wiederaufbaus und der Wiedergutmachung in der Ukraine verwendet werden können;

255. weist nachdrücklich auf die gemeinsame Notwendigkeit der europäischen Länder hin, ihre eigenen Fähigkeiten zur Wahrung ihrer eigenen Sicherheit und Verteidigung dringend zu stärken; betont, dass die Sicherheits- und Verteidigungspartnerschaft darauf abzielt, den Beitrag Europas zur NATO zu stärken, wobei die Rolle des Vereinigten Königreichs als wichtiger NATO-Verbündeter anerkannt wird; nimmt die Zusage des britischen Premierministers, Sir Keir Starmer, zur Kenntnis, die Verteidigungsausgaben bis April 2027 auf 2,5 % des BIP zu erhöhen; fordert die Mitgliedstaaten nachdrücklich auf, gemeinsame Anstrengungen der EU und des Vereinigten Königreichs zu prüfen, um die Einrichtung einer Bank für Verteidigung, Sicherheit und Widerstandsfähigkeit zu unterstützen, die als multilaterale Finanzierungsinstitution fungieren und langfristige zinsgünstige Darlehen zur Unterstützung wichtiger nationaler Sicherheitsprioritäten wie der Bestandsauffüllung, der Modernisierung der Verteidigung, der Wiederaufbaumaßnahmen in der Ukraine und des Rückkaufs kritischer Infrastrukturen, die sich derzeit im Besitz feindlicher Drittstaaten befinden, bereitstellen soll;

256. fordert die Kommission auf, rasch alle Möglichkeiten einer für beide Seiten vorteilhaften verstärkten Zusammenarbeit zu prüfen, die sich durch das Instrument für Sicherheitsmaßnahmen für Europa (SAFE) ergeben; fordert die Kommission auf, das Parlament möglichst umgehend uneingeschränkt über die Bedingungen und Einzelheiten eines Finanzbeitrags des Vereinigten Königreichs zu informieren; fordert, dass das Parlament gemäß Artikel 218 Absatz 6 Buchstabe a AEUV an der Annahme

des Abkommens beteiligt wird;

257. ist der Ansicht, dass die führende Rolle des Vereinigten Königreichs in der Gemeinsamen Eingreiftruppe für die Zukunft der europäischen Sicherheit von entscheidender Bedeutung ist, und fordert in diesem Zusammenhang eine kontinuierliche politische, finanzielle, operative und logistische Zusammenarbeit zwischen den Streitkräften der Mitgliedstaaten und denen des Vereinigten Königreichs;

258. betont, dass das Vereinigte Königreich ein führender europäischer Verteidigungsakteur mit einzigartigem Fachwissen und fortschrittlichen strategischen Fähigkeiten ist; würdigt die Stärke seiner industriellen Basis im Verteidigungsbereich, insbesondere in Bereichen, denen in der EU-Initiative zur Verteidigungsbereitschaft 2030 und in der Europäischen Industriestrategie für den Verteidigungsbereich kritische Lücken bei den Fähigkeiten bescheinigt wurden, darunter eine integrierte, vielschichtige Luft- und Raketenabwehr, fortschrittliche Artillerie, Langstreckenraketensysteme und unbemannte Systeme; erkennt die engen Verbindungen, Ergänzungsmöglichkeiten und Synergieeffekte zwischen der technologischen und industriellen Basis der europäischen Verteidigung und der technologischen und industriellen Basis der Verteidigung des Vereinigten Königreichs bei der Verfolgung gemeinsamer Sicherheitsziele durch die Entwicklung neuer Kooperationsvereinbarungen in den Bereichen Abwehr von ballistischen Raketen und Hyperschallraketen, weltraumgestützte Sensorsysteme und Frühwarnnetze an; fordert die EU, ihre Mitgliedstaaten und das Vereinigte Königreich auf, zusätzliche Anstrengungen zu unternehmen, um die Zusammenarbeit zwischen diesen Industriebereichen zu vertiefen und die geografische Kohärenz einer gemeinsamen europäischen Verteidigungsindustrie, die auch die Ukraine umfasst, zu stärken, auch in den Bereichen Innovation und gemeinsame Forschung und Entwicklung; begrüßt die Bemühungen der Mitgliedstaaten und des Vereinigten Königreichs und ihrer jeweiligen Verteidigungsindustrie, in die ukrainische Verteidigungsindustrie zu investieren und mit ihr zusammenzuarbeiten, und fordert sie auf, diese Bemühungen zu intensivieren, insbesondere durch die Gründung von Gemeinschaftsunternehmen und den Aufbau von Produktionskapazitäten sowohl in der Ukraine als auch in den Mitgliedstaaten; betont, dass die Stärke der industriellen Basis der EU im Verteidigungsbereich gleichermaßen zur Verbesserung der Sicherheit des Vereinigten Königreichs beitragen kann;

259. fordert die EU und das Vereinigte Königreich nachdrücklich auf, auf eine angemessene Einbeziehung des Vereinigten Königreichs in einschlägige Verteidigungsinitiativen der EU hinzuarbeiten, unter anderem in den Europäischen Verteidigungsfonds (EEF), das Programm für die europäische Verteidigungsindustrie (EDIP), das Instrument zur Stärkung der europäischen Verteidigungsindustrie durch gemeinsame Beschaffung (EDIRPA) und Projekte der Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit (SSZ) sowie künftige Verteidigungsprogramme der EU; begrüßt, dass im Rahmen der Partnerschaft für Sicherheit und Verteidigung angekündigt wird, die Möglichkeit des Abschlusses einer Verwaltungsvereinbarung zwischen der Europäischen Verteidigungsagentur (EDA) und dem Vereinigten Königreich auszuloten; fordert die EDA und das Vereinigte Königreich auf, einer solchen Vereinbarung Vorrang einzuräumen, um die praktische Zusammenarbeit zu fördern;

260. hebt die Verbindungen zwischen der Verteidigungsindustrie des Vereinigten Königreichs und der Verteidigungsindustrie der Mitgliedstaaten hervor, einschließlich kritischer Gemeinschaftsunternehmen; würdigt die Drohnenkoalition, eine gemeinsam

vom Vereinigten Königreich und Lettland geleitete Initiative, an der 17 Mitgliedstaaten beteiligt sind, als positives Beispiel für die Zusammenarbeit bei der Entwicklung wesentlicher erweiterter Fähigkeiten; bedauert, dass im Rahmen der Sicherheits- und Verteidigungspartnerschaft zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich die Frage der Maximierung von Synergieeffekten und der Komplementarität zwischen den beiden industriellen Basen nicht vollständig behandelt wird; fordert beide Vertragsparteien auf, die industrielle Zusammenarbeit im Verteidigungsbereich, insbesondere in Bezug auf Schlüsselfähigkeiten wie strategische Enabler, durch einen Fahrplan für die industrielle Zusammenarbeit im Verteidigungsbereich dringend zu vertiefen;

261. weist darauf hin, dass sowohl die EU als auch das Vereinigte Königreich massiven hybriden Bedrohungen und Einmischungen durch böswillige Akteure ausgesetzt sind, insbesondere durch Russland aber auch durch andere; begrüßt, dass die Zusammenarbeit bei der Abwehr hybrider Bedrohungen, darunter ausländische Informationsmanipulation und Einmischung, und beim Thema Cybersicherheit auf dem Gipfeltreffen zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich als wichtige Bereiche der Zusammenarbeit ermittelt wurde; würdigt den Cyberdialog zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich im Rahmen des Handels- und Kooperationsabkommens; fordert sowohl das Vereinigte Königreich als auch die EU auf, die bestehende fruchtbare Zusammenarbeit und den Informationsaustausch in Bezug auf harmonisierte Definitionen und die Erkennung von Bedrohungen, die frühzeitige Ermittlung und Koordinierung der Reaktionen auf hybride Kampagnen, einen einheitlicheren Ansatz für Abschreckungsstrategien gegen Cyberbedrohungen, den Aufbau von Cyberresilienz und Cyberkapazitäten sowie den Austausch über bewährte Verfahren zu vertiefen, um die Sicherheit und Widerstandsfähigkeit unserer demokratischen Gesellschaften, auch in den EU-Bewerberländern, sicherzustellen;

262. begrüßt das Vorhaben, die Zusammenarbeit beim Austausch von Informationen zur Lageerfassung, einschließlich Verschlusssachen, zu intensivieren; bekräftigt die Bedeutung der Koordinierung und Zusammenarbeit zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich bei der militärischen Ausbildung, dem Austausch von Informationen und nachrichtendienstlichen Erkenntnissen sowie bei Operationen zur Terrorismusbekämpfung, die für die Sicherheit Europas von wesentlicher Bedeutung sind; bedauert jedoch, dass der Austausch nachrichtendienstlicher Erkenntnisse in der Sicherheits- und Verteidigungspartnerschaft nicht erwähnt wird; begrüßt die gemeinsame Verpflichtung zur Stärkung der militärischen Mobilität, einschließlich der Fertigstellung des TEN-V-Netzes und der Modernisierung der Infrastruktur mit doppeltem Verwendungszweck; betont, dass der Digitalisierung an den Grenzübergängen und in der Verkehrsinfrastruktur Vorrang eingeräumt werden muss, um die Verwaltungsverfahren zu beschleunigen und regulatorische Unterschiede und Unzulänglichkeiten in der Infrastruktur anzugehen, die nach wie vor erhebliche Hindernisse für die rasche Bewegung von Truppen und Ausrüstung darstellen; weist darauf hin, dass diese verstärkte Zusammenarbeit zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich im Bereich der militärischen Mobilität auch im Rahmen der NATO erfolgen sollte, indem regulatorische Aspekte verbessert, gemeinsame Manöver der Mitgliedstaaten und des Vereinigten Königreichs durchgeführt und Informationen über den Infrastrukturbedarf ausgetauscht werden;

263. begrüßt die vertiefte Koordinierung der maritimen Sicherheit als Schlüsselthema der Sicherheits- und Verteidigungspartnerschaft, da die Sicherheit kritischer Infrastrukturen, darunter in den Bereichen Energie und Kommunikation, dringend gestärkt und die

Freiheit der Schifffahrt sichergestellt werden muss; hebt hervor, dass der Sicherheits- und Verteidigungspartnerschaft im Seeverkehrssektor eine strategische Bedeutung zukommt, insbesondere bei der Stärkung der Widerstandsfähigkeit kritischer Verkehrsinfrastrukturen, der Abwehr hybrider Bedrohungen und der Stärkung der Cybersicherheit, einschließlich im Bereich der autonomen Seeschiffe; fordert eine enge Koordinierung des Schutzes von Schiffen und Hafenanlagen durch die kohärente und harmonisierte Umsetzung des Internationalen Codes für die Gefahrenabwehr auf Schiffen und in Hafenanlagen; betont, dass die Reaktionen auf die russische Schattenflotte kontinuierlich koordiniert werden müssen, und betont, dass der Informationsaustausch reibungslos funktionieren und aktuell sein sollte, damit sowohl die Mitgliedstaaten als auch das Vereinigte Königreich rechtzeitig reagieren können;

264. begrüßt die Zusage beider Vertragsparteien, die Zusammenarbeit in Schlüsselbereichen wie der maritimen Sicherheit im Roten Meer, einem dauerhaften und gerechten Frieden im Nahen Osten, der Stabilisierung der Lage in der Sahelzone, im Sudan, in der Demokratischen Republik Kongo und auf dem westlichen Balkan sowie die Zusammenarbeit in der Arktis zu verstärken; begrüßt die auf dem Gipfeltreffen zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich getroffene Zusage, die Zusammenarbeit in diesen Bereichen durch einen strukturierteren Dialog und gemeinsame Maßnahmen, auch durch Zusammenarbeit und Koordinierung vor Ort, zu vertiefen; fordert die EU und das Vereinigte Königreich daher auf, die strategischen Konsultationen im Rahmen der strategischen Verteidigungspartnerschaft für Russland/Ukraine, den indopazifischen Raum, den Westbalkan und hybride Bedrohungen in vollem Umfang zu nutzen;

265. fordert die EU und das Vereinigte Königreich auf, unter anderem durch die Ausarbeitung gemeinsamer Strategien zur Unterstützung der Anstrengungen der Vereinten Nationen im Bereich Friedenssicherung und Krisenmanagement zur Stärkung des internationalen Friedens und der internationalen Stabilität beizutragen; fordert beide Vertragsparteien auf, eine Kultur des Friedens und des Dialogs als Mittel zur Konfliktprävention, zur Konfliktbewältigung und zur Konfliktlösung sowie zur Förderung der Rechte von Frauen und der Gleichstellung der Geschlechter zu fördern; unterstützt die Weiterführung der bestehenden Zusammenarbeit in diesen Bereichen; fordert eine systematische präferenzielle Zusammenarbeit bei Einsätzen zur Friedenssicherung; bedauert, dass die Beteiligung des Vereinigten Königreichs an Missionen der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik wie EU Althea oder Atalanta mit dem Brexit beendet wurde, und fordert die Vizepräsidentin der Kommission und Hohe Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik, die Mitgliedstaaten und die staatlichen Stellen des Vereinigten Königreichs auf, Maßnahmen zu ergreifen, um die Beteiligung des Vereinigten Königreichs als Mittel zur praktischen Umsetzung der Sicherheits- und Verteidigungspartnerschaft wiederherzustellen; fordert eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich hinsichtlich der demokratischen Entwicklung, Reformprozessen und der Praxis der parlamentarischen Demokratie in Drittländern, unter anderem durch Wahlbeobachtung; begrüßt die gemeinsame Absicht, die konsularische Zusammenarbeit zu verstärken, um die konsularische Krisenreaktion zu verbessern;

266. unterstreicht, dass der regelbasierten Ordnung, einschließlich der uneingeschränkten Achtung und Einhaltung des Völkerrechts, einschließlich der Charta der Vereinten Nationen, des humanitären Völkerrechts und der internationalen Menschenrechtsnormen, sowie des Multilateralismus, erhebliche Bedeutung zukommt;

begrüßt, dass die EU und das Vereinigte Königreich auf ihrem Gipfeltreffen ihr gemeinsames Bekenntnis dazu bekräftigt haben, und fordert, dass angesichts zunehmender globaler Instabilität weitere gemeinsame Anstrengungen unternommen werden, um diese Ordnung aufrechtzuerhalten und zu stärken; fordert eine verstärkte Unterstützung für das reibungslose Funktionieren multinationaler und regionaler Foren und Institutionen, insbesondere derjenigen, die von den jüngsten geopolitischen Veränderungen betroffen sind, wie z. B. der IStGH als Eckpfeiler des Systems der internationalen Justiz, die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa oder der Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen;

267. begrüßt die jüngste Zusage der EU und des Vereinigten Königreichs gemäß ihrer Gemeinsamen Vereinbarung, einen regelmäßigen Dialog über die Entwicklungszusammenarbeit aufzunehmen und die Zusammenarbeit bei der internationalen Katastrophenbewältigung und humanitären Hilfe auszubauen;

268. würdigt die anhaltende Unterstützung des Vereinigten Königreichs für die euro-atlantische Integration und die Sicherheit und den Wohlstand der sechs Länder des westlichen Balkans, einschließlich seines Engagements im Berliner Prozess.; fordert eine vertiefte Zusammenarbeit zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich bei der Verfolgung gemeinsamer politischer und sicherheitspolitischer Ziele in der östlichen Nachbarschaft, einschließlich der Schwarzmeerregion und der Region des westlichen Balkans, die auf einem gemeinsamen Lageverständnis beruht, insbesondere bei der Unterstützung der territorialen Unversehrtheit, Souveränität, Stabilität und der demokratischen Resilienz der EU-Bewerberländer; empfiehlt, eine Bestandsaufnahme der in den letzten 25 Jahren des Engagements im Westbalkan gewonnenen Erkenntnisse vorzunehmen, wobei der Schwerpunkt erneut auf greifbaren Fortschritten und transformativen Reformen liegen sollte, die die Fortschritte der Länder auf dem Weg zur EU-Mitgliedschaft beschleunigen und zu einer sichereren Zukunft für Europa beitragen werden; erkennt die gemeinsame Rolle der EU und des Vereinigten Königreichs bei der Aufrechterhaltung des Dayton-Friedensabkommens und seiner Anhänge an;

269. fordert die EU und das Vereinigte Königreich auf, auf einen dauerhaften Frieden im Nahen Osten hinzuarbeiten, einschließlich der Unterstützung eines politischen Übergangs und des Schutzes aller Minderheiten in Syrien und der Bekämpfung der Straffreiheit aller Parteien, die für Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht in Syrien verantwortlich sind; begrüßt die langjährige Zusammenarbeit und die Zusagen der EU und des Vereinigten Königreichs, auf einen Waffenstillstand im Gazastreifen hinzuarbeiten, und fordert dringend die Freilassung aller verbleibenden Geiseln sowie das Bekenntnis zu einer Zweistaatenlösung, bei der zwei souveräne, demokratische Staaten Seite an Seite in Frieden und garantierter Sicherheit und unter uneingeschränkter Achtung des Völkerrechts leben;

270. fordert die EU und das Vereinigte Königreich nachdrücklich auf, die Einrichtung der Sicherheits- und Verteidigungspartnerschaft rasch umzusetzen und darauf aufzubauen, indem ihr Potenzial durch konkrete Verpflichtungen und Maßnahmen voll ausgeschöpft wird, um ihren gesamten Anwendungsbereich und ihre Vorteile zu erreichen, unter anderem durch einen interinstitutionellen Rahmen im Rahmen des Partnerschaftsrates EU-Vereinigtes Königreich und des außenpolitischen Dialogs zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich; stellt fest, dass die haushalts- und ordnungspolitischen Bedingungen der Partnerschaft noch ausgehandelt werden müssen, wobei der

Bedeutung der Beschlussfassungsautonomie der EU Rechnung zu tragen ist;

°

° °

271. beauftragt seine Präsidentin, diese Entschließung dem Rat, der Kommission, der Vizepräsidentin der Kommission und Hohen Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik, den Regierungen und Parlamenten der Mitgliedstaaten sowie der Regierung und dem Parlament des Vereinigten Königreichs zu übermitteln.

Europäisches Parlament
2024-2029

ANGENOMMENE TEXTE

P10_TA(2025)0309

Anwendung der Vertragsbestimmungen in Bezug auf die Grundsätze der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit sowie die Rolle der nationalen Parlamente im Rechtsetzungsverfahren der EU

Entschließung des Europäischen Parlaments vom 27. November 2025 zu der Anwendung der Vertragsbestimmungen in Bezug auf die Grundsätze der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit sowie die Rolle der nationalen Parlamente im Rechtsetzungsverfahren der EU (2025/2042(INI))

Das Europäische Parlament,

– unter Hinweis auf den Vertrag über die Europäische Union (EUV), insbesondere auf Artikel 5 zur Übertragung von Zuständigkeiten, zur Subsidiarität und zur Verhältnismäßigkeit, Artikel 10 Absatz 1 zur repräsentativen Demokratie, Artikel 10 Absatz 2 zur Vertretung der Unionsbürger, Artikel 10 Absatz 3 zum Recht der Unionsbürger, am demokratischen Leben der Union teilzunehmen, Artikel 11 zur partizipativen Demokratie und Artikel 12 zur Rolle der nationalen Parlamente,

– unter Hinweis auf das Protokoll Nr. 1 zum EUV und zum Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) über die Rolle der nationalen Parlamente in der Europäischen Union[1] und das Protokoll Nr. 2 zum EUV und zum AEUV über die Anwendung der Grundsätze der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit[2],

– gestützt auf die Artikel 2–6, 15 und 122 AEUV,

– unter Hinweis auf seine Entschließung vom 7. Mai 2009 zu der Entwicklung der Beziehungen zwischen dem Europäischen Parlament und den nationalen Parlamenten im Rahmen des Vertrags von Lissabon[3], seine Entschließung vom 16. April 2014 zu den Beziehungen zwischen dem Europäischen Parlament und den nationalen Parlamenten[4], seine Entschließung vom 19. April 2018 zur Anwendung der die nationalen Parlamente betreffenden Bestimmungen des Vertrags[5] und seine Entschließung vom 17. Januar

1 ABl. C 202 vom 7.6.2016, S. 203, ELI: http://data.europa.eu/eli/treaty/tfeu_2016/pro_1/oj.
2 ABl. C 115 vom 9.5.2008, S. 206.
3 ABl. C 212E vom 5.8.2010, S. 94.
4 ABl. C 443 vom 22.12.2017, S. 40.
5 ABl. C 390 vom 18.11.2019, S. 121.

2024 zur Anwendung der die nationalen Parlamente betreffenden Vertragsbestimmungen[6],

– unter Hinweis auf seine Entschließung vom 22. November 2023 zu Vorschlägen des Europäischen Parlaments zur Änderung der Verträge[7], insbesondere auf die vorgeschlagenen Änderungen im Zusammenhang mit dem Subsidiaritätsprinzip und dem Protokoll Nr. 2,

– unter Hinweis auf den Bericht von Mario Draghi vom 9. September 2024 mit dem Titel „Die Zukunft der europäischen Wettbewerbsfähigkeit“[8] (Draghi-Bericht),

– unter Hinweis auf die Jahresberichte der Kommission über die Anwendung der Grundsätze der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit und die Beziehungen zu den nationalen Parlamenten,

– unter Hinweis auf den Abschlussbericht der Taskforce für Subsidiarität, Verhältnismäßigkeit und „Weniger, aber effizienteres Handeln“ vom 10. Juli 2018[9],

– unter Hinweis auf die Mitteilung der Kommission vom 23. Oktober 2018 mit dem Titel „Die Grundsätze der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit: Stärkung ihrer Rolle bei der Politikgestaltung der EU“ (COM(2018)0703),

– gestützt auf Artikel 55 seiner Geschäftsordnung,

– unter Hinweis auf den Bericht des Ausschusses für konstitutionelle Fragen (A10-0224/2025),

A. in der Erwägung, dass durch das in Artikel 5 Absatz 3 EUV verankerte Subsidiaritätsprinzip sichergestellt wird, dass „die Union in den Bereichen, die nicht in ihre ausschließliche Zuständigkeit fallen, nur tätig [wird], sofern und soweit die Ziele der in Betracht gezogenen Maßnahmen von den Mitgliedstaaten weder auf zentraler noch auf regionaler oder lokaler Ebene ausreichend verwirklicht werden können, sondern vielmehr wegen ihres Umfangs oder ihrer Wirkungen auf Unionsebene besser zu verwirklichen sind“; in der Erwägung, dass mit diesem Grundsatz das Gleichgewicht der Befugnisse in der EU gewahrt wird; in der Erwägung, dass nach dem in Artikel 5 Absatz 4 EUV verankerten Grundsatz der Verhältnismäßigkeit die Maßnahmen der Union inhaltlich wie formal nicht über das zur Erreichung der Ziele der Verträge erforderliche Maß hinausgehen dürfen;

B. in der Erwägung, dass die Anwendung der Grundsätze der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit von wesentlicher Bedeutung ist, um die demokratische Legitimität

---

6 ABl. C, C/2024/5714, 17.10.2024, ELI: http://data.europa.eu/eli/C/2024/5714/oj.
7 ABl. C, C/2024/4216, 24.7.2024, ELI: http://data.europa.eu/eli/C/2024/4216/oj.
8 Draghi, M., „Die Zukunft der europäischen Wettbewerbsfähigkeit“, Europäische Kommission, 9. September 2024, https://commission.europa.eu/document/download/97e481fd-2dc3-412d-be4c-f152a8232961_de?filename=The%20Draghi%20report%20A%20competitiveness%20strategy%20for%20Europe%20%28Part%20A%29-DE.pdf.
9 https://commission.europa.eu/document/download/8530a17b-e2b8-4cd4-a68d-597767cfbad7_en?filename=report-task-force-subsidiarity-proportionality-and-doing-less-more-efficiently_en.pdf.

sowie die regulatorische Wirkung und Effizienz der EU sicherzustellen; in der Erwägung, dass es von wesentlicher Bedeutung ist, dass die EU die Vielfalt ihrer Mitgliedstaaten achtet und unnötiger Regelungsaufwand für die Mitgliedstaaten und ihre Rechtssubjekte vermieden wird;

C. in der Erwägung, dass in den Artikeln 2 bis 6 AEUV die ausschließlichen, geteilten und unterstützenden Zuständigkeiten der EU eindeutig festgelegt sind;

D. in der Erwägung, dass die Grundsätze der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit erstmals im Vertrag von Maastricht ausdrücklich erwähnt wurden, um ein Gleichgewicht zwischen den wachsenden Befugnissen der Europäischen Union und der Souveränität der Mitgliedstaaten herzustellen; in der Erwägung, dass die Rolle der nationalen Parlamente durch das Protokoll Nr. 2 zu den Verträgen, das durch den Vertrag von Lissabon hinzugefügt wurde, mit der Einführung eines Frühwarnsystems gestärkt wurde;

E. in der Erwägung, dass seit dem Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon im Jahr 2009 577 Subsidiaritätsprüfungen und begründete Stellungnahmen nationaler Parlamente, 3 803 Beiträge nationaler Parlamente, drei gelbe Karten und keine orange Karte zu verzeichnen sind;

F. in der Erwägung, dass im gesamten institutionellen Rahmen der EU im Einklang mit den im Vertrag von Lissabon, insbesondere im Protokoll Nr. 2 über die Anwendung der Grundsätze der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit, verankerten Grundsätzen kohärente und durchgängige Anstrengungen unternommen werden müssen, um die aktive Beteiligung der nationalen Parlamente am europäischen Entscheidungsprozess sicherzustellen; in der Erwägung, dass die im Vertrag von Lissabon vorgesehenen Mechanismen der „gelben Karte“ und der „orangen Karte“ gestärkt und Möglichkeiten zur weiteren Verbesserung ihrer Wirksamkeit geprüft werden sollten;

G. in der Erwägung, dass nur das erste der drei „Verfahren der gelben Karte“ die Rücknahme eines Vorschlags für eine Verordnung[10] zur Folge hatte, das zweite zu einer verstärkten Zusammenarbeit zwischen 20 Mitgliedstaaten anstelle einer einstimmigen Umsetzung geführt hat[11] und das dritte keine Auswirkungen hatte, obwohl 14 begründete Stellungnahmen von Parlamenten aus elf Mitgliedstaaten vorgelegt wurden[12];

H. in der Erwägung, dass das Frühwarnsystem nur zu zwei Verfahren vor dem Gerichtshof der Europäischen Union (EuGH) geführt hat, um die ordnungsgemäße Anwendung der Grundsätze der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit zu überprüfen; in der

---

10 Vorschlag für eine Verordnung des Rates vom 21. März 2012 über die Ausübung des Rechts auf Durchführung kollektiver Maßnahmen im Kontext der Niederlassungs- und der Dienstleistungsfreiheit, COM(2012)0130.

11 Die Errichtung der Europäischen Staatsanwaltschaft (EUStA): 2013 wurde ein „Verfahren der gelben Karte“ eingeleitet, und 2017 wurde die entsprechende Verordnung im Rahmen der Verstärkten Zusammenarbeit gemäß Artikel 86 AEUV erlassen.

12 Richtlinie (EU) 2018/957 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 28. Juni 2018 zur Änderung der Richtlinie 96/71/EG über die Entsendung von Arbeitnehmern im Rahmen der Erbringung von Dienstleistungen, ABl. L 173 vom 9.7.2018, S. 16, ELI: http://data.europa.eu/eli/dir/2018/957/oj.

Erwägung, dass der EuGH in beiden Fällen entschieden hat, dass kein Verstoß gegen die Grundsätze der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit vorlag;

I. in der Erwägung, dass eine strenge Einhaltung der Grundsätze der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit durch die Kommission und die beiden gesetzgebenden Organe dazu beitragen kann, den Regelungsaufwand zu verringern, und zu einem effizienteren Rechtsetzungsprozess führen kann;

J. in der Erwägung, dass es der üblichen Vorgehensweise entspricht, im Rahmen jedes turnusmäßigen Vorsitzes des Rates der Europäischen Union eine parlamentarische Dimension einzurichten, wobei die nationalen Parlamente gemeinsam mit dem Europäischen Parlament an zahlreichen interparlamentarischen Konferenzen zu einer Vielzahl von Themen teilnehmen;

K. in der Erwägung, dass die nationalen Parlamente sowohl durch die spezifischen Bestimmungen des Protokolls Nr. 2 zum AEUV als auch durch ihre Ausübung der demokratischen Kontrolle über ihre jeweiligen nationalen Regierungen, die die Interessen der Mitgliedstaaten im Rat vertreten, in das Rechtsetzungsverfahren der EU einbezogen sind;

L. in der Erwägung, dass Artikel 122 AEUV nur in Ausnahme- und Krisensituationen zur Anwendung kommen soll und nicht dazu missbraucht werden sollte, andere in den Verträgen festgelegte Verfahren zu umgehen, zumal dadurch die Beteiligung des Parlaments ausgeschlossen würde und somit das Vertrauen der Öffentlichkeit geschwächt werden könnte;

M. in der Erwägung, dass die Tätigkeit der Kommission als Exekutivorgan der EU sowohl vom Europäischen Parlament als auch von den nationalen Parlamenten kontrolliert werden sollte;

1. bekräftigt, dass die Grundsätze der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit für den rechtlichen und institutionellen Rahmen der EU von grundlegender Bedeutung sind; weist darauf hin, dass die Grundsätze der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit wesentliche Elemente des Ansatzes der Kommission für eine bessere Rechtsetzung sein sollten, der sich auf drei grundlegende Prozesse stützt, nämlich Evaluierung, Folgenabschätzung und Konsultation der Interessenträger; weist darauf hin, dass diese Grundsätze von wesentlicher Bedeutung sind, um die Gewaltenteilung zu wahren und sicherzustellen, dass Maßnahmen der EU erforderlich und geeignet sind;

2. betont, dass der Grundgedanke des Subsidiaritätsprinzips darin besteht, sicherzustellen, dass Entscheidungen so bürgernah wie möglich getroffen werden sollten, wobei die Entscheidungs- und Handlungsfähigkeit der Mitgliedstaaten geschützt und das Tätigwerden der EU legitimiert werden soll, wenn die Ziele einer Maßnahme von den Mitgliedstaaten nicht ausreichend verwirklicht werden können, sondern wegen des Umfangs oder der Wirkungen der vorgeschlagenen Maßnahmen besser auf Unionsebene zu verwirklichen sind, wobei das Hauptziel darin besteht, die Effektivität zu steigern und Bürgernähe sicherzustellen;

3. weist darauf hin, dass die Grundsätze der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit erfordern, dass die von den EU-Organen getroffenen Maßnahmen nicht die Grenzen dessen überschreiten, was zur Erreichung der mit EU-Rechtsvorschriften rechtmäßig

verfolgten Ziele geeignet und erforderlich ist;

4. betont, dass das von der Taskforce für Subsidiarität, Verhältnismäßigkeit und „Weniger, aber effizienteres Handeln“ („Taskforce“) entwickelte Konzept der „aktiven Subsidiarität“ auf einer konstruktiven Zusammenarbeit aller Regierungs- und Verwaltungsebenen in allen Phasen des Lebenszyklus von EU-Rechtsvorschriften zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger der EU beruht;

Rolle der Kommission

5. fordert die Kommission auf, die gebotene Sorgfalt und das gebotene Ermessen walten zu lassen, wenn sie Rechtsvorschriften vorschlägt, die in geteilte Zuständigkeiten fallen; fordert die Kommission auf, die Rechtsgrundlage für EU-Maßnahmen eindeutig und umfassend zu definieren und dabei die Befugnisse der Mitgliedstaaten vollumfänglich zu wahren und die Rechtsgrundlagen angemessen anzuwenden; betont, dass im gesamten institutionellen Rahmen der EU kohärente und durchgängige Anstrengungen unternommen werden müssen, um die aktive Beteiligung nationaler Parlamente am europäischen Entscheidungsprozess sicherzustellen;

6. stellt mit Besorgnis fest, dass die Kommission Artikel 122 AEUV als Rechtsgrundlage für die Bereitstellung von 800 Mrd. EUR für den Plan „ReArm Europe“/Bereitschaft 2030 herangezogen hat; fordert die Kommission auf, die Rechtsgrundlage für diese Initiative zu überarbeiten; fordert die Kommission nachdrücklich auf, Artikel 122 AEUV bei allen künftigen Vorschlägen im Lichte seiner ursprünglichen Konzeption als außerordentliche Lösung zur Krisenbewältigung und im Sinne des Subsidiaritätsprinzips auszulegen;

7. betont, dass jede Gesetzgebungsinitiative der Kommission, die in die geteilte Zuständigkeit fällt, strikt mit einer gründlichen Ex-ante-Folgenabschätzung einhergehen muss, in der die Notwendigkeit der Maßnahme und die Wahl des Instruments quantifiziert und begründet nachgewiesen werden; fordert die Kommission auf, durch eine vergleichende Analyse zwischen Mitgliedstaaten ausdrücklich zu begründen, dass die Harmonisierung der Rechtsvorschriften auf EU-Ebene einen erheblichen Mehrwert mit sich bringt und keine verschleierte Befugniserweiterung darstellt; weist erneut auf die in ihrer Mitteilung aus dem Jahr 2018 zum Ausdruck gebrachte Absicht der Kommission hin, ein Bewertungsraster in ihre Leitlinien für eine bessere Rechtsetzung aufzunehmen und es als Teil der Folgenabschätzungen, Bewertungen und Begründungen zu verwenden, die ihren Legislativvorschlägen beigefügt sind; bedauert, dass dies bisher in der Praxis nicht umgesetzt wurde; begrüßt in diesem Zusammenhang das vom Ausschuss der Regionen entwickelte Subsidiaritätsraster und fordert die Kommission auf, dieses als Grundlage für ihre Subsidiaritätsbewertungen zu verwenden; besteht darauf, dass die Anwendung der Artikel 122 und 352 AEUV als Rechtsgrundlage strenger kontrolliert werden muss, und fordert eine stärkere vorherige Konsultation der nationalen und regionalen Parlamente mit Gesetzgebungsbefugnissen, bevor Rechtsvorschriften auf Unionsebene vorgeschlagen werden;

8. weist auf die vom Ausschuss für europäische Angelegenheiten des französischen

Senats[13] einstimmig geäußerten Bedenken hinsichtlich der schwachen Rechtsgrundlagen für bestimmte Gesetzgebungsinitiativen der EU, der zunehmenden Tendenz, auf Verordnungen statt Richtlinien zurückzugreifen, und des übermäßigen Rückgriffs auf Durchführungsrechtsakte oder delegierte Rechtsakte hin;

9. weist darauf hin, dass die Kommission gemäß Artikel 5 des Protokolls Nr. 2 zu den Verträgen eine eingehende Beurteilung vorlegen muss, ob sie die Grundsätze der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit beachtet hat; fordert die Kommission nachdrücklich auf, gemeinsam mit dem Europäischen Parlament bei der Ausarbeitung von Legislativvorschlägen eine systematischere Analyse der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit vorzunehmen; weist darauf hin, dass Subsidiaritätsprüfungen für eine verantwortungsvolle Führung unerlässlich sind und nicht auf ein bloßes Ankreuzen von Kästchen reduziert werden dürfen; fordert mehr Transparenz bei der Anwendung dieser Grundsätze, indem in jedem Legislativvorschlag die Gründe für ein Tätigwerden der EU, der Mehrwert der Maßnahme und die Verhältnismäßigkeit der Maßnahme im Hinblick auf die Ziele ausführlich dargelegt werden;

10. weist darauf hin, dass die Antworten der Kommission auf begründete Stellungnahmen sorgfältig geprüft werden sollten, auch wenn sie nicht von einer großen Zahl nationaler Parlamente unterstützt werden; betont die Bedeutung der besonderen Situation in einzelnen Mitgliedstaaten, wobei die Vielfalt der Rechtstraditionen und regionale Unterschiede in der gesamten EU zu berücksichtigen sind; ist besorgt darüber, dass es kaum Hinweise darauf gibt, dass die Kommission ihre Vorschläge aufgrund begründeter Stellungnahmen der nationalen Parlamente wesentlich ändert;

11. weist darauf hin, dass die Umsetzung neuer EU-Rechtsvorschriften sehr hohe Kosten für Gemeinden mit sich bringen kann, insbesondere in abgelegenen oder dünn besiedelten Gebieten; ist der Ansicht, dass Gemeinden mit ausreichenden finanziellen Mitteln ausgestattet werden müssen, um Unionsrecht umzusetzen, sodass sie die neuen Rechtsvorschriften der EU einhalten können; weist darauf hin, dass diese finanziellen Mittel den den Gemeinden entstehenden Umsetzungskosten entsprechen sollten;

12. weist darauf hin, dass die nationalen Parlamente selten von den Verfahren der „gelben Karte“ oder der „orangen Karte“ Gebrauch machen; betont, dass dies nicht auf Desinteresse der nationalen Parlamente zurückzuführen ist; stellt fest, dass es eine Reihe möglicher Erklärungen für die begrenzte Anwendung des „Verfahrens der gelben Karte“ gibt, darunter mangelnde Transparenz bei der EU-Rechtsetzung, mangelnde Kenntnisse über das Gesetzgebungsverfahren der EU und zeitliche Zwänge; ist der Ansicht, dass es schwieriger wird, den erforderlichen Schwellenwert zu erreichen, wenn Parlamente dieses Instrument nicht in Anspruch nehmen; stellt fest, dass das derzeitige Verfahren zu umständlich ist und Raum für Verbesserungen lässt; weist in diesem Zusammenhang auf seine früheren Vorschläge hin, die Frist für „Verfahren der gelben Karte“ auf zwölf Wochen auszuweiten und umfassender über die Möglichkeit nachzudenken, das Frühwarnsystem zu einem Instrument auszubauen, mit dem nationale Parlamente die EU-Politik mitgestalten können; weist in diesem Zusammenhang erneut auf seine jüngste Entschließung über die Anwendung der die

---

13 Le Sénat, Commission des affaires européenes, „Dérive normative de l’Union européenne – Rapport d’information n° 190 (2024-2025) (Senat, Ausschuss für europäische Angelegenheiten, Informationsbericht Nr. 190 (2024-2025) über das Abdriften der Gesetzgebung der Europäischen Union), 4. Dezember 2024.

nationalen Parlamente betreffenden Vertragsbestimmungen hin, in deren Rahmen die Mitgliedstaaten aufgefordert wurden, dafür zu sorgen, dass nationale Parlamente über ausreichende Ressourcen verfügen, um ihre verfassungsrechtlichen Aufsichtsfunktionen wahrnehmen zu können, und empfohlen wurde, dass nationale Parlamente die Plattform für den Interparlamentarischen Austausch in der EU (IPEX) wirksamer nutzen und ihre regionalen Parlamente in die Aktivierung des Frühwarnmechanismus einbeziehen;

13. begrüßt die Einführung informeller Verfahren zur Verbesserung der Koordinierung zwischen der Kommission, dem Europäischen Parlament und den nationalen Parlamenten, wie etwa den politischen Dialog, den Dialog mit den Berichterstattern und die Website mit dem Titel „Stellungnahmen der nationalen Parlamente und Antworten der Kommission“[14]; fordert die Kommission nachdrücklich auf, Möglichkeiten zu prüfen, wie die Konsultation der nationalen Parlamente zu Subsidiaritätsfragen weiter verbessert werden kann, beispielsweise durch die Einrichtung einer „einzigen Subsidiaritätsstelle“ auf der Grundlage der IPEX-Plattform, in deren Rahmen begründete Stellungnahmen sowie zum Beispiel Beiträge, Stellungnahmen des Europäischen Ausschusses der Regionen, Antworten der Kommission und Entschließungen des Europäischen Parlaments zusammengetragen und frei zugänglich gemacht werden; ist der Auffassung, dass eine einzige Subsidiaritätsstelle ein geeignetes Forum wäre, in dem die Mitgliedstaaten die Kommission auffordern könnten, unterstützende oder koordinierende Rechtsvorschriften in Bereichen vorzuschlagen, die in die ausschließliche Zuständigkeit der Mitgliedstaaten fallen;

14. begrüßt die jüngsten Bemühungen der Kommission, das Subsidiaritätsraster im Rahmen ihrer Ex-ante-Folgenabschätzung im Hinblick auf EU-Rechtsvorschriften gemäß dem Instrumentarium für eine bessere Rechtsetzung auszubauen und zu verbessern; fordert die Kommission auf, die Subsidiaritätsprüfung in ihrem Politikzyklus weiter durchgängig zu berücksichtigen, indem sie unter anderem die Bewertung der Subsidiarität nach interinstitutionellen Verhandlungen ausweitet, falls die daraus resultierenden Änderungen dies erfordern;

15. weist auf die Bedenken hin, dass die Zusammenarbeit der Kommission mit nationalen Parlamenten begrenzt ist und im Gesetzgebungsverfahren zu spät erfolgt, wodurch die Möglichkeiten der nationalen Parlamente, Einfluss auf die Legislativvorschläge zu nehmen, eingeschränkt werden; fordert die Kommission nachdrücklich auf, nationale Parlamente zu einem früheren Zeitpunkt um Beiträge zu ersuchen, insbesondere im Rahmen von Konsultationen;

16. ist der Ansicht, dass ein formeller und informeller interparlamentarischer Dialog in einer früheren Phase des Rechtsetzungsprozesses von entscheidender Bedeutung für die ordnungsgemäße Umsetzung des Subsidiaritätsprinzips ist; stellt fest, dass dieser Dialog in Form von monatlichen oder vierteljährlichen Treffen zwischen Mitgliedern des Europäischen Parlaments und Abgeordneten nationaler Parlamente im Sinne von Artikel 9 des Protokolls Nr. 1 erfolgen könnte;

17. fordert die Kommission auf, stets sorgfältig zu prüfen, ob eine verstärkte Koordinierung mit nationalen Behörden in bestimmten Bereichen nicht eine bessere Lösung wäre als die Einrichtung neuer transnationaler Agenturen;

---

14 https://national-parliaments-opinions.ec.europa.eu/home.

18. betont, dass Parlamente im Zentrum der Demokratie stehen und ihnen daher eine Schlüsselrolle zukommt und dass die klare Abgrenzung der Zuständigkeiten zwischen den verschiedenen Ebenen der liberalen europäischen Demokratie, nämlich der kommunalen, regionalen, nationalen und europäischen Ebene, im Einklang mit dem in Artikel 5 EUV verankerten Subsidiaritätsprinzip beachtet werden muss, um die demokratische Legitimität und einen effizienten Entscheidungsprozess sicherzustellen und das Vertrauen und die Zusammenarbeit zwischen den Parlamenten auf den verschiedenen Ebenen zu stärken;

19. fordert die Kommission auf, die Stellungnahmen des Europäischen Ausschusses der Regionen im Rahmen des Netzes für Subsidiaritätskontrolle stärker zu berücksichtigen, das eingerichtet wurde, um den Informationsaustausch zwischen den regionalen und lokalen Gebietskörperschaften und der EU über die verschiedenen Legislativvorschläge zu erleichtern, die sich nach ihrer Verabschiedung unmittelbar auf diese Stellen und auf die Politikbereiche, die in ihrer Zuständigkeit liegen, auswirken werden;

Die Rolle der nationalen Parlamente

20. betont, dass die nationalen Parlamente eine zentrale Rolle bei der Einhaltung des Subsidiaritätsprinzips durch die EU spielen und dass das Gesetzgebungsverfahren die Tragweite und demokratische Legitimität der EU und ihrer Gesetzgebungsinitiativen verbessern wird; betont, dass durch die in den Verträgen vorgesehenen Mechanismen, einschließlich der Verfahren der „gelben Karte“ und der „orangen Karte“, die EU-Rechtsvorschriften kontinuierlich überprüft und die nationalen Parlamente aktiver eingebunden werden müssen; bestärkt die nationalen Parlamente darin, ihre Fähigkeit zur wirksamen Kontrolle und Anfechtung von Maßnahmen der Union im Hinblick auf die Grundsätze der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit zu verbessern, eine tiefergehende und frühere Kontrolle der Legislativvorschläge auszuüben und sicherzustellen, dass bei EU-Gesetzgebungsinitiativen das Gleichgewicht und die Aufteilung der Befugnisse zwischen der Union und ihren Mitgliedstaaten gewahrt bleiben;

21. weist darauf hin, dass nationale Parlamente die demokratische Kontrolle über ihre jeweiligen nationalen Regierungen ausüben, die die Interessen der Mitgliedstaaten im Rat vertreten; hebt hervor, dass in einigen Mitgliedstaaten eine aktivere Beteiligung ihrer nationalen und/oder regionalen Parlamente am europäischen Gesetzgebungsprozess vorgesehen ist, beispielsweise durch die Ausübung des Parlamentsvorbehalts; fordert alle Mitgliedstaaten auf, Maßnahmen zu ergreifen, die eine aktivere Beteiligung der nationalen Parlamente an der Festlegung ihrer nationalen Standpunkte sicherstellen, um die demokratische Legitimität der Beratungen im Rat zu stärken;

22. begrüßt die Beiträge der 72. Plenartagung der Konferenz der Ausschüsse für Unionsangelegenheiten der Parlamente der Europäischen Union (COSAC)[15], in deren Rahmen empfohlen wurde, die Subsidiaritätsprüfung durch die nationalen Parlamente zu stärken, indem die Frist für die Abgabe von Stellungnahmen von acht auf zehn Wochen verlängert und der Schwellenwert für die Einleitung des „Verfahrens der

15 https://secure.ipex.eu/IPEXL-WEB/download/file/8a8629a8930500d90193061cc8e70006/LXXII%20COSAC%20Contribution%20EN.pdf.

gelben Karte“ auf ein Viertel der abgegebenen Stimmen gesenkt wird;

23. fordert, dass die Rolle der nationalen Parlamente in der EU gestärkt werden muss, indem Transparenz, Dialog und Kooperationsmechanismen zwischen nationalen Parlamenten und der Kommission verbessert werden; betont, dass die nationalen Parlamente zwar keine formellen direkten Befugnisse gegenüber der Kommission haben, die denen des Europäischen Parlaments entsprechen, ihr politischer Einfluss jedoch gestärkt werden sollte, um mehr Transparenz und Legitimität in Bezug auf die Maßnahmen der Kommission sicherzustellen;

24. ist der Ansicht, dass nationalen Parlamenten eine positivere und proaktivere Rolle eingeräumt werden sollte, beispielsweise durch die Einführung einer „grünen Karte“, die mit niedrigeren Schwellenwerten einhergeht; fordert ferner, dass im Rahmen der nächsten Überarbeitung der Verträge die derzeitige Frist von acht Wochen auf zwölf Wochen ausgeweitet wird, innerhalb derer nationale Parlamente begründete Stellungnahmen gemäß Artikel 4 des Protokolls Nr. 1 abgeben können; weist darauf hin, dass die Kommission bereits eine gewisse Flexibilität bei den Fristen vorgesehen hat, indem sie zusätzlich den Zeitraum zwischen dem 20. Dezember und dem 10. Januar ausgenommen hat;

25. bekräftigt, dass die strukturelle Zusammenarbeit der Unionsgesetzgeber mit den nationalen, regionalen und lokalen Gesetzgebern gestärkt werden muss; betont, dass die „Europäische Parlamentarische Woche“ und die interparlamentarischen Ausschusssitzungen in dieser Hinsicht von entscheidender Bedeutung sind; ist der Ansicht, dass die Weiterentwicklung einer erweiterten jährlichen Europäischen Parlamentarischen Woche es den Mitgliedern des Europäischen Parlaments, den Mitgliedern der Kommission und den Ministern der amtierenden Ratspräsidentschaft ermöglichen würde, vor alle nationalen und gegebenenfalls regionalen Parlamenten zu treten, um gemeinsam mit nationalen Abgeordneten die europäische Agenda zu diskutieren und diese zu erläutern;

26. empfiehlt, eine Diskussion über die Ausarbeitung einer gemeinsamen politischen Erklärung oder einer Rahmenvereinbarung zwischen den nationalen Parlamenten und dem Europäischen Parlament über die Organisation der vorgeschlagenen Europäischen Parlamentarischen Woche anzustoßen, um einen kohärenteren Rahmen für die Zusammenarbeit auf politischer, institutioneller und administrativer Ebene zu schaffen; vertritt die Auffassung, dass für die vorgeschlagene Europäische Parlamentarische Woche Lehren aus aktuellen und früheren Foren gezogen werden sollten, etwa aus der parlamentarischen Woche, die im Rahmen der Konferenz zum Europäischen Semester und der Interparlamentarischen Konferenz über Stabilität, wirtschaftspolitische Koordinierung und Steuerung in der Europäischen Union stattfindet, sowie aus der Konferenz zur Zukunft Europas; vertritt außerdem die Ansicht, dass Treffen der politischen Familien und Plattformen zwischen und innerhalb der nationalen und der europäischen Fraktionen im Rahmen der interparlamentarischen Zusammenarbeit in der EU durch eine echte politische Debatte auf europäischer Ebene einen Mehrwert bringen könnten;

27. ist der Ansicht, dass die eingeschränkte Nutzung des „Verfahrens der gelben Karte“ und die Wirkungslosigkeit des „Verfahrens der orangen Karte“ belegen, dass es nach wie vor Verbesserungspotenzial gibt und dass sie insofern nur begrenzte Wirkung haben, als sie bei den Gesetzgebungsvorschlägen der Kommission nicht verbindlich berücksichtigt

werden müssen; ist der Ansicht, dass in dieser Hinsicht eine bessere Koordinierung zwischen den nationalen Parlamenten möglich ist; betont, dass eine bessere Zusammenarbeit zwischen den nationalen Parlamenten und dem Europäischen Parlament zu einer aktiveren Beteiligung an Legislativvorschlägen der EU führen würde und dass die Zusammenarbeit, bei der nationale Regierungen als Vermittler tätig sind, zu einer Stärkung der Rolle der nationalen Parlamente bei der Gestaltung von EU-Rechtsvorschriften führen würde;

28. betont die wichtige Rolle der regionalen und lokalen Körperschaften und fordert die Kommission nachdrücklich auf, zu prüfen, wie ihre Beiträge besser in Legislativvorschläge sowie in die Bewertung bestehender EU-Rechtsvorschriften einfließen können; ist in diesem Zusammenhang der Ansicht, dass die Kommission die Durchführung öffentlicher Konsultationen auf lokaler und regionaler Ebene erleichtern sollte, um das Wirken und die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger im Zusammenhang mit der Politikgestaltung der EU zu stärken;

29. regt an, dass die EU-Organe und die regionalen Parlamente mit Gesetzgebungsbefugnissen sich aktiver einbringen und direkt miteinander interagieren, wobei die Rolle und die Befugnisse der nationalen Parlamente in vollem Umfang zu achten sind; fordert die nationalen Parlamente auf, begründete Stellungnahmen regionaler Parlamente mit Gesetzgebungsbefugnissen in ihre endgültigen begründeten Stellungnahmen aufzunehmen, die an die Präsidenten des Parlaments, des Rates und der Kommission übermittelt werden, wenn ausschließliche regionale Zuständigkeiten betroffen sind; weist nachdrücklich darauf hin, dass die nationalen Parlamente gemäß Artikel 12 EUV und dem Protokoll Nr. 1 das Recht haben, unmittelbar von den EU-Organen unterrichtet zu werden; empfiehlt, das Recht auf Information auch auf regionale Parlamente mit Gesetzgebungsbefugnissen auszuweiten;

30. fordert die Kommission auf, entsprechend den Empfehlungen des Draghi-Berichts eine EU-weite Untersuchung einzuleiten, um die Gründe für die begrenzte Ausübung der Kontrollbefugnisse der nationalen Parlamente im Bereich der Subsidiarität zu ermitteln und zu analysieren; fordert die Kommission auf, bei der Umsetzung und Durchführung von EU-Rechtsvorschriften auf das Fachwissen und die Erfahrung nationaler und regionaler Behörden zurückzugreifen;

Die Rolle des EuGH

31. weist darauf hin, dass der EuGH eine entscheidende Rolle bei der Anwendung und Auslegung der Grundsätze der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit im Rechtsrahmen der EU spielt; weist darauf hin, dass das Subsidiaritätsprinzip seit seiner Einführung als allgemeiner Grundsatz keiner eingehenden gerichtlichen Kontrolle durch den EuGH unterzogen worden ist; stellt fest, dass die Generalanwälte in ihren Schlussanträgen wenig Engagement für Subsidiaritätsargumente zeigen;

32. gibt zu bedenken, dass die offensichtliche Zurückhaltung des EuGH bei der Durchsetzung der Subsidiarität dazu führen könnte, dass die Mitgliedstaaten zögern, den EuGH überhaupt anzurufen;

33. empfiehlt, dass die Kommission im Rahmen ihrer Konsultationen mit den Mitgliedstaaten sicherstellt, dass die Regierungen die Berücksichtigung der Standpunkte der nationalen und regionalen Parlamente mit Gesetzgebungsbefugnissen nachweisen;

34. nimmt die offenbar bestehende Zurückhaltung des EuGH zur Kenntnis, die Subsidiarität als sinnvolle Beschränkung der gesetzgeberischen Maßnahmen der EU konsequent anzuwenden;

35. stellt fest, dass der EuGH bei der Auslegung von Fragen, die in den Bereich der geteilten Zuständigkeit fallen, auch an den Grundsatz der Subsidiarität gebunden ist, da die gerichtliche Auslegung von Rechtsvorschriften der Rechtsetzung gleichkommt;

36. nimmt die Auslegung des EuGH zur Kenntnis, wonach kein Verstoß gegen den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit vorliegt, wenn die besondere Situation eines oder mehrerer Mitgliedstaaten bei der Bewertung einer Gesetzgebungsinitiative nicht berücksichtigt wird[16]; betont, dass bei der Ausarbeitung von Rechtsvorschriften für die gesamte EU die Besonderheiten der einzelnen Mitgliedstaaten zu berücksichtigen sind;

37. ist besorgt über das Urteil des EuGH, wonach die Nichtdurchführung einer Folgenabschätzung nicht als Verstoß gegen den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit angesehen werden kann[17]; fordert die Kommission auf, ohne Ausnahme Folgenabschätzungen durchzuführen und dafür zu sorgen, dass sie eine neue Folgenabschätzung durchführt, wenn sich der Umfang des Gesetzgebungsvorschlags ändert;

38. betont, dass die Achtung der Grundsätze der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit für das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die EU und in ihre Rechtsvorschriften von entscheidender Bedeutung ist und der Öffentlichkeit im Rahmen der Information über einzelne Gesetzgebungsinitiativen deutlicher vermittelt werden sollte;

39. bekräftigt, dass sich Folgenabschätzungen auf korrekte, objektive und vollständige Angaben stützen sollten; hält es daher für wesentlich, dass die EU-Gesetzgeber Beiträge der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften einholen, die zu verschiedenen Themen die genauesten Informationen liefern können;

40. fordert eine Umfrage unter den nationalen Parlamenten, um zu bewerten, welche Faktoren beeinflussen, ob und wie sie das „Verfahren der gelben Karte“ nutzen, und wie sie die Einhaltung des Subsidiaritätsprinzips bei der Entscheidungsfindung auf Unionsebene wahrnehmen;

41. hält es für sachdienlich, eine Umfrage bei den nationalen Gesetzgebungsorganen durchzuführen, um deren Rückmeldungen zur Anwendung der Grundsätze der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit einzuholen; empfiehlt daher, dass die Kommission eine solche Umfrage durchführt, um zu ermitteln, in welchen Bereichen und in welchem Ausmaß nationalen Gesetzgebungsorganen eine führende Rolle bei Änderungen einzuräumen ist;

Schlussbemerkungen

42. fordert eine klarere und kohärentere Definition und Anwendung der Grundsätze der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit unter Berücksichtigung des von der

---

16 Urteil des Gerichtshofs vom 18. Juni 2015, Estland/Europäisches Parlament und Rat der Europäischen Union, C-508/13, ECLI:EU:C:2015:403.

17 Urteil des Gerichtshofs vom 3. Dezember 2019, Tschechische Republik/Europäisches Parlament und Rat der Europäischen Union, C-482/17, ECLI:EU:C:2019:1035.

Taskforce entwickelten Ansatzes der aktiven Subsidiarität und unter Sicherstellung, dass alle EU-Organe im Gesetzgebungsverfahren ein gemeinsames Verständnis dieser Grundprinzipien anwenden; schlägt vor, im Hinblick auf künftige Überarbeitungen der Verträge die Einrichtung eines „Subsidiaritätsgerichts“ zu diskutieren;

43. fordert die Schließung sämtlicher Schlupflöcher, um für mehr Transparenz bei der Ausarbeitung von Legislativvorschlägen durch die Kommission zu sorgen, einschließlich einer frühzeitigen Zusammenarbeit mit nationalen Parlamenten, um sicherzustellen, dass Subsidiaritätsfragen gebührend berücksichtigt werden;

44. schließt sich der Schlussfolgerung des Draghi-Berichts an, dass sich die politischen und legislativen Maßnahmen der EU auf Bereiche konzentrieren sollten, in denen die EU wirklich einen größeren Mehrwert bietet als nationale oder subnationale Maßnahmen; fordert die EU-Organe ferner nachdrücklich auf, einen Grundsatz der Selbstbeschränkung bei der Politikgestaltung anzunehmen, wobei künftige Initiativen sorgfältiger ausgewählt und bestehende Rechtsvorschriften gestrafft werden;

45. ist der Ansicht, dass die bestehenden EU-Rechtsvorschriften regelmäßig auf ihre Verhältnismäßigkeit und Angemessenheit im Hinblick auf die modernen Gegebenheiten bewertet werden sollten; betont, dass künstliche Intelligenz dazu beitragen kann, rechtliche Unstimmigkeiten oder unverhältnismäßige Auswirkungen aufzudecken und somit die Einhaltung der Rechtsvorschriften zu erleichtern und gegebenenfalls Verstöße gegen den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit zu beheben;

46. empfiehlt, dass alle interparlamentarischen Tätigkeiten, die im Rahmen des Protokolls Nr. 1 zum Vertrag von Lissabon (einschließlich der COSAC, des IPEX, des EZPWD usw.) von den nationalen Parlamenten und dem Europäischen Parlament erarbeitet wurden, besser genutzt und synergetisch integriert werden sollten, um die Grundsätze der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit besser anzuwenden;

47. weist darauf hin, dass die Mitglieder des Europäischen Parlaments, die direkt von den europäischen Bürgerinnen und Bürgern gewählt werden, über weitreichende Befugnisse bei der Festlegung der legislativen Agenda der EU verfügen; verpflichtet sich, von seinem Initiativrecht gemäß Artikel 225 AEUV Gebrauch zu machen, um unter uneingeschränkter Achtung der Grundsätze der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit die Aufhebung von Rechtsvorschriften vorzuschlagen, um den Regelungsaufwand zu verringern;

48. bekräftigt, dass die Einhaltung der Grundsätze der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit eine bessere Rechtsetzung erleichtern und den Verwaltungsaufwand und die Bürokratie verringern werden; betont, dass die Kommission vor der Vorlage eines Legislativvorschlags prüfen sollte, ob die gewünschten positiven Auswirkungen auf lokaler, regionaler oder nationaler Ebene erreicht werden können, und dass in Fällen, in denen Unsicherheit darüber besteht, welche Ebene für Maßnahmen am besten geeignet ist, eine widerlegbare Annahme zugunsten der unteren Regierungsebenen gelten sollte;

49. unterstreicht die Schlussfolgerungen der Taskforce, wonach die Kommission und die beiden gesetzgebenden Organe ihre Arbeit auf eine wirksamere Umsetzung ausrichten sollten, anstatt neue Rechtsvorschriften vorzuschlagen oder bestehende Rechtsvorschriften in Bereichen, in denen der bestehende Rechtsrahmen überholt ist

und/oder in jüngster Zeit grundlegend überarbeitet wurde, fortwährend zu ändern;

°

° °

50. beauftragt seine Präsidentin, diese Entschließung dem Rat und der Kommission sowie den nationalen Parlamenten zu übermitteln.

Europäisches Parlament
2024-2029

ANGENOMMENE TEXTE

P10_TA(2025)0310

Eskalation des Krieges und der humanitären Katastrophe in Sudan

Entschließung des Europäischen Parlaments vom 27. November 2025 zu der Eskalation des Krieges und der humanitären Katastrophe in Sudan (2025/2984(RSP))

Das Europäische Parlament,

– unter Hinweis auf seine früheren Entschließungen zu Sudan, insbesondere die Entschließung vom 15. Juni 2023 zu der humanitären Lage in Sudan, insbesondere dem Tod von Kindern, die im Kreuzfeuer der Gefechte gefangen sind[1], und vom 13. März 2025 zu der schweren politischen, humanitären und Menschenrechtskrise im Sudan, insbesondere zu der sexuellen Gewalt und zu der Vergewaltigung von Kindern[2],

– unter Hinweis auf die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte und den Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte,

– unter Hinweis auf die Genfer Konventionen von 1949 und ihre Zusatzprotokolle,

– unter Hinweis auf die Bemühungen um Friedensvermittlung in Sudan, insbesondere unter Führung der Afrikanischen Union, der Vereinten Nationen, der Zwischenstaatlichen Behörde für Entwicklung, Saudi-Arabiens und der Vereinigten Staaten,

– unter Hinweis auf die Resolutionen 1556 (2004) und 2736 (2024) des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen sowie alle anderen einschlägigen Resolutionen des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen zu Sudan,

– unter Hinweis auf die einschlägigen Resolutionen des Menschenrechtsrats der Vereinten Nationen zur Menschenrechtslage in Sudan,

– unter Hinweis auf die Beschlüsse (GASP) 2024/383[3], (GASP) 2024/1784[4], (GASP) 2024/2655[5], (GASP) 2024/3154[6], (GASP) 2025/377[7] und (GASP) 2025/1481[8] des Rates

1 ABl. C, C/2024/486, 23.1.2024, ELI: http://data.europa.eu/eli/C/2024/486/oj.
2 ABl. C, C/2025/3154, 20.6.2025, ELI: http://data.europa.eu/eli/C/2025/3154/oj.
3 ABl. L, 2024/383, 22.1.2024, ELI: http://data.europa.eu/eli/dec/2024/383/oj.
4 ABl. L, 2024/1784, 24.6.2024, ELI: http://data.europa.eu/eli/dec/2024/1784/oj.
5 ABl. L, 2024/2655, 9.10.2024, ELI: http://data.europa.eu/eli/dec/2024/2655/oj.
6 ABl. L, 2024/3154, 16.12.2024, ELI: http://data.europa.eu/eli/dec/2024/3154/oj.
7 ABl. L, 2025/377, 25.2.2025, ELI: http://data.europa.eu/eli/dec/2025/377/oj.

über restriktive Maßnahmen angesichts der Lage in Sudan,

– unter Hinweis auf die am 20. Oktober 2025 auf der Tagung des Rates „Auswärtige Angelegenheiten“ gebilligten Schlussfolgerungen des Rates zu Sudan,

– unter Hinweis auf die am 20. November 2025 im Namen der Europäischen Union abgegebene Erklärung der Hohen Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik zu Sudan,

– unter Hinweis auf seine Entschließung vom 23. Oktober 2025 zu der Erneuerung der Partnerschaft zwischen der EU und Afrika und der Festlegung gemeinsamer Prioritäten im Vorfeld des Gipfeltreffens in Angola[9],

– gestützt auf Artikel 136 Absätze 2 und 4 seiner Geschäftsordnung,

A. in der Erwägung, dass sich der Konflikt zwischen den sudanesischen Streitkräften (SAF) und den Rapid Support Forces (RSF), der im April 2023 begann, zur größten und schwerwiegendsten humanitären Krise und Schutzkrise der Welt entwickelt hat und zu Massenvertreibungen (sowohl innerhalb des Landes als auch in die Nachbarländer) mit mehr als 7,2 Millionen Binnenvertriebenen und mehr als 4,2 Millionen Flüchtlingen, Asylsuchenden und Rückkehrenden, die in Nachbarländer fliehen, sowie zu Ernährungsunsicherheit und weitverbreiteten Menschenrechtsverletzungen geführt hat; in der Erwägung, dass fast zwei Drittel der Bevölkerung Sudans, darunter 16 Millionen Kinder, in einem Umfeld, das von Massenvertreibungen, Hungersnot, weitverbreiteten Angriffen auf die Zivilbevölkerung, humanitäre Helfer und medizinisches Personal sowie dem Zusammenbruch grundlegender Dienstleistungen geprägt ist, dringend humanitäre Hilfe benötigen;

B. in der Erwägung, dass die RSF am 26. Oktober 2025 nach einer 18-monatigen Belagerung Al-Faschir eingenommen haben, was Massenmorde und Gräuelverbrechen zur Folge hatte, darunter summarische Hinrichtungen, systematische sexuelle Gewalt, Folter und ethnisch motivierte Tötungen;

C. in der Erwägung, dass die unabhängige internationale Erkundungsmission für Sudan den Einsatz von Vergewaltigung als besonders grausame Kriegswaffe dokumentiert hat, einschließlich öffentlicher sexueller Gewalt, Gruppenvergewaltigung und des Einsatzes von Zwangsheirat, wobei Millionen von Menschen von geschlechtsspezifischer Gewalt bedroht sind;

D. in der Erwägung, dass in dem Bericht der unabhängigen internationalen Erkundungsmission festgestellt wurde, dass beide Konfliktparteien gegen das Völkerrecht verstoßen und diese Verstöße internationalen Verbrechen gleichkommen, wobei die RSF Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit begangen haben und die SAF Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht und die Menschenrechtsnormen verübt haben, die ebenfalls Kriegsverbrechen darstellen; in der Erwägung, dass zu den von beiden Parteien begangenen Verstößen ethnisch und religiös motivierte Gewalt, das Aushungern als Kriegswaffe, massenhaft verübte sexuelle Gewalt (einschließlich Vergewaltigung von Kindern), die Zwangsrekrutierung von

---

8 ABl. L, 2025/1481, 18.7.2025, ELI: http://data.europa.eu/eli/dec/2025/1481/oj.
9 Angenommene Texte, P10_TA(2025)0253.

Kindern, willkürliche Inhaftierungen und andere schwere Übergriffe gehören;

E. in der Erwägung, dass beide Parteien humanitäre Hilfe als Waffe einsetzen, indem sie den freien und ungehinderten Zugang humanitärer Organisationen zu den Bedürftigen behindern;

F. in der Erwägung, dass alle Länder, die von außen Einfluss auf Sudan ausüben, wesentlich zur Verlängerung des Konflikts innerhalb des Landes beitragen;

G. in der Erwägung, dass alle Konfliktparteien gegen die internationalen Menschenrechtsnormen und das humanitäre Völkerrecht verstoßen, wobei die meisten Verstöße Kriegsverbrechen darstellen; in der Erwägung, dass es sich bei den Vorgehensweisen der RSF, die Verfolgung und Ausrottung einschließen, auch um Verbrechen gegen die Menschlichkeit handeln könnte und die Taktiken der RSF systematische Angriffe auf Zivilisten, die Einschüchterung von Bevölkerungsgruppen, Journalisten und Medienbeschäftigten sowie Versuche umfassen, die institutionelle Autorität zu destabilisieren;

H. in der Erwägung, dass Kinder besonders gefährdet sind und der UNICEF zufolge seit Anfang 2024 in mehreren hundert Fällen Kinder vergewaltigt wurden; in der Erwägung, dass die tatsächlichen Zahlen deutlich höher sein dürften; in der Erwägung, dass eine große Zahl von Kindern in Sudan aufgrund der anhaltenden Schließungen und Vertreibungen nicht in der Lage ist, eine Schule zu besuchen, wodurch sie erhöhten Risiken ausgesetzt sind und ihnen der Zugang zu Bildung verwehrt wird;

I. in der Erwägung, dass die EU 273 Mio. EUR für die Region zugesagt hat, davon 161 Mio. EUR speziell für Sudan;

J. in der Erwägung, dass die EU weiterhin lebensrettende Soforthilfe leistet, die bedarfsorientiert ist und von humanitären Grundsätzen geleitet wird, um sofortige Unterstützung und Schutz für die am stärksten gefährdeten Bevölkerungsgruppen sicherzustellen, grundlegende Unterstützung bereitzustellen, Menschenrechtsverletzungen zu überwachen, auf die schwere Ernährungssicherheits- und Ernährungskrise im Land zu reagieren und humanitäre Hilfe für grundlegende Dienstleistungen zu leisten; in der Erwägung, dass Frauenorganisationen, Widerstandskomitees und Helfer aus der lokalen Bevölkerung nach wie vor von zentraler Bedeutung sind, wenn es darum geht, Zivilisten zu schützen und Verstöße zu dokumentieren;

K. in der Erwägung, dass der Krieg manchmal als Stellvertreterkrieg angesehen wird, bei dem Sudan zum Kriegsschauplatz für den Wettbewerb um natürliche Ressourcen wie Gold, Gummi arabicum, Eisenerz, Kupfer und Uran geworden ist;

L. in der Erwägung, dass das Parlament in seiner Entschließung vom Oktober 2025 zu der Erneuerung der Partnerschaft zwischen der EU und Afrika alle Akteure aufgefordert hat, für mehr Transparenz zu sorgen und die Einfuhr aller Blutmineralien in die EU wirksam zu verbieten;

M. in der Erwägung, dass der Bevölkerungsfonds der Vereinten Nationen (UNFPA) und seine Partner zwar weiterhin Dienste im Bereich der reproduktiven Gesundheit und des Schutzes erbringen, die jüngsten Mittelkürzungen auf internationaler Ebene den

UNFPA jedoch gezwungen haben, mehr als die Hälfte der 93 Gesundheitseinrichtungen, die er in Sudan unterstützt hat, nicht weiter zu unterstützen, was bedeutet, dass nur eine von vier Einrichtungen, die klinische Unterstützung für Opfer von Vergewaltigungen bereitstellen, derzeit funktionsfähig ist;

1. verurteilt aufs Schärfste die schweren Gräueltaten der RSF in Al-Faschir und im Rest Sudans, darunter weitverbreitete, ethnisch motivierte Tötungen und Gewalt, Vergewaltigung und sexuelle Versklavung, Folter, Verschleppungen, Angriffe auf Krankenhäuser und humanitäre Einrichtungen sowie das vorsätzliche Aushungern der Zivilbevölkerung, bei denen es sich um Völkermord handeln könnte;

2. verurteilt mit aller Schärfe die eskalierende Gewalt, die in Sudan verübt wird, und die schweren Verstöße gegen das Völkerrecht, die von allen Parteien begangen werden; betont, dass es keine tragfähige militärische Lösung für den Konflikt in Sudan gibt und dass die Fortsetzung der Feindseligkeiten inakzeptables Leid für die Zivilbevölkerung verursacht und eine zunehmende Gefahr für den Frieden und die Sicherheit in der Region darstellt;

3. verurteilt mit aller Schärfe die schwerwiegenden und systematischen Menschenrechtsverletzungen und Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht durch die RSF und die SAF, darunter willkürliche Angriffe auf die Zivilbevölkerung, ethnisch motivierte Gewalt, sexuelle Gewalt, Folter, der Einsatz von Kindersoldaten, Angriffe auf Krankenhäuser und humanitäre Einrichtungen und das vorsätzliche Aushungern der Zivilbevölkerung, bei denen es sich um Völkermord handeln könnte;

4. verurteilt aufs Schärfste den anhaltenden Konflikt in Sudan, der ein drittes Jahr in Folge zum Verlust von Tausenden von Menschenleben und zu enormer Not für die sudanesische Bevölkerung führt und eine ernsthafte Bedrohung für die Stabilität und Sicherheit in der gesamten Region darstellt;

5. verurteilt mit aller Schärfe die anhaltende Gewalt, die von den bewaffneten Kräften beider Seiten in Sudan verübt wird, und die schweren Verstöße gegen die internationalen Menschenrechtsnormen und das humanitäre Völkerrecht durch alle Parteien; verurteilt die Blockade und Plünderung humanitärer Hilfe und die gezielten Angriffe auf humanitäre Helfer und medizinisches Personal, Notfallhelfer und Menschenrechtsverteidiger, die schwerwiegende Verstöße gegen die Grundrechte und das humanitäre Völkerrecht darstellen;

6. bekundet seine uneingeschränkte Solidarität mit der sudanesischen Bevölkerung, insbesondere der Bevölkerung in den Gebieten, die von Belagerungen, Hungersnot, Vertreibungen und willkürlichen Angriffen am meisten betroffen sind, und zollt lokalen, freiwilligen und internationalen humanitären Helfern Anerkennung, die unter extremen Bedingungen tätig sind, darunter Gruppen für gegenseitige Hilfe, beispielsweise die Initiative Emergency Response Rooms; zollt den sudanesischen Organisationen der Zivilgesellschaft, Widerstandskomitees und Frauen-, Arbeitnehmer- und Jugendbewegungen Anerkennung;

7. verurteilt, dass sexuelle und geschlechtsspezifische Gewalt gegen Frauen und Mädchen, einschließlich Vergewaltigung, sexueller Versklavung und Zwangsheirat, von den Kombattanten umfassend und systematisch als Kriegstaktik eingesetzt wird; fordert dringende, auf die Überlebenden ausgerichtete Maßnahmen, darunter medizinische,

psychosoziale und rechtliche Unterstützung; fordert alle Parteien nachdrücklich auf, diesen Übergriffen unverzüglich ein Ende zu setzen und dafür zu sorgen, dass die Täter zur Rechenschaft gezogen werden; betont, dass dem Schutz von Frauen und Kindern bei allen humanitären Maßnahmen und Maßnahmen zur Friedenskonsolidierung Vorrang eingeräumt werden muss;

8. bekräftigt die Souveränität, Unabhängigkeit, Einheit und territoriale Unversehrtheit Sudans; fordert die EU, ihre Mitgliedstaaten und alle sudanesischen und internationalen Akteure auf, die Souveränität, Einheit und territoriale Unversehrtheit Sudans sowie die Legitimität der Zivilregierung in Khartum zu wahren; lehnt jeden Versuch ab, parallele oder rivalisierende staatliche Stellen oder politische Strukturen in den von den RSF kontrollierten Gebieten zu schaffen;

9. betont, dass die Hauptverantwortung für die Beendigung des Konflikts bei der Führung sowohl der RSF als auch der SAF und ihrer verbündeten Milizen sowie bei denjenigen liegt, die sie direkt oder indirekt unterstützen; fordert alle externen Akteure nachdrücklich auf, die erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, um den Verkauf oder die Lieferung von Waffen und sonstiger militärischer Ausrüstung an alle Parteien entsprechend dem mit den Resolutionen 1556 (2004) und 1591 (2005) des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen verhängten Waffenembargo einzustellen;

10. verurteilt alle Formen der Einmischung von außen, durch die der Krieg in Sudan angeheizt wird, darunter die Verbringung von Waffen, der Einsatz von Söldnern, Goldschmuggel und illegale Finanznetze, da dadurch die Souveränität Sudans untergraben und unmittelbar zu Gräuelverbrechen beigetragen wird, und betont, dass solche Handlungen eine völkerrechtliche Verantwortlichkeit nach sich ziehen können; fordert ein sofortiges Ende der Rekrutierung von Söldnern und der Bereitstellung von Versorgungsgütern und militärischer oder logistischer Unterstützung für die RSF und ihre verbündeten Milizen;

11. betont, dass der sudanesischen Zivilgesellschaft, den Widerstandskomitees, Gewerkschaften, Frauen- und Jugendorganisationen, Minderheiten und marginalisierten Gemeinschaften sowie anderen Akteuren an der Basis eine zentrale Funktion zukommt, wenn es darum geht, eine politische Einigung zu erzielen; fordert die EU auf, deren Beteiligung, Schutz und Mittelausstattung Vorrang einzuräumen, unter anderem durch direkte, flexible Finanzhilfen und Initiativen zur Schaffung geschützter Räume;

12. fordert die Wiederherstellung und Stärkung von Rechtsstaatlichkeit, Rechenschaftspflicht, Achtung des Völkerrechts, einschließlich des humanitären Völkerrechts und der Menschenrechtsnormen, und des Justizwesens in Sudan; betont, dass die Zukunft Sudans nicht von gewaltbereiten extremistischen Gruppierungen und Netzwerken gestaltet werden darf, deren destabilisierender Einfluss seit Langem Gewalt und Instabilität in Sudan und in der gesamten Region schürt; verlangt die sofortige Einstellung der Feindseligkeiten und fordert alle Parteien auf, in einen konstruktiven Dialog einzutreten, um den Konflikt zu beenden und einen Übergang zu einer zivilen demokratischen Regierungsführung herbeizuführen; fordert alle Drittakteure auf, diplomatische Maßnahmen zu unterstützen, um eine Einstellung der Feindseligkeiten zu erwirken; verurteilt sämtliche Verstöße gegen alle Waffenembargos der Vereinten Nationen; bekräftigt, dass ein Übergang, der auch wirklich unter ziviler Führung erfolgt, der einzige gangbare Weg hin zu einem dauerhaften Frieden in Sudan ist; unterstützt nachdrücklich die Bemühungen der Afrikanischen Union und regionaler Partner, einen

Friedensprozess zu erleichtern; betont, dass der sudanesischen Zivilgesellschaft, insbesondere von Frauen geführten Organisationen, bei den Friedensgesprächen eine zentrale Rolle zukommen muss und sie beim Übergangsprozess führend sein müssen; fordert die EU und ihre Mitgliedstaaten zu diesem Zweck auf, aktiv zu Friedensverhandlungen mit Partnern in der internationalen Gemeinschaft beizutragen und die sudanesische Zivilgesellschaft, von Frauen geführte Organisationen, Menschenrechtsverteidiger und Journalisten politisch und finanziell zu unterstützen;

13. fordert, dass sichere humanitäre Korridore eröffnet werden, insbesondere nach Al-Faschir, Kaduqli und Al-Ubayyid, und dass diese von den Vereinten Nationen und der Afrikanischen Union überwacht und überprüft werden, um die Achtung der Korridore sicherzustellen; betont, dass die EU einen nachprüfbaren Waffenstillstand als Voraussetzung für einen dauerhaften Friedensprozess aktiv fördern und unterstützen muss;

14. fordert einen sofortigen, sicheren und ungehinderten Zugang der humanitären Helfer zu allen betroffenen Bevölkerungsgruppen unabhängig von ihrem Aufenthaltsort, und fordert, dass beide Parteien davon absehen, Hilfe als Waffe zu instrumentalisieren; fordert alle Konfliktparteien nachdrücklich auf, umgehend alle Hindernisse zu beseitigen, die die Bereitstellung humanitärer Hilfe behindern, und für einen sofortigen, bedingungslosen, sicheren und ungehinderten Zugang für humanitäre Hilfe zu sorgen, die vorsätzliche Behinderung einzustellen und die Zivilbevölkerung zu schützen; fordert, dass die Nachbarländer, die sudanesische Flüchtlinge aufnehmen, unterstützt werden;

15. fordert die Konfliktparteien auf, die Kommunikationsdienste in ganz Sudan unverzüglich wiederherzustellen und die Abschaltungen des Internets einzustellen, mit denen gegen das Recht der sudanesischen Bevölkerung auf Information verstoßen wird, die Bereitstellung von humanitären Diensten und Notdiensten behindert wird, die Sicherheit und der Schutz von Zivilpersonen beeinträchtigt wird und die essenzielle Überwachung und Berichterstattung in Bezug auf anhaltende Verstöße gegen die internationalen Menschenrechtsnormen und das humanitäre Völkerrecht behindert werden;

16. verurteilt die Massentötungen, Hinrichtungen und Akte sexueller Gewalt, die während und nach dem Angriff der RSF in Al-Faschir und Umgebung verübt wurden; ist zutiefst besorgt angesichts von Berichten über fortwährende Entführungen und des mangelnden Zugangs für humanitäre Hilfe; verurteilt insbesondere die gezielten Angriffe auf zivile Infrastruktur, einschließlich der Zerstörung von Moscheen und Kirchen, und fordert den Schutz religiöser Minderheiten und die Wahrung ihres Rechts auf Religionsausübung;

17. fordert die Konfliktparteien nachdrücklich auf, die Feindseligkeiten unverzüglich zu beenden, alle Angriffe auf die Zivilbevölkerung und die zivile Infrastruktur sowie die Angriffe auf die Infrastruktur und die humanitäre Hilfe einzustellen, Hunger und sexuelle Gewalt nicht länger als Kriegswaffen einzusetzen und die Rekrutierung und den Einsatz von Kindersoldaten einzustellen und humanitären Helfern ungehinderten Zugang zum gesamten Land zu gewähren, humanitäre Korridore einzurichten, eine Lösung auf dem Verhandlungsweg anzustreben und ihren Verpflichtungen aus der Erklärung von Dschidda nachzukommen; ist zutiefst besorgt über die alarmierende Verschlimmerung der humanitären Krise in Sudan, da der Konflikt zu der weltweit schlimmsten humanitären Katastrophe geführt hat und diese weiter anheizt, wobei in

Teilen des Landes erwiesenermaßen eine Hungersnot herrscht; ist auch besorgt über die Auswirkungen der Massenmigration in die Nachbarländer;

18. fordert alle Parteien auf, den weitverbreiteten Einsatz von Vergewaltigung, einschließlich aller anderen Formen von sexueller und geschlechtsspezifischer Gewalt, als Kriegswaffe unverzüglich zu beenden; fordert Unterstützung für den Schutz, die Betreuung, die Behandlung und die psychosoziale Unterstützung von Überlebenden sexueller Gewalt;

19. fordert die Konfliktparteien auf, die gezielten Angriffe und Schikanen gegen sudanesische Aktivisten, Menschenrechtsverteidiger, Journalisten und Vertreter der Zivilgesellschaft einzustellen;

20. fordert alle Parteien nachdrücklich auf, ihren Verpflichtungen aus dem humanitären Völkerrecht und den internationalen Menschenrechtsnormen nachzukommen, indem sie alle möglichen Mittel zum Schutz der Zivilbevölkerung und ziviler Objekte nutzen; betont, dass es im Rahmen der Bemühungen zur Bewältigung des Konflikts in Sudan Priorität haben muss, die Lage von Frauen und Mädchen in Sudan und insbesondere die anhaltende sexuelle Gewalt im Zusammenhang mit dem Konflikt anzugehen; betont, dass die sozialen Notdienste ausreichend unterstützt werden müssen und dass spezifische Unterstützung für den Schutz, die Betreuung und die Behandlung sowie für Unterstützungsmechanismen für Überlebende sexueller und geschlechtsspezifischer Gewalt bereitgestellt werden muss;

21. fordert die Nachbarländer Sudans auf, ihre Grenzen für sudanesische Flüchtlinge zu öffnen, und fordert die EU und ihre Mitgliedstaaten auf, die Mittel für Soforthilfe für die humanitäre Hilfe in Sudan und in Flüchtlingslagern in den Nachbarländern rasch aufzustocken;

22. hebt die große Gefahr hervor, dass der Konflikt in Sudan auf andere gefährdete Regionen wie das Horn von Afrika und die Sahelzone übergreifen wird, und ist zutiefst besorgt über die Auswirkungen der Krise in Sudan auf die irregulären Migrationsströme nach Europa;

23. fordert den Rat und die Kommission nachdrücklich auf, das humanitäre Engagement der EU in Höhe von 273 Mio. EUR für Sudan und die Region aufrechtzuerhalten und noch zu erhöhen und dabei sicherzustellen, dass die Mittel bei den Bedürftigsten ankommen;

24. fordert, dass die Täter aller krimineller Handlungen gegen die sudanesische Bevölkerung unverzüglich zur Rechenschaft gezogen werden; fordert die EU und die Mitgliedstaaten auf, die Ausweitung der Zuständigkeit des Internationalen Strafgerichtshofs auf ganz Sudan, die Einrichtung eines unabhängigen Justizmechanismus, wie von der unabhängigen internationalen Erkundungsmission empfohlen, und die Übertragung nationaler Verfahren an die universelle Gerichtsbarkeit zu unterstützen;

25. betont, dass Rechenschaftspflicht ein rechtliches und moralisches Gebot ist; betont, dass Gerechtigkeit nicht warten kann und dass die internationale Gemeinschaft entschlossen handeln muss, um die Verantwortlichen nach dem Völkerrecht strafrechtlich zu verfolgen;

26. fordert rasche, wirksame, gründliche, unabhängige, unparteiische und transparente Ermittlungen, um die Täter – auch diejenigen in der Befehlskette – zur Verantwortung zu ziehen;

27. fordert die EU und ihre Mitgliedstaaten auf, ihre diplomatischen Bemühungen gegenüber beiden Konfliktparteien zu verstärken und alle ihnen zur Verfügung stehenden Instrumente zu nutzen, um den Zugang zu allen Mechanismen der Rechenschaftspflicht sicherzustellen, rasch auf schwerwiegende Verstöße gegen die Menschenrechte und das humanitäre Völkerrecht in Sudan zu reagieren und die Täter für diese Verstöße zur Verantwortung zu ziehen;

28. betont, dass die derzeitigen restriktiven Maßnahmen der EU zwar wichtig sind, aber nach wie vor eindeutig nicht ausreichen, um den fortwährenden Gräueltaten ein Ende zu bereiten; fordert daher ein vertieftes und nachhaltiges diplomatisches Engagement, insbesondere durch die EU-Sonderbeauftragte für das Horn von Afrika, Annette Weber, sowie konkrete Maßnahmen hinsichtlich Rechenschaftspflicht, die sich sowohl gegen die Täter als auch gegen ihre Komplizen auf der ganzen Welt richten; fordert darüber hinaus die Ernennung eines EU-Sonderbeauftragten für den Sudan mit einem soliden Mandat zur Koordinierung der Maßnahmen der EU, zur Pflege von Kontakten zu regionalen Partnern, zur Erleichterung diplomatischer Schritte und zur Sicherstellung einer kontinuierlichen Unterstützung der sudanesischen Zivilgesellschaft, von Menschenrechtsverteidigern, Journalisten und demokratischen Akteuren;

29. fordert die EU nachdrücklich auf, im Rahmen der globalen Sanktionsregelung der EU im Bereich der Menschenrechte gezielte Sanktionen gegen wichtige Befehlshaber der RSF und der SAF, darunter General Abd al-Fattah al-Burhan und Muhammad Hamdan Daqlu (genannt Hamidti) sowie ihre jeweiligen Netzwerke, wie auch gegen Geldgeber und externe Unterstützer zu verhängen, da sie für schwere Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht verantwortlich sind;

30. fordert den Rat auf, dringend das Verfahren zur Bewertung, ob die RSF die Kriterien für die Aufnahme in die restriktive „Terroristenliste“ der EU erfüllen, einzuleiten und dabei sicherzustellen, dass hinreichende Beweise für ihre Handlungen streng geprüft werden und die entsprechende einstimmige Einstufung durch die EU-Mitgliedstaaten erfolgt, sollte dies gerechtfertigt sein;

31. fordert die Vizepräsidentin der Kommission und Hohe Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik, die Kommission, den Rat und die Mitgliedstaaten auf, vor dem Hintergrund ihrer Verpflichtungen im Rahmen der Konvention der Vereinten Nationen über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes entschlossene Maßnahmen zu ergreifen und eng mit internationalen Partnern zusammenzuarbeiten, um einen Völkermord in Sudan zu verhindern;

32. fordert alle Konfliktparteien nachdrücklich auf, sich konstruktiv an inklusiven Verhandlungen über einen Waffenstillstand zu beteiligen, und betont, dass ein glaubwürdiger und inklusiver Vermittlungsprozess dringend erforderlich ist; fordert alle externen Akteure, die den Kriegsparteien direkt oder indirekt Waffen, finanzielle Unterstützung oder jede sonstige Art von Unterstützung bereitstellen, nachdrücklich auf, diese Unterstützung unverzüglich einzustellen und das Waffenembargo der Vereinten Nationen einzuhalten; stellt fest, dass das bestehende Waffenembargo auf Darfur beschränkt ist, und fordert, dass es auf ganz Sudan ausgeweitet wird;

33. begrüßt die gemeinsame Erklärung der Quad-Gruppe (Ägypten, Saudi-Arabien, Vereinigte Arabische Emirate und Vereinigte Staaten) vom 12. September 2025 zur Beendigung des Konflikts in Sudan und weist darauf hin, dass sie nach wie vor das einzige anerkannte Vermittlungsformat für diesen Konflikt ist; bekundet seine Unterstützung für die Bemühungen der Afrikanischen Union und der Zwischenstaatlichen Behörde für Entwicklung, in Zusammenarbeit mit Partnern wie der EU, der Liga der Arabischen Staaten und den Vereinten Nationen eine Abstimmung des internationalen und bilateralen Drucks auf alle Parteien zu erwirken, um einen Waffenstillstand zu erreichen, den Zugang für humanitäre Hilfe zu verbessern und einen inklusiven politischen Dialog wieder aufzunehmen;

34. beauftragt seine Präsidentin, diese Entschließung dem Rat, der Kommission, der Vizepräsidentin der Kommission und Hohen Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik, den Regierungen und Parlamenten der Mitgliedstaaten, der Afrikanischen Union, dem Generalsekretär der Vereinten Nationen, dem Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen, dem Internationalen Strafgerichtshof und den Staatsorganen Sudans zu übermitteln.

Europäisches Parlament
2024-2029

ANGENOMMENE TEXTE

P10_TA(2025)0311

Die politische Lage in Myanmar, einschließlich der humanitären Krise der Rohingya

Entschließung des Europäischen Parlaments vom 27. November 2025 zu der politischen Lage in Myanmar, einschließlich der humanitären Krise der Rohingya (2025/2986(RSP))

Das Europäische Parlament,

– unter Hinweis auf seine früheren Entschließungen zu Myanmar und der Lage der Rohingya,

– unter Hinweis auf die Resolutionen des Menschenrechtsrats und der Generalversammlung der Vereinten Nationen zu Myanmar und zu den Rohingya,

– unter Hinweis auf den Fünf-Punkte-Konsens zur Lage in Myanmar, der auf dem Treffen der Staats- und Regierungschefs des Verbands südostasiatischer Nationen (ASEAN) am 24. April 2021 in Jakarta angenommen wurde,

– unter Hinweis auf das Übereinkommen der Vereinten Nationen von 1948 über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes,

– unter Hinweis auf das Abkommen der Vereinten Nationen über die Rechtsstellung der Flüchtlinge von 1951 und das diesbezügliche Protokoll von 1967,

– unter Hinweis auf die gemeinsame Erklärung der Hohen Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik und der Regierungen der USA, Australiens, Kanadas, Neuseelands, Norwegens, Südkoreas, der Schweiz, Timor-Lestes und des Vereinigten Königreichs vom 6. Januar 2025 zu der Menschenrechtskrise und der humanitären Krise in Myanmar,

– unter Hinweis auf die Erklärung der Hohen Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik vom 31. Januar 2022 anlässlich des vierten Jahrestags des Militärputsches in Myanmar,

– unter Hinweis auf den Beschluss (GASP) 2025/820 des Rates vom 25. April 2025 zur Änderung des Beschlusses 2013/184/GASP über restriktive Maßnahmen angesichts der

Lage in Myanmar/Birma[1],

– unter Hinweis auf die Erklärung der Hohen Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik vom 16. Mai 2025 zur Erklärung einiger Länder, sich den restriktiven Maßnahmen angesichts der Lage in Myanmar/Birma anzuschließen,

– unter Hinweis auf den Besuch des Unterausschusses Menschenrechte des Europäischen Parlaments vom 16. bis 18. September 2025 in Bangladesch,

– unter Hinweis auf die gemeinsame Erklärung der „Parlamentarier für Menschenrechte“ des ASEAN und des Europäischen Parlaments vom 17. Oktober 2025, in der härtere Maßnahmen der EU gefordert werden, mit denen die von der Militärjunta von Myanmar angesetzte Wahl abgelehnt werden und dem humanitären Schutz Vorrang eingeräumt wird,

– unter Hinweis auf den Bericht des Sonderberichterstatters der Vereinten Nationen über die Menschenrechtssituation in Myanmar vom 20. Oktober 2025,

– unter Hinweis auf die Überprüfung und den Beschluss über die Umsetzung des Fünf-Punkte-Konsenses durch die Staats- und Regierungschefs des ASEAN, der am 26. Oktober 2025 in Kuala Lumpur angenommen wurde,

– unter Hinweis auf die Charta der Vereinten Nationen und die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte,

– gestützt auf Artikel 136 Absätze 2 und 4 seiner Geschäftsordnung,

A. in der Erwägung, dass das unter der Bezeichnung „Tatmadaw“ bekannte Militär von Myanmar am 1. Februar 2021 den Präsidenten Win Myint und die Staatsberaterin Aung San Suu Kyi inhaftiert und durch einen Staatsstreich die Kontrolle über die Legislative, Judikative und Exekutive an sich gerissen hat, was ein eindeutiger Verstoß gegen die Verfassung des Landes ist; in der Erwägung, dass der Oberbefehlshaber der Streitkräfte, Min Aung Hlaing, sich im August 2021 selbst zum Premierminister ernannt und den Ausnahmezustand weit über die ursprünglich angekündigten Fristen hinaus verlängert hat;

B. in der Erwägung, dass seit dem 1. Februar 2021 Politiker, Regierungsbeamte, Vertreter der Zivilgesellschaft, religiöse Würdenträger, friedliche Demonstranten und Journalisten rechtswidrig festgenommen oder unter Hausarrest gestellt wurden; in der Erwägung, dass aus dem jüngsten Bericht des Sonderberichterstatters der Vereinten Nationen über die Menschenrechtslage in Myanmar hervorgeht, dass seit dem Putsch fast 30 000 Menschen in Haft genommen wurden und mehr als 22 000 politische Gefangene im Oktober 2025 nach wie vor in Haft waren; in der Erwägung, dass seit dem Putsch mindestens 1 853 Menschen in der Haft gestorben sind und mehr als 70 weitere in der Zeit von Januar bis Juli 2025 im Gewahrsam starben;

C. in der Erwägung, dass die Militärjunta ihre wahllosen Luftangriffe, den Artilleriebeschuss und die Brandanschläge auf zivile Infrastruktur, darunter Schulen, Kliniken und Klöster sowie Lager und Unterkünfte für Vertriebene, dramatisch ausgeweitet hat und seit dem Putsch dabei mehr als 100 000 Zivilgebäude zerstört und

[1] ABl. L, 2025/820, 28.4.2025, ELI: http://data.europa.eu/eli/dec/2025/820/oj.

mindestens 7 300 Zivilisten getötet wurden; in der Erwägung, dass die Militärjunta weiterhin Zwangsrekrutierungen, auch von jungen Menschen, betreibt und gleichzeitig für willkürliche Festnahmen, Folter, außergerichtliche Hinrichtungen, Verschwindenlassen und sexuelle Gewalt verantwortlich ist;

D. in der Erwägung, dass infolge des bewaffneten Konflikts und der Menschenrechtsverletzungen in Myanmar etwa 3,6 Millionen Menschen vertrieben wurden; in der Erwägung, dass nach Schätzungen der Vereinten Nationen Anfang 2025 19,9 Millionen Menschen in Myanmar humanitäre Hilfe benötigten, eine Zahl, die nach dem Erdbeben im März 2025 auf 21,9 Millionen angestiegen ist;

E. in der Erwägung, dass sich die Lage infolge des verheerenden Erdbebens der Stärke 7,7 vom 28. März 2025 weiter verschlechtert hat, nach dem die Truppen der Militärjunta den Zugang für humanitäre Hilfe blockiert, die Helfer bedroht und erpresst, medizinische Hilfsgüter beschlagnahmt und ihre Luftangriffe und Angriffe mit schweren Waffen in zivilen und von der Katastrophe betroffenen Gebieten fortgesetzt haben, ohne Maßnahmen zum Schutz der Zivilbevölkerung zu ergreifen, sodass 2025 bereits jetzt das Jahr mit den meisten Todesopfern durch Luftschläge seit dem Putsch ist;

F. in der Erwägung, dass sich die Wirtschaftskrise in Myanmar verschärft und somit ein großer Teil der Bevölkerung von massiven Verlusten an der Wirtschaftskraft des Landes, Hyperinflation, einem Währungskollaps, Ernährungsunsicherheit und Armut betroffen ist, wodurch sich die anhaltende humanitäre Tragödie immer weiter verschärft;

G. in der Erwägung, dass das Treffen der Staats- und Regierungschefs des ASEAN im April 2021 zu einem Fünf-Punkte-Konsens über die Lage in Myanmar geführt hat; in der Erwägung, dass die EU die diplomatische Rolle des ASEAN und seine Bemühungen unterstützt, der Gewalt in Myanmar ein Ende zu setzen und die Macht wieder einer demokratisch gewählten Zivilregierung zu übergeben; in der Erwägung, dass die ASEAN-Länder offiziell betont haben, dass es vor der Wahl zu einer Beendigung der Gewalt und einem inklusiven politischen Dialog kommen muss; in der Erwägung, dass eine echte nationale Aussöhnung, Frieden und Demokratie nur erreicht werden können, wenn die Militärjunta die Macht abgibt und die zivile Regierungsführung wiederhergestellt wird, zusammen mit dem Schutz der Minderheitenrechte und der Beteiligung der Zivilgesellschaft, und wenn die Rechenschaftspflicht für begangene Rechtsverletzungen gewährleistet ist;

H. in der Erwägung, dass die überwiegend muslimische Minderheit der Rohingya in Myanmar seit mehr als fünf Jahrzehnten unter staatlicher Lenkung marginalisiert wird; in der Erwägung, dass das Militär von Myanmar brutale Gewalt gegen die Rohingya verübt, die Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen gleichkommt; in der Erwägung, dass die Rohingya gemäß dem Staatsbürgerschaftsgesetz von Myanmar von 1982 von den staatlichen Stellen nicht als Staatsbürger betrachtet werden und somit die größte staatenlose Bevölkerungsgruppe der Welt darstellen; in der Erwägung, dass Schätzungen zufolge noch 600 000 Rohingya im Rakhaing-Staat festsitzen und dort Verfolgung und Gewalt ausgesetzt sind, in Lager und Dörfer gesperrt wurden, ohne sich frei bewegen zu können, und vom Zugang zu angemessener Nahrung, Gesundheitsversorgung, Bildung und einer Existenzgrundlage abgeschnitten sind;

I. in der Erwägung, dass die Gewalt im Bundesstaat Rakhaing seit 2024 dramatisch zugenommen hat, wobei die Militärjunta, die Arakan-Rohingya-Heilsarmee und militante Gruppen der Rohingya allesamt für schwere Menschenrechtsverletzungen verantwortlich sind, darunter Massenmord, die Zwangsrekrutierung von Männern und Jungen der Minderheit der Rohingya, Enthauptungen, das Niederbrennen von Dörfern der Rohingya und Arakanesen, Drohnenangriffe auf Zivilisten und Angriffe auf Lager für Binnenvertriebene; in der Erwägung, dass in der Zeit von 2024 bis November 2025 etwa 150 000 Rohingya aufgrund der eskalierenden Gewalt nach Bangladesch geflohen sind;

J. in der Erwägung, dass Bangladesch nach wie vor fast eine Million Rohingya-Flüchtlinge im Distrikt Cox's Bazar und auf der Insel Bhasan Char untergebracht hat; in der Erwägung, dass die humanitäre Hilfe nach dem dramatischen Einbruch der weltweiten Finanzierung ein kritisches Niveau erreicht hat; in der Erwägung, dass kontinuierliche humanitäre Hilfe und das Engagement der EU für das Überleben der Rohingya notwendig und unerlässlich sind; in der Erwägung, dass die Rohingya aufgrund fehlender Aussichten auf eine freiwillige, sichere und würdige Rückkehr in einem Zustand anhaltender Vertreibung und zunehmender Verzweiflung leben;

K. in der Erwägung, dass glaubwürdige Gremien der Vereinten Nationen, Menschenrechtsorganisationen und Untersuchungsgremien sowie der Sonderberichterstatter der Vereinten Nationen weit verbreitete und systematische Angriffe auf die Bevölkerung von Myanmar dokumentiert haben, die in vielen Fällen nach dem Völkerrecht Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen darstellen, und dass sie auf die Notwendigkeit einer Rechenschaftspflicht hingewiesen haben;

L. in der Erwägung, dass die EU und ihre Mitgliedstaaten stets die Rechenschaftspflicht für die an Rohingya verübten Verbrechen gefordert und internationale Gerichtsverfahren unterstützt haben; in der Erwägung, dass der Ankläger des Internationalen Strafgerichtshofs (IStGH) im November 2024 einen Haftbefehl gegen den Oberbefehlshaber von Myanmar, Min Aung Hlaing, beantragt hat, der noch beim IStGH anhängig ist; in der Erwägung, dass schwere Verstöße nach wie vor ungestraft bleiben;

M. in der Erwägung, dass die EU ihre restriktiven Maßnahmen gegen Myanmar seit dem Militärputsch 2021 verschärft und bislang acht Sanktionspakete gegen das Militärregime Myanmars angenommen hat; in der Erwägung, dass diese Sanktionspakete Reiseverbote für einzelne Personen, ein Waffenembargo, ein Ausfuhrverbot für Überwachungsgeräte und Güter mit doppeltem Verwendungszweck sowie das Einfrieren von Vermögenswerten von Personen und Organisationen umfassen;

N. in der Erwägung, dass die Militärmachthaber Myanmars nach wie vor den Internetzugang einschränken, landesweite und lokale Abschaltungen vornehmen, die Meinungsäußerung im Internet durch das Cybersicherheitsgesetz von 2025 unter Strafe gestellt und virtuelle private Netze verboten haben, digitale Plattformen zensieren und Menschen verhaften, die im Internet abweichende Meinungen äußern, wodurch das Recht auf freie Meinungsäußerung und der Zugang zu Informationen erheblich beschnitten werden;

O. in der Erwägung, dass die Militärjunta am 29. Juli 2025 das drakonische Gesetz zum Schutz demokratischer Mehrparteien-Parlamentswahlen vor Behinderung, Störung und Zerschlagung erlassen hat, mit dem Kritik am Wahlprozess unter Strafe gestellt worden ist, indem alle Reden, organisierten Versammlungen und friedlichen Proteste verboten wurden, die als „Störung“ des Wahlprozesses eingestuft werden; in der Erwägung, dass nach dem Erlass dieses Gesetzes mehr als 40 politische Parteien aufgelöst wurden; in der Erwägung, dass Verstöße gegen dieses Gesetz bis zu 20 Jahre Haft oder gar die Todesstrafe nach sich ziehen können;

P. in der Erwägung, dass die Militärmachthaber seit August 2025 mindestens 94 Personen, darunter vier Kinder, aufgrund dieses Gesetzes wegen ihrer Aktivitäten im Internet und ihrer anderweitigen Tätigkeiten, darunter das Verteilen von Aufklebern oder Flugblättern und das Halten von Reden, sowie wegen anderer angeblicher „Störungen“ festgenommen haben; in der Erwägung, dass Nay Thway am 9. September 2025 in Taunggyi im Shan-Staat wegen eines Facebook-Eintrags, in dem die Junta kritisiert wurde, zu sieben Jahren Zwangsarbeit verurteilt wurde; in der Erwägung, dass die Filmemacher Zambu Htun Thet Lwin und Aung Chan Lu am 29. Oktober 2025 nur deshalb festgenommen wurden, weil sie einen Facebook-Eintrag, in dem ein Propagandafilm zur Wahl kritisiert wurde, mit einer positiven Bewertung versehen hatten;

Q. in der Erwägung, dass die Militärjunta versucht, durch eine betrügerische Wahl mit mehreren Phasen, die für den 28. Dezember 2025 und den 11. Januar 2026 geplant sind, Legitimität zu erlangen; in der Erwägung, dass diese unrechtmäßige Wahl in den Teilen des Landes, die unter der Kontrolle der Militärjunta stehen, und in einem Umfeld systematischer Unterdrückung organisiert werden, was Massenverhaftungen von Oppositionsführern, die Auflösung politischer Parteien wie der Nationalen Liga für Demokratie, die Kriminalisierung abweichender Meinungen, die allgegenwärtige Überwachung, weitreichende Einschränkungen der Bewegungsfreiheit und die Inhaftierung von Journalisten, demokratisch gesinnten Aktivisten und Menschenrechtsverteidigern einschließt;

1. verurteilt aufs Schärfste den Militärputsch vom 1. Februar 2021 in Myanmar und die gewaltsame und unrechtmäßige Herrschaft der Militärjunta, die anhaltende Unterdrückung durch die Streitkräfte und die schweren Menschenrechtsverletzungen, die gegen Zivilisten, ethnische Minderheiten und politische Gegner begangen werden; fordert das Militär auf, das Ergebnis der demokratischen Wahl vom November 2020 uneingeschränkt zu respektieren, die Zivilregierung unverzüglich wiedereinzusetzen, den Ausnahmezustand aufzuheben, die Gewalt gegen friedliche Demonstranten einzustellen, das Recht auf freie Meinungsäußerung und Vereinigungsfreiheit zu achten und allen gewählten Parlamentariern die uneingeschränkte Ausübung ihres Mandats zu ermöglichen;

2. ist zutiefst beunruhigt über die brutalen Repressionsmethoden der Militärjunta, wozu Zwangsrekrutierung, Folter, außergerichtliche Hinrichtungen, Verschwindenlassen, willkürliche Inhaftierung, sexuelle und geschlechtsspezifische Gewalt und systemische Straflosigkeit gehören;

3. fordert einen sofortigen Waffenstillstand und die Beendigung der Gewalt als Voraussetzung für einen tragfähigen, dauerhaften und langfristigen Frieden für die Bevölkerung von Myanmar; betont, dass ein transparenter und inklusiver Wahlprozess

nicht möglich ist, ohne der Gewalt in Myanmar ein Ende zu setzen; betont, dass eine Wahl, die in der derzeitigen Atmosphäre von Angst und Unterdrückung und unter Verletzung aller internationalen Standards stattfindet, nicht als frei und fair angesehen werden kann;

4. lehnt alle einseitig von der Militärjunta organisierten Wahlen als unrechtmäßig ab, insbesondere die für Dezember 2025 und Januar 2026 geplanten Parlamentswahl, die einen klaren Verstoß gegen demokratische Standards darstellt; betont, dass unter den Bedingungen von Unterdrückung, Massenvertreibungen, anhaltenden willkürlichen Inhaftierungen und dem Fehlen eines inklusiven politischen Dialogs kein seriöser Wahlprozess stattfinden kann; lehnt jedwedes Ergebnis dieser unrechtmäßigen Wahl ab, die den Versuch der Junta darstellt, international Legitimität zu erlangen; bekräftigt, dass die Militärjunta für ein glaubwürdiges konkretes Streben nach Frieden und Demokratie die Gewalt beenden und auf ihren Machtanspruch verzichten, eine zivile Übergangsregierung zulassen, demokratische Institutionen wiederherstellen und rechtmäßige zivile Führungspersonen wieder einsetzen muss;

5. verurteilt das Gesetz über die Registrierung politischer Parteien und das Gesetz zum Schutz demokratischer Mehrparteien-Parlamentswahlen vor Behinderung, Störung und Zerschlagung, da es sich bei diesen Gesetzen um Instrumente einer eklatanten politischen und gesellschaftlichen Unterdrückung handelt, und fordert ihre sofortige Aufhebung;

6. fordert die unverzügliche und bedingungslose Freilassung von Präsident Win Myint, Staatsberaterin Aung San Suu Kyi und allen anderen, die aufgrund unbegründeter Anschuldigungen verhaftet wurden oder aus politischen Gründen festgehalten werden;

7. äußerst seine Unterstützung für das Komitee zur Vertretung der Pyidaungsu Hluttaw und für die Regierung der nationalen Einheit, als die alleinigen rechtmäßigen Repräsentanten der demokratischen Bestrebungen der Bevölkerung von Myanmar; fordert den ASEAN und die internationale Gemeinschaft auf, sie in einen aufrichtigen und inklusiven politischen Austausch und in Bemühungen um eine friedliche Lösung der Krise auf der Grundlage der Achtung der Rechtsstaatlichkeit einzubeziehen und zu beteiligen;

8. bekräftigt den multiethnischen Charakter von Myanmar und fordert die Streitkräfte nachdrücklich auf, die unveräußerlichen Rechte jeder ethnischen Gruppe uneingeschränkt zu achten; fordert eine sofortige, strenge, unabhängige und transparente Untersuchung der vom Militär im Land begangenen Verbrechen und fordert, dass die Täter vor Gericht gestellt werden;

9. verurteilt erneut die anhaltende Verfolgung und Massenvertreibung der muslimischen Rohingya sowie die gegen sie gerichteten systematischen Angriffe; betont, dass die EU das Vorgehen der Militärführung gegen Minderheiten im Lande, einschließlich der Rohingya, weiterhin genau beobachtet; prangert das unverhältnismäßige große Leid der Minderheit der Rohingya an, die nach wie vor staatenlos sind, immer mehr Diskriminierung ausgesetzt sind, keinen echten Zugang zu humanitärer Hilfe haben und sich im Kreuzfeuer der Konfliktparteien befinden;

10. verurteilt aufs Schärfste die Verfolgung religiösen Minderheiten, darunter von Christen, Muslimen und anderen Religionsgemeinschaften, im Land; fordert die Streitkräfte

nachdrücklich auf, die Tötung und Verhaftung von Angehörigen religiöser Minderheiten einzustellen sowie dem Beschuss und der Plünderung von Gebetsstätten ein Ende zu setzen; äußert seine tiefe Besorgnis über die häufigen Angriffe auf Kirchen, Moscheen, Kloster, Schulen und medizinische Einrichtungen sowie über die Verhaftung von religiösen Würdenträgern; hebt die wachsende Besorgnis der internationalen Gemeinschaft über das gewaltsame Vorgehen gegen religiöse Minderheiten in Myanmar hervor; fordert die Achtung der Religionsfreiheit in Myanmar;

11. betont, dass die Ursachen der Rohingya-Krise, zu denen unter anderem Diskriminierung, die Verweigerung der Staatsbürgerschaft und der Ausschluss vom politischen Leben gehören, angegangen werden müssen; fordert eine Reform des Staatsbürgerschaftsgesetzes von 1982, durch das den Rohingya Staatsbürgerrechte in Myanmar verweigert werden;

12. fordert, auf nachhaltige Verbesserungen hinzuarbeiten, damit eine menschenwürdige und sichere Rückkehr der Rohingya ermöglicht wird; fordert die EU auf, eine führende Rolle bei der Mobilisierung internationaler Unterstützung für die Rohingya zu übernehmen und dafür zu sorgen, dass die für ihre Verfolgung Verantwortlichen, zu denen insbesondere das Militär von Myanmar gehört, zur Rechenschaft gezogen werden; spricht Bangladesch seine Anerkennung für seine tatkräftige Unterstützung und Großzügigkeit aus, da es trotz enormer Herausforderungen über eine Million Rohingya aufgenommen hat, und würdigt auch den Einsatz der lokalen Bevölkerung in den Bezirken Cox's Bazar und Chittagong, die ebenfalls Unterstützung geleistet hat; fordert die staatlichen Stellen auf, ihre Bemühungen um die Verbesserung der Lebensbedingungen der Rohingya fortzusetzen;

13. begrüßt, dass die EU im März 2025 humanitäre Hilfe bereitgestellt hat, darunter 32,3 Mio. EUR für die Rohingya-Flüchtlinge in Bangladesch, und fordert eine nachhaltige und vorhersehbare Finanzierung des gemeinsamen Aktionsplans für den Zeitraum von 2025 bis 2026, um einer kritischen Unterfinanzierung vorzubeugen; betont jedoch, dass die Bedürfnisse von mehr als einer Million Flüchtlingen nicht allein durch humanitäre Hilfe erfüllt werden können; betont, dass die Krise in Myanmar, die die Ursache für die Ermordung und Vertreibung von Rohingya und die katastrophale humanitäre Krise ist, unbedingt gelöst werden muss, wenn sich die Lage der Rohingya langfristig und nachhaltig bessern soll; fordert in diesem Zusammenhang, dass die internationale Gemeinschaft und die Länder in der Region mehr humanitäre Hilfe leisten; fordert die Vereinigten Staaten nachdrücklich auf, ihre umfangreiche humanitäre Hilfe für die Rohingya fortzusetzen;

14. fordert die EU und die Mitgliedstaaten auf, eine solide Finanzierung der psychosozialen Dienste, Gesundheitsdienste und Schutzdienste in Flüchtlingslagern, insbesondere für Opfer sexueller und geschlechtsspezifischer Gewalt, Frauen, Kinder und andere schutzbedürftige Gruppen, sicherzustellen;

15. betont, dass die Mitgliedstaaten und die assoziierten Länder das Embargo für die direkte und indirekte Lieferung, den Verkauf und die Weitergabe – einschließlich der Durchfuhr, der Verbringung und der Vermittlung – aller Waffen, Munition und sonstiger militärischer, sicherheits- und überwachungsrelevanter Ausrüstung und Systeme sowie für die Ausbildung, Wartung und sonstige militärische und sicherheitsrelevante Unterstützung aufrechterhalten sollten; betont, dass der Internationale Strafgerichtshof die Lage weiter untersuchen muss; fordert den

Sicherheitsrat der Vereinten Nationen auf, unverzüglich ein weltweites Waffenembargo gegen Myanmar zu verhängen;

16. fordert, dass internationale Instrumente zur Feststellung der Verantwortlichkeit wie etwa der Unabhängige Untersuchungsmechanismus für Myanmar und Verfahren vor dem Internationalen Gerichtshof nachdrücklich unterstützt werden; fordert die EU und ihre Mitgliedstaaten auf, den Internationalen Strafgerichtshof weiterhin zu unterstützen, damit er seine äußerst wichtige Tätigkeit in Myanmar ungehindert fortsetzen kann;

17. kritisiert internationale Akteure, insbesondere Russland und China, für ihre politische, wirtschaftliche und militärische Unterstützung der Militärjunta von Myanmar;

18. spricht sich dafür aus, dass die gezielten Sanktionen gegen diejenigen, die für den Putsch, die Gräueltaten und die Übergriffe verantwortlich sind, darunter militärische Befehlshaber, Wirtschaftssubjekte und Waffenlieferanten, aufrechterhalten und ausgeweitet werden; fordert erneuerte und verstärkte internationale Bemühungen, damit Sanktionen gegen die Militärjunta von Myanmar verhängt werden und die Umgehung von Sanktionen verhindert wird;

19. fordert die Kommission auf, zu garantieren, dass die Regelung „Alles außer Waffen“ nicht der Militärjunta zugutekommt, oder andernfalls diese Regelung bis auf Weiteres auszusetzen;

20. fordert nachdrücklich, dass mehr humanitäre Hilfe für Rohingya-Flüchtlinge in Cox’s Bazar in Bangladesch, für Binnenvertriebene in Myanmar und für Flüchtlinge entlang der Grenze zwischen Thailand und Myanmar bereitgestellt wird;

21. betont, dass die Zusammenarbeit zwischen der EU und dem ASEAN verstärkt werden muss, damit sie sich auf eine einheitliche Reaktion verständigen, bei der den Menschenrechten und der juristischen Aufarbeitung in Myanmar Vorrang eingeräumt wird; fordert den ASEAN, seine Mitgliedstaaten und insbesondere seinen Sondergesandten für Myanmar nachdrücklich auf, ihre Mandate proaktiv zu nutzen, indem sie eng mit dem Sondergesandten der Vereinten Nationen zusammenarbeiten und alle einschlägigen Interessenträger, einschließlich der Regierung der nationalen Einheit, ethnischer Organisationen, Frauengruppen und Organisationen der Zivilgesellschaft, einbeziehen, um einen inklusiven politischen Prozess voranzubringen und zu einer nachhaltigen Lösung der Krise beizutragen;

22. fordert die Hohen Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik und Vizepräsidentin der Kommission auf, dem Parlament regelmäßig über die Entwicklungen in Myanmar, einschließlich der Lage religiöser und ethnischer Gruppen, Bericht zu erstatten;

23. bekundet seine unerschütterliche Solidarität mit der Bevölkerung Myanmars und ihren rechtmäßigen demokratischen Vertretern, einschließlich der Regierung der nationalen Einheit, revolutionärer ethnischer Organisationen und Organisationen der Zivilgesellschaft, in ihrem Kampf für Freiheit, Würde und Demokratie; würdigt den Mut all derjenigen, die sich der Unterdrückung widersetzen;

24. beauftragt seine Präsidentin, diese Entschließung dem rechtmäßigen Präsidenten und der Regierung der nationalen Einheit Myanmars, dem Komitee zur Vertretung der

Pyidaungsu Hluttaw, der Staatsberaterin von Myanmar, den Streitkräften Myanmars (Tatmadaw), der Hohen Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik und Vizepräsidentin der Kommission , der Kommission, dem Rat, den Regierungen und Parlamenten der Mitgliedstaaten, den Regierungen und Parlamenten der USA, Bangladeschs, des Vereinigten Königreichs, Japans, Indiens, Australiens und Kanadas, der Mitgliedstaaten des ASEAN und der Volksrepublik China, dem Generalsekretär der Vereinten Nationen, dem Generalsekretär des ASEAN, der zwischenstaatlichen Menschenrechtskommission des ASEAN und dem Sonderberichterstatter der Vereinten Nationen für die Menschenrechtssituation in Myanmar zu übermitteln.

Europäisches Parlament
2024-2029

ANGENOMMENE TEXTE

P10_TA(2025)0312

Standpunkt der EU zu dem vorgeschlagenen Plan sowie Einsatz der EU für einen gerechten und dauerhaften Frieden für die Ukraine

Entschließung des Europäischen Parlaments vom 27. November 2025 zu dem Standpunkt der EU zu dem vorgeschlagenen Plan sowie dem Einsatz der EU für einen gerechten und dauerhaften Frieden für die Ukraine (2025/3001(RSP))

Das Europäische Parlament,

– unter Hinweis auf seine vorherigen Entschließungen zur Ukraine und zu Russland,

– unter Hinweis auf die gemeinsame Erklärung der Vorsitzenden der Ausschüsse für auswärtige Angelegenheiten vom 24. November 2025 zur Unterstützung eines gerechten und dauerhaften Friedens in Europa,

– gestützt auf Artikel 136 Absätze 2 und 4 seiner Geschäftsordnung,

A. in der Erwägung, dass das Ziel der EU nach wie vor ein gerechter und dauerhafter Frieden ist, der auf dem Völkerrecht beruht und bei dem die territoriale Unversehrtheit, die Unabhängigkeit und die Souveränität der Ukraine uneingeschränkt geachtet werden; in der Erwägung, dass Russland beharrlich kein Interesse an Frieden zeigt und seine Angriffe auf die Zivilbevölkerung und Infrastruktur der Ukraine fortsetzt; in der Erwägung, dass die kürzlich von der US-Regierung gebilligte Initiative zur Beendigung des Krieges in der Ukraine zu Recht die Befürchtung hervorgerufen hat, dass sich die Vereinigten Staaten unter Umständen nicht mehr zum Völkerrecht und zur Sicherheit Europas und der Ukraine bekennen;

1. fordert die EU und ihre Mitgliedstaaten nachdrücklich auf, mehr Verantwortung für die Sicherheit auf dem europäischen Kontinent zu übernehmen, der Ukraine unerschütterliche Unterstützung zu leisten und sich gleichzeitig tatkräftig für einen dauerhaften Frieden einzusetzen; hebt hervor, dass ein Abkommen, mit dem der Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine beendet werden soll, beileibe nicht nur Russland und die Ukraine betrifft, sondern tiefgreifende Folgen für die europäische Sicherheitsordnung hat; beharrt in diesem Zusammenhang darauf, dass nichts, was die Ukraine betrifft, ohne die Ukraine beschlossen werden sollte, und nichts, was Europa betrifft, ohne Europa beschlossen werden sollte;

2. nimmt die Bemühungen der US-Regierung zur Beendigung des Angriffskriegs Russlands gegen die Ukraine zur Kenntnis, ist jedoch der Ansicht, dass die ambivalente US-Politik gegenüber der Ukraine dem Ziel eines dauerhaften Friedens abträglich ist;

fordert die EU und ihre Mitgliedstaaten daher nachdrücklich auf, in diesem entscheidenden geopolitischen Moment Führungsstärke zu zeigen und weiter mit den Vereinigten Staaten und gleichgesinnten Partnern zusammenzuarbeiten, damit die Verhandlungen über einen gerechten und dauerhaften Frieden für die Ukraine auf den Grundsätzen des Völkerrechts fußen, nach Treu und Glauben geführt werden und zum Ziel haben, den Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine endgültig zu beenden;

3. betont, dass eine europäische Strategie für den Frieden in der Ukraine auf dem Völkerrecht beruhen und dazu dienen muss, die Sicherheit in Europa zu stärken, die Souveränität und territoriale Unversehrtheit der Ukraine zu wahren und wiederherzustellen, und hebt hervor, dass diese Strategie für die Ukraine und ihre Bevölkerung akzeptabel sein und als Grundlage für alle weiteren diplomatischen Verhandlungen herangezogen werden muss; bekräftigt, dass sich Frieden nicht dadurch erreichen lässt, dass man dem Aggressor nachgibt, sondern dass die Ukraine unerschütterlich und dauerhaft unterstützt sowie Russland in geeigneter Art und Weise davon abgehalten werden muss, seine Aggression in Zukunft zu wiederholen;

4. ist der Ansicht, dass – zumal Russland bereits in der Vergangenheit mehrmals eklatant gegen rechtlich bindende Übereinkommen, gegen Zusagen, die Souveränität seiner Nachbarstaaten zu achten, und gegen die grundlegenden Prinzipien des Völkerrechts verstoßen hat – jegliche Vereinbarung über einen dauerhaften Frieden zunächst eines Waffenstillstands bedarf und mit wirksamen Maßnahmen einhergehen muss, mit denen die Einhaltung der Zusagen überwacht wird und von Verzögerungen bei der Erfüllung der Verpflichtungen abgeschreckt wird, und dass es zudem robuster Sicherheitsgarantien der EU und der USA für die Ukraine bedarf, mit denen einer erneuten Aggression vorgebeugt wird und die vorsehen, dass bei einer erneuten Aggression sofortige Gegenmaßnahmen ergriffen werden;

5. unterstreicht, dass der Ukraine in einem Friedensabkommen keine Beschränkungen im Hinblick auf ihre Möglichkeiten, ihre Souveränität, Unabhängigkeit und territoriale Unversehrtheit zu verteidigen, auferlegt werden dürfen und dass die Ukraine folglich künftigen Angriffen nicht schutzlos ausgeliefert sein darf; unterstreicht, dass ein solches Abkommen glaubhafte Sicherheitsgarantien für die Ukraine enthalten muss, deren Wirkung Artikel 5 des Washingtoner Vertrags und Artikel 42 Absatz 7 des Vertrags über die Europäische Union gleichkommt, sodass es nicht zu einer Art Neuauflage des Budapester Memorandums von 1994 kommt, und dass in diesem Abkommen bekräftigt werden muss, dass die Ukraine ihre Sicherheitsbündnisse und politischen Bündnisse frei von jeglichem Veto Russlands wählen darf;

6. hebt hervor, dass Russland in einem Friedensabkommen verpflichtet werden muss, die Ukraine für alle materiellen und immateriellen Schäden, die es verursacht hat, in vollem Umfang zu entschädigen; betont, dass in einem solchen Abkommen festgeschrieben werden muss, dass Russland, seine Verbündeten und seine Hilfstruppen für das Verbrechen der Aggression und die Kriegsverbrechen, die sie gegen die Ukraine und die Bevölkerung der Ukraine begangen haben, nach Maßgabe des Völkerrechts vor dem Internationalen Strafgerichtshof und dem Sondergerichtshof für das Verbrechen der Aggression vollumfänglich zur Rechenschaft gezogen werden; betont zudem, dass darin auch festgeschrieben werden muss, dass alle Kriegsgefangenen heimkehren, dass alle inhaftierten Zivilisten und alle entführten ukrainischen Kinder in die Ukraine zurückgebracht werden und dass Russland all seine Streitkräfte aus dem international anerkannten Hoheitsgebiet der Ukraine abzieht;

7. fordert die Mitgliedstaaten auf, unverzüglich ein rechtlich und finanziell tragfähiges „Reparationsdarlehen“ für die Ukraine zu beschließen und in die Wege zu leiten, dessen Deckung die eingefrorenen Vermögenswerte Russlands bilden; betont, dass über die künftige Verwendung der Investitionen, die sich auf diese Vermögenswerte stützen, und über die entsprechenden Konditionen nicht ohne Beteiligung der EU verhandelt werden darf;

8. bekräftigt erneut seinen Standpunkt, dass die EU und ihre Mitgliedstaaten das vorübergehend besetzte Hoheitsgebiet der Ukraine nicht de jure als Hoheitsgebiet Russlands anerkennen werden; betont darüber hinaus, dass im Rahmen solider internationaler Sicherheitsgarantien und zur Verhinderung künftiger Verletzungen der Souveränität und territorialen Unversehrtheit der Ukraine eine robuste internationale Friedenssicherungs- und Beobachtungsmission entsandt werden sollte, die mit einem Mandat des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen ausgestattet und auf beiden Seiten der Kontaktlinie stationiert ist; bekräftigt in Anbetracht der derzeit instabilen Sicherheitslage in Europa, dass eine militärische Präsenz der NATO und der USA an der Ostflanke der NATO aufrechterhalten werden muss, da diese Präsenz für die Sicherung der Stabilität der Region unentbehrlich ist; betont, dass es für den Fall, dass ein gerechter Frieden zwischen der Ukraine und Russland erreicht wird, entscheidend auf die EU, ihre Mitgliedstaaten, die Vereinigten Staaten und gleichgesinnte Partner ankommt, wenn es ihn abzusichern gilt;

9. betont, dass in jeder Vereinbarung mit Russland festgeschrieben werden sollte, dass Russland sich verpflichtet, seine hybride Kriegsführung gegen die EU und ihre Partner, einschließlich der Ukraine, umgehend einzustellen;

10. besteht darauf, dass die Sanktionen erst aufgehoben werden, wenn ein Friedensabkommen ausgehandelt ist und umgesetzt wird; fordert die EU auf, weitere substanzielle Sanktionen zu verhängen, falls Russland sich weigert, an ernsthaften Friedensgesprächen teilzunehmen;

11. ist davon überzeugt, dass mit echten Verhandlungen, bei denen die transatlantische Gemeinschaft und ihre internationalen Partner ihr ganzes politisches, militärisches und wirtschaftliches Gewicht in die Waagschale werfen, ein umfassender, gerechter und dauerhafter Frieden für die Ukraine erreicht und der Weg zu einer fairen und inkludierenden Erholung von Wirtschaft und Gesellschaft geebnet werden kann;

12. beauftragt seine Präsidentin, diese Entschließung dem Rat, der Kommission, der Hohen Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik und Vizepräsidentin der Kommission und den Regierungen und Parlamenten der Mitgliedstaaten sowie dem Präsidenten, der Regierung und der Werchowna Rada der Ukraine, dem Generalsekretär der Vereinten Nationen, dem Kongress der Vereinigten Staaten und den Staatsorganen Russlands zu übermitteln.

Europäisches Parlament
2024-2029

ANGENOMMENE TEXTE

P10_TA(2025)0314

Finanzierung des Jahresaktionsplans 2025 für Tansania

Entschließung des Europäischen Parlaments vom 27. November 2025 zu dem Entwurf eines Durchführungsbeschlusses der Kommission über die Finanzierung des Jahresaktionsplans 2025 für die Vereinigte Republik Tansania (D110180/02 – 2025/2979(RSP))

Das Europäische Parlament,

– unter Hinweis auf den Entwurf eines Durchführungsbeschlusses der Kommission über die Finanzierung des Jahresaktionsplans 2025 für die Vereinigte Republik Tansania (D110180/02),

– gestützt auf die Verordnung (EU) 2021/947 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 9. Juni 2021 zur Schaffung des Instruments für Nachbarschaft, Entwicklungszusammenarbeit und internationale Zusammenarbeit – Europa in der Welt, zur Änderung und Aufhebung des Beschlusses Nr. 466/2014/EU des Europäischen Parlaments und des Rates und zur Aufhebung der Verordnung (EU) 2017/1601 des Europäischen Parlaments und des Rates und der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 480/2009 des Rates[1] (Verordnung über NDICI/Europa in der Welt), insbesondere auf Artikel 25.

– unter Hinweis auf die Stellungnahme des in Artikel 45 der oben angeführten Verordnung (EU) 2021/947 genannten Ausschusses vom 22. Oktober 2025,

– gestützt auf Artikel 11 der Verordnung (EU) Nr. 182/2011 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Februar 2011 zur Festlegung der allgemeinen Regeln und Grundsätze, nach denen die Mitgliedstaaten die Wahrnehmung der Durchführungsbefugnisse durch die Kommission kontrollieren[2],

– unter Hinweis auf die Entschließung des Europäischen Parlaments vom 8. Mai 2025 zu der Festnahme und drohenden Hinrichtung von Tundu Lissu, Vorsitzender der Chadema, der wichtigsten Oppositionspartei Tansanias,

– gestützt auf Artikel 115 Absätze 2 und 3 seiner Geschäftsordnung,

– unter Hinweis auf die gemeinsamen Beratungen des Ausschusses für auswärtige

[1] ABl. L 209 vom 14.6.2021, S. 1, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2021/947/oj.
[2] OJ L 55, 28.2.2011, p. 13, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2011/182/oj.

Angelegenheiten und des Entwicklungsausschusses gemäß Artikel 59 seiner Geschäftsordnung,

– unter Hinweis auf den Entschließungsantrag des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten und des Entwicklungsausschusses,

A. in der Erwägung, dass der Durchführungsbeschluss dem NDICI-Ausschuss am 22. Oktober 2025 vorgelegt wurde;

B. in der Erwägung, dass der Durchführungsbeschluss einen fehlgeleiteten Ansatz der Kommission aufzeigt, der die Demokratie- und Menschenrechtsdefizite in Tansania in den letzten Jahren nicht vollständig widerspiegelt, insbesondere seit der manipulierten Wahl im Oktober 2025, nach der die Regierung Demonstrationen zerschlug, was dazu führte, dass weit über 400 Menschen starben und Hunderte von Menschen wegen Landesverrats angeklagt wurden;

C. in der Erwägung, dass die Wahlbeobachtungsmission der Afrikanischen Union die Durchführung der Präsidentschaftswahl in Tansania scharf kritisiert hat, bei der der amtierende Präsident mit angeblich 98 % der Stimmen gewählt wurde; in der Erwägung, dass die Regierung Tansanias im Gegensatz zu der Wahl im Jahr 2015 keine europäische Wahlbeobachtungsmission eingeladen hat;

D. in der Erwägung, dass die Hohe Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik und Vizepräsidentin der Kommission, Kaja Kallas, im Namen der Europäischen Union große Besorgnis über die Gewalt in Tansania nach der Wahl zum Ausdruck gebracht und festgestellt hat, dass der Wahlkampf „durch das Fehlen gleicher Ausgangsbedingungen mit Berichten über Entführungen und das Verschwinden von Menschen sowie Gewalt gekennzeichnet [war], wodurch der zivilgesellschaftliche und demokratische Raum eingeschränkt wurde“;

E. in der Erwägung, dass Tundu Lissu, Vorsitzender der Chadema, der wichtigsten Oppositionspartei Tansanias, am 9. April 2025 festgenommen und später wegen Hochverrats sowie wegen dreier Verstöße im Zusammenhang mit der Veröffentlichung von Falschinformationen nach den Gesetzen über Cyberkriminalität angeklagt wurde; in der Erwägung, dass Landesverrat in Tansania mit dem Tode bestraft werden kann; in der Erwägung, dass die EU die Todesstrafe unter allen Umständen entschieden ablehnt; in der Erwägung, dass die Chadema kurz nach der Festnahme von Tundu Lissu von der Präsidentschafts- und der Parlamentswahl im Oktober 2025 ausgeschlossen wurde, da sich die Partei weigerte, einen Verhaltenskodex für die Wahlen zu unterzeichnen, und dass Luhaga Mpina, Kandidat der zweitgrößten Oppositionspartei „Alliance for Change and Transparency“ (ACT-Wazalendo), ebenfalls von der Teilnahme an der Wahl ausgeschlossen wurde;

F. in der Erwägung, dass die Regierung Tansanias keiner der Forderungen nachgekommen ist, die das Europäische Parlament in seiner Entschließung vom 8. Mai 2025 formuliert hat, etwa den Forderungen, Tundu Lissu unverzüglich und bedingungslos freizulassen, eine Justizreform umzusetzen, die Lage der Menschenrechte zu verbessern oder eine Wahlreform vorzustellen;

G. in der Erwägung, dass die Rückschritte Tansanias beim Engagement für die Förderung gemeinsamer Werte, Grundsätze und Interessen, insbesondere im Hinblick auf

Menschenrechte, Grundfreiheiten, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, eine gute Regierungsführung sowie einen offenen zivilgesellschaftlichen Raum, und das von zunehmender Härte gekennzeichnete Vorgehen, die willkürlichen Festnahmen, die Gewalt, die Angriffe und die Schikanen gegen Mitglieder der Opposition, Menschenrechtsverteidiger, indigene Völker, Verfechter der Rechte von LGBTIQ+-Personen, Journalisten und Organisationen der Zivilgesellschaft nicht mit den Grundsätzen der Programmplanung für geografische Programme im Rahmen der Verordnung über NDICI/Europa in der Welt vereinbar sind; in der Erwägung, dass die auf die Wahl folgende Krise in Tansania eine unmittelbare Bedrohung für die Demokratie, die Rechtsstaatlichkeit, die Menschenrechte bzw. die Grundfreiheiten in dem Land darstellt; in der Erwägung, dass alle Planungs- und Programmplanungsentscheidungen, bei denen diese Aspekte nicht berücksichtigt werden, dazu führen, dass unter derartigen Umständen beschlossene Durchführungsrechtsakte nichtig sind;

H. in der Erwägung, dass die EU den digitalen Wandel in Tansania durch Investitionen in die 4G- und Glasfaserinfrastruktur und in die E-Governance sowie in digitale Kompetenzen und die Entwicklung des Privatsektors erheblich unterstützt, wodurch der Zugang zu Informationen erweitert und eine offene digitale Wirtschaft gefördert werden sollen; in der Erwägung, dass die staatlichen Stellen Tansanias jedoch entgegen diesen Zielen gehandelt haben, indem sie sowohl im Vorfeld der Wahl als auch erneut im Rahmen der Unruhen nach der Wahl eine Abschaltung des Internets verhängt haben, wobei es sich um eine Maßnahme handelt, die die demokratische Teilhabe untergraben und die Gefahr einer missbräuchlichen Nutzung der von der EU geförderten digitalen Infrastruktur geborgen hat;

1. vertritt die Auffassung, dass der Entwurf eines Durchführungsbeschlusses der Kommission über die in der Verordnung (EU) 2021/947 vorgesehenen Durchführungsbefugnisse hinausgeht;

2. vertritt die Auffassung, dass der Entwurf eines Durchführungsbeschlusses der Kommission mit dem Unionsrecht insofern unvereinbar ist, dass er gegen den Zweck der Verordnung (EU) 2021/947 verstößt;

3. begrüßt, dass die Kommission das Verfahren zur Annahme des Entwurfs eines Durchführungsbeschlusses ausgesetzt hat, nachdem sie seitens des Europäischen Parlaments über die Bedenken in Kenntnis gesetzt worden war;

4. fordert die Kommission auf, ihren Entwurf eines Durchführungsbeschlusses zurückzuziehen und dem Ausschuss einen neuen Entwurf vorzulegen, mit dem den geäußerten Bedenken Rechnung getragen und gleichzeitig sichergestellt wird, dass sich neue Änderungen nicht negativ auf die Mittel zur Unterstützung nichtstaatlicher Organisationen und der Zivilgesellschaft auswirken;

5. beauftragt seine Präsidentin, diese Entschließung dem Rat und der Kommission sowie den Regierungen und Parlamenten der Mitgliedstaaten zu übermitteln.



Европейски парламент Parlamento Europeo Evropský parlament Europa-Parlamentet Europäisches Parlament
Euroopa Parlament Ευρωπαϊκό Κοινοβούλιο European Parliament Parlement européen Parlaimint na hEorpa
Europski parlament Parlamento europeo Eiropas Parlaments Europos Parlamentas Európai Parlament
Parlament Ewropew Europees Parlement Parlament Europejski Parlamento Europeu Parlamentul European
Európsky parlament Evropski parlament Euroopan parlamentti Europaparlamentet